Kärntner Jahrbuch für Politik 2021

Koroški politični zbornik 2021

Herausgegeben
von
Karl Anderwald
Karl Hren
Kathrin-Stainer-Hämmerle

Mohorjeva
Hermagoras

KÄRNTNER JAHRBUCH FÜR POLITIK – 2021

Kärntner Jahrbuch für Politik 2021

Koroški politični zbornik 2021

Herausgegeben
von
Karl Anderwald
Karl Hren
Kathrin Stainer-Hämmerle

Mohorjeva Hermagoras

Gedruckt mit Unterstützung von:

kelag
ENERGIE & WÄRME

STRABAG

KHD
Kärntner Heimatdienst

LAND KÄRNTEN
Kultur

ISBN: 978-3-7086-1182-2
Hermagoras Verlag/Mohorjeva založba – 2021
© der Texte bei den Autoren
Gesamtherstellung: Hermagoras/Mohorjeva, Klagenfurt am Wörthersee

Inhalt

Vorwort der Herausgeber 7

KARL ANDERWALD
Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen 2021 9

KATHRIN STAINER-HÄMMERLE
Der lange Weg der Frauen an die Gemeindespitze 25

WOLFGANG FERCHER
Und wieder einmal: Stichwahl – Zum dritten Mal lautete das Duell „Mathiaschitz gegen Scheider“ 35

RUDOLF DÖRFLINGER
Namen sind Schall und Rauch – doch alle sechs Jahre geben sie kräftige Zeichen – Zum Abschneiden der Namenslisten bei den Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen 2021 44

HEINZ P. WASSERMANN
„Ohne Denkzettel, aber mit Überraschungen“ – (Statistische) Analysen der Kärntner Gemeinderatswahlen vom 28. Februar 2021 59

ANDREAS (ANDREJ) WAKOUNIG
Bedeutung und Herausforderungen der politischen Partizipation der Kärntner Slowenen in den allgemeinen Vertretungskörpern – In der Selbstständigkeit liegt die Stärke (V samostojnosti je moč) 75

RUDOLF GRÜNANGER
Landwirtschaftskammerwahl 2021 – (Agrar)politik quo vadis? 96

JULIA PRIMUS
ÖH-Wahlen 2021: Der harte Kampf um die unsichtbaren Stimmen . . . 107

PETER PLAIKNER
Vier Medienriesen und ein Todesfall – Seit dem Ende der KTZ konkurrieren in Kärnten nur noch die drei größten Medienhäuser Österreichs 115

MILAN OBID
Die slowenische Minderheit zwischen symbolischer Ethnizität und Assimilation 129

KARL HREN
Zweisprachige Elementarbildung in Kärnten – aktueller Stand und Herausforderungen 151

SCHWERPUNKT CORONA-PANDEMIE

MARTIN KLEMENJAK
Arbeitsmarktpolitik in Kärnten – Exemplarische Betrachtungen im Kontext der Covid-19-Pandemie 169

BIRGIT AIGNER-WALDER/ROBERT OFNER/STEPHANIE PUTZ
Gesundheitssysteme in Österreich und Slowenien im Vergleich 181

UWE SOMMERSGUTER
Von der Glückswelle überrollt 198

RUDOLF LIKAR
Der Plan, den niemand hatte 204

WOLFGANG KUTTNIG/KATJA SAMMER
Quo vadis, Tourismus? – Über den Tourismus in Kärnten nach über einem Jahr COVID-19-Pandemie 214

SONDERTHEMEN

ULRICH KROPIUNIGG/ELISABETH KASBAUER/EDIT SCHLAFFER
MotherSchools und FatherSchools in Villach – Kärntner Premiere für ein Erziehungs- und Präventionsprogramm 241

HEINZ-DIETER POHL
Zum 30. Jahrestag der Unabhängigkeit Sloweniens – Mit historischem Rückblick 255

WERNER WINTERSTEINER/MARJAN STURM
Visionen und Wege – Zivilgesellschaftliche Kooperationen im Alpen-Adria-Raum 277

THOMAS ZAMETTER
Die Kärntner Regionen im Aufbruch – Regionalpolitische Ansätze sowie Ziele und Maßnahmenvorschläge des Masterplans Ländlicher Raum Kärnten 294

ELISABETH JANESCHITZ
Dimensionen der Digitalisierung in Kärnten 312

HERWIG SCHOLZ
100 Jahre Paul Watzlawick – Ein ganz Großer in der Tradition österreichischer Psychotherapieforscher 340

Chronologie 349

Die Autoren 377

Vorwort der Herausgeber

Das „Kärntner Jahrbuch für Politik" erscheint nun zum 28. Mal in ununterbrochener Reihenfolge und ist von der publizistischen Landschaft nicht mehr wegzudenken. Kein anderes österreichisches Bundesland kann auf so lange Tradition der Herausgabe eines Jahrbuches für Politik verweisen. Auch diesmal sind wir unserer Zielsetzung gefolgt, eine kritische Plattform für Analysen von Landesthemen aus den unterschiedlichsten Politikfeldern zu ermöglichen. Unsere Publikation versteht sich damit auch als „jährliche Visitenkarte des Landes Kärnten".

Im Mittelpunkt stehen die Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen 2021, die gleich mehrfach aus unterschiedlicher Sicht analysiert werden. Leider war es auch heuer wieder notwendig, auf die Folgen der Corona-Krise einzugehen. Unserer guten Tradition entsprechend, befassen sich mehrere Beiträge mit der Situation der Volksgruppe. Ein Alleinstellungsmerkmal des „Kärntner Jahrbuches für Politik" ist die Aktualität. Daher wird die Landwirtschaftskammerwahl vom 7. November 2021 noch im selben Jahr behandelt.

Allen Autorinnen und Autoren ist für die unentgeltliche Bereitstellung der engagiert geschriebenen Beiträge zu danken. Dabei gilt selbstverständlich das Prinzip der Freizügigkeit und der Eigenverantwortung.

Unser Dank gilt aber auch den Sponsoren, unserem Lektor Wolbert Ebner, der die Publikation vom Anfang an begleitet hat, und dem Verlag Hermagoras/Mohorjeva im 12. Jahr der Zusammenarbeit.

Klagenfurt, im Dezember 2021

Karl Anderwald
Karl Hren
Kathrin Stainer-Hämmerle

Predgovor izdajateljev

„Koroški politični zbornik“ je izšel zdaj osemindvajsetič v neprekinjenem zaporedju in si brez njega ni več mogoče zamisliti publicistične pokrajine. Nobena druga avstrijska zvezna dežela se ne more pohvaliti s tako dolgo tradicijo izdajanja zbornika za politiko. Tudi tokrat smo sledili našemu smotru, da omogočimo kritično platformo za analize deželnih tem z najrazličnejših političnih področij. Naša publikacija je tako tudi „vsakoletna vizitka dežele Koroške“.

V središču so občinske volitve in volitve županov leta 2021, ki bodo kar večkratno analizirane z različnih gledišč. Žal se je bilo tudi letos spet treba spoprijemati s posledicami koronske krize. V skladu z našo dobro tradicijo se več prispevkov ukvarja s situacijo koroških Slovencev in Slovenk. Značilnost „Koroškega političnega zbornika“ je njegova aktualnost. Zato razpravljamo o volitvah v kmetijsko zbornico 7. novembra 2021 že v tem zborniku.

Vsem avtoricam in avtorjem se zahvaljujemo za prispevke, ki so jih napisali z veliko zavzetostjo in ki so nam jih dali na voljo brezplačno. Naj bo na tem mestu zapisano, da izdajatelji ne vplivamo na vsebino prispevkov, hkrati pa so avtorice in avtorji tudi same/sami odgovorni za vsebino svojih prispevkov.

Zahvaljujemo se vsem sponzorjem, ki so omogočili izdajo zbornika, Wolbertu Ebnerju, ki od prve izdaje spremlja naš zbornik kot lektor, in Mohorjevi založbi, ki je že 12 let založnica našega zbornika.

Celovec, decembra 2021

Karl Anderwald
Karl Hren
Kathrin Stainer-Hämmerle

Karl Anderwald

Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen 2021

1. Ausgangsbedingungen

1.1 Wahlen im Schatten der Pandemie

Am 28. Februar 2021 waren landesweit 465.256 Wahlberechtigte aufgerufen, Gemeinderäte und Bürgermeister in den 132 Kärntner Kommunen neu zu wählen. Zuvor gab es einen Wahlkampf, der völlig im Schatten von Corona stand. Die in Kärnten besonders drastisch verlaufene zweite Welle der Pandemie und die notwendigen Beschränkungen ließen lange Zweifel aufkommen, ob die Wahlen überhaupt stattfinden können. Erst am 18. Jänner sprach sich die Regierungskoalition dafür aus, und am 25. Jänner fasste dann das Präsidium des Kärntner Gemeindebundes einstimmig den Beschluss, am ursprünglichen Termin festzuhalten.

Um eine hohe Wahlbeteiligung abzusichern, wurde eine Reihe von Begleitmaßnahmen vorgesehen. Bereits am 25. September 2020 hatte der Kärntner Landtag einstimmig eine Änderung der Wahlordnung beschlossen, die es erlaubt, die Wahlhandlung bereits beim Abholen einer Briefwahlkarte vorzunehmen. Der Vorwahl-Freitag war auch diesmal möglich. Am 25. Februar beschloss die Landesregierung Sicherungsmaßnahmen in den Wahllokalen mit Abstandsregeln, Maskenpflicht und Corona-Tests für die Wahlbehörden. In der Stadt Villach war sogar ein Wahllokal im Freien vorgesehen.

Für die Wahlwerber bedeutete der Lockdown auch eine Einschränkung ihrer Aktivitäten. Schon der Ausfall aller Kulturveranstaltungen, vor allem der Veranstaltungen im Fasching mit Bällen und Faschingssitzungen, engte den Aktionsradius der Kandidaten beträchtlich ein. Auftaktveranstaltungen, Wählerversammlungen und Diskussionen der Kandidaten vor Publikum waren auf Grund der Corona-Vorgaben der Bundesregierung ebenfalls untersagt. Die Schließung der Gastronomie verhinderte den „Wettbewerb über die Lufthoheit an Stammtischen". Hausbesuche mussten an der Wohnungs- oder Gartentür enden, Verteilungsaktionen wurden durch die Zwei-Meter-Abstandsregelung erschwert. Der Wahlkampf sei wegen der Corona-Pandemie „neu, fordernd, manchmal frustrierend", klagte die Parteigeschäftsführerin der ÖVP, Julia Löschnig.[1] Die SPÖ setzte auf ihre neue Partei-App und auf Gemeindezeitungen an alle Haushalte. Isabella Theuermann, die Wahlkampfleiterin der Freiheitlichen, war optimistisch

und meinte, dass sich die Funktionäre „sehr gut auf diesen besonderen Wahlkampf eingestellt haben“.[2] Gerhard Köfer vom Team Kärnten ging davon aus, „dass uns der Lockdown nicht so stark betrifft, weil wir unsere Botschaften über Medien, Folder, Plakate präsentieren“.[3]

Die Parteien setzten daher stark auf soziale Medien wie Facebook, Instagram & Co, auf den Postweg oder auf Telefonkontakte. Videobotschaften der Kandidaten sollten die Wohnzimmer erreichen. Adressen in Datenbanken, die alters- und zielgruppengerecht für Newsletter oder Briefe genutzt werden konnten, waren vor allem in den Städten gefragt. Wer schon jetzt in den sozialen Medien aktiv war, hatte Startvorteile. In den kleineren Gemeinden waren nach wie vor die persönlichen Bekanntschaften wichtig.

Die große Frage war, wie sehr sich diese Umstände auf die Wahlbeteiligung auswirken würden. Alle Parteien waren erleichtert, dass von den 465.256 Wahlberechtigten 313.030 ihre Stimme abgaben. Mit 67,28 Prozent war die Wahlbeteiligung zwar um rund sechs Prozent niedriger als 2015 (71,23 Prozent), sie lag angesichts der Umstände aber durchaus im Rahmen. Mit 52,11 Prozent war sie traditionellerweise am niedrigsten in der Landeshauptstadt, mit 96,09 Prozent am höchsten in der zweisprachigen Gemeinde Zell/Sele.

1.2 Wiederum weniger Mandate

Der Bevölkerungsrückgang im ländlichen Raum hatte wiederum Auswirkung auf die Zahl der zu vergebenden Mandate, die von der Einwohnerzahl abhängig ist. Stichtag war diesmal der 31. Oktober 2018. Maßgebende Grenzen sind dabei Einwohnerzahlen von über 1000, über 2000, über 3000, über 6000, über 10.000 und über 20.000. In Gemeinden unter 1.000 Einwohnern werden elf Mandate vergeben, bei höheren Einwohnerzahlen gibt es dann Steigerungen um je vier Mandate auf 15, 19, 23, 27, 31 und 35 Sitze im Gemeinderat. In den beiden autonomen Städten Klagenfurt und Villach werden jeweils 45 Mandate vergeben.

Betrug die Gesamtzahl bei der Wahl 2009 noch 2552 Mandate und hatte sie sich vor sechs Jahren auf 2500 verringert, so gelangten diesmal nur mehr 2472 Gemeinderatssitze zur Verteilung. Betroffen von der Reduktion waren die Städte Radenthein und St. Andrä, die Marktgemeinden Lavamünd und Metnitz sowie die Gemeinden Irschen, Malta, Sittersdorf, St. Georgen im Lavanttal und Albeck. In Albeck wurden am Stichtag genau 1000 Einwohner gezählt. Ein Einwohner mehr hätte die Reduktion von 15 auf elf Mandate verhindert.

Anders in der Gemeinde Mühldorf, wo es gelungen war, die Zahl von 1000 Einwohnern zu übertreffen und nunmehr den Gemeinderat mit 15 statt

bisher elf Mandaten zu besetzen. Auch in der Gemeinde Köttmannsdorf konnte der Gemeinderat aufgestockt werden.

2. 405 Bürgermeisterkandidaten

Das Interesse am Bürgermeisteramt ist in Kärnten nach wie vor groß. Dies zum Unterschied zu anderen Bundesländern, wo es in kleineren Gemeinden oft Schwierigkeiten gibt, Bewerber für das Amt zu rekrutieren. Der finanzielle Anreiz hält sich dabei gerade in kleineren Gemeinden in Grenzen. Kärntens Bürgermeister beziehen monatliche Brutto-Bezüge, deren Höhe von der Einwohnerzahl abhängig ist. In Gemeinden unter 1000 Einwohner werden 3113,50 Euro ausbezahlt. Analog zum Verhältnis Einwohnerzahl/Mandate steigt dann dieses Entgelt. Dem Bürgermeister einer Gemeinde mit über 10.000 Einwohnern steht ein monatlicher Bruttobezug von 7109,70 zu. Höhere Beträge sind in den Städten Klagenfurt und Villach vorgesehen. Der Bürgermeister der Landeshauptstadt bezieht monatlich schon 13.063,10 Euro, sein Vizebürgermeister 11.097,30 Euro, und selbst jeder Klagenfurter Stadtrat wird monatlich mit 9732,60 Euro entlohnt.

Vor zwölf Jahren wurden in Kärnten 436 Bewerbungen für das Bürgermeisteramt gezählt, vor sechs Jahren 432, und auch heuer war diese Zahl mit insgesamt 405 Kandidaturen nicht viel geringer. Mit 39 Frauen (gegenüber 35 vor sechs Jahren) stieg der weibliche Anteil gegenüber der letzten Wahl zwar geringfügig an, lag aber nach wie vor unter zehn Prozent. Immerhin gab es in der Gemeinde Feistritz im Rosental erstmals den Fall, dass sich zwei Frauen und kein Mann für das Amt des Bürgermeisters bewarben.

Bei den Bemühungen von SPÖ, ÖVP und FPÖ, in möglichst vielen Gemeinden zur Bürgermeisterwahl anzutreten, gab es wiederum kleine Rückschläge. Vor zwölf Jahren gab es noch in allen Kärntner Gemeinden Bürgermeisterkandidaten der Sozialdemokraten, vor sechs Jahren nur mehr in 119 und heuer in 118 Kommunen Bewerbungen. Die ÖVP, die bei den beiden letzten Wahlgängen mit jeweils 118 Bewerbern ins Rennen gegangen war, trat diesmal in 110 Gemeinden an. Die FPÖ, die sich unter dem damaligen Namen BZÖ im Wahljahr 2009 noch in 121 Gemeinden der Bürgermeisterwahl gestellt hatte und vor sechs Jahren noch auf 101 Bewerber kam, war diesmal nur mehr in 87 Gemeinden vertreten. Die Grünen traten in 17 Gemeinden an, die Einheitsliste in zwölf. Das Team Kärnten war in sieben Gemeinden, die Neos in fünf Gemeinden vertreten. Die KPÖ kandidierte nur in der Landeshauptstadt Klagenfurt, das BZÖ nur in Grafenstein.

48 Bürgermeisterkandidaten, die sich in insgesamt 37 Gemeinden für das Amt bewarben, waren nicht eindeutig einer Partei zuzuordnen. Die Zahl der Gemeinden, in denen es nur einen Bewerber gab, stieg von zwei im

Jahr 2009 und fünf im Jahr 2015 auf nunmehr zehn Kommunen. Mit Baldramsdorf, Dellach im Drautal, Flattach, Greifenburg, Heiligenblut, Mallnitz und Mühldorf lagen sieben davon im Bezirk Spittal an der Drau. Soloauftritte bei der Bürgermeisterwahl gab es dann noch in Deutsch-Griffen, Hohenthurn und Rosegg.

3. Dominanz der Parteien bei den Wahlvorschlägen

Trotz einiger Einbußen dominierten bei den eingereichten Listen zur Gemeinderatswahl wieder die etablierten Parteien. Die SPÖ brachte nur in den vier Mölltaler Gemeinden Heiligenblut, Großkirchheim, Mörtschach und Flattach keine Liste zustande. In Himmelberg trat man wie vor sechs Jahren unter dem Namen HEIMO, dem Vornamen des amtierenden Bürgermeisters und neuerlichen Spitzenkandidaten Heimo Rinösl, an. In Gnesau wählte man den Listennamen WIR und in Eberstein die Zusatzbezeichnung „SPÖ/Unabhängige". In St. Urban kandidierten die Sozialdemokraten als „Liste WIR". In allen anderen Kärntner Gemeinden schien ausschließlich der Parteiname auf.

Die ÖVP wiederholte ihre vor sechs Jahren erfolgreiche Strategie, in zahlreichen Gemeinden nicht unter dem Parteinamen, sondern mit einer neutralen Bezeichnung oder unter dem Namen des Bürgermeisterkandidaten zu kandidieren. In einigen Gemeinden griff man aber auch wieder auf die Parteibezeichnung zurück. Insgesamt beteiligte sich die Partei in 127 der 132 Gemeinden an der Wahl. „Weiße Flecken" gab es in Glanegg, St. Urban, Mölbling, Malta und Winklern.

Einen größeren Aderlass gegenüber der letzten Wahl verzeichnete die FPÖ. Vor sechs Jahren war sie noch in 123 Gemeinden vertreten. Diesmal waren es nur mehr 111 Gemeinden mit freiheitlicher Wahlbeteiligung. Ähnlich wie die ÖVP kämpfte man in einigen Gemeinden nicht mit offenem Visier. Als besonderer Schwachpunkt erwies sich der Bezirk Völkermarkt, wo man in sieben der 13 Gemeinden nicht am Stimmzettel aufschien.

Den größten Absturz verzeichneten die Grünen. Noch vor sechs Jahren schaffte es die Partei, in 45 Kärntner Gemeinden zu kandidieren. Diesmal war das nur mehr in 23 Gemeinden der Fall. Etwa die Hälfte der kommunalen Parteistrukturen war offenbar nicht mehr vorhanden. Der Bezirk Hermagor bedeutete für die Partei praktisch „Niemandsland".

Einen Stillstand gab es auch bei den Neos, die sich bei der letzten Wahl noch in sieben Gemeinden beworben hatten. Diesmal war das nur mehr in fünf Gemeinden (Klagenfurt, Villach, Spittal, Völkermarkt und Seeboden) der Fall. Erfolgreicher war das Team Kärnten mit sieben statt vorher fünf Kandidaturen. Das BZÖ schaffte das nur in Grafenstein, die KPÖ feierte mit einer Kandidatur in der Landeshauptstadt Klagenfurt ein Comeback

in der Kärntner Kommunalpolitik. Praktisch unverändert gegenüber 2015 blieb die Kandidatur der Einheitliste/Enotna lista in 21 Südkärntner Gemeinden, teilweise gemeinsam mit Namenslisten.

Die Zahl der keiner Partei zuzuordnenden Listen stieg weiter an. Statt 65 Gruppierungen vor sechs Jahren kandidierten diesmal 70 Namenslisten. Sie traten in 47 der 132 Gemeinden an. Im Jahr 2015 hatten sie sich noch auf 52 Kommunen aufgeteilt. Es gab eine große Fluktuation. Zahlreiche Listen, die vor sechs Jahren ins Rennen gegangen waren, darunter die schon seit 1973 tätige Liste in Wernberg, kandidierten diesmal nicht mehr, dafür gab es eine Rekordzahl von neuen Bewegungen. In Bad St. Leonhard, Malta, Mörtschach und Steindorf, wo Bürgerlisten den Bürgermeister stellten, bewarb man sich wiederum. Neu dazu kamen die Kandidaturen in Großkirchheim, wo Bürgermeister Peter Suntinger nach seinem Parteiaustritt aus der FPÖ nunmehr eine eigene Liste aufgestellt hatte, und in Diex, wo Bürgermeister Anton Napetschnig nicht mehr für die FPÖ ins Rennen ging. Aussichtsreiche neue Bewerbungen gab es in den Gemeinden Brückl, Guttaring, Reißeck, Lurnfeld und Lavamünd. Zum ersten Mal gab es in Kärnten eine nur aus Frauen bestehende Gemeinderatsliste: In Obervellach traten 20 Frauen unter der Listenbezeichnung „E20-Frauen für Obervellach" an. Österreichweit gab es vorher eine Frauenliste nur bei der Tiroler Gemeinderatswahl im Jahr 2010. In der kleinen Osttiroler Gemeinde St. Veit in Defereggen konnten damals die „Weibischen" zwei Mandate erreichen, wobei sich unter den Kandidatinnen auch Ehefrauen von aktiven Gemeinderäten befanden, die mit ihren Ehemännern in Konkurrenz traten.

4. Wenig Höhepunkte im Wahlkampf

Kommunalpolitische Themen standen ganz im Schatten der intensiven Auseinandersetzung auf Bundes- und Landesebene zur Bekämpfung der Corona-Krise. Dazu kam noch die ausführliche Berichterstattung in den Medien über den Ibiza-Untersuchungsausschuss im Parlament. Das Für und Wider bei den konkreten Maßnahmen zum Lockdown, die vorübergehende Absperrung des Bezirks Hermagor und die Kärntner Prioritäten bei der Impfung überlagerten die Diskussion um die Wahlprogramme zur Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl. Kommunalpolitiker, wie der bisherige Bürgermeister von Sittersdorf und Landtagsvizepräsident Jakob Strauß und der Bürgermeister von Steuerberg, Karl Petritz, gerieten in die Schlagzeilen, weil sie sich vorzeitig der Corona-Schutzimpfung unterzogen hatten. Für einen weiteren Aufreger sorgte die Meldung über den Plagiatsverdacht bei der Magisterarbeit des Villacher Abgeordneten zum Nationalrat, Peter Weidinger, der bei der Gemeinderatswahl auf Platz zwei der ÖVP-Liste aufschien.

Diskussionen der Bürgermeisterkandidaten waren nur auf elektronischem Weg möglich. Vor allem ORF-Radio Kärnten im Rahmen der „Streitkultur" und die Kleine Zeitung bemühten sich darum, das Echo hielt sich im Grenzen. Der Schwerpunkt der Berichterstattung lag bei den Regionalseiten der Printmedien. Größere Aufmerksamkeit ernteten nur die einige Tage vor der Wahl veröffentlichten Meinungsumfragen der Institute OGM und IFDD in der Kleinen Zeitung bzw. in der Kronenzeitung über den Ausgang der Wahl in den beiden großen Städten des Landes. OGM prognostizierte der amtierenden Klagenfurter Bürgermeisterin Maria-Luise Mathiaschitz im ersten Wahlgang einen Stimmenanteil von 41 Prozent, was einer Steigerung um elf Prozentpunkte gegenüber 2015 bedeuten würde. Auch ihrer Partei, der SPÖ, wurde eine Verbesserung von 31 auf 34 Prozent vorhergesagt. Für den überraschend für das Team Kärnten ins Rennen gegangenen früheren freiheitlichen Bürgermeister Christian Scheider wurde ein Anteil von 20 Prozent und damit Platz zwei berechnet.[4] Etwas anders die Einschätzung von IFDD, die Christian Scheider keinen Vorsprung gegenüber der weiteren Konkurrenz der Bürgermeisterin attestierte. Für Villach sagte OGM eine klare absolute Mehrheit für Bürgermeister Günther Albel voraus, eine absolute Mehrheit seiner SPÖ im Gemeinderat sei aber noch offen. Albels Mitbewerber Katharina Spanring (ÖVP) und Erwin Baumann (FPÖ) wurden auf 18 bzw. elf Prozent eingestuft.[5]

Ein Einbruch im Gemeindeamt Hohenthurn sorgte zwei Tage vor der Wahl für Aufregung, da sich im gestohlenen Tresor auch Wahlkarten befanden. Am Tag vor der Wahl konnte der aufgebrochene Tresor gefunden werden. Die Wahlkarten waren noch vorhanden. Ein weiterer Vorfall ereignete sich in der Gemeinde St. Jakob im Rosental. Nach der Auszählung der Wahlkarten waren mehrere Kuverts verschwunden und tauchten später im Ort verstreut wieder auf.

5. Pflichtsiege und Überraschungen bei den Wahlen zum Gemeinderat

5.1 Stadt-Land-Gefälle bei der SPÖ

Das Ergebnis der Gemeinderatswahlen lässt den Schluss zu, dass es landesweit keine massive Wechselstimmung gab und das Stärkeverhältnis fast konstant blieb. Trotzdem gab es einige Überraschungen. Die SPÖ blieb bei der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen und der vergebenen Mandate klare Nummer eins, musste jedoch gegenüber 2015 einige Abstriche vornehmen. Konnte man vor sechs Jahren mit 40,32 Prozent noch die 40-Prozent-Latte überspringen, so blieb man diesmal mit 39,93 Prozent knapp darunter. Die 948 erreichten Gemeinderatssitze bedeuteten landesweit ein Minus von 36 Mandaten. Auffallend war das unterschiedliche

Abschneiden in den Städten. In Villach, der zweitgrößten Stadt des Landes, erreichte die Partei unter Bürgermeister Günther Albel mit einem Gewinn von 7,04 Prozent die absolute Mehrheit und gewann zwei Mandate dazu. In der Landeshauptstadt erzielte man mit einem Anteil von 31,17 Prozent immerhin eine kleine Steigerung um 0,5 Prozent. In den Bezirksstädten Wolfsberg, St. Veit und Völkermarkt, wo die Partei mit neuen Bürgermeisterkandidaten ins Rennen gegangen war, gab es viel Grund zur Freude. Sensationell der Erfolg in der Herzogstadt St. Veit, in der sich die Partei mit 61,80 Prozent schon der Zweidrittel-Mehrheit annäherte und vier Mandate im Gemeinderat dazugewann. Auch in Völkermarkt schaffte man mit einem Plus von 3,17 Prozent die absolute Mehrheit und zwei zusätzliche Mandate. Ein sattes Plus von 4,40 Prozent und den Gewinn von zwei Mandaten gab es auch in der Lavanttaler Bezirksstadt Wolfsberg. In der umkämpften Bezirksstadt Hermagor wurde für die Wahl im Gemeinderat ein Plus von 4,05 Prozent eingefahren, das zum Gewinn eines Mandates führte. Die SPÖ hätte daher von einem triumphalen Erfolg in Kärntens Städten sprechen können, wenn es nicht auch Wahlen in Feldkirchen und Spittal an der Drau gegeben hätte, die vollkommen konträr verliefen. In der Tiebelstadt stürzte die Partei mit einem Minus von 14,48 Prozent ab und verlor sechs Mandate. Ähnlich hoch mit minus 13,45 Prozent war die Niederlage in Spittal an der Drau, die zum Verlust von fünf Mandaten führte. Insgesamt blieb der Mandatsstand in den großen Städten daher gleich, der Stimmenanteil erhöhte sich sogar. Dass landesweit trotzdem ein Verlust eingefahren wurde, lag daher am Abschneiden in den mittleren und kleinen Gemeinden.

5.2 Trotz starker Verluste in Klagenfurt und Villach: Ein Plus für die ÖVP

Dem Abschneiden in den mittleren und kleinen Gemeinden verdankte die ÖVP – wie schon vor sechs Jahren – einen leichten Stimmenzuwachs von 24,45 auf 26,63 Prozent und eine Steigerung der Mandatszahl von 715 auf 775. In den beiden größten Städten des Landes sah dies ganz anders aus. In Klagenfurt verzeichnete man ein Minus von 3,14 Prozent und den Verlust von zwei Mandaten. In Villach betrug das Minus 7,04 Prozent und brachte den Verlust von vier Mandaten mit sich. Auch in den Bezirksstädten St. Veit an der Glan und Spittal an der Drau büßte die Partei je ein Mandat ein. In der Lieserstadt bedeutete der Verlust von 5,34 Prozent den historisch tiefsten Stimmenanteil von nur 11,99 Prozent. Dort konnte gerade noch die Vertretung im Stadtrat gerettet werden. In Hermagor gelang es mit einem Plus von 2,70 Prozent den Mandatsstand zu halten. Ein größeres Plus von 4,69 Prozent und den Gewinn eines Mandats gab es in Wolfsberg. Mit einer Steigerung um 6,35 Prozent und zwei Mandaten mehr wurde dieser Erfolg in Völkermarkt noch übertroffen.

Ein Ausrufezeichen wurde in Feldkirchen gesetzt, wo die ÖVP auf einen Stimmenanteil von 44,28 Prozent kam und die Zahl der Mandate von zehn auf 14 erhöhte. Ähnlich erfolgreich war die Partei in der Industriestadt Radenthein. In der früheren SPÖ-Domäne legte man neuerlich um drei Mandate zu und errang die absolute Mehrheit. Mit dem Gewinn von acht Mandaten wurde in Finkenstein ebenfalls eine absolute Mehrheit im Gemeinderat erreicht.

5.3 Die FPÖ wieder unter den Verlierern

Die Kärntner Freiheitlichen, schon vor sechs Jahren Verlierer der Gemeinderatswahlen, konnten ihren Abwärtstrend auch diesmal nicht aufhalten. Das Minus von 2,72 Prozent und der Verlust von 79 Mandaten war über das gesamte Land verteilt. Negativer Höhepunkt war diesmal der Totalabsturz in der Landeshauptstadt, wo man ein Minus von 14,07 Prozent verzeichnete und nur mehr einen Stimmenanteil von etwas mehr als ein Zehntel erreichte. Das schlug sich auch in einem Verlust von sieben Mandaten nieder. Besser lief es in den anderen Städten. In Villach profitierten die Freiheitlichen offensichtlich von der Schwäche der ÖVP. Sie konnten um 0,63 Prozent zulegen und den Mandatsstand halten. Trotz einem leichten Verlust gelang dies auch in Wolfsberg. Je ein Mandat mehr gab es in Spittal an der Drau und in Feldkirchen. In Völkermarkt, wo man sich in der Person des 3. Landtagspräsidenten Josef Lobnig als Spitzenkandidaten sogar Hoffnung auf das Bürgermeisteramt gemacht hatte, und in Hermagor verzeichnete man hingegen jeweils ein Mandat weniger. In den Gemeinden Gitschtal, Mölbling, Frauenstein, Gurk, Hüttenberg, Ossiach, Sachsenburg und St. Urban sicherten sich die Freiheitlichen die absolute Mehrheit im Gemeinderat.

5.4 Überraschungen durch das Team Kärnten

Ebenfalls Verlierer der Wahl waren die Grünen. Das Minus hatte sich schon vor der Wahl angekündigt, da man ja diesmal nur mehr in 23 statt bisher 45 Kärntner Gemeinden Bewerbungen abgab. Landesweit kam die Partei daher auf einen Stimmenanteil von 3,55 Prozent (−2,31 %). Die Grünen büßten dabei 28 Mandate ein und stellen künftig 40 Gemeinderäte. Der höchste Verlust wurde in der Landeshauptstadt eingefahren, in der der Stimmenanteil beinahe halbiert wurde. Drei Mandate sowie die Vertretung im Stadtsenat gingen verloren. In Millstatt, wo man sich sogar Hoffnung auf das Bürgermeisteramt gemacht hatte, verlor die Partei zwei Mandate. Positiv hingegen das Abschneiden in der Bezirksstadt Feldkirchen mit einer Steigerung von zwei auf vier Mandate. Erfolgreicher als die Grünen war die ebenfalls dem Umweltschutz verbundene Namensliste ERDE in Villach, die fast 3000 Stimmen erreichte und mit fünf Mandaten sowie dem Einzug in den Villacher Stadtsenat für eine

Sensation sorgte. Der ERDE-Ableger in Bad Bleiberg schaffte ebenfalls ein Mandat im Gemeinderat. In einem Interview in der Kronenzeitung wollte sich die Liste ERDE aber „nicht den Stempel einer Umweltpartei aufdrücken". Es gehe ihr mehr als nur um den Naturschutz. Man wolle sich in Villach „im Lebensmittelbereich und bei der Energiegewinnung regional versorgen".[6]

Damit fielen die Grünen wieder hinter die Einheitsliste/Enotna lista zurück, die auf 59 Mandate (+1) kam und damit im langfristigen Trend der letzten Kommunalwahlen lag. Mit 5.591 Stimmen übertraf man das Landesergebnis der Neos. Ein Minus von zwei Mandaten gab es aber in der Gemeinde Eisenkappel-Vellach. Insgesamt konnte die Partei auch diesmal ihr Wählerpotenzial in Südkärnten erreichen.

Abgesehen davon, dass die Neos nur in vier Städten und in Seeboden, der Heimatgemeinde ihres Landesobmanns Markus Unterdorfer-Morgenstern, antraten, war das Resultat wenig berauschend. Mit 4093 Stimmen und einem landesweiten Anteil von 1,36 Prozent erreichte man nicht einmal die Hälfte der Stimmen der diesmal schwächelnden Grünen. Ausreißer war das Abschneiden in Seeboden, wo sie offensichtlich von den Problemen der dortigen ÖVP profitieren konnte, auf einen Stimmenanteil von 14,58 Prozent kam und vier der landesweit insgesamt acht Mandate schaffte. Die 6,15 Prozent bzw. drei Mandate in der Landeshauptstadt Klagenfurt entsprachen den Erwartungen. In Spittal an der Drau hatte man sich mehr als Verteidigung des einen Gemeinderatssitzes erhofft. Völlig leer ging die Partei in Villach und Völkermarkt mit Stimmenanteilen aus, die mit 1,73 Prozent bzw. 2,99 Prozent fast unter der Wahrnehmungsgrenze blieben.

Für die Überraschung schlechthin sorgte das Team Kärnten, das mit dem Antreten in nur sieben Gemeinden insgesamt auf fast 13.000 Stimmen und damit auf einen Anteil von landesweit 4,30 Prozent kam. Zusammengerechnet erreichte die Partei in den sieben Gemeinden, in denen sie sich der Wahl stellte, einen stolzen Anteil von 22,30 Prozent und von 35 Gemeinderatssitzen. Entscheidend war, dass es Obmann LAbg. Gerhard Köfer gelungen war, die früheren freiheitlichen Bürgermeister von Klagenfurt und Keutschach, Christian Scheider und Gerhard Oleschko, als Spitzenkandidaten ins Boot zu holen. In St. Georgen im Lavanttal trat mit Karl Markut der amtierende Bürgermeister an. In Spittal an der Drau stieg Gerhard Köfer, Ex-Bürgermeister dieser Stadt, selbst in den Ring. Auf Platz zwei kandidierte der frühere Stadtrat und Stadtparteiobmann der ÖVP, Willi Koch, der dann bei der Wahl auch die meisten Vorzugsstimmen einheimsen sollte.

Tab. 1: GR-Wahlen: Kärntens Parteien im Vergleich
Wahlberechtigt: 465.256; abgegebene Stimmen: 313,030
Wahlbeteiligung: 67,28 Prozent (–3,95 Prozent)
Ungültig: 12.346; gültig: 300.684

Partei	Stimmen	Prozente	Differenz [%]	Mandate	Differenz
SPÖ	120.065	39,93	–0,30	948	–36
ÖVP	80.069	26,63	+1,18	775	+60
FPÖ	49.276	16,40	–2,72	403	–79
Team Kärnten	12.935	4,30	+3,64	35	+28
Grüne	10.686	3,55	–2,31	40	–28
EL	5.591	1,86	+0,16	59	+1
Neos	4.093	1,36	+0,08	7	+1
KPÖ	635	0,21	n. k.	0	–
BZÖ	346	0,11	–0,08	3	+/–0
Andere	16.988	5,65	+0,42	202	+35

Quelle: Landeswahlbehörde und eigene Berechnungen

6. Spannende Rennen um das Bürgermeisteramt

6.1 Die SPÖ verliert die Landeshauptstadt und zwei Bezirksstädte

In 107 der 132 Gemeinden stand der Bürgermeister bereits nach dem ersten Wahlgang fest. Gab es vor sechs und auch vor zwölf Jahren in 36 Gemeinden eine Bürgermeister-Stichwahl, so war dies diesmal nur mehr in 25 Gemeinden der Fall. Besonders interessant war der Kampf um den Bürgermeistersessel in der Landeshauptstadt Klagenfurt sowie in den Bezirksstädten Spittal und Hermagor. In allen drei Städten war die SPÖ Titelverteidigerin. Die Herausforderer waren keine Unbekannten. In Klagenfurt gab es zum dritten Mal das Duell Mathiaschitz (SPÖ) versus Scheider (nunmehr Team Kärnten). Ebenfalls zum dritten Mal standen sich in Hermagor Bürgermeister Siegfried Ronacher von der SPÖ und Leopold Astner von der Volkspartei gegenüber. In Spittal forderte Ex-Bürgermeister Gerhard Köfer seinen Nachfolger Gerhard Pirih heraus.

In keiner der drei Städte konnten sich die Kandidatin und die Kandidaten der SPÖ durchsetzen. In Klagenfurt schaffte es der vor sechs Jahren abgewählte Christian Scheider, das für Ex-Boxweltmeister angeblich geltende Gesetz „they never come back" zu durchbrechen. In Spittal an der Drau gab es zum ersten Mal seit 1945 nach Kommunalwahlen keinen von der SPÖ gestellten Bürgermeister. Ein Teil der in der Oberkärntner

Bezirksstadt vorbildlich organisierten Anhängerschaft der Sozialdemokraten sympathisierte öffentlich mit Gerhard Köfer. Da half es auch nicht mehr, dass sich Neos-Sponsor Hans Peter Haselsteiner mit einer – durch einen Schreibfehler beeinträchtigten – Aussendung für Gerhard Pirih ins Zeug legte. Erstaunlich war, dass Gerhard Köfer gerade im traditionell roten Wahlsprengel Rothenthurn, dem Wohnort von Landesrätin Sara Schaar, Stadtparteiobmann Andreas Unterrieder und Gerhard Pirih, überdurchschnittlich besser abschnitt als sein Konkurrent. In Hermagor traf die Volksweisheit „Aller guten Dinge sind drei" zu. Der VP-Kandidat hatte sich geschickt aus der Diskussion um eine Betriebsansiedlung herausgehalten. Der Titelverteidiger konnte im Gegensatz zu den beiden letzten Wahlgängen bei den Briefwahlstimmen nicht mehr genug aufholen, um als Erster ins Ziel zu gehen.

Besser lief es für die SPÖ bei den Stichwahlen in Obervellach, Seeboden und Steuerberg. In allen drei Gemeinden gelang es nach vielen Jahren, der ÖVP dort das Bürgermeisteramt abzunehmen. In Steuerberg musste Langzeitbürgermeister Karl Petritz wieder selbst antreten, da der vorgesehene Nachfolger zur SPÖ gewechselt war. In Seeboden war der VP-Vizebürgermeister durch die Schlägerung einer Dorflinde bei den Regionalmedien in Ungnade gefallen. Bemerkenswert verlief die Stichwahl in der Marktgemeinde Obervellach. Die amtierende Bürgermeisterin Anita Gössnitzer von der ÖVP war im ersten Durchgang auf einen Anteil von 49,36 Prozent gekommen und hatte ihre Wiederwahl daher nur um neun Stimmen verfehlt. Eine Allianz der anderen Parteien verhalf aber in der Stichwahl dem SPÖ-Kandidaten Arnold Klammer überraschend zum Erfolg. Dass offensichtlich auch die Obervellacher Frauenliste an der Demontage einer Bürgermeisterin beteiligt war, eröffnete ein neues Kapitel der Diskussion um die Rolle der Frauen in der Kommunalpolitik. Die SPÖ konnte aber sonst abseits der Wahlen in den Städten mit dem Ergebnis der Bürgermeisterwahlen nicht zufrieden sein. Der Trend ihrer Ergebnisse vor sechs Jahren setzte sich auch diesmal fort. Gemeinden mit einer jahrzehntelangen Dominanz der SPÖ, wie Irschen und Trebesing in Oberkärnten oder Micheldorf im Bezirk St. Veit, gingen überraschend verloren. Rückeroberungen von Bürgermeisterämtern wie in Feld am See oder in Eisenkappel-Vellach konnten die negative Bilanz nicht wettmachen. Vor zwölf Jahren hatte die SPÖ noch 65 Bürgermeister gestellt, vor dieser Wahl waren es 60 und nunmehr kam die Partei nur mehr auf eine Zahl von insgesamt 53.

6.2 ÖVP-Bürgermeister: „Historisch höchste Zahl"

Die ÖVP feierte eine „historisch höchste Zahl an Gemeinde-Chefs".[7] Mit 45 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern erzielte sie gegenüber der letzten Periode einen Zuwachs von drei Gemeindechefs. Neben den Erfolgen

in Feldkirchen und Hermagor verteidigten die Türkisen auch souverän das Bürgermeisteramt in der Industriestadt Radenthein. Im Bezirk Spittal an der Drau löste man in den Gemeinden Millstatt, Rennweg, Krems und Irschen die SPÖ-Bürgermeister ab. Das Bürgermeisteramt in der Gemeinde Weißensee wurde von der FPÖ geholt. Wermutstropfen waren in diesem Bezirk die doch überraschenden Verluste der Markgemeinden Obervellach und Seeboden. Im Bezirk St. Veit war der Wahlsieg in der Gemeinde Micheldorf eine kleine Sensation. In diesem Bezirk gelang es auch, Kappel am Krappfeld, die Heimatgemeinde von Parteiobmann Martin Gruber, von der SPÖ zurückzuerobern.

6.3 Die FPÖ profitiert von Amtsinhabern

Mit Bürgermeistern in 20 Gemeinden gab die FPÖ nach dem Debakel bei der Landtagswahl ein Lebenszeichen. Zwar war man vom seinerzeitigen Resultat vor 12 Jahren meilenwert entfernt, doch konnte man immerhin fast an das Abschneiden vor sechs Jahren anknüpfen. Der Verlust von drei Bürgermeisterämtern war zu verkraften. Zu verdanken war das der Wiederkandidatur einer Reihe von langgedienten Gemeindechefs, die ihre Funktion auch erfolgreich verteidigen konnten. Einzig in der Gemeinde Kirchbach im Bezirk Hermagor lief dies schief. In den Gemeinden Weißensee und Feld am See hatten die beiden FPÖ-Bürgermeister auf eine Wiederkandidatur verzichtet. Diese Gemeinden gingen an die ÖVP bzw. SPÖ verloren. Die Bürgermeister von Großkirchheim und Diex, die vor sechs Jahren die Wahl noch als Spitzenkandidaten der FPÖ gewonnen hatten, traten wieder an, kehrten jedoch ihrer Partei den Rücken. Der frühere Landtagsabgeordnete Peter Suntinger war in Unfrieden geschieden und kandidierte nun in Konkurrenz zur FPÖ erfolgreich mit der Liste „Gemeinsam für Großkirchheim“. In Diex wollte sich der wiedergewählte Bürgermeister Anton Napetschnig mit seiner „Liste für Diex“ von der Parteipolitik abwenden und deklarierte sich nun als parteifreier Bürgermeister. In der Gemeinde Gurk funktionierte die Nachfolge nach dem Langzeitbürgermeister Siegfried Kampl. Dazu stellte man überraschend in den Gemeinden Trebesing und St. Georgen am Längsee erstmals den Bürgermeister. Gleich 17 der 20 Bürgermeister wurden in den drei Bezirken St. Veit (sieben), Spittal (sechs) und Villach-Land (vier) gewählt. Dazu kamen zwei Bürgermeister im Bezirk Feldkirchen und einer im Bezirk Hermagor. In den Bezirken Klagenfurt-Land, Völkermarkt und Wolfsberg ging man hingegen leer aus.

6.4 Neun parteifreie Bürgermeister, vier Bürgermeister vom Team Kärnten

Die politische Landschaft in Kärnten wurde nun etwas bunter. Mit neun Bürgermeistern, die keiner Partei angehörten, wurde eine neue Höchstzahl

erreicht. In Bad St. Leonhard, Steindorf, Mörtschach und Malta verteidigten die Amtsinhaber als Spitzenkandidaten von Namenslisten erfolgreich den Bürgermeistersessel. Dazu kamen in Großkirchheim und Diex zwei frühere FPÖ-Bürgermeister dazu, die sich nun in dieser Funktion im Rahmen einer Namensliste bestätigen ließen. Der Bezirk St. Veit an der Glan war auch bei Namenslisten für Überraschungen gut. Hier waren Abtrünnige der SPÖ erfolgreich. In Brückl verdrängte der frühere SPÖ-Vizebürgermeister Harald Tellian den SPÖ-Bürgermeister. Das gleiche Schicksal erlitt die SPÖ in Guttaring, wo sich Günter Kernle als Spitzenkandidat einer parteifreien Liste durchsetzen konnte. Einer Namensliste Tribut zollen sollte auch der bisherigen Bürgermeister von Lavamünd, Raphael Golez (SPÖ), der sich in der Stichwahl seinem Herausforderer Wolfgang Gallant (LWG) geschlagen geben musste. SPÖ und FPÖ waren daher die Leidtragenden des Zuwachses.

Die vier nun vom Team Kärnten erreichten Bürgermeisterämter haben einen hohen Stellenwert. Neben den Gemeinden St. Georgen im Lavanttal und Keutschach stellt Gerhard Köfers Partei nun die Bürgermeister in der Landeshauptstadt und in der viertgrößten Kärntner Stadt. In diesen Städten eroberte das Team Kärnten auch die Funktion des 2. Vizebürgermeisters; in der Landeshauptstadt in der Person des früheren Professors am slowenischen Gymnasium Alois Dolinar, in Spittal an der Drau mit Willi Koch. Köfer ist damit zu einem nicht unbedeutenden Player in der Landespolitik aufgestiegen.

Nach zwei Perioden musste Franz Josef Smrtnik Abschied vom Amt in Eisenkappel-Vellach nehmen. Die EL verlor damit einen ihrer beiden Bürgermeister. Bernard Sadovnik gelang die Wiederwahl in Globasnitz. Keine Chance auf ein Bürgermeisteramt hatten Grüne und Neos.

Tab. 2: Bürgermeister in Kärnten

Partei	Bürgermeister	Differenz
SPÖ	53	–7
ÖVP	45	+3
FPÖ	20	–3
Namenslisten	9	+5
Team Kärnten	4	+3
EL	1	–1

Quelle: Landeswahlbehörde und eigene Berechnungen

7. Auswirkungen der Wahl

7.1 Persönliche Konsequenzen

Nach der Bürgermeister-Stichwahl zogen die Parteien Bilanz. Landeshauptmann Peter Kaiser von der SPÖ resümierte, dass er schon erfreulichere Abende hatte: „Die Landtagswahl wird keine g'mahte Wies'n und herausfordernd."[8]

Zwei notwendige Schlussfolgerungen erledigten sich durch den völligen Rückzug aus der Politik von selbst: der von der bisherigen Klagenfurter Bürgermeisterin Maria-Luise Mathiaschitz und der vom abgewählten Hermagorer Bürgermeister Siegfried Ronacher. In der Landeshauptstadt übernahm Jürgen Pfeiler das der SPÖ zustehende Vizebürgermeisteramt. Neuer Stadtparteiobmann wurde Philip Kucher, der aber sein Mandat im Nationalrat behält. In Hermagor führt Günter Pernul die erstarkte sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion als 1. Vizebürgermeister an. In Spittal an der Drau griff die Landesleitung der Partei ein. Gerhard Pirih hatte noch am Vortag der Stichwahl erklärt, dass er im Falle einer Niederlage Erster Vizebürgermeister sein werde. Für ihn war aber nun nicht einmal mehr ein Sitz im Stadtrat, sondern nur mehr ein Mandat im Gemeinderat möglich. Stadtparteiobmann Andreas Unterrieder, laut Pirih der „Mastermind des Wahlkampfes in Spittal", musste die Funktion des 1. Vizebürgermeisters an Angelika Hinteregger abtreten, blieb aber im Stadtrat. Auch in Feldkirchen zog Bürgermeisterkandidat Karl Lang nicht in den Stadtrat ein. Die SPÖ nominierte als 2. Vizebürgermeister Alexander Kröll.

Laut VP-Obmann Landesrat Martin Gruber zeigten die Ergebnisse „die Kraft der neuen Kärntner ÖVP, die Verbreiterung ist geglückt".[9] Das schlechte Abschneiden in Klagenfurt und Villach wollte er nicht kommentieren. Die Landespartei reagierte aber darauf. In beiden Städten wurde das der Partei zustehende Stadtratsmandat nicht mit den Bürgermeisterkandidaten besetzt. In Klagenfurt musste Markus Geiger zu Gunsten von Max Habenicht verzichten, in Villach zog Christian Pober in den Stadtsenat ein. Unter Druck der Landespartei legte in Spittal der glücklose ÖVP-Bürgermeisterkandidat und Stadtparteiobmann Markus Unterguggenberger alle politischen Funktionen zurück. Der 29jährige Lukas Gradnitzer folgte im Stadtrat dem nicht mehr zur Wahl angetretenen Franz Eder und übernahm dort auch das Kulturreferat, in dem Eder zuvor mit großer Ambition ans Werk gegangen war.

„Wir gingen besser durchs Ziel als von manchen gewünscht."[10] FPÖ-Obmann LAbg. Gernot Darmann bedauerte aber den Ausgang in Klagenfurt und kündigte Konsequenzen an. Die sahen so aus, dass Darmann selbst die Leitung der Stadtpartei übernahm und Sandra Wassermann den einzigen der Partei verbliebenen Stadtrat übernahm. Bürgermeisterkandidat

Wolfgang Germ, den man für das Ausscheiden von Christian Scheider verantwortlich gemacht hatte, blieb Gemeinderat.

Auch an den Grünen ging das schlechte Abschneiden in der Landeshauptstadt nicht spurlos vorbei. Nachdem die Partei ihren Sitz im Stadtrat verloren hatte, erklärte Frank Frey am 3. März 2021 seinen Abschied von der Politik.

7.2 Änderung bei den Gemeindeverbänden

Die beiden letzten Wahlgänge kratzten doch etwas am Image der „SPÖ als Bürgermeisterpartei" (Copyright Peter Kaiser). Im Kärntner Gemeindebund, wo die Sozialdemokraten bis zum Jahr 2009 noch über eine absolute Mehrheit der Bürgermeister verfügt hatten, änderten sich die Kräfteverhältnisse. Die SPÖ stellte zwar in 52 der 130 Mitgliedergemeinden den Bürgermeister, die ÖVP war ihr aber mit 45 Bürgermeistern schon nahe gerückt. Christian Poglitsch, bestärkt von seinem überlegenen Wahlsieg in der Gemeinde Finkenstein, erhob daher den Anspruch, dass seine Partei den Präsidenten des Kärntner Gemeindebundes stellt. Die Präsidentschaft der SPÖ sei keine Erbpacht und die stärkste Partei habe auch keinen Rechtsanspruch darauf. Gemeinsam mit den Bürgermeistern der FPÖ würde sich eine klare Mehrheit für einen ÖVP-Präsidenten ausgehen. Der freiheitliche Afritzer Bürgermeister Maximilian Linder hielt dieses Vorhaben für eine der möglichen Optionen. Die Koalition zwischen SPÖ und ÖVP in der Landesregierung sprach aber letztlich dagegen. Es kam zu einer Konsenslösung. In Anlehnung an die drei Präsidenten des Kärntner Landtages gibt es nun auch drei Präsidenten des Kärntner Gemeindebundes. Der bisherige Präsident, der Frantschacher Bürgermeister Günther Vallant von der SPÖ, führt nun die amtliche Bezeichnung 1. Präsident, 2. Präsident ist Christian Poglitsch. Der freiheitliche Bürgermeister von Fresach Gerhard Altziebler darf sich 3. Präsident des Kärntner Gemeindebundes nennen.

Änderungen gab es auch beim Österreichischen Städtebund, traditionell eine Domäne der SPÖ. Da in der Landeshauptstadt zwischen 1973 und 2015 kein SPÖ-Bürgermeister regierte, war in dieser Zeit Villach Sitz der Landesgruppe, in der der jeweilige Villacher Bürgermeister auch den Vorsitz hatte. Nach dem Wahlsieg von Maria-Luise Mathiaschitz von der SPÖ vor sechs Jahren übersiedelte die Landesgruppe nach Klagenfurt und Maria-Luise Mathiaschitz übernahm den Vorsitz. Mit ihrem Rückzug aus der Politik legte Mathiaschitz auch diese Funktion zurück und die 21 Mitgliedsgemeinden wählten den Villacher Bürgermeister Günther Albel (SPÖ) zum neuen Vorsitzenden des Leitungsgremiums. Als Stellvertreter fungieren Martin Kulmer (SPÖ-Bürgermeister von St. Veit), der Wolfsberger Bürgermeister Hannes Primus (SPÖ) und der Bürgermeister der Landeshauptstadt Christian Scheider (Team Kärnten). Die Geschäftsstelle des

Städtebundes übersiedelte wieder nach Villach. Der bisherige Amtsleiter von St. Jakob im Rosental Arnold Muschet setzte sich bei der Ausschreibung für die Position des Geschäftsführers gegen 28 Mitbewerber durch.

Anmerkungen

1 Andrea Bergmann in der Kleinen Zeitung vom 22. Jänner 2021, S. 24.
2 Andrea Bergmann in der Kleinen Zeitung vom 5. Jänner 2021, S. 25.
3 Ebenda.
4 Kleine Zeitung vom 20. Februar 2021, S. 26.
5 Katrin Fister in der Kronenzeitung vom 2. März 2021, S. 25.
6 Ebenda.
7 Info-Update der ÖVP-Landesgeschäftsführerin vom 15. März 2021.
8 Kronenzeitung vom 15. März 2021, S. 14.
9 Kleine Zeitung vom 1. März 2021, S. 5.
10 Ebenda.

Kathrin Stainer-Hämmerle

Der lange Weg der Frauen an die Gemeindespitze

Die Frage nach der ersten Bürgermeisterin in Kärnten erforderte mehr Recherche als erwartet. Selbst die Parteien konnten nicht spontan Auskunft geben über die erste Frau im höchsten Gemeindeamt. Eine Internetrecherche führte schließlich zu Stefanie Quantschnig. Laut *Der Standard* schaffte sie 1990 das kaum Mögliche: „Die engagierte Sozialdemokratin, die ihre Wurzeln in der slowenischen Volksgruppe niemals verleugnete, schaffte es, die erste Bürgermeisterin Kärntens in Ludmannsdorf/Bilčovs zu werden." Selbst ihren Parteigenossen erschien das als unerhörte Provokation.[1] Das erklärt vielleicht auch, warum die SPÖ bis heute ihre Pionierin nicht stolz präsentiert oder sich zumindest sofort an sie erinnert. Die Geschichte der Frauen in Parteien ist ein kaum dokumentiertes Kapitel. So wie jene der Bürgermeisterinnen, trotz der nach wie vor überschaubaren Anzahl.

Über 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts 1918 stehen Frauen immer noch viel zu selten einer Gemeinde als Bürgermeisterin vor. So betrug der Anteil im Oktober 2021 9,6 Prozent. Das bedeutet: Unter den 2.095 Bürgermeistern in Österreich befanden sich 201 Frauen. Mit 13,3 Prozent schnitt Niederösterreich am besten ab, was die Frage nahelegt, ob die dort nicht praktizierte Direktwahl eine Rolle spielt. Dagegen spricht, dass das zweite Bundesland ohne Direktwahl, die Steiermark, nur bei 7,7 Prozent hält. An zweiter Stelle liegt Oberösterreich mit 10,7 Prozent Frauenanteil. Schlusslichter sind Kärnten und Salzburg mit je 7,6 Prozent sowie Tirol mit 6,1 Prozent.[2]

Dieser Beitrag setzt sich mit der Rolle der Frauen bei den Kärntner Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen 2021 auseinander sowie mit den Gründen für ihr langsames Aufholen in der Kommunalpolitik.

Bürgermeisterinnen in Kärnten

Vor den Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen am 1. März 2015 gab es drei Bürgermeisterinnen in Kärnten, zwei konnten sich bereits im ersten Wahlgang durchsetzen. Sechs weitere Kandidatinnen schafften es in die Stichwahl am 15. März 2015. Nach den Wahlen 2015 saßen sieben Frauen im Bürgermeistersessel, darunter Maria-Luise Mathiaschitz (SPÖ) in der Landeshauptstadt Klagenfurt am Wörthersee.

Fünf Jahre später kandidierten bei den Wahlen am 28. Februar 2021 sieben amtierende Bürgermeisterinnen, allerdings nicht exakt dieselben. In Obervellach wurde Anita Gössnitzer (ÖVP) am 17. April 2016 in einer Stichwahl gegen ihren männlichen Konkurrenten als neue Bürgermeisterin gekürt. Gössnitzer leitete die Gemeinde bereits interimistisch nach dem gesundheitsbedingten Rücktritt von Bürgermeister Wilhelm Pacher Mitte Jänner 2016. In St. Andrä hingegen übernahm Maria Knauder (SPÖ) das Amt von Bürgermeister Peter Stauber ohne Nachwahl. Andererseits kandidierte die einzige Bürgermeisterin des Bezirks Feldkirchen, Annegret Zarre (ÖVP), in Albeck nicht mehr. Ebenso verzichtete Hilde Gaggl (ÖVP) in Krumpendorf auf eine Amtsverteidigung.

Insgesamt konnten sich bei den Wahlen 2021 von 43 Kandidatinnen zehn Frauen gegen ihre überwiegend männlichen politischen Mitbewerber durchsetzen. Nicht alle Bürgermeisterinnen verteidigten ihren Sessel, fünf kamen neu ins Amt. Die längst dienende Bürgermeisterin Sonya Feinig (SPÖ) in Feistritz im Rosental/Bistrica v Rožu erhielt mit 89 Prozent im ersten Wahlgang ein Rekordergebnis. Sie verteidigte ebenso souverän die absolute Mehrheit in Prozenten und Mandaten. Ebenfalls im ersten Wahlgang wiedergewählt wurde in Lendorf Marika Lagger-Pöllinger (SPÖ) mit 69 Prozent. Auch sie konnte als Spitzenkandidatin das Ergebnis ihrer Partei zu einer absoluten Mehrheit im Gemeinderat steigern. Als Dritte im Bunde schaffte es im ersten Wahlgang Silvia Häusl-Benz (ÖVP) in Pörtschach, die ebenfalls eine beachtliche Steigerung ihres Parteiergebnisses zu einer absoluten Mandatsmehrheit erreichte.

Gabriele Dörflinger (SPÖ) in Klein St. Paul musste hingegen in die Stichwahl, ebenso wie Maria Knauder (SPÖ) in St. Andrä. Am Ende konnten sich beide Amtsinhaberinnen gegen ihre männlichen Konkurrenten durchsetzen. Regieren aber müssen beide ohne absolute Mehrheiten. In der Stichwahl nicht durchsetzen konnten sich hingegen Anita Gössnitzer (ÖVP) in Obervellach und Maria-Luise Mathiaschitz (SPÖ) in Klagenfurt am Wörthersee. Sie verlor das dritte Duell gegen Christian Scheider, der 2021 nicht mehr für die FPÖ bzw. das BZÖ antrat, sondern für das Team Kärnten.

Neu ins Amt gewählt wurden bereits im ersten Wahlgang Michaela Oberlassnig (SPÖ) in Feld am See mit 71 Prozent sowie Doris Liposchek (SPÖ) in Wernberg mit 66 Prozent. Knapp aber doch schaffte es mit 50,3 Prozent Andrea Feichtinger (ÖVP) in Kappel am Krappfeld auf Anhieb. Erfolgreich in der Stichwahl waren zusätzlich Elisabeth Lobnik (SPÖ) in Eisenkappel-Vellach/Železna Kapla-Bela gegen den amtierenden Bürgermeister Franz Josef Smrtnik. Ebenso konnte sich Karoline Turnschek (ÖVP) in der Gemeinde Weissensee im zweiten Wahlgang durchsetzen. Die Stichwahl verloren haben hingegen neben Maria-Luise Mathiaschitz und Anita Gössnitzer noch Gudrun Staubmann-Frizzi (SPÖ) in Guttaring sowie Heidemarie Penker (SPÖ) in Gmünd.

Aufstellung aller Bürgermeisterinnen in Kärnten

Name	Gemeinde	Partei	Amtsperiode
Stefanie Quantschnigg	Ludmannsdorf/Bilčovs	SPÖ	1990–2009
Ingrid Hirzbauer	Frantschach St. Gertraud	ÖVP	1997–2009
Hilde Gaggl	Krumpendorf	ÖVP	2002–2009 und 2015–2021
Sonya Feinig	Feistritz im Rosental/ Bistrica v Rožu	SPÖ	seit 2004
Christine Ploner	Dellach im Gailtal	SPÖ	2009–2015
Annegret Zarre	Albeck	ÖVP	2015–2021
Maria-Luise Mathiaschitz	Klagenfurt	SPÖ	2015–2021
Mag. Silvia Häusl-Benz	Pörtschach	ÖVP	seit 2015
Gabriele Dörflinger	Klein St. Paul	SPÖ	seit 2015
Marika Lagger-Pöllinger	Lendorf	SPÖ	seit 2015
Anita Gössnitzer	Obervellach	ÖVP	2016–2021
Maria Knauder	St. Andrä	SPÖ	seit 2020
Dr. Andrea Feichtinger	Kappel am Krappfeld	ÖVP	seit 2021
Karoline Turnschek	Weissensee	ÖVP	seit 2021
Doris Liposchek	Wernberg	SPÖ	seit 2021
Elisabeth Lobnik	Eisenkappel-Vellach/ Železna Kapla-Bela	SPÖ	seit 2021
Michaela Oberlassnig	Feld am See	SPÖ	seit 2021

Gegen die überwiegend männliche Konkurrenz stellten sich in nur sieben Gemeinden (Klagenfurt am Wörthersee, Villach, Feistritz im Rosental/Bistrica v Rožu, Pörtschach, Bad Kleinkirchheim, Finkenstein/Bekštanj und Wolfsberg) mindestens zwei Frauen zur Wahl als Bürgermeisterkandidatinnen. In weiteren 29 Gemeinden Kärntens kandidierte zumindest eine Frau. In 96 Gemeinden lief es aber auf ein Rennen allein zwischen Männern hinaus.

Die Gemeinderatswahlen 2021 konnten in Kärnten aber auch die anderen Quoten steigern. So gibt es zwar immer noch keinen Gemeinderat mit Halbe-Halbe bei den Mandaten, aber der Anteil von Frauen hat sich im Schnitt deutlich erhöht. Wiesen vor den Wahlen noch 19 Gemeinden einen Frauenanteil unter zehn Prozent in ihrem Gemeinderat auf, so waren es nach den Wahlen nur noch fünf. Die Gemeinde Dellach im Gailtal verzichtet als einzige auch in dieser Periode auf die Expertise von Frauen. Zwischen zehn und 24 Prozent haben nun statt 74 nur mehr 54 Gemeinden. Den Anteil auf beinahe ein Drittel zu erhöhen schafften 42 Gemeinden (im Vergleich 2020 waren es 26 Gemeinden). 31 Gemeinden können immerhin auf einen Anteil

zwischen 33 und 49 Prozent Frauen unter ihren politischen Entscheidungsträgern verweisen. Spitzenreiter sind die beiden Gemeinden Ebenthal und Reißeck mit 47 Prozent. Insgesamt sind unter den 1.780 Gemeinderäten 501 Frauen, das bedeutet einen Schnitt von 28,1 Prozent.

Mit den nun 21 Ersten Vizebürgermeisterinnen (16,2 Prozent) und den 22 Zweiten Vizebürgermeisterinnen (17,2 Prozent) sowie den elf weiblichen Stadtsenatsmitgliedern (19,3 Prozent) wäre die Grundlage für mehr Frauen als Gemeindechefinnen durchaus gelegt. Die gute Nachricht lautet also: Es geht voran. Der Frauenanteil in den Kärntner Gemeinden steigt stetig. Die schlechte Nachricht: Es geht zu langsam. Deswegen gilt es einen Blick auf die Ursachen des langsamen Aufstiegs der Frauen in der Gemeindepolitik zu werfen.

Männliche Strukturen, geringes weibliches Selbstbewusstsein

Die Gründe können in externe und interne Faktoren unterteilt werden. Zu den externen Faktoren zählen insbesondere die Doppel- und Dreifachbelastung der Frauen durch Beruf, Familie und Ehrenamt bzw. informelle Unterstützungsleistungen sowie die von Männern für Männer ausgerichteten Strukturen in der Politik. Die Sozialisation von Frauen, insbesondere ihre oft ablehnende Haltung zum Konzept Macht, die in der Gesellschaft verankerten Geschlechterrollen und das Problem mit dem *double bind* (siehe weiter unten) bilden in Wesentlichen die internen Faktoren.

Eine Zeitverwendungsstudie aus dem Jahr 2008/2009 von der Statistik Austria[3] stellt fest: Frauen haben weniger Freizeit. Während Männer vier Stunden Freizeit pro Tag genießen (und zwei Stunden Hausarbeit leisten), bleiben Frauen nur 3,5 Stunden Freizeit (hingegen investieren sie 3:42 Stunden in den Haushalt). Daraus folgt, dass Frauen weniger Zeit haben für Politik und Vereine (als Rekrutierungsfeld für Politik). Zusätzlich spielt sich Gemeindepolitik zu familienunfreundlichen Zeiten ab. Sitzungen und Veranstaltungen finden meist abends oder am Wochenende statt, also Zeiten, in denen viele Männer, aber wenige Frauen frei haben. Doch viele Frauen haben nicht nur weniger Zeit, sondern auch weniger Geduld (weil sie weniger Zeit haben). Sitzungen nach dem Motto „Es wurde zwar schon alles gesagt, aber noch nicht von jedem“ schrecken Frauen ab, sie empfinden diese als Zeitverschwendung. Um Frauen für die Gemeindepolitik zu gewinnen, gilt es also nicht nur die Sitzungszeiten zu überdenken, sondern auch die Gesprächskultur.

Viel schwieriger ist es, bei den internen Faktoren anzusetzen. Denn hier geht es um die Bilder in den Köpfen von Frauen und Männern, egal ob Wähler*innen oder Politiker*innen, wenn es um deren Rollen in der

Gesellschaft geht. Kurz gesagt: Macht ist für und bei Männern sexy, bei und für Frauen ist sie nicht nur abschreckend, sie macht sie auch unweiblich. Zumindest wird versucht, ihnen das zuzuschreiben. Dieser *double bind* ist eine Folge unserer Erziehung und der dominanten Werte in der Gesellschaft. Dem können sich weder Männer noch Frauen entziehen. So werden Männern meist folgende Eigenschaften zugeschrieben: machtbewusst, durchsetzungsfähig, entscheidungsfreudig, überzeugend und zielstrebig. Bei Frauen lautet der erwünschte Katalog: einfühlsam, kooperativ, kompromissbereit, fleißig, ehrlich, verantwortungsvoll.[4]

Im Rahmen der qualitativen Studie „Frauen führen Kommunen" haben Lukoschat und ihre Kolleg*innen von der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft in Berlin 60 persönliche Interviews mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern geführt.[5] Unterschiede zwischen Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen betreffen u. a. die private Lebenssituation, die Entscheidungsprozesse für die Kandidatur und die Nominierung sowie vor allem die Einschätzungen zum Stand der Gleichberechtigung und der Situation bzw. Rolle von Frauen. Laut den Studienergebnissen werden an eine Bürgermeisterin deutlich andere Erwartungen als an einen Bürgermeister herangetragen und hätten Erstere freundlich, sozial und teamorientiert zu sein. Gleichzeitig müssten sich Frauen in Führungspositionen häufig erst einmal beweisen, bevor sie respektiert würden. Unterschiede finden sich ebenfalls bei Nominierung und Erwartung. Deutlich mehr Frauen wurden von ihren Parteien in einer Konstellation nominiert, in welcher der Wahlsieg als eher unwahrscheinlich galt, weil die Partei lange in der Opposition war oder man sich aufgrund anderer Umstände schlechtere Chancen ausrechnete. Über die Hälfte der Männer sah ihre Wahl als ziemlich sicher an, bei den Frauen war es dagegen nur ein knappes Viertel, laut Lukoschat. Frauen sind also oft Überraschungssiegerinnen und lassen sich die undankbaren Jobs aufdrängen.

Ähnliche Ergebnisse wie in Deutschland finden sich in Südtirol und in einer Umfrage unter österreichischen Bürgermeisterinnen. So haben Atz et al.[6] Kommunalpolitikerinnen gefragt, ob Frauen eine andere Art von Politik machen. 41 Prozent haben dies bejaht, 37 konnten dem eher schon zustimmen. Als Besonderheiten wurden vor allem sozial/zwischenmenschlich/einfühlsam, korrekt/genau/vorsichtiger/sachlicher und teamfähig/kommunikativer genannt. In dieser Umfrage wiederholen sich ebenfalls die geschlechterstereotypen Zuschreibungen. Als typisch männliche Eigenschaften gelten machtbewusst, durchsetzungsfähig und entscheidungsfreudig. Als typisch weibliche Eigenschaften geben die Politikerinnen einfühlsam, kooperativ, kompromissbereit und fleißig an.[7]

Allgemein nannten die Kommunalpolitikerinnen als Gründe für den geringen Frauenanteil am häufigsten die schwierige Vereinbarkeit von

Beruf, Familie und Ehrenamt, das geringe Selbstvertrauen, die an Männern orientierten Zeiten sowie wenig politisches Interesse. Dazu passen auch die genannten Gründe für die Benachteiligung von Frauen in der Politik: an erster Stelle die mangelnde Vereinbarkeit Familie und Beruf, dann die Aussagen „Die Gesellschaft traut Frau weniger zu/Frau wird nicht ernstgenommen" sowie das Verhalten von Politikern.

Atz et al. stellen ähnlich wie Lukoschat fest, dass Frauen oft keine gezielte Strategie für ihre politische Karriere verfolgen. Dies untermauert eine Befragung aus Österreich anlässlich des Bürgermeisterinnentreffens 2021.[8] Auf die Frage „Wie ist es zu Ihrer Kandidatur für das Bürgermeisterinnenamt gekommen", antwortet beinahe die Hälfte „Hat sich aufgrund der Situation ergeben" und ein weiteres Drittel „Ich wurde gefragt". Nur neun Prozent geben an, das Amt aktiv angestrebt zu haben. Darüber hinaus sind die österreichischen Bürgermeisterinnen überwiegend mit ihrer Entschädigung zufrieden, wünschen sich aber eine bessere soziale Absicherung und eine Karenzregelung sowie eine spezifische Ausbildung.

Praxis trifft Theorie im Kärntner Wahlkampf

Passend zur allgemeinen Problemanalyse hier einige Blitzlichter aus dem Kärntner Wahlkampf 2021. Zunächst nochmals zur statistischen Ebene: Kärnten wies vor den Wahlen mit neun Bürgermeisterinnen im Vergleich zu 123 männlichen Kollegen nur 6,8 Prozent Ortschefinnen aus. Zwei der amtierenden Bürgermeisterinnen stellten sich nicht mehr der Wahl. Beide Gemeinden sind künftig wieder in Männerhand. Drei Bürgermeisterinnen wurden wiedergewählt, vier jedoch mussten sich einer Stichwahl stellen. Da insgesamt nur in 28 von 132 Gemeinden eine Stichwahl stattfand, ist die Gefahr bei Frauen, diese bestreiten zu müssen, wesentlich höher. Der besondere Amtsbonus in Krisenzeiten gilt offenbar nur bei Männern. Zusätzlich schafften es vier weitere Frauen in Stichwahlen. Alle acht hatten einen männlichen Gegenkandidaten.

In Obervellach trat erstmals eine reine Frauenliste an. Für die „Liste E 20 – Frauen in Obervellach" schlossen sich 20 Frauen zusammen, um bei der Gestaltung der Marktgemeinde mitzuwirken. Ein Ziel von Spitzenkandidatin Angelika Staats war aber auch, die geringe Frauenquote im Gemeinderat zu heben. Sie betont zudem die andere Art der Politik: „Die Gesprächs- und Projektkultur verhält sich ganz anders, wenn Frauen mitreden können, und wir sind konsequenter in der Umsetzung."[9] Interessant ist, dass die Frauenliste in einer der wenigen Gemeinden mit einer Bürgermeisterin antrat. Anita Gössnitzer freute sich schon auf die Zusammenarbeit, wurde dann jedoch abgewählt. Zu viel Frauen verträgt eine Gemeinde offensichtlich doch nicht. Die Frauenliste in Obervellach konnte

zwei Mandate erreichen. Mit zwei Frauen von der ÖVP und einer SPÖ-Mandatarin gelang also eine Steigerung des Frauenanteils im Gemeinderat. Der Gemeindevorstand jedoch ist seit der Wahl wieder rein männlich.

Die schlimmsten Erfahrungen im Wahlkampf musste FPÖ-Kandidatin Isabella Theuermann in Wolfsberg machen. Ihre Plakate wurden mit unsäglich untergriffigen Parolen beschmiert. Es war der eindeutige Versuch, ihr als Frau in der Öffentlichkeit die moralische Integrität abzusprechen. Theuermann ließ sich nicht einschüchtern und die Plakate als Zeichen auch nach verlorener Wahl stehen. Damit zeigte sie Mut und Selbstbewusstsein. Theuermann ist übrigens Landesparteisekretärin. Von ihrem damaligen Parteichef Gernot Darmann kam allerdings keine Rückendeckung.

Katharina Spanring wurde nach der Wahl von ihrer Partei im Stich gelassen. Sie sprang für die ÖVP in Villach als Spitzenkandidatin ein, nachdem ihr Stadtratskollege Christian Pober (zuständig für Gesundheit) im Sommer nach dem Besuch einer Gartenparty mit anschließendem Corona-Cluster mit Rücktrittsaufforderungen konfrontiert war. Zusätzlich war der Wahlkampf Spanrings durch Plagiatsvorwürfe gegen Parteichef Peter Weidinger belastet. Spanring erreichte nach Bürgermeister Albel und Vizebürgermeisterin Sandriesser (beide SPÖ) das drittbeste Vorzugsstimmenergebnis. Dennoch verlor die Partei den zweiten Stadtratsposten. Den verbliebenen behielt Christian Pober, der gerade einmal ein Drittel von Spanrings Stimmen bekam.

Ein schwerer, aber notwendiger Weg für alle

Frauen setzen sich in der Politik deutlich schwerer durch. Ihnen fehlt oft das grundsätzliche Interesse an Politik, weil ihre Erziehung ihnen nahelegt, dass der öffentliche Raum doch eher für Männer gemacht ist. Wenn sie Interesse haben, mangelt es vielen an Selbstbewusstsein und/oder Unterstützung, sich in dieser von männlichen Ritualen dominierten Kultur durchzusetzen. Nicht zuletzt werden Frauen an anderen Kriterien gemessen wie Männer, wenn sie in der Öffentlichkeit stehen.

Die Quoten zeigen, dass es auf Gemeindeebene – also nah an den Bürger*innen – besonders schwer ist. Dennoch herrscht Konsens, dass es nicht ausreicht, wenn nur jedes zehnte Gemeindeamt eine Chefin hat. Dafür gibt es gute Gründe: Erstens ist es der Anspruch einer repräsentativen Demokratie, dass alle Menschen ihrem Anteil in der Gesamtbevölkerung entsprechend vertreten sind. Das betrifft nicht nur das Geschlecht, sondern auch andere soziodemografische Merkmale wie Einkommen, Bildung, Familie. Zweitens verbessern Frauen die Ergebnisse in der Politik. Je mehr Perspektiven, Sichtweisen und Interessen in die Beratungen einfließen, desto tragfähiger und konsensfähiger sind die Entscheidungen. Das

hilft der Politik, die viel Vertrauen verloren hat. Drittens sind kommunale Themen weibliche Themen. Pflege und Kinderbetreuung, Wohnen und Verkehr sowie Klimaschutz werden zentrale Herausforderungen. Frauen haben hier viel an Expertise, was Bürger*innen wollen und brauchen. Viertens verlassen qualifizierte Frauen als erste die Gemeinde. Um Abwanderung im ländlichen Raum zu stoppen, müssen Frauen daher gehört und in politische Entscheidungsprozesse integriert werden. Darüber hinaus tragen Frauen meist auch die soziale Struktur in einer Dorfgemeinschaft. Fünftens: Je polarisierter der politische Wettbewerb, desto notwendiger wäre das häufig Frauen zugeschriebene Verhandlungsgeschick und ihr Interesse an der Sache, statt an parteipolitischem Geplänkel.

Höchste Zeit für ineinandergreifende Maßnahmen

Zurück zu den Studien aus Deutschland, Südtirol und Österreich. Was wären geeignete Maßnahmen, um Frauen den Gang in die Gemeindepolitik zu erleichtern? Die österreichischen Bürgermeisterinnen sehen persönliche Gespräche am sinnvollsten, um Frauen für politische Ämter zu gewinnen. Weniger wirksam, aber dennoch genannt wurden die Einbindung in Projekte und Gremien sowie ihre eigene Vorbildfunktion. Für die Parteien gilt also: Nach der Wahl ist vor der Wahl. Eine systematische Förderung von Frauen in den Parteien kann nicht früh genug vor der nächsten Wahl beginnen. Das bedeutet vor allem das aktive Suchen von Kandidatinnen und deren persönliche Ansprache sowie Unterstützung und Ermutigung. Auch das Land Kärnten versucht mit seinem Frauenlehrgang Politische Bildung 2021/22 unter dem Titel „Mut zum Mitgestalten", einen Beitrag zu leisten für eine überparteiliche Ausbildung für interessierte Frauen. Sechs Module befassen sich mit Politik auf Kommunal- bis hin zur EU-Ebene, mit finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen, Gleichstellungsstrategien, demokratischen Beteiligungsprozessen sowie Medien- und Öffentlichkeitsarbeit in den politischen Bereichen. „Wir möchten den Teilnehmerinnen ein solides Fundament für die politische Arbeit mitgeben und sie dabei unterstützen, ihre Potenziale mit Selbstbewusstsein und Mut zu entfalten", erläutert Frauenreferentin Sara Schaar (SPÖ) die Motive.[10]

Am effizientesten wäre selbstverständlich eine Quotenregelung. Doch in Verbindung mit dem freien Wahlrecht ist eine Vorschrift an die Wähler*innen, welches Geschlecht zu wählen ist, problematisch. Eine politische Mehrheit ist ohnehin für eine derartige Änderung des Wahlrechts nicht in Sicht. Auch widerspricht eine Quotenregelung Elementen eines personalisierten Wahlrechts, weil Vorzugsstimmen dann jeden Reißverschluss bei der Listenreihung außer Kraft setzen. Angedacht werden

könnte allerdings, einen Teil der Parteienförderung an Frauenquoten in den Gremien zu knüpfen.

Die wirkliche Instanz sind in einer Demokratie aber die Wähler*innen. Solange es für eine Partei keinen Nachteil in der Wahl bedeutet, nur männliche Kandidaten auf aussichtsreichen Listenplätzen zu präsentieren, solange werden sie es wohl auch weiterhin tun. Vor allem, weil eine stärkere Einbindung von Frauen eine Veränderung bei Sitzungsstruktur und -kultur auslöst. Ein Ende von Marathondebatten bis spät in die Nacht könnte zwar auch die Lebensqualität von Politikern erhöhen, ebenso mehr Zurückhaltung in der gegenseitigen Verunglimpfung, die ohnehin auch weite Teile der Bevölkerung – egal ob männlich oder weiblich – abstößt. Aber jedes Mandat für eine Frau bedeutet ein Mandat weniger für einen Mann. In Zeiten, wo es ohnehin immer schwerer wird, ausreichend Personen für die Gemeindepolitik zu rekrutieren, vielleicht die größte Chance für eine stärkere Beteiligung von Frauen.

Geschlechterrollen und die damit verbundenen Zuschreibungen sind der größte Knackpunkt, wie es für Südtirol auch Atz et al. feststellen.[11] Doch je mehr Frauen in der Politik als Vorbilder dienen, desto eher werden die Vorurteile in den Köpfen der Wähler*innen aufgebrochen. Wichtig bei dieser Bewusstseinsarbeit sind die Medien, die künftig vermehrt auf die Darstellung von Frauen und Männern in der Gemeinde und insbesondere in Zusammenhang mit öffentlichem Engagement und Politik achten müssen. Garderobe, Frisuren und Familie von Bürgermeisterinnen sollten zumindest keine größere Rolle spielen als jene von Politikern. Am besten wäre es selbstverständlich, wenn sie überhaupt nicht thematisiert würden.

Auch Lukoschat sieht nur eine Chance im breiten Ansatz von ineinandergreifenden Maßnahmen:

- ❒ auf der politisch-institutionellen Ebene (gezielte Nachwuchsförderung und Gleichstellung bei Parteien);
- ❒ mit individuellem Empowerment (Trainings- und Coachingangebote, Vernetzung);
- ❒ auf der soziostrukturellen Ebene (Ausbau der Kinderbetreuung, Förderung partnerschaftlicher Lebensmodelle);
- ❒ mit Öffentlichkeitsarbeit;
- ❒ durch Anreize für Gemeinden, den Frauenanteil zu steigern (Druck durch Rankings, Gender-Indizes usw).[12]

Nur wenn jede Gelegenheit wahrgenommen wird, Frauen zu motivieren und zu bestärken, wird die Kluft zwischen Männern und Frauen im Bürgermeisteramt schneller geschlossen werden. Für resiliente und lebenswerte Gemeinden muss das ein zentrales Ziel sein.

Über die erste Bürgermeisterin in Österreich herrscht übrigens auch Unklarheit. Die „Österreichische Volksstimme“ meldete am 6. Juni 1946: „Die steirische Gemeinde Oberhaag bei Arnfels hat die Bauerntochter Maria Rotschädel zur Bürgermeisterin gewählt. Es ist das erstemal, daß in der Steiermark und wohl auch in Oesterreich, eine Frau diesen Posten bekleidet.“[13] Sie blieb es nur für kurze Zeit. Eine andere Quelle verweist auch auf Ottilie Ninaus, die ab 1947 Bürgermeisterin der 1968 aufgelösten Gemeinde Sierling war.[14] Der Genderatlas hingegen gibt Zenzi Hölzl (SPÖ) in Gloggnitz/Niederösterreich im Jahr 1948 als erste Bürgermeisterin an.[15] Sie blieb immerhin zehn Jahre im Amt.

Anmerkungen

1 Vgl. Elisabeth Steiner in: Der Standard vom 7. 11. 2007, abrufbar unter: https://www.derstandard.at/story/1194116604260/zweisprachige-harmonie.

2 Zu Zahlen im Zeitverlauf siehe Österreichischer Gemeindebund unter: https://gemeindebund.at/buergermeister-und-buergermeisterinnen/.

3 Siehe: https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/zeitverwendung/zeitverwendungserhebung/index.html. Leider wurde seither keine Zeitverwendungsstudie mehr beauftragt. Auch wäre eine Trennung der Items „Soziale Kontakte“, „Kinderbetreuung“ und „Freiwilligenarbeit“ als eigene Kategorien wünschenswert.

4 Man könnte sich natürlich auch die Frage stellen, warum erstgenannte Eigenschaften Personen besser für Politik qualifizieren als zweitgenannte.

5 Lukoschat, Helga/Jana Belschner (2014). Frauen führen Kommunen. Eine Untersuchung zu Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in Ost und West, EAF Berlin. Download: www.frauen-macht-politik.de.

6 Atz, Hermann/Josef Bernhart/Kurt Proberger (2019). Wie weiblich ist die Gemeindepolitik? Der mühevolle Weg der Frauen ins Rathaus, Bozen.

7 Siehe Atz et al. (2019), 135 ff.

8 Abrufbar unter: https://gemeindebund.at/website2020/wp-content/uploads/2021/08/umfrage-zum-burgermeisterinnentreffen-2021.pdf.

9 https://kurier.at/chronik/oesterreich/gemeinderatswahl-frauenliste-mischt-kommunalpolitik-auf/401180599.

10 Siehe dazu: https://www.ktn.gv.at/Service/News?nid=33219.

11 Atz et al. (2019), 148.

12 Lukoschat (2014), 92 ff.

13 Reinhold Gärtner: Politiklexikon für junge Leute (unter Mitarbeit von Sigrid Steininger), www.politik-lexikon.at.

14 Neue Zeit. Nr. 152, 3. Juli 1949, S. 3.

15 Siehe unter https://genderatlas.at/articles/buergermeisterinnen.html.

Wolfgang Fercher

Und wieder einmal: Stichwahl

Zum dritten Mal lautete das Duell „Mathiaschitz gegen Scheider“

1. Die Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl in Klagenfurt

1.1 FPÖ, OGM und ein unmoralisches Angebot

Chat- und Inseraten-Affäre, Korruptionsvorwürfe, Ermittlungen der Staatsanwaltschaft, Rücktritt von Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP). Das politische Erdbeben, das Österreich 2021 erlebte, überbot noch einmal die an Skandalen nicht arme jüngere Vergangenheit in diesem Land. Mit dem mittlerweile berühmt-berüchtigten „Beinschab-Österreich-Tool“ sollen frisierte Umfragen für die Tageszeitung „Österreich“ erstellt worden sein, gezahlt haben soll das Finanzministerium. Dem Vertrauen in demokratische Institutionen, unabhängige Medien und seriöse Meinungsforschungsinstitute haben Kurz & Co, unabhängig von der strafrechtlichen Relevanz, einen Bärendienst erwiesen. Der Verband der Markt- und Meinungsforschungsinstitute Österreichs (VdMI) distanzierte sich öffentlich von den beschuldigten Meinungsforscherinnen Sabine Beinschab und Sophie Karmasin. Diese, für beide gilt die Unschuldsvermutung, seien nie Mitgliederinnen des Verbandes gewesen. Durch die ganze Affäre ist jedenfalls auch die Meinungsforschungsbranche in die Kritik geraten – Wasser auf die Mühlen jener, die Umfragen schon davor wenig Glauben schenkten. Dabei schaffen es die Meinungsforscher oft erstaunlich präzise, Vorhersagen zu liefern: mit seriöser statistischer Arbeit statt einem Blick in die Glaskugel.

Für die politisch-mediale Öffentlichkeit und vor allem für Parteien haben Umfragen eine große Bedeutung – wenn es um Themensetzung, Kampagnenplanung oder die Positionierung von Spitzenkandidaten geht. Und damit schließt sich der Kreis zur Gemeinderatswahl 2021 in Klagenfurt. Die Meinungsforschung spielte eine nicht unmaßgebliche Rolle im überraschenden Comeback von Christian Scheider (Team Kärnten, früher FPÖ). Eine These, die bis in das Jahr 2018, eigentlich sogar bis in das Jahr 2015 zurückreicht.

Damals verlor Scheider als amtierender Bürgermeister und FPÖ-Chef die Stichwahl gegen Maria-Luise Mathiaschitz (SPÖ). Einige Monate danach zog sich der ehemalige Tennislehrer und Sekretär von Jörg Haider nach 20 Jahren als Stadtparteichef zurück, blieb aber Vizebürgermeister. Sein Kollege in

der Stadtregierung Stadtrat Wolfgang Germ übernahm Anfang 2016 als Parteiobmann. Das sei sein Vorschlag gewesen und auf seinen Wunsch passiert, erklärte Scheider. Und auf die Frage, ob er 2021 trotzdem noch einmal als Spitzenkandidat antreten wolle, sagte Scheider damals zur Kleinen Zeitung: „Das ist eine Chance, die ich mir offenlasse. Es ist zu früh, darüber eine seriöse Aussage zu treffen." Es kam, wie es kommen musste. Der neue Parteichef Germ hatte Lust auf mehr und wollte schon 2018 die Frage nach dem Spitzenkandidaten für 2021 geklärt haben. „Die Bürger müssen rechtzeitig informiert werden und auch in der Partei müssen wir Klarheit schaffen", sagte Germ, der gute Kontakte zum damaligen Bundesparteichef Heinz-Christian Strache pflegte, im März 2018 zur Kleinen Zeitung.

Im Dezember 2018 legte sich die Partei schließlich auf Wolfgang Germ als Spitzenkandidat fest. Das sei so früh erfolgt, damit niemand mit einer eigenen Liste antreten werde, sagte Germ. Die Jahre danach sollten ihn eines Besseren belehren. Die Basis für diese Entscheidung war eine OGM-Umfrage, die Germ „mehr Hoffnungspotenzial" und „eine bessere Position bei Wählern anderer Parteien" attestierte. Wie seriös diese Umfrage angesichts der Entwicklungen bis zum Jahr 2021 wirklich war? Mit ihren Einschätzungen lagen die Meinungsforscher erstaunlich weit daneben. „Wir einigten uns darauf, abzufragen, welche Themen die Leute in der Stadt bewegen, und dazu, wer diese Sachfragen glaubwürdig vertritt. Wer da besser abschneidet, wird der Spitzenkandidat, der andere die Nummer zwei", sagte Germ, der Scheider im Frühjahr 2019 auch als Vizebürgermeister ablöste. Scheider trat als Stadtrat in die zweite Reihe zurück und machte gute Miene zum bösen Spiel.

Bis zum 3. November 2020: Der Tag, an dem er seinen Wechsel zum Team Kärnten publik machte. „Nach der Wahl 2015 wurde ich in der Partei scheibchenweise demontiert", sagte Scheider mit dem Blick zurück. Man habe ihm das Wahlergebnis vorgehalten, dabei seien die erzielten 25 Prozent der Partei im Rückblick „gar nicht so schlecht" gewesen und mittlerweile eine „Latte, die für die FPÖ gar nicht mehr erreichbar" sei. „So kann ich mit mir nicht mehr umgehen lassen", erklärte Scheider. Die Kränkungen in der Partei, aber auch das Gefühl, „dass ich Rückhalt habe und mich die Leute als Bürgermeister sehen wollen", hätten ihn bestärkt, noch einmal als Spitzenkandidat ins Rennen zu gehen. Innerhalb der FPÖ habe es allerdings keine Möglichkeit gegeben, obwohl es bei der Landespartei sehr wohl Fürsprecher gäbe. Scheiders primäres Ziel: Berufspolitiker bleiben.

Das unmoralische Angebot des Team Kärnten von Gerhard Köfer kam zur rechten Zeit und sollte eine nicht zu erwartende Dynamik in den Wahlkampf bringen. Als Wahlkampfmanager holte sich Scheider Frank Rainer, einst Pressesprecher von FPÖ-Landesrat Karl Pfeifenberger, an Bord. Der bezifferte die Wahlkampfkosten mit 150.000 bis 200.000 Euro – wieder eine

Zahl, die nicht halten sollte. Letztlich waren es weit über 200.000 Euro, im Wahlkampffinale wurde noch ein Kredit aufgenommen. Der FPÖ kehrte Scheider nach mehr als 30 Jahren den Rücken, von freiheitlichen Slogans löste er sich aber nicht. Auf seiner Facebook-Seite warb er zwischenzeitlich mit einem Foto und der Aufschrift „Sie sind gegen ihn, weil er für euch ist". Ein Slogan, den Jörg Haider einst schon im Wahlkampf 1994 eingesetzt hatte und der 2008 auch von Heinz-Christian Strache verwendet wurde.

1.2 Viel Auswahl, wenig Inhalt

„Fleißig, bürgernah, für alle da", plakatierte Scheider dann im Wahlkampf. „Sozial, sicher, bürgernah", hieß es bei Germ. Amtsinhaberin Maria-Luise Mathiaschitz (SPÖ), die „Unsere Lebensqualität in sicheren Händen" plakatierte, zeigte sich im Wahlkampf siegessicher. Umfragen untermauerten ihre Favoritenrolle – zumindest bedingt. Die Kleine Zeitung veröffentlichte am 20. Februar eine OGM-Umfrage (n = 354 Befragte zwischen 9. und 16. Februar) zur Gemeinderatswahl in Klagenfurt; und diese zeigte schon die Richtung vor, in welche es am Wahltag gehen sollte. „Scheider halbiert durch seinen Wechsel zum Team Kärnten seine frühere Partei, die FPÖ", hieß es da. Laut Umfrage würde die SPÖ auf 34 Prozent zulegen (2015 waren es 31 Prozent), die ÖVP auf 20 Prozent kommen (2015: 19 Prozent), die FPÖ auf nur zwölf Prozent (2015: 25 Prozent), die Grünen ebenfalls auf zwölf Prozent. Das Team Kärnten könnte laut OGM dank Scheider mit 15 Prozent gleich drittstärkste Partei werden, was sechs bis sieben Gemeinderäte und einen fixen Stadtratssitz bedeuten würde.

Zudem wurde eine Neuauflage der Bürgermeister-Stichwahl zwischen Maria-Luise Mathiaschitz (41 Prozent) und Christian Scheider (20 Prozent) prognostiziert. OGM-Chef Wolfgang Bachmayer las aus den Umfragedaten eine „recht gute Zufriedenheit" mit der Stadtpolitik heraus, „deutlich verbessert im Vergleich zur Wahlumfrage vor der Wahl 2015". Die Corona-Problematik überlagerte viele andere Themen, etwa die Diskussion um ein neues Hallenbad, autofreie Zonen in der Klagenfurter Innenstadt oder die Zukunft des dauerkriselnden Flughafens. Mit seiner Prognose, dass Amtsinhaberin Mathiaschitz die Stichwahl deshalb klar für sich entscheiden sollte, lag Bachmayer daneben. Seit der Einführung von Bürgermeister-Direktwahlen in Kärnten 1991 musste übrigens noch jeder Bürgermeister in Klagenfurt in eine Stichwahl. Damals setzte sich Leopold Guggenberger (ÖVP) mit 52,73 Prozent gegen Michael Ausserwinkler (SPÖ) durch.

Um am 28. Februar 2021 in Klagenfurt auf dem Stimmzettel zu stehen, waren jeweils 90 Unterschriften von Bürgerinnen und Bürgern notwendig. Insgesamt elf Listen konnten diese Hürde überwinden, darunter eine Liste „Volk" und die Partei „Alternative Liste Lebenswerte Erde". Letzterer

gelang es aber nicht annähernd, ein so beachtliches Ergebnis wie die Liste „Verantwortung Erde“ in Villach (11,4 Prozent) zu erzielen. Es sollte ein an Inhalten sehr armer Wahlkampf bleiben. Von Ideen und Visionen, wie man die Landeshauptstadt weiterentwickeln will, war wenig zu hören. Auch die Wählerinnen und Wähler waren offensichtlich nicht überzeugt.

Trotz großer Auswahl lag die Wahlbeteiligung bei nur 52,1 Prozent – so niedrig wie noch nie. Politologin Kathrin Stainer-Hämmerle relativierte den Rückgang bei der Wahlbeteiligung in einer ORF-Nachwahlanalyse. Es sei ein allgemeiner Trend, der schon in anderen größeren Städten zu beobachten gewesen sei: „Es gibt sehr viele Möglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger, sich politisch zu artikulieren und zu engagieren. Wahlen stehen offensichtlich nicht mehr so im Mittelpunkt. Und je größer die Einheit, desto weniger glaubt man, dass die einzelne Stimme wichtig wäre“, erklärte Stainer-Hämmerle.

1.3 Scheider und das Rebreak

Der Blick auf das Wahlergebnis in der Landeshauptstadt: Die SPÖ konnte leicht zulegen und kam auf 31,2 Prozent (2015: 30,7 Prozent), das Team Kärnten schaffte es mit Scheider auf Anhieb auf 22,4 Prozent. Die FPÖ stürzte auf 10,8 Prozent ab (2015: 24,8 Prozent) und fiel sogar hinter die ÖVP (15,6 Prozent) zurück. Die Grünen mit Spitzenkandidat Frank Frey wurden böse abgestraft (9,3 Prozent; 2015: 14 Prozent) und verloren damit ihren Sitz im Stadtsenat. In der Bürgermeisterwahl lag Mathiaschitz (33,4 Prozent) im ersten Wahlgang knapp vor Scheider (30,5 Prozent).

Zum dritten Mal trafen sich die beiden in einer Stichwahl. Das erste Duell 2009 war eine klare Sache für Scheider (damals BZÖ), der mit 63,99 zu 36,01 Prozent gegen Mathiaschitz triumphierte und die Nachfolge von Harald Scheucher (ÖVP) antrat, der die Stadt zwölf Jahre lang regiert hatte. 2015 konnte die SPÖ-Politikerin den Spieß umdrehen (53,31 Prozent zu 46,69 Prozent) und nach 42 Jahren (Hans Ausserwinkler) wieder das Amt des Oberhauptes in der Landeshauptstadt für die SPÖ holen.

Sechs Jahre später, am 14. März 2021, gab bei der Stichwahl nicht einmal die Hälfte (47,9 Prozent) der Wahlberechtigten eine Stimme ab. Überraschend deutlich setzte sich Scheider durch – er lag letztlich um 2661 Stimmen vor Mathiaschitz. Dem passionierten Tennisspieler gelang, um es in der Tennissprache zu sagen, das Rebreak. Die desaströse Finanzsituation am Ende seiner ersten Amtszeit, kaum umgesetzte Projekte, fragwürdige Gesangsauftritte – jene Wählerinnen und Wähler, die ihre Stimme abgaben, hielten ihn trotzdem für die bessere Wahl. Auch wenn politische Mitbewerber und viele Experten fehlende Entscheidungskompetenz und mangelndes sachpolitisches Verständnis bei Scheider orten.

1.4 Wie der Amtsbonus verloren ging

Mathiaschitz schaffte es nicht, die Arbeit ihrer rot-türkis-grünen Dreierkoalition zu „verkaufen". Dabei wurde sie nicht müde zu betonen, dass alle von ihr angekündigten Versprechen „eingehalten und umgesetzt" wurden. „Von der Entfernung der Seebühne bis zur Sanierung des Finanzhaushaltes. Als ich kam, war der Stadt ein Finanzkommissär angedroht. Binnen weniger Jahre ist es gelungen, die Stadt auf solide finanzielle Beine zu stellen", betonte sie vor der Wahl. Für ihre Ermöglichung von „For Forest", dem Wald im Klagenfurter Stadion, musste sie viel Kritik einstecken – auch wenn sie gebetsmühlenartig betonte, dass kein Steuergeld für das Projekt fließe.

Im Wahlkampf versuchte die Bürgermeisterin auch mit der Attraktivierung der Innenstadt durch die Neugestaltung diverser Plätze, wie Pfarrplatz, Heiligengeistplatz oder Kardinalplatz zu punkten. Noch zwei Tage vor der Stichwahl präsentierte Mathiaschitz in einer eilig einberufenen Pressekonferenz die finale Stufe des Umbaus der Klagenfurter Eishalle. Sie kündigte zudem an, im Fall einer Niederlage, die sie offenbar lange für denkunmöglich hielt, aus der Politik auszuscheiden. Auch der Skandal um die Stadtkasse, der im März 2020 von Mathiaschitz und dem mächtigen Magistratsdirektor Peter Jost öffentlich gemacht wurde, wurde zu einem Thema im Wahlkampf. Über einen Zeitraum von 22 Jahren veruntreute der frühere Leiter der Stadtkasse insgesamt rund 1,7 Millionen Euro. Im November 2021 wurde der Mann dafür am Landesgericht Klagenfurt, nicht rechtskräftig, zu vier Jahren Haft verurteilt.

Die Zuschreibungen „beratungsresistent", „unnahbar", „technokratisch" wurde sie nie richtig los. „Mathiaschitz hat sich geweigert, ihre Rolle zu gestalten. Sie blieb sechs Jahre lang authentisch und zahlte einen hohen Preis", analysierte der Ex-SPÖ-Politiker Gerhard Seifried, jetzt als Berater und Coach tätig, in der Kleinen Zeitung. „Stadtmutter wollte sie nicht sein. Dabei hätte sie es draufgehabt. Zusätzlich zu Entscheidungskraft und Durchsetzungsvermögen. Ein bisschen Stadtmutter hätte geholfen", so Seifried. Als gute Verliererin zeigte sich die scheidende Bürgermeisterin jedenfalls nicht, der Angelobung von Christian Scheider blieb sie fern. Mathiaschitz soll ihrem Nachfolger nicht einmal pro forma gratuliert haben.

1.5 Die Rücktrittswelle

Nach der Wahl gingen bei vier der fünf stimmenstärksten Parteien die Spitzenkandidaten von Bord. Am schnellsten mit seinem Rücktritt war FPÖ-Chef Wolfgang Germ, der in der Bürgermeister-Direktwahl nur 10,7 Prozent der Stimmen erhalten hatte. Er kündigte bald an, auch nicht den einzigen für die FPÖ verbliebenen Sitz im Klagenfurter Stadtsenat einzunehmen, zog aber in den Gemeinderat ein. Gernot Darmann, damals

noch FPÖ-Landesparteichef, wurde im Mai von Präsidium und Vorstand zum neuen Stadtparteiobmann gekürt. Das traf sich gut, weil man ihn an der Spitze der Landespartei ohnehin schon länger loswerden wollte (siehe unten). Sandra Wassermann übernahm den einzig verbliebenen Sitz der FPÖ im Stadtsenat.

Bei der ÖVP trat Stadtrat und Spitzenkandidat Markus Geiger nicht ganz freiwillig zurück. Landesgeschäftsführerin Julia Löschnig übernahm als Chefin der Stadtpartei und kündigte eine Neuausrichtung an. In den Stadtsenat wurde jedoch der Unternehmer Max Habenicht geschickt. Auch bei den Grünen kam es nach dem desaströsen Ergebnis (nur 9,3 Prozent der Stimmen erreicht, Sitz im Stadtrat verloren) zu einem unvermeidlichen Rücktritt. Spitzenkandidat Frank Frey erklärte, er werde sich aus der Politik zurückziehen und auch sein Gemeinderatsmandat nicht annehmen. Klubobmann Philipp Smole kündigte an: „Wir besinnen uns auf unsere Wurzeln und specken ab."

Die strategischen Weichenstellungen in der Klagenfurter SPÖ erklärte Landeshauptmann und Landesparteiobmann Peter Kaiser nach dem Rücktritt von Mathiaschitz zur Chefsache. Der Nationalratsabgeordnete Philip Kucher, in der Partei seit Jahren als ambitionierte Personalreserve gehandelt, übernahm als Stadtparteichef – zog aber selbst nicht in die Stadtregierung ein. Kucher erteilte der „Schulden- und Humtata-Politik", eine klare Spitze in Richtung Scheider, eine Absage.

1.6 Die Stadt der Baustellen

Knapp drei Wochen nach der Stichwahl einigten sich SPÖ, Team Kärnten und ÖVP trotzdem auf eine Koalition, die sie offiziell „Arbeitsübereinkommen" nennen. Mit 33 (SPÖ: 15, Team Kärnten: 11, ÖVP: 7 Mandate) von 45 Mandaten verfügen die drei Parteien über eine satte Mehrheit im Gemeinderat. Umsetzung von Hallenbad und Eishalle, Bau des städtischen Seniorenheimes Hülgerthpark, Einrichtung eines weisungsfreien Stadtrechnungshofes und ein Ende der Schuldenpolitik wurden als Schwerpunkte der Zusammenarbeit ausgelobt. „Es wird nicht mehr funktionieren, dass ich auf alles reagiere, was jemand einem einreden will", sagte Scheider. Er kündigte an, auch weiterhin zu singen, falls er gefragt werde. Aus städtebaulicher Sicht gibt ohnehin Investor und Flughafen-Mehrheitsgesellschafter Franz Peter Orasch den Ton an. Das Gerücht, dieser habe den neugewählten Bürgermeister im Wahlkampf unterstützt, dementierten Orasch und Scheider vehement.

Das Budget 2021 wurde zu einer ersten Bewährungsprobe für die Stadtregierung. Der Voranschlag mit einem Minus von 14,6 Millionen Euro wurde schließlich im Juli 2021 beschlossen. Zudem wurde die Aufnahme von Darlehen in Höhe von 68,9 Millionen Euro beschlossen, 50 Millionen davon sollten allein dem Hallenbadprojekt dienen, das aber bereits im

Herbst wieder in Frage gestellt wurde. Man nutze die „aktuell günstige Zinssituation", lautete die Argumentation für die hohe Neuverschuldung.

Finanzreferent Vizebürgermeister Jürgen Pfeiler (SPÖ) trat Anfang Oktober überraschend zurück – ihm folgte mit Philipp Liesnig einer aus der jüngeren Riege der SPÖ. Im Team Kärnten begannen sich bald erste Gräben aufzutun. Zwei Lager bildeten sich im Klub der Bürgermeister-Partei: Zum einen Klubobmann Patrick Jonke und Bürgermeister Christian Scheider mit seinen Mitstreitern, die ihm von der FPÖ zum Team Kärnten gefolgt waren. Zum anderen Vizebürgermeister Alois Dolinar mit „alteingesessenen" Team-Kärnten-Mitgliedern. Erst nach langem Ringen und einer drohenden Zwölftel-Regelung einigte sich die Koalition Ende November auf ein Budget für 2022. Ob das „Arbeitsübereinkommen" der drei Parteien langfristig halten wird, ist zu bezweifeln.

2. Die Lehren aus den Gemeinderatswahlen

2.1 Situationselastische Wählerinnen und Wähler

465.000 Kärntnerinnen und Kärntner waren am 28. Februar 2021 zu den Wahlurnen gerufen. Viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister konnten ihren Amtsbonus voll ausnutzen und wurden in der Direktwahl souverän für die kommenden sechs Jahre wiedergewählt. Die Wählerinnen und Wähler zeigten sich als sehr situationselastische und differenzierende Wesen, die bei Entscheidungen auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene ihren Fokus mühelos verändern können. Wie unterschiedlich sich etwa die Klagenfurterinnen und Klagenfurter bei einzelnen Wahlgängen verhalten, zeigen exemplarisch die Ergebnisse der SPÖ. Bei der Gemeinderatswahl 2015 kam sie auf 31 Prozent, bei der Landtagswahl 2018 auf 54 Prozent und bei der Nationalratswahl 2019 auf 25 Prozent.

In der Zeit der Pandemie verbrachten die Menschen sehr viel Zeit in der eigenen Gemeinde und setzten ein Votum für bürgernahe Politik und führungsstarke Persönlichkeiten. Kärntenweit lag die Wahlbeteiligung immerhin bei mehr als 70 Prozent. „Auf kommunaler Ebene werden nicht die großen ideologischen Schlachten ausgetragen", sagte der Wahlforscher Heinz Wassermann (FH Joanneum in Graz) im ORF Kärnten. „Da geht es darum, ob die Gemeinde halbwegs funktioniert, ob der Kanaldeckel dort ist, wo er hingehört, funktioniert die Schneeräumung, wie schaut es mit der Erreichbarkeit im Bürgermeisteramt aus, wie schaut es mit dem Bürgerservice aus."

2.2 Rote Kopfschmerzen

Proteststimmung machte sich bei den Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen nicht bemerkbar. Landesweit die größten Verluste musste die FPÖ

(13,8 Prozent, 2015: 17,96 Prozent) hinnehmen, aber zumindest wurden die meisten ihrer Bürgermeister klar im Amt bestätigt. Sie hält nun bei 21 Gemeindechefs. Schon davor hatte sich bei den Freiheitlichen die Unzufriedenheit mit Parteichef Gernot Darmann immer stärker geäußert. Ende Mai machte dieser schließlich Platz für Erwin Angerer – der Nationalratsabgeordnete und Bürgermeister von Mühldorf (dort ohne Gegenkandidat mit 93,3 Prozent der Stimmen bestätigt) soll die FPÖ auch als Spitzenkandidat in die Landtagswahl 2023 führen. Darmann darf unterdessen als neuer Stadtparteiobmann die Trümmer in der Klagenfurter FPÖ aufräumen.

Die ÖVP legte kärntenweit leicht zu und durfte sich gestärkt fühlen. Sie stellt nun bereits 45 Bürgermeister. Die Schwäche in den urbanen Räumen könnte der Partei aber auch bei der kommenden Landtagswahl auf den Kopf fallen. Die Grünen enttäuschten sowohl in Villach als auch in Klagenfurt auf ganzer Linie. In beiden Städten wurde der notwendige „Generationenwechsel verschlafen", wie es die Politologin Kathrin Stainer-Hämmerle in einer Nachwahlanalyse nannte. Auf kommunaler Ebene sind die Grünen in Kärnten nach wie vor kaum existent. Auf Parteichefin Olga Voglauer, die auch stellvertretende Klubobfrau im Nationalrat ist, wartet noch viel Arbeit.

Mit gemischten Gefühlen blickte die SPÖ auf die Wahlergebnisse. Kärntenweit blieb die Partei von Landeshauptmann Peter Kaiser mit fast 40 Prozent klar in Front und stellt auch nach wie vor die meisten Bürgermeister (53). In den Bezirksstädten St. Veit, Völkermarkt und Wolfsberg ging die Strategie auf, schon ein Jahr vor der Wahl die Nachfolger von Langzeitbürgermeistern im Amt zu positionieren. Doch einige Teilergebnisse führten zu heftigen roten Kopfschmerzen. In Hermagor verlor Amtsinhaber Siegfried Ronacher die Stichwahl gegen Leopold Astner (ÖVP). In Spittal wurde Gerhard Pirih von seinem Vorgänger Gerhard Köfer (Team Kärnten, bis 2012 SPÖ) aus dem Amt verdrängt.

Die bitterste Niederlage war jene in der Landeshauptstadt Klagenfurt. Hier mangelte es augenscheinlich an Mobilisierungskraft, die die SPÖ sonst so auszeichnet. Zu lange war man sich vor dem ersten Wahlgang sicher, dass Bürgermeisterin Maria-Luise Mathiaschitz schon nichts anbrennen lassen wird. Zu lange war ihr Wort Gesetz, Widerspruch nicht gerne gesehen. Die Landespartei musste sich die Frage stellen lassen, ob diese Strategie richtig war oder man früher hätte eingreifen müssen. Bei den Bürgermeisterwahlen habe es Schwächen gegeben, konstatierte Kaiser nach der Wahl. Man habe auf den Verkauf der Leistungen zu wenig Wert gelegt, das müsse besser werden, meinte er. Eine Erklärung, die definitiv zu kurz greift. Selbstkritik war von Mathiaschitz auch nach der Niederlage gegen Christian Scheider nicht zu hören.

Ein weiteres Detail muss der SPÖ zu denken geben: Der Landeshauptmann hat seine Wahlsiege sachorientierter Politik zu verdanken, die Team-Kärnten-Politiker Christian Scheider (Klagenfurt) und Gerhard Köfer (Spittal) waren genau mit der Antithese davon erfolgreich: Emotionen statt Fakten, vage Versprechungen statt konkreter politischer Vorhaben. Wie ist der Erfolg des Team Kärnten, das neben Klagenfurt und Spittal auch in Keutschach (Gerhard Oleschko, Ex-FPÖ) sowie St. Georgen im Lavanttal (Karl Markut, früher SPÖ) zu erklären? „Es sind Menschenfänger im positiven Sinn. Viel Gesehen-Werden, viel Grüßen, viel Zuhören", sagt OGM-Chef Wolfgang Bachmayer.

In 28 von 132 Gemeinden kam es zu einer Bürgermeister-Stichwahl. Nur zehn von 132 Kommunen werden von Frauen geführt. Was viele Gemeinden eint, ist eine angespannte finanzielle Situation, die sich durch eingebrochene Ertragsanteile des Bundes noch verschärfte. Über Gemeindegrenzen hinauszublicken und Kooperationen einzugehen, wird also eine wichtige Devise für die kommenden Jahre sein. In Hinblick auf die Landtagswahl 2023 müssen alle Landtagsparteien inhaltlich nachschärfen.

Quellen

Kleine Zeitung, OGM, Land Kärnten, Wahlanalyse der Stadt Klagenfurt, ORF Kärnten, APA

Rudolf Dörflinger

Namen sind Schall und Rauch – doch alle sechs Jahre geben sie kräftige Zeichen

Zum Abschneiden der Namenslisten bei den Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen 2021

Traditionelle Wählerbindungen diffundieren, von politischen Lagern bleibt meist nur noch der „Koller" übrig und Personen ersetzen offensichtlich Inhalte. Was sich wie eine globale Bestandsaufnahme der Politik im 21. Jahrhundert liest, gilt natürlich auch und insbesondere für Kommunalwahlen. Wenn Dorfkaiser, Platzhirsche und Kümmerer um die Gunst ihrer Mitbürgerinnen buhlen, wird schon rein sprachlich sichtbar, wo's langgeht. So nimmt es nicht wunder, dass selbst die etablierten politischen Parteien nicht an der Attraktivität ihrer Frontmänner und Spitzenfrauen zweifeln und diese oftmals vor oder nach der Parteibezeichnung platzieren. Die Abgrenzung zwischen Partei- und Namenslisten fällt nicht immer leicht, und bei einem zeitverzögerten Blick – Wochen nach geschlagenen Wahlen – lichten sich meist die politischen Nebel. Wenn es dann etwa um die Zusammensetzung von Vorständen in den Schulgemeinde- und Sozialhilfeverbänden und vor allem um die Zusammensetzung der Leitungsgremien im Gemeindebund geht, metamorphosieren in der Wahlwerbung peinlich auf Überparteilichkeit bedachte Namenslisten plötzlich zu Blauen, Schwarz-Türkisen und vereinzelt auch Roten. Warum der Wähler nicht wissen darf, in welcher Farbe der Schmetterling nach der Wahl zumindest matt schimmert, erschließt sich nicht. Die öffentliche Auflistung von Vereinsmitgliedschaften, Einkommen und Vermögen ist zumindest bei Parlamentariern gesetzlich vorgesehen; das ärztliche Bulletin wird bei Spitzenpositionen meist freiwillig mitgeliefert. (Ja, man kann auch bei jahrzehntelangem Tabakgenuss ein toller Bundespräsident sein.) Die rein politische Frage nach der parteipolitischen Deklaration fällt hingegen unter Datenschutz! Geht's noch, ist man versucht salopp zu denken. Dass man hinter vorgehaltener Hand dann doch erfährt, in welcher Farbe die Ass nach erfolgreich geschlagener Wahl schillert, ist wohl – um Fritz von Herzmanovsky-Orlando zu zitieren – den heimischen „tarockanischen" Gebräuchen geschuldet. Wenn wir schon beim Thema sind: Es muss mir erst einmal wer erklären, warum – wie heuer im Spätsommer in Kärnten passiert – jemand wegen Verletzung der Amtsverschwiegenheit zu einer Geldstrafe in Höhe von 720 Euro verurteilt wird, weil er als Mitglied der Wahlbehörde seiner Gemeinde seinem ebenfalls unter

Amtsverschwiegenheit stehenden Stellvertreter (!) die Namen von drei Gemeinderäten, die einen Wahlvorschlag unterstützten, mitteilte. Und hier schlägt das Tarockanische dann vollends ins Kafkaeske um! Im Unterschied zu diesem Urteil, das wohl der geltenden Rechtslage geschuldet sein wird, glaube ich, dass es mein politisches Recht ist wissen zu dürfen, welche von mir mitgewählten Damen und Herren Gemeinderäte Geburtshelfer für eine neue Gruppierung spielen, um dieser das Sammeln von Unterstützungserklärungen, die sie vielleicht gar nicht aufbrächten, zu ersparen. Transparenz würde hier möglicherweise taktischen Spielchen Einhalt gebieten. Ich habe eine Mittelkärntner Gemeinde im Fokus, wo genau das passierte. Das so in camera caritatis ermöglichte Antreten einer Namensliste, die letztlich eh an der Wahlzahl scheiterte, war möglicherweise durch ihr aggressives Auftreten für die Nicht-Wiederwahl eines seit dreißig Jahren amtierenden Bürgermeisters mitverantwortlich?

Doch nun wieder zurück zum eigentlichen Thema. Da der Aspekt der Erringung des Bürgermeistersessels durch eine Namensliste besonders relevant ist und das nachträgliche Bekenntnis des Gemeindechefs zu einer politischen Partei, um die Zusammensetzung von Gremien zu beeinflussen, nicht uninteressant scheint, möchte ich mich dem gestellten Thema auf diesem Wege exemplarisch nähern.

Bis auf sechs Gemeindeoberhäupter haben sich alle auf Bezirksebene parteipolitisch deklariert. Bei vielen ist das so erwartbar gewesen, dass es keinerlei Erstaunen auszulösen vermochte, bei anderen gibt es graduelle Abstufungen eines Aha-Effektes. Deshalb die nachfolgende subjektive Unterteilung:

„Es weiß jeder, wo meine politische Heimat ist."

Dieses Zitat des Gmünder Bürgermeisters Sepp Jury (Kleine Zeitung vom 7. März 2021) definiert diese Position punktgenau. Ja, so präzise, dass sich unweigerlich die Frage stellt, warum stülpt man sich hier ein blasses Mäntelchen drüber, wenn es eh niemand glaubt und das blaue/schwarze Trikot darunter mehr als durchschimmert? Mangelndes Selbstbewusstsein fällt einem auf die Schnelle ein; doch verwirft man diesen Gedanken sofort wieder, da alle gewählten Bürgermeister dieser Gruppe ehemalige Parlamentarier ihrer Parteien sind.

Der in der Überschrift zitierte Josef „Sepp" Jury ist Namenspatron der **„Liste Josef Jury" (LJJ)** in Gmünd in Kärnten und wurde im zweiten Wahlgang mit 54 Prozent als Oberhaupt des kulturaffinen Tauernstädtchens wiedergewählt. 2005 erstmals gekürt, war er bis 2015 BZÖ- und anschließend bis heuer FPÖ-Bürgermeister. Der Bäcker- und Konditormeister buk darüber hinaus von 2008 bis 2013 als BZÖ-, „wilder" und FPÖ-Abgeordneter zum

Nationalrat große Brötchen am Wiener Ring. Auch im Gemeinderat hält die LJJ mit acht von neunzehn Mandaten die relative Mehrheit. Der Erste Vizebürgermeister ist auch – ja, erraten – Ortsparteiobmann der hiesigen FPÖ.

Etwas östlich von Gmünd liegt Bad Kleinkirchheim. Hier schaut's für die Namensliste noch besser aus als in Gmünd in Kärnten. Die **„Kleinkirchheimer Liste – Matthias Krenn" (BKK)** erzielte mit einem Zugewinn von 14 Prozent die absolute Stimmen- und Mandatsmehrheit und katapultierte ihren Namensgeber mit wuchtigen 64 Prozent wieder in den Chefsessel. Auch Krenn war seit 1997 schon FPÖ- und BZÖ-Bürgermeister und saß für seine politische Heimat im Klagenfurter Landtag und im Wiener Bundesrat. Als langjähriger Vizepräsident der WKO und Bundesobmann der Freiheitlichen Wirtschaft spielt(e) der alerte Hotelier als erster Obmann und dann als Verwaltungsratsvorsitzender der ÖGK sowie als Vorsitzender und heute Mitglied der Überleitungskonferenz der Sozialversicherungsträger eine eminente Rolle in der österreichischen Sozialpolitik.

In der am westlichen Ende des Rosentales gelegenen Marktgemeinde erreichte die „**BGM – BÜRGERGEMEINSCHAFT Rosegg"** nach der bereits innegehabten Mandats- nunmehr exakt um ein Votum auch die absolute Stimmenmehrheit. Im ersten Wahlgang wird Franz Richau von der BGM quasi als Erster Bürger von Rosegg wiedergewählt. Auch er atmete von 1995 bis 1999 als ÖVP-Mitglied des Bundesrates bereits parlamentarische Luft. Dass die Bürger dieser Gemeinschaft der ÖVP angehören oder nahestehen, ist jenseits und diesseits der Drau kein Geheimnis.

Ein weiterer ehemaliger Parlamentarier wurde in der Gemeinde Frauenstein von fast drei Vierteln der WählerInnen zum Gemeindechef gekürt. Harald Janach, seit 1997 Vizebürgermeister und seit 2015 Bürgermeister, war in der Vergangenheit schon FPÖ-Bezirksparteiobmann, freiheitlicher Landwirtschaftskammer-Kammerrat und geschäftsführender Landesparteiobmann der FPÖ-Kärnten. 2008 kam er auf der FPÖ-Bundesliste in den Nationalrat und profilierte sich dort bis 2017 als Agrarsprecher. Seine **„Liste Harald Janach" (LHJ)** hält im Kraiger Rathaus 15 von 23 Mandaten.

Tradition

Es ist jahrzehntelange Gepflogenheit, dass die ÖVP in Grafenstein und Althofen nicht unter dem Parteinamen, sondern als Namensliste sich dem Urteil der Wähler stellt. Ähnliches lässt sich von der FPÖ in Mölbling behaupten. Seit den Sechziger bzw. Achtziger Jahren treten die Grafensteiner ÖVP als **„Liste Deutschmann" (LD)** und ihre Krappfelder Parteifreunde als **„Liste für Alle" (LFA)** an. Die beiden Über- und Gründungsväter dieser Namenslisten, ÖVP-NRAbg. und Bauernbund-Landesobmann ÖkR Valentin Deutschmann sowie Lehrerbund-Bezirksobmann OSR

Manfred Mitterdorfer, firmierten von 1958 bis 2008 (!) bzw. von 1991 bis 2015 als Oberhäupter ihrer Kommunen. An ihrer Loyalität zur ÖVP gab es, wie auch bei ihren Amtsnachfolgern, nie einen Zweifel, wobei die Althofener LFA auch viele Beschäftigte großer Industriebetriebe ansprechen musste und deshalb gesellschaftspolitisch und personell immer sehr breit aufgestellt war. So verdienten sich auch Wolfgang Leitner, heute Grünen-Stadtrat in der Krappfeld-Metropole, und der nunmehrige Micheldorfer Namenslistenbürgermeister und zuvor dortige SPÖ-Vizebürgermeister Helmut Schweiger ihre ersten politischen Sporen innerhalb der Althofener LFA. Die momentanen Listenführer und Bürgermeister, Stefan Deutschmann und Walter Zemrosser, steuern ihre Gemeinden mit ruhiger Hand im Kielwasser ihrer Vorgänger und fanden am letzten Sonntag im Februar 2021 in ihren kommunalpolitischen Netzen einen reichen Fang vor.

Ähnlich die Situation in der westlichen Nachbargemeinde Althofens, Mölbling. Auch hier – wie in Grafenstein und Althofen – wurde der Namenslistenkandidat Bernd Krassnig im ersten Wahlgang gekürt und fuhr seine Liste **„Unser Mölbling – Liste für alle" (LFA)** im Gemeinderat eine absolute politische Mehrheit ein. Bgm. Krassnig ist selbstverständlich auch FPÖ-Ortsparteiobmann.

Für Einheimische nicht überraschend

Wenngleich aufgrund der im Wahlkampf angestimmten „Unser-Dorf-über-alles-Partitur" nicht in jeder Gemeinde dieser Gruppe damit zu rechnen war, dass die gewählten Bürgermeister von Bad Bleiberg, Ludmannsdorf, Steindorf am Ossiacher See und Micheldorf im jeweiligen Bezirkschor der ÖVP und ihre Kollegen von Flattach und Sachsenburg in jenem der FPÖ in Spittal an der Drau zumindest mitsummen werden, löste dies in den jeweiligen Dörfern, wo man sich zumindest drei Generationen rückwärts noch bestens kennt, keinen politischen Bahöl aus. Untrügliches Zeichen, dass in einer Namensliste oft mehr als der Namen steckt, ist die Nichtkandidatur einer etablierten Partei in dieser Gemeinde. Als die Regel bestätigende Ausnahme muss hier Steindorf am Ossiacher See genannt werden, wo gegen den diesmal auf Bezirksebene für die ÖVP sich deklarierenden Bürgermeister die offizielle Volkspartei antrat und vor der FPÖ drittstärkste Fraktion geworden ist. Will man noch eine Bestätigung obiger Hypothese, schaut man sich an, wer in diesen Gemeinden Gemeindeparteiobmann (ÖVP) bzw. Ortsparteiobmann (FPÖ) ist. In Bad Bleiberg ist es der Bürgermeister, in Ludmannsdorf der Erste Vizebürgermeister von der jeweils tonangebenden Namensliste, die auch als ÖVP-Gemeindeparteiobleute fungieren.

Die politische Konstellation in Flattach evoziert die provokante Frage, ob die Tage der klassischen politischen Parteien auf kommunaler Ebene

überhaupt gezählt sind? Der Flattacher Wählerin stellte sich nur mehr die Frage: ULF oder TAFF? Die **„Unabhängige Liste Flattach" (ULF**) erreichte eine Zweidrittel-Mehrheit und ihr Spitzenkandidat Kurt Schober mit 95,85 Prozent das beste Bürgermeisterwahlergebnis Kärntens. Um den erwartbaren Einwurf, dass dies bei einer Alleinkandidatur keine Kunst sei, zu zerstreuen: Sein ebenfalls allein angetretener Greifenburger Kollege musste mehr als 30 Prozent Nein-Voten akzeptieren! Der Spittaler Bezirksfeuerwehrkommandant Schober, der in Flattach mittelbar in die Fußstapfen des langjährigen Namenslistenbürgermeisters Siegfried Huber getreten ist, wurde 2009 mit vier Stimmen Vorsprung BZÖ-Bürgermeister und bekannte sich 2015 zur FPÖ. Das **„TEAM Alternative für Flattach" (TAFF)** gilt als Sammelbecken der hiesigen ÖVP. Dem Befund der Kleinen Zeitung vom 10. Februar 2021, wonach die klassischen Großparteien *„in Flattach ausgedient"* hätten und *„nur noch parteiunabhängige Gemeindelisten die Geschicke lenken werden"*, kann nur bedingt zugestimmt werden. Was vor Ort unbestritten ist, wird in jeder Bezirksstadt schon interpretiert und in Klagenfurt dann oftmals völlig anders gesehen.

Erwartbarer und einfacher stellt sich die Situation in Sachsenburg dar. Wilfried Pichler, mit 78 Jahren lebensältester und nach den beiden ehemaligen Landtags-Klubobmännern Herbert Gaggl (Moosburg) und Karl Markut (St. Georgen im Lavanttal) auch dienstältester Kärntner Bürgermeister, schaffte abermals die Wiederwahl und – besonders beachtlich – erstmals mit seiner **„Aktionsgemeinschaft Sachsenburg (AG)** die Absolute im Gemeinderat. Bekannte Namen auf der Kandidatenliste wie Supersperg und Kulterer – einst stellten diese Familien LK-Präsidenten, einen WdU-Bundesrat und aktuell den stellvertretenden Landesjägermeister – signalisieren Bodenständigkeit und regionales Bewusstsein. Pichler, der seit Beginn der Wiederverselbstständigung 1992 der Gemeinde vorsteht, kandidierte 1997 mit der „Aktionsgemeinschaft Sachsenburg" noch gegen die FPÖ, 2003 sowie 2009 als „Aktionsgemeinschaft/BZÖ" und 2015 und heuer wieder ohne Parteizusatz; deklarierte sich aber erwartbar auf Bezirksebene für die FPÖ.

Die Gemeinden Bad Bleiberg, Ludmannsdorf und Micheldorf prägte eine jahrzehntelange SPÖ-Dominanz, in Steindorf am Ossiacher See kam dann noch die FPÖ dazu. Alle vier roten Kommunalfestungen wurden bis auf Micheldorf schon vor längerer Zeit mit derselben Rezeptur eingenommen: ein Überparteilichkeit signalisierender Listenname (Unabhängige Liste Bleiberger Tal", „Gemeindeliste Team Manfred Maierhofer" in Ludmannsdorf, „Liste KAVALAR" in Steindorf am Ossiacher See und „Wir für Micheldorf"), ein leutselig-offener Spitzenmann und viele Listenkandidaten aus den schwarz-türkisen Teichen.

In Bad Bleiberg wird dieses Erfolgsmodell seit 1997 erfolgreich gelebt. Listenhebamme war im Hochtal unterm Dobratsch Luis Fuchs, ehemaliger

ÖVP-Arbeitnehmervertreter im Nationalrat und in der Kärntner Arbeiterkammer; erster Namenslistenbürgermeister Gunnar Illing, der 2015 von Christian Hecher abgelöst worden ist. Dieser – auch ÖVP-Gemeindeparteiobmann – legte heuer mit seiner **„Unabhängigen Liste Bleiberger Tal" (UBL),** von einem schon hohen Level ausgehend, nochmals um zwei Mandate zu und hält nun zwölf von 19 Sitzen im Gemeinderat. Auch bei der gleichzeitig abgehaltenen Persönlichkeitswahl erreichte er schon im ersten Wahlgang eine Rekordzustimmung von 82 Prozent.

Ähnlich die Ausgangssituation in Ludmannsdorf, einer jahrzehntelangen politischen Erbpacht der SPÖ: ein im Hintergrund die Fäden ziehender Bürgerlicher und ein ehemaliger SPÖ-Gemeinderat, dem es mit der offenbar anders vereinbarten Wiederkandidatur der amtierenden SPÖ-Amtsinhaberin zu bunt wurde. Eine Allianz mit der ÖVP führte 2009 zum politischen Umsturz in dieser zweisprachigen Kommune. 2021 galt es die Absolute zu verteidigen, was der **„Gemeindeliste-Team Manfred Maierhofer" (GL)** aufgrund des Mandatsgewinnes der Enotna Lista misslang. Der Bürgermeister, der gegen den Ehemann seiner im Landtag sitzenden Base erfolgreich im ersten Wahlgang seinen „Job" verteidigen konnte, schließt sich im Bezirk der ÖVP an, sein Erster Vize ist deren Gemeindeparteiobmann.

Steindorf am Ossiacher See ist für politische Volatilität bekannt. Nach vielen Jahren roter Dominanz und einem schwarzen Intermezzo wurde es zwischen 2003 und 2015 weiblich und blau/orange regiert: FPÖ/BZÖ-NRAbg. Maria Luise Mittermüller, schon seit 1994 Vizebürgermeisterin, amtete im Bodensdorfer Rathaus. Georg Kavalar legte heuer mit seiner/m LKAVE einen spektakulären Le-Mans-Start hin. Die **„Liste KAVALAR" (LKAVE)** konnte sich bei Stimmen und Mandaten (von vier auf neun) mehr als verdoppeln und dies, obwohl auch die ÖVP vier Mandate derrannte. Großer Verlierer waren hier mit einem Minus von drei Mandaten die Freiheitlichen.

Eine der ganz großen Überraschungen lieferte bei diesen Wahlen Micheldorf. Eine Zwei-Drittel-Mehrheit der SPÖ kippte zu einer absoluten Stimmen- und Mandatsmehrheit der Liste **„Wir für Micheldorf" (WFM).** Analog dazu das Ergebnis der Bürgermeisterwahl: SPÖ-Bürgermeister und ehemaliger Fußballtrainer Josef Wuttei musste das Trikot mit der Nummer Eins noch am 28. Februar an den WFM-Spitzenkandidaten Helmut Schweiger abgeben.

Überraschung

Nach einem harten Wahlkampf feierte in Bad St. Leonhard im Lavanttal Dieter Dohr, bis heuer Vizebürgermeister der Liste „Dieter Dohr – die Freiheitlichen in Bad St. Leonhard", einen sensationellen Erfolg gegen die bislang

mit absoluter Mehrheit dominierenden Sozialdemokraten. Ein Zugewinn von zwei Mandaten für seine nunmehr ohne Parteizusatz kandidierende **„Liste Dieter Dohr für Bad St. Leonhard" (Dohr)** am 28. Februar stellte sich schon als gutes Omen für die Bürgermeister-Stichwahl in 14 Tagen heraus. Der ehemalige Spitzengastronom hatte, wie viele seiner Generation, sein politisches Damaskus-Erlebnis bereits 1989 bei einem Zusammentreffen mit Jörg Haider, 2009 wurde er in der Stadt im Oberen Lavanttal BZÖ-Vizebürgermeister, verweigert sich aber dann einem Wechsel zur FPK. Ein Rubbellos garantiert ihm lebenslang ein arbeitsfreies Einkommen von 3.000 Euro monatlich und ermöglicht ihm ein angstfreies Politisieren. Der Wahlausgang ist so – im wahrsten Sinne des Wortes – ein Glücksfall für die meist nur hinter vorgehaltener Hand artikulierte Forderung, Politiker adäquat zu honorieren. Die Anwesenheit von Landesrat Daniel Fellner und der Lavanttaler SPÖ-Alt-Granden Peter Stauber, Hermann Primus und Simon Maier bei Dohrs Angelobung war wohl schon ein Fingerzeug für seine Entscheidung, sich auf Bezirksebene der SPÖ anzuschließen.

Ein wahrer Bruder(wahl)zwist spielte sich im Hause SPÖ-Brückl ab. Der ehemalige, von seiner eigenen Partei 2019 aus dem Amt gejagte SPÖ-Vizebürgermeister Harald Tellian trat mit seiner **„Freien Liste Bündnis Brückl, Wir für Alle – Liste Harald Tellian" (Alle)** an und eroberte im zweiten Wahlgang den Bürgermeistersessel seines Parteifreundes Burkhard Trummer. Aus seiner Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie hat der neue Brückler Bürgermeister auch heuer kein Hehl gemacht. Bei den Mandaten herrscht nun Gleichstand zwischen SPÖ und Namensliste. Der Brückler Sozialdemokratie war heuer wohl ein Deja-vu-Erlebnis beschieden: Traten doch schon 2015 mit Erich (sic!) Tellian und Andreas Nuart ein ehemaliger und ein aktueller Vizebürgermeister mit zwei Listen gegen die offizielle SPÖ an. Michael Kitz, der als deklarierter Freiheitlicher 2015 bei der Bürgermeisterstichwahl noch 42 Prozent der Stimmen auf sich vereinigte, erzielte 2021 mit seiner **„Freien Liste Brückl" (FLB)** nur mehr ein einziges von 19 Mandaten.

Sechs „Wilde"

Im parlamentarischen Sprachgebrauch ist ein „wilder" Abgeordneter jemand, der keiner Fraktion angehört oder von einer solchen ausgeschlossen wurde, sprachlich eher negativ konnotiert. Bei den Bürgermeistern hingegen wird es vielfach erwartet, dass mit der Unparteilichkeit nicht nur geworben, sondern sie auch gelebt wird. Kärntenweit sind es sechs Bürgermeister, die sich wohl aus unterschiedlichen Motiven einer parteipolitischen Zuordnung verweigerten.

In Großkirchheim wurde 1997 Peter Suntinger als Nachfolger des „Zoggler", so lautete der weit übers Mölltal hinaus bekannte Hausname des langjährigen Bürgermeisters und Vaters des Nationalparkes Hohe Tauern, ins

Bürgermeisteramt gewählt. Der Holzbildhauer und Bergbauer vlg. Zuegg war von 2009 bis 2013 Landtagsabgeordneter des BZÖ bzw. der FPK und zeitversetzt auch freiheitlicher Vizepräsident der Kärntner Landwirtschaftskammer. Noch 2015 als FPÖ-Bürgermeister angelobt, erklärte er am 18. Mai 2016 seinen Austritt aus der Partei. Als Gründe gab er deren *„wirtschaftlichen Realitätsverlust"*, *„teilweise Orientierungslosigkeit"* und *„zunehmende Rückwärtsentwicklung der Partei an den äußerst rechten, nationalen Rand"* an. Suntinger, der selbst mit harsch-pointierten Worten gegen Asylwerber nicht sparte (Standard vom 6. August 2015), gewann 2021 sowohl die Bürgermeisterwahl mit knapp 70 Prozent, wie er auch gegen nunmehr antretende freiheitliche Konkurrenz die Absolute im Gemeinderat mit seiner Liste **„Gemeinsam für Großkirchheim" (GFG)** erfolgreich verteidigte.

Ein parteipolitisch ziemlich unbeschriebenes Blatt ist der Bürgermeister der Nachbargemeinde Mörtschach. Richard Unterreiner erreichte bei der Persönlichkeitswahl gegen zwei Konkurrenten fast drei Viertel der Stimmen, seine 2015 gegründete **„Liste für ein gemeinsames Mörtschach" (LGM)** knüpfte ÖVP und FPÖ insgesamt drei Mandate ab und hält nun bei sieben von elf Mandaten. Aus dem Fehlen der SPÖ am Wahlzettel wird man weder viel herauslesen noch hineininterpretieren können, wenngleich man dem damals auch auf einer Namensliste kandidierenden langjährigen Bürgermeister Eduard Huber eine gewisse Nähe zur SPÖ unterstellte.

Auch für Malta gilt das oben Gesagte: Aus der Absenz der ÖVP kann nicht auf „schwarze Trojaner" auf der **„Liste für Malta" (LIM)** geschlossen werden. Der zugezogene Steirer und sponsierte Volkskundler Klaus Rüscher lenkt seit 2009 die Geschicke der Gemeinde im Tal der stürzenden Wasser und wurde heuer im ersten Wahlgang mit 54 Prozent als Bürgermeister wiedergewählt.

Ein Leckerbissen für politische Feinspitze war die Ausgangslage in Guttaring. Der abtretende freiheitliche Bürgermeister Herbert Kuss forcierte den ehemaligen SPÖ-Vizebürgermeister Günter Kernle auf der Namensliste **„Gemeinsam für Guttaring" (LFG)**; die FPÖ trat nicht zur Wahl an, ihr Ortsparteiobmann avancierte jedoch auf dem Ticket der LFG zum Ersten Vizebürgermeister. Der langjährige Kapellmeister Kernle hat nach eigener Aussage *„sehr gute Leute gefunden, die aus allen politischen Lagern kommen …"*, gewann die Bürgermeister-Stichwahl und dirigiert nun im 15köpfigen Kommunalparlament vorrangig seine sechs Mitstreiter von der LFG.

Möglicherweise hat es bei der FPÖ Enttäuschung ausgelöst, dass der 2015 noch unter freiheitlicher Flagge ins Bürgermeisteramt von Diex segelnde Anton Napetschnig diesmal mit der **„Liste für Diex Bgm. Anton Napetschnig" (LFD)** antrat und gleich die Absolute holte. Napetschnig musste auch nicht wie 2015 in die Stichwahl gehen, sondern wurde bereits am 28. Februar dieses Jahres in seinem Amt bestätigt.

„Plötzlich ein Politiker" übertitelte die Kleine Zeitung am 2. Oktober 2021 einen Bericht über den neuen Bürgermeister in der Gemeinde Lavamünd, Wolfgang Gallant. Der Protest gegen die Verkehrslawine durch den Markt hat die **„Liste Wolfgang Gallant" (LWG)** zur stimmenstärksten Partei in Lavamünd gemacht und den Namensgeber in das Amt eines Bürgermeisters gehievt. Die drei großen Landtagsparteien verloren in der südlichsten Marktgemeinde des Lavanttales zusammen 35,04 (!) Prozent und 11 Mandate, wobei sich wegen der Mandatsreduktion im Gemeinderat „nur" sieben Sitze bei der LWG zu Buche schlugen.

Neben diesen Bürgermeistergemeinden kandidierten 2021 eine Reihe von Namenslisten noch in zahlreichen weiteren Kommunen. Besonders spannend dabei die Ergebnisse von Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen in der Nationalpark-Gemeinde Mallnitz. Die Liste **„Gemeinsam für Mallnitz" (GFM)** verteidigte knapp, aber doch, die Absolute im Kommunalparlament und verwies die den Bürgermeister stellende Sozialdemokratie mit 6 von 11 Mandaten auf den zweiten Platz. Paul Glantschnig, Listenerster der GFM, trat zur Bürgermeisterwahl nicht an, sodass der zurzeit amtierende SPÖ-Vizepräsident des Bundesrates, Günther Novak, konkurrenzlos mit 82 Prozent als Gemeindechef des Bergsteiger-Dorfes unter dem Auerling wiedergewählt worden ist. Ein Mallnitzer erklärte mir mit entwaffnender Offenheit: *„Der Bürgermeister bringt das Geld aus Wien und Klagenfurt, das funktioniert tadellos; aber vor Ort ist das Führungsduo der GFM besser."* Da die Namensliste nach diesem Wahlergebnis beide Vizebürgermeister und somit die Zweidrittel-Mehrheit im Gemeindevorstand stellt, geht die Cohabitation auf Mölltalerisch in die nächste Runde!

In der Obervellacher Nachbargemeinde Reißeck haben zwei Namenslisten zusammen die absolute Mehrheit im Ortsparlament und in der „Gemeinderegierung", sprich Vorstand, erreicht und so auch den SPÖ-Bürgermeister ordentlich ins Trudeln gebracht. Die **„Freie Liste Reißeck – Team Hans Paul Unterweger" (FLR)** kam bis auf ein Mandat an die bislang dominante SPÖ heran, und ihr Namensgeber erzielte mit knapp 45 Prozent im zweiten Wahlgang mehr als einen Achtungserfolg, eine Wertung, die auch für die erstmals auftretende Gruppierung **„Miteinander in Reißeck" (MIR)** Gültigkeit besitzt. Gilt die FLR als ÖVP-affin, so sind die fünf Mandatare/Innen der WIR parteipolitisch schwer zu verorten.

„Aber ich freue mich, dass ich weibliche Unterstützung bekomme."

Auffallend an der Reißecker MIR ist, dass sie von einer Frau angeführt wird. Alexandra Königsreiner hat mittlerweile auch im Gemeindevorstand Einsitz genommen. Wenngleich das jahrzehntelange eherne Kärntner

„Wahlgesetz“, dass es mehr Bürgermeister mit dem Vornamen „Josef“ als Bürgermeisterinnen gibt, nicht mehr stimmt – zehn Bürgermeisterinnen stehen ab 2021 nur mehr neun Seppeln gegenüber –, sind gerade die Namenslisten fast ausnahmslos fest in viriler Hand. Schlagen in den etablierten Parteien manchmal Quotendiskussionen bis an die Basis durch und gibt es vor allem auf Bundes- und Landesebene attraktive Role Models, die auch als Mentorinnen und Vorbilder dienen, so fehlt dieses dadurch geschaffene Bewusstsein bei den Namenslisten oft völlig.

Gerade deshalb fand es über Kärnten hinaus Beachtung, dass in Obervellach mit der **„E20“** eine reine Frauenliste ihre Handschuhe in den kommunalpolitischen Ring warf. „20“ weist auf das Gründungsdatum 2020 und steht für 20 Kandidatinnen. Das „E“ steht für 20 positiv besetzte, mit „e“ beginnende Adjektiva, wie ehrlich, echt, ehrgeizig, eloquent, engagiert, aber auch für „eh klar“. Die bis zum 14. März 2021 amtierende ÖVP-Bürgermeisterin erwartete – siehe die sie zitierende Kapitelüberschrift – Unterstützung durch ihre Geschlechtsgenossinnen. Ihre Sympathie scheint nicht auf Gegenliebe gestoßen zu sein. Anders kann man es sich nicht erklären, dass Anita Gößnitzer im ersten Wahlgang mit 49,4 Prozent und exakt zehn (!) Stimmen das Bürgermeisterinnenamt verfehlte und im zweiten Wahlgang klar vom SPÖ-Mann abgehängt wurde. Die E20 erzielte bei der Listenwahl mit 162 Stimmen 11,69 Prozent. Neben der E20 trat auch die Liste „**Miteinander für Obervellach“ (MFO)** wohl das Erbe der 2015 noch kandidierenden „MUT für Obervellach – Miteinander – Unabhängig – Tatkräftig“ (MUT) an. Die Wählerinnen dieser beiden Gruppierungen brachen wohl primär eine Lanze für eine farbpolitische Veränderung im alten innerösterreichischen Bergbauzentrum, denn der Fortschreibung einer für eine Mölltaler Gemeinde singulär-progressiven Entscheidung für ein weibliches Gemeindeoberhaupt?

Dass die Frauen auch im Mölltal à la longue trotzdem nicht aufzuhalten sein werden, beweist das Gemeinderats-Wahlergebnis der Marktgemeinde Winklern. Sowohl der **„Liste für ein attraktives Winklern“ (FEAW)** als auch der Liste **„Gemeinsam für Winklern“ (GFW)** ging jeweils eine Spitzenkandidatin voran. Zusammen erreichten die beiden Gruppierungen acht von 15 Mandaten, GFW-Spitzenfrau Hildegard Schwaiger amtet nun auch als Zweite Vizebürgermeisterin in der Mölltaler Mautturm-Kommune am Weg zum Iselsberger Pass.

Der Vollständigkeit halber sei an dieser Stelle noch die von Daniela Thaler angeführte **„Bürgerliste Vision Krumpendorf – Mag. Daniela Thaler“ (BVK)** mit ihren zwei Mandaten in Krumpendorf am Wörthersee erwähnt. Grundsätzlich muss schon daran erinnert werden, dass die Frauen ein Viertel der Mandatare/Innen in den österreichischen Kommunen stellen, in Kärnten jedoch mit 18 Prozent weit unterrepräsentiert sind.

Skandinavische Benchmarks getraut man sich gar nicht anzuschauen. Die Namenslisten tragen nichts zur Verbesserung dieser Repräsentation bei, ganz im Gegenteil!

Uneigennützige Talenteschmiede oder Opfer von Renegaten?

Diese Frage muss sich vor allem die Kärntner Sozialdemokratie stellen und beantworten. Was nach dialektischem Widerspruch klingt, ist Tagesrealität: Die „Säkularisierung" hat auch und gerade die SPÖ im Lande erreicht. Wenn zu Zeiten der Landeshauptleute Hans Piesch, Ferdinand Wedenig und Hans Sima die Partei sich wie ein Monolith nach außen zeigte, bekam dieser 1972/73 durch die in manchen Regionen, wie etwa im Lavanttal, durchgepeitschte und später wieder zum Teil zurückgenommene Gemeindestrukturreform und die weitgehend konsenslose Aufstellung von zweisprachigen Ortstafeln erstmals tiefe Risse, wobei mit Leopold Wagner eine Restauration der „guten alten Zeit" für die SPÖ gelang. Durch den Aufstieg Jörg Haiders und dessen virtuosen Spieles am populistischen Klavier, die Veränderung der bundespolitischen Rahmenbedingungen, aber vor allem die zunehmende Individualisierung der Gesellschaft kam es zu einem Bröckeln einstiger sozialistischer Allmacht. Diese führte gerade auf kommunaler Ebene dazu, dass sich viele nunmehr trauten, gegen den roten Stachel zu löcken. Dieses Drehbuch wurde 2021 progressiv fortgeschrieben!

Neben den beiden ehemaligen SPÖ-Parlamentariern Gerhard Köfer und Karl Markut, die heuer für das Team Kärnten die Bürgermeisterthrone in Spittal an der Drau (wieder-)erreichen bzw. in St. Georgen im Lavanttal verteidigen konnten, ist die Liste ehemaliger roter Vizebürgermeister und Gemeinderäte lang, die 2021 auf Namenslisten reüssierten.

In Micheldorf, Guttaring und Brückl mutierten allein bei dieser Wahl drei ehemalige SPÖ-Vizebürgermeister neu zu Namenslistenbürgermeistern, in Sittersdorf behielt der ehemalige SPÖ-Vize Willibald Wutte seinen „Job" als Vizebürgermeister der **Liste Wutte**, und in Hermagor wurde der SPÖ gewahr, dass es sich um keine Eulenspiegelei handelt, als ihr ehemaliger Vizebürgermeister Karl Tillian auf seiner Liste **„TILL"** in den Stadtrat der Wulfenia-Stadt einzog. Mit Gerald Stromberger findet sich ein weiterer ehemals roter Vizebürgermeister als Gemeinderat der Gemeinde Glanegg auf der von Freiheitlichen dominierten Namensliste **„Gemeinsam für Glanegg" (GFG)** wieder, und in Klein St. Paul zwang der langjährige SPÖ-Kommunalpolitiker und ehemalige FSG-Vizepräsident der Kärntner Arbeiterkammer, Siegfried Gaber, seine ehemalige Fraktionskollegin und SPÖ-Landtagsabgeordnete Gabriele Dörflinger zum zweiten Male in die

Stichwahl. Er zog abermals den Kürzeren und gab das bei der Wahl 2021 wiedererreichte Amt eines Zweiten Vizebürgermeisters der **Liste GUT** in jüngere Hände. In Maria Saal reüssierte der ehemalige SPÖ-Gemeinderat und Ausschussobmann Hans Jörg Zwischenberger mit seiner **„Bürgerliste Maria Saal" (BL)**, und in St. Paul im Lavanttal gewann die Liste **„Zukunft St. Paul – Adi Streit" (ZAS)** des langjährigen Gemeinde- und nunmehrigen Bezirkshauptmannschafts-Beamten Adolf Streit zwei Mandate und konnte mit der Bürgermeisterliste gleichziehen. Offensichtlich verbreitete sein Erfolg so viel Schrecken, was die St. Pauler SPÖ dazu bewog, den ihr zustehenden Ersten Vizebürgermeister an die ÖVP abzutreten. Für Karl Schwabe, schwarzes Urgestein im Stifts-Markt, erfüllte sich so wohl ein Lebenstraum, und er wurde mit seinen drei von 23 Mandaten lachender Dritter. Der Vollständigkeit halber sei hier auch auf Ludmannsdorf hingewiesen, wo der ehemalige SPÖ-Mandatar Manfred Maierhofer sich bereits 2009 von seiner bisherigen Partei abnabelte und mit seiner **Gemeindeliste** verselbstständigte.

Aber auch in der ÖVP trat ein Ex-Vize gegen seinen ehemaligen Chef und Parteifreund an. Georg Robert Malle erzielte in Moosburg mit seiner Liste **„Gema"** fünf Mandate und feierte so zumindest ein Comeback im Gemeindevorstand der ehemaligen Karolinger-Pfalz. Ihre zwei Mandate verteidigte in Techelsberg am Wörther See die einst von der ehemaligen ÖVP-Landtagsabgeordneten Maria Ott gegründete **„Bürgerliste Techelsberg" (BLT)**.

Wurden den Betrachtungen über das Abschneiden der ehemaligen SPÖler die Wahlen in Spittal an der Drau und St. Georgen im Lavanttal vorangestellt, so darf zu Beginn der Ausführungen über FPÖ-Dissidenten der Hinweis nicht fehlen, dass die beiden ehemaligen freiheitlichen Abgeordneten zum Kärntner Landtag, Christian Scheider und Gerhard Oleschko, ihre bereits innegehabten Bürgermeistersessel in Klagenfurt am Wörthersee und Keutschach am See – diesmal als Spitzenkandidaten des Teams Kärnten – wiedererlangen konnten.

Den Freiheitlichen kostete das dissidente Antreten ihres ehemaligen Stadtrates Martin Mayerhofer mit seiner Liste **M3,** mit der er auch gleichzeitig Werbung für sein gleichnamiges Pub machte, wohl die bislang gehaltene Position des Zweiten Vizebürgermeisters in der einstigen Lavanttaler Bischofsstadt St. Andrä. In der Burgenstadt Friesach versuchte es der ehemalige FPÖ-Stadtrat Michael Schabernig nunmehr mit der Team Kärnten-affinen Liste **„Bürgerforum Friesach" (BFF)**, und auch in Preitenegg zerstritt sich der amtierende FPÖ-Vizebürgermeister mit seinen Parteikameraden und erkämpfte sich mit der **„Namensliste Johann Joham" (NLJJ)** einen Gemeinderatssitz. Seine ehemaligen Parteifreunde behielten zwei Mandate und damit auch die durch den Abgang Johams vakante Position

eines Zweiten Vizebürgermeisters. Ferdinand Kernmaier, Träger eines im nationalen Milieu Kärntens klingenden Namens, verließ ebenfalls die FPÖ und zog mit der **„Freien Gemeindeliste Liebenfels" (FGL)** in den Gemeinderat des Glantaler Hauptortes ein.

Evergreens

Auch FPÖ-Veteran Johann Archer, seit 1979 (!) Mandatar in Ebenthal in Kärnten, überwarf sich diesmal mit den Parteikollegen und sicherte sich mit der Liste **„DU – Die Unabhängigen"** das vermutlich schon zur Gewohnheit gewordene Mandat. Weitere Evergreens in einer oft schillernden Hitparade von Persönlichkeiten, die sich ein Leben ohne öffentliche Bühne wohl schwer vorzustellen vermögen, sind BZÖ-Landesobmann Helmut Nikel, einer von drei Gemeinderäten der **„Bürger Allianz – Liste Helmut Nikel" (BA)** in Grafenstein, Daniela Thaler in Krumpendorf am Wörthersee und der seit 1985 im Kötschach-Mauthener Gemeinderat sitzende Jakob Thurner, auf dessen **Liste Thurner" (NTH)** dieses Mal auch die vor den Wahlen sich zu den NEOS bekennende Angelika Matiz in den Gemeinderat einzog.

Niedergang und Misserfolg

Dass gerade Namenslisten sehr oft nur von temporärem Bestand sind, liegt wohl in der Natur dieser wahlwerbenden Gruppierungen und wurde anderenorts schon mit dem Verschwinden der einst die ÖVP herausfordernden „MUT" in Obervellach aufgezeigt. Aber auch in Heiligenblut am Großglockner und in Frantschach-St. Gertraud, um beispielsweise eine an Tirol und eine andere an die Steiermark grenzende Kärntner Gemeinde exemplarisch zu nennen, scheinen Jahrzehnte ihre Gemeinden dominierenden Listen, die auch jeweils die Bürgermeister/In stellten, ihren politischen Zenit überschritten zu haben.

Die **„Heiligenbluter Liste" (HBL)** wurde einst vom Großvater des heutigen ÖVP-Bürgermeisters gegründet und dominierte bis heuer das kommunale Geschehen im Glocknerdorf. Unzufriedenheit mit dem seit 1997 amtierenden Langzeitbürgermeister Sepp Schachner vlg. Himmler, die sich schon im Bürgermeisterwahl-Ergebnis 2015 – nur 61 Prozent Zustimmung bei Alleinkandidatur – ankündigte, führte zur Wiederbelebung der ÖVP, die bei ihrem Revival gleich zwölf Mandate erzielte; für die bislang tonangebende HBL blieben nur mehr drei Mandats-Brosamen. Unverständnis löste vor allem aus, dass der Altbürgermeister die in Heiligenblut „gemeindetragende" HBL ausgerechnet dem Listenführer der 2015 konkurrierenden „Freien Bürgerliste Heiligenblut" (FBL) anvertraute.

In Frantschach-St.Gertraud verlor die Liste **„Frantschach-St. Gertraud Aktiv – Team Ernst Vallant" (FSGA)** drei Prozent der Stimmen und konnte weder den Bürgermeister, der als Erster Präsident des Kärntner Gemeindebundes überregionale Bekanntheit genießt, noch dessen absolute SPÖ-Gemeinderatsmehrheit gefährden. Es ging sogar noch die Position des Zweiten Vizebürgermeisters verloren. Die FSGA wurde erst 2020 aus der Taufe gehoben und hieß bis zu diesem Zeitpunkt nach der Listengründerin und von 1997 bis 2009 amtierenden Bürgermeisterin „Liste Hirzbauer". Dass die ÖVP gegen eine als bürgerlich angesehene Namensliste in Frantschach-St. Gertraud antritt, hat politische Beobachter überrascht, folgt aber einem Muster, das auch in Steindorf am Ossiacher See und in St. Jakob im Rosental, wo man gegen die bürgerliche Liste **„Aktive BürgerInnen St. Jakob im Rosental" (ABS)** wahlkämpfte, zu beobachten war.

Zum Misserfolg wurde der Versuch von SPÖ und ÖVP, mit einer gemeinsamen Liste die Gemeinde St. Urban zu „drehen". Auf dieser Liste **„WIR"** waren nach einem deklarierten roten Spitzen- und Bürgermeisterkandidaten auf den weiteren mandatsträchtigen Plätzen überwiegend schwarze kommunalpolitische Aspiranten platziert. Das deklarierte Vorhaben, den blauen Bürgermeister mit seiner Gemeinderatsmehrheit nach Hause zu schicken, misslang deutlich. FPÖ-Bürgermeister Dietmar Rauter, auch Abgeordneter zum Kärntner Landtag, wurde im ersten Wahlgang mit 64 Prozent wiedergewählt und legte im Gemeinderat um gut zwei Prozent auf 59 Prozent Stimmenanteil zu. Aber andererseits: Einen innovativen Versuch war's wohl wert?

Etikettenschwindel?

Obwohl kärntenweit alle Parteien unter Weglassung einer Parteibezeichnung antraten, muss die in der Überschrift gestellte ein-wortige Frage klar bestritten werden. Dies vornehmlich deshalb, weil im kleinstrukturierten Kärntner Gemeinde-Kosmos die Wählerinnen und Wähler sehr gut wissen, wer sich hinter welchem Namen verbirgt.

So ist es für niemanden ein Geheimnis, dass die **„Liste für Baldramsdorf" (LFB)** ebenso von der ÖVP dominiert wird wie beispielsweise die **„Liste für Lurnfeld" (LFL)**. Dasselbe gilt mit blauen Vorzeichen wohl auch für die **„Berger für Berg" (BFB)** oder die Liste **„Metnitz unsere Gemeinde" (MUG)** mit dem aus dem Servus-TV-Format „Bares für Rares" bekannten Gradeser Schlossherrn Constantin Staus-Rausch an der Spitze. Das **„Team Aufwind" (TA)** in Steinfeld wird wohl im Netz des Teams Kärnten zu verorten sein, und die **„Bürgerliste Weißensee" (BLW)** ist vermutlich, schon aufgrund der für sie im Gemeinderat Einsitz nehmenden bekennenden Grünen Almut Knaller, in der Nähe dieser politischen Partei angesiedelt.

In Gnesau trat die SPÖ nicht an, wohl aber die Liste **„WIR“**, auf deren Ticket auch Bruno Stampfer ins Kommunalparlament einzog. Dieser war 2015 Spitzenkandidat der Liste „MFG“ und wurde bei seiner Ambition, das höchste Amt der Kommune zu erreichen, offiziell von der lokalen und regionalen SPÖ unterstützt.

Die Kärntner Landespolitik ist durch die zahlreichen Namenslisten 2021 zweifelsfrei bunter, phantasievoller und spannender, aber auch ein bisserl unberechenbarer geworden. Die gegebenen Zeichen waren aber vielerorts auch Rauchzeichen, die versuchten zu vernebeln. Gelungen ist dies mit Sicherheit nicht!

Heinz P. Wassermann

„Ohne Denkzettel, aber mit Überraschungen“[1]

(Statistische) Analysen der Kärntner Gemeinderatswahlen vom 28. Februar 2021

Einleitung

Der vorliegende Beitrag basiert über weite Strecken auf ein von „Kärntner Krone“ und ORF Kärnten beauftragtes und finanziertes Projekt über die Gemeinderatswahlen 2021.[2]

Nach einer Vermessung und Einordnung der Gemeinderatswahlen und der Neu- bzw. Alternativberechnung von deren Ergebnissen stehen (wahl-) statistische Analysen zu den Themen

- ❒ Wahlberechtigte und Wahlbeteiligte
- ❒ Bevölkerungsstruktur
- ❒ (Formaler) Bildungsgrad
- ❒ Wirtschaftssektoren
- ❒ Stellung im Beruf
- ❒ Alter(sgruppen)
- ❒ Geschlechterverteilung/Sexualproportion
- ❒ Strukturelle Rahmenbedingungen

für „Die Grünen“, die FPÖ, die ÖVP und die SPÖ[3] im Fokus des Beitrags.

Vermessung und Einordnung der Gemeinderatswahlen

Die Kärntner Gemeinderatswahlen zeichnen drei Charakteristika aus: erstens, dass es keiner Partei gelang, in allen Gemeinden anzutreten, zweitens, dass eine nicht unbeträchtliche Anzahl von („unechten“) Namenslisten eindeutig Parteilisten sind und dass drittens die Bürgermeisterdirektwahl (wohl nicht nur) in der medialen Wahrnehmung und Analyse die Wahl von Gemeinderätinnen und Gemeinderäten (auch bei den Wahlen am 28. Februar) bei weitem überragte.[4]

Folgt man dem offiziellen, von der Landeswahlbehörde veröffentlichten Wahlergebnis, so erreichten die SPÖ landesweit 39,9 % (– 0,3 Prozentpunkte), die ÖVP 24,3 % (1,6 Prozentpunkte), die FPÖ 13,8 %

(– 4,1 Prozentpunkte), „Die Grünen“ 3,6 % (– 2,1 Prozentpunkte), das Team Kärnten 4,3 % und Neos 1,4 %.[5]

Diese Ergebnisse sind insofern problematisch, als sie vorgeben, die angeführten Parteien hätten in allen Gemeinden kandidiert. Dem war nicht so – ganz im Gegenteil. Die SPÖ kandidierte in 126 von 132 Gemeinden, der ÖVP sind 125, der FPÖ sind 119 Kandidaturen zuzuordnen, „Die Grünen“ traten in 29, das Team Kärnten in sieben und Neos in lediglich fünf Gemeinden an. Das offizielle Landesergebnis weist auf Grund der Berechnungsmethode, es werden alle Parteistimmen an den gültigen Gesamtstimmen gemessen, somit zum Teil massive Verzerrungen auf.

Zieht man zur Berechnung hingegen die jeweils erreichten Stimmen in jenen Gemeinden heran, in denen die sechs Parteien auch tatsächlich kandidierten, so ergibt sich für die SPÖ ein Gesamtergebnis von 40,7 %, für die ÖVP eines von 27 %, für die FPÖ eines von 17,3 %, für „Die Grünen“ eines von 7,6 %, für das Team Kärnten eines von 21,9 % und für Neos eines von 4,8 %.

Die Prozentpunktdifferenzen zwischen offiziell-amtlichem und neu berechnetem Wahlergebnis sind aus der folgenden Tabelle ablesbar.

Tab. 1: Offizielle versus neu berechnete Wahlergebnisse

	Offiziell	Neu berechnet	Ppd
SPÖ	39,9	40,7	0,8
ÖVP	24,3	27,0	2,7
FPÖ	13,8	17,3	3,5
Grüne	3,6	7,6	4,0
TK	4,3	21,9	17,6
Neos	1,4	4,8	3,4

In der folgenden Tabelle werden die Prozentpunktdifferenzen auf der Basis von tatsächlichen Kandidaturen 2015[6] und 2021 ediert.

Tab. 2: Neu berechnete Wahlergebnisse 2015 versus 2021

	Neu berechnet 2015	Neu berechnet 2021	Ppd
SPÖ	40,5	40,7	0,2
ÖVP	26,3	27,0	0,7
FPÖ	19,4	17,3	– 2,1
Grüne	9,1	7,6	– 1,5
TK	3,1	21,9	18,8
Neos	3,8	4,8	1,0

SPÖ, ÖVP und Neos weisen ein geringes Plus auf, FPÖ und „Die Grünen“ müssen (leichte) Verluste hinnehmen. Den stärksten, wirklich beeindruckenden Zugewinn weist das Team Kärnten auf, der vor allem a) auf die in Klagenfurt und Spittal an der Drau erreichten Ergebnisse (Klagenfurt: 22,4 %, Spittal an der Drau: 29,3 %) und b) auf die massiven Zugewinne in Klagenfurt (22,1 Prozentpunkte) und Spittal an der Drau (16,4 Prozentpunkte) zurückzuführen ist.

In 26 der 132 Kärntner Gemeinden kam es zu einem Wechsel der Mehrheiten zwischen 2015 und 2021, wovon vor allem die SPÖ betroffen war. Sie wurde im Vergleich zu den Wahlen 2015 zwar in vier Gemeinden mehrheitsfähig, verlor aber in zehn Gemeinden (vor allem in Richtung ÖVP) die vorherige Mehrheit. Die Volkspartei gewann im Vergleich zu 2015 in elf Gemeinden eine Mehrheit, musste aber ein solche in fünf Gemeinden abgeben. Die FPÖ weist einen leicht negativen Saldo auf: Sie gewann im Vergleich mit der vorherigen Gemeinderatswahl in drei Gemeinden die Mehrheit, musste sie aber in vier (bemerkenswert oft an „echte“ Namenslisten) abgeben.

Die stärkste Dynamik zeigt sich, wenn man die absoluten und relativen Mehrheiten aus 2015 und 2021 gegenüberstellt. Die absoluten Mehrheiten erhöhten sich um 4,7 Prozentpunkte von 51,5 % auf 56,2 %, wohingegen die relativen Mehrheiten von 48,5 % auf 43,8 % sanken. Anders formuliert: Das Wählervotum tendierte 2021 zu mehr Eindeutigkeit auf kommunaler Ebene.

Wahlstatistische Analysen

Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung

Auf der Basis von absoluten Zahlen gab es in der Gemeinde Zell mit 512 Personen die wenigsten und in der Landeshauptstadt mit 81.223 Personen die meisten Wahlberechtigten. Im Landesschnitt waren 3.520 Personen pro Gemeinde wahlberechtigt.

Gemessen an der Wohnbevölkerung lag der Prozentanteil der Wahlberechtigten in der Gemeinde St. Georgen am Längsee mit 64,2 % am unteren und mit 90,8 % in der Gemeinde Greifenburg am oberen Ende der Bandbreite – der Landesschnitt lag bei 82,7 %.

Die geringste Wahlbeteiligung wies Klagenfurt mit 52,1 %, die höchste die Gemeinde Zell mit 96,1 % auf – der landesweite Durchschnitt lag bei 67,3 %.[7]

In 28 Gemeinden war eine Zunahme, in den übrigen 104 Gemeinden eine Abnahme der Wahlbeteiligung zu verzeichnen. Den stärksten Zuwachs

der Wahlbeteiligung wies mit sechs Prozentpunkten die Gemeinde Großkirchheim, die stärkste Abnahme mit 12,8 Prozentpunkten die Gemeinde Maria Rain auf. Landesweit war ein Rückgang um vier Prozentpunkte zu verzeichnen.[8]

Den geringsten Anteil an Wahlberechtigten mit österreichischer Staatsbürgerschaft wies die Gemeinde Bad Kleinkirchheim mit 82,1 %, den höchsten die Gemeinde St. Georgen im Lavanttal mit 98,4 % auf. Der Landesschnitt lag bei 93,2 %.

Den geringsten Anteil an wahlberechtigten EU-Staatsbürgern wies mit 1,6 % erwartungsgemäß die Gemeinde St. Georgen im Lavanttal auf, den höchsten mit 17,9 % die Gemeinde Bad Kleinkirchheim. Der Landesschnitt lag bei 6,8 %.

In der folgenden Tabelle werden die errechneten (Hoch-)Signifikanzen ediert.

Tab. 3: Signifikanztabelle Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne
Wahlberechtigte absolut	ns	s-	ns	ns
Wahlberechtigte in Prozent	ns	ns	ns	ns
Wahlbeteiligung in Prozent	hs-	s	hs	ns
Abnahme der Wahlbeteiligung in Kategorien	s	ns	ns	ns
Veränderung der Wahlbeteiligung Ppd	hs-	ns	ns	ns
Wahlberechtigte Österreicher	ns	ns	ns	ns
Wahlberechtigte EU-Bürger	ns	ns	ns	ns

Im Rahmen der 28 durchgeführten statistischen Tests sind sechs (hoch) signifikante Unterschiede bzw. Zusammenhänge nachweisbar, das entspricht 21,4 %. Auf die SPÖ entfallen drei (50 %), auf die ÖVP zwei (33,3 %) und auf die FPÖ einer (16,7 %).

Die Anzahl der Wahlberechtigten pro Gemeinde korreliert signifikant negativ mit dem jeweiligen Ergebnis der Volkspartei.[9] Umso mehr Personen in einer Gemeinde wahlberechtigt sind, umso schlechter ist das Gesamtergebnis der Volkspartei.

Die Wahlbeteiligung korreliert signifikant positiv mit dem jeweiligen Gemeindeergebnis der Volkspartei, hoch signifikant positiv mit dem der FPÖ und hoch signifikant negativ mit dem der SPÖ.[10] Umso höher die Wahlbeteiligung ist, umso besser schneiden jeweils ÖVP und FPÖ ab und umso schlechter ist das jeweilige SPÖ-Ergebnis.

Das jeweilige SPÖ-Ergebnis ist in Gemeinden, in denen die Wahlbeteiligung gesunken ist, signifikant besser als in solchen, in denen sie gestiegen ist.[11]

Die Gemeindeergebnisse der SPÖ korrelieren hoch signifikant negativ mit der prozentuellen Veränderung der Wahlbeteiligung.[12] Umso stärker die Wahlbeteiligung abgenommen hat, umso besser schneidet die SPÖ ab.

Bevölkerungsstruktur

Die geringste Einwohnerzahl weist die Gemeinde Zell mit 606, die höchste mit 101.765 die Landeshauptstadt auf. Im Durchschnitt lebten mit Stichtag 1. Jänner 2021 in einer Kärntner Gemeinde 4.258 Personen.

Zwischen 2016 und 2021 verzeichneten 45 Gemeinden (256.622 Wahlberechtigte) einen Bevölkerungszuwachs, 86 (206.815 Wahlberechtigte) eine Abnahme und in einer Gemeinde (1.221 Wahlberechtigte) blieb die Bevölkerung in diesem Zeitraum unverändert.

Mit einem Minus von 21,9 Prozentpunkten war in diesem Zeitraum die Abwanderung in der Gemeinde Ossiach, und mit einem Plus von 8,1 Prozentpunkten war die Zuwanderung in der Gemeinde Magdalensberg jeweils am stärksten ausgeprägt.

Mit 97,9 % weist die Gemeinde Stall den höchsten und mit einem Anteil von 72,2 % Villach den geringsten Wert an österreichischen Staatsbürgern auf. Im Landesschnitt beläuft er sich auf 88,7 %.

Mit 1,7 % an EU-Bürgern weist die Gemeinde Mörtschach das Landesminimum, mit 16,4 % die Gemeinde Bad Kleinkirchheim das Landesmaximum auf. Der Landesdurchschnitt beträgt 7,1 %.

Den geringsten Bevölkerungsanteil an Nicht-EU-Bürgern weist mit 0,2 % die Gemeinde Klein St. Paul auf, wohingegen in Villach mit zehn Prozent der Höchstwert festzuhalten ist. Im Landesschnitt beläuft er sich auf 4,2 %.

Mit jeweils 2,1 % an nichtösterreichischen Staatsbürgern liegen die Gemeinden Stall und St. Georgen im Lavanttal am unteren, mit 20,8 % wiederum Villach am oberen Ende. Der Landesdurchschnitt beträgt 11,3 %.

In 24 Gemeinden (76.543 Wahlberechtigte) gibt es zweisprachige Ortstafeln, in den 108 übrigen (388.115 Wahlberechtigte) nur einsprachige.

Alles in allem wurden – siehe Tabelle 4 – 32 statistische Berechnungen durchgeführt und sechs (hoch) signifikante Unterschiede/Zusammenhänge errechnet – das sind 18,8 %. Auf die SPÖ entfällt einer (16,7 %), auf die ÖVP entfallen zwei (33,3 %) und auf die FPÖ drei (50 %).

Das jeweilige Gemeindeergebnis der ÖVP korreliert signifikant negativ mit der Wohnbevölkerung (in absoluten Zahlen).[13] Umso mehr Menschen in einer Gemeinde wohnen, umso schlechter ist das jeweilige Gesamtergebnis der ÖVP.

Aus der folgenden Tabelle sind die den einzelnen Parteien zugeordneten (Hoch-)Signifikanzen ablesbar.

Tab. 4: Signifikanztabelle Bevölkerungsstruktur

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne
Wohnbevölkerung	ns	s-	ns	ns
Zu-/Abwanderung 2016/2021	ns	ns	s	ns
Zu-/Abwanderung Ppd	ns	ns	hs-	ns
Prozentanteil Österreicher	ns	ns	ns	ns
Prozentanteil EU-Bürger	ns	ns	ns	ns
Prozentanteil Nicht EU-Bürger	ns	hs-	ns	ns
Prozentanteil Nicht-Österreicher	ns	ns	ns	ns
Zweisprachige Ortstafeln	hs	ns	hs	ns

Die FPÖ schneidet in Abwanderungsgemeinden signifikant besser ab als in Zuwanderungsgemeinden.[14]

Das jeweilige Gemeindeergebnis der Freiheitlichen korreliert hoch signifikant negativ mit der Veränderung der Wohnbevölkerung im Zeitraum 2016 bis 2021.[15] Umso stärker die Abwanderung ausgeprägt ist, umso besser schneidet die FPÖ ab.

Das jeweilige kommunale Ergebnis der Volkspartei korreliert hoch signifikant negativ mit dem Prozentanteil an Nicht-EU-Bürgern.[16] Umso höher deren Anteil in einer Gemeinde ist, umso schlechter schneidet die Volkspartei ab.

Die SPÖ-Ergebnisse sind in Gemeinden mit zweisprachigen Ortstafeln hoch signifikant besser als in Gemeinden mit einsprachigen – für die FPÖ gilt das Gegenteil.[17]

(Formaler) Bildungsgrad[18]

Die Statistik weist insgesamt sieben unterschiedliche Bildungsabschlüsse aus. Für die folgenden Berechnungen wurden Lehr- und Fachschulabschlüsse sowie AHS- und BHS-Maturanten in jeweils einer Gruppe zusammengefasst. Auf die gesonderte Auswertung von hochschulverwandten Ausbildungen wurde verzichtet, da diese Gruppe einerseits zu unbestimmt und andererseits quantitativ nicht von Relevanz ist. Da die aktuellsten Daten aus 2018 stammen, wird auf die Edition der Wahlberechtigten in absoluten Zahlen verzichtet.

22,7 % aller in Kärnten lebenden Personen wiesen 2018 einen Pflichtschulabschluss als höchsten Bildungsabschluss auf, unter den Wahlberechtigten waren es 20,6 %.[19]

Über einen Lehr- bzw. Fachschul-Abschluss verfügten unter der Gesamtbevölkerung 52,9 %, unter den Wahlberechtigten waren es mit 54,5 % etwas mehr.[20]

Die Reifeprüfung war für 14,4 % der in Kärnten lebenden Personen der höchste Bildungsabschluss, mit 14,8 % lagen die Wahlberechtigten geringfügig darüber.[21]

Über einen Hochschulabschluss unter der Gesamtbevölkerung verfügen 10 %, unter den Wahlberechtigten waren es 10,2 %.[22]

In der folgenden Tabelle werden die errechneten (Hoch-)Signifikanzen ediert.

Tab. 5: Signifikanztabelle formaler Bildungsgrad

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne
Pflichtschule Gesamtbevölkerung	ns	ns	ns	hs-
Pflichtschule Wahlberechtigte	ns	ns	ns	s-
Lehre/Fachschule Gesamtbevölkerung	ns	ns	hs	ns
Lehre/Fachschule Wahlberechtigte	ns	ns	hs	ns
Matura Gesamtbevölkerung	ns	ns	s-	ns
Matura Wahlberechtigte	ns	ns	s-	ns
Hochschule Gesamtbevölkerung	ns	ns	ns	s
Hochschule Wahlberechtigte	ns	ns	ns	s

Im Rahmen der 32 durchgeführten statistischen Tests sind acht (hoch) signifikante Zusammenhänge nachweisbar, das entspricht einem Viertel. Jeweils vier (50 %) entfallen auf die FPÖ und „Die Grünen".

Die jeweiligen Gemeindeergebnisse der Grünen korrelieren hoch signifikant negativ mit dem Prozentanteil an Pflichtschulabsolventen unter der Gesamtbevölkerung und signifikant negativ mit deren Anteil unter den Wahlberechtigten.[23] Umso höher der Prozentanteil an Pflichtschulabsolventen in einer Gemeinde 2018 war, umso schlechter schneiden „Die Grünen" ab.

Das Abschneiden der FPÖ korreliert hoch signifikant positiv mit dem Prozentanteil an Absolventen einer Lehre bzw. einer Fachschule.[24] Umso höher der Prozentanteil 2018 in einer Gemeinde ausgeprägt war, umso besser schneidet die FPÖ ab.

Die FPÖ-Ergebnisse korrelieren signifikant negativ mit dem Prozentanteil an Maturanten in einer Gemeinde.[25] Umso höher dieser in einer Gemeinde 2018 prozentuell besetzt war, umso schlechter ist das jeweilige Gesamtergebnis der FPÖ.

Die jeweiligen Gemeindeergebnisse der Grünen korrelieren signifikant positiv mit dem Prozentanteil an Hochschulabsolventen.[26] Umso höher deren Prozentanteil 2018 in einer Gemeinde war, umso besser fällt das jeweilige Gesamtergebnis der „Grünen" aus.

Wirtschaftssektoren

Da auch diese Daten als aktuellste aus 2018 stammen, wird wiederum auf die Edition der Absolutwerte verzichtet.

Im Primärsektor (Land- und Forstwirtschaft) waren 2018 alles in allem 4,6 % tätig. Den geringsten Wert wies mit 0,7 % die Landeshauptstadt, den höchsten die Gemeinde Diex mit 21,2 % auf.

Der Sekundärsektor (Gewerbe und Industrie) wies mit jeweils 12 % in Klagenfurt und in der Gemeinde Krumpendorf am Wörthersee das Landesminimum, mit 47,3 % in der Gemeinde Stall das Landesmaximum auf. Im Landesschnitt waren es 24,7 %.

Im tertiären Sektor (Dienstleistungen) waren alles in allem 70,8 % beschäftigt. Den geringsten Wert wies mit 44,6 % die Gemeinde Reichenfels auf, der Höchstwert lag mit 87,1 % in der Gemeinde Krumpendorf am Wörthersee.

Aus der folgenden Tabelle sind die den einzelnen Parteien zugeordneten Hochsignifikanzen ablesbar.

Tab. 8: Signifikanztabelle Wirtschaftssektoren

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne
Primärsektor	hs-	ns	hs	ns
Sekundärsektor	ns	ns	ns	ns
Tertiärer Sektor	ns	ns	ns	ns

Alles in allem wurden zwölf statistische Berechnungen durchgeführt und zwei hoch signifikante Zusammenhänge errechnet – das sind 16,7 %. Auf die SPÖ und die FPÖ entfiel jeweils einer (50 %).

Das jeweilige Gemeindeergebnis der SPÖ korreliert hoch signifikant negativ und das der FPÖ hoch signifikant positiv mit dem Prozentanteil des Primärsektors.[27] Umso stärker er 2018 in einer Gemeinde ausgeprägt war, umso schlechter schneidet die SPÖ ab – für der FPÖ trifft das Gegenteil zu.

Stellung im Beruf

Stellung im Beruf erfasst neben Arbeitern, Angestellten und Selbstständigen auch die Gruppe der „sonstigen unselbstständigen Erwerbstätigen".

Es handelte sich 2018 alles in allem um 16.389 Personen, deren Beschäftigungsverhältnisse so heterogen sind (z. B. freie Dienstnehmer, Grundwehr- und Zivildiener), sodass sie nicht gesondert ausgewertet werden. Die Berechnungsbasis (= 100 %) sind deshalb Arbeiter, Angestellte und Selbstständige.

Wie bei der weiter oben edierten, berechneten und getesteten Variable Bildung wird auch bei dieser zwischen den Prozentanteilen unter der Gesamtbevölkerung und unter den Wahlberechtigten unterschieden bzw. werden sie separat ausgewertet. Darüber hinaus stammen die Daten wiederum aus dem Jahr 2018.

36,3 % der Erwerbstätigen waren 2018 Arbeiter,[28] unter den wahlberechtigten Erwerbstätigen waren es 34,9 %.[29]

Alles in allem waren 49,5 % der Erwerbstätigen Angestellte[30], unter den Wahlberechtigten erhöhte sich der Wert geringfügig auf 50,6 %.[31]

14,2 % (62.242 Personen) der Erwerbstätigen waren Selbstständige[32], unter den wahlberechtigten Erwerbstätigen waren es 14,5 %.[33]

In der folgenden Tabelle werden die errechneten (Hoch-)Signifikanzen ediert.

Tab. 9: Signifikanztabelle Stellung im Beruf

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne
Arbeiter Gesamtbevölkerung	ns	ns	ns	s-
Arbeiter Wahlberechtigte	ns	ns	ns	s-
Angestellte Gesamtbevölkerung	s	ns	hs-	ns
Angestellte Wahlberechtigte	s	s-	hs-	ns
Selbstständige Gesamtbevölkerung	hs-	hs	hs	hs
Selbstständige Wahlberechtigte	hs-	hs	hs	hs

Im Rahmen der 24 durchgeführten statistischen Tests sind 15 (hoch) signifikante Zusammenhänge nachweisbar, das entspricht 62,5 %. Auf die SPÖ, die FPÖ und „Die Grünen" entfielen jeweils vier (26,7 %) sowie drei (20 %) auf die ÖVP.

Die kommunalen Ergebnisse der Grünen korrelieren signifikant negativ mit dem prozentuellen Arbeiteranteil in einer Gemeinde.[34] Es spielt dabei keine Rolle, ob der Arbeiteranteil unter allen Erwerbstätigen oder der unter den Wahlberechtigten herangezogen wird. Umso höher der Prozentanteil an Arbeitern 2018 in einer Gemeinde ausgeprägt war, umso schlechter schneiden „Die Grünen" ab.

Der jeweilige Prozentanteil an Angestellten korreliert signifikant positiv mit dem jeweiligen Gesamtergebnis der SPÖ, signifikant negativ mit dem

der ÖVP und hoch signifikant negativ mit dem der FPÖ.[35] Sieht man von der ÖVP ab, so macht es keinen Unterschied, ob man den Angestelltenanteil unter allen Erwerbstätigen oder unter den wahlberechtigten Erwerbstätigen heranzieht. Umso höher der Prozentanteil an Angestellten in einer Gemeinde ausgeprägt war, umso besser schneidet die SPÖ und umso schlechter schneiden ÖVP (allerdings nur unter den Wahlberechtigten) und die FPÖ ab.

Der Prozentanteil an Selbstständigen in einer Gemeinde korreliert hoch signifikant positiv mit den Gemeindeergebnissen von FPÖ, Grünen und ÖVP sowie hoch signifikant negativ mit denen der SPÖ.[36] Es spielt dabei keine Rolle, ob der Prozentanteil unter allen Erwerbstätigen oder unter den Wahlberechtigten herangezogen wird. Umso höher der Prozentanteil an Selbstständigen 2018 in einer Gemeinde besetzt war, umso besser sind die Gesamtergebnisse von FPÖ, Grüne und ÖVP – für die SPÖ verhält es sich umgekehrt.

Alter(sgruppen)

Die Altersgruppe 16 bis 30 (80.118 Personen) ist mit 10,3 % an der Gemeindebevölkerung in der Gemeinde Pörtschach am Wörthersee am geringsten und mit 18,3 % in der Gemeinde Lesachtal am stärksten vertreten. Im Landesschnitt macht diese Gruppe 14,3 % aus.

Für die 31- bis 60-Jährigen (226.846 Personen) werden mit 35,6 % in der Gemeinde Lesachtal der landesweit geringste und mit 44,9 % in der Gemeinde Rosegg der landesweit höchste Wert bei einem Landesdurchschnitt von 40,4 % ausgewiesen.

In der Gemeinde Mörtschach sind mit 23,4 % die über 60-Jährigen (168.572 Personen) prozentuell am schwächsten und in der Gemeinde Mallnitz mit 40,4 % am stärksten vertreten. Der Landesdurchschnitt beträgt 30 %.

Mit einem Durchschnittsalter von 37,5 Jahren ist die Gemeinde Keutschach am See die landesweit „jüngste“ und die Gemeinde Bad Kleinkirchheim mit 49,5 Jahren die „älteste“ Gemeinde bei einem landesweiten Durchschnittsalter von 45,4 Jahren.

Aus der folgenden Tabelle sind die den einzelnen Parteien zugeordneten Hochsignifikanzen ablesbar.

Tab. 10: Alter(sgruppen)

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne
Altersgruppe 16 bis 30 an der Gesamtbevölkerung	ns	ns	ns	ns
Altersgruppe 31 bis 60 an der Gesamtbevölkerung	ns	ns	hs-	ns
Altersgruppe 60+ an der Gesamtbevölkerung	ns	ns	ns	ns
Durchschnittsalter	ns	ns	ns	ns

Alles in allem wurden 16 statistische Berechnungen durchgeführt und für die FPÖ ein hoch signifikanter Zusammenhang errechnet – das sind 6,3 %.

Das jeweilige Gemeindeergebnis der FPÖ korreliert hoch signifikant negativ mit der jeweiligen prozentuellen Besetzung der Altersgruppe der 31- bis 60-Jährigen.[37] Umso höher deren Prozentanteil in einer Gemeinde ausgeprägt ist, umso schlechter ist das jeweilige Gesamtergebnis der FPÖ.

Geschlechterverteilung/Sexualproportion

In 51 Gemeinden (= 38,6 % bzw. 95.499 Bewohner) gibt es mehr Männer als Frauen, in 79 (= 59,8 % bzw. 460.003 Bewohner) mehr Frauen als Männer und in zwei Kommunen (= 1,5 % bzw. 6.832 Bewohner) ist das Geschlechterverhältnis ausgeglichen.

In der Altersgruppe 16 bis 50 gibt es in 106 Gemeinden (= 80,3 % bzw. 149.440 Bewohner) einen Männer-, in 25 Gemeinden (= 18,9 % bzw. 76.873 Bewohner) einen Frauenüberschuss und in einer Kommune (0,8 % bzw. 2.618 Bewohner) war das Geschlechterverhältnis ausgeglichen.

In der folgenden Tabelle werden die errechneten (Hoch-)Signifikanzen ediert.

Tab. 11: Signifikanztabelle Geschlechterverteilung/Sexualproportion

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne
Prozentanteil Männer	ns	ns	s	ns
Prozentanteil Frauen	ns	ns	s-	ns
Überhang	ns	ns	s	ns
Prozentanteil Männer 16 bis 50	ns	ns	ns	ns
Prozentanteil Frauen 16 bis 50	ns	ns	ns	ns
Überhang 16 bis 50	ns	ns	ns	ns

Im Rahmen der 24 durchgeführten statistischen Tests sind drei signifikante Unterschiede bzw. Zusammenhänge, die ausschließlich für die FPÖ gelten, nachweisbar, das entspricht 12,5 %.

Das jeweilige Abschneiden der FPÖ korreliert a) signifikant positiv mit dem jeweiligen prozentuellen Männer-[38] und b) signifikant negativ mit dem jeweiligen prozentuellen Frauenanteil[39] in einer Gemeinde. Umso höher ersterer ausgeprägt ist, umso besser, und umso höher letzterer ausgeprägt ist, umso schlechter ist das jeweilige Gemeindeergebnis der FPÖ. Darüber hinaus sind die FPÖ-Ergebnisse in einer Gemeinde mit einem

Männerüberhang signifikant besser als in Gemeinden mit einem Frauenüberhang.[40]

Strukturelle Rahmenbedingungen

14 (10,6 % bzw. 197.668 Wahlberechtigte) Kärntner Gemeinden waren 2018 Einpendler-, die übrigen 118 (89,4 % bzw. 266.990 Wahlberechtigte) sind Auspendlergemeinden.

16 (12,1 % bzw. 234.511 Wahlberechtigte) Kärntner Gemeinden sind Stadtgemeinden und 116 (87,9 % bzw. 230.147 Wahlberechtigte) sind Landgemeinden.

Die Urban-Rural-Typologie (U-R-T) ordnet alle österreichischen Gemeinden einer von fünf Kategorien (Urbane Großzentren, Urbane Mittel- und Kleinzentren, Regionale Zentren, Außenzonen von Zentren und Ländlicher Raum) zu. Da die drei Einzelkategorien Urbane Großzentren/Urbane Mittel- und Kleinzentren/Regionale Zentren im Sample zu gering besetzt sind, werden sie zu einer Kategorie zusammengefasst.[41]

Neun Gemeinden (6,8 %, 201.412 Wahlberechtigte) sind der Kategorie Urbane Großzentren/Urbane Mittel- und Kleinzentren/Regionale Zentren, 30 (22,7 %, 81.520 Wahlberechtigte) der Kategorie Außenzonen von Zentren und die übrigen 93 (70,5 %, 181.726 Wahlberechtigte) dem Ländlichen Raum zuzuordnen.

Wie bei der U-R-Typologie wird auch bei der Besiedelungsdichte aus den Kategorien dicht (da lediglich die Landeshauptstadt als solche kategorisiert ist) und mittel besiedelt eine Kategorie gebildet. Sieben Gemeinden (5,3 % bzw. 191.843 Wahlberechtigte) gelten als dicht/mittel besiedelt, die übrigen 125 (94,5 % bzw. 272.815 Wahlberechtigte) als dünn besiedelt.

2019 wurde für die Gemeinde Zell mit 916,– Euro die geringste und für die Gemeinde Weißensee mit € 3.333,– die höchste Steuerkraftkopfquote ausgewiesen. Der Landesschnitt betrug 1.252,– Euro.

Mit 18.763,– Euro war 2017 das durchschnittliche Jahresnettoeinkommen der unselbstständig Beschäftigten in der Gemeinde Heiligenblut am Großglockner das landesweit geringste, am höchsten war es mit € 33.306,– in der Gemeinde Maria Wörth. Der Landesschnitt betrug 25.087,– Euro.

Mit 18.180,– Euro war 2017 die durchschnittliche Jahresnettopension in der Gemeinde Lesachtal die landesweit geringste, am höchsten war sie mit € 28.230,– in der Gemeinde Krumpendorf am Wörthersee. Der Landesschnitt betrug 20.910,– Euro.

Aus der folgenden Tabelle sind die den einzelnen Parteien zugeordneten Hochsignifikanzen ablesbar.

Tab. 12: Signifikanztabelle Strukturelle Rahmenbedingungen

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne
Ein-/Auspendlergemeinden 2018	ns	s	ns	s
Stadt-/Landgemeinde	ns	ns	ns	ns
UGZ/UMKZ/RZ vs. Außenzonen von Zentren	ns	ns	ns	ns
UGZ/UMKZ/RZ vs. ländlicher Raum	ns	ns	hs	ns
Außenzonen von Zentren vs. ländlicher Raum	ns	ns	hs	ns
Besiedelungsdichte	ns	ns	hs	ns
Steuerkraftkopfquote 2019	ns	ns	ns	ns
Durchschnittliches Nettogehalt Arbeitnehmer	ns	ns	hs-	hs
Durchschnittliche Nettopension	ns	ns	s-	ns

Alles in allem wurden 36 statistische Berechnungen durchgeführt und acht hoch signifikante Unterschiede/Zusammenhänge errechnet – das sind 22,2 %. Auf die FPÖ entfielen fünf (62,5 %), auf „Die Grünen" zwei (25 %) und auf die ÖVP einer (12,5 %).

Grüne und ÖVP schneiden in Auspendlergemeinden signifikant besser ab als in Einpendlergemeinden.[42]

Die FPÖ-Ergebnisse sind im Ländlichen Raum hoch signifikant besser als in Urbanen Großzentren/Urbanen Mittel- und Kleinzentren/Regionalen Zentren.[43]

Die FPÖ-Ergebnisse sind im Ländlichen Raum hoch signifikant besser als in Außenzonen von Zentren.[44]

Die FPÖ schneidet in dünn besiedelten Gemeinden hoch signifikant besser ab als in dicht/mittel besiedelten.[45]

Das jeweilige kommunale Ergebnis der FPÖ korreliert hoch signifikant negativ, das der Grünen hoch signifikant positiv mit dem Durchschnittsnettoeinkommen der unselbstständig Beschäftigten.[46] Umso niedriger das durchschnittliche Nettogehalt von Arbeitnehmern in einer Gemeinde ist, umso besser ist das jeweilige Gemeindeergebnis der Freiheitlichen – für die „Grünen" trifft das Gegenteil zu.

Das jeweilige Gemeindeergebnis der Freiheitlichen korreliert signifikant negativ mit der durchschnittlichen Höhe der Nettopension in einer Gemeinde.[47] Umso geringer sie in einer Gemeinde ist, umso besser schneidet die FPÖ ab.

Zusammenfassung

Für SPÖ, ÖVP, FPÖ und „Die Grünen“ wurden alles in allem 204 statistische Tests durchgeführt und 49 (hoch) signifikante Unterschiede/Zusammenhänge errechnet, das entspricht 24 %. Wie sich die (Hoch-)Signifikanzen auf die einzelnen Themenfelder aufteilen, ist aus der folgenden Tabelle ediert.

Tab. 13: Reihung der (Hoch-)Signifikanzen

	Berechnungen	**Signifikanzen**
Stellung im Beruf	24	62,5 %
Formaler Bildungsgrad	32	25,0 %
Strukturelle Rahmenbedingungen	36	22,2 %
Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung	28	21,4 %
Bevölkerungsstruktur	32	18,8 %
Wirtschaftssektoren	12	16,7 %
Geschlechterverteilung/Sexualproportion	24	12,5 %
Alter(sgruppen)	16	6,3 %
Summe	**204**	**24,0 %**

Das Höchstmaß an eindeutigen statistischen Effekten ist für Stellung im Beruf nachweisbar, ansonsten sind keine relevanten Indikatoren feststellbar.

Aus der folgenden Tabelle ist die parteipolitische Zuordnung der (hoch) signifikanten Unterschiede bzw. Zusammenhänge ablesbar.

Tab. 14: Prozentanteil der Parteien an den (Hoch-)Signifikanzen

	SPÖ	**ÖVP**	**FPÖ**	**Grüne**
Wahlberechtigung und Wahlbeteiligung	3	2	1	0
Bevölkerungsstruktur	1	2	3	0
Formaler Bildungsgrad	0	0	4	4
Wirtschaftssektoren	1	0	1	0
Stellung im Beruf	4	3	4	4
Alter(sgruppen)	0	0	1	0
Sexualproportion	0	0	3	0
Struktureller Rahmen	0	1	5	2
Summe	**9**	**8**	**22**	**10**
Prozentanteil	**18,4**	**16,3**	**44,9**	**20,4**

Mehr als 40 % aller (Hoch-)Signifikanzen entfallen auf die FPÖ. „Die Grünen“, die ÖVP und die SPÖ weisen relativ ausgeglichene Prozentwerte, die weit unter denen der Freiheitlichen liegen, auf.

Anmerkungen

1 Bergmann, Andrea: Ohne Denkzettel, aber mit Überraschungen. In: Kleine Zeitung vom 1. März 2021.

2 An dieser Stelle sei Bernhard Bieche, Christof Glantschnig, Clara Milena Steiner, Petra Haas, Fritz Kimeswenger, Hannes Mösslacher, Birgit Rumpf-Pukelsheim und Robert Schumann für die Beauftragung und Zusammenarbeit herzlich gedankt. Weiters bedankt sich der Verfasser bei Thomas Graf und Angelika Sternath von der Landesstelle für Statistik für die großzügige Überlassung von Daten.

3 Unberücksichtigt bleiben Neos, das Team Kärnten wegen der zu geringen Anzahl an Kandidaturen und die „echten“, also nicht parteipolitisch zuordenbaren Namenslisten ob deren zu großer Heterogenität.

4 Vgl. Bergmann, Andrea: Klagenfurts Stadtchefin muss in die Stichwahl. In: Kleine Zeitung vom 1. März 2021. Cik, Thomas: Zum dritten Mal: Scheider gegen Mathiaschitz. In: Ebda. Kröll, Anja: SPÖ zittert um Chefsessel in Klagenfurt. In: Kurier vom 1. März 2021. Dies.: SPÖ zittert um drei rote Hochburgen. In: Kurier vom 2. März 2021. Martinz: Thomas: Das Sammelbecken der Unterschätzten. In: Kleine Zeitung vom 2. März 2021. Müller, Walter: Gerangel um Bürgermeistersessel in Klagenfurt. In: Der Standard vom 1. März 2021. Ders.: Das große Zittern um die Hauptstadt. In: Der Standard vom 2. März 2021. NN: Scheider überholt Mathiaschitz. In: Kronen Zeitung („Kärntner Krone“) vom 1. März 2021. red/APA: Scheider und Köfer schaffen es in die Stichwahl. In: Die Presse vom 1. März 2021. Steiner, Clara Milena: Kampf um Lindwurm geht in Verlängerung. In: Kronen Zeitung („Kärntner Krone“) vom 2. März 2021.

5 Vgl. NN: Gemeinderatswahl 28. Februar 2021. Im Internet: https://www.ktn.gv.at/wahlen/grwahl2021/ (eingesehen am 31. Juli 2021).
Für das Team Kärnten und Neos weist die Website des Landes keine Prozentpunktdifferenzen aus.

6 Vgl. NN: Gemeinderatswahl 1. März 2015. Im Internet: https://www.ktn.gv.at/wahlen/grwahl2015/ (eingesehen am 31. Juli 2021).

7 Vgl. NN, Gemeinderatswahl (wie Fn. 5).

8 Vgl. ebda.

9 V: r = -,2.

10 V: r = ,22; F: r = ,26; S: r = -,3.

11 Mittelwert (MW) in Gemeinden mit gesunkener Wahlbeteiligung 39,1 %, MW in Gemeinden mit zugenommener Wahlbeteiligung 32,7 %.

12 S: r = -,23.

13 V: r = -,2.

14 MW in Abwanderungsgemeinden 24,4 %, in Zuwanderungsgemeinden 18,1 %.

15 F: r = -,29.

16 V: r = -,26.

17 S in Gemeinden mit zweisprachigen Ortstafeln MW: 44,5 %, in Gemeinden mit einsprachigen Ortstafeln MW: 36,2 %.
F in Gemeinden mit einsprachigen Ortstafeln MW: 24,3 %, in Gemeinden mit zweisprachigen Ortstafeln MW: 10,1 %.

18 Die aktuellsten Zahlen stammen aus 2018.

19 Die Mindestwerte wies die Gemeinde Krumpendorf am Wörthersee (alle: 15,1 %, Wahlberechtigte: 13,3 %), die Höchstwerte die Gemeinde Frantschach-St. Gertraud (alle: 31,5 %, Wahlberechtigte: 29,6 %) auf.

20 Die Mindestwerte wies die Gemeinde Krumpendorf am Wörthersee (alle: 36,9 %, Wahlberechtigte 37,6 %), die Höchstwerte die Gemeinde Fresach (alle: 67,7 %, Wahlberechtigte: 68,3 %) auf.

21 Die Mindestwerte wies die Gemeinde Stall (alle: 6,6 %, Wahlberechtigte: 6,7 %), die Höchstwerte Krumpendorf am Wörthersee (alle: 20,7 %, Wahlberechtigte: 21,1 %) auf.

22 Die Mindestwerte wies die Gemeinde Stall (jeweils 2,5 %) auf, die Höchstwerte die Gemeinde Krumpendorf am Wörthersee (alle: 27,3 %, Wahlberechtigte: 27,9 %).

23 G: r = -,49 und -,43.

24 F: r = ,26 und ,25.

25 F: r = jeweils -,22.

26 G: r = ,46 und ,45.

27 S: r = -,24, F: r = ,29.

28 Das Landesminimum wurde mit 15,9 % für die Gemeinde Krumpendorf am Wörthersee, das Landesmaximum von 57 % für die Gemeinde Stall ausgewiesen.

29 Der Mindestwert wurde wiederum für die Gemeinde Krumpendorf am Wörthersee mit 14,7 %, der Höchstwert wiederum für die Gemeinde Stall mit 56,8 % ausgewiesen.

30 Das Landesminimum wurde mit neun Prozent für die Gemeinde Lesachtal, das Landesmaximum von 64,6 % für die Gemeinde Krumpendorf am Wörthersee ausgewiesen.

31 Den Mindestwert wies wiederum die Gemeinde Lesachtal mit unveränderten neun Prozent, den Höchstwert erneut die Gemeinde Krumpendorf am Wörthersee mit 65,7 % auf.

32 Das Landesminimum wurde mit 6,8 % für die Gemeinde Althofen, das Landesmaximum von 36,9 % für die Gemeinde Weißensee ausgewiesen.

33 Den Mindestwert wies wiederum die Gemeinde Althofen mit unveränderten 6,8 %, den Höchstwert erneut die Gemeinde Weißensee mit 37,3 % auf.

34 G: r = -,46 und -,42.

35 S: r = ,19 und ,2; V: r = -,18; F: r = jeweils -,28.

36 F: r = ,32 und ,31; G: r = jeweils ,63; V: r = jeweils ,26; S: r = jeweils -,4.

37 F: r = -,26.

38 F: r = ,23.

39 F: r = -23.

40 MW in Gemeinden mit Männerüberhang 27,6 %, in Gemeinden mit Frauenüberhang 19,8 %.

41 Vgl. NN: Gliederungen nach städtischen und ländlichen Gebieten. Im Internet: http://statistik.at/web_de/klassifikationen/regionale_gliederungen/stadt_land/index.html (eingesehen am 4. September 2019). Wisbauer, Alexander und Klotz, Johannes: Demografische Strukturen und Trends nach Urban-Rural-Typologie. In: Statistische Nachrichten, 2/2019. S. 108–110.

42 MW G in Auspendlergemeinden 9,4 %, MW in Einpendlergemeinden 5,9 %.

MW V in Auspendlergemeinden 34,2 %, MW in Einpendlergemeinden 23,9 %.

43 MW F im ländlichen Raum 25,6 %, MW in UGZ/UMKZ/RZ-Gemeinden 12,3 %.

44 MW F im ländlichen Raum 25,6 %, MW in Außenzonen von Zentren 16,7 %.

45 MW F in dünn besiedelten Gemeinden 22,9 %, MW in dicht/mittel besiedelten Gemeinden 14,4 %.

46 F: r = -,24; G: r = ,6.

47 F: r = -,19.

Andreas (Andrej) Wakounig

Bedeutung und Herausforderungen der politischen Partizipation der Kärntner Slowenen in den allgemeinen Vertretungskörpern

In der Selbstständigkeit liegt die Stärke (V samostojnosti je moč)

Slowenische Wahlauftritte schon in der Monarchie und Ersten Republik

Von den sechs in Österreich gesetzlich anerkannten autochthonen Volksgruppen[1] haben bis in die heutige Zeit nur die Kärntner Slowenen eigenständige politische Strukturen, die mit ihren Gruppierungen an diversen öffentlichen Wahlen teilnehmen, entwickelt und aufrechterhalten. Wahlbeteiligungen mit selbstständigen, nach politischer Unabhängigkeit strebenden Listen stießen bei den Slowenen seit jeher auf großes Echo und Interesse, sie sind daher ein wesentlicher Bestandteil ihrer vielseitigen Geschichte.

Während mehrerer Perioden zwischen 1871 und 1914 gehörten die Kärntner Slowenen Andrej Einspieler (1813–1888), Gregor Einspieler (1853–1927) sowie Franz Grafenauer (1860–1935) dem Kärntner Landtag an. Nach Einführung des allgemeinen und direkten Männerwahlrechtes wurde Grafenauer 1907 auch in das Abgeordnetenhaus der Reichsrates in Wien gewählt, der Wiedereinzug gelang ihm auch bei der Reichsratswahl 1911. Als erster slowenischer Reichsratsabgeordneter gilt aber Lambert Einspieler (1840–1906), der über die Kurie der Landgemeinden ab 1897 für drei Jahre die Interessen der Kärntner Slowenen wahrnahm.

Eine markanter Einschnitt für das Leben der Slowenen und ihre Strukturen war die aufgrund der Volksabstimmung 1920 entlang der Karawanken gezogene neue Staatsgrenze, die die Slowenen in Kärnten plötzlich zu einer Minderheit in einem mehrheitlich deutschsprachigen Bundesland und Staat werden ließ. Die Mehrheit der Slowenen lebte ab 1918 im SHS-Staat (Jugoslawien), ein weiterer beachtlicher Anteil auch in Italien. Die in der multinationalen Habsburgermonarchie entwickelten gemeinsamen politischen, sprachlichen und kulturellen Strukturen, Schnittstellen und Beziehungen, auf die man sich stützen und verlassen konnte, brachen

nunmehr weg und stellten die Slowenen in Kärnten vor vollkommen neue Tatsachen und Herausforderungen. Hatte die provisorische Kärntner Landesversammlung noch am 28. 9. 1920 in einer feierlichen Entschließung den Kärntner Slowenen als nationale Minderheit noch die rechtliche Gleichstellung mit dem Mehrheitsvolk zugesichert, wie sie im Staatsvertrag von Saint-Germain[2] vorgesehen war, wollte man danach von diesem Versprechen nichts mehr wissen, vielmehr suchte man die Lösung, statt in der Gleichberechtigung in der ehesten Assimilierung der slowenischen Volksgruppe und deren sprachlichen Entwurzelung. Die neuen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Eliten setzten ihre offene antislowenische Einstellung umgehend in Taten um und zwangen große Teile der kärntner-slowenischen Intelligenz wie Priester, Lehrer, Beamte und Richter gezielt zum Verlassen des Landes; etliche wählten unter dem Eindruck der gegen die Volksgruppe gerichteten Propaganda freiwillig den Weg der Emigration.

Dennoch wollte sich ein beachtlicher Teil der Kärntner Slowenen mit der unangenehmen und schwierigen Situation nicht abfinden. Daher nahmen mutige und selbstbewusste Leute das Heft des Handelns wieder entschlossen in die Hand und begannen mit dem Wiederaufbau der zerstörten Strukturen und Organisationen. Zuerst wurde 1921 der „Politische und wirtschaftliche Verein für Slowenen in Kärnten“ („Politično in gospodarsko društvo za Slovence na Koroškem“)[3] gegründet, danach erfolgte die Gründung der Slowenischen Partei Kärntens (Koroška slovenska stranka, KSS) und des Genossenschaftsverbandes (Zveza koroških zadrug), welcher zuvor in die Genossenschaftszentrale in Ljubljana/Laibach eingegliedert war. Die slowenische Partei KSS konnte bei der Kärntner Landtagswahl (LTW) 1921 sogleich zwei Mandate erreichen. Sie kandidierte auch bei den Wahlen 1923, 1927 und 1930, wo sie ebenfalls je zwei Mandate gewinnen konnte. Die Bandbreite der für die KSS abgegebenen Stimmen lag zwischen 8.895 und 9.862, was einem landesweiten Stimmenanteil von 5,61 % bis 6,96 % entsprach. Obwohl die Kandidaturen für den Nationalrat in den Jahren 1923 und 1927 aussichtslos waren, fördert ein Vergleich mit den Stimmen, welche bei den zeitnahen Landtagswahlen für die KSS abgegeben wurden, keinen merklichen Unterschied hervor. Daraus kann jedenfalls geschlossen werden, dass der Wahlkörper für die KSS doch sehr homogen war. Die Partei der Slowenen war um eine größtmögliche weltanschauliche Eintracht zwischen dem katholisch-konservativen und dem sozialliberalen Lager bemüht, sodass diesem Umstand auch bei der Nominierung der Spitzenkandidaten Rechnung getragen wurde. Die Aushängeschilder als Landtagsabgeordnete waren Vinko Poljanec (1876–1938)[4], Pfarrer in St. Kanzian/Škocjan, Janez Starc (1885–1953), Pfarrer in Keutschach am See/Hodiše, der Arzt Dr. Franc Petek aus Völkermarkt/Velikovec und Janko Ogris (1898–1981, Kaufmann und Wirt in Ludmannsdorf/

Bilčovs. Trotz eines ideologisch weit gespannten Arbeitsprogramms auf der Grundlage der nationalen Zugehörigkeit, des Bewusstseins und der Identifikation mit der slowenischen Kultur und Sprache gelang es der KSS nicht, die slowenische bzw. zweisprachige Arbeiterschaft als potenzielle Wählerschaft für sich zu gewinnen, die sich großteils der Sozialdemokratie zuwendete. Auch lagen den Arbeitern die Anliegen der Volksgruppe offenkundig weniger am Herzen als die Wahlprogramme der Sozialdemokraten und ihre Bedeutung für soziale und gesellschaftliche Veränderung. Die Arbeiter waren auch eher bereit, einen Identitäts- und Sprachwechsel vorzunehmen, da sich die Sozialdemokratie als internationalistisch verstand und daher die Sprache und das Volk nicht im Vordergrund standen.

Für das Abstimmungsgebiet wurden die Gemeinderatswahlen im Jahre 1921 nachgeholt, wobei die slowenischen Fraktionen mit 155 Gemeinderäten als zweitstärkste Wahlgruppierung nach den Sozialdemokraten, welche 301 Sitze erreichten, daraus hervorgingen[5]. Nachdem 1934 der diktatorische Austrofaschismus die Macht übernahm und sämtliche Parteien ausschaltete, wurde auch die Volksgruppe ihrer politischen Führung beraubt, die Vertretung der Slowenen ging daher provisorisch an Dr. Joško Tischler, dem Vorsitzenden des Slowenischen Kulturverbandes (Slovenska prosvetna zveza, SPZ), über. Mit dem 1938 erfolgten Anschluss Österreichs an das Dritte Reich, in dem seit 1933 unter Ausschaltung der Demokratie brutal die Nazis mit Hitler als ihrem uneingeschränkten Führer regierten, verschärfte sich die Lage des Slowenen trotz ihrer zunächst neutralen Haltung gegenüber den neuen Machthabern schlagartig. Diesen standen die Slowenen wegen ihres Slawentums ab sofort im Wege, die Folge waren mit Unterstützung lokaler Kräfte die Aussiedlung, Vertreibung, schwerste Verfolgungen und Ermordungen, insbesondere der Funktionäre und der antinazistischen Widerstandskämpfer (Partisanen) und das Verbot der slowenischen Sprache.

Nach der Befreiung 1945 – selbstverhinderte Landtagskandidatur war ein historischer Fehler

Mit der Befreiung Österreichs vom Naziregime im Mai 1945 stand das Land in den alten Grenzen wieder auf. Es brachen wieder demokratische Zeiten an, nicht nur die vorhin verbotenen Parteien sammelten sich in der einen oder anderen Form wieder und begannen mit dem Aufbau ihrer Strukturen. Auch die Kärntner Slowenen genossen die neue Freiheit und wollten sich nach den opferreichen Kriegsjahren an den neuen demokratischen politischen Prozessen beteiligen. Die gemeinsame politische Organisation der Kärntner Slowenen war nunmehr die „Osvobodilna fronta za slovensko Koroško/Befreiungsfront für Slowenisch Kärnten“ (OF), welche sich bereits während des Widerstandes im Zweiten Weltkrieg formiert

hatte. Die Einigkeit in der politischen Vertretung währte jedoch nur sehr kurz. Der erste gravierende Stolperstein waren die Ereignisse rund um die geplante Teilnahme an der Landtagswahl 1945. Dr. Joško Tischler, unbestritten die angesehenste Persönlichkeit der slowenischen Volksgruppe (er wurde 1957 zum ersten Direktor des Slowenischen Gymnasiums in Klagenfurt bestellt), wurde am 25. Juli 1945 von Landeshauptmann Hans Piesch als Vertreter der Volksgruppe zum Mitglied der provisorischen Kärntner Landesregierung bestellt und blieb dies bis 5. November 1945. Auf seine Bestrebungen und Überzeugungskraft ist die einstimmige Verordnung der Landesregierung über die Neugestaltung des obligatorischen zweisprachigen Volksschulunterrichts in Südkärnten zurückzuführen. Sein großes Bestreben war es auch, wie vor dem Krieg mit einer eigenständigen slowenischen Liste bei der für den 25. November 1945 angesetzten Landtagswahl zu kandidieren. Weil aber für die Kandidatur der „Slovenska stranka" (Slowenische Partei) von der britischen Besatzungsmacht die Unterfertigung einer Loyalitätserklärung gegenüber Österreich und der Militärverwaltung gefordert wurde, was Tischler auch tat, wurde ihm von den vom jugoslawischen kommunistischen Regime beeinflussten Kreisen innerhalb der OF das Vertrauen entzogen, woraufhin Tischler als Listenführer die Kandidatur zurückziehen musste, als Landesrat demissionierte und sich auch in der OF zurücknahm. Der Vorwurf der OF, Tischler würde mit der Loyalitätserklärung die von Jugoslawien und einigen Kreisen innerhalb der Volksgruppe betriebenen Gebietsabtretungen konterkarieren, grenzte in Wirklichkeit an einen Realitätsverlust. Bereits anlässlich des Ende Mai 1945 von den Briten erzwungenen und von der alliierten Besatzungsmacht in Österreich (somit auch der Sowjetunion) mitgetragenen Abzuges der jugoslawischen Volksarmee aus Klagenfurt und Südkärnten zeichnete sich die definitive Beibehaltung der Staatsgrenzen ab, wie sie vor dem Krieg gültig waren.

Die Ereignisse im Zusammenhang mit der von der OF verhinderten Kandidatur erzeugten einen tiefen Riss in der Slowenenführung und verursachten damit die immer heftiger zu Tage tretende weltanschauliche Spaltung. Es war aber die Nichtkandidatur in mehrfacher Hinsicht ein historischer Fehler. Vor allem verzichtete man leichtfertig auf zwei bis drei Landtagsmandate, die der Slowenischen Partei vorausgesagt wurden. Von den nun freigewordenen potenziellen slowenischen Wählerstimmen profitierten Kommunisten, SPÖ und ÖVP; ein großer Teil wird sich aus Enttäuschung über diese Entwicklung wohl in Wahlabstinenz geübt haben. Die weitere Konsequenz der Nichtkandidatur war, dass die Slowenen bis 1950 keine Gemeinderäte (GR) beschicken konnten, weil die Ergebnisse der Landtagswahl 1945 den Schlüssel für die GR-Zuteilung bildeten.[6]

Als nächste Zwischenstation der Demonstration der inneren politischen Zerwürfnisse diente die Landtagswahl 1949, bei welcher relativ klar

hervorkam, wem und welchem politischen Lager in der Volksgruppe mehr Gewicht zukommt. Rund um die Person Tischler wurde vorher der christlich orientierte „Rat der Kärntner Slowenen“ (Narodni svet koroških Slovencev, NSKS) als neue zweite Vertretungsorganisation gegründet. Die extra für die Landtagswahl aufgestellte und ins Rennen um Mandate geschickte „Krščanska ljudska stranka“ (Christliche Volkspartei) erreichte dabei 4.644 Stimmen (1,87 %), die ebenfalls kandidierende OF mit ihrer Wahlgruppierung gleichen Namens kam lediglich auf 2.095 (0,84 %) Stimmen. Keine der beiden Parteien konnte in den Landtag einziehen. Ein gemeinsames Auftreten, getragen von Euphorie und Aufbruchsstimmung, hätte mit großer Wahrscheinlichkeit den Einzug noch möglich gemacht, aber beide Lager waren weltanschaulich und in der Beurteilung der politischen Lage nicht mehr kompatibel. Ab dieser enttäuschenden Wahl hat die OF bzw. ihre Nachfolgeorganisation Zentralverband slowenischer Organisationen (Zveza slovenskih organizacij, ZSO) jede Ambition auf weitere Wahlauftritte aufgegeben; man suchte die Lösung in der Integration ihrer Anhänger in die dem politisch linken Spektrum zugehörigen Mehrheitsparteien (SPÖ, KPÖ). Der Rat versuchte es nochmals bei der Landtagswahl 1953 mit der „Christlich demokratischen Volkspartei“ (Krščanska demokratska stranka, KDS), es konnten aber nur mehr 3.892 Wähler (1,53 %) angesprochen werden. Der Rat suchte nach Auswegen aus dieser stagnierenden Situation, indem er sich um die Berücksichtigung eines vom ihm vorgeschlagenen slowenischen Kandidaten an einer wählbaren Stelle der ÖVP-Liste bemühte. Diese Verhandlungen scheiterten allemal. Deshalb versuchte es der Rat nach 12jähriger Abstinenz mit der Kandidatur der „Kärntner Wahlgemeinschaft“ (Koroška volilna skupnost, KVS). Die 4.272 Stimmen (1,57 %) waren zu wenig für ein Mandat im Landtag. Die nächste Landtagswahl im Jahre 1970 lief ohne slowenische Liste ab. Die Landtagswahl 1975 stand im Zeichen stark veränderter politischer Verhältnisse und Stimmungsbilder, auf welche zu reagieren sich große Teil der Volksgruppe veranlasst sahen. Als Reaktion auf die traumatischen Eindrücke und Erlebnisse aufgrund der gewaltsamen Ausschreitungen deutschnationaler Kräfte auf die zweisprachigen Ortstafeln (sogenannter Ortstafelsturm), deren Aufstellung zuvor im Nationalrat beschlossen worden war, konnte die Minderheit den Zuständen im Lande nicht wie gelähmt teilnahmslos zusehen. Die Stimmung war extrem deutschnational aufgeheizt, was auch daran lag, dass alle Landtagsparteien einen antislowenischen Wahlkampf führten, wofür auch der neue Landeshauptmann Leopold Wagner mitverantwortlich zeigte. Zuvor gelang es Wagner, den langjährigen Landeshauptmann Hans Sima, welcher sich zumindest um eine teilweise sukzessive Erfüllung der aus dem Staatsvertrag, Artikel 7, resultierenden Verpflichtungen, darunter auch der Topographie, bemühte, auf das politische und auch gesellschaftliche Abstellgleis zu stellen. Als Antwort auf

die politischen Zustände im Land und auch im Hinblick auf den erfolgreichen Wahlgang der slowenischen Listen bei den Gemeinderatswahlen 1973 (siehe hierzu die Ausführungen zu den Gemeinderats-Wahlgängen) beschloss der Rat die Kandidatur einer eigenständigen slowenischen Liste bei der Landtagswahl 1975. Mit Dr. Paul Apovnik als Spitzenkandidat konnte das beste jemals nach 1945 erzielte Landtagswahlergebnis erreicht werden. Dennoch reichten die 6.130 Stimmen (2,03 %) für die KEL für die Erlangung des ersten auf einer slowenischen Liste beworbenen Landtagsmandates nach 1945 nicht. Wie schon davor, hat sich auch diesmal das Fehlen der inneren Geschlossenheit der Volksgruppe gerächt. Obzwar der KEL-Spitzenkandidat sogar Vizeobmann des linksorientierten Zentralverbandes war und sich die Wahlbewegung inhaltlich und personell an alle Angehörigen der Volksgruppe und Sympathisanten und Freunde aus der Mehrheitsbevölkerung richtete, konnte sich dieser zu keiner ausschließlichen Wahlempfehlung für die KEL durchringen, sondern stellte es seinen Anhängern und Funktionären anheim, sich zwischen KEL und KPÖ zu entscheiden. Das war jedenfalls kein politisch kluger Schachzug, denn der KPÖ hat es überhaupt nicht geholfen, der KEL und somit der gesamten Volksgruppe hat es geschadet, dass sie in den nachfolgenden Jahren der inhaltlichen und politischen Homogenisierung der Landtagsparteien, die sich im Rahmen des Dreiparteienpaktes gegen jedwede Erfüllung offener Volksgruppenrechte verweigerten und die Lösung der Minderheitenfrage in der Assimilierung der Volksgruppe suchten, im Landtag keinen gewählten, kompetenten Mandatar hatte, der sich dieser minderheitenfeindlichen Mauer entgegenstellen würde. Ein weiterer negativer Schachzug war die vom Landtag beschlossene Änderung des Wahlrechts zum speziellen Nachteil der eigenständig kandidierenden Volksgruppe knapp vor der Landtagswahl 1979. Die mutwillige Aufteilung des zweisprachigen Gebietes auf vier Wahlkreise samt Zusammenlegung mit zugleich mehreren einsprachigen politischen Bezirken sowie die Einführung einer Grundmandatsklausel (ca. 10-%ige Stimmenhürde) bedeutete für die KEL, wie auch für sonstige Kleinparteien, eine brutale Ausgrenzung von der Möglichkeit der Mitbestimmung im Landtag. Trotzdem ließ sich die KEL von der Landtagskandidatur aus Protest und Hoffnung auf später bessere Wahlbedingungen nicht abhalten. Das Erreichen von 4.279 Stimmen (1,42 %) angesichts der vollkommenen Aussichtslosigkeit auf ein Mandat muss daher schon als Erfolg gewertet werden. Mit dem Wahlbündnis KEL/ALK (Alternative Liste Kärnten) wurde bei der Landtagswahl 1984 mit 4.710 Stimmen (1,49 %) ein nur geringfügig verbessertes, letztlich unter den Erwartungen liegendes Ergebnis erzielt, jedoch damit ein Fundament für ein Sammelbecken von Wählern gebildet, denen die Monotonie der Parteienlandschaft und ihre Abneigung gegenüber der Volksgruppe extrem zuwider war. Die Zusammenarbeit trug bereits 1986 den

ersten überraschenden Erfolg, als der von der KEL autonom nominierte Karel Smolle bei der Nationalratswahl auf der Listen der Grünen[7] als erster Kärntner Slowene seit 1919 in das österreichische Parlament gewählt wurde und diesem bis 1990 angehörte. Während seiner parlamentarischen Tätigkeit ist seit langem auch in den Minderheitenfragen einiges in Bewegung geraten. Auf seine Initiative gehen die Gründung der Zweisprachigen Handelsakademie in Klagenfurt/Dvojezična trgovska akademija v Celovcu und die Ausweitung der Fördermittel sowie der Radio- und TV-Sendezeiten für die österreichischen Volksgruppen zurück. Seine Zustimmung zur Novelle des Minderheitenschulgesetzes 1988 wurde in gewissen Teilen der Volksgruppe zwar scharf kritisiert, nachträglich erwies sich aber diese Kritik als ungerechtfertigt. Wiederum auf Grund einer Wahlkooperation der KEL, diesmal mit der Parlamentspartei „Liberales Forum" (LiF), wurde Smolle 1998 bis 1999 nach dem Ausscheiden von Hans Peter Haselsteiner nochmals Nationalratsabgeordneter.

Auf Landesebene kandidierte die Einheitsliste, die 1991 aus der Fusion der KEL und dem Klub der slowenischen Gemeinderäte (Klub slovenskih občinskih odbornikov in odbornic) hervorging, bei der Landtagswahl 1994 wiederum selbstständig mit der zentralen Forderung nach Änderung der die Kleinparteien diskriminierenden Landtagswahlordnung sowie Einrichtung eines garantierten, mit internationalen Regelungen vergleichbaren gesicherten Volksgruppenmandates im Landtag. Diese Forderung wurde auch in der Volksgruppe sehr kontrovers diskutiert, vor allem der SPÖ nahestehende Volksgruppenfunktionäre sprachen sich dagegen und stattdessen für eine Integration in die Mehrheitsparteien aus. Die 3.327 EL-Stimmen (0,95 %) zeigten auf, dass diese Forderung sehr wohl Aktualität und Berechtigung hat, dass aber ein Vordringen in den Landtag ohne Bündelung aller Kleinparteien nicht gelingen kann. Deshalb wurde für die Landtagswahl 1999 die Plattform „Demokratie 99", ein Wahlbündnis von KEL, Grüne Kärnten, Vereinte Grüne Österreichs und Liberales Forum, gegründet. 13.056 Stimmen (3,93 %) entsprachen jedenfalls nicht den Erwartungen mit der Folge, dass bei den Landtagswahlen 2004, 2009 und 2013 die Grünen auch ohne Wahlbündnisse den Einzug in den Landtag (ab 2009 neues Wahlrecht mit einer Stimmenhürde von 5 % Wählerstimmen) schafften. Von 2013 bis 2018 war die Kärntner Slowenin Zalka Kuchling Landtagsabgeordnete der Grünen und auch deren Minderheitensprecherin, seither sind die Grünen aber nicht mehr Teil des Landtages. Mit Ana Blatnik, die zuvor schon dem Bundesrat angehörte, als SPÖ-Landtagsabgeordnete und Olga Voglauer, zuvor EL-Gemeinderätin, als Nationalratsabgeordnete der Grünen sind derzeit zwei Kärntner Sloweninnen (beide stammen aus der zweisprachigen Gemeinde Ludmannsdorf/Bilčovs) auf Listen der Mehrheitsparteien gewählte Repräsentantinnen von für die Volksgruppen in Österreich bedeutsamen Allgemeinen

Vertretungskörpern. Je mehr Volksgruppenangehörige in die Landtage oder den Nationalrat einziehen, umso eher ist ein engagierter und durchschlagskräftiger Einsatz für die Rechte der Volksgruppen zu erwarten und zu erhoffen. Es sollte aber trotzdem zu bedenken geben, dass es mehr als riskant ist, die Wahrnehmung der Volksgruppeninteressen ausschließlich Personen und Parteien zu überlassen, deren Einzug in den Landtag letztlich ungewiss ist oder vom temporären Wohlwollen einer Mehrheitspartei abhängt. Daher bleibt die Forderung eines gesicherten Volksgruppenmandates oder einer über der privatrechtlichen Vereinsform liegenden und mit staatlichen Selbstverwaltungsrechten ausgestatteten Volksgruppenvertretung alternativlos. Volksgruppenbeiräte sind jedenfalls keine geeignete Vertretungsform, weil deren Mitglieder vom Bundeskanzler ernannt und nicht von den Volksgruppenorganisationen autonom beschickt werden. Sie haben für den Beirat, dem auch nicht aus der Minderheit stammende Organisationen angehören, lediglich ein Vorschlagsrecht. Im übertragenen Sinn wäre ein Volksgruppenbeirat als Volksgruppenvertretung nicht mehr und nicht weniger als eine staatlich dirigierte und gelenkte, von Regierungsgnaden abhängige Minderheitenvertretung. Derartige Volksgruppenvertretungsformen haben aber in demokratisch geordneten Gesellschaftssystemen nichts verloren. Ein Volksgruppenmandat im Landtag oder im Nationalrat ersetzt noch nicht eine autonome Volksgruppenorganisation als allgemeine Volksgruppenvertretung, es ist aber eine wichtige Einrichtung in einem gesetzgebenden Plenum, in welchem die Volksgruppe authentisch und unabhängig für ihre Interessen auftreten und gleichberechtigt mitentscheiden darf. Ein Blick über die Grenzen zeigt, dass für Volksgruppenparteien spezielle Begünstigungen in den Wahlordnungen existieren und daher ihre Vertretung in den parlamentarischen Körpern eher der Normalfall als die Ausnahme sind. Im 90köpfigen slowenischen Staatsparlament dürfen die beiden autonomen Minderheitenorganisationen der Ungarn und der Italiener je ein vollwertiges Fixmandat mit erweiterten Schutzrechten (Veto) in Minderheitenfragen besetzen. In Kroatien sind acht Parlamentssitze für die nationalen Minderheiten reserviert, auch in Ungarn, im deutschen Bundesland Schleswig-Holstein (für die Dänen) oder in Südtirol (für die Ladiner) gibt es besondere Erleichterungen für die Vertretung der Minderheiten in den gesetzgebenden Körperschaften.

Die Gemeinde als demokratisches Spiegelbild der Gesellschaft

Was der Volksgruppe bei Wahlen auf der Ebene des Landes nicht gelingt, das gelingt ihr mit großen Anstrengungen und wechselnden Erfolgen in den zweisprachigen Gemeinden Südkärntens. Gegenwärtig ist die Volksgruppe mit eigenständigen Listen in 21 Gemeinden vertreten. Die ersten

Gemeinderatswahlen nach dem Zweiten Weltkrieg fanden erst 1950 statt. Infolge der Nichtkandidatur der Slowenen bei der Landtagswahl 1945 konnten ihnen für die fünfjährige Übergangszeit auch keine Gemeinderäte auf Basis der Ergebnisse der Landtagswahl zugeteilt werden – eine denkbar ungünstige Situation für die Slowenische Partei, weil diese wichtige Phase von den anderen konkurrierenden Parteien optimal für den Aufbau der eigenen Parteistrukturen einschließlich Rekrutierung und Integration von Personen aus der Volksgruppe genutzt werden konnte. In ihrer eigentlichen politischen Domäne mussten die Slowenen mit Bedauern zur Kenntnis nehmen, dass in den Gemeinden, den kleinsten, jedoch mit dem Bürger am meisten verbundenen politischen Zellen, die Entscheidungen ohne ihr Zutun abliefen. Sozusagen ein krasser Fehlstart für die Volksgruppe; die Folgen daraus konnten nie mehr überwunden werden. Die erstmalige Nachkriegskandidatur 1950 brachte den Slowenen 4.831 Stimmen und 75 Mandate, das sind verglichen mit den letzten demokratischen GR-Wahlen 1932[8] nahezu um 50 % weniger Wählerstimmen (damals 8.929); noch krasser tritt die Anzahl der verlorenen Mandate zu Tage (damals 259). Auch bei den nachfolgenden Wahlen ging der Trend der Verluste kontinuierlich weiter. Der Tiefstand war die Wahl 1970 mit 2.638 Stimmen bzw. 26 Mandaten. Ein Lichtblick dazwischen war 1954 die durch den Gemeinderat[9] erfolgte Wahl von Mirko Kumer-Črčej, welcher die slowenische Liste anführte, zum Bürgermeister der Gemeinde Moos/Blato, die 1973 in die Stadtgemeinde Bleiburg/Pliberk eingegliedert wurde.[10]

So schmerzlich die Ereignisse rund um den „Ortstafelsturm 1972“ auch waren, bei den Volksgruppenangehörigen gab es ein Umdenken, das sich auch im bewussteren Auftreten bei Wahlen äußerte. Die GR-Wahlen 1973 waren die sichtbarste Antwort darauf: Mit 3.908 Stimmen und 40 Gemeinderäten konnte das Ergebnis um ca. 50 % verbessert werden. Um diesen Trend abzusichern und auszubauen, waren nun zeitgemäßere Strukturen unumgänglich. Unmittelbar danach kam es unter dem Vorsitz von Filip Warasch, seines Zeichens auch Generalsekretär des Rates der Kärntner Slowenen, zur Gründung des Klubs der slowenischen Gemeinderäte/rätinnen (Klub slovenskih občinskih odbornikov, KSOO), welcher als Dachverband die slowenischen Gemeinderäte bei ihrer Arbeit tatkräftig unterstützte. Dazu gehörten auch Schulungen, mediale Auftritte sowie eine gemeinsame vereinsrechtliche Struktur. Der Klub war später bei der Kandidatur und Gründung der KEL federführend aktiv. Dem KSOO ist auch zuzuschreiben, dass die unterschiedlichen slowenischen Gemeinderatslisten mit ebenso unterschiedlichen Benennungen das Defizit des uneinheitlichen öffentlichen Auftretens überwinden konnten, indem man in den meisten Gemeinden unter der Bezeichnung „Enotna lista/Einheitsliste“ auftrat. In einigen wenigen Gemeinden, auch aus lokalen Gründen und Erwägungen, trat man weiterhin unter anderen, auch alten

Bezeichnungen auf, aber die gemeinsame organisatorische Struktur war vorhanden und erwies sich bei späteren Wahlen als sehr nützlich und produktiv. Sie hatte außerdem für die Gemeinderäte einen sehr hohen Identifikationswert, die sich nun regelmäßig zu Sitzungen und Konventen treffen und Erfahrungen austauschen konnten. Im Jahre 1991 wurden die Doppelstrukturen von KEL als Wahlpartei (für selbstständige Auftritte oder im Bündnis bei Landtags- und Nationalratswahlen) und dem Klub der slowenischen Gemeinderäte zur „Enotna lista/Einheitsliste" fusioniert, um zwischen diesen beiden auch personell sehr eng miteinander verbundenen Faktoren eine noch effizientere Aktions- und Organisationsebene zu bilden. Eines der Ziele war auch, den Schwung und die Erfolge bei den Gemeinderatswahlen, die sich nach der Klubgründung 1973 immer wieder einstellten, auch für die zentrale Forderung nach einer gesicherten Vertretung im Landtag bei eben diesen Wahlen zu nutzen. Die Zusammenlegung von Klub und KEL zur EL hatte für die Gemeinderatswahlen, wie von manchen befürchtet, keine nachteiligen Auswirkungen, zumal auch in anderen Parteien derartige Organisationsstrukturen normal sind. Dass die Themen der Gemeindepolitik alle Bevölkerungsteile, ungeachtet ihrer Volksgruppenzugehörigkeit, tangieren, hatten die Mandatare der Volksgruppe nie in Zweifel gezogen und sich mit den gesamtheitlichen Gemeindeproblemen und Anliegen ebenso beschäftigt wie ihre Kollegen aus den Mehrheitsparteien. Die besonderen Unterschiede in den Zielsetzungen lagen zumeist in den offenen Forderungen nach mehr Zweisprachigkeit in den Gemeinden und gleichwertiger Behandlung lokaler Volksgruppenvereine. Um ihre Anliegen der gesamten Gemeindebevölkerung bekannt zu machen, bedienen sich die selbstständigen Listen sowohl in ihren Wahlbroschüren als auch in ihren gelegentlich herausgegebenen Zeitungen der Zweisprachigkeit. Gerade darin unterscheiden sie sich, von einigen wenigen wohltuenden Ausnahmen abgesehen, von den Mehrheitsfraktionen. Das führte in letzter Zeit vermehrt zur Öffnung der ehemals klassischen Volksgruppenlisten für Kandidaten aus der Mehrheitsbevölkerung, denen die Nähe zur Volksgruppe oder die Identifikation mit ihren Anliegen keine Probleme bereiten. Am Rande des zweisprachigen Gebietes mit einem signifikanten Rückgang der Volksgruppenstärke hat sich die lokale EL schon vor gut 20 Jahren zu gemeinsamen GR-Kandidaturen mit den lokalen Grünen zusammengeschlossen, um so zumindest auf diese Weise gemeinsam die Vertretung im Gemeinderat zu bewerkstelligen. Einige Listen entschlossen sich dazu, ihre klassischen EL-Bezeichnungen gegen solche mit einem lokalen oder regionalen Anstrich auszutauschen. Das mag aus der Sicht der gemeindeörtlichen Situation zielorientiert und passend sein, es verwässert bzw. weicht die Dachmarke „EL" jedenfalls auf. Dass die Umbenennung in einigen Gemeinden ein entscheidender Garant für zufriedenstellende Wahlergebnisse ist, ist mit Eindeutigkeit und

Klarheit nicht zu beantworten. In erster Linie sind für erfolgversprechendes Abschneiden wohl die Kandidaten und deren Engagement ausschlaggebend. Unbestritten bleibt, dass die selbstständigen Auftritte aus dem Blickwinkel der erreichten Stimmen, der vielen GR-Mandate, Vizebürgermeister- und Gemeindevorstandssitze eine der Erfolgsgeschichten der Volksgruppe sind. Extra hervorzuheben ist, dass in zwei Gemeinden erstmals EL-Kandidaten von den Wählern direkt zu Bürgermeistern gewählt wurden. Zunächst gelang dies Franz-Josef Smrtnik 2009 und nochmals 2015 in Bad Eisenkappel/Železna Kapla. 2021 unterlag Smrtnik jedoch in der Stichwahl gegen die SPÖ-Kandidatin Elisabeth Lobnik. Bernard Sadovnik gelang der Sprung auf den Bürgermeistersitz in Globasnitz/Globasnica zuerst 2015 und dann wieder 2021 sogar recht eindrucksvoll. Beide Gemeinden waren zuvor über Jahrzehnte in fester Hand der SPÖ-Bürgermeister. Bei der Bürgermeisterwahl konnten sich beide Kandidaten auch auf starke, sogar die Mandatsmehrheit stellende Gemeinderatsfraktionen stützen.

Im Detail erreichten die der Landes-EL angehörenden Gemeindelisten alleine bzw. in Kooperation mit anderen Gemeindewahlparteien ab 1979 nachstehende Wählerunterstützung (in Klammer erreichte Mandate):

1979: 4.468 (44); 1985: 4.613 (44); 1991: 5074 (50); 1997: 5.527 (56); 2003: 5.632 (62); 2009: 5381 (50); 2015: 5.554 (58)[11] und 2021: 5.591 (61)

Als Vergleich sind in den nachstehenden Tabellen die Ergebnisse 2015 und 2021 für jene Gemeinden, bei welchen slowenische Listen entweder eigenständig oder in Kooperation (Bündnis) mit den Grünen und lokalen Bewegungen kandidierten, angeführt.

Bezirk Villach Land/Beljak dežela

Gemeinde Kurzbezeichnung Liste	**Stimmen 2015**	**%-Anteil**	**Mandate 2015**	**Stimmen 2021**	**%-Anteil**	**Mandate 2021**
Finkenstein/Bekštanj – EL	252	5,27	1	250	5,04	1
Hohenthurn/Straja vas – WG/VS	100	16,84	1	116	20,28	2
Rosegg/Rožek – RLG	117	10,06	1	86	8,00	1
St. Jakob im Rosental/Šentjakob v Rožu – RLG	364	13,29	3	392	15,16	3
Summe politischer Bezirk	**833**		**6**	**844**		**7**

Bezirk Klagenfurt Land/Celovec dežela

Gemeinde Kurzbezeichnung Liste	Stimmen 2015	%-Anteil	Mandate 2015	Stimmen 2021	%-Anteil	Mandate 2021
Feistritz im Rosental/Bistrica v Rožu – VS/WG	209	12,13	2	267	17,88	3
Ferlach/Borovlje – VS/WG	440	10,94	3	392	10,41	3
Keutschach am See/Hodiše* a) KL (ohne Grüne) b) GEL (mit Grünen)	160	9,46	2	82	4,99	1
Köttmannsdorf/Kotmara vas – KL	126	7,15	1	112	6,15	1
Ludmannsdorf / Bilčovs – EL	225	17,21	2	224	18,56	3
Schiefling am Wörthersee/Škofiče** a) SGL (ohne Grüne) b) SGL (mit Grünen)	123	7,74	1	225	13,79	2
St. Margareten im Rosental/Šmarjeta v Rožu – VS/WG	50	6,89	1	51	6,76	1
Zell/Sele – EL	180	36,14	4	201	42,05	5
Summe politischer Bezirk	**1.353**		**14**	**1.554**		**19**

* 2015 kandidierte die EL gemeinsam mit den Grünen, 2021 kam es zu keiner gemeinsamen Liste mehr, die Grünen erreichten mit 104 Stimmen nur mehr 6,33 % und 1 Mandat.

** 2015 kandidierte die EL als SGL eigenständig, ebenso die Grünen (109 Stimmen bzw. 6,86 %, 1 Mandat). 2021 kam es zu einem gemeinsamen Auftritt unter der Bezeichnung „Skupno Grün Lebenswert (SGL)“.

Bezirk Völkermarkt/Velikovec

Gemeinde Kurzbezeichnung Liste	Stimmen 2015	%-Anteil	Mandate 2015	Stimmen 2021	%-Anteil	Mandate 2021
Bleiburg/ Pliberk – EL	454	18,01	4	461	18,96	4
Eberndorf/Dobrla vas – TeamK	567	15,92	3	378	10,81	2
Eisenkappel Vellach/Železna kapla Bela – EL	622	36,59	8	591	38,15	7
Feistritz ob Bleiburg/Bistrica pri Pliberku – Regi	430	28,82	6	458	29,32	5
Gallizien/ Galicija – EL	123	9,99	1	97	7,84	1
Globasnitz Globasnica – EL	516	43,99	7	576	53,58	8
Neuhaus/ Suha – SNS	165	22,63	3	132	19,76	3
Sittersdorf/ Žitara vas * – AFS (2015), Regi (2021)	422	29,66	5	174	13,41	2
St. Kanzian am Klopeiner See/ Škocjan ob Klopinjskem jezeru – GWL	331	11,83	3	326	12,45	3
Summe politischer Bezirk	**3.630**		**40**	**3.193**		**35**

Quelle: Zahlenmaterial und Listenkurzbezeichnungen: https://www.ktn.gv.at/wahlen/grwahl2021/, abgefragt 27. 8. 2021.

* 2015 kandidierten die ÖVP, FPÖ und EL gemeinsam unter dem Listennamen „Allianz für Sittersdorf" (Kurzbezeichung AFS) und erreichte 5 Mandate. Die EL stellte 2 Mandatare. Bald danach kam es zum Zerwürfnis, weil der von der FPÖ nominierte Mandatar entgegen der vor der Wahl getroffenen Vereinbarung über die Zusammenarbeit aus der AFS ausstieg. Ca. 180 Wähler kamen von der EL. Bei der GR-Wahl 2021 hat sich die EL-Gemeindefraktion in „Regi" umbenannt.

Landwirtschaftskammerwahlen

Die Gemeinschaft der Südkärntner Bäuerinnen und Bauern/Skupnost južnokoroških kmetov in kmetic (SJK) – eine Erfolgsgeschichte auf Landesebene

In dem überproportional land- und forstwirtschaftlich geprägten Südkärnten, dem zweisprachigen Kerngebiet mit dem Gail-, Jaun- und Rosental, waren und sind die Wahlen in die Kärntner Landwirtschaftskammer (LWK) seit jeher ein mit erheblicher Aufmerksamkeit verfolgtes Ereignis. So war seit dem Jahre 1951 die Gemeinschaft der Südkärntner Bäuerinnen und Bauern/Skupnost južnokoroških kmetov in kmetic (SJK) bzw. ihre Vorgängerorganisation stets in der Vollversammlung der Kärntner Landwirtschaftskammer, ihrem obersten Organ, vertreten. Das hängt ursächlich auch damit zusammen, dass die zahlreichen weltanschaulich bedingten Doppelgleisigkeiten bei den Kärntner Slowenen bei diesen Wahlen weitestgehend herausgehalten werden konnten. Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer setzt sich aus 36 Abgeordneten zusammen, die auf den in die jeweilige Landespartei integrierten Listen kandidieren. Da es nur einen landesweiten Wahlkreis mit Verhältniswahlrecht ohne prozentuale Stimmenhürden gibt, haben auch kleinere Wahlgruppierungen wie die SJK oder die Grünen Bauern die Möglichkeit der Vertretung in der Vollversammlung. Dieses Wahlrecht galt bis 1975 immerhin auch für den Kärntner Landtag, was insoweit von Interesse ist, dass es der KEL damals nur knapp nicht gelang, in den Landtag einzuziehen. Sehr wohl ist aber auf Landesebene die SJK durchgehend präsent, seit der letzten Wahl sogar mit vier Mandaten, was sie zu einer beachtlichen Größe macht. Natürlich hat das auch damit zu tun, dass die soziale Herkunft der slowenischen Bevölkerung eine betont stark agrarische Färbung aufweist, wodurch der Anteil der slowenischsprachigen Wahlberechtigten überproportional höher ist als bei den – allgemeinen – Landtagswahlen. Landesweit betrachtet erreicht die SJK ihre besten Resultate in den politischen Bezirken Völkermarkt/Velikovec, Klagenfurt Land/Celovec dežela und Villach Land/Beljak dežela. Die SJK konnte jedoch etliche Stimmen außerhalb des klassischen zweisprachigen Gebietes erlangen.

Die Gründe für die Erfolge der SJK sind unzweifelhaft die Jahrzehnte lange Kontinuität der Wahlauftritte und der ununterbrochenen Vertretung in der Vollversammlung der LWK. Die SJK hatte bei ihrer Kandidaten- und Kandidateninnenauswahl den Fokus stets auf die gleichmäßige Berücksichtigung des gesamtes Siedlungsgebietes, die lokale und regionale politische Verankerung, den Bekanntheitsgrad, die fachliche Befähigung des kandidierenden Personenkreises sowie auf ein zeitgemäßes und glaubwürdiges Wahlprogramm gelegt. Den gewählten Mandataren der SJK gelang es immer wieder, sowohl in den Kammergremien als auch in den

öffentlichen Auftritten und Debatten die Aufmerksamkeit auf für den Bauernstand wichtige Themen zu lenken und so auf ihre Kompetenz für die bäuerlichen Interessen und den ländlichen Raum aufmerksam zu machen. Was die SJK von den anderen Fraktionen wesentlich unterscheidet, ist ihr klares Bekenntnis zur Zweisprachigkeit, welches sich in ihren Aussendungen, Wahlbroschüren und besonders in zweisprachigen öffentlichen Auftritten manifestiert. Bei den jährlichen Vollversammlungen wird stets auch die Forderung für eine Mindestberücksichtigung der slowenischen Sprache in dem von der Landwirtschaftskammer herausgegebenen Wochenmagazin „Der Kärntner Bauer" erhoben. In der Kammer selbst ist die SJK um eine konstruktive Zusammenarbeit mit den Fraktionen bemüht, wobei man mit der Dominanz des ÖVP-Bauernbundes in der Landwirtschaftskammer real umzugehen versteht. Darüber hinaus ist die SJK, auch aufgrund der sprachlichen Kompetenz ihrer Funktionäre, ein sehr wichtiger Mittler und Faktor in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere zu den entscheidenden politischen und landwirtschaftlichen Funktionären und Agrarexperten der Nachbarlandes Slowenien.

Im November 2021 finden wieder die Landwirtschaftskammerwahlen statt. Es wird für die SJK sicher sehr schwer, das großartige Ergebnis aus 2016 zu wiederholen. Da die Wahlen aber erst nach Verfassen dieses Beitrages stattfinden werden, unterbleibt darin die Erfassung und Bewertung der Ergebnisse der heurigen Landwirtschaftskammerwahl.

Wahlauftritte der SJK ab 1951, Mandate SJK

LWK-Wahl	**1951**	**1956**	**1961**	**1966**	**1971**	**1976**	**1981**
Stimmen SJK	1.931	1.561	1.811	1.284	1.335	1.413	1625
Mandate SJK	2	1	1	1	1	1	1

LWK-Wahl	**1986**	**1991**	**1996**	**2001**	**2006**	**2011**
Stimmen SJK	1.945	1.932	1.960	1.983	2.061	2.173 8,72 %
Mandate	2	2	2	2	2	3

LWK-Wahl 2016 (alle Fraktionen)	**Bauernbund**	**Freiheitliche u. Unabhängige**	**SPÖ-Bauern**	**SJK**	**Grüne B.**
Stimmen und %-Anteil	13.367 47,15	7.322 25,83	3.542 12,49	3.144 10,95	1.013 3,57
Mandate	18	9	4	4	1

Quelle: https.//www.sjk.at./?cat=13, abgefragt 27. 8. 2021; https://lko.ktn.ergebnisse-der-lk-wahl-201625002488248, abgefragt 30. 8. 2021

Die Herausforderungen der EL für die Zukunft

Das kontinuierlich erfolgreiche Abschneiden der slowenischen bzw. zweisprachigen Gemeinderatslisten sowie der SJK bei den Landwirtschaftskammerwahlen darf nicht den Blick darauf verstellen, dass sich die Landesorganisation der Einheitsliste seit jeher mit einer schwierigen organisatorischen und finanziellen Situation konfrontiert sieht. Infolge der strukturbedingten personellen Unterbesetzung der Landesgeschäftsstelle sind die laufende Öffentlichkeits- und Medienarbeit als auch die notwendigen Wahlwerbungen nur in eingeschränktem Ausmaß möglich. Dieser Zustand resultiert zum großen Teil daraus, dass die EL als nicht im Landtag vertretene Wahlpartei keinen Zugang zu Parteienförderungen[12] hat. Obwohl das verfassungsmäßige Parteiengesetz[13] Bund, Länder und Gemeinden dazu ermächtigt, den politischen Parteien für ihre Tätigkeit bei der Mitwirkung an der politischen Willensbildung jährliche Fördermittel zuzuwenden, sind eigene, von den Gemeinden beschlossene Parteienförderungen in Kärnten mit Sicherheit der Ausnahmefall. Dadurch entsteht für Namens- und Bürgerlisten gegenüber den anderen Gemeinderatsparteien, die in die bestehenden Landtagsparteien eingegliedert sind und von diesen im Rahmen der Gesetze laufende materielle und sonstige Unterstützungen erhalten, ein erheblicher Wettbewerbsnachteil. Im Sinne der politischen Transparenz und Gleichberechtigung hat sich der Steiermärkische Landtag im Jahre 2013 zu einer radikalen Änderung der Parteienförderungskulisse entschlossen, indem er die Parteienförderung im Sinne der Ermächtigung des Bundesgesetzgebers auch auf die steirischen Gemeinden ausdehnte.[14] Demnach hat jede steirische Gemeinderatspartei, die mit mindestens einem Mandat in der Gemeinde vertreten ist, Anspruch auf Gemeindeparteienförderung. Alle steirischen Gemeinden müssen jährlich für jeden wahlberechtigten Bürger schon zu Jahresbeginn 5 Euro an die Landesregierung überweisen, welche in der Folge die Anspruchsvoraussetzungen prüft und die zeitgerechte Verteilung der Gelder an die anspruchsberechtigten GR-Parteien im Verhältnis ihrer Gemeinderatsstärke vornimmt. Da die Förderung landesgesetzlich und verfassungsmäßig geregelt ist, sind auch parteipolitisch motivierte Eingriffe zur Ausschaltung von Förderungen an oppositionelle Gruppierungen einerseits ausgeschlossen, andererseits gibt es eine einheitliche Behandlung aller steirischen GR-Parteien, gleich ob sie einer Landtagspartei angehören oder nicht. Es handelt sich hier um eine transparente und saubere sowie Ungleichheiten zwischen den diversen Gemeindeparteien ausschließende Lösung, welche sich auch die bunte Gemeindeparteienlandschaft in Kärnten längst verdienen würde. Die EL als Dachstruktur für rd. 60 GR-Mandate mit mehr als 5.500 Wählerinnen und Wählern sollte daher gemeinsam mit anderen Kleinparteien, die unter keinem Dach einer Landtagspartei angesiedelt sind, ehestens die Initiative für die Änderung der Kärntner Parteienförderung nach dem Vorbild der

Steiermark ergreifen. Ein kleiner Schwenk auf üppige Zahlen betreffend die Parteienförderung zeigt, dass allein für heuer vom Bund und Ländern mehr als 200 Millionen Euro ausgezahlt werden. Subventionen der Kammern an ihre Fraktionen tragen noch ein Übriges dazu bei.[15] Eine generelle Einbeziehung der demokratisch legitimierten Gemeinderatsparteien ohne Bevormundung übergeordneter Landtagsparteien würde schon aus diesem Aspekt heraus der gesamten Förderungsstrukur einen zusätzlichen und auch notwendigen demokratiepolitischen Inhalt verleihen.

Es ist für die EL als Landesorganisation von einiger Relevanz, dass sie wieder ihre Bedeutung in Fragen und Themen, die von den Mehrheitsparteien nicht aufgegriffen werden, unter Beweis stellt. Insbesondere ab Beginn der neunziger Jahre hat sich die EL etlicher regionaler Themen angenommen, die über längere Zeiträume für öffentliche Diskussionen und politische Behandlung gesorgt und das Profil der EL als regionale politische Kraft geschärft und geformt haben. Hier darf erwähnt werden, dass sich die EL von Anfang an aktiv in die Diskussion im Zusammenhang mit der Errichtung der Koralm-Hochleistungseisenbahnstrecke zwischen Klagenfurt und Graz einschaltete. Es war damals das Verdienst der von der Landes-EL maßgeblich mitgetragenen und vom slowenischen Gemeinderat in Ferlach/Borovlje, Mag. Peter Waldhauer, angeführten Bürgerinitiative „SOS – Rettet das Rosental/Rož", dass eine Umleitung des internationalen Güterverkehrs durch das Rosental verhindert werden konnte. Die Folgen einer Hochleistungsbahntrasse wären Lärm, Naturzerstörung, Verlust und Zerschneidung wertvoller Landschaftsflächen. Einer parallelen Initiative in Bleiburg/Pliberk unter Leitung von Silvo Kumer gelang es, bei den Errichtern der Koralmbahn einen für die lokale Bevölkerung optimalen Bahn- und Straßenverlauf zu erwirken.

Ebenfalls ab Anfang 1990 war in etlichen Landgemeinden Kärntens die Abwasserentsorgung ein Dauerbrenner, weil sich viele Initiativen und Bürgerbewegungen aus finanziellen und ökologischen Gründen für dezentrale Abwasserentsorgungsanlagen eingesetzt haben. In einigen Südkärntner Gemeinden gab es regelrechte „Kanalrebellen", die mit ihren Bemühungen und kritischem Auftreten auf längere Dauer die Gemeinde- und Landespolitik, Kläranlagenplaner, Umweltexperten, sogar Gerichte beschäftigten und große Teile der betroffenen Bevölkerung an diesen Meinungsbildungsprozessen aktiv teilnehmen ließen. Die gegen Zentralkanäle auftretenden Initiativen, die mit ihren Proponenten auch in den Gemeinderäten vertreten waren, wurden sowohl von der Landes-EL als auch von den betroffenen lokalen Fraktionen rechtlich, organisatorisch und medial unterstützt. Zwar konnten sich diese Initiativen gegen die nahezu geschlossene Mauer der meinungsbildenden Befürworter der Großkanäle in den Mehrheitsparteien des Landtages und Gemeinden in den allermeisten Fällen nicht durchsetzen, nützlich waren diese Bewegungen aus dem

Blickwinkel der Sensibilisierung der Bevölkerung für die Anliegen des Naturschutzes, der direkten Demokratie und der Mitbestimmung allemal und haben letztlich dazu beigetragen, dass man bei der Errichtung der Kläranlagen die Gebote der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und der ökologischen Notwendigkeit mehr als bis dahin in den Vordergrund rückte.

Für ihren Aktionismus und ihre Unterstützung von Bürgerinitiativen hat die Einheitsliste, obwohl als klassische Volksgruppenpartei definiert und wahrgenommen, auch in der Mehrheitsbevölkerung etliche Unterstützer und Sympathisanten dazugewinnen können und auf diese Weise die Zusammenarbeit zwischen den Volksgruppen durchaus aufgelockert und positiv beeinflusst.

Ein wichtiger Impuls im Vorfeld des Beitritts Sloweniens zur EU im Jahre 2004 war die vom damaligen EL-Landesobmann und Gemeinderat in Feistritz ob Bleiburg/Bistrica pri Pliberku ausgehende Initiative für die Bildung der grenzüberschreitenden „Arbeitsgemeinschaft Petzenland – Dežela pod Peco“ zwischen mehreren Gemeinden Südkärntens und Nachbargemeinden in Slowenien. Die Arbeitsgemeinschaft war auch das Fundament, auf welchem 2013 der grenzüberschreitende „Geopark Karawanken – Karavanke“ gegründet wurde und seither eine wichtige Funktion in der touristischen und kulturellen Promotion der Parkregion ausübt.

Eine besondere Anerkennung für ihre erfolgreiche Tätigkeit auf Gemeindeebene wurde der EL im Jahre 1991 zuteil, als sie mit einem Sitz in den Vorstand des Kärntner Gemeindebundes, dem Dachverband der Kärntner Gemeinden, kooptiert wurde. Dadurch wurde erstmals einem Vertreter aus den Reihen der selbstständigen slowenischen Gemeindefraktionen die Möglichkeit der Mitgestaltung in der Interessensvertretung der Kärntner Gemeinden eingeräumt.

Geht man davon aus, dass die Landesorganisation EL trotz äußerst bescheidener finanzieller Bedingungen in der Vergangenheit oft Vorreiter in etlichen Initiativen und Bürgerbewegungen war und sich stets auch für ein gedeihliches und friedliches Zusammenleben im Land eingesetzt hat, so darf damit die Hoffnung verbunden sein, dass der in den letzten Jahren in der Außenwahrnehmung spürbar empfundene Rückgang an Aktivitäten ein Ende findet. Der EL wird eine innere Konsolidierung wohl nicht erspart bleiben, wenn sie ihren beinahe öffentlichen Ruhezustand auf Landesebene hinter sich zu lassen beabsichtigt. Funktionierende innere Beziehungen sind für erfolgreiche Organisationen ein entscheidendes Kriterium. Dem institutionalisierten Dialog kommt hier eine wesentliche Bedeutung zu. Dazu gehören unweigerlich regelmäßige Zusammenkünfte aller Stakeholder, bei denen in aller Offenheit und Unvoreingenommenheit über aktuelle Themen und Bereiche zeitnah beraten und gesprochen werden muss und auch die notwendigen Schlüsse zu ziehen sind. Wird dieser Dialog nicht gefördert und nicht geführt, entfällt dadurch auch die

notwendige kritische Reflexion und können folglich auch keine inhaltlichen und organisatorischen Pflöcke eingeschlagen werden. Darüber hinaus führen Dialog- und Diskussionsdefizite zu einer schleichenden inhaltlichen und organisatorischen Entfremdung. Dass die EL nach der heurigen Gemeinderatswahl die Ergebnisse in einem breiten Forum mit den lokalen Funktionären einer eingehenden Bewertung und Beurteilung unterzogen hätte, darüber wurde zumindest öffentlich nicht berichtet, sodass die Annahme erlaubt ist, dass bislang darüber die Diskussion in den Regionalkonferenzen nicht stattgefunden hat. Von einer Landesorganisation darf erwartet werden, dass man sich zu Themen, die die Bürger und die Öffentlichkeit beschäftigen, nicht ausschweigt, sondern Stellung bezieht. Ein Urprinzip der politischen Agilität und Aktivität ist auch das Streben nach öffentlicher Aufmerksamkeit, Meinungsbildung und Überzeugungsarbeit. Dieser Teil der Öffentlichkeitsarbeit ist bei der Landes-EL seit längerem nur schwer auszumachen. Damit nimmt sich die Landes-EL aber selber aus der öffentlichen Diskussion und der Berichterstattung der Medien bzw. kommt sie darin nur selten vor. Dabei gäbe es etliche Anlässe und Entwicklungen, die das Interesse und die Aufmerksamkeit der EL als Regionalpartei wecken müssten.

Nicht nur die Verhüttelung der Almen ist eine Entwicklung, die ins Auge sticht, auch das Zubetonieren und die Verschandelung der Erholungsräume Südkärntens mit Chalets und massenhaften Apartments als Zweitwohnsitze für betuchte Personen sowie der Verkauf öffentlicher Seezugänge an private Investoren stoßen zunehmend auf Ablehnung der heimischen Bevölkerung. Diese Entwicklung der kalten Betten hat weder für den Tourismus noch für die Gemeinden einen Mehrwert, trotzdem schweigt die Politik dazu. In guter Tradition könnte die EL hierzu durchaus eine wohltuende Ausnahme bilden.

Ein Spezialthema, das auf die EL zugeschnitten sein müsste, ist die – vorschulische – „Elementarerziehung 0–6“, welche organisatorisch von den Gemeinden getragen wird. Durch Auslagerungen an andere, nur einsprachige Träger der Elementarerziehung kommt es vor, dass die zweisprachige Erziehung nicht mehr sichergestellt ist.

Auch wenn im Zuge des Baus der Koralmbahn schon mehrmals und von verschiedenen Seiten die Forderung nach einem Halt von überregionalen Zügen am Bahnhof Kühnsdorf-Klopeiner See erhoben wurde, sollte sich die EL in dieser Diskussion vehement zu Wort melden, weil diese Bahnstation als einzige das gesamte Jauntal mit seinen großen touristischen Sommer- und Winterangeboten erschließt und ebenso Bedeutung für den Pendlerverkehr in die großen Ballungsräume hat.

Ein weiteres Verkehrsprojekt ist die bereits fortgeschrittene Planung einer neuen Schnellstraßenverbindung aus Slowenien Richtung Bleiburg/

Pliberk oder Lavamünd, bei welcher mit einem spürbaren Anwachsen des internationalen LKW-Schwerverkehrs zu rechnen sein wird. Dabei liegen die damit zusammenhängenden Auswirkungen auf das lokale Verkehrsgeschehen und die möglichen Belastungen für die Bevölkerung noch völlig im Dunkeln. Die Landes-EL als Kennerin der grenzüberschreitenden Beziehungen wäre hier durchaus prädestiniert, die Rolle des Initiators für eine Verkehrsenquete zu übernehmen.

Jedenfalls ergeben sich ausreichend Betätigungsfelder für die Landes-EL, nur sollten diese in einem breiteren Gremium beraten und auch gemeinsam beschlossen werden. Um ein Auseinanderdriften der Beziehungen und Inhalte zwischen der Dachstruktur und den lokalen Fraktionen und Funktionären zu unterbinden, sind drei Bereiche von ausschlaggebender Bedeutung:

1. Konsens und Übereinstimmung in wesentlichen inhaltlichen Bereichen als gemeinsame und beziehungsstiftende Leitlinie der politischen Tätigkeit und des inneren Dialogs;
2. personelle Verstärkung der Landesgeschäftsstelle zwecks Optimierung der organisatorischen Schlagkraft und Unterstützung der lokalen Fraktionen;
3. Heraustreten aus der medialen Anonymität und dadurch Schärfung des eigenen Profils.

Sollte es der Landes-EL jedoch nicht gelingen, in den für sie elementaren Bereichen die Themen zu besetzen und mitzugestalten, wird sie unweigerlich an Einfluss und Bedeutung verlieren. Diese Entwicklung kann durchaus zu einer nicht gewollten und unkontrollierten Verselbstständigung oder gar Atomisierung der lokalen Strukturen führen. Es wird in erster Linie an der EL und ihren Funktionären selbst liegen, dass die Landes-EL wieder zu ihrer Rolle als agile, offensive und verlässliche Dachorganisation und Verbindungsklammer für die zahlreichen selbstständigen slowenischen und zweisprachigen Listen zurückfindet, um so für zukünftige Herausforderungen gewappnet zu sein.

Anmerkungen

1 Art. 8 (2) Bundesverfassung (BVG); RIS-Rechtsinformationssystem, https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung, abgefragt 27. 8. 2021.

2 Im am 10. 9. 1919 geschlossenen Staatsvertrag zwischen Österreich und den alliierten und assoziierten Mächten verpflichtete sich Österreich zum Schutz seiner nationaler Minderheiten. Diesen werden dieselbe Behandlung und dieselben Garantien, rechtlich wie faktisch, wie den anderen Staatsangehörigen zuteil.

3 Zgodovina koroških Slovencev od leta 1918 do danes (Geschichte der Kärntner Slowenen ab dem Jahre 1918 bis heute), Seite 73 ff., Hg. : Mohorjeva-Hermagoras, Klagenfurt/Celovec 1985.

4 Poljanec wurde nur zwei Tage nach dem Einmarsch der Nazis in Österreich am 12. März 1938 unter dem Vorwand des Devisenschmuggels inhaftiert. Er wurde nach sechswöchiger Untersuchungshaft, die mit der Einstellung des Verfahrens endete, entlassen, verstarb jedoch bald danach am 25. 8. 1938. Es wird vermutet, dass er während der Haft vergiftet wurde. Poljanec gilt als erstes Naziopfer der Kärntner Slowenen (Vinko Poljanec: literarno-publicistični zbornik; Seite 155 ff.; Mohorjeva tiskarna, Viktring/Vetrinj, leto 2009).

5 Zgodovina koroskih Slovencev od leta 1918 do danes (Geschichte der Kärntner Slowenen ab dem Jahre 1918 bis heute), Seite 74 ff., Hg.: Mohorjeva-Hermagoras, Klagenfurt/Celovec 1985.

6 Vgl. Dr. Augustin Malle in „Kärnten: von der Grenzmark zum österreichischen Bundesland". Herausgegeben von Helmut Rumpler, Ulrich Burz, Seite 508; abgefragt 6. 9. 2021.

7 Die Grüne Alternative – Liste Freda Meissner Blau (GRÜNE) erreichte mit 234.028 Stimmen einen Anteil 4,8 %.

8 Dr. Augustin Malle in „Kärnten: von der Grenzmark zum österreichischen Bundesland". Herausgegeben von Helmut Rumpler, Ulrich Burz, Seite 508; abgefragt 6. 9. 2021.

9 In Kärnten werden seit 1991 die Bürgermeister direkt von den zur Gemeinderatswahl Berechtigten gewählt.

10 Vgl. Janko Kulmesch, „V samostojnosti je moč – Fricu Kumru Črčeju v spomin" (In der Selbständigkeit ist die Kraft – Erinnerungen an Fric Kumer). Hg. Mohorjeva (Hermagoras) 2019.

11 Quelle: http://www.elnet.at/partei/C30, abgefragt 27. 8. 2021;

12 Gesetz vom 25. April 1991 über die Förderung der Parteien in Kärnten (Kärntner Parteienförderungsgesetz – K-PFG), LGBl. 83/1991 idF LGBl. 25/2017.

13 Bundesgesetz über die Finanzierung politischer Parteien (Parteiengesetz 2012 – PartG), BGBl. 56/2012.

14 Das Steiermärkische Parteienförderungs-Verfassungsgesetz 2012, LGBl. 6/2013.

15 Vgl. Artikel in Kleine Zeitung vom 1. 9. 2021, Georg Renner: Parteiförderung.

Rudolf Grünanger

Landwirtschaftskammerwahl 2021 – (Agrar)politik quo vadis?

1. Die Ausgangslage[1]

Bäuerinnen und Bauern wird unterstellt, konservativ, also bewahrend zu handeln, was sich im Wahlverhalten widerspiegelt. Kein Wunder, dass die Wahlen zum Kärntner Bauernparlament über die letzten beiden Jahrzehnte wenig Überraschungen boten. Der Kärntner Bauernbund – Team Siegfried Huber, im Folgenden kurz Kärntner Bauernbund, lag mal knapp über bzw. knapp unter der absoluten Mehrheit; bei den letzten Wahlen 2016 erhielt er 18 Mandate, also exakt die Hälfte der insgesamt zu vergebenden. Die Ziele für diese Wahl: das Überspringen zur Absoluten, ein Plus von zwei Mandaten, Siegfried Huber als Präsident und Astrid Brunner als erste Vizepräsidentin. Die Freiheitliche und Unabhängige Bauernschaft, im Folgenden kurz Freiheitliche Bauernschaft, unter Vizepräsident Manfred Muhr legte bei den Wahlen 2016 leicht zu, woraus sich auch ihr Optimismus speist, ein weiteres Mandat, zum bisherigen neunten, zu erzielen. Die SPÖ-Bäuerinnen und Bauern Kärnten verloren in den letzten beiden Wahlgängen, sodass Spitzenkandidat Franz Matschek als Wahlziel lediglich das Halten der derzeitigen vier Mandate ausgab. Ing. Marjan Cik tritt mit der SJK – Gemeinschaft der Kärntner Bäuerinnen und Bauern Skupnost juznokoroskih kmetic in kmetov, im Folgenden kurz Gemeinschaft der Kärntner Bauern, diesmal kärntenweit an. Er erwartet sich einen Sitz im Vorstand, was deutliche Stimmengewinne für seine Liste bzw. Stimmenverluste von Bauernbund und/oder Freiheitlicher Bauernschaft bedingt, zumal die Mandatsverteilung im Vorstand nach dem D'Hondtschen Verfahren erfolgt. Als SJK – Gemeinschaft der Kärntner Bauern konnte man sowohl 2011 als auch 2016 jeweils ein Mandat zusätzlich gewinnen. Derzeit hält man bei vier Mandaten. Bei der Wahl 2016 gelang es Reinhard Stückler für die Grünen Bäuerinnen und Bauern, kurz Grüne Bauern, ins Bauernparlament einzuziehen; 2011 trat man nicht an. Stückler hofft auf drei Mandate, zumal die Koalition auf Bundesebene zwischen der ÖVP und den Grünen Österreichs grüne Agrarpolitik salonfähig machen sollte. Als neue Wahlbewegung formierte sich die Liste Heimo Urbas – Unabhängiger Bauernverband, im Folgenden kurz Liste Heimo Urbas. Der bekannte „Bauernrebell" sieht sich nicht als Politiker, sondern als parteiloser Interessensvertreter der Bauern. Damit entfällt für ihn auch die Verpflichtung, ein ziffernmäßiges Wahlziel bekannt zu geben.

2. Es wird spannend!

Insgesamt traten diesmal sechs Listen, so viele wie noch nie, zur Kärntner Landwirtschaftskammerwahl an. Das erschwerte, alleine schon arithmetisch, die Ausgangslage für die Wahlwerber, die durchwegs wachsen wollen. Mit Siegfried Huber setzte der Kärntner Bauernbund auf einen erfahrenen Kommunalpolitiker. Als Vizebürgermeister von Feldkirchen ist er es gewohnt, zuzuhören, den Wähler*innen zu begegnen und damit seine Wahlkämpfer vor Ort zu motivieren. Als Kammerrat und als Vorsitzender der Sozialversicherung der Bauern von 2016 bis 2019 (ab 2019 Stellvertretender Landesleiter der Sozialversicherung der Selbstständigen) kennt er auch die Mühen der Ebene, die in der Interessensvertretung abzuarbeiten sein werden. Ob das reichen wird?

Der unerwartete und plötzliche Rückzug von ÖR und Ex-Kammerpräsident Ing. Johann Mößler im Juni dieses Jahres, praktisch mitten in den Startvorbereitungen zur Wahl, überraschte und schockte seine unmittelbare Entourage. Dabei gelang es der kleinen Kärntner Kammer unter seiner Präsidentschaft überregional erfolgreich mit dem Werkzeugkasten renommierter Rechtsgutachten (wie beispielsweise dem Almgutachten) für Bauern zu punkten. Auch die Verbandsarbeit, die Abstimmung mit den zahlreichen agrarischen Verbänden – von den Imkern bis zu den Pferdezüchtern, von der Molkerei bis zu den Selbstvermarkter-Hütten im Direktvermarkter-Verband –, erlebte eine Renaissance. Unter dem Titel „Zukunft Land- und Forstwirtschaft 2030“ startete Mößler eine breit angelegte Zukunftsstrategie.

2021 ist/war für die Bauern ein „Superwahljahr“. Zwei Drittel der österreichischen Bäuerinnen und Bauern schreiten bzw. schritten bereits zur Urne, um ihre Landesparlamente zu wählen. Die Wahlen in Oberösterreich, der Steiermark, Vorarlbergs und Tirol vom Jänner bis März 2021 fanden noch unter verschärften Corona-Bedingungen statt. Dabei konnte der Bauernbund seine dominierende Stellung im Wesentlichen halten bzw. ausbauen, und zwar auf 65,21 %² in Oberösterreich bis 80,12 %² in Vorarlberg. Die Steiermark mit 70,25 %² und Tirol mit 74,2 %² für den Bauernbund liegen dazwischen. Die Latte für Kärnten steckte daher hoch.

Mit dem Rücktritt von Bundeskanzler Sebastian Kurz, besser mit seinem „Side-Step“ in den Nationalrat, verwandelte sich der warme Aufwind für den Bauernbund plötzlich in starken Gegenwind. Es ist wohl richtig, dass Wähler*innen mündig und rational zwischen Bundes- und regionalen Interessenswahlen unterscheiden können, aber gesellschaftliche Strömungen, letztlich festgefroren in Wahlergebnissen, werden von Stimmungen getragen. Ob viele oder wenige zur Wahl gehen, ob Wahlhelfer*innen motiviert laufen oder sich resigniert zurückhalten, all das schwingt immer mit.

Die Kärntner Landwirtschaftskammerwahl war die erste regionale Wahl der „Nach-Kurz-II-Ära". Präsident Huber zählt sich zu den Schwarzen und nicht zu den Türkisen[3], zumindest auf die Frage des Moderators, wie die Balkendiagramme der Parteien eingefärbt sein sollten. Und immerhin sind über 62.500 für die Vollversammlung in der Kärntner Landwirtschaftskammer wahlberechtigt. In der Kärntner Landwirtschaftskammer-Wahlordnung sind nicht nur landwirtschaftliche Betriebsführer*innen wahlberechtigt, sondern auch all jene Angehörige, die in Hofgemeinschaft mit kammerzugehörenden Personen leben und am Hof tätig sind; also Ehegatten, Lebensgefährten und explizit Altbäuerinnen und Altbauern sowie Jugendliche ab dem 16. Lebensjahr, die mitstimmen dürfen. So gesehen ist praktisch jeder siebente Kärntner bzw. jede siebente Kärntnerin zur Landwirtschaftskammer wahlberechtigt. In diesem Sinne können Landwirtschaftskammerwahlen mehr oder weniger als Stimmungsindikator für den ländlichen Raum gesehen werden.

Im Kärntner Kammer-Wahlkampf ist die Tatsache, dass zwei Kärntner Frauen an führender Stelle die nationale Agrarpolitik gestalten und formen, untergegangen. In der türkis-grünen Koalition werken Bundesministerin Elisabeth Köstinger (Ministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus in den Bundesregierungen Kurz I und II sowie Schallenberg) und Dipl.-Ing. Olga Voglauer als Agrarsprecherin der Grünen im Nationalrat. Im September ritt Köstinger eine wüste Attacke gegen den Lebensmittelhandel, dem sie „erpresserische Zustände" im Umgang mit landwirtschaftlichen Lieferanten vorwarf, allerdings bis dato ohne weitere Konsequenzen.

3. Themen, die fehlten, und solche, die zählten

Ein beredtes Schweigen erzählt mehr als viele Worte. Das umfangreiche Immobilienvermögen der Kammer erregte erst im Wahlkampffinale Aufmerksamkeit. Stadtentwicklungsprojekte in Klagenfurt, jenes in der Morogasse und am Kucherhof, das die Kammer mit einem externen Immobilienentwickler in Form eines Baurechtsmodell geplant hat, wurden zum Zankapfel: Angeblich läge ein attraktiveres Nachbesserungsmodell eines Mitbewerbers am Tisch.

Gegessen scheint hingegen, ebenfalls als Baurechtsmodell angedacht, die Verwertung von 5,5 Hektar Landwirtschaftlicher Nutzfläche unter Schloss Ehrental in Klagenfurt.[4] Die Freiheitlichen Bauern wiesen auf die Unvereinbarkeit von Kampagnen hin, die gegen die grassierende Bodenversiegelung auftreten und gleichzeitig eine unverdichtete Verbauung in Form geplanter Einfamilienhäuser in der Stadt durch die bäuerliche Berufsvertretung zulassen. Offensichtlich bestand aber auch wenig Interesse seitens privater Häuslbauer, nur auf begrenzte Zeit ein Baurecht zu erwerben.

Gänzlich gefehlt hat im Wahlkampf eine breite Debatte über die vielfältigen Service-Aufgaben, die die Kammer im Beratungs- und Bildungsbereich anbietet. Von Offizialseite wurde dem „Kärntner Bauer", dem offiziellen Kammermedium, zwar eine Hochglanzbroschüre unter dem Titel „Gemeinsam stark – Wir ziehen Bilanz 2017 bis 2021" beigelegt, die auch künftige Dienstleistungen skizziert. Eine fundierte politische Auseinandersetzung über Schwerpunkte in Beratung, Bildung, Versuchswesen oder Forschung durch die politischen Vertreter fand jedoch nicht statt. Die Debatten über Investitionen und Geschäftsmodelle für Einrichtungen der Kammer, wie beispielsweise in das Bildungshaus Krastowitz, gingen möglicherweise im Lärm des Wahlkampfs, bekannterweise Zeiten fokussierter Unintelligenz,[5] unter. Weitgehend fehlten auch Organisations- und Strukturthemen. Führte 2016 der ausgeweitete Kreis von Wahlberechtigten zur Kammerwahl zu Auseinandersetzungen, so dürfte diesmal das Thema erst nach der Wahl, wie ein gutes Rindsgulasch, das mit jedem Aufkochen besser wird, wieder aufflammen. Die Grünen Bäuerinnen und Bauern bereicherten mit dem Vorschlag, allgemein Minderheitenrechte in der Vollversammlung zu stärken, die Diskussion. Ein explizites Plädoyer für die Außenstellen der Kammer konnte man in Werbematerialien der SJK – Gemeinschaft der Kärntner Bauern sowie der Freiheitlichen Bauernschaft entnehmen.[6]

Im Vorfeld der Kammerwahl, 2020, startete Ex-Präsident Johann Mößler einen ambitionierten und breit angelegten Zukunftsprozess, an dem 1.200 Bäuerinnen und Bauern sowie 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Workshops teilnahmen und auch etwa 200 Expertinnen und Experten mitarbeiteten. Die veröffentlichte Studie stellt ein Leitbild der Kärntner Landwirtschaft, mit konkreten Zielen, aufgefächert in fünf Stärkefelder, dar. Kärnten wird in seiner agrarischen Vielfalt als klimafreundlichste Region Europas positioniert. Neben allgemeinen Maßnahmen wie der Eiweiß-Strategie, die den Ersatz importierter Sojabohne durch Ausweitung der heimischen Anbaufläche vorsieht, oder dem Ziel, den Humusaufbau der Böden zu forcieren, wurden auch klare Zahlenwerte definiert: Der Anteil der Bio-Landwirtschaft soll auf 30 % gehoben werden; bis 2030 möge die Anzahl der Urlaub am Bauernhof-Betriebe um 20 % steigen; die Teilnahme der Bäuerinnen und Bauern am Agrarumweltprogramm soll auf 85 % gesteigert werden, und auf Kärntens Stadeldächern sollten 3.000 Fotovoltaikanlagen Energie produzieren, während sich Kärnten insgesamt als das Holzbundesland Nummer Eins in Österreich herausputzt.[7] Im Wahlkampf ging dieses Zukunftskonzept fast unter, lediglich Präsident Huber wies immer wieder auf die zusätzliche Wertschöpfung hin, die mit einer Steigerung des Anteils heimischer Lebensmittel von derzeit 30 % auf 40 % verbunden wäre. In missionarischem Eifer stürzte sich der Präsident in die Aufgabe, regionale Lebensmittel in öffentlichen Kantinen

zu positionieren. Während sich die deutsche Landwirtschaft unter dem Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes, Joachim Rukwied, bereits um die Finanzierung der Transformation der Tierhaltung bemüht, wie beispielsweise durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, vorgeschlagen von der „Borchert-Kommission", und bäuerliche Interessensverbände einen Schulterschluss mit NGO's und Wissenschaft in der Zukunftskommission Landwirtschaft suchten,[8] wurden gesellschaftliche Forderungen bezüglich Tierwohl, Nachhaltigkeit und Klimaschutz mit Ausnahme der Grünen Bauern[9] im Kärntner Wahlkampf vernachlässigt.

Die Erhaltung traditioneller Bewirtschaftungsweisen in Form der Alpung und Weidewirtschaft einte die meisten der wahlwerbenden Listen in ihrer Forderung, bei Abschüssen gegen auffällige Wölfe schneller und flexibler vorzugehen.

Die Gemeinsame Agrarpolitik 2023, bereits festgezurrt im Trilog zwischen Europäischem Parlament, dem Rat und der Kommission, sollte bis Jahresende mittels nationaler Vorgaben ausgestaltet werden. Der Green Deal legt vorab konkrete Ziele fest, im Wesentlichen die Reduktion von Dünger, Pestiziden und Antibiotika. Mit Ausnahme der voraussichtlich in Österreich nicht mehr realisierbaren Mutterkuhprämie im Förderprogramm GAP 2023, was vor allem die Freiheitlichen Bäuerinnen und Bauern[10] beklagten, ließ man sich auf das Österreichische Programm der GAP-Ausformung wenig ein.

Unterbelichtet blieb auch das Frauenthema. Auf etwa einem Drittel der Höfe stellen Frauen offiziell die Betriebsführerinnen; zwei Drittel der Höfe wirtschaften im Nebenerwerb, wobei es meistens die Männer sind, die einem außerlandwirtschaftlichen Erwerb nachgehen. Aber auch in Familienbetrieben im Vollerwerb, in der Direktvermarktung, bei Urlaub am Bauernhof und in der Pflege sind Frauen überproportional vertreten, in der politischen Vertretung aber klar unterrepräsentiert. Der Kärntner Bauernbund zählt fünf Kandidatinnen in seinem nunmehr insgesamt achtzehn Personen starken Kader, darunter eine Vizepräsidentin. Die Freiheitliche Bauernschaft wird nunmehr durch eine Frau von insgesamt sieben Mandaten vertreten, die zudem als Kandidatin für die Landesbäuerin am dritten Listenplatz aufgestellt wurde. Mit ihrer Forderung, Pensionsansprüche der Frauen höher, etwa mit dem Faktor 1,3, zu gewichten, setzte sie sich konkret mit weiblicher Benachteiligung auseinander.[11] Bei den SPÖ-Bauern, mit vier Mandaten ausgestattet, findet sich die erste Frau erst am achten Listenplatz. Die SJK – Gemeinschaft der Kärntner Bauern, ebenfalls vier Mandate, setzte die erste Frau auf den dritten Listenplatz, ebenso wie die Grünen Bauern, die allerdings nur ein Mandat erzielten. Allerdings sprachen sie auch gezielte Frauenförderung als Thema für den Ländlichen Raum an. Die Liste Heimo Urbas verzichtete, ob gewollt oder ungewollt, auf weibliche Kandidatur. In der neuen Kammer-Vollversammlung

werden nunmehr sieben Mandatarinnen (= 19 %) sitzen, davon eine im Vorstand. Ohne massive Anstrengungen, allenfalls auch Quotendruck, und anderer kreativer Partizipations- und Mitbestimmungsformen wird sich wohl auch zukünftig nicht viel ändern.

Das einigende Thema aller wahlwerbenden Fraktionen hieß Eigentum schützen. Der Kärntner Bauernbund[12] hielt diesen Slogan bereits bei der letzten Wahl ganz hoch; schließlich fühlen sich einfache Grundbesitzer, die Landwirtschaft sonst kaum berührt, damit angesprochen. Mit dem „Mythos Wolf" wurde der Eigentumsschutz von Rinder-, Schaf- und Pferdeherden im Wahljahr tatsächlich in blutigen Bildern erzählt. Instinktiv erlebt Landwirtschaft die Aushöhlung des Eigentumsbegriffes durch Natur-, Umwelt-, Klima- und tierschutzrechtliche Vorgaben. Die Diskussion um Natura-2000-Gebiete sowie Auflagen der Gesellschaft in der Art und Weise, wie Landwirtschaft betrieben werden soll, schärfen das Misstrauen, verschärft durch eine Corona-Krise, die freizeitverwöhnte Städter in Scharen mit Mountain- und E-Bikes in die Wälder und ländliche Bewohner (auf)scheucht. Mit seinem Vorschlag, verpflichtend Nummerntafel für Mountainbikes einzuführen, ging Präsident Siegfried Huber wohl am weitesten. Manfred Muhr von der Freiheitlichen Bauernschaft verwies auf ein Feldschutzgesetz, das ein Anhalterecht des Grundbesitzers vorsieht.[13]

Ein Abgrenzungskriterium in der Frage, wie Interessensvertretung am besten für den Berufsstand erfolgen kann, zogen die antretenden Listen wie folgt:

Während der Kärntner Bauernbund, die SPÖ-Bauern sowie Grüne Bauern klare Vorteile als Vorfeldorganisation politischer Parteien sehen, weil eingebunden in bewährte Netzwerke, warb die SJK – Gemeinschaft der Kärntner Bauern für parteifreie Verbandsarbeit, ähnlich dem deutschen (Bauernverbands-)Modell. Etwas doppelzüngig die Freiheitliche Bauernschaft: einerseits an die Partei gebunden, andererseits auch als Unabhängige Bauernschaft auftretend. Sehr klar und eindeutig hingegen das Motto der Liste Heimo Urbas, der die Kammer, weil politisch verflochten, als „handlungsunfähig" sieht und damit ganz neue Wege gehen will.[14] Die von allen Gruppierungen geforderte Regionalität der Lebensmittelproduktion endet in der politischen Auseinandersetzung, wie die Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln letztlich ausgestaltet werden soll. Landwirtschaftliche und wirtschaftliche Interessen reiben sich innerhalb der Koalition auf Bundesebene, aber auch innerhalb der ÖVP zwischen Landwirtschafts- und Wirtschaftsflügel.

Weltanschaulich trennt genau dies die Wahlwerber. Einerseits der Bauernbund, der eher marktliberale Zugänge vertritt und Landwirtschaft fit für den europäischen Wettbewerb halten will. Mit dem Entrepreneurship-Ansatz, gestählt in jahrelangem Nischen- und Spezialitäten-Dasein

der Bio-Bauern, schließen sich die Grünen Bauern in dieser Hinsicht den Markterfordernissen an. Andererseits vertreten sie jedoch, gemeinsam mit der SJK – Gemeinschaft der Kärntner Bauern sowie den SPÖ-Bauern und der Freiheitlichen Bauernschaft, eine etatistische, also eher marktordnende Politsicht. Sie fordern zunehmend das Primat der Politik in der Agrarwirtschaft ein. Am weitesten ging dabei die SJK – Gemeinschaft der Kärntner Bauern, die erstmalig für ein bedingtes Grundeinkommen für alle aktiv wirtschaftenden bäuerlichen Höfe eintrat. Sie forderte auch eine Verdoppelung der Ausgleichszahlungen für das Berggebiet.[15] Für kleinstrukturierte Landwirtschaft und eine deutliche Umverteilung der Flächenprämie für die ersten 20 Hektar eines Betriebes sowie eine Kappung machten sich die Grünen Bauern stark, neben Antworten zu Umwelt, Tierwohl und Bodennutzung. Die Liste Heimo Urbas vom Unabhängigen Bauernverband möchte ebenfalls bei den Ausgleichszahlungen ansetzen. Einen Umbau des Fördersystems mit dem Slogan „Menschen statt Hektar" fordert Franz Matschek namens der SPÖ-Bauern. Der alte Reflex, in Handel und Genossenschaften Klassengegner der Bauern zu sehen, flammt zwischendurch auf. Während also die SJK – Gemeinschaft der Kärntner Bauern und die SPÖ-Bauern einen Holz-Basispreis einfordern, möchte Siegfried Huber vom Kärntner Bauernbund einen runden Tisch mit der Holzwirtschaft einberufen. Die Freiheitliche Bauernschaft fordert – durchaus kreativ – ein Zertifikat für Brennholz und Hackschnitzel aus heimischer Produktion. [17]

Die negative Einkommensentwicklung aus Land- und Forstwirtschaft thematisierten vor allem die Freiheitliche Bauernschaft und die Liste Heimo Urbas. Beide fordern zuerst einen Belastungsstopp bzw. -rückbau bei den Sozialversicherungsabgaben, und sie verweisen auf das Armutsrisiko auf Kärntner Höfen. Scheinbar war Heimo Urbas, der mit Klage und Pfändung seitens der Sozialversicherung bedroht ist, in seinem Kampf als Rebell und verurteilter „Hausfriedensbrecher in Krastowitz" für manche Wähler jedoch authentischer.

4. Das Wahlergebnis vom 7. November 2021 (Vorwahltag 29. Oktober)

Mit großem Vorsprung ging der Bauernbund durchs Ziel. Der Kärntner Bauernbund erreichte 46,1 % der Stimmen, um 0,84 % weniger als bei der Wahl 2016. Die 18 Mandate in der Vollversammlung konnten gehalten, im Vorstand die Mehrheit mit vier Sitzen abgesichert und die erste Vizepräsidentin zurückgewonnen werden. Die Siegesfreude war groß, jedoch ein wenig gebremst, nicht nur weil Präsident Siegfried Huber am Vorabend der Wahl an Covid erkrankte, sondern auch, weil das hehre Ziel, die Wiedererlangung der absoluten Mehrheit, verfehlt wurde.

Die Liste Heimo Urbas erreichte auf Anhieb 5,98 % der Stimmen und damit zwei Sitze in der Vollversammlung. Seine klaren Oppositionsansagen fruchteten vor allem in Oberkärnten. Im Bezirk Spittal/Drau kam die Liste auf 11,14 %. Aber auch im Bezirk Feldkirchen erreichte sie 8,92 % und in Wolfsberg immerhin noch 7,54 %. In jenen Gemeinden, wo Kandidaten an wählbarer Stelle lagen, wie in Krems, wo man 27,75 % erreichte, oder in Liebenfels, wo man auf 16,97 % kam, punktete man überdurchschnittlich. Nach der Wahl gelobte Heimo Urbas, der als Rebell mit Mistgabel und Plakaten gegen die Kammerpolitik protestierte, Besserung. Er werde sich als Kammerrat selbstverständlich an die demokratischen Spielregeln halten.[18]

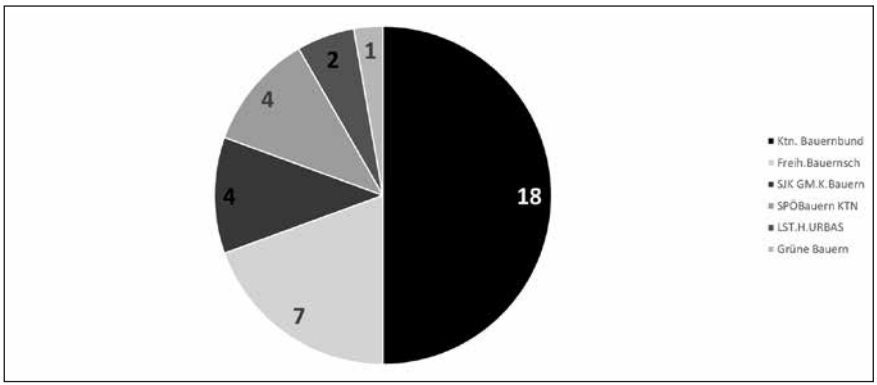
Ähnlich gut war die Stimmung im Lager der SJK – Gemeinschaft der Kärntner Bauern. Ing. Marjan Cik ist nunmehr mit 11,66 % der Stimmen und einem leichten Zugewinn von 0,71 % auf Platz drei. Sein Wahlziel, der Einzug in den Vorstand, wurde erreicht. Der große Traum jedoch, die Bewegung kärntenweit zu etablieren, wurde verfehlt. Gute Gemeindeergebnisse lieferten die Bezirke Völkermarkt mit einem Stimmenanteil von 37,54 %, wo Bleiburg/Pliberk mit 61,26 % oder Eisenkappel-Vellach/Železna Kapla-Bela mit 61,13 % hervorstechen, sowie Klagenfurt Land mit 19,25 % und Villach Land mit 16,10 % Stimmenanteil. Aber auch hier waren es einzelne Gemeindeergebnisse, die wegen anerkannter Kandidat*innen nach oben ausrissen. In Ferlach wurde mit 56,21 % eine absolute Mehrheit erreicht.

Franz Matschek von den SPÖ-Bauern hat sein Wahlziel, das Halten von vier Mandaten, erreicht. Allerdings stolperte man nur als Vierter mit 10,89 % durchs Ziel; ein dritter, wenn diesmal auch leichter Verlust bei drei Wahlen zur Interessensvertretung. Ganz zufrieden konnte man, wenn man die Aussagen des SPÖ-Landesgeschäftsführers Andreas Sucher interpretiert, nicht sein. „Man nehme das Wahlergebnis zur Kenntnis, tue dies jedoch mit Sorge, weil die verfehlte Agrarpolitik der letzten Jahrzehnte nicht mehr den Bedürfnissen und Erfordernissen von heute entspricht.“[19]

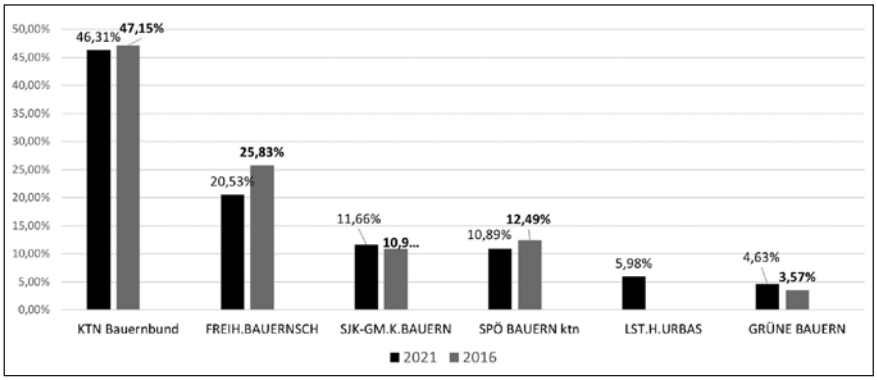
Nicht zufrieden war auch Manfred Muhr, der mit seiner Liste der Freiheitlichen Bauernschaft als Zweiter die Ziellinie mit 20,53 % queren konnte; ein Minus von 5,3 %, der Verlust von zwei Mandaten schmerzt. Er bezeichnet das Ergebnis dennoch als respektabel, weil klar war, dass mit dem Antreten der Liste Heimo Urbas Wählerverschiebungen zu erwarten waren. Landesparteiobmann Erwin Angerer stärkt den freiheitlichen Mandataren den Rücken, weil sie sich für die Anliegen der Landwirtschaft stark machen.[19]

Reinhard Stückler von den Grünen Bauern freut sich über den Zugewinn von 1,06 % der Stimmen; sie halten nun bei 4,63 %. Ihre Stärke liegt im städtischen Bereich wie in Klagenfurt, wo man mit 11,51 % zweistellig

Mandatsverteilung LWK-Wahl 2021



Wahlergebnis LWK-Wahl 2021



wurde. Das Wahlziel, zwei Mandate dazu zu gewinnen, wurde jedoch klar verfehlt.

Mit insgesamt 22.251 abgegebenen Stimmen sank die Wahlbeteiligung von 39,85 % auf 36,02 %. Damit nähert sich das Bauernparlament allmählich ähnlichen Abstimmungs-Voten, wie sie in Studentenparlamenten oder der Wirtschaftskammer erreicht werden. Zu Redaktionsschluss war nicht klar, ob die Freiheitliche Bauernschaft das Wahlergebnis wegen Unstimmigkeiten mit den Wählerverzeichnissen anfechten wird. Sie hat dazu vier Wochen Zeit.

5. Resümee

Die Wahlbeteiligung sinkt auf Werte, die bei interessenspolitischen Wahlen üblich sind. Demokratische Mitbestimmung und Partizipation,

Voraussetzungen für eine repräsentative Legitimation, muss zukünftig auch andere Kanäle nehmen. In der vergangenen Periode war der Prozess zur Zukunftsstrategie Landwirtschaft ein gutes Beispiel für eine gelungene Einbeziehung von Kammermitgliedern zur Entscheidungsfindung.

Die Wahl 2021 brachte, durch das Kaleidoskop der Parteifarben gesehen, keine wesentlichen Veränderungen. Die Einkommens- und Sozialpolitik für bäuerliche Betriebe wird zukünftig wichtiger werden, genauso wie die Verringerung von Armut im ländlichen Raum. Gespalten sind die Interessensvertreter lediglich in der Frage, ob es Aufgabe der Agrarpolitik ist, in einer liberalen Marktwirtschaft lediglich den Rahmen zu setzen oder doch umfassender in die Gesellschaft einzugreifen. Für die Bedeutung funktionierender Märkte steht eher die Bauernbundfraktion, für den zunehmenden Einfluss politischer Gestaltungskraft im Sozial-, Umwelt-, Tierschutz- und Gemeinwohlbereich stehen eher die anderen Listen. Vermutlich sind beide Ansätze für die kleinstrukturierte, aber vielseitige, letztlich sehr resiliente und beständige Agrarstruktur im wahrsten Sinne des Wortes überlebensnotwendig.

Gerade in Kärnten erfüllt die Land- und Forstwirtschaft multifunktionelle Aufgaben: Sie produziert wertvolle Lebensmittel mit Geschichten, hinter denen sichtbar Menschen stehen; sie erhält eine jahrtausendealte Kulturlandschaft und stellt die Grundlage für eine florierende Tourismus- und Freizeitwirtschaft dar. Für den ländlichen Raum sind Bäuerinnen und Bauern das Rückgrat für Besiedelung und Lebensqualität.

Um Wertschätzung und damit auch Wertschöpfung von der Gesellschaft einzufordern, wird es nicht reichen, defensiv Interessenspolitik zu betreiben. Landwirtschaft, und damit ihre Vertretung, müssen zukünftig offensiv den Dialog mit der Gesellschaft suchen. Dazu braucht's klare Bilder für die Zukunft, die Bereitschaft, Landwirtschaft zu transformieren, und eine ebenso entschlossene Umsetzung.

Anmerkungen

1 Kleine Zeitung, 31. Oktober 2021, Andrea Bergmann, „Sie kämpfen um die Stimmen der Bauern" auf die Frage nach den Wahlzielen.

2 lk online, jeweilige Landwirtschaftskammern.

3 ORF „Streitkultur", 18. Oktober 2021 (Ö-Regional).

4 Kleine Zeitung, 30. Oktober 2021, Antonia Gössinger in der Kolumne „Salz & Pfeffer", Das Ehrendörfl ist geplatzt.

5 Michael Häupl, ehem. Wiener Bürgermeister.

6 SJK – Gemeinschaft der Kärntner Bauern, Wahlkampffolder „Wir für euch gemeinsam für den ländlichen Raum.

7 lk online, LK Kaernten, 5. 7. 2021, Wilfried Pesentheiner und Bernhard Rebernig.

8 Agrarzeitung, online unter www.agrarzeitung.de/nachrichten/politik/interview-mit-joachim-rukwied-die-transformation-muss-finanziert-werden.
9 Grüne Bauern, Zeitung „Grünes Land“, Nr. 074 und 075.
10 Freiheitliche Bauernschaft, Zeitung „Der Freie Bauer“, Ausgabe 08/2021.
11 Freiheitliche Bauernschaft, Zeitung „Der Freie Bauer“, Ausgabe 7/2021.
12 Kärntner Bauernbund, Wahlkampffolder „Pack ma’s an“.
13 ORF „Streitkultur“, 18. Oktober 2021 (Ö-Regional).
14 Kleine Zeitung, 31. Oktober 2021, Andrea Bergmann, „Sie kämpfen um die Stimmen der Bauern“ auf die Frage, welches Thema prioritär zu behandeln sei.
15 SJK – Gemeinschaft der Kärntner Bauern, Wahlkampffolder „Wir für euch gemeinsam für den ländlichen Raum.
16 Kleine Zeitung, 31. Oktober 2021, Andrea Bergmann, „Sie kämpfen um die Stimmen der Bauern“ auf die Frage, welches Thema prioritär zu behandeln sei.
17 ORF „Streitkultur“, 18. Oktober 2021 (Ö-Regional).
18 Kleine Zeitung, 9. November 2021.
19 ORF Kärnten online unter https://kaernten.orf.at/stories/3128931/Bauern wählen Kammervertreter.

Julia Primus

ÖH-Wahlen 2021: Der harte Kampf um die unsichtbaren Stimmen

In einem Rhythmus von zwei Jahren finden in Kärnten die ÖH-Wahlen an der Universität, den Fachhochschulen sowie der Pädagogischen Hochschule statt. Doch in diesem Jahr war alles etwas anders: Die Corona-Pandemie hatte auch die Wahlen sowie die gesamte Vorwahlzeit fest im Griff. Somit gestaltete sich die Ausgangslage sowohl für die Studentinnen und Studenten als auch für die wahlwerbenden Gruppen sehr schwierig. Bevor wir auf die aktuellen Wahlen sowie die Ergebnisse blicken, wenden wir uns im Rahmen eines kurzen Rückblicks der vergangenen Periode zu.

Wahlen 2019: Neue Gesichter und alte Bekannte

Bereits vor zwei Jahren stellten sich an der Universität Klagenfurt vier Gruppen der Wahl und wollten etwas für die Studierenden zum Besseren verändern. Neben den üblichen Verdächtigen, dem VSStÖ, die PLUS sowie der AG, stellte sich eine neue Fraktion auf. Der Kommunistische Student_innenverband – Linke Liste (KSV – LiLi) erschien auf der Bildfläche, verschwand aber leider genau so schnell wieder, denn er erhielt kein einziges Mandat. Andere Gruppen traten aus unterschiedlichsten Gründen nicht mehr an, darunter die GRAS sowie der Ring Freiheitlicher Studenten (RFS) und die Jungen liberalen Neos (Junos), sie bekamen 2017 kein Mandat, somit wollten sie 2019 nicht mehr den Versuch wagen. Letztendlich ging die PLUS mit sechs Mandaten siegreich hervor und sollte eigentlich den Vorsitz an der Universität Klagenfurt übernehmen, doch plötzlich wendete sich das Blatt. Der VSStÖ und die AG schlossen sich zu einer sehr ungewöhnlichen Koalition zusammen, die viele aufgrund ihrer politischen Ausrichtung überraschte. Simone Singh (VSStÖ) und Markus Baurecht (AG) managten die vergangene Periode als Team, zuerst übernahm die Aktionsgemeinschaft, danach der Verband Sozialistischer Student_innen Österreichs. Die PLUS mit ihrem Vorsitzenden Markus Offermanns musste den Chefsessel nach über zehn Jahren abgeben. Diese schwarz-rote Koalition sorgte damals für viel Aufsehen.

Ergebnisse der ÖH-Wahl 2019

Wahlwerbende Gruppe	Prozentpunkte	Mandate
VSSTÖ	27,8 %	4
AG	21,0 %	3
PLUS	44,3 %	6
KSV – Lili	6,7 %	0

Vorwahlzeit mit Einschränkungen

Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren mussten die wahlwerbenden Gruppen im Jahr 2021 mit einer selten dagewesenen Situation, zumindest einer Situation, die die Beteiligten in ihrem jungen Leben noch nie erlebt haben, zurechtkommen. Die Corona-Pandemie schränkte sowohl den Vorwahlkampf als auch die eigentlichen Wahlen ein. Der direkte Kontakt zu den Studierenden beschränkte sich auf ein Minimum. Aufgrund des Distance-Learnings waren kaum Studentinnen und Studenten auf dem Campus. Da an der Universität Klagenfurt auch viele Pendlerinnen und Pendler sowie Menschen aus ganz Kärnten eingeschrieben sind, erschwerte sich die Ausgangssituation für die Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten. Die Vorwahlzeit musste ohne pompöse Partys, ohne ausladende Grillereien und ausschweifende Gespräche an den Wahlständen auskommen. Nur vereinzelt fanden Studierende den Weg an den Campus, um in die Bibliothek oder zum Lernen zu kommen. Im Zuge dessen blieben Einzelne an den Ständen stehen und informierten sich über die anstehenden Wahlen sowie die Spitzenkandidatinnen. Der Höhepunkt der Wahlsaison war die ÖH-Elefantenrunde, in der sich die Erstgereihten der wahlwerbenden Gruppen den Fragen der Moderatorin, in Form meiner Wenigkeit, stellen mussten.

Diese Gruppen standen zur Wahl

VSStÖ

Der SPÖ-nahe Verband Sozialistischer Student_innen Österreichs mit Spitzenkandidatin Simone Singh ging bereits in der vergangenen Periode als „Sieger" hervor, da sich die wahlwerbende Grupe mit der Aktionsgemeinschaft zusammenschloss. Aufgrund dessen wollte Singh nochmals den Vorsitz übernehmen und sich mit ihrem Team für ein aktiveres Campusleben, Soziales sowie mehr Nachhaltigkeit einsetzen. Neben kostenlosen Menstruationsartikeln und fünf SUPs im Strandbad Klagenfurt versuchte die Gruppe mit Aktionen wie dem Fahrradcheck die Wählerinnen und Wähler zu überzeugen.

PLUS

Die Plattform unabhängiger Studierender saß vor der rot-schwarzen Koalition rund zehn Jahre auf dem Chefsessel der Hochschülerschaft. Spitzenkandidatin Anna Strobach und ihr Team wollten sich den Vorsitz wieder zurückholen. Bei der PLUS stehen Ideen und Engagement im Vordergrund. Die Universität soll für sie ein Ort der Gemeinschaft und der freien Lehre sein. Sie ist zudem stolz auf ihre Parteiunabhängigkeit. Auch diese Gruppe wollte sich für Nachhaltigkeit, die Belebung des Campus und faire Studienbedingungen einsetzen.

AG

Die ÖVP-nahe Aktionsgemeinschaft saß in der vergangenen Periode gemeinsam mit dem VSSTÖ auf dem ÖH-Chefsessel. Der Gruppe rund um den Spitzenkandidaten Ferdinand Raunegger war es in der Vergangenheit ein Anliegen, ein Studi-Ticket umzusetzen sowie Studierende im Rahmen des Corona-Härtefallfonds zu unterstützen. Zudem ist ihr Flexibilität im Studium sowie die Vereinbarkeit von Studium und Beruf sowie Familie wichtig.

SLS

Die Sozialliberalen Studierenden mit Spitzenkandidat Klemens Kogelnig waren die Neulinge in der Runde. Die wahlwerbende Gruppe gründete sich erst kürzlich und stellte sich zum ersten Mal der ÖH-Wahl. Sie wollte sich für Chancengleichheit für alle Studierenden und einen freien Hochschulzugang stark machen.

Elefantenrunde

Welche Projekte wurden in der letzten Periode umgesetzt, wie kann das Leben und Studieren in Klagenfurt attraktiver gestaltet werden und mit welchem Angebot sollen die Studenten nach Corona wieder zurück auf den Campus gelockt werden – diesen und vielen weiteren Fragen mussten sich die Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten der Universität stellen. Am Abend des 17. Mai ging die ÖH-Elefantenrunde über die Bühne, coronabedingt wurde die gesamte Diskussion per Livestream aus der Aula der Universität Klagenfurt übertragen. Ein Publikum gab es aus Sicherheitsgründen ebenfalls nicht. Simone Singh (VSStÖ), Ferdinand Raunegger (AG), Anna Strobach (PLUS) und Klemens Kogelnig (SLS) beantworteten die Fragen und erzählten über ihre Ideen und anstehende Projekte, die sie umsetzen wollten. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde ging es los, wir blickten zuerst in die vergangene Periode zurück und

besprachen, welche Vorsätze von den wahlwerbenden Gruppen eingehalten wurden und was andere Fraktionen besser umgesetzt hätten.

Besonders hervorgehoben wurde die aktuelle Coronasituation, die eine große Herausforderung für den ÖH-Vorsitz gewesen sei. „Man muss sagen, dass die letzte Periode keine leichte war, sondern eine außergewöhnliche. Es war eine Herausforderung, wir mussten sehr viel Krisenmanagement betreiben", sagte Simone Singh. Zudem wurde ein Corona-Härtefallfonds für Studierende, die ihren Job verloren haben, eingerichtet, darauf wäre man sehr stolz. Die Aktionsgemeinschaft sprach über die Umsetzung des Semestertickets, das viele Jahre im Gespräch war und nun endlich umgesetzt wurde. Ein großer Kritikpunkt von Seiten der PLUS war das Miteinander im ÖH-Team, das nicht immer so harmonisch war, die Inhalte wären nicht immer im Vordergrund gestanden. „Es wurden nicht immer alle miteingebunden, plötzlich gab es kein Miteinander mehr, sondern ein von oben herab", warf Anna Strobach ein. Auch die Koalition der vergangenen Periode sorgte in der Runde für Gesprächsstoff, der VSStÖ und die AG bezeichneten sie als „Koalition auf Augenhöhe", die PLUS sprach hingegen von „nicht eingehaltenen und bereits unterschriebenen Verträgen".

Als kommende Projekte wurde mehrfach die Belebung des Campus genannt. Es wären unter anderem Partys und Veranstaltungswochen und Kooperationen mit den umliegenden Gastronomiebetrieben geplant. Auch Outdoor-Lernplätze sollen dazu beitragen. Die SLS brachte die Idee der künstlerischen Freifächer in den Raum. „Kunst ist einerseits für die Persönlichkeitsentwicklung wichtig, andererseits bringt sie Menschen auch zusammen. Wenn ich an die Studiengänge der Germanistik und Anglistik denke, wäre es auch einmal eine Idee, große literarische Werke auf die Bühne zu bringen", so Klemens Kogelnig.

Das Distance-Learning sollte zukünftig in gewisser Weise weitergeführt werden, dies sei besonders für Studierende mit Betreuungspflichten sowie Berufstätige essenziell. Es wurde auch darüber diskutiert, wie man Studieren in Klagenfurt attraktiver gestalten kann. „Es braucht Kultur- und Freizeitangebote, die auf die Studierenden zugeschnitten sind", sagte Anna Strobach. Der VSStÖ sei für ein Studi-Stadtticket, mit dem jeder Student sowie jede Studentin unterschiedliche Vergünstigungen in Lokalen, Restaurants oder Museen erhält. Die Wahlbeteiligung, die immer geringer wird, bereitete den Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten Sorgen. Sie appellierten an die Studierenden, von ihrer Stimme Gebrauch zu machen. „Corona hat uns gezeigt, warum es eine ÖH, eine starke ÖH braucht. Die ÖH war die erste, die sich für die Studierenden eingesetzt hat, die bei Bedarf unterstützt hat, und jede Stimme stärkt die ÖH", sagte Simone Singh.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass die wahlwerbenden Gruppen trotz ihrer inhaltlichen Unterschiede eine Gemeinsamkeit haben: Sie wollen

etwas für die Studierenden bewirken. Bei dieser Wahl standen alle Zeichen auf Veränderung.

Das Ergebnis

Die Pandemie wirkte sich nicht nur negativ auf die Vorwahlzeit, sondern auch auf die Wahltage aus. Vom 18. bis zum 20. Mai hatten rund 11.700 Studierende die Möglichkeit, von ihrer Stimme Gebrauch zu machen, aber nur ein Bruchteil gab seine Stimme ab. Lediglich 955 Studentinnen und Studenten schritten in diesen drei Tagen zur Wahlurne, 21 Stimmen waren ungültig. Bereits bei den vergangenen ÖH-Wahlen 2019 war die Wahlbeteiligung mit nur 13,92 Prozent gering. In diesem Jahr sank sie um weitere sechs Prozent. Insgesamt wählten nur 8,16 Prozent der Studierenden an der Universität Klagenfurt ihren Vorsitz.

Wahlwerbende Gruppe	Prozentpunkte	Mandate
VSStÖ	38,5 %	6
PLUS	37,4 %	5
AG	18,0 %	2
SLS	6,1 %	0

Wahlsieger und Wahlverlierer

Die Wahl für sich entscheiden konnte der VSStÖ mit Spitzenkandidatin Simone Singh. Die wahlwerbende Gruppe konnte im Vergleich zum Jahr 2019 ein Plus von 10,74 Prozent und gleich zwei Mandaten einfahren. Auf Platz zwei schaffte es die PLUS mit 37,37 Prozent und fünf Mandaten. Die AG belegte mit 17,99 Prozent und zwei Mandaten den dritten Platz und die SLS erreichte im Wahldurchgang nur 6,10 Prozent und kein Mandat. Somit sind letztere kein Teil der neuen Hochschulvertretung. Den ÖH-Vorsitz für die kommenden zwei Jahre übernahm nach dem Wahlerfolg abermals Simone Singh (VSStÖ). Mit ihren Stellvertretern Ferdinand Raunegger (AG) und Jakob-Manuel Krobath (VSStÖ) will sie sich wieder für die Studierenden einsetzen. Ihre Stellvertreter werden zudem ebenfalls je ein Semester den Vorsitz übernehmen. In dieser Periode möchte sie sich auf die Themen Nachhaltigkeit und Campusleben fokussieren.

Wahlergebnis an der Fachhochschule Kärnten

Auch die Fachhochschule blieb nicht von der niedrigen Wahlbeteiligung verschont. An der FH Kärnten, die in Feldkirchen situiert ist, gibt es

insgesamt 2881 Wahlberechtigte, allerdings schritten lediglich 142 Studierende zur Wahlurne. Acht Stimmen wurden als ungültig gewertet. Daraus ergibt sich die erschreckend geringe Wahlbeteiligung von 4,93 Prozent. Zur Wahl stellten sich dort die Fraktion unabhängiger Studierender (FRUST) und die Jungen liberalen Studierenden (JUNOS). Als klare Wahlsieger mit 65,67 Prozent und sechs Mandaten gingen die FRUST hervor, gefolgt von den JUNOS mit 34,33 Prozent und drei Mandaten. Bei den vergangenen Wahlen 2019 gab es noch eine Wahlbeteiligung von 14,66 Prozent, somit ist diese 2021 um mehr als zehn Prozent gesunken. Insgesamt wurden 347 Stimmen, 47 davon ungültig, abgegeben. Damals konnten sich die FRUST lediglich fünf Mandate (55,67 Prozent) und die JUNOS vier Mandate (44,33 Prozent) sichern. Somit konnte die FRUST 2021 ihren Vorsprung deutlich ausbauen und rund zehn Prozent dazugewinnen.

Wahlwerbende Gruppe	Prozentpunkte	Mandate
FRUST	65,67 %	6
JUNOS	34,33 %	3

Ergebnisse an der Pädagogischen Hochschule

An der Pädagogischen Hochschule in Klagenfurt stellte sich nur eine Liste der Wahl, die „Einheitsliste“ ging bereits bei den vergangenen Wahlen im Jahr 2019 ins Rennen. Die Wahlbeteiligung verringerte sich im direkten Vergleich zu den letzten zwei Wahldurchgängen dramatisch. Im Jahr 2017 gingen 101 Studentinnen und Studenten zur Urne, um ihre Stimme abzugeben. 2019 konnte dieses Ergebnis verdoppelt werden, somit stieg die Wahlbeteiligung an. 2021 jedoch der Einbruch: Es machten lediglich 66 Personen von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Dieses Ergebnis sei der Pandemie sowie den vielen Pendlerinnen und Pendlern, die an der Pädagogischen Hochschule studieren, geschuldet. Die „Einheitsliste“ konnte insgesamt sieben Mandate für sich beanspruchen, 2019 waren es noch acht Mandate. Spitzenkandidatin Susanne Poglitsch war bereits in der letzten Periode Vorsitzende, mit ihrem Team möchte sie auch in den kommenden zwei Jahren das Campusleben sowie die Bedingungen für die Studierenden optimieren.

Neben dem Vorsitz sowie der Stellvertretung gliedert sich die ÖH in folgende Bereiche: Wirtschaftsreferat, Hochschulkollegium, Öffentlichkeit, Soziales sowie weitere Mitglieder, die verschiedene Aufgaben innehaben. „Wir sind eure Ansprechpersonen bei Problemen im Studienalltag, setzen uns für eure Anliegen ein und sind stets bemüht, lösungsorientiert zu arbeiten“, heißt es auf der Website des ÖH-Teams. In der kommenden Periode möchten sich die Vorsitzende und ihre Mitstreiter besonders für

das Thema Kinderbetreuung einsetzen. Diese soll künftig auch für Kinder von Lehramtsstudierenden der Primärstufe gewährleistet sein. Zudem spiele der finanzielle Aspekt eine große Rolle. Die Studierenden sollen Unterstützung für diverse Exkursionen sowie für Sommer- und Wintersportwochen erhalten. Diese soll in der Höhe von zehn Prozent für Zusatzkosten erfolgen.

Wahlwerbende Gruppe	Gültige Stimmen 2021	Gültige Stimmen 2019	Mandate 2021	Mandate 2019
Einheitsliste	66	202	7	8

Zusammenfassung

Blickt man auf die vergangenen fast zwei Jahre zurück, ist ein Thema in allen unseren Köpfen präsent und hat unser aller Leben maßgeblich beeinflusst. Wie ich behaupte, aber nicht ausschließlich zum Schlechteren, vielmehr wurden unsere Prioritäten anders gesetzt und neue Möglichkeiten geschaffen. Auch an den Universitäten hat sich einiges getan, wenn auch mit Startschwierigkeiten. Die Plattform „Moodle" ist schon seit vielen Semestern ein Teil der Lehrveranstaltungen, egal ob Vorlesungskurs, Proseminar, Seminar oder Übung, die Website bietet sowohl den Studierenden als auch den Lehrveranstaltungsleitern die Möglichkeit, in Kontakt zu treten, Bewertungen abzugeben und Dokumente sowie Lernmaterialien zu teilen. Als im Zuge des ersten Lockdowns ganz Österreich auf Notbetrieb heruntergefahren wurde, musste für den noch laufenden Universitätsbetrieb eine andere Möglichkeit gefunden werden, um den Studierenden die Chance zu geben, ihre Kurse positiv abzuschließen und die benötigten ECTS zu sammeln. In der ersten Phase hielt man sich mit Arbeitsaufträgen in Form von Essays, kleineren wissenschaftlichen Arbeiten und Präsentationen, die gegen Ende des Semesters angesetzt waren, über Wasser. In späterer Folge verlegte man die wöchentlichen Einheiten in einen digitalen Klassenraum, die Lehrveranstaltungen wurden per Videochat abgehalten. Ein weiterer Schritt in Richtung eines digitalen Zeitalters wurde gesetzt. Das gab allen Teilnehmern die Möglichkeit, über Fragestellungen und Thematiken gemeinsam zu diskutieren, Präsentationen abzuhalten und Inhalte zu vermitteln. Bleibt zu hoffen, dass auch in den kommenden Semestern das Distance Learning für gewisse Studierende aufrecht erhalten bleibt. Denn besonders für Berufstätige sowie für Studenten mit Betreuungspflichten und Pendler wäre es eine Option, Studium und Beruf sowie Studium und Kind unter einen Hut zu bringen.

So wie die Lehrveranstaltungen musste auch der ÖH-Wahlkampf zu großen Teilen in den digitalen Raum verlegt werden. Um so viele Studierende wie möglich zu erreichen, wurden die sozialen Medien genutzt

und Newsletter per Mail verschickt. Kurzvideos, Diskussionen, Podcasts oder Ähnliches sollten die kommenden Projekte unter die Leute bringen. Auch die Elefantenrunde, in der die Spitzenkandidaten alle zwei Jahre Rede und Antwort stehen, wurde erstmals per Livestream und ohne Publikum abgehalten. Die wahlwerbenden Gruppen mussten coronabedingt auf vieles verzichten, kämpften aber trotzdem um jede Stimme. Aufgrund des schlechten Wetters und den vielen Pendlern, die an der Universität Klagenfurt eingeschrieben sind, mussten die Spitzenkandidaten und ihre Teams mit einem historisch schlechten Ergebnis zurechtkommen. Lediglich 8,16 Prozent der über 12.000 Studierenden schritten zur Wahlurne, um ihre Stimme abzugeben.

Ähnlich enttäuschend wie auf der Universität verliefen die ÖH-Wahlen an der Fachhochschule sowie an der Pädagogischen Hochschule. Auch hier machten nur wenige Studierende von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Somit war es für die Österreichische Hochschülerschaft, was die Wahlbeteiligung anbelangt, ein denkwürdiges Jahr. In der kommenden Periode wird sich zeigen, ob die Hochschülerschaft, das Vorsitzteam sowie die Studienvertretung den Studentinnen und Studenten weiterhin zur Seite stehen und ob die Wahlversprechen, die online sowie per Livestream gemacht wurden, letztendlich auch eingehalten werden. Es ist sowohl für die Studierenden als auch für die ÖH wohl eine der herausforderndsten Perioden, die sie hoffentlich mit Bravour meistern werden.

Peter Plaikner

Vier Medienriesen und ein Todesfall

Seit dem Ende der KTZ konkurrieren in Kärnten nur noch die drei größten Medienhäuser Österreichs

Prolog mit Parteizeitung

Seit 28. Februar 2014 ist Kärnten nach Niederösterreich und dem Burgenland das dritte Bundesland, in dem kein regional relevantes Tagesmedium seinen Hauptsitz hat. In der Metropolregion lässt sich das infolge der Vorhofsituation für den urbanen Blätterwald erklären. „Krone" und „Kurier" haben in ihren nächstgelegenen Sekundärmarkten nie eine eigene Tageszeitung aufkommen lassen. Doch in St. Pölten residiert zumindest das Niederösterreichische Pressehaus. 2003 konnte es sich neben der heimatlichen Kauf-Wochenzeitung NÖN 2003 auch die im gleichen Rhythmus erscheinende BVZ bei den Nachbarn einverleiben. Diese „Burgenländische Volkszeitung" war zuvor ein Parteiblatt der ÖVP. So wie die KTZ als Organ der SPÖ fungierte, bis diese 2010 die Mehrheit abgab, um sich Anfang 2013 ganz von ihr zu trennen. Ein Jahr später war die „Kärntner Tageszeitung" insolvenzbedingt am Ende.

Heute hat die SPÖ kein tagesaktuelles Printmedium mehr. Die ÖVP, deren „Volkszeitung" in Klagenfurt bereits 1990 eingestellt wurde, verfügt nur noch in Oberösterreich über ein „Volksblatt". Der Medienstandort Kärnten hingegen wurde durch das Aus der KTZ endgültig zur Kolonie der größten Player von außerhalb. Das werden hier zwar weder „Kleine" noch „Krone" und erst recht nicht der ORF eingestehen, aber die wirtschaftlichen Entscheidungen über sie fallen im Styria Media Center im Grazer Jakomini sowie bei der Mediaprint und auf dem Küniglberg in Wien-Heiligenstadt und -Hietzing. Das hat für Kärntens Redaktionen nicht nur Nachteile. Wer ganz an der Spitze gegen sie intervenieren will, reist zu einem Auswärtsspiel mit ungewissem Ausgang. Es gibt das Beispiel, wie Ösi-Provinzpolitiker es bei einem deutschen Gesellschafter österreichischer Medien versucht haben, der sie freundlich belehrte, dass sie wohl ihr Geschäft verstünden – er seines aber auch. Und tschüss!

Angesichts des Publikumsmarktes erschienen solche Ansinnen bezüglich Kärntner Zeitungsausgaben, Radioprogrammen und Fernsehsendungen ohnehin sinnlos. Denn sie liegen im bundesweiten Vergleich durchwegs an der Spitze: Kein Blatt erreicht in seinem Hauptverbreitungsgebiet eine derart hohe Reichweite wie hier die „Kleine Zeitung".[1] Dennoch schafft

die „Kärntner Krone“ die zweithöchste Quote ihrer Marke – nach dem Burgenland.[2] Nur in Vorarlberg ist ein Privatsender noch stärker als die Antenne Kärnten. Trotzdem ist hier auch das erfolgreichste aller regionalen ORF-Radios.[3] So wie „Kärnten heute“ den größten Marktanteil der öffentlich-rechtlichen Bundesland-TV-Magazine hat.[4]

Ungeachtet dieser Erfolge auf allen Linien stehen die Zeichen unisono auf Veränderung. Das ist nicht nur der Digitalisierung geschuldet. Der Umbruch in den Redaktionen hat auch personelle, strukturelle und organisatorische Hintergründe. Betroffen davon sind – sehr unterschiedlich – alle vier wirklichen Massenmedien im Lande: „Kleine“, „Krone“, ORF und

Tabelle 1: Ausgewählte Reichweiten und Auflagen 2020 in Kärnten in 1.000

Reichweiten und Auflagen 2020 in Kärnten in 1.000	Altersgruppe	Reichweite					Auflage
		täglich (10+/14-49)		wöchentlich	14-täglich	digital monatlich	verbreitet
Kleine Zeitung	**14+**	227		336		229	97
Kronen Zeitung		172		283		201	71
Woche				231		181	232
Regionalmedien					264		219
Kärnten heute	**12+**	145				248	
Radio Kärnten	**10+**	209	56				
Antenne Kärnten		115	79				

Die beiden Tabellen sind der – wissenschaftlich nicht exakte – Versuch einer Größeneinordnung der Medien in Kärnten. Die Daten stammen aus Media-Analyse 2020 (für die vier Printmedien), Teletest 2020 (für das TV-Magazin), Radiotest 2020_4 (für die zwei Hörfunkangebote) und Webanalyse ÖWA plus 2019/4 (für die Unique User-Daten der digitalen Auftritte) – der letzten derartigen Untersuchung. Sie sind nur bedingt vergleichbar; u. a. wegen unterschiedlicher Altersgrundgesamtheiten: Radiotest ab 10 bzw. 14–49, Teletest ab 12 bzw. 14–49 und Media- wie Web-Analyse ab 14. – Um bessere Vergleichbarkeit der Printmedien zu gewährleisten, wurde bei den Tageszeitungen neben dem LpA-Wert (Leser pro Ausgabe) der WLK (weiteste Leserkreis) angegeben, der bei ihnen mit sieben Tagen definiert und somit dem LpA einer Wochenzeitung vergleichbar ist. Aus solchen Vergleichsgründen wurde der LpA der 14-täglich erscheinenden „Regionalmedien“ in einer eigenen Kategorie angegeben. – Die verbreitete Auflage stammt von der Auflagenkontrolle, aus der ÖAK 2020, online verfügbar unter www.oeak.at/wp-content/uploads/2021/06/KORR_Auflagenliste_J_2020.pdf (1. 11. 2021).

Während in Tabelle 1 die digitalen Auftritte meinbezirk.at und orf.at als maßgeblich für beide Mediengruppen eingetragen wurden, sind die Radiodaten jeweils in die über 10-Jährigen und die 14- bis 49-Jährigen gesplittet. Letztere sind die Hauptzielgruppe auch von bundesweiten Programmen wie Ö3 und Kronehit, die es in diesem Alterssegment auf 32,5 % bzw. 7,5 % Tagesreichweite und 33 % bzw. 9 % Marktanteil bringen.

Tabelle 2: Ausgewählte Reichweiten und Auflagen 2020 in Kärnten in Prozent

Reichweiten und Marktanteile 2020 in Kärnten in Prozent	Altersgruppe	Reichweite				Markt Anteil	
		täglich (10+/14-49)		wöchentlich	14-täglich	10+	14-49
Kleine Zeitung	**14+**	47,0		69,8			
Kronen Zeitung		35,6		58,6			
Woche				48,0			
Regionalmedien					54,8		
Kärnten heute	**12+**	27,8				70	
Radio Kärnten	**10+**	41,4	24,2			46	26
Antenne Kärnten		22,9	34,4			16	29

auch die Kärntner Regionalmedien. Letztere verlieren zwar zusehends an journalistischer Kompetenz und inhaltlicher Relevanz, gewinnen aber durch Online im Allgemeinen und Social Media im Besonderen immer mehr Tagesaktualität. Auch bei ihnen liegt die ökonomische Verantwortung außerhalb. Sie sind Teil der Regionalmedien Austria, einem in Wien residierenden 50:50-Joint-Venture der Styria mit der Tiroler Moser Holding.

1. Die „Kleine"-Revolution

2016 war die „Kleine" in Kärnten wie in der Steiermark die einzige und bis heute letzte Tageszeitung, deren Papierausgabe in einem Bundesland von mehr als der Hälfte der Bevölkerung gelesen wurde. Mittlerweile kommt sie in Kärnten immer noch auf 47 Prozent Reichweite – einschließlich E-Paper. Dieses „Inklusive" ist die Triebfeder ihrer Veränderung. Denn 227.000 tägliche Leser machen zwar noch den Löwenanteil aus, doch bei der letzten vergleichbaren Messung lag die Nutzerzahl des Online-Angebots (nicht nur E-Paper) schon über der Drittel-Marke. 1:3[5] – die Transformation ist in vollem Gange. Den 271.000 Print-Abonnements der „Kleinen" (87.000 in Kärnten)[6] standen Ende 2020 bereits 50.000 Digital-Abos gegenüber – ein Drittel davon „online only".[7] Es gibt weltweit kaum einen Medienmarkt, in dem die Papierform der Tageszeitungen so langsam an Zuspruch verliert wie in Österreich.[8] Und Kärnten ist der treueste Teil dieses Phänomens. Doch die Publikumsverlagerung ins Web ist unaufhaltsam, während die Erlöse aus dem Digitalen damit nicht Schritt halten könnten.

Dieser Hintergrund macht den Führungswechsel bei der „Kleinen" besonders spannend. Seit Anfang 2021 ist Wolfgang Fercher (41)[9] der Nachfolger

von Antonia Gössinger (63)[10] als Chefredakteur der Kärntner Ausgabe.[11] Neben seiner Herkunft war ein entscheidender Punkt für seine Bestellung die Bewährung im zentralen Newsroom in Graz. War 2015 vor allem die renommierteste Journalistin Kärntens an die Spitze der erfolgreichsten Zeitung des Landes gekommen, ging es nun viel mehr um die Multifunktionalität mit Management- und Technologie-Verständnis für einen Change-Prozess ohne absehbares Ende. Während das Publikum in Kärnten vor allem Fercher als das neue Gesicht an der Spitze wahrnimmt, konzipieren sie in Graz seit eineinhalb Jahren einen Veränderungsprozess, den die Branche im gesamten Sprachraum mit Spannung verfolgt. Dieses „Digital first" stellt die bisherige Arbeitsweise in der Redaktion nahezu auf den Kopf. Ein Gros von Reportern liefert Geschichten, die letztlich von wenigen Redakteuren für unterschiedliche Plattformen maßgeschneidert werden. Diese Umstellung samt Kontrollverlust über die eigene Story fordert alle Betroffenen enorm. Die Pandemie hat ihre Umsetzung einerseits verzögert und andererseits erschwert. Seit März 2021 läuft die operative Umsetzung, doch erst seit Oktober gibt es wieder Präsenzpflicht im durch Home Office lange entvölkerten Newsroom, wo auf 3.000 Quadratmetern die Fäden der 230-köpfigen Redaktion für 18 regionale Ausgaben zusammenlaufen.

Der Beweggrund für die andere Herangehensweise ist, dass ungeachtet einer längst integrierten Redaktion auch den Online-Beiträgen noch zu stark ihre Herkunft aus dem Zeitungsdenken anhaftet. Mit dem Rückgriff auf das US-amerikanische Prinzip der Reporter/Redakteur-Arbeitsaufteilung soll die digitale Verwertbarkeit zum Ausgangspunkt werden – und die Print-Ausgabe der letzte Schliff. Während Fercher die Umsetzung der Strategie in Kärnten verantwortet, sorgt sich der lange ebenfalls für diesen Job gehandelte Thomas Cik (38) mittlerweile als pendelndes Mitglied der Chefredaktion um die Video- und Podcast-Aktivitäten der gesamten Zeitung – ein Schlüsselthema für ihre Zukunft.

Unterdessen zeichnet sich dafür auch eine Option ab, deren Grundlage die „Kleine" allerdings noch nicht recht traut. Während ihre Papier- und E-Paper-Leserschaft zu 90 Prozent in Kärnten und der Steiermark lebt, gilt dies für die digitalen Angebote zu nicht einmal mehr 40 Prozent. Laut den jüngsten verfügbaren Daten[12] kommt ein Drittel der User aus Wien und Niederösterreich. In der Grazer Zentrale herrscht allerdings noch Skepsis gegenüber diesen Zahlen, die auch aufgrund von Server-Standorten verfälscht sein könnten. Sollte der Argwohn unberechtigt sein, wäre es ein Indiz, dass neben den Markterweiterungsstrategien nationaler Titel wiederum regionale Expansionen möglich sind. Das war schon so, als die „Krone" ihre Bundesländer-Ausgaben startete und Blätter wie die „Kleine" mit der vertiefenden Regionalisierung konterten. Nun versuchen Zeitungen wie die „Neue Zürcher", die „Süddeutsche" und der „Standard" digital im gesamten Sprachraum User zu gewinnen.[13] Sie könnten

parallel dazu heftigere nationale Konkurrenz erhalten. Die „Kleine" ist mit ihrem Hauptverbreitungsgebiet Steiermark, Kärnten und Osttirol bereits auf Papier die zweitgrößte Kaufzeitung Österreichs – mit einer weit höheren Verkaufsauflage als die „Frankfurter Allgemeine".

2. Die „Krone"-Evolution

In solch internationalen Vergleichen schneidet die „Krone" noch eindrucksvoller ab, obwohl sie seit ihrem Höhepunkt 40 Prozent an Reichweite und ein Drittel ihrer Auflage eingebüßt hat. Mit 1,88 Millionen Lesern von 647.000 verkauften Exemplaren[14] täglich läge sie im zehnmal so einwohnerreichen Deutschland nur hinter der „Bild". Die stärkste Basis dafür ist auch in absoluten Zahlen schon längst nicht mehr Wien, sondern Niederösterreich. Den zweithöchsten Anteil an der Bevölkerung nach dem Burgenland erreicht sie in Kärnten mit 35,6 Prozent. Das ist auch eine Frage der Kontinuität: Hannes Mößlacher (58), der seine Laufbahn in der KTZ begonnen hat, gehörte schon 1983 zum Gründungsteam der „Kärntner Krone". 2006 wurde er nach dem Tod von Emmerich Speiser ihr sechster Chefredakteur.[15] Heute ist er der längstdienende und älteste ihrer Bundesländer-Chefs.

Das ist aber kein Hinweis auf weniger Veränderung. Die „Krone" hat selten mehr Wandel erlebt. Das kommt einerseits vom Tod ihres (Wieder-)Gründungsvaters Hans Dichand 2010 und liegt andererseits am Spätstart in die Digitalisierung. Der Generationswechsel an der Spitze war so überfällig wie eine Online-Offensive. Beides wurde umso vehementer angegangen, als Klaus Herrmann 2015 von Linz nach Wien wechselte – als geschäftsführender Chefredakteur. Drei Jahre später übernahm Gerhard Valeskini die „Krone"-Geschäftsführung, 2020 auch jene der Mutter-/Tocher-Gesellschaft Mediaprint. Zwei Steirer wie Dichand. Wie Dichand war Valeskini zuvor bei der „Kleinen". Und wie Herrmann kennt er die Zeitungsverhältnisse im Süden seit Kindesbeinen. Anders als bei der „Kleinen" ist Kärnten nur indirekt betroffen – aber der engste Nachbar zum Exerzierplatz der Veränderung.

Ursprünglich hatte es gewirkt, als könnte Salzburg dieses Testfeld werden. Doch das 2015 gestartete Joint-Venture „Servus Krone" mit Servus TV[16] führte zwar zu einem enormen Bewegtbild-Kompetenzschub in allen „Krone"-Redaktionen, war aber in Sachen Publikumszuspruch ein Rohrkrepierer. Die Fernsehambitionen von Österreichs größtem Kleinformat sind mit diesen gescheiterten Gehversuchen aber nicht beendet. Im Gegenteil: Es bahnt sich eine Mediaprint-interne Kooperation an, die Kenner des Hauses aufgrund der früheren Rivalitäten für nahezu unmöglich gehalten hatten. „Krone", „Kurier" und „Profil" üben mit dem „Club 3" jeden Samstag um 20.15 Uhr den TV-Ernstfall.[17] Die Chefredakteure der

drei Blätter diskutieren dabei mit einem prominenten Gast – in den ersten Ausgaben durchwegs aus der Politik. Die Sendung gilt als Probegalopp für ein allfälliges Krone TV auf den besseren Sendeplätzen des „Kurier"-eigenen Schau TV. Eine Struktur, wie sie bereits im 50:50-Projekt Kronehit zum Radioerfolgsrezept wurde. Das „Profil" spielt dabei nur eine Image-Rolle. Es gehört seit 2019 wieder komplett dem „Kurier". Horst Pirker, der aus Kärnten stammende frühere Styria-Chef und heutige Mehrheitseigentümer der VGN Medienholding, hat ihm auch die Geschäftsbereiche des Magazins verkauft, dessen Redaktion immer dort angesiedelt war.

Unterdessen hat die „Krone" ihren digitalen Rückstand längst aufgeholt. Ihre Netto-Tagesreichweite ist österreichweit die Nr. 2 hinter dem Gesamtangebot des ORF.[18] In Kärnten liefert sie sich als Dritte ein Match mit der „Kleinen" und dem öffentlich-rechtlichen Angebot.[19] Wobei die gebührenfinanzierte, aber als gratis empfundene Website im Visier der Privatmedien steht, die online die Bezahlschranken runterlassen müssen, um ihre Redaktionen auch in Zukunft noch finanzieren zu können.

Sie werden immer weniger mit dem herkömmlichen Klischee von Boulevard-Journalismus zu tun haben. So wie die „Krone" – anders als etwa die deutsche „Bild" oder der Schweizer „Blick" – immer schon auch brave Heimatzeitung war, kommen nun die multimedialen Skills vom Video-Dreh bis zur Podcast-Aufnahme als Anforderungsprofil für Blattmacher und Zulieferer hinzu. Dafür bricht die Zeitung sogar mit ihrer eher Akademiker-skeptischen Tradition. Mitte Oktober hat sie an der FH Joanneum in Graz die Hans-Dichand-Akademie[20] gestartet. Ein eigener zweisemestriger Fachschul-Lehrgang samt zertifiziertem Abschluss für vorerst 15 High Potentials der „Krone" – überwiegend aus ihren Bundesländer-Redaktionen. Das wirkt nach Kaderschmiede und könnte eine weitere Abwendung von boulevard-typischen Schemata bedeuten. Denn diese Gattung leidet mehr noch als die anderen Printmedien unter der Digitalisierung.[21] Social Media ist so schrill, dass Yellow Press hinter einer Pay Wall zum Minderheitenprogramm verurteilt scheint. Dieses Genre aber benötigt Masse.

3. Die ORF-Restauration

Diese Masse versammelt sich ungeachtet der herausragenden Positionen von „Krone" und „Kleine" auf dem Zeitungsmarkt immer noch am stärksten beim ORF. Aufgrund seines überlangen Monopols bewahrt er eine für öffentlich-rechtliche Institutionen in Europa nahezu einzigartige trimediale Marktführerschaft bei Radio, Fernsehen und Internet-Information. Diese auf wettbewerbsverzerrenden Voraussetzungen beruhende Position gilt ungeachtet der genannten Konkurrenz auch für Kärnten, wo die Neuwahl der ORF-Führung im August und September keine personellen Veränderungen an der Spitze bewirkt hat. Die seit 2012 amtierende Landesdirektorin

Karin Bernhard (59)[22] bleibt ebenso in Funktion wie Bernhard Bieche (57), der schon seit 2002 als Chefredakteur des Landesstudios agiert.

Ganz so glatt, wie im Lande der Anschein gewahrt wurde, dürfte das aber nicht über die Bühne gegangen sein. Denn das im ORF-Gesetz festgeschriebene Anhörungsrecht der Landeshauptleute hätte diesmal fast das gesamte Personalpaket des neuen ORF-Generaldirektors Roland Weißmann gekippt. Und zwar von Kärnten aus. Peter Kaiser hätte sich gut auch Michael Götzhaber als Hausherr in der Sponheimerstraße 13 in Klagenfurt vorstellen können.[23] Er muss unter ÖVP-Protegé Weißmann als technischer Direktor in Wien weichen. Und Bernhard war immerhin schon unter Gerhard Dörfler, dem BZÖ/FPÖ-Vorgänger des SPÖ-Landeshauptmannes, installiert worden. Im Mai 2022 folgt dann die nächste Nagelprobe der politischen Unabhängigkeit. Bei der Neuwahl des Stiftungsrats steht auch sein Kärntner Vertreter, der – je nach Wohlwollen in der Betrachtungsweise – parteilich irrlichternde oder bloß situationselastische Siegfried Neuschitzer zur Disposition. Auch er ist ein orangeblaues Erbstück für den roten Kaiser. Anders als seine Amtskollegen mit neuen Landesmehrheiten hat er seit 2013 die von ihm direkt beeinflussbaren ORF-Positionen nicht umgehend auf Parteilinie gebracht.

Diese Personalia sind typisch für das Dilemma des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, für dessen Anachronismus schon diese Bezeichnung steht. Seine demokratiepolitische Notwendigkeit wird gelähmt durch die parteiliche Umklammerung aufgrund seiner gesetzlichen Rückständigkeit. Die Neudefinition seiner digitalen Bewegungsfreiheit und die Abgrenzung im Wettbewerb mit den privaten Medien sind seit eineinhalb Dekaden überfällig. Die letzte große Reform stammt von 2001,[24] jene der Presseförderung von 2004[25] – dem Gründungsjahr von Facebook. Doch nirgends sonst in Österreich spürt der ORF diese Rückständigkeit weniger als in Kärnten. Denn in keinem anderen Bundesland ist seine Dominanz stärker ausgeprägt – und nur im Burgenland die Internet-Nutzung geringer.[26] Die Daten von heute bieten eine trügerische Sicherheit und sind ein Irrweg für morgen.

Dennoch: Das ORF-Radio Kärnten hat in der Altersgruppe 35+ einen durchschnittlichen Tagesmarktanteil von 54 Prozent.[27] Das ist ebenso Österreich-Rekord wie „Kärnten heute“ mit 70 Prozent bei der Bevölkerung ab zwölf Jahren. Und die Monatsreichweite von ORF.at lag bei der letzten vergleichenden Messung bei 248.000. Das vermeintliche Gratisoffert ist damit noch die Benchmark für die zunehmend kostenpflichtigen Digitalangebote von „Kleine“ (229.000) und „Krone“ (201.000). Dort geht es aber immer weniger um solche Reichweiten, sondern die Zahl der bezahlten Abos. Und im Radiosektor liegt die zur Styria Media Group zählende Antenne Kärnten mit 29 Prozent Marktanteil bei den unter 50-Jährigen

schon vor dem regionalen ORF-Hörfunk (26 %) und nur noch knapp hinter Ö3 (33 %), das hier auch durch Kronehit (9 %) angegriffen wird.

Die hier auf den ersten Blick besonders stark ausgeprägte trimediale Dominanz des ORF steht auf tönernen Füßen. Nur in der Steiermark konzentriert sich das Feld der Mitbewerber ebenfalls derart stark auf die – nach dem öffentlich-rechtlichen Milliardenbetrieb – größten privaten Medienhäuser des Landes.[28] Sie werden nach der Radiobastion auch das Fernsehbollwerk zu stürmen versuchen. Regionalisierung und Lokalisierung sind die besten Hilfsmittel dafür. Facebook-Chef Mark Zuckerberg hat seinem Social Media-Giganten nicht von ungefähr genau diese Strategie schon 2018 verordnet.[29]

4. Die „Woche"-Inhalation

In der Medienwelt von gestern waren die anschaulichsten Beispiele für die Attraktivität der engeren Heimat die Gratis-Wochenzeitungen. Fast 130 davon gehören zur Regionalmedien Austria (RMA). Bis Anfang 2021 wurde Kärnten von ihr als einziges Bundesland mit zwei ähnlich starken Schienen bedient – alle sieben Tage mit zwölf verschiedenen Lokalausgaben der „Woche", jede zweite Woche mit den acht Magazinen der „Kärntner Regionalmedien". Diese im Bundesvergleich weit überproportionale Briefkasten-Belegung brachte zuletzt für die einen 48 und die anderen 54,8 Prozent Reichweite pro Ausgabe.[30] Mit der aktuellen Flurbereinigung wird das kaum weniger, doch nun firmieren alle unter der Dachmarke „Kärntner Regionalmedien" innerhalb des RMA-Verbundes, und die früher 14-täglich erscheinenden Titel „Klagenfurter", „Draustädter", „Feldkirchner", „Gailtaler", „Lavanttaler", „Spittaler", „St. Veiter" und „Völkermarkter" sind nun Monatsmagazine mit dem Anhang „Leben". Als Zugabe im gleichen Erscheinungstakt gibt es noch „Mein Sonntag".[31]

Dass die zur Hälfte der Styria gehörende RMA diese Veränderung nicht lauthals als Bereinigung von gewachsenen Doppelstrukturen verkündet, ist so einleuchtend wie die fehlende Erläuterung des politischen Relevanzverlustes der „Woche" schon vor knapp einem Jahrzehnt. Wurden damals aus einer Landeszeitung mit Bezirksseiten Bezirkszeitungen mit Landesseiten,[32] ist nun mehr denn je die Chronik Trumpf. Außer in Wahlzeiten und dem damit verbundenen Inseratenumfeld dominiert das Unpolitische. Dies ist zwar gerade bei einem Medium besonders politisch, doch die „Kleine" hat dadurch keine Konkurrenz mehr aus dem eigenen Haus. Die „Woche" beginnt erst dort, wo die Regionalisierung der Tageszeitung aufhört. Diese Konzernstrategie ist nachvollziehbar (und beim RMA-Partner Moser Holding mit deren „Bezirksblättern" gegenüber der Tiroler Tageszeitung nur wenig anders). Während Uwe Sommersguter, der letzte starke

Chefredakteur der „Kärntner Woche“, mittlerweile als Wirtschaftsressortleiter in der Chefredaktion der „Kleinen“ verankert ist, hat danach kein Redaktionsleiter mehr ein gesellschaftliches Gewicht beansprucht und erhalten, wie es der Reichweite des Mediums durchaus angemessen wäre. Für die „Kärntner Regionalmedien galt dies seit jeher. Nicht von ungefähr stand bei der Fusion die Geschäftsführerin im Vordergrund. Das ist Christine Tamegger mit Prokurist Thomas Springer. Als Chefredakteure fungieren Peter Kowal und Thomas Klose. Sie arbeiten nun unter dem Leitsatz: „Aus Liebe zur Region“. Das heißt: „Wir sind regionaler Gestalter und wollen die Menschen in unserem Land, wo auch immer sie sich aufhalten, vernetzen, informieren und unterstützen“, erklärten Ende Oktober die RMA-Vorstände Georg Doppelhofer und Gerhard Fontan.[33] Unter ihnen wurde zwar der publizistische Anspruch kontinuierlich zurückgefahren, doch der wirtschaftliche Beitrag der Regionalmedien Austria macht ihre beiden Mutterunternehmen, Styria Media Group und Moser Holding, alljährlich hochzufrieden.

Dafür sorgten zuletzt neben 231.000 Papier- und E-Paper-Lesern der „Woche“ und 264.000 der noch zweiwöchentlich erscheinenden „Kärntner Regionalmedien“ auch schon täglich 181.000 Unique User von meinbezirk.at, dem Digitalangebot des Gratisblätterriesen.[34] Ungeachtet aller journalistischen Zurücknahme in Vergleich zu den regionalen Platzhirschen wird die RMA durch ihre Online-Auftritte immer mehr zum Faktor im tagesaktuellen Bereich. Sie geht dort selten in die Tiefe, aber meistens tiefer ins Lokale, oft auch unter den Wahrnehmungsschwellen von ORF und Tageszeitungen. Dadurch sind die Kärntner Regionalmedien mitunter die Einzigen, die über ein Ereignis in einem Ort berichten.

Dafür sorgen u. a. auch „Regionauten“, eine Spielart des Bürger-, Graswurzel- bzw. partizipativen Journalismus,[35] wie ihn Zuckerberg sich durch seine neue Strategie für Facebook & Co. spätestens seit 2018 erhofft. Die Glaubwürdigkeit unter dem Emblem einer regional verankerten, kontrollierenden und kuratierenden Medienmarke ist allerdings deutlich höher. Im internen RMA-Wettbewerb liegen nur die Burgenländer noch knapp vor der Zugkraft des Kärntner Digitalangebots.[36] Die Basis dazu hat 1996 mit der Gründung der „Kärntner Woche“ ein Kärntner gelegt, der zu den maßgeblichsten Medienmanagern der Zweiten Republik zählt: Horst Pirker,[37] mittlerweile 75-Prozent-Eigentümer des Magazinverlags rund um „News“ (heute VGN Medienholding), ist 1984 als Direktionsassistent bei der „Kleinen“ in Klagenfurt eingestiegen, kam 1997 in den Vorstand der Styria und wurde zwei Jahre später dessen Vorsitzender. 2010, nach der gescheiterten Fusion mit der Moser Holding, verließ er das Unternehmen und leitete dann das Red Bull Media House, bevor er 2014 als Sanierer zur VGN wechselte. Das noch unter ihm von der Styria mitvollzogene Joint

Venture RMA galt als Probegalopp zur Fusion mit den Tirolern. Heute ist es für beide Gruppen eine ihrer einträglichsten Beteiligungen.

Epilog mit Partei-Blog

Die Styria Media Group, zu der neben „Kleine" und RMA auch „Die Presse" und „Die Furche", zwei der größten Zeitungen Kroatiens und ein führendes Nachrichtenportal in Slowenien, aber auch Online-Portale wie willhaben.at (50:50 mit dem norwegischen Medienkonzern Schibsted) sowie die Privatradios Antenne Steiermark und Antenne Kärnten zählen, gehört zu 98,33 Prozent der Katholischen Medienverein Privatstiftung und zu 1,67 Prozent dem Katholischen Medien Verein – hervorgegangen jeweils aus dem Pressverein der Diözese Graz-Seckau. Mit 400 Millionen Euro Marktumsatz und 3000 Mitarbeitern ist deren AG heute das zweitgrößte verlagsbasierte private Medienhaus im Lande; hinter der Mediaprint, die mit 2000 Mitarbeitern ähnlich viel Umsatz macht – allerdings ausschließlich in Österreich. Zu ihr zählen vor allem die „Kronen Zeitung" und der „Kurier" samt Tochterunternehmen wie „profil" und Schau TV. Mittlerweile ist das Red Bull Media House mit 1000 Mitarbeitern zwar umsatzstärker als Styria und Mediaprint, doch bei dieser Tochter des in eigener Sache traditionell schweigsamen Unternehmens dürfte ein Großteil davon konzerninterner Beitrag sein. Deshalb gelten Styria und Mediaprint weiterhin als Nr. 3 und Nr. 2 hinter dem ORF. Die Mediaprint ist fifty-fifty im Besitz von „Krone" und „Kurier". Die „Krone" gehört zur Hälfte der Familie Dichand, der „Kurier" zu 50,56 Prozent Raiffeisen. Den Rest an den beiden Unternehmen hält die in Essen ansässige deutsche Funke Mediengruppe über ihre Tochtergesellschaft WAZ Ausland Holding GmbH, an der seit 2018 die Signa Holding des Tiroler Immobilien-Tycoons René Benko mit 49 Prozent beteiligt ist – das sind durchgerechnet 24,5 Prozent an der „Krone" und 24,22 Prozent am „Kurier".[38]

So wie Kärnten als Markt von auswärtigen Medienhäusern dominiert wird, ist also zumindest eines davon nicht ganz so wienerisch, wie es die österreichischen Gesellschafter gerne hätten. Ganz anders als der ORF, der österreichweit unangefochtene Marktführer bei Radio, Fernsehen und Online-Nachrichten mit rund 3000 Mitarbeitern und mehr als einer Milliarde Euro Umsatz. Nahezu zwei Drittel davon kommen allerdings aus der Rundfunkgebühr.[39] Dennoch ist seine Marktführerschaft auf den regionalen Ebenen digital nur noch ein Kopf-an-Kopf, im Radiosektor eine Altersfrage und nun auch im TV-Bereich in Gefahr. Kärnten mit seinem intensiven Dreikampf der drei größten Medienhäuser wirkt als das wahrscheinlich beste Gesamtbeispiel dafür – gerade weil es von den zwei massivsten Digital-Trends noch nicht übermäßig betroffen ist: Fernsehen aus Zeitungshäusern und Weblogs von politischen Parteien. Im Ländle macht

ein tägliches „Vorarlberg live“ der VN mit durchschnittlich über 50.000 Online-Abrufen pro Tag dem ORF-Angebot „Vorarlberg heute“ bereits heftige Konkurrenz, das nur an wenigen Tagen im Jahr eine sechsstellige Publikumszahl erreicht.[40]

Eine ähnliche Entwicklung – obgleich die „Kleine“ sich noch nicht zu einem täglichen TV-Magazin entschlossen hat – kommt unweigerlich auch auf Kärnten zu; zumal auch die „Krone“ ihre regionalen Bewegtbild-Aktivitäten intensiviert. Alle herkömmlichen journalistisch geprägten Nachrichtenmedien stehen überdies unter einem neuen Konkurrenzdruck, der schon als unselige Vergangenheit gegolten hatte. Während der Anachronismus Parteitageszeitung nur in Oberösterreich auch dank großzügiger Presseförderung überlebt, feiert das Prinzip dahinter fröhliche digitale Urstände. Nach Pionierarbeit durch die FPÖ schießen die Weblogs (Blogs) und Plattformen von Parteien (oder ihnen nahe stehend) geradezu aus dem Boden. Von „Unzensuriert“ und „Wochenblick“ im blauen Dunstkreis bis zum deklarierten FPÖ TV, von der Liste-Pilz-Erbmasse „ZackZack“ bis zum 2022 geplanten tagesaktuellen Digitalprodukt der grünen Parteiakademie reichen die Futterproduzenten für den Social Media-Vertrieb. Die Nationalratsklubs von SPÖ („Kontrast Blog“) und ÖVP („Zur Sache“) machen ebenso mit wie das rote („Neue Zeit“) und türkisschwarze („eXXpress“) Umfeld. Im Interaktionswettbewerb auf Facebook, Instagram und Twitter sind diese Propagandakanäle bereits ebenbürtige Mitbewerber für etablierte journalistisch geprägte Medien.[41] Noch ist Kärnten kaum von regional maßgeschneiderten Meldungen aus solchen Quellen betroffen. Doch schon der Landtagswahlkampf 2023 wird das ändern.

Anmerkungen

1 Außer ihren 47,0 % in Kärnten schaffen nur die „Tiroler Tageszeitung“ mit 45,8 % in Tirol, die „Kleine“ in der Steiermark mit 44 % und die „Krone“ im Burgenland mit 41,5 % mehr als vierzig Prozent. – Sämtliche Print-Reichweitenangaben in diesem Artikel für die Bevölkerung über 14 Jahren laut Media-Analyse 2020; Datenübersicht online verfügbar unter www.media-analyse.at (1. 11. 2021).

2 Nach den 41,5 % im Burgenland und den 35,6 % in Kärnten folgt bei der „Krone“ schon Salzburg mit 32,1 %. In allen anderen Bundesländern liegt sie unter dreißig Prozent.

3 Die Antenne Vorarlberg erreicht täglich 31 %, die Antenne Kärnten 29 %, die Antenne Steiermark 20 % der 14- bis 49-Jährigen in ihrem Bundesland-Sendegebiet. Die stärksten ORF-Regionalradios sind in Kärnten mit 46 %, im Burgenland mit 36 % und in der Steiermark mit 35 % bei den über Zehnjährigen. – Sämtliche Radio-Reichweiten- und -Marktanteilangaben in diesem Artikel für die Bevölkerung über 10 Jahren (und die Alterszielgruppe 14–49) laut Radiotest 2020_4; Datenübersicht online verfügbar unter der.orf.at/medienforschung/radio/radiotest2020_4Sendertabelle102.pdf (1. 11. 2021).

4 „Kärnten heute“ erzielte 2020 bei einer durchschnittlichen Reichweite von 27,8 % einen Marktanteil von 70 % www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210204_OTS0118/radiotest-20204-208000-hoererinnen-nutzen-taeglich-radio-kaernten (1. 11. 2021). – Sämtliche TV-Reichweiten- und -Marktanteilangaben in diesem Artikel für die Bevölkerung über

12 Jahren (und die Alterszielgruppe 14–49) laut Teletest 2020; ausgewählte aktuelle Daten verfügbar unter www.agtt.at (1. 11. 2021) und der.orf.at/medienforschung/fernsehen/tvquotenaktuell/index.html (1. 11. 2021).

5 Laut ÖWA plus 2019/4 hatte der digitale Gesamtauftritt (in Klammern jeweils die „Krone"-Daten für ganz Österreich) kleinezeitung.at 270.000 (673.000) Unique User pro Tag. Laut MA 2020 haben die Papierausgabe und das E-Paper der „Kleinen" täglich 772.000 (1,885.000) Leser – bei einer laut ÖAK 2020 verbreiteten Auflage von 298.000 (681.000).

6 Die „Krone" hat 63.000 (ÖAK 2020).

7 Vgl. Peter Plaikner: „Die ‚Kleine' steht kopf" in: Österreichs Journalist:in, 05/2021, S 82 ff.

8 Vgl. Reuters Institute for the Study of Journalism: „Digital News Report 2016", S. 63.

9 Vgl. Peter Plaikner: „Der Tausendsassa" in: Der österreichische Journalist, 05/2020, S. 78/79.

10 Vgl. Peter Plaikner: „Erstmals eine Kärntnerin" in: Der österreichische Journalist, 02–03/2015, S. 40 ff.

11 Davor waren der am 30. Mai 2021 fast 100-jährig gestorbene Heinz Stritzl (1958–1991), Reinhold Dottolo (1991–2012) und Eva Weissenberger (2012–2014) Chefredakteure der Kärntner „Kleinen".

12 Laut ÖWA plus 2019/4 setzen sich die Unique User pro Monat wie folgt zusammen: 27 % Steiermark, je 16 % Wien und Niederösterreich, 13 % Oberösterreich, 12 % Kärnten, 7 % Tirol, 5 % Salzburg, 3 % Burgenland, 2 % Vorarlberg.

13 Nach einem gescheiterten Versuch mit NZZ.at bauen die Schweizer ihre Berliner Redaktion aus. Unterdessen verschickt die SZ wöchentlich einen Österreich-Newsletter. Es gibt schon lange eine deutsche Beta-Version des Online-„Standard". „Der Spiegel" kooperiert mit ihm und gestaltet mehr denn je Österreich-Titelseiten. „Die Zeit" verzeichnet hier dank ihrer mutierten Austro-Seiten allwöchentlich sechsstelliges Publikum.

14 Laut MA 2005 waren es 3,07 Millionen Leser (die aktuellen Daten stammen aus MA 2020 und ÖAK 2020).

15 Davor waren noch Torsten Weidnitzer (1983–1985), Peter Pirker (1986–1987), Gerhard Stichauner (1988–1990), Christoph Biró (1991–1997) in dieser Funktion.

16 Vgl. Peter Plaikner: „Der Printriese als Quotenzwerg" in: Der österreichische Journalist, 06–07/2016, S. 46/47. 2016 wollte Dietrich Mateschitz erst Servus TV einstellen, um dann Ferdinand Wegscheider zum Intendanten zu machen. Seitdem hat es seinen Marktanteil auf 3,4 % (2020) nahezu verdoppelt und ist heute der stärkste österreichische Privatsender – nur hinter ORF 2 (22,0 %), ORF 1 (8,2 %) und ZDF (3,9 %).

17 Vgl. www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210903_OTS0124/club-3-das-neue-tv-format-von-kronenzeitung-kurier-und-profil (1. 11. 2021).

18 Bei den bundesweiten Netto-Tagesreichweiten lag laut ÖWA plus 2019/4 ORF.at (974.000) vor krone.at (673.000), derstandard.at (455.000), heute.at (298.000), oe24.at (274.000) und kleinezeitung.at (270.000).

19 Siehe Tabelle 1.

20 Vgl. www.horizont.at/medien/news/neuer-fachhochschullehrgang-kronen-zeitung-startet-hans-dichand-akademie-86335 (1. 11. 2021).

21 Die britische „Sun" hatte zuletzt nur noch 1,2 Millionen Exemplare verkauft. Vor 20 Jahren war es dreimal so viel. Nun liegt sie wahrscheinlich knapp hinter der „Bild", die von 2000 noch 4,5 auf 1,2 Millionen abgebaut hat. Auch in der Schweiz ist der „Blick" seitdem von 250.000 auf eine gerade noch sechsstellige Verkaufszahl abgestürzt. Der Bilanzwert der „Sun" wurde von ihrem Eigentümer Rupert Murdoch auf null gesetzt. Vgl. www.

spiegel.de/wirtschaft/rupert-murdoch-schreibt-skandalzeitung-the-sun-ab-a-285cfeb8-b719-4808-af17-e24635355324 (1. 11. 2021).

22 Vgl. Peter Plaikner: „Das Tschuschenkind ist ORF-Landesdirektorin" in: Der österreichische Journalist, 12-2011/01-2012, S. 94/95.

23 Vgl. Stefan Kappacher und Rosanna Atzara in #doublecheck Update vom 24. 9. 2021 in Ö1 (Transkript): „Interessanterweise war es diesmal das rote Bundesland Kärnten, wo es sich am längsten gespießt hat. Bis Mitternacht vor der Sitzung des Stiftungsrats, in der die Bestellung der Direktorinnen und Direktoren auf der Tagesordnung gestanden ist, wurde gepokert. Der scheidende technische Direktor Michael Götzhaber kann gut mit dem Landeshauptmann von Kärnten, was Peter Kaiser auch gar nicht bestreitet. Und so ist sehr viel hin und her telefoniert worden. Roland Weißmann wollte Karin Bernhard verlängern. Wenn das nicht geklappt hätte, hätte das auch mit der höheren Frauenquote nicht geklappt und das ganze Paket wäre hinfällig gewesen. Am Ende hat es gehalten."

24 Online verfügbar unter www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000785&FassungVom=2001-12-31 (1. 11. 2021).

25 Online verfügbar unter www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20003079 (1. 11. 2021).

26 Laut MA 2020 lautet die Bundesländerreihung nach Internet-Tagesreichweiten wie folgt (Bevölkerung über 14 Jahre): Wien 85,0 %, Vorarlberg 81,3 %, Tirol 81,0 %, Salzburg 79,6 %, Oberösterreich 79,3 %, Niederösterreich 78,3 %, Steiermark 77,6 %, Kärnten 75,7 %, Burgenland 74,5 %.

27 Vgl. sämtliche Zahlen dieses Absatzes mit den Tabellen 1 und 2.

28 In allen anderen Bundesländern kommt laut MA 2020 zumindest eine weitere Tageszeitung über fünf Prozent Reichweite.

29 Mark Zuckerberg via Facebook am 12./29. 1. 2018: „The first changes you'll see will be in News Feed, where you can expect to see more from your friends, family and groups. As we roll this out, you'll see less public content like posts from businesses, brands, and media. And the public content you see more will be held to the same standard -- it should encourage meaningful interactions between people." (…) „Starting today, we're going to show more stories from news sources in your local town or city. If you follow a local publisher or if someone shares a local story, it may show up higher in News Feed. We're starting this first in the US, and our goal is to expand to more countries this year. Local news helps build community -- both on and offline." Online verfügbar unter www.facebook.com/zuck/posts/10104413015393571 (1. 11. 2021) und www.facebook.com/zuck/posts/10104493997365051 (1. 11. 2021)

30 Siehe Tabelle 2.

31 Vgl. www.meinbezirk.at/c-lokales/regionalmedien-kaernten-starten-2021-durch_a4305780 (1. 11. 2021).

32 Vgl. Peter Plaikner: „Nach der Wahl: Ist's dann vorbei mit der Übeltäterei?" In: Kärntner Jahrbuch für Politik 2012, S. 46.

33 Vgl. www.ots.at/presseaussendung/OTS_20211028_OTS0012/regionalmedien-austria-starten-mit-neuem-gemeinsamen-auftritt-in-allen-formaten-durch-anhaenge (1. 11. 2021).

34 Siehe Tabelle 1.

35 Ein Konzept, bei dem die Zivilgesellschaft innerhalb der klassischen Medien oder durch eigene Medien am gesellschaftlichen Diskurs teilnimmt. Vgl. auch Axel Bruns: „Journalismus im Umbruch – Wikimedia, Bürgerjournalismus und ‚Open News'", Bundeszentrale für Politische Bildung, online verfügbar unter www.bpb.de/gesellschaft/digitales/wikipedia/145821/journalismus-im-umbruch (1. 11. 2021).

36 Laut ÖWA plus 2019/4 lautet die Bundesländerreihung für das meinbezirk.at (Prozentbezug auf monatlich 6,59 Millionen Internet-Nutzer über 14 Jahre): Burgenland 44,5 %, Kärnten 41,1 %, Oberösterreich 38,5 %, Steiermark 38,1 %, Niederösterreich 37,0 %, Tirol 36,5 %, Salzburg 33,8 %, Wien 23,3 %, Vorarlberg 11,2 %.

37 Pirker war von 2004 bis 2010 Präsident des Verbands österreichischer Zeitungen (VÖZ). Er hätte 2011 Präsident des infolge der Fusion von WAN und IFRA vereinigten Weltverbands der Zeitungen werden sollen. Infolge seines Abgangs von der Styria hat er diese Funktion aber nicht übernommen. Vgl. www.derstandard.at/story/1245820075769/pirker-wird-vereinigten-weltverband-der-zeitungen-leiten (1. 11. 2021).

38 Die beste Übersicht zu den wirtschaftlichen Kennzahlen der österreichischen Medienhäuser liefert alljährlich „Standard"-Medienredakteur Harald Fidler: www.derstandard.at/story/2000128050483/oesterreichs-groesste-medienhaeuser-2021 (1. 11. 2021).

39 Eine Aufschlüsselung der regional unterschiedlichen Zusammensetzung der Rundfunkgebühr liefert die GIS (GIS Gebühren Info Service GmbH), online verfügbar unter https://www.gis.at/gebuehren/uebersicht (1. 11. 2021). Kärnten liegt mit seiner Gebühr von 2022 noch 26,03 Euro exakt in der Mitte der Bundesländer. Ab März 2022 ist die Abgabe um acht Prozent höher als in den vergangenen fünf Jahren.

40 Der ORF gibt die Reichweiten nur verklausuliert bekannt. In der Bilanz 2019 bestätigt er aber die hier getätigte Einschätzung: „An mehreren Tagen des vergangenen Jahres verfolgten nur in Vorarlberg mehr als 100.000 Personen in Echtzeit ‚Vorarlberg heute', die TVthek-Nutzerinnen und -Nutzer sind hier nicht eingerechnet. Online verfügbar unter www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200116_OTS0128/rekordjahr-fuer-den-orf-vorarlberg (1. 11. 2021). Die Angabe zu „Vorarlberg live" stammt von VN-Chefredakteur Gerold Riedmann: „Mit derzeit täglich 54.000 Abrufen der Sendung sind wir durchaus auf Augenhöhe mit dem etablierten Regional-TV." In Peter Plaikner: „Die neuen All-inclusive-Chefs" in: Österreichs Journalist:in, 02/2021, S. 68 ff.

41 In einer von eXXpress-Chefredakteur Richard Schmitt verbreiteten Analyse des Social Media-Monitorings von Storyclash lag im Oktober 2021 bei den Interaktionen die „Zeit im Bild" mit 8,6 Millionen vor „Krone" (2,1) und „Standard" (2,09). Es folgen oe24.at, „Heute" und der ORF vor „Kleine Zeitung" (463.00) und meinbezirk.at (426.000). Doch bereits dahinter, auf Rang 9, folgt eXXpress.at noch vor dem „Kurier", der Wochenblick liegt auf Platz 12 noch vor den OÖN, ZackZack auf Position 14 noch vor der TT. Online verfügbar unter twitter.com/RichardSchmitt2/status/1454730907072573441 (1. 11. 2021).

Milan Obid

Die slowenische Minderheit zwischen symbolischer Ethnizität und Assimilation

Die Verkürzung der Minderheitenthematik auf eine Sprachenfrage folgt mehr dem Zeitgeist meritokratischer Ideologie, als dass sie dem Gegenstand gerecht wird

„Zweisprachigkeit nicht anzunehmen, heißt ein Geschenk zurückweisen. Ich hab nie verstanden, welche Probleme man damit sieht, wenn einer zwei- oder dreisprachig aufwachsen kann. Das ist doch etwas Wunderbares. (…) Dass da solche Schwierigkeiten entstanden sind, dieses einfache – find ich – einfache Prinzip durchzusetzen, ist jetzt für einen – wie soll ich sagen? – regionalen Ausländer gar nicht so leicht zu verstehen.“

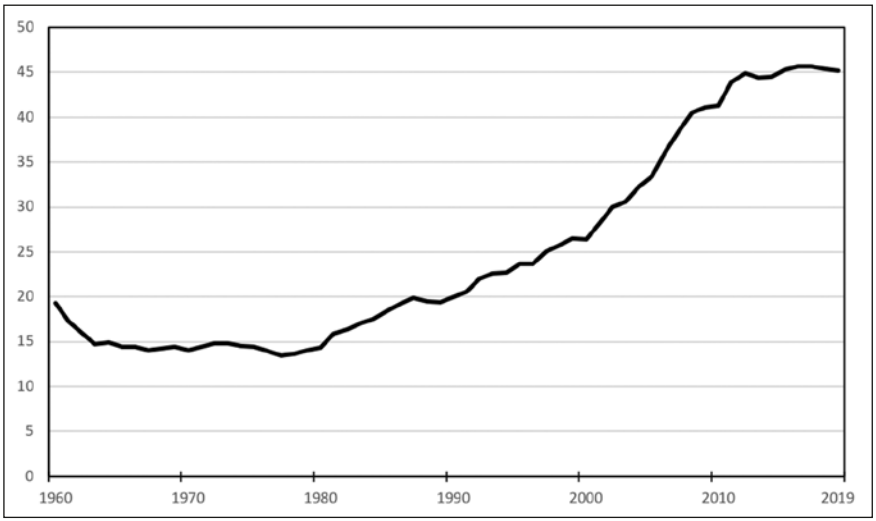
(Bundespräsident Alexander Van der Bellen am 8. Juli 2021 beim Festakt zum zehnten Jahrestag der Ortstafellösung im Klagenfurter Konzerthaus [Transkript eines Audiomitschnitts durch den Autor])

Einleitung

In der Minderheitenfrage scheiden sich in Kärnten nicht mehr in jenem Maß die Geister, wie das in der Vergangenheit der Fall war. Sowohl die politischen Repräsentanten des Bundeslandes Kärnten und der Republik Österreich als auch jene der slowenischen Minderheit sind weitgehend darum bemüht, die slowenische Teilidentität Kärntens in ein positives und optimistisches Licht zu rücken, sie als Vorteil für alle erscheinen zu lassen. Der einstige Sprach- und Nationalitätenkonflikt stößt bei Zeitgenossen vermehrt auf Unverständnis. Gepriesen werden die Vorteile der Zwei- und Mehrsprachigkeit, nationale Antagonismen sollen ihren Platz im Museum zugewiesen bekommen. Doch der oft gut gemeinte Allgemeinplatz vom Segen der Zwei- und Mehrsprachigkeit verschleiert zum einen die historisch gewachsene Gegenwart, indem vergangene oder verdrängte Konflikte und die ihnen zugrunde liegenden sozialen Figurationen ausgeblendet werden. Zum anderen wird damit die komplexe Problematik der Ethnizität auf eine vermeintlich einfach lösbare Sprachenfrage reduziert. Da aber Sprache sowohl als ein Kriterium der Zugehörigkeit als auch der Abgrenzung sowie als ein Instrument der Dominanz dienen kann, sind uns aus der jüngeren Menschheitsgeschichte etliche ethnische oder nationale Konflikte bekannt, die sich in Sprachkonflikten äußerten.

Diesbezüglich ist Kärnten also kein obskurer Sonderfall, dem Außenstehende nur mit Unverständnis gegenüberstehen könnten, wie es etwa die eingangs zitierte Aussage des Bundespräsidenten nahelegt. In von ethnischer und sprachlicher Vielfalt geprägten Teilen der ganzen Welt sind vergleichbare Entwicklungen allgegenwärtig. Wird eine Sprache erfolgreich sozial abgewertet, politisch stigmatisiert oder erscheint aus anderen Gründen nicht mehr als funktional oder gar als gefährlich zur Bewältigung des Alltages, kommt es in der Regel zu entsprechenden Anpassungsleistungen und Gegenbewegungen durch deren Sprecher. Das war in Kärnten mit Bezug auf das Slowenische der Fall.

Abb. 1: Anteil der zum zweisprachigen Unterricht an Volksschulen angemeldeten Kinder im Geltungsbereich des Minderheiten-Schulgesetzes für Kärnten (in Prozent)



Quelle: Bildungsdirektion für Kärnten 2019 (Bearbeitung der Daten durch den Autor)

In den letzten Jahrzehnten hingegen erfuhr die slowenische Sprache eine spürbare soziale Aufwertung. Der eindrücklichste, mit Zahlen belegbare Beweis dafür ist der gestiegene Anteil zum zweisprachigen Volksschulunterricht angemeldeter Kinder im Geltungsbereich des Minderheiten-Schulgesetzes für Kärnten. Während dieser Anteil in den 1970er-Jahren unter 15 Prozent fiel, stagniert er seit knapp zehn Jahren bei stabilen 45 Prozent (siehe Abb. 1).[1] Die Aufwertung ist einerseits eine Folge der geänderten politischen Rahmenbedingungen. Die politischen, wirtschaftlichen und intellektuellen Eliten Österreichs und Sloweniens orientieren

sich unter dem Dach der Europäischen Union sehr ähnlich, weshalb „von oben" kaum noch nationale Animositäten kultiviert werden. Andererseits aber ist das erhöhte Sozialprestige des Slowenischen auch auf die geänderte sozialstrukturelle Prägung der slowenischen Volksgruppe selbst zurückzuführen. Was in der Vergangenheit als die Sprache der ungebildeten, sozial und ökonomisch hinterherhinkenden ländlichen Bevölkerung strukturschwacher Gebiete wahrgenommen wurde, erscheint heute als die Sprache gebildeter und weltoffener Mittelschichten. Die vermeintliche Erfolgsgeschichte der Zwei- und Mehrsprachigkeit hat allerdings einen Haken: Die Ausdrucksfähigkeit von Volksgruppenangehörigen in slowenischer Sprache nimmt von Generation zu Generation ab, auch bei formal hoch Gebildeten. Zugleich vermindert sich die Integrationskraft der Minderheit. Diesem scheinbar paradoxen Vorgang gilt im vorliegenden Beitrag mein Hauptaugenmerk. Die aus meiner Sicht wesentliche und empirisch belegbare Entwicklungsrichtung werde ich versuchen, mithilfe der Theorie *symbolischer Ethnizität* (Gans 1979) zu deuten. Vieles spricht dafür, dass wir es mit einer neuen Form der Assimilation zu tun haben, die weniger auf politischem Zwang als auf sozio-ökonomischen Imperativen beruht. Den Beitrag rahmt eine kritische Auseinandersetzung mit den sozialwissenschaftlichen Strömungen des Poststrukturalismus und Sozialkonstruktivismus, deren einst zum Teil durchaus wichtige Impulse mittlerweile zu einer neuen Orthodoxie geronnen sind.

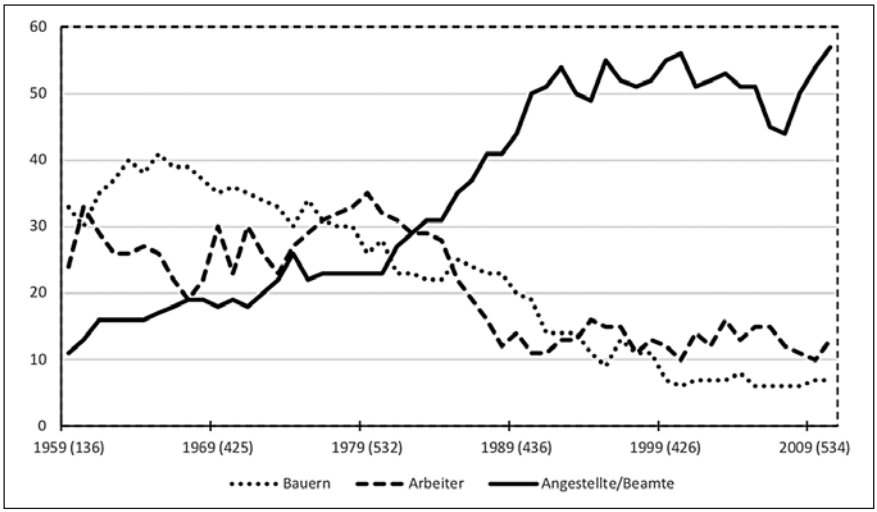
„Minderheit oder Elite?" – Der sozialstrukturelle Wandel der slowenischen Minderheit

Dass sich die Sozialstruktur der slowenischsprachigen Bevölkerung Kärntens nach Gründung des BG/BRG für Slowenen in Klagenfurt stark gewandelt hat, wurde bereits von mehreren Autoren hervorgehoben. Die erste systematische Untersuchung zur Bildungsstruktur der Kärntner Slowenen legte Peter Meusburger vor, der bereits vor über vierzig Jahren von einem „kollektiven sozialen Aufstieg der slowenischen Minderheit" durch hohe Übertrittsraten von Slowenen in höhere Schulen sprach (1979, 256). Ausführliche soziologische Studien zum sozialstrukturellen Wandel der slowenischen Minderheit veröffentlichte Albert Reiterer (1986; 1996). Die neuesten verfügbaren Daten zur Bildungsstruktur der slowenischsprachigen Bevölkerung Kärntens analysierte Theodor Domej (2004). Da bei der Volkszählung 2001 bislang letztmalig ausreichend differenzierte Daten zur Umgangssprache der österreichischen Gesamtbevölkerung erhoben und veröffentlicht wurden, könnten nur relativ aufwändige Stichproben seriöse Auskunft über diesbezügliche Folgeentwicklungen geben. Den verfügbaren Daten der Volkszählungen 1991 und 2001 zufolge waren die damals erwerbsfähigen Teile der slowenischsprachigen Bevölkerung Kärntens

bereits signifikant überdurchschnittlich hoch formal gebildet (Domej 2004, 190 f.) und im Vergleich zur deutschsprachigen Bevölkerung doppelt so oft in Berufen mit höchster Qualifikation (akademische Ausbildung) tätig (Novak-Trampusch und Reiterer 2000, 176). Der slowenische Geograph Jernej Zupančič attestierte den Kärntner Slowenen in diesem Zusammenhang einen gewissen „gesellschaftlichen Elitismus" (2007, 146). Hauptverantwortlich für die sozialstrukturelle Umkehrung der Verhältnisse zwischen deutsch- und slowenischsprachigen Bevölkerungsteilen Kärntens ist der massive Einbruch an Slowenischsprachigkeit bei der Nachfolgegeneration jener, die im ersten Drittel des 20. Jh. geboren wurden. Eine bedeutende Rolle kommt aber auch dem BG/BRG für Slowenen in Klagenfurt zu. Da es ab der vierten Schulstufe in Kärnten nur wenige Möglichkeiten auf Unterricht in slowenischer Sprache gab (und gibt), besuchten relativ viele slowenischsprachige Arbeiter- und Bauernkinder – heute würde man sie als Kinder aus bildungsfernem Milieu bezeichnen – aus strukturschwachen ländlichen Gebieten das BG/BRG für Slowenen (siehe Abb. 2). Das eröffnete ihnen zum einen den Zugang zu höherer Bildung, zum anderen entwickelte sich unter ihnen ein Gefühl der Zugehörigkeit zu einer *Gemeinschaft*, das für die Hervorbildung und Reproduktion einer sich von der Mehrheitsbevölkerung unterscheidenden Gruppenidentität als Kärntner Slowenen Voraussetzung war. Das konnte andererseits freilich auch in etlichen Fällen dazu führen, dass sich jene mit slowenischsprachigem Familienhintergrund, die das BG/BRG für Slowenen nicht besuchten, dieser Gemeinschaft kaum noch zugehörig fühlten. Jene Kinder wiederum, die aus ländlichen Gebieten aufs BG/BRG für Slowenen und damit einhergehend meist ins Internat nach Klagenfurt geschickt wurden, entfremdeten sich nicht selten vom sozialen Umfeld ihres Herkunftsortes. Dies ist der soziale Hintergrund jener vor allem in den unteren Kärntner Gesellschaftsschichten anzutreffenden diffusen Feindseligkeit, welche die Kärntner Slowenen oft als abgehoben, arrogant und eingebildet wahrzunehmen geneigt ist.[2] Die Mehrheit der Kinder und Jugendlichen aus (einst) slowenischsprachigen Familien fand sich aber ausbildungs- und berufsmäßig in deutschsprachig dominiertem Umfeld wieder. Insbesondere trifft das auf jene zu, die eine Berufslehre absolvierten. Folgerichtig waren Slowenischsprachige mit Lehrlingsausbildung zu Beginn des 21. Jh. statistisch in allen Altersgruppen stark unterrepräsentiert (Domej 2004, 190 f.).

Die hier nur kurz skizzierte sozialstrukturelle Transformation ist sowohl für die gegenwärtige Lage der slowenischen Minderheit als auch für deren Entwicklung in naher Zukunft von erstrangiger Bedeutung. Umso erstaunlicher ist es, dass gerade der Aspekt „Sozialstruktur" in neueren, sich mit Fragen der Ethnizität und Identität bei jungen Angehörigen der slowenischen Minderheit auseinandersetzenden Forschungen wenig bis gar keine Beachtung findet (so z. B. bei Kolb 2018 und Vavti 2012). Unter

Abb. 2: Berufsstruktur der Eltern von Schülern des BG/BRG für Slowenen in Klagenfurt in Prozent (absolute Anzahl der Schüler in Klammern)



Quelle: Letno poročilo ZG/ZRG za Slovence v Celovcu, Jahrgänge 1958/59–2009/10 (Bearbeitung der Daten durch den Autor)

Anmerkungen:

1. In der Abbildung werden nur die drei in diesem Zusammenhang relevantesten Berufskategorien angeführt.
2. In den Schuljahren 2005/06 und 2006/07 entstand bei der Berufskategorie „Angestellte/Beamte" eine Kurve nach unten, die auf Fehler in der Statistik der beiden Publikationen zurückzuführen ist. Der tatsächliche Anteil an Angestellten und Beamten lag auch in diesen beiden Jahrgängen bei über 50 Prozent.
3. Im Zeitraum zwischen 1984/85 und 1997/98 wurde die Kategorie „Bauer und Arbeiter" eingeführt. Zur besseren Übersichtlichkeit wies ich sie der Kategorie „Bauer" zu.
4. Im Schuljahr 1998/99 wurde die Kategorie „polkmet", wörtlich „Halbbauer", eingeführt. Aufgrund ihrer terminologischen Unklarheit wird sie in der Abbildung nicht berücksichtigt, kam aber ohnehin nie über einen 4-prozentigen Anteil hinaus.
5. Im Schuljahr 1980/81 wurde erstmals auch der Beruf der Mutter abgefragt. Bis dahin wurde er nur im Falle der Abwesenheit des Vaters berücksichtigt.

den Bedingungen einer globalisierten Gesellschaft sind kulturelle Unterschiede – wenn wir darunter unterschiedliche Lebensstile sowie Wert- und Normvorstellungen verstehen – meist wesentlich ausgeprägter zwischen sozialen Schichten zu finden als zwischen Völkern und Nationen. Handelt es sich beispielsweise um Nachbarländer oder autochthone ethnische Minderheiten, haben wir es meist eher mit Abgrenzungen zu tun, deren Charakter mit Freuds Formulierung vom „Narzißmus der kleinen Differenzen" gut beschrieben ist (2010, 64). Wer nach „kulturellen Unterschieden" zwischen deutsch- und slowenischsprachigen Kärntnern sucht, wird kaum

fündig werden. Allerdings gibt es grundsätzliche Unterschiede bezüglich der *sozialen Identität*[3] zwischen Angehörigen von Mehr- und Minderheiten sowie Eigenschaften, die auf die oben dargestellte sozialstrukturelle Prägung verweisen. Historisches Hintergrundwissen, im Sinne der Ethnohistorie (Wernhart/Zips 1998), ist zwar eine Voraussetzung, wer aber Zeitgemäßes über die Identität von Kärntner Slowenen erfahren möchte, sollte sich die Sozialstruktur ansehen. Der überproportional hohe Bildungsgrad und die damit einhergehenden Berufsprofile sind ein wesentlicher Aspekt von Identität und Habitus bei Angehörigen der slowenischen Minderheit.

Die symbolische Ethnizität: ein Mittelschichtsphänomen

Die Theorie der symbolischen Ethnizität wurde vom US-amerikanischen Soziologen Herbert Gans Ende der 1970er-Jahre begründet. Er antwortete damit auf einen akademischen Trend, der ein erneutes Aufleben von Ethnizität – bezeichnet als „ethnic revival" – unter US-Amerikanern mit europäischem Migrationshintergrund in dritter Generation zu erkennen glaubte. Gans zufolge sei dieser ethnische Bezug jedoch ohne jegliche sozialstrukturelle Relevanz und zeitige keinerlei bedeutende Folgen im Alltagsleben. Der Ethnizität kämen mehr expressive als instrumentelle Funktionen zu, sie diene vorwiegend als Ausdrucksmöglichkeit einer einzigartigen Individualität. Gerade weil die sozialstrukturelle Dimension der ethnischen Zuordnung an Bedeutung verliere, werde ethnische Identität von den betreffenden Personen umso stärker betont (Gans 1979). Pointiert gesagt: Ethnizität wird zur Freizeitaktivität und einer Art Aushängeschild.

Gans' Theorie ist zwar über vierzig Jahre alt und entstand in einem ganz anderen Zusammenhang. Es geht mir allerdings nicht um einen Vergleich der Lebensumstände von Nachkommen europäischer Einwanderer in den USA mit jenen der slowenischen Minderheit in Kärnten. Interessanter ist die Frage, ob der Kern der Theorie symbolischer Ethnizität auf den hier erörterten Forschungsgegenstand übertragen werden kann. Es sind vor allem zwei Kernelemente, die die Theorie der symbolischen Ethnizität für die Kärntner-slowenische Situation interessant machen. Erstens: Unbedingte Voraussetzung, die eine Möglichkeit zur Entwicklung symbolischer Ethnizität überhaupt erst entstehen lässt, ist die soziale Aufwärtsmobilität einer ethnischen oder nationalen Gruppe und die damit einhergehende öffentliche Sichtbarkeit von Ethnizität in Medien und diversen Institutionen. Zweitens: Der soziale Aufstieg hat eine Abnahme der instrumentellen Funktionen der ethnischen Herkunft sowie eine Zunahme des symbolischen Bezugs auf ebendiese zur Folge. Es kommt zu einer Dominanz der expressiven über die funktionelle Bedeutung von Ethnizität; Organisationen der ethnischen Gruppe verlieren an Relevanz.

Zum ersten Punkt: Es wurde bereits festgehalten, dass die slowenische Minderheit – als gesellschaftliche Einheit[4] gedacht – einen erheblichen sozialen Aufstieg erreichte. Dem hinzuzufügen wäre noch, dass Angehörige der slowenischen Minderheit in letzter Zeit bei Postenbesetzungen, öffentlichen Auftritten und Preisverleihungen zunehmend berücksichtigt werden. Maja Haderlap hielt die Festrede zum Staatsakt in der Wiener Staatsoper, mit dem das offizielle Österreich im Jahr 2018 den 100. Jahrestag der Errichtung der Republik feierte[5], Martin Kušej wurde Direktor des Wiener Burgtheaters, Josef Marketz Bischof der Diözese Gurk, Tanja Prušnik Präsidentin des Wiener Künstlerhauses, Katja Gasser leitet das Literaturressort des ORF, und auch in Berichten über den Literatur-Nobelpreisträger Peter Handke wird gerne dessen Kärntner-slowenische Herkunft mütterlicherseits hervorgehoben. Vor allem im Bereich von Kunst und Kultur sind Slowenischsprachige überrepräsentiert. Beispielsweise sind von allen 78 Trägern (Einzelpersonen sowie Organisationen bzw. Vereine) des Kulturpreises des Landes Kärnten der Jahre 2016 bis 2021 dreizehn Einzelpersonen und ein Verein der slowenischen Minderheit zuordenbar,[6] was einem Anteil von 18 Prozent entspricht. Kärntner Slowenen sind in der gegenwärtigen intellektuellen Kultur des Landes jedenfalls stark vertreten, was eigentlich ein Kennzeichen von Elitenverbänden und keines von Minderheiten[7] ist. Folgen wir Gans' Argumenten, die er seinerzeit den oberflächlichen Verkündern eines „ethnic revival" in den USA entgegensetzte, spricht einiges dafür, dass das erhöhte Sozialprestige des Slowenischen sowie der Zugehörigkeit zur slowenischen Volksgruppe mitunter die Folge sozialstruktureller Aufwärtsmobilität ist. Anders gesagt: Wir haben es auch mit klassenspezifischen Bewertungs- und Wahrnehmungsmustern zu tun und nicht bloß mit einem den Kärntner Slowenen entgegenkommenden positiven gesellschaftlichen Klima, auf welches in politischer Rhetorik gerne verwiesen wird. Dass Diskriminierungserfahrungen junger Angehöriger der slowenischen Minderheit im Vergleich zur Vergangenheit relativ selten geworden sind (vgl. Obid 2018, 125–130), ist ganz wesentlich auf den beschriebenen gesellschaftlichen Aufstieg zurückzuführen. Die bildungsinduzierte soziale Aufwärtsmobilität hat allerdings eine abnehmende Sprachkompetenz (in slowenischer Sprache) zur paradoxen Folge.

Womit wir beim zweiten zentralen Punkt der Theorie symbolischer Ethnizität angelangt wären, nämlich der Dominanz der expressiven über die funktionelle Bedeutung von Ethnizität. Zum einen erhöht sich durch die verbesserte sozialstrukturelle Position in der Gesellschaft die soziale und geographische Mobilität, was zu einer Abnahme der instrumentellen Funktionen von Ethnizität führt. Zum anderen bestärkt die ebenfalls durch den gesellschaftlichen Aufstieg ausgelöste erhöhte medial vermittelte öffentliche Aufmerksamkeit die Herausbildung des symbolischen

Bezugs zur ethnischen Herkunft, indem diese als ein Ausdruck einzigartiger persönlicher Individualität erscheint.

Die abnehmende Funktionalität der slowenischen Sprache und der gesteigerte symbolische Bezug zur Ethnizität

Die mitunter durch den gesellschaftlichen Aufstieg gesteigerte geographische und soziale Mobilität führt dazu, dass die alltägliche Lebenswelt von Angehörigen der slowenischen Minderheit immer weniger durch deren Zugehörigkeit zur Volksgruppe geprägt wird. In mancherlei Hinsicht funktioniert diese nichtsdestotrotz immer noch als eine Art Gemeinschaft.[8] Gemeinschaftsmitglieder können gruppenintern einerseits mit mehr *Solidarität*, andererseits mit verstärkter sozialer *Kontrolle* rechnen. Beide Folgen der Gemeinschaftszugehörigkeit bedingen einander und stehen in einem unauflösbaren Spannungsverhältnis. Dass Gemeinschaften – als soziale Einheiten gefasst – keine statischen Gebilde sind, versteht sich zwar von selbst, sei hier aber angemerkt, um möglichen Missverständnissen vorzubeugen.[9] Es sei aber auch darauf verwiesen, dass neben all den „dynamischen Prozessen", denen meist der Löwenanteil an Aufmerksamkeit zuteil wird, auch starke Kräfte des Beharrens wirken. Im Folgenden werden einige Entwicklungsaspekte dargestellt, die für die slowenische Minderheit derzeit kennzeichnend sind.

Da sowohl das Bundesland Kärnten innerhalb Österreichs als auch das zweisprachige Gebiet innerhalb Kärntens – die urbanen Einzugsbereiche Klagenfurts und Villachs ausgenommen – zu den strukturschwächsten Regionen gehören, ist die Abwanderung vorwiegend jüngerer und formal hoch (aus)gebildeter Bevölkerungsteile stark ausgeprägt. Im Bundesland Kärnten beträgt der Anteil der 19- bis 29-Jährigen 11,40 % an der Gesamtbevölkerung, österreichweit liegt dieser Anteil – Kärnten herausgerechnet – bei 13,46 % (Statistik Austria 2021, Berechnung des Autors). Eine eigene derartige Berechnung für die slowenische Minderheit durchzuführen, war einerseits aus oben bereits genannten Gründen letztmalig anhand der Volkszählung 2001 möglich, wäre aber andererseits aufgrund der Assimilierungstendenzen innerhalb der älteren Generation ohnehin nur bedingt vergleichbar mit den Daten der Gesamtbevölkerung. Auch diesbezüglich gilt: Eine aktuelle Quantifizierung der Abwanderung von slowenischsprachigen Bevölkerungsteilen Kärntens wäre nur anhand relativ aufwändiger Stichproben möglich.[10] In diesem Rahmen müssen wir uns mit einer heuristischen Herangehensweise begnügen. Eine erste Annahme lautet, dass formal höher Gebildete und sogenannte hochqualifizierte Arbeitskräfte dazu neigen, eine etwaige periphere ländliche Herkunftsregion zu verlassen, da diese ihnen erstens kaum ihrer Qualifikation entsprechende

Arbeitsplätze bietet und zweitens das Landleben oft nicht jenen soziokulturellen Ansprüchen genügt, die sich während der Studienzeit in der urbanen Lebenswelt hervorbildeten bzw. verfestigten. Da alle Bundesländer Österreichs innerhalb der für den Binnenmarkt der Europäischen Union kennzeichnenden Struktur von Zentrum und Peripherie und des damit einhergehenden sozio-ökonomischen Gefälles bezüglich der Intra-EU-Mobilität zu den Empfängerregionen (receiving regions) gehören, ist hierzulande vor allem die innerstaatliche Abwanderung aus strukturschwächeren ländlichen Gegenden in städtische Gebiete relevant. Mit massenhafter Abwanderung der erwerbsfähigen Bevölkerung, die v. a. die südlichen und östlichen Mitgliedsländer der EU betrifft, haben wir es in Österreich grundsätzlich nicht zu tun (European Committee of the Regions 2018).

Ohne genaue Zahlen zu kennen ist offenkundig, dass Wien und Graz die für slowenischsprachige Bevölkerungsteile Kärntens attraktivsten Ballungszentren außerhalb Kärntens darstellen. In beiden Städten gibt es auch so etwas wie eine organisierte Kärntner slowenische Diaspora. Für die jüngere Generation sind etwa die dortigen slowenischen Studentenklubs[11] zentrale Orte, die für den Erhalt einer gewissen Gemeinschaftlichkeit sorgen und so zur Reproduktion von minderheitsspezifischer sozialer Identität beitragen. Und doch sind in der innerösterreichischen „Kärntner-slowenischen Diaspora" die instrumentellen Funktionen der Minderheitenzugehörigkeit tendenziell von noch geringerer Bedeutung, als dies ohnehin schon auch auf das sogenannte angestammte Siedlungsgebiet in Südkärnten zutrifft, in welchem sich eine gut wahrnehmbare und für die Bewohner im Alltag relevante Gegenwart des Slowenischen mittlerweile auf wenige Ortschaften konzentriert. Meinen Untersuchungen zufolge (Obid 2018, 2020a, 2020b, 2021) ist die funktionelle Bedeutung der slowenischen Sprache für jüngere Angehörige der slowenischen Minderheit oft sehr gering. Bei der jüngeren Generation ist beispielsweise der Medienkonsum in slowenischer Sprache eher die Ausnahme als die Regel und beschränkt sich zudem stark auf das Angebot, das innerhalb der Volksgruppe zur Verfügung gestellt wird. Das Medienangebot aus Slowenien wird wenig wahrgenommen. Slowenien gehört nur sehr bedingt zum Referenzraum junger Angehöriger der slowenischen Minderheit; die meisten dort aktuell diskutierten slowenienspezifischen politischen und sozialen Angelegenheiten sind ihnen völlig unbekannt. Auch im Berufsleben spielt das Slowenische für die Mehrheit der Minderheitenangehörigen eine sehr untergeordnete Rolle. Da Spracherwerb „gerade im Berufsleben ein permanenter und lebenslanger Prozess ist", wie Domej schreibt, „trägt die Absenz des Slowenischen in dieser Lebenswelt zu erheblichen sprachlichen Defiziten bei" (2004, 194). Der fortschreitende Verlust an instrumentellen Funktionen der slowenischen Sprache betrifft tendenziell alle

jüngeren Minderheitenangehörigen, verstärkt jedoch jene, die sich räumlich und/oder sozial von der Volksgruppe distanziert haben. Aufgrund der beschriebenen Entwicklungsrichtung der sozialen Aufwärtsmobilität und Urbanisierung ist der Anteil an „Distanzierten" als relativ groß einzuschätzen. Doch was sind die Charakteristiken dieser „Distanz"?

Versuchen wir der „Distanz" mit einer theoretischen Überlegung über einige wesentliche Eigenschaften von Gemeinschaften näher zu kommen: Eine Gemeinschaft zeichnet sich durch ein gewisses Maß an Integrationskraft aus, die ihre Mitglieder enger aneinanderbindet als an Gruppen außerhalb. Nun ist es grundsätzlich so, dass Gemeinschaften in Gesellschaften mit ausgeprägter Differenzierung sozialer Funktionen (Stichwort Arbeitsteilung) kaum Funktionen der Selbstverwaltung wahrnehmen (vgl. Elias 2006, 465 f.). Gegenseitige Bindungen von Gemeinschaftsmitgliedern bleiben in Gesellschaften stark urbanisierter und komplex organisierter Nationalstaaten meist auf das Privatleben beschränkt.[12] Durch die zunehmende Mobilität ist das Bedürfnis nach sozialen Beziehungen, nach Freundschaft, Freizeit und Beruf immer weniger an die unmittelbare räumliche Umgebung gebunden. Bei Angehörigen der slowenischen Minderheit begünstigt der oben dargestellte sozialstrukturelle Wandel die Mobilität zusätzlich. Diese Entwicklungsrichtung muss die Integrationskraft der Minderheit geradezu schwächen, da ein immer größeres Maß an sozialer Aktivität außerhalb der Bezugsgruppe stattfindet. Fragt man junge Erwachsene nach den Vorteilen eines Lebens im urbanen Umfeld, wird oft die Anonymität und die damit zusammenhängende geringere soziale Kontrolle durch Familie und Nachbarschaft genannt. Elias meint, die Integrationskraft einer Gemeinschaft lasse sich mitunter messen, indem geprüft wird, inwiefern deren Mitglieder für Gerüchte und Klatsch empfänglich sind, die innerhalb dieser verbreitet werden und als Mittel der Integration und Kontrolle ebendieser dienen. „*Denn Menschen, die vollkommen über den Dingen stehen, die von dem Schimpf- und Lobklatsch einer Gemeinschaft und seinem Druck, sich konform zu verhalten, emotional vollkommen unberührt bleiben, stehen außerhalb der Gemeinschaftsebene der Integration.*" (2006, 470 f.) Von Angehörigen der slowenischen Volksgruppe wird oft ein gewisses Maß an Engagement für Minderheitenbelange erwartet, das meist im Bereich kultureller Aktivität stattfindet. Was einerseits zentral für die soziale Kohäsion der Gruppe ist, trägt andererseits auch zur Entstehung des Gefühls der „Enge der Gemeinschaft" bei. Die gesteigerte Mobilität bietet wiederum mehr Möglichkeiten, sich dieser Enge zu entziehen. Diese Weise der Distanzierung hat unter den gegebenen Voraussetzungen den weitgehenden Verlust der instrumentellen Funktionen von Ethnizität zur Folge, die vermehrt einen Symbolcharakter anzunehmen beginnt. Dasselbe gilt für die slowenische Sprache. „Mit der Sprache sind wir oder sind wir nicht, mit der Sprache werden wir oder werden wir nicht sein",

brachte Florjan Lipuš einst eine Art Glaubensbekenntnis der Kärntner Slowenen auf den Punkt, das bei zahlreichen Anlässen immer wieder gerne vorgetragen wird. Warum wurde gerade dieses Diktum des Schriftstellers zu einer stehenden Wendung? Es ist der emotive Appell, zum Erhalt des Slowenischen in Kärnten beizutragen, der bei den Adressaten eine bereits verinnerlichte Grundüberzeugung bestärkt. Für den hier behandelten Forschungsgegenstand ist allerdings etwas anderes daran interessanter: Die zutreffende Annahme, die diesem Diktum zugrunde liegt, ist, dass die ideelle Bedeutung des Slowenischen die funktionelle übersteigt. Stünde die alltägliche Funktionalität des Slowenischen als Minderheitensprache lang- und mittelfristig nicht in Zweifel, ergäbe Lipuš' Paraphrase keinerlei Sinn.

Zugehörigkeit und Verpflichtung: Die slowenische Sprache als ambivalenter Anker der Identität

Die in Umrissen dargestellte Entwicklungsrichtung der zunehmenden Distanz zur ethnischen Bezugsgruppe ist selbstverständlich kein allgemein auf Angehörige der slowenischen Minderheit zutreffendes Muster. Gewiss gibt es unterschiedliche Typen ethnischer Identifikation, die von geographischen und sozialen Faktoren abhängen. Die Kärntner-slowenische Forscherin Štefka Vavti interviewte beispielsweise 35 Personen im Alter zwischen 17 und 30 Jahren, „die sich mit der slowenischen Volksgruppe noch identifizieren" (2012, 12), und wies ihnen zehn unterschiedliche Typen der Identität zu. Das Spektrum reicht bei ihr von der „verwurzelt-traditionellen Identität" bis zur „symbolischen", „kosmopolitischen" und „vielschichtigen Identität". Auch Vavtis Untersuchungen zufolge dominieren Identitätstypen, die auf eine abnehmende Integrationskraft der Volksgruppe schließen lassen und dieser gegenüber eher eine Position der kritischen Distanz einnehmen. Gleichzeitig ist aber unter jüngeren slowenischsprachigen Österreichern ein Phänomen zu beobachten, das ich als „Gefühl der persönlichen Mitverantwortung für den Fortbestand der slowenischen Minderheit" bezeichne (siehe auch Obid 2020b und 2021). Es drückt sich vor allem im fixen Vorhaben von Eltern aus, die slowenische Sprache an die nächste Generation weiterzugeben, aber auch im Engagement für Kulturvereine sowie im Bemühen, historische (Leid-)Erfahrungen der Vorfahren zu vermitteln. Die Identifikation mit der slowenischen Herkunft unterscheidet sich dabei fundamental von jener vorangegangener Generationen. Während es bis vor wenigen Jahrzehnten noch alle politischen Lager übergreifend selbstverständlich war, sich auf die Zugehörigkeit zur slowenischen Nation zu berufen (matični narod – wörtlich „Muttervolk"), ist diese Art der Identifikation heute aus dem politischen Diskurs verschwunden. Was allerdings wenig verwundert, da nationales Pathos kaum noch als ein legitimer politischer Standpunkt anerkannt wird.[13] In

den letzten Jahren kam zudem – vor allem aus dem akademischen Milieu – vermehrt Kritik am Bezug zur Identität auf, da das ihr zugrundeliegende Konzept auf Ausgrenzung beruhe.[14] Diese ideologischen Prozesse entfalten ihre Wirkung auch im Gegenstandsbereich meiner Forschung. Die Identifikationsmuster bei Angehörigen der slowenischen Minderheit sind mitunter ein Resultat davon. Da nationale Zugehörigkeit und ethnische Identität kein legitimer Grund für Pathos mehr sind, wird der positive Bezug zur slowenischen Herkunft auf andere Weise rationalisiert. Das in einer sich selbst ideell als eine Meritokratie begreifenden Gesellschaft legitimste Motiv ist das der Kompetenz. Die slowenische Sprache wird so auf ihre instrumentelle Funktion reduziert, was an sich schon einigermaßen paradox ist, berücksichtigt man die weiter oben beschriebene Entwicklungsrichtung des Verlusts an Funktionalität.

Das Gefühl der persönlichen Mitverantwortung für den Fortbestand der slowenischen Minderheit drückt sich also vor allem darin aus, den eigenen Kindern die slowenische Sprache beizubringen, aber kaum jemand würde – im Unterscheid zur Vergangenheit – damit heute noch explizit eine nationalpolitische Agenda verbinden wollen. Dasselbe gilt für das Engagement in den Bereichen Kultur und Erinnerung. Letztendlich bleibt aber der Bezug zur ethnischen Identität, wenn auch verschleiert, die Triebfeder sowohl der Sprachweitergabe als auch des anderweitigen einschlägigen Engagements. Auch das besagte Lipussche Diktum verweist darauf. Was, wenn nicht die ethnische oder (nationale) Identität, würde mit der Sprache verschwinden?

Sowohl aus den von mir selbst geführten Interviews als auch aus etlichen weiteren, die von anderen Autoren zitiert werden, sowie aus zahlreichen mir persönlich bekannten Fällen ist ersichtlich, dass auch jene Slowenischsprachige mit Kärntner-slowenischem Familienhintergrund, die zur Volksgruppe in großer geographischer und/oder sozialer Distanz leben, ganz überwiegend die slowenische Sprache an die nächste Generation weitergeben möchten. Rationalisiert wird dieses Vorhaben zwar meist mit dem Verweis auf die Vorteile der Zwei- und Mehrsprachigkeit, es hat aber mitunter auch etwas mit Konformitätsdenken zu tun bzw. mit dem Wunsch, sozial erwünschtem Verhalten zu entsprechen. Die Pflege der slowenischen Sprache und ihre Weitergabe an Nachfolgegenerationen ist ein Wert, der von Minderheitenangehörigen selten hinterfragt oder zumindest nicht offen zur Disposition gestellt wird. Wer dies tut, kann mit der Feindseligkeit durch andere Volksgruppenangehörige rechnen, da mit einem solchen Verhalten der Zusammenhalt und das Solidaritätsgefühl innerhalb der eigenen Gruppe geschwächt wird.

Soziale Zugehörigkeit bedingt Verpflichtungen. Nimmt man gewisse Verpflichtungen nicht wahr, hat das Folgen. Es wurde weiter oben bereits

dargestellt, dass das Verbreiten von Klatsch und Gerüchten als ein Mittel zur Integration und Kontrolle von Gemeinschaften dient. Bezüglich der Weitergabe der slowenischen Sprache an die eigenen Nachkommen sollte der damit in Verbindung stehende soziale Druck nicht unterschätzt werden. Entspricht man nicht dieser Mindestanforderung, wird das innerhalb der Volksgruppe zumindest mit abwertenden Kommentaren quittiert. Um den moralischen Druck zu erhöhen, werden oft Leiderfahrungen vorangegangener Generationen ins Feld geführt: „Stell dir vor: Der Großvater war in Dachau und seine Enkelin spricht mit ihren Kindern deutsch." Auf Aussagen dieser Art stößt man als Angehöriger der slowenischen Minderheit des Öfteren. Der Verweis auf historische Erfahrungen erfüllt mitunter die Funktion, Transzendenz herzustellen. Die slowenische Sprache und die mit der Zugehörigkeit zur Minderheit in Verbindung stehenden Aktivitäten sind auch unter dem Aspekt der Sinnstiftung als eine Werteorientierung zu betrachten. Ohne dieses Element der Transzendenz fehlt eine wesentliche Voraussetzung zum Verständnis von Ethnizität und ethnischer Identität.

Kulturvereine und Erinnerungskultur als Beispiele einer zuwiderlaufenden Tendenz

Ein naheliegendes Gegenbeispiel zur Herausbildung symbolischer Ethnizität – die möglicherweise nur eine Übergangserscheinung auf dem Weg zur Assimilation darstellt – sind die zahlreichen und recht aktiven slowenischen Kulturvereine. Eine neuere Studie über die Partizipation junger Angehöriger der slowenischen Minderheiten in den Nachbarländern Sloweniens weist für Angehörige der slowenischen Minderheit in Kärnten einen sehr hohen Grad an Aktivität in Kulturvereinen aus, ebenso führen die Studienteilnehmer mehrheitlich den Kulturbereich als den am besten organisierten Sektor der institutionalisierten Minderheitentätigkeiten an (Piko-Rustia 2018, 135). Neben der Funktion, zur Befriedigung von Geselligkeits- und Freizeitbedürfnissen beizutragen, ist die kulturelle Tätigkeit maßgeblich dafür zuständig, die gruppeninterne Kohäsion und den Erhalt der slowenischen Sprache zu fördern. *Erhalten* ist ein Schlüsselwort im Bereich von Minderheiten-Studien. Ein Interviewpartner brachte die Bedeutung der Kulturvereine aus seiner Sicht wie folgt auf den Punkt: *„Wenn es keine Kultur oder Singen oder was auch immer mehr geben würde, würde auch das slowenische Wort verklingen. Darum war das immer irgendwie in unseren Gedanken und wurde uns in einer schönen, angenehmen Weise auch aufgezwungen (...). Das machst du wirklich gerne und es wird dir mit den Jahren immer mehr bewusst, wie wichtig das ist.*" (anonymisierter, 24-jähriger Interviewpartner, zit. in Obid 2018, 115 f. [Übers. d. A. aus dem Slow.]) Diese Aussage bringt die Ambivalenz von Zugehörigkeit sehr treffend

zum Ausdruck und verweist außerdem auf ein wesentliches Element der sozialen Identität von Angehörigen autochthoner ethnischer oder nationaler Minderheiten, nämlich den Wunsch nach *Kontinuität*, der mit einer sozialen Verpflichtung einhergeht. Letztere wird – im Fall der Kärntner Slowenen vorwiegend familiär vermittelt – zu einer von den einzelnen Minderheitenangehörigen verinnerlichten Werteorientierung.

Der Begriff der symbolischen Ethnizität, wie er von Herbert Gans definiert wurde, greift in unserem Fall dort am wenigsten, wo die slowenische Minderheit über intakte Organisationsstrukturen im Bereich von Kommunalpolitik und Kultur verfügt. In diesen Orten Südkärntens sind Volksgruppenangehörige zumindest teilweise stark in das einschlägige Organisationsleben eingebunden. Aber auch das oben angesprochene Gefühl der persönlichen Mitverantwortung für den Fortbestand der slowenischen Minderheit ist ein Element, das den Tendenzen der symbolischen Ethnizität zuwiderläuft. Einen entscheidenden Unterschied scheint die Autochthonie der slowenischen Minderheit in Zusammenhang mit ihren bitteren historischen Erfahrungen zu markieren. Die sich vorwiegend auf den antifaschistischen Widerstand beziehende Erinnerungskultur der Kärntner Slowenen ist zwar bereits seit Jahrzehnten eine tragende Säule ethno-nationaler Identität, gegenwärtig ist sie jedoch in gewisser Weise tragender als jemals zuvor. Das hat einen bestimmten Grund: Die Rahmenbedingungen der Erinnerungskultur sind in der Gegenwart ganz andere als noch vor einigen Jahrzehnten. Erinnerung an die NS-Zeit hat in Österreich seit einigen Jahren politische Konjunktur, und der sogenannte „antifaschistische Grundkonsens" wurde zu einer stehenden Wendung politischer Rhetorik der höchsten Repräsentanten des Staates. Mitunter hat das zur Folge, dass Antifaschismus als Bezugspunkt zu einer Art Zufluchtsort einer legitim erscheinenden Identität der Kärntner Slowenen wurde. Vereinfacht ausgedrückt: Während nationales Pathos in Verruf geriet, brachte antifaschistisches Pathos plötzlich Anerkennung von höchster Stelle ein. Letztendlich aber übt das Pathos des Antifaschismus zum Teil eine Ersatzfunktion für das stigmatisierte Pathos der Nation aus. Da der Bezug zur ethnischen oder erst recht zur nationalen Identität heute schnell unter Verdacht des Ethnozentrismus bzw. Nationalismus oder gar des Rassismus und Faschismus gerät, wird die Zugehörigkeit zur ethnischen Gruppe unter anderem auf diese Weise rationalisiert bzw. gerechtfertigt.

„Wir Slowenen sind eine nationale, keine Sprachminderheit" – Kritik der reinen Kompetenz

Der unter Anführungszeichen gesetzte Teil der Kapitel-Überschrift war Titel eines Beitrags der politisch weit linksstehenden Studentenzeitschrift Kladivo[15] (1976, 15), in dem in sehr scharfem Ton kritisiert wird, dass der

Obmann der Österreichischen Widerstandsbewegung bei einer gemeinsamen Sitzung mit den slowenischen Zentralverbänden die Kärntner Slowenen als eine „Sprachminderheit" bezeichnete. „*Wenn ein Vertreter der Österreichischen Widerstandsbewegung meint, dass die Slowenen in Kärnten der österreichischen Nationalität zugehörig sind, ist das seine Sache. Etwas anderes ist aber, dass einige Vertreter der Zentralverbände mit derlei Einlagen gewollt oder ungewollt Zweifel unter unseren Leuten vor Ort säen, ob wir Slowenen in Kärnten noch Teil des ganzen slowenischen Volkes sind oder nicht.*" (Kladivo 1976, 15 [Übersetzung d. A.]) Ein Standpunkt, wie er damals von der Zeitschrift Kladivo vertreten wurde, stieße heute – alle weltanschaulichen Lager übergreifend – auf allgemeine Ablehnung, allen voran durch die politische Linke. Das Zitat hilft uns aber zu verstehen, welch grundlegender ideologischer Paradigmenwechsel seitdem stattgefunden hat. Während der Begriff *Sprachminderheit* heute gewiss weniger Widerspruch hervorruft als jener der *nationalen* Minderheit, verwehrte man sich innerhalb der Kladivo-Redaktion äußerst schroff dagegen. „*Hitler wollte mit seinen Plakaten ‚Kärntner sprich deutsch' nicht bloß das Reden einer ‚Sprachminderheit' ausrotten. Mit seinen entsetzlichen Taten rief Hitler uns allen blutig in Erinnerung, dass er vorhatte, das gesamte slowenische Volk auszurotten, dass er es nicht nur ‚sprachlich', sondern auch sozial, ökonomisch, kulturell und biologisch vernichten wollte. Deshalb ist es kein Wunder, dass sich gerade im antifaschistischen Kampf unser slowenisches Nationalbewusstsein entscheidend formte.*" (ebd.) Ähnliches gelte für die österreichische Nationalität. Erst nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges entstand ein österreichisches Nationalbewusstsein in breiteren Schichten, davor hätten in erster Linie Kommunisten der Denkrichtung, Österreicher seien Teil des deutschen Volkes, widersprochen. „*Auch das österreichische Nationalbewusstsein hat sich erst im antifaschistischen Kampf entscheidend geformt. Das verbindet es mit dem slowenischen Nationalbewusstsein in Kärnten. Es verbindet sie auch, dass die schlimmsten Feinde der Kärntner Slowenen gleichzeitig auch die schlimmsten Feinde der österreichischen Nationalität sind – wie damals so auch heute. Deshalb kämpfen wir Kärntner Slowenen auch gemeinsam mit den nationalbewussten Österreichern für die Demokratie im gemeinsamen Staat.*" (ebd., 16)

Was aus diesen Zeilen spricht, ist eine heute weitgehend verdrängte Variante des nationalen Pathos. Die damaligen jungen linken Intellektuellen und Aktivisten begriffen die Nation als ein historisch kontingentes politisches Projekt, während man sich heute zum Zwecke seiner Negation meist auf den biologistischen Nationsbegriff bezieht, der sich leichter politisch desavouieren und folglich entsorgen lässt. Aus Kladivo-Perspektive war der Deutschnationalismus der gemeinsame politische Gegner slowenischer und österreichischer Patrioten. Hintergrund dieser Haltung war mitunter, dass damals vor allem die Kommunistische Partei Österreichs den heute polemisch als „Opferthese" bezeichneten Standpunkt vertrat.[16]

Der kurze Exkurs in die Vergangenheit soll dazu beitragen, die für die Gegenwart kennzeichnenden Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster im Bereich von Nation und Ethnie zu relativieren. Im Folgenden werde ich versuchen, den sozio-ökonomischen und ideologischen Hintergrund heute dominanter Sichtweisen auf dem Gebiet der Ethnizität zu charakterisieren, die darauf hinauslaufen, Sprache und Herkunft auf deren instrumentelle Funktionen zu reduzieren.

In einer Gesellschaft, die sich selbst als Meritokratie begreift, in welcher also die Leistungen des Einzelnen über dessen individuelle Lebenschancen und Erfolg entscheiden sollen, tendieren Menschen, die Interdependenzketten (vgl. Elias 1987) zu übersehen, die sie an andere Mitglieder der Gesellschaft binden, da diese Bindungen dem ideologischen Fundament meritokratischer Überzeugungen widersprechen. Die Vorstellung, Leistungen von Einzelnen in einer Gesellschaft, in der alle Menschen derart stark und unleugbar in ein undurchschaubares Geflecht von gegenseitigen Abhängigkeitsketten eingebunden sind, objektiv messen zu können und extrem unterschiedlich gewichtet zu entlohnen, ist zwar an sich abwegig, nichtsdestotrotz jedoch eine latente Grundüberzeugung, die unserem System der Distribution materieller Güter zugrunde liegt (der Markt als objektive Instanz soll den Preis bestimmen). Individuell erworbene Fähigkeiten erscheinen als ein legitimes Mittel, soziale Ungleichheit zu begründen, während gewisse angeborene Eigenschaften dies nicht rechtfertigen. Geschlecht oder Herkunft dürfen laut Verfassung kein Ausschlusskriterium für was auch immer sein. Das meritokratische Ideal ist freilich sehr weit weg von seiner realen Verwirklichung, da es hauptsächlich die familiäre Herkunft ist, die über die Lebenschancen des Einzelnen entscheidet, wobei dieser Faktor in den letzten Jahrzehnten sogar wieder an Gewicht zugenommen hat (Piketty 2014). Die Familie ist wieder verstärkt jene Keimzelle sozialer Ungleichheit, welche die Basis zur Reproduktion sozialer Hierarchie bildet. Das ideologische Prinzip der Meritokratie ist gegenwärtig durch diesen Grundwiderspruch gekennzeichnet, der dessen Legitimität permanent in Frage stellt.

In den zeitgenössischen Sozialwissenschaften sind Tendenzen bemerkbar, die soziales Handeln vorwiegend der Logik von Kapital, Waren und Nutzen folgend deuten.[17] Diese neoliberale Spielart des Rationalismus übersieht die Vielschichtigkeit menschlichen Daseins. Angehörige der slowenischen Minderheit mögen zwar statt auf ethnische oder nationale Identität vermehrt auf ihre Zweisprachigkeit Bezug nehmen, die slowenische Sprache fungiert letztendlich trotz allem auch als ein Unterscheidungsmerkmal sowie als ein sinnstiftendes Element der Transzendenz und nicht bloß als Kompetenz und „kulturelles Kapital“. Wer sich unterscheiden will, grenzt sich auch ab. Grenze und Abgrenzung aber sind im sozialkonstruktivistischen akademischen Diskurs zu einem Negativ-Fetisch geworden.

Diesbezüglich gilt es zu einer realistischeren Anthropologie zurückzukehren und Abgrenzungen als der Ethnizität zugrundeliegenden Mechanismus zu untersuchen, wie Fredrik Barth (1998) dies tat, statt sie den eigenen Idealen entsprechend zu denunzieren. Grenzen – nicht bloß solche zwischen Staaten, Nationen und Ethnien – sind eine allgegenwärtige soziale Erscheinung. Grenzen und Abgrenzungen zum Anderen („the other") und die davon abgeleitete Identität als eine der wesentlichen Wurzeln der Ungleichheit zu identifizieren (wie etwa Butler 1997 und Hall 2004), ist eine der fatalen Sackgassen rezenter Sozialwissenschaften und der Hauptgrund, weshalb diese immer häufiger geneigt sind, im Moralismus zu münden. Da Abgrenzungen ein unvermeidlicher sozialpsychologischer Mechanismus sind, trägt eine theoretische Delegitimation dieser wenig dazu bei, soziale Ungleichheit und Diskriminierung zu verringern, was das erklärte Ziel engagierter Sozialwissenschaft ist. Die Ausbeutung dieses sozialpsychologischen Mechanismus ist lediglich das *Mittel,* Ungleichheit zu rationalisieren, während deren Ursachen in der sozialen Struktur zu suchen sind. Diese sozialwissenschaftliche Sackgasse bezeichne ich als eine *intellektuelle Krise der Ungleichheitsdebatte*.

Eine Debatte über die Legitimität sozialer Ungleichheit, über die sich weiter öffnende sprichwörtliche Schere zwischen Arm und Reich, ist in der Gegenwart omnipräsent. Eine Schlüsselfrage ist dabei, inwiefern materielle Ungleichverteilung als gerechtfertigt empfunden wird. An dieser Stelle nähern wir uns einer im hier erörterten Gegenstandsbereich entscheidenden Problemstellung an. Im sozialkonstruktivistischen Diskurs der Gegenwart erscheinen allen voran die Kategorien Ethnizität und Geschlecht als Bastionen der Diskriminierung sowie Privilegierung. Auf dem Gebiet der Ethnizität hat das zur Folge, dass damit in Verbindung stehende Bezüge auf Identität mit einem Stigma belegt werden, da diese auf Abgrenzung und dem Ausschluss anderer beruhten. Das ist der wesentliche Grund, weshalb zunehmend Zwei- und Mehrsprachigkeit betont und auf den Bezug zur Identität verzichtet wird. Die Bedeutung von Sprache wird unter diesen Bedingungen weitgehend auf ihre instrumentellen Funktionen reduziert. Sie wird zur „Kompetenz", „Qualifikation" und zu „Humankapital". Mit dieser ökonomistisch verengten Sichtweise gehen wesentliche Elemente verloren, die der Begriff Ethnizität theoretisch umfasst. Die einleitend zitierte Parole vom Geschenk der Zweisprachigkeit ist symptomatisch für das grundsätzlich wohlwollende politische Umfeld, mit dem es die slowenische Minderheit derzeit zu tun hat. Sie ist aber ebenfalls symptomatisch für die eng gesetzten Grenzen dieses Wohlwollens.

Literatur- und Quellenangabe

Auinger, Herbert (2000). Haider. Nachrede auf einen bürgerlichen Politiker. Promedia, Wien.

Baier, Walter (2009). Das kurze Jahrhundert. Kommunismus in Österreich. KPÖ 1918 bis 2008. Wien.

Barth, Fredrik (1998 [1969]). Introduction. In: Fredrik Barth (Hg.): Ethnic Groups and Boundaries. The Social Organization of Culture Difference. Waveland Press, Long Grove. 9–38.

Bildungsdirektion für Kärnten (2019). Das Minderheitenschulwesen 1958/59–2018/19. https://www.bildung-ktn.gv.at/wp-content/uploads/2019/03/110319_Druck-BD-Chronik-MSW.pdf (Aufruf: 14.11.2019).

Bourdieu, Pierre (1987). Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Suhrkamp. Frankfurt am Main.

Bourdieu, Pierre (1998). Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns. Suhrkamp, Frankfurt am Main.

Brubaker, Rogers (2004). Ethnicity without groups. Harvard University Press, Cambridge, Massachusetts.

Butler, Judith (1997). Körper von Gewicht. Die diskursiven Grenzen des Geschlechts. Suhrkamp, Frankfurt am Main.

Domej, Theodor (2004). Die Bildungsstruktur der Kärntner mit slowenischer Umgangssprache. Analysen, Reflexionen und Anmerkungen zur Volkszählung 2001. In: Thomas Ogris/Theodor Domej: Jahresbericht über das Schuljahr 2003/04. Landesschulrat für Kärnten, Abteilung VII, Minderheitenschulwesen. Klagenfurt. 182–203.

Elias, Norbert (1987) [1939]). Die Gesellschaft der Individuen. In: Michael Schröter (Hg.): Norbert Elias. Die Gesellschaft der Individuen. Suhrkamp, Frankfurt am Main. 15–98.

Elias, Norbert (2006 [1974]). Auf dem Weg zu einer Theorie der Gemeinschaften. In: Gesammelte Schriften. Band 14. Aufsätze und andere Schriften I (hrsg. von Reinhard Blomert/Heike Hammer/Johan Heilbron/Annette Treibel/Nico Wilterdink). Suhrkamp, Frankfurt am Main. 436–490.

Epstein, Brian (2015). The Ant Trap. Rebuilding the Foundations of the Social Sciences. Oxford University Press, New York.

European Committee of the Regions, Commission for Social Policy, Education, Employment, Research and Culture (2018). Addressing brain drain: The local and regional dimension. https://cor.europa.eu/en/engage/studies/Documents/addressing-brain-drain/addressing-brain-drain.pdf (Aufruf: 4.10.2021).

Fraser, Nancy (2017). From Progressive Neoliberalism to Trump – and Beyond. American Affairs I (4), 46–64.

Freud, Sigmund (2010 [1930]). Das Unbehagen in der Kultur (hrsg. von Lothar Bayer/Kerstin Krone-Bayer). Reclam, Stuttgart.

Gans, Herbert J. (1979). Symbolic Ethnicity: The Future of Ethnic Groups and Cultures in America. Ethnic and Racial Studies 2 (1), 1–20.

Hall, Stuart (2004). Wer braucht "Identität"? In: Juha Koivisto/Andreas Merkens (Hg.): Stuart Hall. Ideologie. Identität. Repräsentation. Ausgewählte Schriften 4. Argument Verlag, Hamburg. 167–187.

Kladivo (1976). Koroški Slovenci smo narodna, ne jezikovna manjšina. 1976/6. 15–16.

Kolb, Jonas (2018). Präsenz durch Verschwinden. Sprache und Ethnizität in der Alltagspraxis junger Kärntner Slowen_innen. transcript, Bielefeld.

Letno poročilo ZG/ZRG za Slovence v Celovcu. Jahrgänge 1958/59–2009/10. ZG/ZRG za Slovence v Celovcu, Klagenfurt.

Lipuš, Florjan (2017). Med tezavrom in Minotavrom (Interview: Ana Grilc). Novice. Slovenski tednik za Koroško (16. November). 4–5.

Meusburger, Peter (1979). Ausbildungsniveau und schulische Situation der Slowenen in Kärnten von 1848 bis 1978. In: Peter Haimayer/Peter Meusburger/Hugo Penz (Hg.): Leidlmair – Festschrift I. Fragen geographischer Forschung. Festschrift des Instituts für Geographie zum 60. Geburtstag von Adolf Leidlmair. Selbstverlag des Instituts für Geographie der Universität Innsbruck, Innsbruck. 229–264.

Novak-Trampusch, Maria/Reiterer, Albert F. (2000). Wirtschaftliche Faktoren. In: Karl Anderwald/Maria Novak-Trampusch (Hg.): Minderheiten und grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Alpen-Adria-Raum. Amt der Kärntner Landesregierung, Klagenfurt. 175–178.

Obid, Milan (2010). Ethnizität und Minderheitendiskurs am Beispiel der österreichischen Solidaritätsbewegung mit den Kärntner Slowenen in den 1970er Jahren. Diplomarbeit, Universität Wien.

Obid, Milan (2018). Identitetne opredelitve mladih v slovenskem zamejstvu v Avstriji. In: Milan Obid (Hg.): Mladi v slovenskem zamejstvu: družbeni in kulturni konteksti ter sodobni izzivi. Identitetne opredelitve mladih v slovenskem zamejstvu. Inštitut za narodnostna vprašanja (et al.), Celovec/Ljubljana. 97–134.

Obid, Milan (2020a). Ethnizität digital kommuniziert auf „Social Media" am Beispiel der Facebook-Nutzung dreier slowenischer Studierendenvereine in Wien, Graz und Klagenfurt. In: Horst Peter Groß/Gerald Reiner (Hg.): Digitalisierung. Interdisziplinäre Perspektiven auf eine Gesellschaft im Wandel. Profil Verlag, München/Wien. 160–171.

Obid, Milan (2020b). Jezik in identiteta pri Slovencih na avstrijskem Koroškem. In: Matej Šekli/Lidija Rezoničnik (Hg.): Zbornik Slavističnega društva Slovenije 30. Slovenski jezik in književnost v srednjeevropskem prostoru. Zveza društev Slavistično društvo Slovenije, Ljubljana. 37–48.

Obid, Milan (2021). Is „Symbolic Ethnicity" the Future of the Slovene Minority in Austria? In: Milan Bufon/Tove H. Malloy/Colin H. Williams (Hg.): Societies and Spaces in Contact. Between Convergence and Divergence. Peter Lang, Berlin. 119–141.

Piketty, Thomas (2014). Das Kapital im 21. Jahrhundert. C. H. Beck, München.

Piko-Rustia, Martina (2018). Družbena participacija mladih v slovenskem zamejstvu v Avstriji. In: Devan Jagodic (Hg.): Mladi v slovenskem zamejstvu: družbeni in kulturni konteksti ter sodobni izzivi. Družbena participacija mladih v slovenskem zamejstvu. Inštitut za narodnostna vprašanja (et al.), Trst/Ljubljana. 95–146.

Reiterer, Albert F. (1986). Doktor und Bauer. Ethnischer Konflikt und sozialer Wandel. Die Sozialstruktur der slowenischen Minderheit in Kärnten. Drava, Klagenfurt/Celovec.

Reiterer, Albert F. (1996). Kärntner Slowenen: Minderheit oder Elite? Neuere Tendenzen der ethnischen Arbeitsteilung. Drava, Klagenfurt/Celovec.

Statistik Austria (2021). Bevölkerung am 1. 1. 2021 nach Alter und Bundesland – Insgesamt. https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung_nach_alter_geschlecht/023470.html (Aufruf: 28.9.2021).

Tajfel, Henri (1981). Human Groups and Social Categories. Studies in Social Psychology. Cambridge University Press, Cambridge.

Van der Bellen, Alexander (2021). Audiomitschnitt der Rede des Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen beim Festakt zum zehnten Jahrestag der Ortstafellösung im Klagenfurter Konzerthaus. Abrufbar unter: https://volksgruppen.orf.at/slovenci/stories/3111974/ (Aufruf: 13.07.2021).

Vavti, Štefka (2012). Včasih ti zmanjka besed. Etnične identifikacije pri mladih Slovenkah in Slovencih na dvojezičnem avstrijskem Koroškem. Drava, Klagenfurt/Celovec.

Wernhart, Karl R./Zips, Werner (1998). Einführung in die theoretischen und methodologischen Grundlagen der Ethnohistorie. In: Karl R. Wernhart/Werner Zips: Ethnohistorie. Rekonstruktion und Kulturkritik. Eine Einführung. Wien. 13-40.

Zupančič, Jernej (2007). Sodobni socialni in etnični procesi med koroškimi Slovenci. Razprave in gradivo 53/54, 140–164.

Anmerkungen

1 An etlichen dieser Volksschulen ist die Bezeichnung „zweisprachiger Unterricht" jedoch eine sehr wohlwollende, da das Slowenische dem Deutschen in Umfang und Anspruch nicht annähernd gleichgestellt ist. Der Schriftsteller und ehemalige Volksschullehrer Florjan Lipuš bezeichnete den Slowenischunterricht an Kärntner Volksschulen in einem Interview etwa als „Farce" (2017, 5).

2 Diese Feindseligkeit kann sich im Allgemeinen gegen all jene richten, die, aus einfachen Verhältnissen kommend, intellektuelle Berufslaufbahnen einschlagen. Die Kärntner Slowenen aber erscheinen ideell in ihrer Gesamtheit als aufstiegsorientiert. Dies ist ein Kernelement der Ethnizität im Verhältnis zwischen deutschsprachiger Mehrheitsbevölkerung und slowenischer Minderheit. Vor allem die ehemaligen Kärntner Landeshauptmänner Leopold Wagner und Jörg Haider wussten dieses Element zu ihren Gunsten einzusetzen und die Kärntner Slowenen als privilegiert und „unersättlich" darzustellen. Vergleichbare ethnische Konstellationen sind aus Geschichte und Gegenwart bekannt. Das Musterbeispiel für neidgetriebene gruppenbezogene Feindseligkeit ist historisch der europäische Antisemitismus.

3 Der Begriff der *sozialen Identität*, wie er hier verwendet wird, bezieht sich auf die sozialpsychologische Theorie von Henri Tajfel (1981: 254 ff.). Die sich in der Selbstdefinition des Individuums ausdrückende soziale Identität ist ein Teil des Selbstkonzeptes des Einzelnen und als solches ein Resultat sozialer Kategorisierung. Gruppen, die aus den Kategorisierungen als einem Orientierungssystem entstehen, sind als kognitive Entitäten zu verstehen. Das Individuum leitet aus dem Wissen um seine Mitgliedschaft in sozialen Gruppen eine emotionale Bedeutung ab. Aus der Wechselwirkung zwischen sozial abgeleiteten Wertunterschieden einerseits und der kognitiven „Mechanik" der Kategorisierung andererseits ergibt sich eine Einteilung in *wir* und *sie*. Den Begriff der *ethnischen Identität* verstehe ich als eine sozialhistorisch begründete spezifische Form der übergeordneten Kategorie *soziale Identität*. *Ethnizität, Klasse, Geschlecht* sind die drei zentralen Kategorien sozialer Identität und für die Lebensgestaltung aller Menschen von entscheidender Bedeutung. Ich bin mir der akademischen Polemiken rund um den Begriff der Identität bewusst, die zu einer weitgehenden Stigmatisierung des Begriffs als solchem geführt hat. Nichtsdestotrotz halte ich ihn nach wie vor für das adäquateste begriffliche und theoretische Instrument zur Untersuchung der Funktionsweise sozialer Kategorisierung, das die Sozialwissenschaft auf der Höhe der Zeit bereithält.

4 Ich setze zwar voraus, dass jede soziale Einheit ein gesellschaftlich-gedankliches Konstrukt ist, verweise aber zugleich auf die Unzulänglichkeit populärer sozialkonstruktivistischer und poststrukturalistischer Theorien der Ethnizität. Im Sozialkonstruktivismus wird nämlich sehr einseitig der Konstruktionscharakter von Ethnizität und Nationalität sowie der sozialen Funktionen von Geschlecht und Sexualität – und einiger anderer gesellschaftlicher Phänomene, die einschlägigen Theoretikern und Aktivisten gerade als problematisch erscheinen – betont. Wenn jedoch ausnahmslos alle gesellschaftlichen Phänomene und die mit ihnen in Verbindung stehenden Begrifflichkeiten und Kategorisierungen kulturell bedingt und somit konstruiert sind, warum dann die Betonung dessen im Fall von Ethnizität, Nationalität und Geschlecht? Setzt man den Konstruktionscharakter *aller* sozialen Phänomene voraus, erübrigt sich der permanente Verweis darauf. Im Sinne eines sozialontologischen Ansatzes (Epstein 2015) ist Nationalität zwar notwendigerweise als ein Konstrukt zu verstehen, gleichzeitig aber ist sie ein unleugbar wirkmächtiges soziales Objekt, das die Weltgesellschaft seit mehr als 200 Jahren prägt. Die hegemoniale Position sozialkonstruktivistischer Ansätze erkläre ich mir als ein Epiphänomen ideologischer Prozesse, die das Idealbild einer meritokratisch organisierten Gesellschaft reflektieren, in der sich Individuen ohne den Ballast sozialer Zugehörigkeiten frei gegenübertreten. Nancy Fraser benannte den zugrundeliegenden ideologischen Prozess als „progressiven Neoliberalismus" (2017).

5 Es ist gut nachvollziehbar, dass diese symbolträchtige Aufgabe an eine vom intellektuellen Milieu geschätzte Kärntner Slowenin delegiert wurde. Sowohl das Geschlecht der Rednerin als auch deren Ethnizität und Lebensgeschichte erfüllen dabei eine bestimmte Funktion: Die Veranstaltung sollte zeitgemäß erscheinen. Die ethnische und soziale Herkunft der Rednerin sowie vor allem der Bezug zum antifaschistischen Widerstand, die in ihrem Erfolgsroman „Engel des Vergessens" thematisiert werden, stehen für das „kritische Verhältnis zur eigenen Vergangenheit", das sich die Republik Österreich gerne auf ihre Fahnen schreibt. Dieses „kritische Verhältnis" zum Nationalstaat mündet im hegemonialen Diskurs – so auch in besagter Festrede – meist in einem emphatischen Europabekenntnis.

6 Das sind: 2016: Engelbert Logar, Johann Strutz, Verena Gotthardt, Daniel Wutti; 2017: Nina Zdouc, Alenka Hain; 2018: Nataša Sienčnik, Andrina Mračnikar, SPD Rož; 2019: Stefan Feinig; 2020: Dominik Srienc; 2021: Zorka Loiskandl Weiss, Elena Messner, Melina Kumer.

7 Dem von mir angewandten Minderheitenbegriff zufolge bezeichnet dieser weniger eine zahlenmäßige Unterlegenheit als eine zugeschriebene *Minderwertigkeit* einer sozialen Entität im Verhältnis zu einer anderen (vgl. Tajfel 1981). Privilegierte Teile der Gesellschaft werden als Eliten bezeichnet. Die Kärntner Slowenen betreffend stellt sich deshalb die Frage, ob die Bezeichnung „Minderheit" überhaupt zutreffend ist, wenn die Zugehörigkeit zur Volksgruppe kaum noch einen Grund für Diskriminierung darstellt. Im Sinne von sozialer Benachteiligung sind die Kärntner Slowenen demnach eher nicht als eine Minderheit zu bezeichnen. Weil sie aber als eigenständiges politisches Subjekt immer mehr an Bedeutung verlieren, ist der Begriff Minderheit zumindest diesbezüglich brauchbar geblieben.

8 Eine Diskussion des Begriffs *Gemeinschaft* führte in diesem Rahmen zu weit. Es sei jedoch darauf verwiesen, dass ich mich diesbezüglich auf Norbert Elias (2006) beziehe, der eine adäquate Theorie der Gemeinschaften als unabdingbar zur Erforschung komplexer, urbanisierter Gesellschaften erachtete. Elias kritisierte die statische Typologie sowohl bei Tönnies (Gemeinschaft – Gesellschaft) als auch bei Durkheim (mechanische und organische Solidarität). Beide Autoren gaben Elias zufolge ihren eigenen sozialen Überzeugungen Vorrang, statt die Sozialstruktur zu untersuchen. So idealisiere Tönnies die Gemeinschaft, Durkheim wiederum die organische Solidarität. Im deutschen Sprachraum ist der Begriff der Gemeinschaft durch die von den Nazis geprägte Wortverbindung *Volksgemeinschaft* zusätzlich nachhaltig stigmatisiert, weshalb man genötigt ist, seine Verwendung zu rechtfertigen, will man sich nicht den Vorwurf des Ethnozentrismus einhandeln. Es ist nicht meine Absicht, die slowenische Minderheit als eine Gemeinschaft zu charakterisieren, allerdings lassen sich bestimmte soziale Dynamiken mithilfe dieses theoretischen Bezugs gut fassen.

9 Die Dominanz poststrukturalistischer bzw. sozialkonstruktivistischer Ansätze in den Sozialwissenschaften hat mitunter bewirkt, dass in einschlägigen Texten der Hinweis auf „dynamische", „relationale", „heterogene", „prozesshafte", „fluide", „nicht-statische" usw. Eigenschaften sozialer Entitäten – die zudem in ihrer Funktion weitgehend auf bloße Artefakte von Herrschaftsstrukturen reduziert werden – nicht fehlen darf. Was eigentlich als selbstverständlich vorausgesetzt werden sollte, nämlich die Prozesshafigkeit und Veränderlichkeit der sozialen Welt, wird gegenwärtig auch von zahlreichen namhaften Autoren wie ein Glaubensbekenntnis vorgetragen und somit fetischisiert (so bei Brubaker 2004), um sich dem allgegenwärtigen Essenzialismus-Vorwurf zu entziehen. Ich spreche in diesem Zusammenhang von einer zur Orthodoxie geronnenen Dominanz des Sozialkonstruktivismus in den Human- und Sozialwissenschaften.

10 Möglich wäre z. B. eine Untersuchung über Wanderungsbewegungen der Maturanten der drei Bildungsanstalten mit slowenischer und slowenisch-deutscher Unterrichtssprache. Mir sind keine solchen jüngeren Datums bekannt. Domej führt eine Stichprobe anhand einer Klasse, die 1986 am BG/BRG für Slowenen maturierte, an. Von 28 Maturantinnen und Maturanten blieben fünf in ihrer Herkunftsgemeinde (2004, 198).

11 Das sind der *Klub slowenischer StudentInnen in Wien* und der *Klub slowenischer StudentInnen in Graz*.

12 Da die slowenische Volksgruppe in Kärnten zu den autochthonen ethnischen oder nationalen Minderheiten Österreichs zählt, wäre es nicht adäquat, die Bedeutung der Zugehörigkeit gänzlich auf den Privatbereich zu reduzieren. Derzeit gibt es empirisch noch keinen Anlass, dies zu tun, da es noch eine – wenn auch stark beschnittene – Sphäre der politischen Autonomie gibt, die von den einschlägigen Dachverbänden der Kärntner Slowenen getragen wird.

13 Während sich politische und intellektuelle Eliten der jüngeren Vergangenheit stark national orientierten, verschob sich deren staatspolitische Zielvorstellung in Richtung eines von der Europäischen Union verkörperten Supranationalismus. Der Ausdruck „Nationalist" gehört seitdem zum Repertoire der meistgebrauchten politischen Beleidigungen. Damals wie heute dient die Anrufung der Nation als ein Fetisch, in der dominanten politischen und akademischen Kultur der Gegenwart als ein Negativ-Fetisch.

14 Ich halte diese Kritik in mehrfacher Hinsicht für fehlgeleitet. Unter anderem beruht sie auf einer moralischen Diskreditierung des Akts der Grenzziehung. Was Theoretikern und Aktivisten der Identitätskritik plausibel erscheinen mag, erweist sich näher besehen als eine Aporie. „Omnis determinatio est negatio" erkannte bereits Spinoza, um einen Autor zu zitieren, auf den gerade dem Sozialkonstruktivismus nahestehende Autoren gerne verweisen. Bedeutung ist ohne Unterscheidung nicht zu haben.

15 Zur besseren Orientierung sei gesagt, dass die Zeitschrift Kladivo vor allem in den 1970er-Jahren unter den Kärntner Slowenen eine breite Leserschaft hatte und das Zentrum des linken politischen Aktivismus war. Die gesamte Ortstafeldebatte sowie die österreichische Solidaritätsbewegung mit den Kärntner Slowenen ist auf den Aktivismus der rund um das Kladivo organisierten Studentenschaft zurückzuführen (Obid 2010). Der Einfluss, der damals von dieser Studentenzeitschrift auf die Minderheitenpolitik der Kärntner Slowenen ausgeübt wurde, lässt sich kaum überschätzen und sorgte – unter Rückenwind der internationalen Solidaritäts- und Antikriegsbewegung – über mehrere Jahre für eine stabile Hegemonie der prokommunistischen Linken unter der jungen Generation Kärntnerslowenischer Intellektueller.

16 „Das österreichische Volk ist vergewaltigt worden", hieß es in ihrem historischen Aufruf vom 11.–12. März 1938 (zit. in Baier 2009, 55). Diese Position wurde von der KPÖ jahrzehntelang aufrechterhalten, womit sie jene österreichische Partei war, welche die „Opferthese" am stärksten für sich reklamierte. Die SPÖ in der deutschnationalen Tradition eines Karl Renner konnte sich beispielsweise erst relativ spät mit der Idee einer souveränen österreichischen Nation abfinden. Es war das sogenannte Dritte Lager, das am vehementesten gegen die „Opferthese" Stellung bezog, da – um es mit den Worten Jörg Haiders zu sagen – die „Fiktion, Österreich sei das ‚erste Opfer Hitlers' gewesen", die Funktion erfüllte, „die kulturellen Bande zu Deutschland [zu] durchtrennen" (zit. in Auinger 2000, 129). Nur in diesem Zusammenhang lässt sich auch Haiders geflügeltes Wort von Österreich als einer „ideologischen Missgeburt" nachvollziehen.

17 Ironischerweise war es mitunter Pierre Bourdieus Terminologie des *kulturellen*, *sozialen* und *symbolischen Kapitals* (1987; 1998), die dem ökonomistischen Jargon den Weg in die Human- und Sozialwissenschaften bereitete. Bourdieu begründete seine Kapital-Terminologie unter anderem aus einem antiintellektuellen Impuls heraus und wollte zeigen, wie sehr Intellektuelle mit ihrem kulturellen, sozialen und symbolischen Kapital Teil der herrschenden Klasse sind. Allerdings fungiert seine Theorie heute häufig als ein Instrument, mit dem der Sinn jeglicher menschlichen Handlung auf deren ökonomischen Nutzen reduziert werden kann. Die Logik der Terminologie unterschiedlicher Formen von (Human-)Kapital lässt das gesamte gesellschaftliche Leben als einen Prozess erscheinen, in welchem alle Menschen permanent mit unterschiedlichen – materiellen und immateriellen – Kapitalsorten handeln.

Karl Hren

Zweisprachige Elementarbildung in Kärnten – aktueller Stand und Herausforderungen

Mit Elementarbildung wird die Bildung und Betreuung von Kindern von der Geburt bis zum Schuleintritt bezeichnet. Da dabei im Wesentlichen von der außerfamiliären Bildung und Betreuung von Kindern ausgegangen wird, sind davon somit vor allem Kindertagesstätten (Kinderkrippen) für die Altersstufe 0–3 Jahre sowie Kindergärten für die Altersstufe 3–6 Jahre umfasst. Mit der seit Jahrzehnten zunehmenden Tendenz zur außerfamiliären Bildung und Betreuung von immer jüngeren Kindern erfolgte ein schrittweiser und öffentlich geförderter Ausbau der Betreuungsstrukturen. Im Gegensatz zum Schulwesen entwickelte sich in Kärnten eine sehr heterogene Struktur an Trägerschaften, die zunehmend durch private Träger geprägt ist.

Aktueller Stand

Zentrale landesrechtliche Rechtsgrundlage für die Elementarbildung in Kärnten ist das Kärntner Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (K-KBBG)[1]. Betreffend die Volksgruppensprache sieht dieses Gesetz allerdings keinerlei Bestimmungen vor, und der gesamte Bereich der zweisprachigen Elementarpädagogik ist im Gegensatz zu den umfassenden Regelungen des Minderheitenschulwesens in Kärnten lediglich in einem Teilbereich, und zwar für private Kindergartenträgerstrukturen, durch das Kärntner Kindergartenfondsgesetz (K-KGFG)[2] geregelt. Durch die fehlenden bzw. unterschiedlichen Rechtsgrundlagen einerseits sowie andererseits aufgrund historisch unterschiedlicher Entwicklungen (öffentliche Strukturen im Schulwesen/heterogene Trägerstrukturen im Elementarbildungsbereich) unterscheidet sich heute die Situation und das Verwenden der Volksgruppensprache in den Elementarbildungseinrichtungen Kärntens deutlich von den Volksschulen. Für den Bereich der Schulen gibt es durch das bundesrechtliche Minderheiten-Schulgesetz für Kärnten unter anderem einen klar abgegrenzten örtlichen Geltungsbereich, der von der Gemeinde Neuhaus im Osten bis zur Gemeinde Hermagor im Westen reicht und ein Recht auf zweisprachige Bildung festschreibt.[3] Ein derartiges Recht gibt es für den Elementarbildungsbereich nicht, und das Schaffen von zweisprachigen Elementarbildungsangeboten war und

ist abhängig von der Bereitschaft der jeweiligen Gemeinde bzw. privaten Trägerstruktur. Ein Überblick zur Situation der Zweisprachigkeit in den Kindertagesstätten (KITA) und Kindergärten (KIGA) im Bereich des örtlichen Geltungsbereichs des Minderheitenschulwesens in Kärnten gibt folgende Tabelle. Dabei ist die Zuordnung der einzelnen Einrichtungen betreffend die verwendete Sprache nur für die Kategorie: „Einsprachig deutsch" eindeutig, da es in diesen Einrichtungen eben keinerlei slowenische Sprachangebote gibt. Die Zuordnung der einzelnen Einrichtungen zu zweisprachig geführten Gruppen „Zweisprachig (dt./slow.)" erfolgte aufgrund der entsprechenden Zuordnungen durch das Land Kärnten.[4] In der Praxis ist in diesen Kindergärten das Ausmaß des Verwendens der slowenischen Sprache sehr unterschiedlich. Dasselbe gilt auch für die Kategorie „Slow. als ein Zusatzangebot", wo immer von deutschsprachig geführten Gruppen auszugehen ist, die allerdings neben anderen Schwerpunkten der Kinderbildung und -betreuung wie „Waldpädagogik" oder andere Sprachen auch Slowenisch anbieten.

Gemeinde	Einrichtung	Träger	Zweisprachig (dt./slow.)	Slow. als ein Zusatzangebot	Einsprachig deutsch
Bezirk Völkermarkt					
Neuhaus	KIGA	Hilfswerk		X	
Bleiburg	KITA	Zwerge/ palčki	X		
	KIGA	Gemeinde	X (zum Teil)		
Feistritz ob Bl.	KITA	Hilfswerk	X (zum Teil)		
	KIGA	Gemeinde	X (zum Teil)		
Globasnitz	KIGA	Gemeinde	X		
Eberndorf	KITA	AVS	X		
	KIGA Stift	Gemeinde			X
	KIGA Kühnsdorf	Gemeinde			X
	KIGA	Mavrica	X		
Sittersdorf	KIGA	AVS	X (zum Teil)		
Eisenk.-Vellach	KITA	Gemeinde	X		
	KIGA	Gemeinde	X (zum Teil)		
Gallizien	KIGA	Gemeinde			X
St. Kanzian	KITA	AVS			X
	KIGA	AVS			X

Gemeinde	Einrichtung	Träger	Zwei-sprachig (dt./slow.)	Slow. als ein Zusatzan-gebot	Einsprachig deutsch
	KIGA St. Primus	Slow. Schul-verein	X		
Völkermarkt	KITA	Kindernest			X
	KITA	WIFF			X
	KIGA Ritzing	Gemeinde		X	
	KIGA Haimburg	Gemeinde			X
	KIGA St. Peter	Gemeinde			X
	KIGA Tainach	Gemeinde			X
	KIGA	Kekec	X		
	KIGA	Hilfswerk			X
	KIGA	Caritas			X
Ruden	KIGA	Hilfswerk			X
Griffen	KITA	Caritas			X
	KIGA	Caritas			X
Diex	KIGA	Gemeinde			X
Bezirk Klagenfurt Land					
Poggersdorf [5]	KITA	Flohzirkus			X
	KIGA	Pfarre Pog-gersdorf			X
Grafenstein	KITA	Kindernest			X
	KIGA	Gemeinde			X
Ebenthal	KITA Ebenthal	Kindernest			X
	KITA Gurnitz	Kindernest			X
	KIGA Ebenthal	Gemeinde			X
	KIGA Ebenthal	Kindernest			X
	KIGA Gurnitz	Gemeinde			X
	KIGA Gurnitz	Kindernest			X
St. Margareten	KITA	Kindernest			X
	KIGA	Kindernest		X	

Gemeinde	Einrichtung	Träger	Zwei-sprachig (dt./slow.)	Slow. als ein Zusatzan-gebot	Einsprachig deutsch
Zell	KIGA	Gemeinde	X		
Ferlach	KITA	Du und ich	X		
	KITA	Bussibär			X
	KIGA	Du und ich	X		
	KIGA	Gemeinde			X
Feistritz i. R.	KITA	Kindernest	X		
	KIGA	Gemeinde		X	
Maria Rain	KITA	Hilfswerk		X	
	KIGA	Gemeinde			X
Köttmannsdorf	KITA	Hokip			X
	KIGA	Caritas			X
Ludmannsdorf	KIGA	Gemeinde	X (zum Teil)		
Keutschach	KIGA	Gemeinde			X
Schiefling	KITA	Mini-Haus			X
	KIGA	Gemeinde			X
	KIGA	Slow. Schul-verein	X		
Bezirk Klagenfurt Stadt[6]					
Klagenfurt	KITA	Hermagoras	X		
	KIGA	Hermagoras	X (zum Teil)		
	KIGA	Slow. Schul-verein	X		
	KIGA	Naš otrok	X		
	KIGA	Crea vita	X		
	KIGA Schleppear.	Hilfswerk		X	
Bezirk Villach Stadt					
Maria Gail	KIGA	Gemeinde			X
Bezirk Villach Land					
St. Jakob i. R.	KITA	Elternver-waltet	X		
	KIGA	Kindernest			X
	KIGA	Schul-schwestern	X		

Gemeinde	Einrichtung	Träger	Zwei-sprachig (dt./slow.)	Slow. als ein Zusatzan-gebot	Einsprachig deutsch
Rosegg	KITA	Knusper-häuschen			X
	KIGA	Gemeinde		X	
Velden	KITA	Knusper-häuschen			X
	KITA	Zwergen-hütte			X
	KIGA Velden	Gemeinde			X
	KIGA Lind	Gemeinde			X
	KIGA Köstenberg	Gemeinde			X
	KIGA	Kindernest			X
	KIGA St. Egyden	Caritas	X		
Wernberg	KIGA Damtschach	Gemeinde			X
	KIGA Goritschach	Gemeinde			X
	KIGA Seniorens.	Gemeinde			X
	KIGA	Kloster Wernberg			X
Finkenstein	KITA	Hilfswerk			X
	KITA	Pinocchio			X
	KIGA Finkenstein	Gemeinde			X
	KIGA Fürnitz	Gemeinde			X
	KIGA Ledenitzen	Gemeinde			X
	KIGA Latschach	Gemeinde			X
	KIGA	Ringa raja	X		
Arnoldstein	KITA	Pfarre Arnoldstein			X
	KITA	Pfarre St. Leonhard			X
	KIGA	Pfarre Arnoldstein			X
	KIGA	Pfarre St. Leonhard		X	
Nötsch	KIGA	Gemeinde			X
Feistritz i. G.	KIGA	Gemeinde			X

Gemeinde	Einrichtung	Träger	Zweisprachig (dt./slow.)	Slow. als ein Zusatzangebot	Einsprachig deutsch
Bezirk Hermagor					
St. Stefan i. G.	KITA	Gemeinde			X
	KIGA	Gemeinde			X
Hermagor[7]	KITA Presseggen	Gemeinde			X
	KIGA Presseggen	Gemeinde			X
	KIGA	Priv. KG Fritzendorf			X

Im Bereich des Bezirks Völkermarkt gibt es südlich der Drau im Vergleich zu anderen Gebieten Südkärntens ein recht gut ausgebautes Netz an zweisprachigen Kindergärten. Bei Kindertagesstätten sieht es schon weniger gut aus. Beginnend im Osten des Bezirks gibt es in der Gemeinde Neuhaus im Gemeindekindergarten lediglich die Möglichkeit, Slowenisch als eines von mehreren Zusatzangeboten zu nutzen. Eine zweisprachig geführte Gruppe wird somit hier derzeit nicht angeboten. Interessant ist – und dies werden die meisten folgenden Gemeinden bestätigen –, dass es seitens der Eltern sehr wohl Interesse an einer zweisprachigen Kindergartengruppe geben könnte, da in der Volksschule Neuhaus 44 % der Kinder zum zweisprachigen Unterricht angemeldet sind.[8] Erschwerend für kleine Gemeinden kommt allerdings hinzu, dass Kindergartengruppen erst ab der Anzahl von 25 Kindern geteilt werden und sich somit die Frage stellt – ähnlich wie im Schulwesen – was geschehen soll, wenn bei einem eingruppigen Kindergarten ein Teil eine zweisprachige Betreuung möchte und der andere nicht? In der angrenzenden Gemeinde Bleiburg ist die zweisprachige Elementarbildung gut aufgestellt. Es gibt hier bereits seit vielen Jahren auch eine zweisprachig geführte Kindertagesstätte. In der Folge gibt es im Gemeindekindergarten die Möglichkeit, eine zweisprachig geführte Gruppe oder eine einsprachige zu besuchen. Ähnlich ist die Situation in der Nachbargemeinde Feistritz ob Bleiburg, wo allerdings neben der Gemeinde als Trägerin des Kindergartens auch eine private Einrichtung als Betreiberin der Kindertagesstätte tätig ist. Ein derartiges Auseinanderfallen der Trägerstrukturen gibt es ebenfalls in vielen weiteren Gemeinden Südkärntens. In der westlich angrenzenden Gemeinde Globasnitz gibt es ebenfalls einen zweisprachig geführten Kindergarten. Eine Kindertagesstätte gibt es hier, wie in vielen anderen Südkärntner Gemeinden, nicht. Das Netz der Kindertagesstätten in Südkärnten wird daher unabhängig von der Betreuungssprache in den kommenden Jahren weiter ausgebaut werden müssen. Die Gemeinde Eberndorf ist ein gutes Beispiel für die

langjährigen Versäumnisse der betroffenen Gemeinde bei der Schaffung von zweisprachigen Angeboten im Bereich der Elementarbildung. Da sich die Gemeinde durch viele Jahre weigerte, eine zweisprachige Kindergartengruppe im Gemeindekindergarten einzurichten, griffen die Eltern zur Selbsthilfe und gründeten im Jahr 1999 den zweisprachigen Kindergarten „Mavrica", der sich seitdem großer Beliebtheit erfreut. Eine ähnliche „Doppelgleisigkeit" von ausschließlich deutsch geführtem öffentlichem Kindergarten und zweisprachig geführtem privatem Kindergarten gibt es auch in der Nachbargemeinde St. Kanzian, wo allerdings eine zweisprachige Kindertagesstätte fehlt. In Eberndorf gelang es 2020 eine zweisprachige Kindertagesstätte zu gründen, die auch Kinder der Nachbargemeinden aufnehmen soll. In Sittersdorf gibt es im öffentlichen Kindergarten eine zweisprachige Gruppe, wobei sich hier wie in einigen anderen öffentlichen zweisprachigen Kindergärten die Frage nach der Qualität und dem Ausmaß der Bildung und Betreuung in der zweiten Kindergartensprache stellt. In Bad Eisenkappel wurde in den letzten Jahren das zweisprachige Betreuungsangebot neben dem Kindergarten auch auf eine Kindertagesstätte ausgedehnt. In der Gemeinde Gallizien fehlt hingegen im Kindergarten jegliche zweisprachige Betreuung, obwohl in der Volksschule 44 % der Kinder zum zweisprachigen Unterricht angemeldet sind.

Nördlich der Drau sieht es im Bezirk Völkermarkt betreffend zweisprachige Elementarbildung sehr trist aus. Lediglich der auf private Initiative gegründete zweisprachige Kindergarten Kekec bietet eine gleichberechtigte Berücksichtigung der slowenischen Sprache an. Im Gemeindekindergarten Ritzing in Völkermarkt kann man Slowenisch als eines von verschiedenen Angeboten wählen. Alle anderen Kindergärten in den Gemeinden Völkermarkt, Ruden, Griffen und Diex werden ausschließlich in deutscher Sprache geführt! Dies, obwohl die Anmeldezahlen zum zweisprachigen Unterreicht in diesen Gemeinden durchaus beachtlich sind: so etwa an der Volksschule St. Peter am Wallersberg 48 %, an der Volksschule St. Margarethen ob Töllerberg 45 % oder an der Volksschule in Klein St. Veit sogar 74 %! Eine zweisprachige Kindertagesstätte gibt es in diesem Gebiet überhaupt nicht!

Im Bezirk Klagenfurt Land gibt es ebenfalls eine sehr heterogene Situation bei der zweisprachigen Elementarbildung. Im nördlichen, an den Raum Völkermarkt anschließenden Bereich (Gemeinden Poggersdorf, Grafenstein, Ebenthal) gibt es keinerlei zweisprachige Elementarbildungsangebote! Auch hier gibt es durchaus erheblichen Zuspruch zur zweisprachigen Bildung an den Volkschulen: an der Volksschule Wabelsdorf (Gemeinde Poggersdorf) etwa 55 % und an der Volksschule Gurnitz in der Gemeinde Ebenthal sogar 62 %. Es ist somit auch hier nicht verständlich, weswegen jegliches Angebot in slowenischer Sprache im Elementarbildungsbereich fehlt. In der südlich angrenzenden Gemeinde St. Margareten im Rosental,

wo 70 % zum zweisprachigen Unterricht an der Volkschule angemeldet sind, wird Slowenisch zumindest als eines der möglichen Zusatzangebote im Kindergarten angeführt. An der Kindertagesstätte gibt es auch hier keinerlei Angebote in slowenischer Sprache. Die Gemeinde Zell ist jene Gemeinde Kärntens, wo es den höchsten Anteil an slowenischsprachiger Bevölkerung gibt. Im Gemeindekindergarten, der in Kooperation mit dem privaten Kindergarten „Du und ich" aus Ferlach betrieben wird, ist auch die slowenische Sprache stark präsent. In Ferlach selbst entstand ähnlich wie in Eberndorf, Finkenstein und mehreren anderen Gemeinden Südkärntens aufgrund der Nichtbereitschaft der Gemeinde, im öffentlichen Kindergarten eine zweisprachige Betreuung sicherzustellen, ein privater Kindergarten und seit 2016 auch eine private Kindertagesstätte. Auch hier erfreut sich das zweisprachige Angebot großer Beliebtheit und die private Struktur läuft der öffentlichen zunehmend den Rang ab. Mit Herbst 2021 soll nun aber auch im öffentlichen Kindergarten eine zweisprachige Betreuung angeboten werden. Südlich der Drau gibt es im Bezirk Klagenfurt schließlich noch die Gemeinde Feistritz im Rosental, wo es sowohl in dem von der Gemeinde geführten Kindergarten als auch in der von einem privaten Träger geführten Kindertagesstätte zwar keine zweisprachig geführten Gruppen gibt, doch Slowenisch als ein Zusatzangebot angeboten wird. Inwiefern dies angenommen wird bzw. wie in der Praxis mit diesem Zusatzangebot umgegangen wird, müsste hier wie auch in anderen Gemeinden überprüft werden.

Nördlich der Drau werden auch im Bezirk Klagenfurt Land die zweisprachigen Elementarbildungsangebote rar. In der Gemeinde Maria Rain kann im Rahmen der Kindertagesstätte Slowenisch als ein Zusatzangebot gewählt werden. Im Gemeindekindergarten ist dies hingegen nicht möglich. In der Gemeinde Köttmannsdorf fehlen im Elementarbildungsbereich jegliche zweisprachigen Angebote, obwohl auch hier offenbar ein Interesse seitens der Eltern besteht, sind doch an der Volksschule Köttmannsdorf 53 % der Kinder zum zweisprachigen Unterricht angemeldet. Recht gut konnte sich die slowenische Volksgruppe in der Gemeinde Ludmannsdorf halten. Hier richtete die Gemeinde im öffentlichen Kindergarten auch eine zweisprachige Gruppe ein. In den nördlich anschließenden Gemeinden Schiefling und Keutschach gibt es den von einem privaten Träger geführten zweisprachigen Kindergarten in Schiefling. Eine zweisprachige Kindertagesstätte gibt es hingegen hier nicht, und auch an allen anderen Elementarbildungseinrichtungen wird Slowenisch nicht angeboten.

Der örtliche Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens in Kärnten setzt sich im Westen fort und umfasst in seinem nördlichen Randbereich die bevölkerungsstarken Gemeinden Velden am Wörthersee und Wernberg. In beiden Gemeinden gibt es hohe Anmeldezahlen zum zweisprachigen Unterricht an den Volksschulen, die von jeweils 34 % in Köstenberg

und Damtschach, über 42 % in Goritschach und 44 % in Lind ob Velden bis zu 70 % in St. Egyden und 80 % in Velden reichen. Die Volksschule Velden hat somit im gesamten örtlichen Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens eine der höchste Anmeldezahlen zum zweisprachigen Unterricht überhaupt. Zweisprachige Angebote gibt es hingegen nur im von einem privaten Träger geführten Kindergarten in St. Egyden. Alle anderen Elementarbildungseinrichtungen in diesen beiden großen Gemeinden werden ausschließlich in deutscher Sprache geführt. Besser ist die Situation in den südlich angrenzenden Gemeinden Rosegg und St. Jakob im Rosental. In Rosegg gibt es zwar nur im Rahmen des Kindergartens Slowenisch als eines der Zusatzangebote (die Kindertagesstätte Rosegg wird nur deutsch geführt). Im nahen St. Jakob gibt es hingegen einen gut geführten zweisprachigen privaten Kindergarten und auch eine zweisprachig geführte Kindertagesstätte. In der weitläufigen Gemeinde Finkenstein gibt es die bereits mehrfach beschriebene Situation der Nichttätigkeit der lokalen Gemeinde bei der Einrichtung zweisprachiger Angebote im Bereich der Elementarbildung. Daher entstand auch hier durch Eigeninitiative der Eltern ein privater zweisprachiger Kindergarten in der Ortschaft Ledenitzen im östlichen Gemeindegebiet. Alle anderen sechs Elementarbildungseinrichtungen dieser Gemeinde werden ausschließlich deutsch geführt, und es gibt in dieser Gemeinde somit auch keine zweisprachige Kindertagesstätte. Auch in dieser Gemeinde gibt es hingegen beachtliche Anmeldezahlen zum zweisprachigen Unterricht: etwa 56 % in Ledenitzen oder 50 % im westlichen Gemeindegebiet an der Volksschule Fürnitz!

Die westlich benachbarte Gemeinde Arnoldstein zählt bereits zum Unteren Gailtal, das traditionell einer der Siedlungsschwerpunkte der slowenischen Volksgruppe in Kärnten war. Hier findet sich im kleinen Ort St. Leonhard bei Siebenbrünn im östlichsten Gemeindegebiet der Gemeinde Arnoldstein auch die einzige Elementarbildungseinrichtung des Unteren Gailtals, an welcher Slowenisch in irgendeiner Form angeboten wird. Hier gibt es im Kindergarten ein Zusatzangebot (neben Italienisch) auch für Slowenisch. Ansonsten gibt es aber in diesem weitläufigen Gebiet, neben der Gemeinde Arnoldstein auch die Gemeinden Hohenthurn, Feistritz an der Gail, Nötsch, St. Stefan im Gailtal und im Bereich Egg in der Gemeinde Hermagor, im Elementarbildungsbereich keinerlei Angebote in slowenischer Sprache! Auch hier haben sich vor allem in den letzten Jahren die Anmeldezahlen zum zweisprachigen Unterricht an den Volksschulen deutlich erhöht und betragen etwa an der Volksschule in Egg 45 % und an der Volksschule in St. Stefan sogar 69 %. Von einem Interesse der Eltern an einer zweisprachigen Bildung im Elementarbildungsbereich ist somit auch hier auszugehen.

Im örtlichen Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens bleibt noch ein kleines Stück der Stadt Villach, und zwar der Bereich der Altgemeinde

Maria Gail. Auch hier gibt es Anmeldungen zum zweisprachigen Unterricht (41 %). Der Stadtkindergarten Maria Gail (wie alle anderen Elementarbildungseinrichtungen in der Stadt Villach) wird hingegen nur in deutscher Sprache geführt.

Außerhalb des Geltungsbereichs des Minderheitenschulwesens liegt die Stadt Klagenfurt. Dies, obwohl die Stadt Klagenfurt heute jene Gemeinde Kärntens ist, die die höchste Zahl an slowenischsprachiger Bevölkerung aufweist. Daher entwickelte sich hier ein recht gutes Netz an zweisprachigen Kindergärten. Insgesamt werden im Bereich der Stadt Klagenfurt vier private zweisprachige Kindergärten geführt, und an einem weiteren privaten wird Slowenisch als Zusatzangebot geführt. Ein großes Manko gab es in Klagenfurt im Bereich der Kindertagesstätten, und die erste zweisprachige Einrichtung für diese Altersgruppe eröffnete erst im Herbst 2020.

Rechnet man alle Elementarbildungseinrichtungen im Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens zusammen und rechnet noch die sechs Einrichtungen in der Stadt Klagenfurt hinzu, so gibt es in diesem Gebiet insgesamt 69 Kindergartenstandorte und 29 Standorte von Kindertagesstätten. Davon werden 43 Kindergärten (= 62 %) ausschließlich in deutscher Sprache geführt. Bei den Kindertagesstätten gibt es noch weniger zweisprachige Angebote. Es werden nämlich 19 (= 65 %) ausschließlich in deutscher Sprache geführt. Zu beachten ist zudem, dass von den verbleibenden Einrichtungen an einigen Slowenisch nur als Zusatzangebot geführt wird.

Herausforderungen

Der Überblick über die Situation der zweisprachigen Elementarbildungseinrichtungen in Südkärnten zeigt, dass die Situation sehr heterogen ist. Diese heterogene Situation entstand, weil es keinerlei bundes- oder landesrechtliche Vorgaben/Regelungen gab und es vom Gutdünken der einzelnen Gemeinden und der Eigeninitiative der Volksgruppe abhängig war, ob zweisprachige Angebote geschaffen wurden oder nicht. Im Bereich der Kindergärten kann man die einzelnen Gemeinden/Gebiete in drei Gruppen zusammenfassen. Die erste Gruppe bilden Gemeinden, in denen die slowenischsprachige Volksgruppe zahlenmäßig stark und auch in den Gemeinderäten gut vertreten ist. Hier konnte politischer Druck aufgebaut werden, und auch in den öffentlichen Gemeindekindergärten konnten zweisprachige Kindergartengruppen eingerichtet werden (etwa in den Gemeinden Bleiburg, Globasnitz oder Ludmannsdorf). Die zweite Gruppe bilden Gemeinden, in denen die slowenischsprachige Volksgruppe immer noch in einem bedeutenden Ausmaß präsent ist, allerdings im Gemeinderat bereits schwächer vertreten ist. Hier wurde in der Regel über viele Jahre heftig im Gemeinderat um die Verwendung der slowenischen Sprache im

Kindergarten gestritten, ohne letztlich eine positive Lösung für die Zweisprachigkeit zu finden. In solchen Gemeinden entstanden aufgrund der Eigeninitiative der Volksgruppe im Laufe der Jahre nach und nach private zweisprachige Kindergärten (etwa in den Gemeinden Eberndorf, Ferlach oder Finkenstein). Insgesamt gibt es in der Zwischenzeit 11 private zweisprachige Kindergärten in Kärnten, die bis auf einen alle in der Arbeitsgemeinschaft zweisprachiger Kindergärten zusammenarbeiten. Diese Kindergärten konnten in den letzten Jahrzehnten neue Standards in der zweisprachigen Elementarbildung in Kärnten entwickeln und sind Vorzeigemodelle auch für öffentlich geführte zweisprachige Kindergärten. Durch das Kärntner Kindergartenfondsgesetz aus dem Jahr 2001 konnten diese Kindergärten auch finanziell abgesichert werden. Die dritte Gruppe bilden Gemeinden/Bereiche, wo die Volksgruppe bereits stark marginalisiert wurde und nur über eine schwache oder gar keine Vertretung im Gemeinderat verfügt. Hier entstanden weder öffentliche zweisprachige Kindergärten noch mangels ausreichender Ressourcen private zweisprachige Kindergärten. Zu diesen Bereichen zählt etwa die gesamte Umgebung von Völkermarkt und Klagenfurt, Gemeinden wie Velden und Wernberg und das gesamte Untere Gailtal. Da sich die politischen Rahmenbedingungen für die slowenische Volksgruppe in Kärnten in den letzten Jahren zunehmend verbesserten, immer mehr Kärntnerinnen und Kärntner ihre eigenen sprachlichen Wurzeln wiederentdecken wollen und sich der Vorteile einer zusätzlichen Sprachbildung bewusst sind, werden immer mehr Kinder zum zweisprachigen Unterricht an den Volksschulen angemeldet. Das Fehlen entsprechender zweisprachiger Angebote im Elementarbildungsbereich in diesen Gemeinden ist daher immer augenfälliger. Daher gilt es, das Netz der zweisprachigen Kindergärten in den nächsten Jahren auszudehnen!

Im Bereich der Kindertagesstätten ist die Situation bedeutend schlechter als bei den Kindergärten. Hier ist eine deutlich geringere geographische Abdeckung durch zweisprachige Angebote festzustellen, und die bestehenden Angebote sind bis auf eine Ausnahme erst in den letzten Jahren geschaffen worden! Der Vorwurf des verspäteten Schaffens von zweisprachigen Angeboten in Kindertagesstätten trifft nicht nur auf die öffentlichen Trägereinrichtungen, sondern auch auf die privaten zu. Die lange Zeit zögerliche Haltung in diesem Bereich ist wenig verständlich, da gerade dieser Altersgruppe beim Erlernen von Sprachen die Schlüsselrolle zukommt. Für den Fortbestand der slowenischen Volksgruppe ist somit ein weiterer Ausbau der zweisprachigen Kindertagesstätten von entscheidender Bedeutung!

Die sprachpädagogische Qualität der Betreuung und Bildung von Kindern in den einzelnen Einrichtungen Südkärntens ergibt ebenfalls ein sehr heterogenes Bild. Lediglich für den Bereich der privaten zweisprachigen Kindergärten ist das Anwenden von klaren Sprachstandards festgelegt

und eine Bedingung für das Auszahlen von Fördermitteln aus dem Kärntner Kindergartenfonds. Für alle anderen zweisprachen Kindergärten gelten keinerlei verbindliche Sprachstandards für die Zweitsprache. Dies gilt umso mehr für alle jene Kindergärten und Kindertagesstätten, die Slowenisch lediglich als Zusatzangebot anführen. Hier reicht das Spektrum wohl vom Singen einzelner slowenischer Lieder bis zur muttersprachlichen Assistenzpädagogin, die für einzelne Stunden die Kinder betreut. Das Fehlen klarer und einheitlicher sprachlicher Standards für das Verwenden beider Sprachen wird auch vom Land Kärnten selbst kritisiert. So heißt es im Bericht des Landes zur Situation der slowenischen Volksgruppe für das Jahr 2021, beginnend mit den privaten Kindergärten, die aus dem Kärntner Kindergartenfonds finanziert werden, und überleitend auf die anderen: „Insbesondere wird das Augenmerk auf das sprachpädagogische Konzept gelegt, welches den Rahmen einer Qualitätssicherung vorgibt. 11 Kindergärten mit insgesamt 16 Gruppen nehmen diese Förderung aktuell in Anspruch. Alle weiteren institutionellen und nicht institutionellen Einrichtungen haben kein einheitliches Modell und gestalten die frühe sprachliche Förderung aufgrund verschiedener Hintergründe.“[9] Somit fehlt (abseits der Kindergärten, die im Rahmen des Kärntner Kindergartenfonds gefördert werden) sowohl eine Definition, was ein zweisprachiger Kindergarten ist, als auch eine klare sprachpädagogische Vorgabe, die das Verwenden der beiden Sprachen regeln würde. Zur Vorbereitung einer Milderung dieser Mängel wurde beim Land Kärnten im Wege der Bildungsabteilung eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich mit den Möglichkeiten einer Implementierung von „sprachpädagogischen Konzepten“ in allen zwei- und mehrsprachigen elementaren Bildungseinrichtungen beschäftigt. Im Bericht zur Lage der slowenischen Volksgruppe des Landes Kärnten heißt es außerdem: „Zur konsequenten Sprachenvermittlung für Kinder im elementaren Bereich bedarf es somit konsequenterweise eines Qualitätsmanagements. Das Land Kärnten startete diesbezüglich eine Qualitätsoffensive und hat seit 2020 ein Forschungskooperationsprojekt mit der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt abgeschlossen.“[10] Betreffend sprachpädagogische Konzepte und Standards ist außerdem anzumerken, dass solche für den Bereich der Kindertagesstätten gänzlich fehlen, und zwar sowohl für die öffentlichen als auch für die privaten Trägerstrukturen, da diese keine Zuwendungen seitens des Kärntner Kindergartenfonds erhalten und somit auch an keinerlei Vorgaben gebunden sind.

Legistische Maßnahmen

Das zweisprachige Elementarbildungswesen in Kärnten ist derzeit eine große legistische Baustelle, da in weiten Bereichen schlicht die Rechtsgrundlage fehlt bzw. die Träger und auch die Landesverwaltung vielfach

im Unklaren gelassen werden, wie mit der Zweisprachigkeit und allen damit zusammenhängenden Fragen umzugehen ist. Die derzeitigen Mängel im zweisprachigen Elementarbildungsbereich können auch nicht durch Arbeitsgruppen oder Forschungsprojekte behoben werden. Diese können nur die Grundlagen für das zeitnahe Schaffen einer klaren landesrechtlichen Regelung sein.

Klarerweise stellt sich die Frage, wie denn nun das Elementarbildungswesen in Kärnten geregelt werden sollte. Auf welchen bewährten Dingen kann man aufbauen? Was gilt es zu ändern und neu zu gestalten? Dabei ist es naheliegend, sich erfolgreiche Modelle in anderen Ländern anzusehen. Am volksgruppenfreundlichsten sind natürlich Modelle, die im gesamten Bereich, wo die Volksgruppe lebt, für alle Kinder eine verpflichtende zweisprachige Erziehung vorsehen. Derartige Modelle gibt es etwa in den beiden ladinischsprachigen Tälern Südtirols (Gröden und Gadertal), wo neben dem Ladinischen auch das Deutsche und Italienische vermittelt wird.[11] Eine verpflichtende zweisprachige Betreuung (Slowenisch/Ungarisch) für alle Kinder im gemischtsprachigen Gebiet gibt es auch im Osten Sloweniens bei Lendava.[12] Auch das Burgenland sieht in seinem Landesgesetz zum Elementarbildungswesen in allen Gemeinden/Ortschaften, wo auch Kroatisch oder Ungarisch gesprochen wird, für alle Kinder (also auch die deutschsprachigen) eine zweisprachige Betreuung vor.[13] Das burgenländische Modell hat im Gegensatz zu den Modellen in Südtirol und in Slowenien jedoch zwei Einschränkungen: Einerseits können die Eltern ihr Kind von der zweisprachigen Betreuung abmelden, und andererseits ist es vorgesehen, die Volksgruppensprache zumindest an zwölf Stunden pro Woche zu verwenden. Dies deutet bereits darauf hin, dass der tatsächliche Umgang mit der Volksgruppensprache sehr unterschiedlich sein kann und von den sprachlichen Fähigkeiten und Einstellungen der jeweiligen Pädagoginnen abhängig ist. Auch in Kärnten gab es nach dem Zweiten Weltkrieg und bis zum Jahr 1958 an den Volksschulen im gemischtsprachigen Gebiet einen verpflichtenden zweisprachigen Unterricht für alle Kinder. Aber auch hier stellt sich die Frage, wie konkret mit dem zweisprachigen Unterricht (Stundenausmaß, Lernmethoden) umgegangen wurde. Vor derselben Herausforderung steht in Kärnten auch heute das Minderheitenschulwesen, das zwar eine ausdrückliche Anmeldung zum zweisprachigen Unterricht vorsieht, doch sehr gut angenommen wird und von mehr als der Hälfte aller schulpflichtigen Kinder im großen örtlichen Geltungsbereich besucht wird. Auch hier gilt es ausreichend sprachlich qualifizierte Lehrkräfte an allen Schulen zur Verfügung zu stellen und klare Sprachbildungsstandards festzulegen und anzuwenden. In vielen Fällen gibt es dabei Schwierigkeiten.

Umgelegt auf die Situation der Elementarbildungseinrichtungen wäre ein vergleichbares System einer verpflichtenden zweisprachigen Erziehung

für alle Kinder, wie es in Südtirol (Ladinisch, Deutsch, Italienisch) oder im Osten Sloweniens (Slowenisch, Ungarisch) praktiziert wird, in Kärnten derzeit nicht umsetzbar. Es fehlen schlicht und einfach die entsprechenden zweisprachigen Pädagoginnen und Kleinkinderzieherinnen. Ein Anlehnen an das burgenländische System ist für Kärnten auch nicht zielführend. Dadurch würde man zwar „in die Fläche gehen" und an allen Kindergärten und Kindertagesstätten des zweisprachigen Gebiets ein geringes Mindestmaß an Zweisprachigkeit vorsehen müssen. Doch dabei würde wohl die slowenische Sprache weitgehend marginalisiert werden und die Einhaltung einer gleichwertigen Betreuung in beiden Sprachen nicht erreicht werden.

Die derzeitige Stärke Kärntens im Bereich der zweisprachigen Elementarbildung sind zweifellos die privaten zweisprachigen Kindergärten, die im Rahmen des Kärntner Kindergartenfondsgesetzes finanziert werden. Hier gibt es eine zufriedenstellende Situation beim Personal (gut ausgebildete zweisprachige Pädagoginnen und Kleinkindererzieherinnen) und es gibt ein ausgewogenes Verhältnis beider Sprachen aufgrund einzuhaltender sprachpädagogischer Konzepte. Die Schwäche des derzeitigen Kärntner Systems ist es, dass es nur in einigen wenigen Fällen gelingt, diese sprachlichen Konzepte auch auf öffentliche Kindergärten zu übertragen und somit in weiten Teilen des zweisprachigen Gebiets keine zweisprachige Elementarbildung angeboten wird. Zusätzlich stößt dieses System an seine Grenzen, weil auf der Grundlage der derzeit geltenden §-15a-Vereinbarung des Bundes mit den Ländern über die Elementarpädagogik lediglich die deutsche Sprache als Bildungssprache festgeschrieben ist und die Elementarbildungseinrichtungen verpflichtend sind, durch systematische Maßnahmen (Sprachstandsfeststellungen, Sprachförderung) die Kinder auf den späteren Schulbesuch in deutscher Sprache vorzubereiten.[14] Genauso wichtig wie es die Kenntnis der deutschen Sprache für den künftigen schulischen und beruflichen Werdegang in Österreich ist, ist es aber in gemischtsprachigen Gebieten auch, den Erhalt der sprachlichen Identität der Volksgruppe durch das Erlernen der Volksgruppensprache zu sichern, zumal die Staatssprache Deutsch und die einzelnen Volksgruppensprachen Österreichs im selben Artikel der österreichischen Bundesverfassung (Artikel 8) genannt sind. Die §-15a-Vereinbarung des Bundes mit den Ländern zur Elementarpädagogik ist daher in diesem Punkt jedenfalls zu ändern.

Wenn man aber nun von den zweisprachigen Elementarbildungseinrichtungen neben all den anderen pädagogischen Aufgaben und der starken Fokussierung auf das solide Erlernen der deutschen Bildungssprache auch noch eine ebensolche solide Fokussierung auf die slowenische Sprache verlangt, so muss dieses Mehr an Leistung auch ein Mehr an personellen und finanziellen Ressourcen bedeuten. Es müssen daher die zweisprachigen

Elementarbildungseinrichtungen, da sie mehr leisten müssen als die einsprachigen, auch personell bessergestellt werden. Ähnliche Zugänge kennt auch das Minderheitenschulwesen in Kärnten. Konkret hieße das, dass bei einer Standardgruppengröße von 25 Kindern eine dritte Pädagogin/Kleinkinderzieherin vorzusehen ist, die den gestiegenen Aufwand kompensiert!

Es müsste daher in einem ersten Schritt im Kärntner Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz eine grundsätzliche Festlegung von zwei- und mehrsprachigen Elementarbildungseinrichtungen erfolgen und in einem zweiten Schritt der Personalschlüssel für diese Einrichtungen erhöht werden. Die zusätzliche Finanzierung dieser Einrichtungen könnte über den bewährten Mechanismus des Kärntner Kindergartenfondsgesetzes erfolgen. Jede Einrichtung, die dies und den besseren Personalschlüssel in Anspruch nimmt, müsste sich damit aber auch den dort festgelegten sprachpädagogischen Standards unterwerfen (zweisprachiges Personal, sprachpädagogisches Konzept). Der Kärntner Kindergartenfonds müsste sowohl privaten als auch öffentlichen Trägern zugänglich sein. Wichtig ist es, und das müsste entsprechend kontrolliert und in regelmäßigen Abständen evaluiert werden, dass die sprachpädagogischen Bedingungen von allen Trägern eingehalten werden. Ein derartiges System würde zum einen den weiteren Ausbau der zweisprachigen Kinderbetreuungseinrichtungen anregen und zum anderen eine Qualitätssicherung im Bereich der zweisprachigen Elementarbildung schaffen.

Anmerkungen

1 LGBl. Nr. 13/2011.

2 LGBl. Nr. 74/2001.

3 BGBl. Nr. 246/1959.

4 https://kinderbetreuung.ktn.gv.at.

5 In der Gemeinde Poggersdorf ist nur ein Teilbereich (Schulsprengel Wabelsdorf) vom örtlichen Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens umfasst.

6 Der Bereich der Stadt Klagenfurt wird nicht vom örtlichen Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens umfasst. Da allerdings aufgrund privater Initiativen, der Judikatur des Verfassungsgerichtshofs und aufgrund der Verzahnung der Stadt mit den umliegenden Gebieten auch in Klagenfurt mehrere zweisprachige Angebote im Elementarbildungsbereich bestehen, werden diese in der gegenständlichen Tabelle mitberücksichtigt. In diesem Zusammenhang ist es interessant, dass in der „Verordnung zur Neugestaltung der zweisprachigen Volksschulen im südlichen Gebiete Kärntens“ aus dem Jahr 1945 in Teilbereichen der Stadt Klagenfurt (Hörtendorf, Viktring) sehr wohl ein zweisprachiger Schulunterricht festgeschrieben war.

7 In der Gemeinde Hermagor ist nur ein Teilbereich (Schulsprengel Egg) vom örtlichen Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens umfasst.

8 Die Angaben zum Slowenischunterricht an den Volksschulen stammen aus dem Jahresbericht der Bildungsdirektion für Kärnten für das Schuljahr 2018/19, zu finden unter: https://www.bildung-ktn.gv.at/Minderheitenschulwesen/Jahresberichte.html.

9 Kärntner Landesregierung (ed.): Bericht 2021 zur Lage der slowenischen Volksgruppe in Kärnten, Klagenfurt 2021, S. 15.

10 Kärntner Landesregierung (ed.): Bericht 2021 zur Lage der slowenischen Volksgruppe in Kärnten, Klagenfurt 2021, S. 16.

11 Siehe dazu: https://www.provinz.bz.it/bildung-sprache/kindergarten/familien/ladinischsprachiger-kindergarten.asp.

12 Die Rechtsgrundlage dazu: Zakon o posebnih pravicah italijanske in madžarske narodne skupnosti na področju vzgoje in izobraževanja (ZPIMVI.

13 Die Rechtsgrundlage dazu: https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrBgld&Gesetzesnummer=20000713.

14 Die Rechtsgrundlage dazu: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/I/I_00331/index.shtml.

SCHWERPUNKT
CORONA-PANDEMIE

Martin Klemenjak

Arbeitsmarktpolitik in Kärnten

Exemplarische Betrachtungen im Kontext der Covid-19-Pandemie

1. Einleitung und Themenaufriss

„Ausnahmezustand statt Erholung“[1], „70 Millionen Euro für den Arbeitsmarkt“[2], „Lockdown lässt Arbeitslosigkeit massiv steigen“[3], „Kärntens Tourismus leidet unter Lockdown“[4], „Arbeitslose: Der Gipfel ist noch nicht erreicht“[5], „Von einer Entlastung am Arbeitsmarkt weit entfernt“[6], „Wegen 3. Lockdown steigt Arbeitslosigkeit um 21 Prozent“[7], „Arbeitsmarkt mit vielen Fragezeichen“[8], „Zahl der Arbeitslosen ging deutlich zurück“[9], „Erholung, aber keine Entwarnung“[10], „Arbeitsmarkt wird ganz anderer sein“[11], „Bald zwei Varianten für die Kurzarbeit“[12], „Deutlicher Aufschwung am Kärntner Arbeitsmarkt“[13], „Rekord an Beschäftigten in Kärnten“[14], „156 Betriebe noch in Kurzarbeit“[15], „Kärnten kommt am schnellsten aus Krise“[16], „Zuverdienst auf dem Prüfstand“[17], „Nötiges Drehen an Pensionsschraube“[18] und „Weniger Arbeitslose als vor der Krise“[19], das sind nur einige Schlagzeilen, die in der „Kleinen Zeitung“ im Kontext des Arbeitsmarktes und der Covid-19-Pandemie zu lesen waren und die Entwicklung eindrucksvoll verdeutlichen sollen.

Barbara Blaha, die das Momentum Institut, die „Denkfabrik der Vielen“, leitet, sprach im Jänner 2021 von der „Pandemie der Arbeitslosigkeit“ und formulierte wie folgt: „Wer länger auf Arbeitsuche ist, verliert Geld, Qualifikationen und Selbstvertrauen. Manche reden einem ein, dass man sich für Arbeitslosigkeit schämen müsse. Besonders gerne wird Faulheit und eigenes Verschulden unterstellt, obwohl die Betroffenen Hunderte Bewerbungen schreiben. Die Folge: Gar nicht wenige Arbeitslose ziehen sich aus dem sozialen Leben zurück oder bekommen gesundheitliche Probleme. Ein Teufelskreis, der die Chance auf einen neuen Job erst recht immer weiter verringert.“[20]

„Corona hat nicht nur auf unseren Alltag und unseren Umgang mit Nähe und Distanz einschneidende Wirkung. Besonders hart trifft es die Arbeitnehmer. Dabei brauchen wir sinnstiftende, uns erfüllende Arbeit und das Gefühl, einen Beitrag zum gesellschaftlichen Miteinander zu leisten“, so Landeshauptmann Peter Kaiser und Arbeitsmarktreferentin Gaby Schaunig.[21] Ende November 2020, anlässlich der Präsentation des Territorialen Beschäftigungspaktes (TEP) 2021, wurde bekannt gegeben, dass in Kärnten im Jahr 2021 70 Millionen Euro in den Arbeitsmarkt investiert werden,

damit Menschen in Beschäftigung gebracht und weiter qualifiziert werden können. „Wir bauen auf die Erfahrungen der Vorjahre auf und verstärken all jene Instrumente, die sich in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit schon bewährt haben, und dotieren diese Instrumentarien mit einem noch größeren Mittelbereich als wir es jemals zuvor in Kärnten getan haben. Es geht um die Stabilisierung und um die Verringerung von Arbeitslosigkeit, um Sicherheit und soziale Absicherung, um Höherqualifizierung, um die Förderung auch des Wiedereinstiegs in den Arbeitsmarkt und die Förderung von benachteiligten Gruppen, in Summe also um Chancengleichheit", sagt Kärntens Arbeitsmarktreferentin und Landeshauptmann-Stellvertreterin Gaby Schaunig.[22]

Diese Initiative erscheint bemerkenswert und ist insbesondere vor dem Hintergrund zu würdigen, dass – wie die Politikwissenschafterin Barbara Prainsack es im Rahmen der „Kärntner Gespräche zur demokratiepolitischen Bildung 2020" formulierte – eine „ungleiche Verteilung der Lasten der Krise" konstatiert werden muss. „Man hat ja vor allem am Anfang der Krise immer wieder gehört, dass das Virus nicht diskriminiert, sondern alle trifft. So stimmt das aber eigentlich nicht. Ich glaube, dass wir mittlerweile leider alle wissen, dass die Effekte und Lasten der Krise extrem ungleich verteilt sind. (…) Manche Menschen sind mit schlechteren Ausgangsbedingungen in die Krise hineingegangen und tun sich jetzt noch schwerer. Wir haben Evidenz aus vielen Ländern, das ist nicht nur in Österreich so, dass die Lasten der Krise auf den Schultern der Frauen, auf den Schultern der Personen mit niedrigerer formaler Bildung und mit niedrigeren Einkommen liegen."[23]

Im vorliegenden Beitrag wird daher der Fokus auf die Arbeitsmarktpolitik in Kärnten gelegt. In einem ersten Schritt soll auf den Begriff, die Aufgaben und die Ziele der Arbeitsmarktpolitik näher eingegangen werden. Wie bereits die einleitend zitierten Schlagzeilen aus der „Kleinen Zeitung" vermuten lassen, ist es im Rahmen dieses Beitrages nicht möglich, eine umfassende Betrachtung der Arbeitsmarktpolitik vorzunehmen. Vielmehr soll exemplarisch vorgegangen werden, und einzelne „Blitzlichter" sollen die Entwicklungen im Kontext der Covid-19-Pandemie beleuchten. Dabei handelt es sich insbesondere um die Rolle der Sozialpartnerschaft, den Territorialen Beschäftigungspakt (TEP) 2021 und die Herausforderungen, die sich aufgrund der Covid-19-Pandemie für die Arbeitsmarktpolitik in Kärnten ergeben. Den Abschluss dieses Beitrages stellt ein Resümee dar.

2. Begriff, Aufgaben und Ziele der Arbeitsmarktpolitik

Unter dem Betriff Arbeitsmarktpolitik werden alle Maßnahmen von öffentlichen Einrichtungen (Bund, AMS und zum Teil auch der Länder)

zur Steuerung des Arbeitsmarktes subsumiert. Die Aufgaben der Arbeitsmarktpolitik bestehen darin, Arbeitslosigkeit zu verhüten und zu beseitigen sowie das Arbeitskräfteangebot und die -nachfrage unter Wahrung sozialer und ökonomischer Grundsätze möglichst vollständig, wirtschaftlich sinnvoll und nachhaltig zusammenzuführen. Die Ziele werden wie folgt beschrieben: die Erreichung und Aufrechterhaltung von Vollbeschäftigung, das länger im Erwerbsleben Halten von älteren Arbeitnehmer*innen, das Setzen von aktiven Maßnahmen zur Qualifizierung und Chancengleichheit, die Erhöhung der Transparenz des Arbeitsmarktes, die Entwicklung von Human Resources, die Aktivierung von Arbeitslosen sowie die Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit. Vom Bundesministerium für Arbeit werden die soeben beschriebenen allgemeinen Zielsetzungen durch arbeitsmarktpolitische Zielvorgaben konkretisiert, welche vom AMS umgesetzt werden. Die Aufgabe des Arbeitsmarktservice besteht darin, Arbeitskräfte zu beraten sowie zu vermitteln und offene Stellen zu besetzen.[24]

§ 29 Abs. 1 Arbeitsmarktservicegesetz (BGBl. Nr. 313/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 3/2013) normiert in diesem Kontext: „Ziel des Arbeitsmarktservice ist, im Rahmen der Vollbeschäftigungspolitik der Bundesregierung zur Verhütung und Beseitigung von Arbeitslosigkeit unter Wahrung sozialer und ökonomischer Grundsätze im Sinne einer aktiven Arbeitsmarktpolitik auf ein möglichst vollständiges, wirtschaftlich sinnvolles und nachhaltiges Zusammenführen von Arbeitskräfteangebot und -nachfrage hinzuwirken und dadurch die Versorgung der Wirtschaft mit Arbeitskräften und die Beschäftigung aller Personen, die dem österreichischen Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, bestmöglich zu sichern. Dies schließt die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz während der Arbeitslosigkeit im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen ein."

Unter aktiver Arbeitsmarktpolitik sind jene Maßnahmen für Arbeitsuchende zu verstehen, welche darauf fokussieren, deren Beschäftigungschancen aktiv zu verbessern.[25] Die Politikwissenschafter Emmerich Tálos und Herbert Obinger sprechen in diesem Kontext von drei großen Programmbereichen, nämlich von Beschäftigung, Qualifizierung und Unterstützung. Zum ersten Bereich zählten mit Stand 2019 Programme wie beispielsweise die Eingliederungsbeihilfe, sozialökonomische Beschäftigungsprojekte und die Kurzarbeit. Als wichtigster Programmbereich galten in den letzten Jahrzehnten die Qualifizierungsprogramme, beginnend von Arbeitsstiftungen, über Aus- und Weiterbildungsbeihilfen und arbeitsplatznahen Qualifizierungen bis hin zu Programmen für Jugendliche in Form der betrieblichen und überbetrieblichen Lehrlingsausbildung sowie die Ausbildungsgarantie und -pflicht. Der dritte große Programmbereich umfasst Unterstützungen von Beratungs- und Betreuungseinrichtungen.[26]

In diesem Kontext ist zu erwähnen, dass ab Mitte März 2020 der Schwerpunkt der Tätigkeiten des AMS in der Bearbeitung der Anträge für die Arbeitslosenunterstützung und hier insbesondere der Corona-Kurzarbeit lag. Bei Qualifizierungsmaßnahmen handelt es sich um einen wichtigen Bestandteil der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Österreich. Die positive Wirkung tritt meist erst mittel- bis langfristig ein. An dieser Stelle sei auch erwähnt, dass zu Beginn der Covid-19-Pandemie die Schulungsaktivitäten vorläufig eingestellt werden mussten.[27] Anders war es im November 2020. Die Kurse und Schulungen des AMS liefen weiter. Laut AMS-Landesgeschäftsführer Peter Wedenig habe man „aus den Erfahrungen des ersten Lockdowns gelernt, bei Einhaltung aller Präventionsmaßnahmen seien Absagen nicht nötig".[28]

3. Rolle der Sozialpartnerschaft in Zeiten der Covid-19-Pandemie

„Die Sozialpartnerschaft ist die spezifisch österreichische Form des *(Neo-) Korporatismus* – also jenes Beziehungsgeflechtes zwischen dem (demokratischen, liberalen) Staat, den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern. Die österreichische Variante des Korporatismus ist durch eine hohe Autonomie der Verbände gegenüber dem Staat gekennzeichnet: In manchen Bereichen, wie z. B. der Paritätischen Kommission, haben sich die Verbände (Sozialpartner) praktisch vollständig vom Parlament und der Regierung emanzipiert."[29]

Welche Rolle spielt die Sozialpartnerschaft in Zeiten der Covid-19-Pandemie? Blicken wir zuvor aber zurück auf die Regierungszeit von Schwarz-Türkis/Blau (2017 bis 2019) auf Bundesebene. Der Politikwissenschafter Tobias Hinterseer verweist darauf, dass „die Sozialpartnerschaft als politischer Mitgestaltungsfaktor weitgehend ausgeschaltet" wurde.[30] An dieser Stelle sei auch auf detailliertere Ausführungen, in welchen auch von der „Schwächung/Ausschaltung des Mitgestaltungsfaktors Sozialpartnerschaft"[31] zu lesen ist, verwiesen. Dazu ein Beispiel: „Zählten Arbeitszeitregelungen traditionell zu den Kernmaterien sozialpartnerschaftlicher Gestaltung, so hat Schwarz/Türkis-Blau mit dieser Tradition gebrochen."[32] Allerdings muss für das Bundesland Kärnten bemerkt werden, dass die SPÖ-ÖVP-Landesregierung bereits vor dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie ein Bekenntnis zu einer „starken Sozialpartnerschaft" abgelegt hat. Dies kam und kommt auch in der laufenden politischen Arbeit zum Ausdruck.[33] So zeigt sich für Landesrat Martin Gruber von der ÖVP „in der Zusammenarbeit zwischen Landespolitik und Sozialpartnern die notwendige Stabilität und verlässliche Partnerschaft in schwierigen Zeiten".[34] Auf der Bundesebene ist aber erkennbar, dass erst aufgrund der

Covid-19-Pandemie und den damit verbundenen Auswirkungen die Sozialpartnerorganisationen verstärkt einbezogen werden. Dies betrifft vor allem jene auf Seiten der Arbeitnehmer*innen, welche bis 2019 tendenziell in geringerem Ausmaß eingebunden wurden.

Für das Bundesland Kärnten ist zu konstatieren, dass im Oktober 2020 ein Sozialpartnergipfel stattfand, an dem AK-Präsident Günther Goach, WK-Präsident Jürgen Mandl, ÖGB-Vorsitzender Hermann Lipitsch, IV-Geschäftsführerin Claudia Mischensky, der damalige LK-Präsident Johann Mößler, Landeshauptmann Peter Kaiser, Landeshauptmann-Stellvertreterin und Arbeitsmarktreferentin Gaby Schaunig sowie AMS-Landesgeschäftsführer Peter Wedenig teilnahmen. Nach dem Sozialpartnergipfel wurde informiert, dass die Sozialpartnerschaft ihr Möglichstes tun wird, um die Folgen der Covid-19-Pandemie in Kärnten zu bewältigen. So wurden Schwerpunkte und Fördermaßnahmen erarbeitet, die in den kommenden zwei Jahren umgesetzt werden sollen. Dazu AK-Präsident Günther Goach: „Mit dem Sozialpartnergipfel setzt die AK die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Schaffung von Arbeit an die Spitze der politischen Agenda. Seit Jahren zeichnet sich in der Wirtschaft ein massiver Strukturwandel ab: Berufe und Branchen verschwinden, andere, völlig neue, entstehen oder werden dringend gebraucht – Stichwort Green Jobs, Digitalisierung, E-Mobilität oder Gesundheits- und Pflegeberufe. Die Corona-Arbeitsstiftung muss und kann einen Beitrag leisten, diese Herausforderungen positiv für die Beschäftigten, aber auch für die Unternehmen zu bewältigen. Die Umsetzung muss wohl überlegt sein, damit die Mittel auch da ankommen, wo sie tatsächlich gebraucht werden. (…) Konkret braucht es jetzt rasch mehr Chancen für arbeitslos gewordene Menschen. Die Sozialpartner können durch ihre Praxisnähe ganz wesentlich dazu beitragen, die Stiftungsmaßnahmen optimal zu gestalten!“[35]

In diesem Kontext sei erwähnt, dass auch die Regierungssitzung Anfang November 2020 unter Beteiligung der Sozialpartner stattfand. Landeshauptmann Peter Kaiser verwies gegenüber der Presse darauf, dass es „drei politische Prioritäten“ gebe, nämlich „die Absicherung des systemkritischen Gesundheits- und Pflegewesens und der soziale Schutz der Bevölkerung“, „das Bekenntnis in der Koalition mit den Sozialpartnern zu antizyklischen Investitionen zur Wirtschaftsbelebung und Verbesserung von Infrastruktur und Bildung“ und „die Schaffung von Arbeitsplätzen“. Der Arbeitsmarkt stellt eines der Hauptthemen dar. „Die Covid-19-Krise zeige deutlich, wie relevant gut aufeinander abgestimmte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen sowie zur Stärkung des Arbeitsmarktes seien. Es habe sich gezeigt, dass die arbeitsmarktpolitischen Instrumente in Kärnten effizient seien.“[36] Vor allem ältere Arbeitnehmer*innen sind von der Covid-19-Pandemie besonders betroffen.[37] Denn in dieser Gruppe steigen die Arbeitslosenzahlen

überdurchschnittlich an. „Mit gezielten Beschäftigungsprojekten, mit Qualifizierungsmaßnahmen, Eingliederungsbeihilfen und Stiftungsmaßnahmen mit Blick auf Um- und Aufschulung gelinge die Reintegration in den Arbeitsmarkt."[38]

Auch im Februar 2021 fand eine außerordentliche Regierungssitzung mit den Sozialpartnern statt. In diesem Zusammenhang wurden die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf den Arbeitsmarkt thematisiert.[39] „Die Zeit der Krise, der Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit muss unbedingt für die Vorbereitung auf die sich wandelnden Berufe und notwendig werdenden digitalen Kompetenzen genutzt werden. Die Unternehmen und Betriebe in Kärnten müssen sich auf die Digitalisierung vorbereiten. Alle unsere Maßnahmen zielen darauf ab, die Post-Covid-19-Ära vorzubereiten, damit wir dann als Top-Innovator-Region der EU an den konjunkturellen Aufwärtstrend der letzten Jahre anknüpfen können", so Landeshauptmann-Stellvertreterin und Arbeitsmarktreferentin Gaby Schaunig.[40]

4. Territorialer Beschäftigungspakt (TEP) 2021

Auf den bereits einleitend erwähnten Territorialen Beschäftigungspakt (TEP) 2021 soll an dieser Stelle näher eingegangen werden. Die Kernpartner sind das Land Kärnten und das AMS Kärnten. Bei den weiteren TEP-Partnern handelt es sich um die Arbeiterkammer Kärnten, die Wirtschaftskammer Kärnten, die Industriellenvereinigung Kärnten, den ÖGB Kärnten sowie die Landesstelle Kärnten des Sozialministeriumsservice. Der Territoriale Beschäftigungspakt 2021 „baut auf der Arbeitsmarktstrategie 2021+ auf und ist die konkrete Umsetzung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen für die Kärntner Bevölkerung". Der TEP 2021 soll Arbeitslosigkeit verringern, (Arbeitsplatz-)Sicherheit und soziale Sicherheit sowie Beschäftigung, (Höher-)Qualifizierung und Arbeitsmarkt(re-)integration ermöglichen, wie auch benachteiligte Personengruppen fördern und Chancengleichheit ermöglichen.[41]

Folgende Zielgruppen wurden für 2021 definiert: Jugendliche und junge Erwachsene bis 25 Jahre (im Übergang von der Schule in den Beruf; Early School Leavers [ESL] und Not in Education, Employment or Training [NEETs]); Menschen, die bildungsbenachteiligt und niedrig qualifiziert sind; Langzeitarbeitslose; Menschen, welche aufgrund von Covid-19 ihren Arbeitsplatz verloren haben; Ein-Personen-Unternehmen (EPU); Bezieher*innen der bedarfsorientierten Mindestsicherung; Wiedereinsteiger*innen; Menschen mit Migrationshintergrund; Personen mit Benachteiligung, Beeinträchtigung und Behinderung; ältere Menschen (50+) sowie marginalisierte Personen und Menschen mit Vermittlungshemmnissen. Ganz konkret geht es dabei beispielsweise um Eingliederungsbeihilfen, gemeinnützige Beschäftigungsprojekte,

sozialökonomische Betriebe, Arbeitsstiftungen, Ausbildungsinitiativen für Beschäftigte, die überbetriebliche Lehrausbildung in den Bereichen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) und Tourismus, die Lehrstellenförderung für benachteiligte Jugendliche sowie Unterstützungsmaßnahmen (Beratungseinrichtungen und Case-Management zur Sicherung notwendiger Lebensbedürfnisse).[42]

„Denn ohne Job fühlen wir Menschen uns schnell nutzlos und ziehen uns immer weiter in uns selbst zurück, was unweigerlich zu gesellschaftlichem Ausschluss führt. Um genau das zu verhindern und um für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt für alle in Kärnten Lebenden zu sorgen, haben das Land Kärnten und das AMS Kärnten mit 70 Millionen Euro allein für das Jahr 2021 auch den größten Territorialen Beschäftigungspakt aller Zeiten geschnürt", sagt Landeshauptmann-Stellvertreterin und Arbeitsmarktreferentin Gaby Schaunig.[43]

5. Herausforderungen für die Arbeitsmarktpolitik in Kärnten

„Deutlicher Aufschwung am Kärntner Arbeitsmarkt" lautete Anfang Juli 2021 eine Schlagzeile in der „Kleinen Zeitung".[44] „Der Aufschwung am Arbeitsmarkt setzt sich fort: Mit 224.000 Beschäftigten liegen wir aktuell um rund 1.800 Personen über dem Vorkrisenniveau (Juni 2019). Parallel dazu verzeichnen wir bei den vorgemerkten Arbeitslosen eine Abnahme unter das Vorkrisenniveau (…). Im Vergleich zum Vorjahresmonat gibt es bei den offenen Stellen weiterhin eine starke Zunahme (…). Besonders positiv entwickelt sich die Lage bei den Jugendlichen: Hier ist die Arbeitslosigkeit gegenüber Juni 2020 um 53,2 % gesunken. Trotz einer Abnahme bei den älteren Arbeitsuchenden bleibt der Anteil der über 50-Jährigen an allen Arbeitslosen mit 41 % sehr hoch. Indessen setzt sich bei den Langzeitarbeitslosen (über ein Jahr) die Zunahme mit + 25,7 % (…) fort", so AMS-Landesgeschäftsführer Peter Wedenig.[45]

Anfang August 2021 wurde in der „Kleinen Zeitung" von einem „Rekord an Beschäftigten in Kärnten" berichtet.[46] „Die starke Nachfrage der Wirtschaft nach Arbeitskräften, unser expliziter Vermittlungsschwerpunkt und ein breit gefächertes Angebot an Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen bewirken eine weitere massive Entlastung des Arbeitsmarktes. Wir verzeichnen in Kärnten mit Stand 31. Juli einen Beschäftigungsrekord (232.000 unselbstständig Beschäftigte) und nicht nur eine massive Abnahme der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahresmonat auf 15.552 Arbeitsuchende (…), sondern auch ein Absinken der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorkrisenniveau. Darüber hinaus ist es gelungen, den massiven Zuwachs bei langzeitarbeitslosen Personen (über ein Jahr

arbeitslos) einzudämmen: Ende Juli waren beim AMS Kärnten 4.877 Langzeitarbeitslose vorgemerkt (…)", informierte AMS-Landesgeschäftsführer Peter Wedenig.[47]

Diese Entwicklungen sind ermutigend (Stand: September 2021) und zeigen, dass die Initiativen wirken. Für die Monate Juni, Juli und August 2021 kann festgehalten werden, dass die Arbeitslosigkeit in Kärnten niedriger war als im Vergleichszeitraum des Jahres 2019, also vor der Covid-19-Pandemie.[48] Anfang September 2021 war in der „Kleinen Zeitung" zu lesen, dass sich die Lage am Arbeitsmarkt weiter entspannt.[49] „Der Rückgang der Arbeitslosen zieht sich durch alle Berufsgruppen und alle Kärntner Regionen", sagte Peter Wedenig, der Landesgeschäftsführer des AMS Kärnten in der „Kleinen Zeitung".[50]

Trotzdem muss der Fokus weiterhin insbesondere auf ältere Arbeitsuchende und Langzeitarbeitslose gelegt werden. Bereits im Oktober 2020 argumentierte Landeshauptmann Peter Kaiser im Rahmen der „Kärntner Gespräche zur demokratiepolitischen Bildung 2020" ähnlich: „Die Jugendarbeitslosigkeit konnte im Vergleich zu dem jeweiligen Vorjahresmonat in Kärnten auch weiter gesenkt werden. Wir haben aber noch Probleme bei den Langzeiterwerbslosen und den Älteren."[51] „Die öffentliche Hand hat viele unterschiedliche Projekte, Unterstützungs- und Fördermöglichkeiten geschaffen, um die Generation 50+ aktiv in Beschäftigung zu bringen und zu halten und bei den Führungskräften ein Umdenken zu bewirken. Es bedarf dringend einer Bewusstseinsänderung auf Arbeitgebenden-Seite zur (Re-)Integration von Älteren in den ersten Arbeitsmarkt. Denn erst Vielfalt macht den Standort Kärnten und die Kärntner Unternehmen fit für die Zukunft", sagt Landeshauptmann-Stellvertreterin und Arbeitsmarktreferentin Gaby Schaunig.[52] Hinsichtlich Langzeitarbeitsloser kann zum Beispiel auf zwei Beschäftigungsmodelle der Caritas aufmerksam gemacht werden, nämlich „brücken.werk" und „grown.care". Mit diesen soll die Integration in den Arbeitsmarkt ermöglicht werden. Die beiden Modelle bieten den Teilnehmenden fall- und stundenweise Beschäftigung. So sollen Menschen neue Interessen entdecken, indem aus alten Autoreifen Sitzhocker gemacht oder geerntetes Gemüse und Kräuter dem „Magdas"-Lokal in Klagenfurt übergeben werden.[53]

Aber auch die Arbeitsmarktintegration von benachteiligten Jugendlichen und jungen Erwachsenen wird eine Herausforderung bleiben. Hierbei gilt es, bereits erfolgreiche Initiativen weiter auszubauen. Beispielhaft sei an dieser Stelle auf die überbetriebliche Lehrausbildung, die verlängerte Lehre und die Teilqualifikation sowie die Berufsausbildungsassistenz verwiesen.[54] „Fokussieren wir in Österreich die berufliche Integration von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, so wird deutlich, dass die (duale) Berufsausbildung einen hohen Stellenwert hat."[55]

Als innovativ und zukunftsweisend kann in diesem Zusammenhang die „Cyber Factory" bezeichnet werden. Dieses „Leuchtturmprojekt in der überbetrieblichen Lehrlingsausbildung" wurde vom Berufsförderungsinstitut entwickelt. „Es werden zwei Millionen Euro in eine ‚Pilotfabrik' für Digitalisierung investiert. Der Spatenstich dieser Lehrwerkstätte in St. Stefan im Lavanttal erfolgte (…) am 1. Juni", so AK-Präsident Günther Goach.[56] BFI-Geschäftsführer Gottfried Pototschnig dazu: „Es geht um die Zukunft des Lernens. Digitale Fähigkeiten sind auch als Managementskills gefragt. Die Cyber-Fabrik dient daher nicht nur als überbetriebliche Lehrwerkstatt und Fachkräfte-Ausbildung, auch Manager sollen hier aus- oder weitergebildet werden."[57]

Bemerkenswert erscheinen auch die Ausführungen von Hans Peter Haselsteiner in einem Interview, das von Adolf Winkler geführt und im Juli 2021 in der „Kleinen Zeitung" veröffentlicht wurde: „Problematisch sind die großen Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt. Noch immer sind [in Österreich; Anm. M. K.] Hunderttausende arbeitslos oder in Kurzarbeit, zugleich herrscht in verschiedenen Berufen extremer Arbeitskräftemangel mit geringer Aussicht auf Besserung in nächster Zeit."[58] Arbeitsminister Martin Kocher verweist beispielsweise auf den Tourismus. „Der Tourismus muss als Branche auch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer anderer Branchen attraktiv werden und neue, auch ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anlernen." Um „nicht gleichzeitig hohe Arbeitslosigkeit und massiven Fachkräftemangel" zu haben, müssten Personen, die nur über einen Pflichtschulabschluss verfügen, verstärkt qualifiziert werden. Der Fachkräftemangel sei vielerorts „noch ein gefühlter, sobald der Aufschwung kommt, haben wir ihn im nächsten Jahr tatsächlich in vielen Bereichen", so Arbeitsminister Martin Kocher Ende Mai 2021.[59]

6. Resümee

Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit der Arbeitsmarktpolitik in Kärnten. Nachdem eine umfassende Betrachtung nahezu unmöglich erscheint, wird eine exemplarische Vorgehensweise gewählt. Ausgehend vom Begriff, über die Aufgaben bis zu den Zielen der Arbeitsmarktpolitik verdeutlichen einzelne „Blitzlichter" die aktuellen Entwicklungen im Kontext der Covid-19-Pandemie. So wird auf die Rolle der Sozialpartnerschaft und den Territorialen Beschäftigungspakt (TEP) 2021 näher eingegangen. Die Skizzierung von Herausforderungen für die Arbeitsmarktpolitik in Kärnten stellt einen weiteren wichtigen Bereich dar. Hierbei sei erwähnt, dass der arbeitsmarktpolitische Fokus vor allem auf ältere Arbeitsuchende und Langzeiterwerbslose zu legen sein wird. Aber auch der Arbeitsmarktintegration von benachteiligten Jugendlichen und jungen Erwachsenen

muss weiterhin zentrale Bedeutung beigemessen werden. Initiativen und Projekte zeigen, wie es gelingen kann, allen Menschen die berufliche (Re-) Integration zu ermöglichen. Hier gilt es weiter anzusetzen, um gemeinsam weitere innovative und zukunftsweisende Projekte zu entwickeln, umzusetzen und zu evaluieren.

Literatur

Blaha, Barbara/Bohrn Mena, Veronika/Kaiser, Peter/Marterbauer, Markus/Prainsack, Barbara (2021): Moderiertes Abschlussgespräch zum Tagungsthema. In: Klemenjak, Martin/Pichler, Heinz/Weidlitsch, Daniel (Hrsg.): Corona-Krise – Herausforderungen für die Demokratie? Rückblick & Ausblick – Dokumentation der „Kärntner Gespräche zur demokratiepolitischen Bildung 2020", Kammer für Arbeiter und Angestellte für Kärnten: Klagenfurt (Schriftenreihe „Arbeit & Bildung", hrsg. von der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Kärnten), S. 56 bis 79.

Gangl, Beatrice/Klemenjak, Martin/Waditzer, Richard (2021): Berufliche Integration und duales Berufsausbildungssystem in Österreich – Überbetriebliche Lehrausbildung, verlängerte Lehrzeit, Teilqualifikation und Berufsausbildungsassistenz. In: Arnold, Helmut/Dungs, Susanne/Klemenjak, Martin/Pichler, Christine (Hrsg.): Wandel der Erwerbsarbeit – Innovative Ansätze der Inklusion, Beltz Juventa Verlag: Weinheim/Basel, S. 60 bis 69.

Hinterseer, Tobias (2020): Sozialpartnerschaft und Verbändestaat: Baustein oder Problem der Demokratie? In: Heinisch, Reinhard (Hrsg.): Kritisches Handbuch der österreichischen Demokratie – BürgerInnen, Verfassung, Institutionen, Verbände, Böhlau Verlag: Wien/Köln/Weimar, S. 293 bis 330.

Hofer, Helmut/Titelbach, Gerlinde/Fink, Marcel (2020): Die österreichische Arbeitsmarktpolitik vor dem Hintergrund der Covid-19-Krise, Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS): Wien.

Klemenjak, Martin (2019): Die Sozialpartnerschaft in Österreich und Kärnten – Eine (Zwischen-)Bilanz. In: Anderwald, Karl/Hren, Karl/Stainer-Hämmerle, Kathrin (Hrsg.): Kärntner Jahrbuch für Politik 2019/Koroški politični zbornik 2019, Verlag Hermagoras/Mohorjeva: Klagenfurt/Ljubljana/Wien, S. 132 bis 140.

Klemenjak, Martin (2021): Arbeitsmarktintegration von benachteiligten Jugendlichen und jungen Erwachsenen – exemplarisch ausgewählte Ansätze. In: Die Österreichische Volkshochschule – Magazin für Erwachsenenbildung, 72. Jg., Frühjahr/Sommer 2021, Heft 273, S. 27 bis 29.

Pelinka, Anton/Rosenberger, Sieglinde (2007): Österreichische Politik. Grundlagen – Strukturen – Trends, Facultas: Wien.

Prainsack, Barbara (2021): Auswirkungen der Pandemie auf das soziale Gefüge und die Ungleichheitsentwicklung – Empfehlungen an die Politik. In: Klemenjak, Martin/Pichler, Heinz/Weidlitsch, Daniel (Hrsg.): Corona-Krise – Herausforderungen für die Demokratie? Rückblick & Ausblick – Dokumentation der „Kärntner Gespräche zur demokratiepolitischen Bildung 2020", Kammer für Arbeiter und Angestellte für Kärnten: Klagenfurt (Schriftenreihe „Arbeit & Bildung", hrsg. von der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Kärnten), S. 44 bis 55.

Tálos, Emmerich/Hinterseer, Tobias (2019): Sozialpartnerschaft – Ein zentraler politischer Gestaltungsfaktor der Zweiten Republik am Ende? Studienverlag: Innsbruck/Wien/Bozen.

Tálos, Emmerich/Obinger, Herbert (2020): Sozialstaat Österreich (1945–2020). Entwicklung – Maßnahmen – internationale Verortung. Studienverlag: Innsbruck/Wien.

Anmerkungen

1 Kleine Zeitung vom 3. November 2020, S. 24.
2 Kleine Zeitung vom 1. Dezember 2020, S. 24.
3 Kleine Zeitung vom 5. Jänner 2021, S. 6.
4 Kleine Zeitung vom 5. Jänner 2021, S. 7.
5 Kleine Zeitung vom 13. Jänner 2021, S. 32.
6 Kleine Zeitung vom 27. Jänner 2021, S. 31.
7 Kleine Zeitung vom 2. Februar 2021, S. 8.
8 Kleine Zeitung vom 10. Februar 2021, S. 28.
9 Kleine Zeitung vom 17. März 2021, S. 30.
10 Kleine Zeitung vom 2. April 2021, S. 36.
11 Kleine Zeitung vom 26. Mai 2021, S. 28.
12 Kleine Zeitung vom 2. Juni 2021, S. 32.
13 Kleine Zeitung vom 2. Juli 2021, S. 30.
14 Kleine Zeitung vom 3. August 2021, S. 20.
15 Kleine Zeitung vom 5. August 2021, S. 27.
16 Kleine Zeitung vom 10. August 2021, S. 27.
17 Kleine Zeitung vom 27. August 2021, S. 24.
18 Kleine Zeitung vom 28. August 2021, S. 24.
19 Kleine Zeitung vom 2. September 2021, S. 24.
20 Kleine Zeitung vom 16. Jänner 2021, S. 8.
21 Kleine Zeitung vom 1. Dezember 2020, S. 24f.
22 https://kaernten.orf.at/stories/3078313/ [Zugriff am 14. Juli 2021].
23 Prainsack 2021, S. 44.
24 https://www.bma.gv.at/Themen/Arbeitsmarkt/Arbeitsmarktpolitik.html [Zugriff am 14. Juli 2021].
25 Hofer et al. 2020, S. 16.
26 Tálos/Obinger 2020, S. 81.
27 Hofer et al. 2020, S. 17.
28 Kleine Zeitung vom 3. November 2020, S. 24.
29 Pelinka/Rosenberger 2007, S. 203f.
30 Hinterseer 2020, S. 325.
31 Tálos/Hinterseer 2019, S. 132.
32 Tálos/Hinterseer 2019, S. 132.
33 Klemenjak 2019, S. 138.
34 https://www.ktn.gv.at/Service/News?nid=32388 [Zugriff am 22. Juli 2021].
35 AK tipp – Das Magazin für Mitglieder der Arbeiterkammer Kärnten, 02/20, November 2020, S. 4.
36 https://kaernten.orf.at/stories/3074284/ [Zugriff am 16. Juli 2021].
37 Kleine Zeitung vom 4. November 2020, S. 43.
38 https://kaernten.orf.at/stories/3074284/ [Zugriff am 16. Juli 2021].
39 https://www.ktn.gv.at/Service/News?nid=32388 [Zugriff am 22. Juli 2021].
40 https://www.ktn.gv.at/Service/News?nid=32389 [Zugriff am 22. Juli 2021].
41 TEP-Kärnten: Territorialer Beschäftigungspakt für Kärnten 2021. Für einen zukunftsfähigen Arbeitsmarkt, 30. November 2020, https://www.ktn.gv.at/Service/News?nid=32155 [Zugriff am 27. Juli 2021].

42 TEP-Kärnten: Territorialer Beschäftigungspakt für Kärnten 2021. Für einen zukunftsfähigen Arbeitsmarkt, 30. November 2020, https://www.ktn.gv.at/Service/News?nid=32155 [Zugriff am 27. Juli 2021].
43 kärnten.magazin Ausgabe 05/2020 – Das offizielle Infoservice des Landes Kärnten, S. 23.
44 Kleine Zeitung vom 2. Juli 2021, S. 30.
45 https://www.ams.at/regionen/kaernten/news/2021/06/der-kaerntner-arbeitsmarkt-im-juni-2021 [Zugriff am 22. Juli 2021].
46 Kleine Zeitung vom 3. August 2021, S. 20.
47 https://www.ams.at/regionen/kaernten/news/2021/07/der-kaerntner-arbeitsmarkt-im-juli-2021 [Zugriff am 30. August 2021].
48 https://kaernten.orf.at/stories/3119405/ [Zugriff am 1. September 2021].
49 Kleine Zeitung vom 2. September 2021, S. 24.
50 Kleine Zeitung vom 2. September 2021, S. 24.
51 Blaha et al. 2021, S. 61.
52 kärnten.magazin Ausgabe 03/2021 – Das offizielle Infoservice des Landes Kärnten, S. 17.
53 Kleine Zeitung vom 21. Juli 2021, S. 25.
54 Klemenjak 2021, S. 27ff.
55 Gangl et al. 2021, S. 60.
56 AK tipp – Das Magazin für Mitglieder der Arbeiterkammer Kärnten, 03/21, Juli 2021, S. 4.
57 Kleine Zeitung vom 2. Juni 2021, S. 33.
58 Kleine Zeitung vom 11. Juli 2021, S. 18.
59 Kleine Zeitung vom 26. Mai 2021, S. 29.

Birgit Aigner-Walder/Robert Ofner/Stephanie Putz

Gesundheitssysteme in Österreich und Slowenien im Vergleich

1. Einführung

Die Anwendung elektronischer Medien gewinnt im Gesundheitsbereich zunehmend an Bedeutung. Diese werden häufig unter Begriffen wie „E-Health", „Telecare", „Telemonitoring" oder „Active and Assisted Living (AAL)" subsumiert, und ihnen wird in Hinblick auf die mit der Alterung der Bevölkerung einhergehenden Herausforderungen großes Potential beigemessen. Die Entwicklung technologischer Lösungen ist dabei nicht an Ländergrenzen gebunden. Zwischen einzelnen Ländern, auch innerhalb der Europäischen Union, gibt es hinsichtlich der Gesundheitssysteme jedoch erhebliche Unterschiede, welche eine grenzüberschreitende Einführung neuer Technologien erschweren, auch wenn die Alterung der Bevölkerung diese gleichermaßen trifft, wie der folgende Vergleich zwischen den benachbarten Staaten Österreich und Slowenien zeigt. In beiden Staaten wird eine Steigerung des Anteils der älteren Bevölkerung verzeichnet.

Österreich hat mit Stand 2021 eine Bevölkerungsanzahl von 8,93 Millionen Menschen. Die Bevölkerung in Slowenien ist um ein Vielfaches kleiner und liegt bei 2,11 Millionen (vgl. Eurostat Database, 2021a). In Österreich ist der Anteil der 65- bis 79-Jährigen von 12,6 Prozent im Jahr 2010 auf 13,7 Prozent im Jahr 2020 gestiegen. Ein ähnlicher Anstieg wird in Slowenien verzeichnet, wobei hier der Anteil von 12,9 Prozent im Jahr 2010 auf 14,8 Prozent im Jahr 2020 gewachsen ist. Der Anteil der über 80-Jährigen in der Bevölkerung ist in Österreich von 4,8 Prozent im Jahr 2010 auf 5,3 Prozent im Jahr 2020 gestiegen und in Slowenien von 3,9 Prozent auf 5,4 Prozent (vgl. Eurostat Database, 2021b). Die Bevölkerung Sloweniens ist damit als geringfügig älter einzustufen. Allerdings beträgt die Fertilitätsrate in Slowenien 1,61 Kinder pro Frau (Stand 2019), was über der durchschnittlichen Rate in der EU mit 1,53 Kinder pro Frau liegt. In Österreich werden durchschnittlich 1,46 Kinder pro Frau geboren (vgl. Eurostat Database, 2021c). Beide Werte liegen unter der notwendigen Rate von 2,1 Kindern pro Frau, um langfristig ohne Migration ein konstantes Bevölkerungsniveau zu gewährleisten.

Die Lebenserwartung bei der Geburt ist in beiden Staaten über dem EU-Durchschnitt (80,9 Jahre) und beträgt in Österreich 81,7 Jahre und in Slowenien 81,2 Jahre. Die Lebenserwartung ist in Slowenien, aber auch in Österreich seit dem Jahr 2000 gestiegen. Als häufigste Todesursachen werden

in beiden Staaten Herz-Kreislauferkrankungen, vor allem die ischämische Herzerkrankung und der Schlaganfall, gefolgt von Krebserkrankungen (in beiden Staaten am häufigsten Lungenkrebs) angeführt. In den vergangenen 20 Jahren wurde jedoch eine Verringerung der Sterblichkeit erzielt. Auffallend ist, dass in Österreich eine erhöhte Sterblichkeit durch Diabetes erkennbar ist. Bemerkenswert ist zudem, dass in Slowenien zwischen den Jahren 2000 und 2016 eine Verringerung der Sterblichkeit durch Suizid um 40 Prozent erreicht wurde, aber im Jahr 2016 die Suizidrate der slowenischen Bevölkerung dennoch die dritthöchste aller EU-Länder war[1] (vgl. OECD, 2019a:1ff, 2019b:1ff).

Aus sozioökonomischer Sicht ist anzuführen, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP)[2] in Österreich im Jahr 2017 bei 38.100 Euro pro Kopf und in Slowenien bei 25.500 Euro pro Kopf lag. Das BIP der EU beträgt im Vergleich 30.000 Euro pro Kopf (vgl. OECD, 2019a:1ff, 2019b:1ff). Die Arbeitslosenquote der 25- bis 74-Jährigen (Stand 2020) ist in Österreich höher als in Slowenien (5,5 Prozent vs. 4,4 Prozent), jedoch liegen beide Staaten unter dem EU-weiten Durchschnitt (6,2 Prozent) (vgl. OECD, 2021a). Der Gesundheitsstatus der Österreicher/innen wird im Selbstbericht von zirka 70 Prozent als gut eingeschätzt und liegt hierbei im EU-Durchschnitt (69,7 Prozent). Hervorzuheben ist, dass vor allem die Jugendlichen in Österreich eine hohe Lebenszufriedenheit angeben (vgl. OECD, 2019a:5). In Slowenien führen ungefähr 65 Prozent an, dass ihr Gesundheitszustand gut ist, jedoch schwanken diese Angaben je nach Einkommen stark (vgl. OECD, 2019b:5). Die gesunden Lebensjahre liegen in Österreich mit 58,1 Jahre für Frauen und 57,9 Jahre bei Männern ähnlich wie in Slowenien mit 57,7 Jahre für Frauen und 58,5 Jahre für Männer unter dem EU-Durchschnitt (63,3 beziehungsweise 62,6 Jahre). Zudem wird angegeben, dass in beiden Ländern zwischen 33 und 34 Prozent der Bevölkerung langjährige Gesundheitsprobleme/Krankheiten haben (Europäische Kommission, 2019a:289, 2019b:465).

Der folgende Beitrag verfolgt die Zielsetzung, die Gesundheitssysteme in Österreich und Slowenien zu vergleichen. Dazu wird ein Augenmerk auf den Aufbau und die Finanzierung dieser, die Infrastruktur und durchgeführte sowie geplante Reformen gelegt. Diese auf Literatur basierenden Darstellungen werden in weiterer Folge durch das Ergebnis von Experteninterviews ergänzt. Der Beitrag soll zu einem besseren Verständnis der Gesundheitssysteme in Österreich und Slowenien beitragen und Kooperationen über die Landesgrenzen hinaus erleichtern.[3]

2. Aufbau und Finanzierung der Systeme

Das österreichische Gesundheitssystem wird in der Literatur (siehe in Bachner et al., 2019, OECD, 2019a) als ein komplexes Gebilde bezeichnet.

Österreich ist eine parlamentarische Republik und zeichnet sich durch eine föderale Struktur aus (neun Bundesländer). Für das Gesundheitswesen ist der Bund für die Gesetzgebung sowie für die Sozialversicherung und die Langzeitpflege verantwortlich. In Bezug auf die Krankenhausversorgung (stationär und ambulant) obliegt die Vollziehung der gesetzlichen Vorgaben des Bundes den neun Bundesländern, welche für eine ausreichende sogenannte intramurale Versorgung zuständig sind und diese auch mitfinanzieren. Die Krankenanstalten sind entweder in der öffentlichen Hand (Land oder Gemeinden) oder werden von privaten gemeinnützigen Organisationen geführt. Für den extramuralen Bereich ist die Sozialversicherung zum größten Teil verantwortlich und führt die Verhandlungen zu Leistungsangeboten und -verträgen.

Im Unterschied zu anderen Gesundheitssystemen haben in Österreich bei der Gesetzesfindung die Sozialpartner einen wesentlichen Einfluss. Die historisch entstandene Gruppe der Sozialpartner besteht aus offiziellen Vertreter/innen der Arbeitnehmer/innen- und Arbeitgeber/innengruppen sowie weiteren Interessensvertretungen, die in der Sozial- und Gesundheitspolitik mitwirken (vgl. Bachner et al., 2019:18ff). Zudem werden einige Aufgaben durch die sogenannte Selbstverwaltung wahrgenommen. Das bedeutet, dass Staatsaufgaben von Selbstverwaltungsorganen, wie der Sozialversicherung und den Berufsverbänden der Gesundheitsdienstleiter/innen (beispielsweise Ärztekammer), übernommen werden (vgl. Bachner et al., 2019:32). Die Krankenversicherung der österreichischen Sozialversicherung ist geschichtlich verankert und ist seit dem Jahr 2020 als Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) reformiert. Unter einem Dachverband sind neben den drei Krankenversicherungen (ÖGK, Sozialversicherungsanstalt der Selbstständigen, Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau) die Pensionsversicherung und die Unfallversicherung angesiedelt (vgl. Bachner et al., 2019:32ff).

In Österreich ist die Gesundheitsversorgung durch eine Pflichtversicherung geregelt, und durch das Sozialversicherungsmodell werden zum Prinzip der Selbstverwaltung auch jenes der Solidarität gezählt. Die Mitgliedschaft zur Pflichtversicherung ist an die Erwerbstätigkeit gebunden, wobei Selbstständige und freiwillig Versicherte die Aufnahme zur Versicherung selbst regeln müssen. Die Zugehörigkeit zur jeweiligen Versicherung kann nicht frei gewählt werden, sondern wird je nach Berufsgruppe eingeordnet, womit kein Wettbewerb zwischen den Sozialversicherungen herrscht. Die Sozialversicherung wird primär durch Versicherungsbeiträge finanziert, welche über das Einkommen von den Arbeitnehmer/innen und den Arbeitgeber/innen zu ungefähr gleichen Teilen eingehoben werden (vgl. Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, 2019:6f). In Österreich sind zirka 8,7 Millionen Menschen über die Sozialversicherung versichert, wovon zirka 6,7 Millionen

Menschen Beiträge einzahlen. Der Rest setzt sich aus hauptsächlich Mitversicherten, wie Kindern, zusammen (vgl. Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, 2019:6f, ÖGK, 2020).

Slowenien ist, wie Österreich, eine parlamentarische Republik und der am weitesten entwickelte Staat aus der postkommunistischen Reihe, welcher der EU beigetreten ist. In den letzten Jahren konnte anhand verschiedener Indikatoren eine Verbesserung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung festgestellt werden. Das slowenische Gesundheitssystem ist stark zentralisiert, wobei das Gesundheitsministerium für die Gesetzgebung, Planung und Durchführung verantwortlich ist. Die Gemeinden sind für die Bereitstellung und Organisation der Grundversorgung zuständig, jedoch haben diese nur ein begrenztes Mitspracherecht bei Entscheidungen in Bezug auf das Gesundheitssystem. Im Gegensatz zu Österreich besitzt in Slowenien der Staat fast die gesamte Krankenhausinfrastruktur sowie die ambulanten und tertiären Versorgungsstrukturen (vgl. OECD, 2019b:9). Somit ist der/die Gesundheitsminister/in Eigentümer/in der Gesundheitseinrichtungen, Manager/in und Investor/in gleichzeitig. Die Gesundheitsberufe haben eigene Verbände/Kammern (zbornice), die die Berufsberechtigungen verwalten und regulieren sowie teilweise in Bezug auf die Ausbildung eine wichtige Rolle bei der Planung einnehmen (beispielsweise die Ärztekammer). Im Laufe der Jahre hat das Gesundheitsministerium die Aufgaben dezentralisiert und an die Interessensvertretungen abgegeben. Im slowenischen Gesundheitssystem wächst zudem die Privatisierung; besonders bei der Primärversorgung und der fachärztlichen Versorgung nehmen private Gesundheitsdienstanbieter/innen zu. Dennoch ist der größte Anteil noch in staatlicher oder kommunaler Hand (vgl. Albreht, 2016:15ff).

Seit 1992 ist in Slowenien das Bismarck'sche Sozialversicherungssystem implementiert und sieht die verpflichtende Krankenversicherung vor, die lediglich von einem einzigen öffentlichen Versicherer, dem Slowenischen Krankenversicherungsinstitut (HIIS), angeboten wird. Nahezu jeder Slowene/jede Slowenin ist bei dieser Krankenversicherung versichert, da diese, wie in Österreich, an das Beschäftigungsverhältnis geknüpft ist. Zusätzlich nehmen zirka 95 Prozent der slowenischen Bevölkerung eine ergänzende freiwillige Krankenversicherung in Anspruch, was die höchste Rate für freiwillige Zusatzversicherungen in der EU darstellt (vgl. OECD, 2019b:8f). Die freiwillige Versicherung wird von drei privaten Versicherungsunternehmen (Adria-Slovenica, Triglav und Vzajemna) angeboten und wird hauptsächlich zur Deckung von Zusatzzahlungen verwendet. Das HIIS tritt als Interessensvertretung der Versicherten bei der Verhandlung über Gesundheitsprogramme und deren Umsetzung auf, da es als Hauptakteur eine wesentliche Rolle in der Preisfestsetzung einnimmt. Seit 1992 ist das zuvor ausschließlich aus öffentlichen Mitteln finanzierte

System in ein Mischsystem übergegangen, da private Zahlungen, wie private Zusatzversicherungen einen verstärkten Zulauf bekommen haben (vgl. Albreht, 2016:15ff).

Das österreichische Gesundheitssystem ist relativ teuer und ist auch ein Mischsystem, welches aus einkommensabhängigen Sozialversicherungsbeiträgen, Steuereinnahmen und privaten Zuzahlungen finanziert wird (vgl. Bachner et al., 2019:79ff, Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, 2019:6f). Die Gesundheitsausgaben lagen im Jahr 2017 bei 41,3 Milliarden Euro beziehungsweise ungefähr 3.900 Euro pro Kopf, was rund 1.000 Euro über dem EU-Durchschnitt liegt. Zirka 10,4 Prozent des BIP werden für die laufenden Gesundheitsausgaben aufgewendet bei einem EU-weiten Schnitt von 9,8 Prozent. Für die laufenden Ausgaben werden zirka 19,2 Prozent aus sogenannten out-of-pocket-Zahlungen finanziert und liegen deutlich über dem EU-Durchschnitt von zirka 15,8 Prozent. Diese Zuzahlungen der Patienten/innen sind vor allem auf die Bezahlung von Medikamenten, Langzeitpflegediensten oder zahnmedizinischen Leistungen zurückzuführen (vgl. Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, 2019:33, OECD, 2019a).

Die Finanzierung der Spitäler wird aus Steuern und Pauschalbeiträgen der Sozialversicherung geleistet, wobei Bund, Land und Sozialversicherung beteiligt sind. Die Finanzmittel werden über die Bundesgesundheitsagentur und den Landesgesundheitsfonds, anhand der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung (LKF) für die stationäre und spitalsambulante Leistungserbringung, an die öffentlichen und gemeinnützigen Krankenhäuser (sogenannte Fondsspitäler) ausbezahlt. Für andere Privatkrankenanstalten gibt es einen gesonderten Finanzierungsfonds (vgl. Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, 2019:33ff). Im extramuralen Bereich werden öffentliche Gesundheitsdienste (Allgemeinmediziner/innen, Fachärzte/-ärztinnen oder Zahnmediziner/innen) von Krankenversicherungsbeiträgen bezahlt. Werden private Gesundheitsdienstleistungen in Anspruch genommen, so sind diese von den Patienten/innen zur Gänze beziehungsweise nach der Abrechnung mit der Sozialversicherung von zirka 20 Prozent selbst zu leisten (vgl. Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, 2019:33ff). Die Langzeitpflege wird über Steuereinnahmen des Bundes finanziert, wobei die Länder und Gemeinden über die Finanzierung der Sachleistungen eingebunden sind. Grundsätzlich wird in Österreich die Pflegeversorgung von den betreuungs- und pflegebedürftigen Personen mit dem Pensionseinkommen selbst bezahlt. Als zusätzliches Einkommen wird den Betroffenen ein monatliches Pflegegeld ausbezahlt, was anhand des Pflegebedarfes festgelegt wird (in Österreich

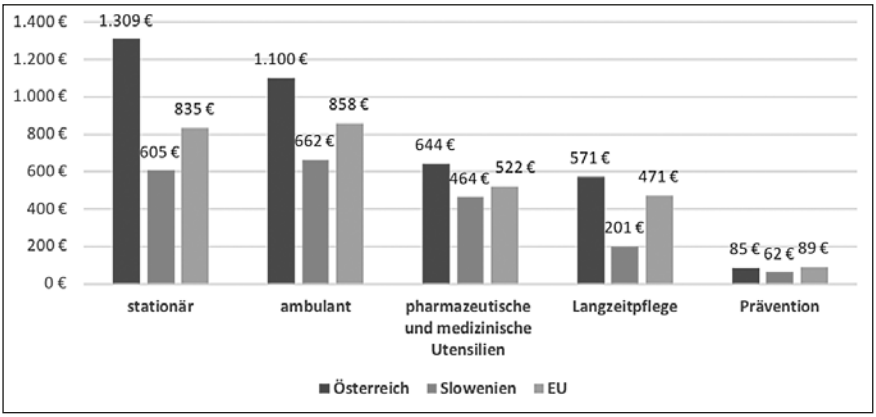
von eins bis sieben). Das Pflegegeld ist steuerfinanziert und wird aus dem Bundesbudget gespeist (vgl. Bachner et al., 2019:88ff).

Das slowenische Gesundheitssystem wird vorwiegend über die Beiträge der Pflichtversicherung finanziert und ein kleiner Teil wird von der freiwilligen Zusatzversicherung und direkten out-of-pocket-Zahlungen getragen (vgl. Albreht, 2016:59f). Slowenien gab im Jahr 2017 zirka 8,2 Prozent des BIP für das Gesundheitswesen aus, was zirka 2.060 Euro pro Kopf sind. Im Österreich-Vergleich ist das um ein Vielfaches niedriger (–2,2 Prozentpunkte) und im EU-Vergleich ebenso niedriger (–1,6 Prozentpunkte). Verzeichnet wird, dass die Gesundheitsausgaben in Slowenien höher sind als in einigen anderen EU-Mitgliedsstaaten, wie beispielsweise Ungarn oder Kroatien, die auch im Jahr 2004 beigetreten sind (vgl. OECD, 2019b:8f). Die gesetzliche Krankenversicherung deckt die Leistungen der primären, sekundären und tertiären Versorgung, die Medikamente, die Medizinprodukte und den Krankenstand von bis zu 30 Tagen ab sowie Fahrtkosten zu Gesundheitseinrichtungen. Die Preise werden von der HIIS in Abstimmung mit der Regierung festgelegt und reichen von keiner Zuzahlung bis zu zirka 90 Prozent der Kostentragung durch die Patienten/innen. Weitere Steuereinnahmen auf nationaler oder kommunaler Ebene sind ebenso Einnahmenquellen zur Finanzierung von beispielsweise Präventionsprogrammen oder der Versorgung sozial schwacher Bürger/innen.

Die Beiträge der freiwilligen Krankenversicherung und der out-of-pocket-Zahlungen sind die wichtigsten privaten Finanzierungsquellen. Da, wie bereits beschrieben, sehr viele slowenische Bürger/innen eine freiwillige Versicherung haben, wurde im Jahr 2005 ein Ausgleichssystem eingerichtet, damit eine Benachteiligung der Bürger/innen, die sich diese nicht leisten können, verhindert wird. Die Gesundheitsleistungen werden von den Unternehmen HIIS und den freiwilligen Versicherungsunternehmen eingekauft und der Erstattungsumfang wird jährlich neu verhandelt. Die Leistungen in Gesundheitszentren werden in Kopfpauschalen und Leistungsgebühren bezahlt. Die ambulante Spitalsbehandlungen werden ebenso mit Leistungsgebühren abgegolten. Die stationäre Versorgung wird wie in Österreich über ein LKF-System finanziert (vgl. Albreht, 2016:59f). Die Langzeitpflege ist in Slowenien ähnlich organisiert wie in Österreich (stationäre und teilstationäre Einrichtungen sowie Versorgung zuhause), und auch eine gesetzlich geregelte Geldleistung anhand des Pflegebedarfes wird ausbezahlt. Zirka die Hälfte des öffentlichen Budgets, mit dem die Langzeitpflege finanziert wird, kommt von der gesetzlichen Krankenversicherung, ein weiterer Teil von der Renten- und Invalidenversicherung (vorwiegend das Pflegegeld) und der dritte Teil vom Ministerium für Arbeit, Familie, Soziales und Chancengleichheit. Aber auch die slowenischen Kommunen können zur Finanzierung der Langzeitpflege herangezogen werden (vgl. Albreht, 2016:134 ff).

Bemerkenswert ist, dass in Österreich sehr viel für die stationäre Versorgung aufgewendet wird (1.300 Euro pro Kopf pro Jahr bei einem EU-weiten Durchschnitt von 835 Euro pro Kopf). In Slowenien wird am meisten für die ambulante Versorgung aufgewendet (662 Euro pro Kopf, und anzumerken ist, dass Slowenien weniger als die Hälfte des EU-Durchschnitts für die Langzeitpflege ausgibt (201 Euro pro Kopf im Vergleich zu 471 Euro pro Kopf) (vgl. OECD, 2019a, 2019b). Die Abbildung 1 stellt die Unterschiede der Ausgaben übersichtlich dar. Generell fällt auf, dass in Österreich mit Ausnahme der Prävention mehr als im EU-Durchschnitt ausgegeben wird und die Ausgaben in Slowenien deutlich darunter liegen.

Abb. 1: Gesundheitsausgaben pro Kopf in Österreich, Slowenien und EU im Jahr 2017 (vgl. OECD, 2019a:10, 2019b:10)



3. Versorgungsinfrastruktur und Personal

In Slowenien wurden im Jahr 2012 zwei staatliche Einrichtungen für das Gesundheitswesen (Nationales Institut für öffentliche Gesundheit und Nationales Labor für Gesundheit, Umwelt und Ernährung) zur Bereitstellung der öffentlichen Gesundheitsdienste implementiert (vgl. Petrič/ Maresso, 2018:109ff). Seit 2013 sind in Slowenien 65 Primärversorgungszentren, die von Gemeinden geführt werden, vorhanden und bieten für die Bevölkerung die medizinische Grundversorgung (beispielsweise Allgemeinmedizin oder Pädiatrie), aber auch präventive und therapeutische Angebote stehen in den Zentren öffentlich zur Verfügung (beispielsweise Pflegedienste, Hebammen oder Physiotherapie). Ungefähr 76 Prozent der gesamten Allgemeinmedizin und 42 Prozent der gesamten Zahnmedizin sind in diesen Primärversorgungszentren eingerichtet. Die privaten Ordinationen haben meistens einen Vertrag mit der slowenischen

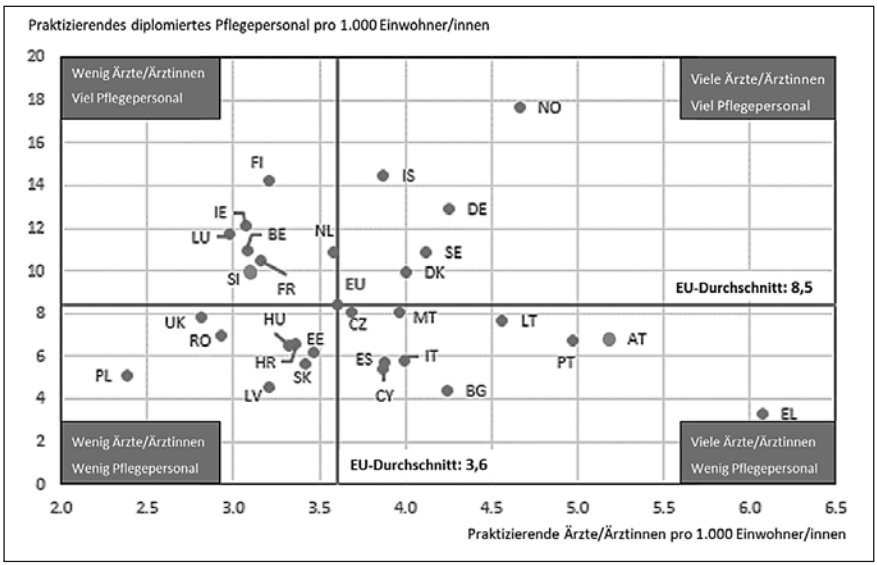
Krankenversicherung und können daher auch auf Kosten der Sozialversicherung von den Bürger/innen in Anspruch genommen werden. Zudem führt Slowenien ein Gatekeeper-System, bei dem die Patienten/innen eine Überweisung von den Hausärzten/Hausärztinnen benötigen, um eine fachärztliche Versorgung zu erhalten (vgl. Albreht, 2016:118ff).

Beachtenswert ist, dass in Slowenien Gesundheitsbildungszentren geschaffen wurden und seit 2002 in Betrieb sind. Mit diesen Zentren werden Programme zur Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention in kontextspezifischen und multidisziplinären Ansätzen in den Gemeinden implementiert. Derzeit zielen die Programme auf die Lebensstilveränderung von Patienten/innen mit nicht-übertragbaren Krankheiten ab, jedoch sollen die Zentren generell zu Gesundheitsförderungszenten ausgebaut werden (vgl. OECD, 2019b:12).

In Österreich können die Bürger/innen die Auswahl der medizinischen Versorgung (durch Hausarzt/Hausärztin, fachärztliche Versorgung, Krankenhaus) frei wählen, wobei die Anzahl der Krankenhausentlassungen in Österreich sehr hoch ist (zirka 250 pro 1.000 Einwohner/innen). Im EU-Vergleich liegen die Entlassungszahlen bei 172 pro 1.000 Einwohner/innen und auch in Slowenien bei ungefähr 180 pro 1.000 Einwohner/innen (vgl. OECD, 2019a:11). Österreich hat EU-weit die höchste Anzahl an Krankenhausbetten. Mit 7,4 Betten pro 1.000 Einwohner/innen liegt Österreich deutlich über dem EU-Durchschnitt (5,1 Betten pro 1.000 Einwohner/innen). Obwohl die Bettenzahl zwischen 2013 und 2017 um 3,5 Prozent, ähnlich dem EU-Durchschnitt, sank, ist der stationäre Krankenhaussektor in Österreich nach wie vor sehr groß. Trotz Reformplänen zur Reduzierung der Krankenhausbetten war das Betten-pro-Bevölkerung-Verhältnis im Jahr 2017 nach Bulgarien und Deutschland das dritthöchste in der EU. Slowenien hat die Gesamtbettenzahl seit 2000 um fast 20 Prozent reduziert (4,5 Akutbetten pro 1.000 Einwohner/innen) und liegt damit unter dem EU-Durchschnitt (vgl. Bachner et al., 2019:129 ff, OECD, 2019a:11, 2019b:19f). In Österreich beträgt die Dauer der Spitalsaufenthalte 6,3 Tage und in Slowenien 6,6 Tage, was zirka einen Tag unter dem EU-Durchschnitt liegt (vgl. OECD, 2021b, OECD, 2019b:19f).

Auch die Dichte der medizinischen Großgeräte (CT-, MRT- und PET-Scanner) wird in Österreich als überdurchschnittlich verzeichnet (vgl. Bachner et al., 2019:130ff). Beispielsweise waren im Jahr 2017 29 CT-Scanner pro einer Millionen Einwohner/innen vorhanden und im OECD-Durchschnitt 27 pro einer Million Einwohner/innen. Die Anzahl der CT-Scanner war im Jahr 2017 in Slowenien mit 15 pro einer Million Einwohner/innen fast um die Hälfte geringer als in Österreich (vgl. Bachner et al., 2019:137f, OECD, 2019c:192f). Doch auch in Slowenien ist die Zahl der medizinischen Großgeräte seit Mitte der 2000er-Jahre gestiegen, obwohl es keine nationale

Abb. 2: Übersicht praktizierendes diplomiertes Pflegepersonal und praktizierende Ärzte/Ärztinnen (Stand 2016/2017) (vgl. OECD, 2019a:11, 2019b:11)



Bedarfsanalyse, wie vergleichsweise in Österreich mit dem sogenannten Großgeräteplan, gibt (vgl. Albreht et al., 2016:91ff).

Bezugnehmend auf die ärztliche Versorgung verzeichnet Österreich mit Stand 2017 5,3 Ärzte/Ärztinnen pro 1.000 Einwohner/innen, was deutlich mehr ist als der EU-weite Durchschnitt mit 3,6 pro 1.000 Einwohner/innen und als in Slowenien mit 3,1 pro 1.000 Einwohner/innen. Manche slowenischen Patienten/innen haben auch in städtischen Gebieten Schwierigkeiten, einen Hausarzt/eine Hausärztin zu finden. Der Mangel an Hausärzten/Hausärztinnen ist vorwiegend auf die hohe Arbeitsbelastung und die geringere Bezahlung im Vergleich zu anderen medizinischen Fachgebieten zurückzuführen. Infolgedessen und aufgrund der steigenden Anzahl an chronischen Erkrankungen werden in Slowenien lange Wartezeiten verzeichnet (vgl. OECD, 2019a:11, 2019b:11).

Die Zahl der Krankenpfleger/innen liegt mit Stand 2017 in Slowenien bei 9,9 pro 1.000 Einwohner/innen, was über dem EU-Durchschnitt (8,5 pro 1.000 Einwohner/innen) ist. In Österreich hingegen ist der Anteil der Krankenpfleger/innen bei zirka 6,8 pro 1.000 Einwohner/innen (vgl. OECD, 2019b:11). Die angeführte Zahl der Krankenpfleger/innen in Slowenien umfasst auch Pflegekräfte, die nur eine Berufsausbildung abgeschlossen haben, und verzerrt daher die Aufstellung. Die Anzahl der diplomierten

Krankenpfleger/innen in Slowenien beträgt schätzungsweise zirka 3,4 pro 1.000 Einwohner/innen (vgl. OECD, 2019b:11). In Österreich werden seit 2018 alle Angehörigen der gehobenen medizinisch-technischen Dienste und der Gesundheits- und Krankenpflegeberufe erfasst und sind dazu verpflichtet, sich in einem Verzeichnis einzutragen, um einen Überblick, über die in Österreich tätigen und berechtigten Personen in Gesundheitsberufen zu erhalten (vgl. GÖG, o. J.). Die Abbildung 2 zeigt den Anteil der Ärzte/Ärztinnen und des Pflegepersonals in Österreich und in Slowenien im EU-weiten Vergleich.

4. Wichtige Reformen und Einsatz von Technologien

In Österreich wurde bereits mehrmals versucht, durch Reformen die Planung und Zusammenarbeit zwischen den Akteuren/innen im Gesundheitswesen zu vereinfachen. So wurden im Jahr 2012 die zehn Gesundheitsziele Österreichs definiert, welche bis 2032 den Rahmen für künftige Reformen vorgeben sollen (vgl. Bachner et al., 2019:18f, 205ff). Diese umfassen u. a. die Gesundheitsförderung, die gesundheitliche Chancengleichheit, die Stärkung der Gesundheitskompetenzen, aber auch die Gesundheitsversorgung qualitativ und leistbar halten (vgl. Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, 2021d). In weiterer Folge wurde im Zuge der Gesundheitsreform 2013 die Zielsteuerung-Gesundheit eingeführt. Die zuständige Bundeszielsteuerungskommission (B-ZK) setzt sich aus allen wichtigen Vertretungen des Bundes, der Länder und der Sozialversicherung zusammen und erarbeitet die Finanz- und Gesundheitsziele sowie Versorgungsstrukturen, -prozesse und -ergebnisse für die Länder. Diese Pläne werden von den Landes-Zielsteuerungskommissionen (L-ZK), die dieselbe Organisation auf der Landesebene darstellen, für das jeweilige Land überarbeitet und umgesetzt.

Die B-ZK erarbeitet auch den Österreichischen Strukturplan Gesundheit (ÖSG), der die Rahmenbedingungen für die integrierte Planung aller Bereiche des Gesundheitswesens (stationär, ambulant und rehabilitativ) vorgibt und in weiterer Folge in den neun Regionalen Strukturplänen Gesundheit (RSG) mündet (vgl. Bachner et al., 2019:18f, 205ff). Das erste Ziel der B-ZK ist es, die öffentlichen Gesundheitsausgaben bis 2021 auf 3,2 Prozent pro Jahr zu senken. Ein weiteres Vorhaben fokussiert die Reduktion der Krankenhausauslastung, die durch den verstärken Aufbau von Primärversorgungszentren erzielt werden soll. Dazu wurde im Jahr 2017 festgelegt, dass 75 Primärversorgungszentren errichtet werden, die vor allem die Gesundheitsförderung visieren sollen (vgl. OECD, 2019a:9ff). Laut dem Österreichischem Forum Primärversorgung im Gesundheitswesen (2021) sind bis zum Verfassen dieses Berichts 33 Primärversorgungszentren in ganz Österreich in Betrieb beziehungsweise im Bau. Die Einführung

der multidisziplinären Einrichtungen soll vor allem die Pensionswelle der Ärzte/Ärztinnen und die geringe Anzahl an niedergelassenen Ordinationen ausgleichen (vgl. OECD, 2019a:9ff). In den Jahren 2018 bis 2020 wurde in Österreich zudem die Krankenversicherung von ursprünglich 21 auf fünf Träger reduziert, um Kosteneinsparungen zu erzielen (vgl. Bachner et al., 2019:205ff).

In Slowenien gab es seit Mitte der 2000er-Jahre mehrere Initiativen, das Gesundheitssystem zu erneuern. Diese zielten vor allem auf Strukturveränderungen der Krankenhäuser und die Abschaffung der freiwilligen Krankenversicherung ab. Des Weiteren sind Gesetzesänderungen zur Einschränkung des Alkoholkonsums, zum Rauchverbot an öffentlichen Orten, die Erneuerung der psychiatrischen Versorgung oder die Vereinbarung zu den Patientenrechten bis 2008 erfolgt. Weitere Reformen konnten jedoch aufgrund der politischen Instabilität nicht weiterverfolgt werden (vgl. Petrič/Maresso, 2018:109ff). Eine zusätzlich angestrebte Maßnahme war die Einführung von Patientenregistern zur Führung von Protokollen der chronisch kranken Patienten/innen, welche von den Hausärzten/Hausärztinnen erstellt werden und die Qualitätssicherung stärken sollen (vgl. Albreht, 2016:151).

Der technologische Fortschritt wird im slowenischen Gesundheitssystem durch die Einführung der E-Health-Initiativen sichtbar und soll die Primärversorgung stärken. Insgesamt besteht das slowenische E-Health-Projekt aus 20 Programmen, wobei das E-Rezept, das seit 2015/2016 in Betrieb ist, bereits von 90 Prozent der Gesundheitsdienstleister/innen verwendet wird (vgl. Europäische Kommission, 2019b:254f, OECD, 2019b:21). Das Portal für die elektronische Terminvergabe wurde ungefähr zur selben Zeit eingeführt und gibt aktuell einen wichtigen Überblick zu den Wartezeiten. Des Weiteren wurde im Jahr 2015 ein Gesundheitsnetzwerk für die Kommunikation zwischen den Krankenhäusern und Apotheken installiert, und auch eine Datenbank mit einem Patientenregister erleichtert den Austausch zwischen den Gesundheitsdiensten. Für die Patienten/innen gibt es ein eigenes Portal mit den medizinischen Daten, aber auch Konsultationen über Video wie beispielsweise „Tele-Stroke“ (bei Verdacht auf Schlaganfall) werden der Bevölkerung zur Verfügung gestellt (vgl. Europäische Kommission, 2019b:254f).

In Österreich wurde als erste E-Health-Anwendung im Jahr 2005 die E-Card mit dem Namen und der Sozialversicherungsnummer der Versicherten eingeführt und ist seit einigen Jahren auch mit einem Foto versehen (vgl. Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, o. J., E-Card, o. J. a). In weiterer Folge wurde das E-Rezept implementiert, womit die Ärzte/Ärztinnen das Rezept im E-Card-System speichern können und durch das Stecken der E-Card in der Apotheke das

Rezept eingelöst beziehungsweise das Medikament abgeholt wird (vgl. E-Card, o. J. b, o. J. c). Die Österreichische Elektronische Gesundheitsakte (ELGA) startete im Jahr 2012 und erstellt einen Dokumentenindex, welcher einen erleichterten Zugriff auf die Gesundheitsdaten (Befunde der Labore, der Radiologie oder Entlassungsbriefe) der Patienten/innen schafft. Mittlerweile kann auch der E-Impfpass über das ELGA-Portal abgerufen werden (vgl. Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, 2021a, 2021b, Europäische Kommission, 2019a, 14f, Pfeiffer, 2011:344ff).

Wegen der COVID-19-Pandemie wurden in beiden Staaten zahlreiche Maßnahmen gesetzt. Diese inkludieren ungefähr im gleichen Ausmaß Testungs- und Impfstrategien (vgl. Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, 2021c, Slowenische Touristeninformation, 2021). Auch ein in der EU implementiertes digitales COVID-Zertifikat ist in Österreich sowie in Slowenien verfügbar. Das Zertifikat ist ein Nachweis, dass eine Testung oder eine Impfung gegen das SARS-CoV2-Virus erfolgte oder der Bürger/die Bürgerin von dieser Krankheit genesen ist. Es ist mit einem QR-Code als elektronische Signatur versehen und kann EU-weit in digitaler oder ausgedruckter Form ausgelesen werden (vgl. Europäische Kommission, o. J.).

In Zukunft werden Reformen in Slowenien eine nachhaltige Finanzierung des Gesundheitssystems forcieren. Vor allem die Finanzierung und Bereitstellung der Langzeitpflege hat in Slowenien Reformbedarf, aber auch Reformvorgaben im nationalen Gesundheitsplan 2016–2025 geben beispielsweise die Ausbaustrategien der Gesundheitsförderungszentren vor. Zudem soll die Effizienz des Gesundheitswesens durch die Reformierung des Leistungssystems und des Einkaufs durch die Sozialversicherung verbessert werden. Auch in Österreich wird die Reform der Pflegefinanzierung gefordert, aber auch die Ausgaben für das gesamte Gesundheitssystem sollen, beispielsweise durch eine Strukturreform der Primärversorgung, verringert werden (vgl. OECD, 2019a:22, 2019b:22, Rechnungshof Österreich, 2020:37ff).

5. Perspektive von Expert/innen

Im Zuge des Projektes COOP4HEALTHCARE wurden sechs Expert/innen[4] aus Slowenien und Österreich zum Gesundheitssystem befragt. Im Fokus standen die Stärken bzw. Schwächen der jeweiligen Systeme, eine nachhaltige Finanzierung, Privatisierungstrends sowie Herausforderungen und Chancen in Hinblick auf E-Health.

Als Stärke des Gesundheitssystems wird für beide Länder die hohe Versicherungsquote genannt. In Österreich sei zudem ein breites

Leistungsspektrum der Krankenversicherung und eine qualitativ hochwertige Akutversorgung gegeben; auch neue Methoden (z. B. Therapien und Behandlungen) würden rasch adaptiert und integriert werden. Slowenien verfügt über ein starkes gemeindeorientiertes System der Primärversorgung mit einem breiten Spektrum an Spezialgebieten, wie den Gesundheitsförderungszentren und diplomierten Gemeindepflegepersonen. Das Ausgabenwachstum ist in den letzten Jahren ungefähr gleichgeblieben.

Kritisch gesehen wird für Slowenien der Mangel an Ärzt/innen, wodurch ein hoher Druck auf das bestehende Personal bestehe. Seit den 1990er-Jahren fand laut den Expert/innen keine umfassende Gesundheitsreform statt. Der Einkauf der Gesundheitsleistungen müsse verbessert werden und das System sei stark von der Krankenhausstruktur abhängig. In Bezug auf das österreichische System wurden die zersplitterten Zuständigkeiten und Finanzierungsstrukturen kritisch angemerkt. Die hohe Anzahl an gleichberechtigten Akteure/innen bei Entscheidungen erschwere auch die Koordination zwischen den Versorgungsebenen. Auch zu erweiternde Präventionsmaßnahmen und Versorgungsstrukturen für chronisch Kranke sowie eine formale Vorgehensweise für Innovationen werden angeregt.

Hinsichtlich der Finanzierung der Systeme kommen die Expert/innen zu unterschiedlichen länderbezogenen Rückschlüssen. Während für Slowenien ein gerechter, einkommensabhängiger Beitrag für alle Gesellschaftsgruppen anstatt des Pauschalbetrages gefordert wird und grundsätzlich mehr Budget für die Gesundheitsversorgung, seien in Österreich ausreichend finanzielle Mittel im System vorhanden, Investitionen für eine Modernisierung des Gesundheitswesens, insbesondere auch im Zusammenhang mit der Digitalisierung, seien jedoch unerlässlich.

Eine starke Primärversorgung könnte gemäß den Expert/innen dazu beitragen, die derzeitigen unterschiedlichen Finanzierungsströme für die stationäre und ambulante Versorgung zu vermeiden und für mehr Versorgungskontinuität sorgen. Forderungen dazu gäbe es jedoch bereits seit Jahrzehnten. In Slowenien sei die Primärversorgung hingegen sehr gut zugänglich. Bezugnehmend auf die hausärztliche Versorgung müsse das Tätigkeitsfeld jedoch attraktiver werden, um der Abwanderung im ländlichen Raum entgegenzuwirken.

Privatisierungstrends zeigen sich gemäß den Interviewpartner/innen in beiden Ländern. In Österreich sei die Anzahl der privaten Fachärzt/innen in den vergangenen zwei Jahrzenten deutlich gestiegen und führt zu Ungleichheiten beim Zugang zur Versorgung (z. B. durch signifikante Unterschiede bei der Wartezeit). In Slowenien würden Versicherungsunternehmen stärker werden und auch vorwiegend private Anbieter beauftragen. Auch bei öffentlichen Anbietern wäre daher mehr Autonomie und Verhandlungsspielraum zielführend.

Hinsichtlich elektronischer Anwendungssysteme im Gesundheitswesen wird für Österreich kritisiert, dass ELGA noch immer nicht vollständig implementiert und bereits veraltet ist. Es seien zudem ausreichend Möglichkeiten vorhanden, die Produktivität zu verbessern und dadurch die Wirtschaftlichkeit zu erhöhen (z. B. bei Video-Konsultationen). Für Slowenien wird die Interoperabilität zwischen den Softwareprodukten unterschiedlicher Gesundheitsinstitutionen als Herausforderung angeführt. Die Chancen für die Etablierung seien groß, doch der Anteil der Ressourcen für die Digitalisierung derzeit noch zu gering.

Wünschen würde man sich zudem für Österreich mehr Transparenz, einen Open-Data-Ansatz, mehr Maßnahmen sowie eine bundesweite Strategie für Gesundheitsförderung und Prävention und klar geregelte gesetzliche Verantwortlichkeiten sowie mehr regionale Zusammenarbeit. Für Slowenien wird eine Reform der Krankenversicherung mit einem klar definierten Leistungsumfang für gesetzliche und die privaten Krankenversicherungen, mehr Autonomie und Verantwortung bei den Leistungserbringern sowie eine Überarbeitung der Pflegestandards genannt. Eine Reform in Hinblick auf eine nachhaltig finanzierte Langzeitpflege wäre in beiden Ländern wünschenswert.

6. Resümee

Der vorliegende Beitrag verfolgt die Zielsetzung, die Gesundheitssysteme von Österreich und Slowenien zu vergleichen. Dabei standen der Aufbau und die Finanzierung, die Ausstattung und das Personal sowie Reformen und der Einsatz neuer Technologien im Fokus. Abgesehen vom primär statistisch basierten Vergleich floss die Meinung von Expert/innen aus dem Gesundheitsbereich mit ein.

Die Gesundheitssysteme von Österreich und Slowenien unterscheiden sich zum einen in Hinblick auf den strukturellen Aufbau. Während in Slowenien die Gesundheitsversorgung stark zentralisiert ist, zeichnet sich Österreich durch eine hohe Fragmentierung aus. In Slowenien gibt es zudem nur eine öffentliche Versicherung, allerdings bei einer hohen Rate an freiwilliger Zusatzversicherung. Grundsätzlich werden beide Systeme über ein Mischsystem finanziert (Beiträge, private Zahlungen etc.), die Ausgaben liegen in Slowenien jedoch unter dem europäischen Durchschnitt, während Österreich überdurchschnittliche Werte aufweist. Zudem gibt es in Österreich einen großen Anteil an out-of-pocket-Zahlungen. Eine nachhaltige Finanzierung und die Langzeitpflege sind in beiden Ländern relevante Reformthemen.

In Slowenien ist der Zugang zu Gesundheitsleistungen durch die gut ausgebauten Primärversorgungszentren niederschwellig; diese befinden

sich in Österreich erst in Umsetzung. Auch Gesundheitsförderung wird in Slowenien größer geschrieben. Die Versorgung in Slowenien ist jedoch geringer, u. a. durch den Mangel an Hausärzt/innen. Interessanterweise gibt es in Slowenien viel Pflegepersonal bei im OECD-Durchschnitt vergleichsweise wenig Ärzten, während in Österreich viele Ärzte wenig Pflegepersonal gegenüber stehen.

Aus technischer Sicht wurden in Slowenien durch eine E-Health-Initiative einige Maßnahmen wie das E-Rezept, ein Personenregister, ein Portal zur Terminvergabe sowie Videokonsultationen bereits umgesetzt. Auch in Österreich ist das E-Rezept über die E-Card möglich und liegt eine Elektronische Gesundheitsakte vor. Für die Entwicklung und Implementierung grenzüberschreitender E-Health-Lösungen sind die im Rahmen des Beitrages beschriebenen Unterschiede im Gesundheitssystem von Relevanz bzw. müssen berücksichtigt werden. Nicht zuletzt durch die COVID-19-Pandemie zeigte sich jedoch, dass EU-weite Lösungen zielführend und umsetzbar sind (z. B. Zertifikat mit QR Code).

Quellenverzeichnis

Albreht, T., Pribaković Brinovec, R., Jošar, D., Poldrugovac, M., Kostnapfel, T., Zaletel, M., Panteli, D., Maresso, A. (2016): Slovenia-Health system review. Health Systems in Transition. 18(3).

Bachner, F., Bobek, J., Habimana, K., Ladurner, J., Lepuschutz, L., Ostermann, H., Rainer, L., Schmidt, A. E., Zuba, M., Quentin, W., Winkelmann, J. (2019): Das österreichische Gesundheitssystem – Akteure, Daten, Analysen, 20(3).

Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (2021a): Gesundheit.gv.at. Öffentliches Gesundheitsportal Österreich. Die Elektronische Gesundheitsakte. Online verfügbar unter: https://www.gesundheit.gv.at/elga/inhalt [Stand: 05.08.2021].

Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (2021b): ELGA erklärt. Online verfügbar unter: https://www.sozialministerium.at/Themen/Gesundheit/eHealth/ELGA/ELGA-erkl%C3%A4rt.html [Stand: 05.08.2021].

Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (2021c): Coronavirus – Aktuelle Maßnahmen. Online verfügbar unter: https://www.sozialministerium.at/Informationen-zum-Coronavirus/Coronavirus---Aktuelle-Ma%C3%9Fnahmen.html [Stand: 05.08.2021].

Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (2021d): Gesundheitsziele Österreich. Online verfügbar unter: https://gesundheitsziele-oesterreich.at/10-ziele/ [Stand: 10.08.2021].

Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz (BMASGK) (2019): Das österreichische Gesundheitssystem: Zahlen – Daten – Fakten. 3., vollständige Auflage. Wien: BMASGK.

E-Card (o. J. a): Erste E-Cards mit Foto ausgestellt. Online verfügbar unter: https://www.chipkarte.at/cdscontent/?contentid=10007.850282&portal=ecardportal&viewmode=content [Stand: 05.08.2021].

E-Card (o. J. b): E-Rezept. Online verfügbar unter: https://www.chipkarte.at/cdscontent/?contentid=10007.812088&portal=ecardportal [Stand: 05.08.2021].

E-Card (o. J. c): E-Medikation. Online verfügbar unter: https://www.chipkarte.at/cdscontent/?contentid=10007.767252&portal=ecardportal [Stand: 05.08.2021].

Europäische Kommission (2019a): Austria. Health Care & Long-Term Care Systems. Joint Report on Health Care and Long-Term Care Systems & Fiscal Sustainability. Country Documents – 2019 Update.

Europäische Kommission (2019b): Slovenia. Health Care & Long-Term Care Systems. Joint Report on Health Care and Long-Term Care Systems & Fiscal Sustainability. Country Documents – 2019 Update.

Europäische Kommission (o. J.): Digitales COVID-Zertifikat der EU. Online verfügbar unter: https://ec.europa.eu/info/live-work-travel-eu/coronavirus-response/safe-covid-19-vaccines-europeans/eu-digital-covid-certificate_de [Stand: 05.08.2021].

Eurostat Database (2021a): Bevölkerung am 1. Januar nach Alter und Geschlecht. Online verfügbar unter https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/demo_pjan/default/table?lang=de [Stand: 21.09.2021].

Eurostat Database (2021b): Bevölkerung nach Altersgruppe. Online verfügbar unter https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/tps00010/default/table?lang=de [Stand: 21.09.2021].

Eurostat Database (2021c): Fruchtbarkeitsziffern nach Alter. Online verfügbar unter https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/demo_frate/default/table?lang=de [Stand: 21.09.2021].

Eurostat Database (2021d): Arbeitslosenquote nach Alter. 15 bis 74 Jahre. Online verfügbar unter https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/tepsr_wc170/default/table [Stand: 03.08.2021].

Gesundheit Österreich GmbH (o.J.): Wer muss sich registrieren? Online verfügbar unter https://gbr.goeg.at/Wer [Stand: 03.08.2021].

OECD (2019a): European Observatory on Health Systems and Policies. Austria: Country Health Profile 2019, State of Health in the EU, OECD Publishing, Paris/European Observatory on Health Systems and Policies, Brussels. Online verfügbar unter https://www.oecd-ilibrary.org/docserver/fe6121d2-en.pdf?expires=1627980587&id=id&accname=ocid43021296&checksum= 5E3EF12AE7C25F3 BC20A1EDE76AD54AA

OECD (2019b): European Observatory on Health Systems and Policies. Slovenia: Country Health Profile 2019, State of Health in the EU, OECD Publishing, Paris/European Observatory on Health Systems and Policies, Brussels. Online verfügbar unter https://www.oecd-ilibrary.org/docserver/79ba70a2-en.pdf?expires=1627980802&id=id&accname=ocid43021296&checksum=33 6725EAD5322 A92BE829BE3F8063A57

OECD (2019c): Health at a Glance 2019: OECD Indicators, OECD Publishing, Paris, https://doi.org/10.1787/4dd50c09-en [Stand: 04.08.2021].

OECD (2021a): Unemployment rate by age group (indicator). doi: 10.1787/997c8750-en. Online verfügbar unter https://data.oecd.org/unemp/unemployment-rate-by-age-group.htm [Stand: 03.08.2021].

OECD (2021b): Length of hospital stay (indicator). doi: 10.1787/8dda6b7a-en. Online verfügbar unter https://data.oecd.org/healthcare/length-of-hospital-stay.htm [Stand: 04.08.2021].

Ofner, R., Aigner-Walder, B. (2020): Single Action: Comparison of Health Care Systems – Austria & Slovenia. FH Kärnten.

ÖGK (2020): Österreichische Gesundheitskasse. Online verfügbar unter https://www.gesundheitskasse.at/cdscontent/?contentid=10007.852101&portal=oegkportal [Stand: 04.08.2021].

Österreichischem Forum Primärversorgung im Gesundheitswesen (2021): Primärversorgung – Versorgungskarte. Online verfügbar unter: https://primaerversorgung.org/versorgungskarte/ [Stand: 10.08.2021].

Petrič, VK., Maresso, A. (2018): Slovenia. In: Rechel, B., Maresso, A., Sagan, A., Hernández-Quevedo, C., Williams, G., Richardson, E., Jakubowski, E., Nolte, E.: Organization and financing of public health services in Europe: Country reports. Health Policy Series, 2018(49), 109-122. Online verfügbar unter: https://www.ncbi.nlm.nih.gov/books/NBK507331/ [Stand: 05.08.2021].

Pfeiffer, K., P. (2017): Ist-Zustand und Perspektive von e-Health in Österreich und International – ein Überblick. In: Medizinische Wochenzeitschrift, 161/13, S. 334–340.

Rechnungshof Österreich (2020): Pflege in Österreich. Bericht des Rechnungshofes, 2020(8).

Slowenische Touristenorganisation (2021): I feel Slovenia. Online verfügbar unter: https://www.slovenia.info/de/planen-sie-ihre-reise/alles-was-sie-fur-einen-gesunden-und-sicheren-urlaub-in-slowenien-wissen-mussen [Stand: 05.08.2021].

Statistik Austria (2020): Personal im Gesundheitswesen. Online verfügbar unter http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/gesundheit/gesundheitsversorgung/personal_im_gesundheitswesen/index.html [Stand: 03.08.2021].

World Health Organization (2016): Slovenia – Highlights on Health and Well-being. Online verfügbar unter https://www.euro.who.int/__data/assets/pdf_file/0018/312309/Highlights-Health-Well-being-Slovenia.pdf [Stand: 03.08.2021].

Anmerkungen

1 Die Suizidrate Österreichs lag an neunter Stelle aller EU-Staaten.

2 In Kaufkraftparität.

3 Die dargestellten Ergebnisse basieren auf Forschungsergebnissen aus dem EU-geförderten Projekt COOP4HEALTHCARE (vgl. Ofner und Aigner-Walder, 2020). Das Projekt COOP4HEALTHCARE, ein von 2018 bis 2020 laufendes Interreg-V-A SI-AT-Projekt, verfolgte die Zielsetzung, das Dienstleistungsangebot im Gesundheitsbereich durch eine konsequente grenzüberschreitende Kooperation der relevanten Akteure im Programmgebiet und mit strategischen Europäischen Partnern zu verbessern. Nähere Informationen dazu finden sich unter https://www.coop4healthcare-project.eu/.

4 Dr. Thomas Czypionka, Institut für Höhere Studien Wien (AUT), 6. Februar 2020; Dr. Matej Vinko, Nationales Institut für Public Health (SLO), 10. Februar 2020; Dr. Petra Došenovič Bonča, Universität Laibach (SLO), 12. Februar 2020; Maria Hofmarcher-Holzhacker, Health Systems Intelligence (AUT), 18. Februar 2020; Dr. Herwig Ostermann, Austrian National Public Health Institute (AUT), 20. Februar 2020; Dr. Ernest Pichlbauer, Berater im Gesundheitswesen (AUT), 3. März 2020.

Uwe Sommersguter

Von der Glückswelle überrollt

Kärntens Wirtschaft hat einen bemerkenswerten Wandel vollzogen. Doch während manches gelang, vor allem auch dank des Zutuns eines deutschen Konzerns, hapert es an der Entschlossenheit, die Segel energisch neu auszurichten. Fahrlässigkeit, Unvermögen oder Lei-lossn-Mentalität?

Durch Kärnten weht ein Wind der Veränderung. Nicht politisch, davon war jedenfalls bis zum Redaktionsschluss dieses Jahrbuchs nichts zu bemerken. Im Land scheinen sich wohl auch über die Landtagswahlen im Frühjahr 2023 hinaus die gefühlt irgendwie neuen, aber längst eingefahrenen Verhältnisse dauerhaft zu manifestieren. Auch dank dieses speziellen Windes der Veränderung, der mancherorts spürbar auffrischt und Kärntens Antlitz Stück um Stück zurechtrückt. Die Rede ist vom Wandel der hiesigen Wirtschaft.

Das mag auf den ersten Blick nicht sonderlich spannend wirken. Aber dieser Eindruck täuscht: Die Veränderung geschieht schleichend, und sie wirkt nachhaltig. Kein kurzes Aufflammen oder belangloses Dahinglosen. Sondern ein Leuchtfeuer mit dem Potenzial zum ausdauernden Flächenbrand.

Es geht um den Wandel einer lange kriselnden Wirtschaft. Veränderungen in den ökonomischen Lebensgrundlagen Kärntens. Vor wenigen Jahrzehnten noch von schmutziger und energieintensiver Grundstoffindustrie, einem von Billigangeboten geprägten Fremdenverkehr und wertschöpfungsschwachen verlängerten Werkbänken geprägt, erfindet sich Kärnten seit zwei Jahrzehnten neu. Nicht als Paukenschlag, sondern eher leise, beinahe zaghaft. Man könnte sagen: Nicht im Haider-, sondern im Kaiser-Style.

Vereinfacht gesagt mussten hierfür zwei für den Wandel des Landes fundamentale Bewegungen parallel stattfinden und einander verstärken: Zum einen die Akademisierung Kärntens mit Gründung der Universität Klagenfurt vor 50 und der Fachhochschule Kärnten vor 25 Jahren. Erstere war zuerst humanistisch geprägt, erst nach 15 Jahren wurden Betriebswirtschaft- und Informatik als Studienversuche eingeführt – und diese veränderten Studienbetrieb und Ansehen der Universität von Grund auf. Eine atemberaubende Kehrtwende, die wohl letztlich mit den darauffolgenden (Weiter-)Entwicklungen den Bestand der Universität sicherte. Heute bildet die zur Alpen-Adria-Universität Klagenfurt umgetaufte Hochschule,

einst von Pseudo-Auskennern als „Alma mater minimunda“ verspottet, mit anderen (tertiären) Bildungseinrichtungen im Land jenes Personal aus, das den Wandel an anderer Stelle mit vorantreibt. Hilfe zur Selbsthilfe.

Das alles mündet in einem Prozess, den wir Infineonisierung Kärntens nennen wollen. Benannt nach jenem Unternehmen, das mehr als nur den Prolog zu diesem neuen Kapitel in Kärntens Geschichte schreibt. Bemerkenswert viele Fortschritte, die das Land als Gesamtes voranbringen (auch wenn es viele weder bemerken oder zumindest zuordnen können), haben ihren Ursprung in dem einstigen Siemens-Baulelementewerk, das zufällig nahezu genauso alt ist wie die Universität Klagenfurt, gegründet als Hochschule für Bildungswissenschaften. Natürlich dauerte es viele Jahre, ehe der Spross keimte.

Ein Prozess, der naturgemäß nur peu a peu vonstatten ging. Ein paar Beispiele: Die professionelle Begrüßung und Aufnahme der internationalen Expats in Kärnten – ein Land, das keineswegs den Ruf genießt, ein beliebtes Spielfeld für internationale Arbeitskräfte zu sein – geht etwa auf das Konto des Infineon-Managements. Neu Hinzuziehende und deren Partner und Familien stehen vor enormen Herausforderungen, wenn sie in das südliche Österreich verpflanzt werden. Vor allem dann, wenn sie nicht der deutschen Sprache mächtig sind. Mit dem Carinthian International Club und dem Welcome Center ist Kärnten ein ordentliches Stück weltoffener geworden.

Grundvoraussetzung für das Engagement ausländischen Spitzenpersonals ist das Vorhandensein einer internationalen Schule. Auch diese ist mittlerweile in Velden etabliert, die International School Carinthia (ISC) bietet mehrere International Baccalaureate-Programme und wurde zu einem wertvollen Bildungs-Asset Kärntens im Wettbewerb um internationale Arbeitskräfte. Und zu einem Fensteröffner. Ebenfalls ein Verdienst Infineons und anderer Vordenker der heimischen Wirtschaft.

Es sind zwei wertvolle Mosaiksteine, andere fehlen. Aber auch weniger sichtbare Beiträge ergänzen Kärntens Bild als Hochtechnologie-Standort.

Denn wenn pointiert von der Infineonisierung Kärntens die Rede ist, darf dies nicht die Bedeutung weiterer Unternehmen und Forschungseinrichtungen im Umfeld des europäischen Halbleiter-Champions unterschlagen. Infineon ist der Motor und Nukleus dieser Entwicklungen, schafft die Basis für Spin-offs im Umfeld und Labore, die wie Planeten um die Sonne kreisen. Etwa die Silicon Austria Labs (SAL).

Nicht immer war Infineon jener leuchtende Leitstern, an dem sich Kärntens Wirtschaftspolitik orientierte, ja bisweilen labte. Die Unternehmensentwicklung selbst dieses Highflyers verlief nicht linear, sondern in Schüben mit heftigen Ausschlägen. Schweinezyklus-mäßig. Direkt nach der Finanzkrise 2008/2009 stellte die Konzernführung das Werk in Villach sogar infrage, es schlingerte, blieb aber auf Kurs.

Den jüngsten Schub erfuhr das Infineon-Werk in Villach mit dem Bau einer neuen Fabrik, die sogenannte 300-Millimeter-Dünnwafer herstellt. Die Stimmung in Kärnten vibrierte, als Infineon 2018 den Bau der modernsten Chipfabrik Europas ausgerechnet im Süden der Alpenrepublik, in Kärnten, ankündigte.

Bereits bei der Ankündigung der Errichtung dieser Fabrik, in die Infineon bis zum Vollbetrieb spätestens 2025 1,6 Milliarden Euro investiert haben wird, gingen die Emotionen hoch. Und die Fantasien der Kärntner Politiker und Wirtschaftsvertreter spielten vor allem nach der Ankündigung der neuen Chipfabrik Purzelbäume.

Im Bildungssystem sollte kein Stein auf dem anderen bleiben, in Kärnten eine Informatik-affine Generation der Coder herangezogen werden, die neben Deutsch und – leider rückläufig – Slowenisch vor allem Englisch bestens beherrscht. Die von der Politik selbst geweckte Erwartungshaltung war schier grenzenlos: Kärnten könnte sich mit dem Neubau der Fabrik von Infineon in ein neues Zeitalter beamen, im Windschatten der Megafabrik Bildungssystem und Wirtschaftsstruktur nach vorne katapultieren. Die Lokomotive Infineon sollte das Land, das sich damit sichtbar aus dem Hypo-Tal der Tränen befreien konnte, boostern. Die Bildungseinrichtungen, beginnend bei der Elementarpädagogik im Kindergarten, über Volks- und Mittelschulen sowie AHS und BHS hin zu Fachhochschule und Universität, sollten sich am Infineon-Hotspot entzünden und Kärnten glaubhaft die wichtigste Ressource ausbilden, um Kärnten in eine Hochtechnologieregion zu transformieren: Humankapital. Eine enorm wichtige Investition, aber bei weitem nicht die einzige, um den Push, den Infineon Kärnten schenkte, optimal zu nutzen. Wobei: Der Begriff „Geschenk" bezieht sich auf das Bundesland Kärnten, weniger auf die Republik als Ganzes, die sich mit reichlich Investitions- und Forschungsförderungen beim deutschen Konzern einstellte. Ein klug angelegtes Geld, das in der Frage des Standorts der neuen Fabrik wohl den Ausschlag für Villach gegeben hat.

Schauen wir genauer hin: Ansiedelungen, Spin-offs, Start-ups, der Aufbau eines gründerfreundlichen Ökosystems, die Vernetzung der Szene und die Schaffung eines klar konturierten Profils, samt ansehnlich gefüllter Kapitaltöpfe für Gründer? Eine solche Ansage als moderner Hochtechnologiestandort des vermeintlichen Tourismuslandes über die Grenzen hinweg – sie ist bisher nur leise zu vernehmen. Ja, das Standortmarketing übt sich in ersten Schritten, mit minimalem Kapitalaufwand unternimmt es den Versuch, auf Kärnten jenseits der Landesgrenzen aufmerksam zu machen. Auf ein Land, das so überraschend viel im Bereich der Hochtechnologie zu bieten hat. Von der Grundlagenforschung bis zur Produktion. Für mehr aber fehlt das Kapital. Und vielleicht auch das Konzept.

Ein ungerechtes Urteil, vielleicht. Man könnte einwenden, dass Kärntens Hochtechnologiesektor längst mehr ist als nur Infineon. Das deutsche „Handelsblatt" würdigte den Standort südlich der Alpen im Oktober ausführlich und ausgesprochen wohlwollend, hob Kärnten in den Olymp der europäischen Hightech-Standorte. Der Chipmaschinenhersteller LAM Research etwa sucht 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bis Mitte 2022, um die Auftragsflut in den Griff zu bekommen. Mit 650 Mitarbeitern ist LAM Research, usprünglich auch aus Infineon hervorgegangen, der zweitgrößte Arbeitgeber in der Chipindustrie in Kärnten. „Halbleiterfirmen in ganz Kärnten suchen händeringend Mitarbeiter", heißt es in dem Artikel. „Im Sog von Infineon blüht die Chipindustrie in dem österreichischen Bundesland auf – von den Anlagenbauern wie Lam Research über Forschungseinrichtungen bis hin zu den Produzenten." Eine Art Ritterschlag.

Das Handelsblatt, immerhin ein Zentralorgan der Marktwirtschaft, beschreibt anerkennend rund um den Wörthersee expandierende, zum Teil aus dem Infineon-Biotop hervorgegangene Unternehmungen, die fest entschlossen sind, sich an die Spitze einer Bewegung zu setzen. Dazu eine Kärntner Forschungsszene – von den Lakeside Labs bis zu den Silicon Austria Labs –, die „an die Spitze gelangen will". Mit dem Ziel, sich in einer noblen Riege der führenden europäischen Halbleiterstandorte einzuordnen.

Klingende Namen wie Dresden, Grenoble und Löwen seien demnach die Benchmarks für Kärnten, mit denen es auf Augenhöhe zu spielen gelte. Firmen wie T.I.P.S in Villach, ein Mittelständler, der sich auf Testgeräte für Leistungshalbleiter, Autochips und Sensoren konzentriert, sind ebenso im Windschatten der Infineon-Erfolge unterwegs wie CISC Semiconductor aus Klagenfurt, Systemintegrator für Kunden wie Bosch. Was alle eint: Das Fehlen von Mitarbeitern. Aber auch ein Standort mit Potenzial. „Wenn es darum geht, Mitarbeiter anzulocken, hat Kärnten einen Vorteil: Hohe Berge, tiefblaue Seen und ein fast schon mediterranes Klima können weder das Silicon Valley noch Singapur bieten. Das alles zu Immobilienpreisen, von denen sie in San Francisco zu träumen wagen." Puh, verwegene Schalmeientöne, die man hierzulande nur zu gerne hört.

Der Hype um die Chipindustrie, deren Erzeugnisse weltweit derzeit begehrt sind wie nie zuvor, kommt Infineon und damit Villach zusätzlich enorm entgegen. Weltweit fehlt es an Kapazitäten, Branchen von der Automobil- bis zur Elektronikindustrie sind teilweise lahmgelegt, weil es an den smarten Bauteilen fehlt. Die Eröffnung der neuen Fabrik in Villach im September war zwar ein Segen, aber längst nicht ausreichend, um nach Chips dürstende Industrien zufriedenzustellen. Keine Frage: Der Konjunkturzyklus spielt Infineon und damit Villach und dem Hochtechnologie-Standort Kärnten dieser Tage in die Hände.

Die Hymne des „Handelsblatt" auf Kärnten belegt den geglückten Wandel der Kärntner Wirtschaft, darf jedoch nicht den Blick auf die andere, erweiterte Realität verstellen. Etwa die Abhängigkeit des Forschungsstandortes Kärnten von dem Unternehmen, das als forschungsintensivstes von ganz Österreich gilt: Richtig, Infineon. 70 Prozent der durchaus erfreulichen Kärntner Forschungsquote – das jüngste Ergebnis von 3,21 Prozent liegt nur für das Jahr 2019 vor – sind auf das Engagement von Infineon zurückzuführen. Man möchte sich nicht vorstellen, wo Kärnten mit den verbleibenden 30 Prozent liegen würde. Hier sind wir bei der nächsten Baustelle: Es fehlt nicht nur an Forschungsaktivitäten in den Unternehmen und spezifischen Einrichtungen, sondern vor allem an öffentlich finanzierter (Grundlagen-)Forschung an Universitäten und Fachhochschulen. Kärnten fehlt es an forschungsintensiven Instituten und Fakultäten. Ein historisch erklärbares Defizit, das aber nicht für alle Zukunft prolongiert werden darf.

Kommen wir zum nächsten Defizit, das schwer auf Kärnten lastet: Die äußerst schwierige finanzielle Situation des Landes, zurückzuführen auf ein Gebräu aus historisch durchaus begründbarer, jahrzehntelanger wirtschaftlicher Schwäche, ausgabenintensiver Haushaltspolitik und das Hypo-Desaster, schwächt Kärntens Bemühungen, Land und Wirtschaft neu auszurichten, massiv.

Der Versuch, Gegenwart und Zukunft von den Sünden der Vergangenheit zu entfesseln, ist durchaus gegeben, die Landesregierung kämpft durchaus glaubhaft um diese Neuausrichtung. Doch Geld wird im Budget noch immer lieber gießkannenweise verteilt, anstatt klare Prioritäten zu setzen. Die großen Projekte, wie sie etwa Oberösterreich im Ausbildungsbereich sonder Zahl aus dem Boden stampft, fehlen.

Man kann auch freundlicher formulieren: Kärnten macht aus beschränkten Mitteln und Möglichkeiten beim Transformationsprozess zum Hochtechnologie-Standort das Beste. Die Fortschritte sind unübersehbar.

Man kann aber auch feststellen: Die Chance, Kärnten im Zuge der Infineon-Erweiterung von Grund auf zu einem Modellland zu entwickeln, wurde bisher weitgehend vertan; die Ansiedelung selbst erfolgte friktionsfrei und durchaus modellhaft, die Verwaltung des Landes und der Stadt Villach leisteten Bemerkenswertes, doch die großen Pläne und Visionen verschwanden leider in der Schublade. Dass Kärnten in jenen Septembertagen, als Infineon Medien aus aller Welt nach Kärnten lotste, die Chance verpasste, den Standort selbst ausführlich vorzustellen, ist unverständlich und unentschuldbar.

Darüber, warum die Inspirationen, die diese Jahrhundertchance bei vielen auslöste, nur so rudimentär umgesetzt wurden, lässt sich nur spekulieren.

Vielleicht liegt es daran, dass Kärntens Politik nicht mehr Großes wagen will. Maßlosigkeit war zu lange Kärntens Geschäftsmodell. Das ist verständlich. Denoch braucht es Selbstbewusstsein und mehr Deutlichkeit und Nachdruck in der Eigendarstellung. Und die Entschlossenheit, smarte Visionen auch umzusetzen.

Wo ist er also, der Wind der Veränderung? Er ist da, auch wenn wir ihn nicht spüren. Er schmeichelt Kärnten. Jetzt gilt, um das alte Sprichwort zu bemühen, die Segel neu auszurichten.

Rudolf Likar

Der Plan, den niemand hatte

Unter Mitarbeit von: Georg Pinter, Herbert Janig, Thomas Köpf

Es gibt Tage, die alles verändern. Der 6. März 2020 war so ein Schicksalsdatum. Ein unverdächtiger Freitag. Die Sonne schien bei elf Grad auf den Wörthersee, und der Lindwurm hatte sein Maul aufgerissen wie jeden Tag sonst auch. Aber da lag etwas in der Luft, etwas Toxisches. Das Schreckgespenst am Anbeginn der Pandemie. Ein Wort, das die Welt in die Knie zwang: Corona.

Dieser 6. März veränderte vieles, auch in der Medizin, im ärztlichen Umfeld. In unserem Buch »Bereit für das nächste Mal«, übrigens in nur vierzehn Tagen verfasst, zeigten wir auf, woran es grundsätzlich hapert: Es gab und gibt keinen österreichweiten Katastrophenplan, von der EU gar nicht zu reden. Dabei war alles absehbar. Unter Epidemiologen und Ärzten wurde immer wieder darüber diskutiert, dass es höchste Zeit für die nächste Pandemie wäre. Trotzdem gab es keinen Plan. Zu lange war der Föderalismus wichtiger als eine bundesweite Leitlinie, die man im Bedarfsfall aus der Schublade nimmt, aufschlägt und einfach alle Anweisungen Punkt für Punkt umsetzt. Wir haben so einen Plan gemacht, ich komme später noch darauf zurück.

In unserem Buch beschrieben wir auch die Angstsprache der Regierung. Wie Kanzler Kurz »die Toten von der Lombardei« als Szenario an die Wand klatschte, das Furcht einflößen sollte. Im Fernsehen rollten die Lastwagen mit den Särgen durchs Dorf. Die Menschen waren fassungslos. Pandemie. Keiner wusste, was in der Medizin auf uns zukommt. Wir vernetzten uns in Kärnten, indem wir uns als Vorstände der Intensivstationen kurzschlossen und die Lage beurteilten. Ich teilte das der Politik mit und wurde dann zum Intensivkoordinator des Landes Kärnten ernannt. Wir hatten regelmäßige Videokonferenzen, in denen wir diese Situation besprachen und die Bettenressourcen dementsprechend zur Verfügung stellten. Die sogenannte Phase 1 lief an, sprich, wir reservierten 20 Betten für Covid-Intensivpatienten. Phase 2 sah eine Belegungskapazität von 40 Betten vor. Der Katastrophenplan war gezimmert, die Mannschaft in Alarmbereitschaft.

Leistungs-Lockdown

In der ersten Welle vom März bis zum Sommer 2020 hatten wir diese Phase 1 nie überschritten. Wir waren nie überfordert, im Gegenteil – unterfordert. Die Menschen trauten sich nicht mehr ins Spital, aus Angst vor

Ansteckung. Das Ganze ging sogar so weit, dass wir im Klinikum Klagenfurt den Betrieb um 80 Prozent herunterfahren mussten. Das heißt, nur zwanzig Prozent der üblichen Arbeit wurde gemacht. Medizin auf Sparflamme. Die Prognosen von der möglichen Überlastung der Intensivstationen, gepaart mit den Bildern der Toten aus Italien, erzeugte ein Klima der Ohnmacht. Starre. Krebspatienten bekamen keine Chemotherapie mehr, schwere Krankheiten wurden zu spät erkannt. Man nannte diese Unglücksfälle »Kollateralschäden«.

Der Engpass war von zwei Seiten gegeben. Im Spital wartete man auf den Ansturm der Corona-Kranken. Daheim warteten die Menschen, weil sie sich das Virus nicht auf der Station einfangen wollten. Beide Sorgen waren unberechtigt, wie sich aber erst später herausstellte.

Die sozialmedizinischen Nebenwirkungen der Pandemie zogen sich durch die Bevölkerung wie Metastasen bei einem Tumor. Schlagartig stiegen die Depressionen um 20 Prozent an, Schlafstörungen nahmen signifikant zu, die Menschen wälzten sich in der Nacht im Bett. Das Virus flüsterte ihnen im Traum zu: Pass auf, ich bin überall, auch in deiner Nähe.

Isolation kann schneller zum Tod führen als man glaubt. Allein sein, gegen die Wand starren und nicht wissen, was kommt. Wahrscheinlich steht da schon der Sensenmann. Dazu die monothematische Berichterstattung über die Kranken und die Toten und die Gefahren, die überall lauern. Zahlen, Kurven, Statistiken. Betroffene Gesichter der Moderatoren. Mediale Trauerspiele. Beste Einschaltquoten. Hohe Verkaufsauflagen.

Der Tod als Trennwand

Menschen durften sich nicht mehr von ihren Familien verabschieden. Isoliert lagen sie im Altersheim wie Pestkranke. Hier hatte man vergessen, was Gesundheit bedeutet: körperliches, psychisches *und* soziales Wohlbefinden. In der Isolation gab es kein soziales Glücksgefühl. Die Alten starben im Pflegeheim, alleine. In Klagenfurt war das Gott sei Dank nicht der Fall. Bei uns durften sich alle Angehörigen von den Sterbenden verabschieden, auch auf der Covid-Station. Kein einziger Verwandter hat sich angesteckt.

Auch auf der Palliativstation war die Verabschiedung immer möglich. Einen letzten Wink mit der Hand kann man nie mehr nachholen. Man stirbt nur einmal, und deswegen kam dieser Erlass einer sozialen Verarmung gleich. Menschen zu verbieten, dass sie ihren Müttern und Vätern und Tanten und Onkeln ein letztes Mal über den Kopf streicheln. Sogar die Begräbnisse – im Freien – waren auf ein paar Teilnehmer eingeschränkt, fünf am Anfang. Zu groß schien die Gefahr, einen »Cluster« zu schaffen.

Der Verfassungsgerichtshof erklärte dieses Verbot übrigens im Nachhinein für nicht rechtens. Menschen nicht zu Begräbnissen gehen zu lassen, war auch vom Gesetz her falsch.

Wenngleich die Regierung am Anfang der Pandemie durchaus vernünftig reagiert hatte, wurde in der zweiten Welle, im Sommer 2020, viel verschlafen. Man wähnte sich in Sicherheit und war bedacht auf gute Umfragewerte. Anstatt Maßnahmen zu setzen, die zukunftsweisend gewesen wären. Parteipolitik schien wichtiger als ein Schulterschluss, um der Gefahr geeint gegenüberzutreten. Am Ende scheitern die Menschen immer nur an ihrer Eitelkeit.

Alles unter Kontrolle

Der Ansturm der Covid-Kranken auf die Spitäler – albtraumhaft vorausgesehen, als wär's eine Zombie-Apokalypse – blieb aus. Erst während des zweiten Lockdowns, Ende September 2020, kam der erste Patient zu uns auf die Intensivstation 3, die wir teilweise zur Covid-Station umgebaut hatten. Von Anfang November 2020 bis zum Mai 2021 waren wir nur einmal in die benannte Phase 2 gekommen, wo in ganz Kärnten um die 30 Intensivpatienten auf den Stationen lagen. Über diese Phase mussten wir nie hinausgehen. Nie bestand die Gefahr, dass die Lage außer Kontrolle geraten könnte. Alles war zu jeder Zeit im Griff.

In Summe behandelten wir in Kärnten mehr als 200 Patienten intensivmedizinisch. Es war eine perfekte Kooperation zwischen den Intensivstationen im gesamten Bundesland. Hier erwies sich der sogenannte Intensivtransportwagen, den wir im Klinikum Klagenfurt eingerichtet hatten, als wertvoll. Wir konnten so auch schwerkranke Patienten in andere Häuser überstellen oder sie zu uns holen, wenn sie auswärts an eine Herz-Lungen-Maschine angeschlossen waren. Das klappte nur deswegen, weil wir uns nicht damit aufhielten, neue Bestimmungen und hanebüchene Regeln auf Arbeitspapiere zu kritzeln, sondern weil wir die Ärmel aufkrempelten und miteinander redeten. Jeder half jedem. In Notfällen sind Zauderer fehl am Platz.

Trotz der hervorragenden Betreuung starb rund ein Drittel der Patienten an Covid-19 auf der Intensivstation. Die Sterbestatistik allgemein wurde unter „an oder *mit* Covid-19 Verstorbene" geführt – was wiederum keine direkten Aussagen zulässt. Welche Vorerkrankungen die Betroffenen hatten, Lungenerkrankungen, Fettleibigkeit, hoher Blutdruck, Diabetes – diese Faktoren galt es nicht miteinzubeziehen. Wichtig schien ausschließlich, die Zahl der Toten hinaufschnellen zu lassen. Möglicherweise um die drastischen Maßnahmen, die die gesamte Bevölkerung betrafen, zu legitimieren.

„Bald wird jeder von uns jemanden kennen, der an Corona gestorben ist."

Kanzler Kurz' Prognose hörte sich an wie die Offenbarung des Johannes und bewahrheitete sich glücklicherweise nicht. Weil die Medizin effektiver reagierte als die Politik. Aber vor allem, weil sich die meisten Menschen an die Vorgaben der Vernunft hielten, zumindest bis zum Frühling diesen Jahres.

Der müde Mensch

2021 setzte die Müdigkeit ein. Alle Menschen sehnten sich nach dem Licht am Ende des Tunnels, nach der neuen Normalität, die sich aber nicht und nicht einstellen wollte. Sie verstanden auch: Corona ist nicht die einzige Krankheit, die den Menschen Sorge bereiten sollte. Es gibt schlimmere Dinge, die allerdings ausgeblendet sind. In Zukunft wird es nicht rein um Covid-Patienten gehen. Ich möchte es ausdrücken als »zu isolierende Krankheiten«. Es gibt multiresistende bakterielle Erkrankungen genauso neben viralen Erkrankungen. Und es gibt kein Leben nach Corona. Es gibt nur ein Leben mit Corona.

In unserem täglichen Kampf auf den Intensivstationen gegen die Folgen des SARS-CoV-2-Virus zeigte sich immer wieder deutlich, dass nicht Strukturen und die vorliegenden Geräte, sondern die Verfügbarkeit an Personal, besonders im Pflegebereich, zum entscheidenden Faktor werden. Die Belastung der Pflegekräfte war enorm, vielfach sind die Menschen an ihre persönlichen Grenzen gestoßen – und darüber hinaus gegangen.

Schon in normalen Zeiten der klinischen Routine ist die Personalsituation auf den Intensivstationen angespannt. Die Zahl der immer älteren Patienten mit verschiedenen Krankheiten steigt stetig. Der erhöhte Versorgungsaufwand nimmt Tag für Tag zu. Irgendwann stimmt die Gleichung nicht mehr und das System klappt in sich zusammen wie ein Kartenhaus, wenn der Wind haucht.

In der Zeit der Pandemie hatte sich das Ausmaß der Ansprüche noch einmal potenziert, daher muss der Personalschlüssel im Intensivbereich an den dramatisch gestiegenen Bedarf angepasst werden. Und zwar dringend. Genau jetzt. Um die Patienten ideal versorgen zu können, braucht es ein entsprechendes Angebot an kompetenten Pflegekräften. Vor allem jene Pflegekräfte, die direkt an und mit den Patienten arbeiten. Im Sinne der klassischen Aufgabe der Pflege.

Schluss mit der Bürokratie

Wir brauchen keine zusätzliche, überbordende Bürokratie mit akademischer Kontrolle, sondern Profis, die am Krankenbett Hand anlegen. Ihnen muss man die Wertschätzung entgegenbringen, die ihnen zusteht. Nicht nur monetär, auch im politischen und sozialen Sinn. Die Pflege, vor allem

die Intensivpflege, leistet großartige Arbeit. Um das weiterhin tun zu können, braucht sie Unterstützung. Entlastung durch zusätzliches Personal wäre ein erster, wichtiger Schritt in diese Richtung. Nachdem wir den dritten Lockdown überwunden hatten, wäre es höchste Zeit, Lösungen auf den Tisch zu legen, statt Pressekonferenzen aufzuführen, übrigens mehr als zweihundert im Vorjahr.

Aus medizinischer Sicht ist es schleierhaft, warum man es nach mehr als einem Jahr Corona noch immer nicht geschafft hat, eine saubere Datenlage zu schaffen. Die Fallzahlen variierten. Aus folgendem Grund: Zu Ostern 2021 gab es eine der wenigen Sitzungen, bei der alle Intensivkoordinatoren von Österreich zusammenfanden – dann erst wurde eine abgestimmte Dokumentation beschlossen. Bis dahin hatten die Verantwortlichen auf den Intensivstationen unterschiedlich gezählt. Wir in Kärnten zählten nur die Intensivpatienten, die tatsächlich Covid-positiv waren, also einen CT-Wert unter 30 hatten. Die mit CT über 30 schienen nicht mehr in der Statistik auf. Andere zählten anders. So wurden in manchen Bundesländern auch sogenannte Intermediate-Care-Betten und High-Flow-Betten, die ein Sauerstoffangebot hatten, dazugezählt. Das führte zu Verfälschungen in der Gesamtstatistik.

Nach wie vor gibt es keine exakte Dokumentation. Bei Patienten auf Intensivstationen müsste man festhalten, ob sie einmal, zweimal oder nicht geimpft sind. Das wäre wichtig, um die Wirkung der Impfung zu belegen. Denn es muss jedem klar sein, dass die Impfung keinen hundertprozentigen Schutz darstellt. Zwei Piekser sind keine Ritterrüstung, die ein Leben in Gesundheit garantiert.

Es gilt, die Risikofaktoren dazuzuzählen wie seinerzeit bei der Influenza: schwaches Immunsystem, Adipositas, Diabetes, Bluthochdruck oder schwere Lungenerkrankungen. So etwas macht die Impfung nicht wett. Das muss einem bewusst sein. Ein Impfstoff ist keine Überlebensgarantie, wenn das Immunsystem aufgibt und der Organismus kollabiert.

Das Intensivregister, das es nicht gibt

Sinnvoll wäre, in Zukunft ein Intensivregister zu haben, in das alle relevanten Daten einfließen. Die demographischen Daten der Patienten, die auf der Intensivstation liegen, die Schwere der Vorerkrankungen, die Erkrankungsdauer, die Therapie, die Genesung, der Impfstatus. Das würde der Medizin weiterhelfen. Aus diesem Datenregister könnte man ganz einfach die richtigen medizinischen Schlüsse ziehen. Sonst tappt man auch als Wissenschaftler im Dunkeln.

Dabei sind die politischen Entscheidungsträger doch sonst so erpicht darauf, Zahlen und Prognosen zu folgen. Inzidenz, was für ein Wort. Die Inzidenz

steigt! Ja, gut, und? Was bedeutet das fürs Gesundheitssystem? Wenn Menschen an Covid-19 erkranken, landen sie nicht automatisch auf der Intensivstation. Trotzdem kommen die mathematischen Hochrechner zum Einsatz, und schon tauchen am Horizont die Vorboten des Weltuntergangs auf. Die Inzidenzen und die Fallzahlen sind die neuen apokalyptischen Reiter.

Hier sollte besser ein einheitliches Paket zur Risikoanalyse vorliegen. Und dazu gehören natürlich auch die Krankheitsverläufe der Patienten, die auf den Stationen oder Intensivstationen liegen. Richtige Aussagen gibt es nur anhand von registrierten Daten.

Und genau diese Daten zu generieren hat man verabsäumt. Im Blindflug wurde ein Lockdown nach dem anderen verordnet. Sinnvoll aus medizinischer Sicht war nur das Tragen einer FFP2-Maske und eine Sorgfalt, was die Hygiene betrifft. Auf einmal waren viel weniger Menschen krank, verkühlt oder sonstwie saisonal beeinträchtigt. Keine Grippe, kaum Noro-Viren-Infektionen, manche kauften sogar mehr Obst ein und nicht nur Klopapier zum Hamstern.

So kann sich jeder schützen

Es zeigte sich, was wir schon lange sagen: Der Mensch kann sich am besten schützen, wenn er auf sich schaut. Ein intaktes Immunsystem ist besser als jede leise Panik. Zwei-, dreimal laufen gehen in der Woche, ausreichend Schlaf und eine vernünftige Ernährung, die durchaus hie und da Kasnocken miteinbezieht. Innere Zufriedenheit gegen äußere Unbill. Das ist der Harnisch, den es braucht.

Die Kombination aus Impfen und Testen – sehr sinnvoll, wie ich meine – wird zeigen, wo die Reise hingeht. Auch die Gratis-Tests sollten weiter möglich sein, damit nicht der Tourismus, die Gastronomie und der Kulturbereich zusammenbrechen. Allerdings finde ich, dass Menschen, die viel mit anderen Menschen in Kontakt sind, sich impfen lassen sollten. Aus Eigeninitiative. Bevor man Kindern die Nadel ansetzt, sollten alle Lehrer geimpft sein. Und alle Menschen, die im Gesundheitsbereich arbeiten, sowieso. Alles andere wäre fahrlässig. Da Menschen sich aber nicht an Verordnungen halten, gibt es nur einen Ausweg aus der Pandemie: die Erkrankung oder die Impfung.

Manche sagen, im Nachhinein sei man immer gescheiter. Das stimmt nur bedingt. Wir haben in unserem Buch »Bereit für das nächste Mal« schon im April 2020 einen Pandemie-Plan vorgelegt, der 55 Punkte umfasst. Was mich freut: Auch heute noch stimmt jedes Wort, das wir am Anfang der Pandemie geschrieben haben. Darin die Forderungen nach gesundheitlicher Selbstverantwortung, nach einem globalen Frühwarnsystem, einem Sechs-Stufen-Plan beim Ausbruch, die Stärkung niedergelassener Ärzte, die Betreuung alter Menschen, die Nutzung von E-Health, die Schaffung

von Infektkliniken und ein Ende der Angstmache. Ein paar unserer Anregungen wie die Corona-Ampel wurden von der Regierung übernommen; andere hängen bis heute in der Warteschleife oder wurden als unnötig erachtet und geflissentlich übergangen.

Hier die Zusammenfassung unseres Maßnahmenkatalogs – jeweils mit dem Hinweis, was bis dato umgesetzt wurde und was nicht – nach eineinhalb Jahren Pandemie.

Wenn in China ein ganzes Spital in zehn Tagen gebaut werden kann, darf man in Österreich erwarten, dass 18 Monate genügen, um einen Notfallplan in die Tat umzusetzen. Schauen Sie selbst.

Der 55-Punkte-Pandemieplan

Prävention auf individueller Ebene. Lebenskompetenz. Die Bürgerinnen und Bürger müssen Eigenverantwortung übernehmen und darauf achten, ihr Immunsystem zu stärken. Vor allem durch mehr Bewegung und richtige Ernährung. Die Gesundheitspolitik muss Anreize schaffen und schon in Schulen mit Förderprogrammen beginnen. Stärkung der Immunität auch durch komplementärmedizinische Maßnahmen, nicht nur durch pharmakologische Präparate.	TEILWEISE UMGESETZT
Verbesserung des Selbstschutzes: Bewusstsein für die eigene Schutzbedürftigkeit schaffen, Informationen über Selbstschutzmaßnahmen und den Krankheitsverlauf vermitteln.	UMGESETZT
Breite und altersgerechte Aufklärungskampagnen über Medien (inklusive Postwurfsendungen) über die Erkrankung, ihre Ausbreitungswege, Abstandswarnungen und die Maßnahmen zur Unterbrechung von Infektionsketten.	UMGESETZT
Nutzung verhaltenswissenschaftlicher Expertise zur Unterstützung der Akzeptanz und Umsetzung von Maßnahmen, um negative psychische und physische Konsequenzen eines temporären Shutdowns sowie räumlicher Distanzierung abzufedern.	NICHT UMGESETZT
Offenen Umgang mit der Infektion fördern, Stigmatisierung vermeiden.	NICHT UMGESETZT
Anbieten von angstreduzierenden Trainings, um die Folgeerscheinungen der Pandemie zu mildern.	NICHT UMGESETZT
Schaffung von Hilfsgruppen und Psychologen-Teams, die Apps und interaktive Hilfsprogramme gegen Einsamkeit und Depression mitentwickeln.	NICHT UMGESETZT
Anbieten von Programmen, um dem *social distancing* entgegenzuwirken.	NICHT UMGESETZT
Prävention auf struktureller Ebene. Eine verpflichtende Schutzimpfung gegen Influenza und Covid-19 (wenn vorhanden) für alle Menschen, insbesondere Personen, die im Gesundheitsbereich arbeiten, aber auch in Schulen und Universitäten, um saisonale Epidemien wie die Grippe abzufedern und medizinische Kapazitäten zu schonen.	TEILWEISE UMGESETZT

Aufbau von Personalressourcen. Wir brauchen mehr Ärzte, insbesondere Covid-Ärzte, Infektiologen, Virologen, und wir müssen dringend das Medizinstudium reformieren.	NICHT UMGESETZT
Stärkung der niedergelassenen Ärzte. Praktische Ärzte müssen aufgewertet werden, etwa durch Schaffung eines Facharztes für Allgemeinmedizin.	NICHT UMGESETZT
Sicherstellung der Versorgung von Menschen, die auf ambulante oder stationäre Behandlung angewiesen sind – Medikamentenzugang trotz Isolation, Medikamentenengpässe verhindern.	UMGESETZT
Arbeitsfähigkeit der ambulanten und stationären Einrichtungen aufrechterhalten (Pflegedienste, Dialysezentren, Krankentransporte).	UMGESETZT
Aufbau von Materialressourcen. Schutzmasken, Handschuhe, Schutzkleidung, Desinfektionsmittel müssen in ausreichendem Maße vorhanden und abrufbar sein.	UMGESETZT
Fixierung der Preispolitik. Mit Lieferanten müssen Verträge geschlossen werden, damit die Ausrüstungen im Fall einer Pandemie nicht teurer eingekauft werden müssen.	UMGESETZT
Aufbau von Bettenreserven. Schluss mit der ökonomisch getriggerten Bettendiskussion. Ist ein Krankenhaus zu stark belegt, kann man nicht mehr flexibel agieren. Im Notfall müssen Betten in Lager- und Messehallen für Patienten, die nur an leichten Symptomen leiden, eingerichtet werden. Ein Bettenregister sollte österreichweit eingeführt werden.	NICHT UMGESETZT
Schaffung von zentralen Notaufnahmen, die Patientenströme rasch und effizient steuern.	UMGESETZT
Umbau von Intensivstationen. Innerhalb von 24 Stunden muss eine Intensivstation zu einer Infektstation adaptiert werden können. Gleichzeitig sollte ein Intensivbettenregister österreichweit geführt werden.	TEILWEISE UMGESETZT
Bau von Infektkliniken. Die Häuser dienen in ruhigen Zeiten beispielsweise der Forschung und werden in Krisenzeiten auf Knopfdruck personell und leistungstechnisch hochgefahren. Oder Vorhaltungen von Infektstationen in verschiedenen Häusern.	NICHT UMGESETZT
Umfunktionieren von Unterkünften. Hotels können im Fall einer Pandemie zu Quarantänehäusern erklärt werden.	UMGESETZT
Ausrüsten von Senioren- und Pflegeheimen mit Isolationsräumen und neuen Behandlungsmöglichkeiten.	UMGESETZT
Einsetzen eines leitenden Heimarztes pro Pflegeheim.	NOCH NICHT UMGESETZT
Schaffen eines Ethikkonsils in jedem Spital. Bei schwierigen Entscheidungen muss der Mediziner die Hilfe qualifizierter Kollegen in Anspruch nehmen können.	TEILWEISE UMGESETZT
Schaffung klarer Regeln bei Besuchserlaubnis und Besuchsverboten.	TEILWEISE UMGESETZT
Ausgabe ethischer Leitsätze für die Triage bundesweit. Jeder Mediziner muss wissen, nach welchen Kriterien Patienten eingeteilt werden.	UMGESETZT
Streichung der Regel, dass nur fünf Personen an einem Begräbnis teilnehmen dürfen. Auch hier können die Beteiligten Abstand halten und Schutzvorkehrungen treffen. Ein Friedhof ist öffentlicher Raum.	UMGESETZT

Ausweitung von E-Health-Programmen bundesweit.	NICHT UMGESETZT
Forcieren von telemedizinischen Möglichkeiten und Einsatz von digitaler Kommunikation im Pflegebereich.	NICHT UMGESETZT
Bereitstellung von Telefonhotlines und digitaler Beratungs- und Betreuungsangebote.	UMGESETZT
Ausbildung und laufende Fortbildung des medizinischen Personals mindestens halbjährlich.	NICHT UMGESETZT
Etablieren eines intelligenten Testverfahrens, das klärt, wann, wo, wie und wer getestet wird, um valide Daten über die Verbreitung eines Virus zu bekommen.	UMGESETZT
Entwicklung einer zentralen Datenplattform zur gezielten und koordinierten Testung.	TEILWEISE UMGESETZT
Zielgerichteter Einsatz der PCR-Diagnostik, Entwicklung von Virus-Schnelltests und serologischer Untersuchungsmethoden für die individuelle Diagnostik.	UMGESETZT
Umfangreiche epidemiologische Datenerhebungen als Grundlage für effiziente, gezielte und breit akzeptierte Maßnahmen. Register für Patientendaten, Risikofaktoren, Therapien und Verläufe.	NICHT UMGESETZT
Ausweitung der Testsysteme, um unnötige, repetitive Quarantänemaßnahmen bei nichtinfektiösen oder immunen, insbesondere systemrelevanten Personen zu vermeiden.	UMGESETZT
Weitere Erhebung repräsentativer Stichproben, die verlässliche Aussagen über die Mortalitätsrate liefern und die Sensitivität der Testverfahren optimieren.	UMGESETZT
Einteilung der Bevölkerung in fünf Gruppen: wer infiziert ist, wer Anzeichen der Erkrankung zeigt, wer Kontakt zu Infizierten hatte, wer keine Symptome hat und wer schon genesen ist.	UMGESETZT
Früherkennung durch ein globales Warnsystem nach dem Ampelprinzip Grün, Gelb, Rot.	UMGESETZT
Schaffung eines neuartigen Systems, das Menschen, Tiere und die Umwelt im Blick hat und bei Anomalien kleine Warnungen ausgibt, die Algorithmen permanent prüfen.	NICHT UMGESETZT
Definition internationaler Standards der Krisenkommunikation. Wer spricht wann mit wem. Wer ist wofür verantwortlich, inklusive Organigramm.	NICHT UMGESETZT
Etablieren einer internationalen Stelle, die eine schnelle Zusammenarbeit garantiert.	NICHT UMGESETZT
Definition der Aufgabe aller Länder in Zusammenarbeit mit der WHO. Verpflichtende Maßnahmen und Aufgaben.	NICHT UMGESETZT
Etablieren einer bundesweiten Zusammenarbeit durch neun Katastrophenmanager.	TEILWEISE UMGESETZT
Einsetzen eines Krisenstabs. Die Entscheidungshoheit liegt bei Fachleuten aus der Medizin, die der Politik eindeutige Anweisungen geben, wie im Fall eines Ausbruchs weiter vorzugehen ist.	TEILWEISE UMGESETZT

Erneuerung des Epidemiegesetzes inklusive exakter Definition des nationalen Ausnahmezustands.	NICHT UMGESETZT
Klärung verfassungsrechtlicher Eingriffe in die Privatsphäre der Bürger. Unter welchen Umständen dürfen Freiheitsbeschränkungen erlassen werden.	UMGESETZT
Forschung intensivieren, um molekulare Daten zum jeweiligen Virustyp, Krankheitsbild und der angepassten Therapie zu erfassen.	UMGESETZT
Beschleunigte Entwicklung von Impfstoffen und Medikamenten sowie massive Förderung klinischer Studien zur Untersuchung der Wirksamkeit und Verträglichkeit mit ethischer Begleitung sowie enger Zusammenarbeit mit den Behörden.	UMGESETZT
Einsetzen eines Thinktanks, um Katastrophenszenarien zu berechnen und Auswirkungen zu simulieren.	UMGESETZT
Start wissenschaftlicher Viromprojekte. Es gibt rund 1,7 Millionen Viren, die unerkannt in Wildtieren zirkulieren. Die gilt es zu identifizieren. Bis zu 75 Prozent neu auftretender Infektionskrankheiten, die Menschen betreffen, sind Zoonosen, haben also ihren Ursprung in Tieren.	NICHT UMGESETZT
Bildungsbereiche öffnen. Die Krise hat zum massiven Rückgang der Betreuungs-, Lehr- und Lernleistung geführt. Das verschärft automatisch die soziale Ungleichheit. Kinder sollten keine Schutzmasken tragen müssen.	NICHT UMGESETZT
Wirtschafts- und Finanzpolitik zur Stabilisierung nutzen. Kurzfristig mit Hilfsfonds, mittelfristig mit expansiven Steuererleichterungen, langfristig mit Investitionen im Gesundheitswesen, in der digitalen Infrastruktur und im Klimaschutz. Die Krise erfordert ein europäisch-solidarisches Handeln, etwa die Gewährleistung der Liquidität durch die europäische Zentralbank, finanzielle Unterstützungen aus dem EU-Haushalt und der Europäischen Investitionsbank, außerdem eine Kreditlinie mit Sonderkonditionen durch den ESM, den Europäischen Stabilitätsmechanismus.	UMGESETZT
Maßnahmen für ökologische und soziale Nachhaltigkeit. Was können wir der nächsten Generation zumuten? Richtlinien, die vor der Corona-Krise gegolten haben, dürfen nicht außer Kraft gesetzt sein. Wirtschaftliche Konjunkturprogramme sollten einen ökologischen Hintergrund haben. Green Deals, Fair Trade. Es gilt, sich nicht auf Kosten einer Katastrophe zu bereichern.	TEILWEISE UMGESETZT
Rückkehr zur Normalität. Zielsetzung eines Tag X, ab wann die Politik von einem Ende der Pandemie ausgeht. Es braucht Hoffnung auf Besserung und eine zeitliche Aussicht zur Rückführung in gewohnte Abläufe.	UMGESETZT
Diskussion über Weltethos, einen globalen Kodex, der Solidarität definiert.	NICHT UMGESETZT

Genau das war der Plan, den niemand hatte.

Quellenverzeichnis

Likar R., Pinter G., Janig H. et al. (edition a), Bereit für das nächste Mal – Wie wir unser Gesundheitssystem ändern müssen. Wien, 2020. ISBN 978-3-99001-422-6.

Wolfgang Kuttnig/Katja Sammer

Quo vadis, Tourismus?

Über den Tourismus in Kärnten nach über einem Jahr COVID-19-Pandemie

1. Chronologie der Lockdowns 2020/2021 in der Kärntner Tourismusbranche und deren rechtliche Grundlagen

Der Tourismus wurde durch die COVID-19-Pandemie 2020/2021 zum Erliegen gebracht. Kaum eine andere Branche ist über derart lange Zeiträume mit Betriebsschließungen bzw. Betretungsverboten und sonstigen coronabedingten Einschränkungen konfrontiert gewesen, deren (gesamt-) wirtschaftliche Folgen noch über Jahre spürbar sein werden. Im folgenden Kapitel wird eine Übersicht zur zeitlichen Genese der Lockdowns im Tourismus und deren jeweilige Rechtsgrundlagen gegeben.

❒ Zeitraum März 2020 bis Mai 2020

Als sich Anfang März 2020 die ersten COVID-19-Fälle in Österreich häuften und die WHO den COVID-19-Ausbruch zur Pandemie erklärte,[1] reagierte auch die österreichische Bundesregierung am 10. 3. 2020 mit ersten Maßnahmen, nämlich der Beschränkung des Reiseverkehrs.[2] Am 13. 3. 2020 teilte die Bundesregierung in einer Pressekonferenz mit, dass ab 16. 3. 2020 ein bundesweiter Lockdown erfolgen wird. Den Ankündigungen dieser Pressekonferenz folgend, wurde in Kärnten für Seilbahn- und Beherbergungsbetriebe bereits ab 15. 3. 2020 per Verordnungen der Bezirksverwaltungsbehörden vom 14. 3. 2020[3] eine Schließung nach dem Epidemiegesetz 1950 (EpG 1950) angeordnet.

Nahezu gleichzeitig trat auf Bundesebene am 16. 3. 2020 das COVID-19-Maßnahmengesetz (COVID-19-MG)[4] in Kraft, welches am 15. 3. 2020 beschlossen wurde und die Grundlage für den Erlass von Verordnungen, mit denen Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 angeordnet werden können (wie bspw. Betretungsverbote), beinhaltet. Zwar sind die Betretungsverbote nach dem COVID-19-MG grundsätzlich vergleichbar mit den im EpG 1950 vorgesehenen Maßnahmen (wie bspw. Betriebsschließungen), jedoch wurde seitens des Gesetzgebers mit Fortschreiten der Pandemie festgestellt, dass die Maßnahmen laut EpG 1950 nicht ausreichend bzw. zu kleinteilig sind, um die weitere Verbreitung von COVID-19 zu verhindern.[5] Wichtig ist in diesem Zusammenhang

festzuhalten, dass beide Gesetze nebeneinander bestehen bleiben, d. h. das EpG 1950 wurde durch das COVID-19-MG nicht aufgehoben;[6] insofern werden bestimmte Maßnahmen, wie bspw. die Anordnung einer behördlichen Quarantäne von Mitarbeitern, weiterhin nach dem EpG 1950 getroffen.

Demgemäß wurde für Gastronomiebetriebe mit Verordnung aufgrund § 1 COVID-19-MG vom 15. 3. 2020[7] ein bundesweites Betretungsverbot ab 17. 3. 2020 festgesetzt; zuvor, d. h. am 16. 3. 2020, wurde für die Gastronomie noch eine Sperrstunde mit 15:00 Uhr verhängt.[8]

Die eingangs angeführten bezirksverwaltungsbehördlichen Schließungen der Beherbergungsbetriebe nach dem EpG 1950 wurden darauffolgend mit Verordnungen vom 30. 3. 2020[9] aufgehoben und durch ein Betretungsverbot nach dem COVID-19-MG, welches mit Verordnung des Landeshauptmannes vom 29. 3. 2020[10] erlassen wurde, ersetzt. Eine Beherbergung war nur in Ausnahmefällen (z. B. Beherbergung von Mitarbeitern von Versorgungsbetrieben) und mit bezirksverwaltungsbehördlicher Bewilligung möglich. Diese Landesverordnung blieb bis 13. 4. 2020 in Kraft; in weiterer Folge galt sodann ab 14. 4. 2020 das bundesweite Betretungsverbot, welches per Bundesverordnung[11] erlassen wurde.

An dieser Stelle ist der Vollständigkeit halber anzumerken, dass die unterschiedlichen Rechtsgrundlagen für die jeweiligen Maßnahmen, in concreto Betriebsschließungen nach EpG 1950 und Betretungsverbote nach dem COVID-19-MG, zwar im Grunde dasselbe Ergebnis haben, die jeweilige Rechtsgrundlage jedoch bei der Frage der dem betroffenen Betrieb zustehenden finanziellen Entschädigungs- bzw. Unterstützungsmaßnahmen eine entscheidende Rolle spielt. Bei einer Betriebsschließung nach dem EpG 1950 steht dem betroffenen Unternehmen nämlich ex lege ein Vergütungsanspruch gegenüber dem Bund zu. Im Gegensatz dazu richten sich die Entschädigungsmöglichkeiten für Maßnahmen im Regelungsbereich des COVID-19-MG nach dem gesetzlich eingerichteten COVID-19-Krisenbewältigungsfonds (Härtefall-Fonds, Corona-Hilfs-Fonds).

Im Zuge dieses ersten „harten" Lockdowns wurde der Gastronomie- und Hotelleriebranche – bis auf einige wenige Ausnahmen – quasi „über Nacht" die Erwerbsgrundlage nahezu vollständig entzogen. Nach entsprechenden Verhandlungen auf interessenpolitischer Ebene zwischen Wirtschaftskammer, Tourismus- und Gesundheitsministerium wurde Gastronomen zumindest gestattet, Liefer- und Abholservices[12] anzubieten und Hoteliers durften zumindest Berufsreisende und sonstige bedürftige Personen beherbergen.

Der Mitte März angeordnete Lockdown für Gastronomie- und Beherbergungsbetriebe blieb bis Mitte bzw. Ende Mai 2020 aufrecht. Erste

Öffnungsschritte wurden in der Gastronomie mit 15. 5. 2020 und in der Hotellerie mit 29. 5. 2020 per COVID-19-Lockerungsverordnung (COVID-19-LV)[13] gesetzt.

❒ Zeitraum Juni 2020 bis September 2020

Mit der COVID-19-LV wurde die Gastronomie- und Hotelleriebranche Mitte bzw. Ende Mai 2020 schrittweise mit zahlreichen Auflagen wieder geöffnet. So wurde für Gastronomiebetriebe – zusätzlich zur Einhaltung des Mindestabstandes und der Maskenpflicht für Mitarbeiter und Gäste – u. a. zunächst die Sperrstunde mit 23:00 Uhr, der Einlass von einer Besuchergruppe bestehend aus maximal vier Erwachsenen bzw. Personen aus dem gemeinsamen Haushalt und das Verbot der Konsumation im Thekenbereich vorgeschrieben. Zudem waren Veranstaltungen, wie Hochzeits-, Geburtstags- oder Tauffeiern, nur mit einer bestimmten Personenobergrenze zulässig. Auch für Beherbergungsbetriebe wurden Auflagen wie bspw. die Einhaltung des Mindestabstandes und das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes auf Allgemeinflächen (wie z. B. im Lobby-Bereich) oder Präventionsmaßnahmen für den Wellnessbereich festgesetzt.[14]

Nach weiteren intensiven Verhandlungen zwischen Wirtschaftskammer und Tourismus- und Gesundheitsministerium konnten ab Mitte Juni und Anfang Juli weitere Lockerungen für die Branche erzielt werden; so wurde etwa die Sperrstunde auf 1:00 Uhr und die zulässigen Personenhöchstgrenzen bei Veranstaltungen angehoben sowie der Entfall der Maskenpflicht für Gäste und in weiterer Folge auch Mitarbeiter beschlossen.[15]

Demgegenüber wurde in Kärnten bereits am 10. 7. 2020 als Präventionsmaßnahme in den Tourismusgemeinden Velden, Pörtschach und St. Kanzian sowie in Wolfsberg an öffentlichen Orten und am Klagenfurter Benediktinermarkt zu bestimmten Zeiträumen die Maskenpflicht wieder eingeführt.[16]

Nahezu gleichlaufend mit dem Ende der Sommersaison kam es im September erneut zu einem Anstieg der Infektionszahlen und damit korrelierend neuerlich zu Verschärfungen der Corona-Maßnahmen in der Tourismusbranche. Ab 14. 9. 2020 und 21. 9. 2020 wurden z. B. für Gäste und Servicepersonal die Maskenpflicht wieder festgesetzt, die zulässige Personenanzahl bei Veranstaltungen herabgesetzt, die Anzahl der zulässigen Personen einer Besuchergruppe beschränkt sowie die Konsumation von Speisen und Getränken im Innenbereich nur mehr noch im Sitzen gestattet.[17]

❒ Zeitraum Oktober 2020 bis Dezember 2020

Im Lichte der sich in Kärnten zuspitzenden epidemiologischen Entwicklung wurden zusätzliche verschärfte regionale Corona-Maßnahmen in

den Bezirken Hermagor und Völkermarkt ab 5. 10. 2020 bzw. 12. 10. 2020 getroffen: Die zulässigen Personenobergrenzen bei Veranstaltungen wurden weiter herabgesetzt bzw. an das Erfordernis einer sog. „Sitzplatzzuweisung" geknüpft.[18]

Da sich das Infektionsgeschehen indes auch bundesweit zuspitzte, wurden die Corona-Auflagen in der Hotellerie- und Gastronomiebranche auf Bundesebene ebenfalls weiter verschärft. Ab 25. 10. 2020 wurden u. a. das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes für Gäste und Mitarbeiter im Innen- und Außenbereich verpflichtend vorgeschrieben, das sog. „Face-Shield" ab 7. 11. 2020 für unzulässig erklärt, die zulässigen Personenhöchstgrenzen bei Veranstaltungen wieder deutlich minimiert, die Erstellung eines COVID-19-Präventionskonzeptes und die Bestellung eines COVID-19-Beauftragten vorgeschrieben.[19]

In einer Pressekonferenz am 31. 10. 2020 wurde seitens der Bundesregierung sodann mitgeteilt, dass ab 3. 11. 2020 neuerlich ein Lockdown „light" bis 30. 11. 2020 verhängt wird; die bezughabende COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung (COVID-19-SchuMaV)[20] wurde am 1. 11. 2020 kundgemacht. Damit wurden für Gastronomie- und Beherbergungsbetriebe – im Gegensatz etwa zu Handelsbetrieben und körpernahen Dienstleistern – neuerlich Betretungsverbote verhängt. Abgesehen von Abhol- und Lieferservices in der Gastronomie sowie der Beherbergung von Berufsreisenden und sonstigen bedürftigen Personen wurde die Branche sohin zum zweiten Mal gänzlich „abgeriegelt".

In weiterer Folge wurde von der Bundesregierung ein zweiter „harter" Lockdown von 17. 11. 2020 bis 6. 12. 2020 angeordnet; nunmehr galten Betretungsverbote auch für Handelsbetriebe und körpernahe Dienstleister.[21] Für Gastronomiebetriebe wurde beim nach wie vor zulässigen Abholservice zudem ein Konsumationsverbot von Speisen und Getränken im Umkreis von 50 Metern um die Betriebsstätte festgesetzt; in Beherbergungsbetrieben galt die Ausnahme vom Betretungsverbot für berufliche Gründe nur mehr aus *unaufschiebbaren* beruflichen Gründen.

Da sich die Infektionszahlen weiterhin auf sehr hohem Niveau befanden, teilte die Bundesregierung am 2. 12. 2020 in einer Pressekonferenz mit, dass die Betretungsverbote in der Tourismusbranche bis vorerst 7. 1. 2021 verlängert werden.[22]

In einer neuerlichen Pressekonferenz am 18. 12. 2020 kündigte die Bundesregierung indes die Verhängung eines dritten „harten" Lockdowns – damit einhergehend auch eine Verlängerung der Betretungsverbote im Tourismus – für den Zeitraum 26. 12. 2020 bis 17. 1. 2021 an, wobei dies die „1. Phase des Lockdowns" sein sollte. In der sog. „2. Phase des Lockdowns" (18. 1. 2021 bis 24. 1. 2021) sollten laut Ankündigungen der

Bundesregierung in der Tourismusbranche erste Öffnungsschritte mit negativem Testergebnis möglich sein.

Parallel dazu beschloss die Kärntner Landesregierung weitere Verschärfungen der COVID-19-Auflagen auf regionaler Ebene für Gastronomiebetriebe in Skigebieten: Ab 24. 12. 2020 war in Skigebieten die Abholung von Speisen und Getränken nur bei solchen Gastronomiebetrieben zulässig, die durch die Gäste mit einem Kraftfahrzeug über öffentliche Straßen erreichbar sind.[23] Damit sollten Menschenansammlungen bei Skihütten und das Aufkommen etwaiger „Après-Ski-Stimmung" verhindert werden.

❒ Zeitraum Januar 2021 bis Mai 2021

Die Betretungsverbote in der Tourismusbranche wurden Ende Jannuar – entgegen den Ankündigungen in der vorweihnachtlichen Pressekonferenz – nicht aufgehoben; mit der 3. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung[24] wurden die Betretungsverbote am 25. 1. 2021 neuerlich verlängert; laut Mitteilung der Bundesregierung in der Pressekonferenz vom 18. 1. 2021 sollten diese bis zumindest Ende Februar aufrecht bleiben. Zusätzlich wurden für Gäste bei Inanspruchnahme der Ausnahmen von Betretungsverboten (z. B. Abholservice, Berufsreisende) eine FFP2-Maskenpflicht und die Einhaltung des Zwei-Meter-Mindestabstandes vorgeschrieben. In Bezug auf Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit Kundenkontakt (z. B. in der Gastronomie bei Abholung von Speisen und Getränken) wurden darüber hinaus regelmäßige COVID-19-Antigentests oder PCR-Tests vorgeschrieben.

Seitens der Wirtschaftskammerorganisation wurde auf Bundes- und Landesebene zwischenzeitlich mit Nachdruck an Öffnungsstrategien gearbeitet. Zusätzlich wurde gemeinsam mit dem Gesundheits- und Tourismusministerium und Vertretern der Bundesländer eine Öffnungskommission eingesetzt, die Rahmenbedingungen für ein sicheres Öffnen entwickeln sollte.

Schließlich kündigte die Bundesregierung in einer Pressekonferenz am 23. 4. 2021 an, dass mit Hilfe der ausgeweiteten Teststrategie, dem steigenden Impfangebot sowie der positiven Wirkung der Corona-Maßnahmen auf das Infektionsgeschehen und die sinkenden Hospitalisierungen Öffnungsschritte in der Tourismusbranche ab 19. 5. 2021 – endlich – möglich sein werden.

Am 10. 5. 2021 wurde sodann durch Bundeskanzler Kurz und Gesundheitsminister Mückstein die COVID-19-Öffnungsverordnung (COVID-19-ÖV)[25] präsentiert, mit welcher die Tourismusbranche ab 19. 5. 2021 – nach fast sieben Monaten durchgehender Sperre – schrittweise wieder geöffnet wird. Die Öffnungen waren allerdings an zahlreiche Auflagen geknüpft, welche

zum Teil bis heute[26] noch in Kraft sind: So ist bspw. nach wie vor für Gäste für den Zutritt bzw. Eintritt zur Gastronomie und Beherbergung der sog. „3G-Nachweis“ (Stand 17. 8. 2021)[27] erforderlich, die Kontaktdatenerhebung („Gästeregistrierung“) und die Erstellung eines COVID-19-Präventionskonzeptes sind verpflichtend vorgeschrieben, es gilt Maskenpflicht für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei unmittelbarem Kundenkontakt und sind zudem diverse Auflagen bei Veranstaltungen (wie z. B. Anzeigepflicht bzw. Genehmigungspflicht bei bzw. durch Bezirksverwaltungsbehörden ab bestimmten Teilnehmerzahlen) festgesetzt.

2. Umgang mit der COVID-19-Pandemie: Krisenmanagement im Tourismus

In diesem Kapitel werden die Herausforderungen und Problemstellungen, die sich für den Tourismus im Zuge der COVID-19-Pandemie ergeben haben, und die während der Krise seitens der Bundes- bzw. Landesregierung getroffenen Unterstützungsmaßnahmen zur Absicherung der Liquidität der Unternehmen näher dargestellt. Schließlich wird die Rolle der Wirtschaftskammerorganisation während der COVID-19-Krise beleuchtet.

2.1 Herausforderungen für den Tourismus in der COVID-19-Krise

Um die mit der COVID-19-Krise korrelierenden Herausforderungen für die Tourismusbranche in wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht besser nachvollziehen zu können, ist zunächst auf den bedeutenden volkswirtschaftlichen Stellenwert des Tourismus und der Freizeitwirtschaft in Österreich zu verweisen: Die direkten und indirekten Wertschöpfungseffekte der heimischen Tourismus- und Freizeitwirtschaft beliefen sich im Jahr 2018 auf 59,2 Mrd. Euro; dies entspricht einem anteiligen Beitrag von 15,3 % zur gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung (BIP). Die österreichische Tourismuswirtschaft erlangt im EU-Ländervergleich damit eine Platzierung im oberen Drittel.[28] In Kärnten wurde die Gewichtigkeit der Tourismus- und Freizeitwirtschaft im Jahr 2016 in einer vom Kärntner Institut für Höhere Studien (KIHS) durchgeführten Wertschöpfungsanalyse erhoben: Demzufolge belief sich die Bruttowertschöpfung der Kärntner Tourismus- und Freizeitwirtschaft auf einen Gesamtanteil von 15,0 %.[29]

Darüber hinaus kommt der Tourismus- und Freizeitwirtschaft vor allem auch eine signifikante soziale bzw. gesellschaftliche Rolle zu – als Beispiele sind in diesem Zusammenhang gesellige Treffen mit Freunden und Familie im Restaurant, der Sommerurlaub z. B. an Seen oder gemütliche Kinobesuche zu nennen. Im Zuge der COVID-19-Krise waren all diese bisher als selbstverständlich hingenommenen Aktivitäten unversehens nicht mehr bzw. nur mehr sehr eingeschränkt möglich. Die Schließung der

Tourismusbranche spiegelt sohin – wie kaum eine andere Branche – die gesellschaftliche Krisensituation während der Lockdowns wider.

Für die betroffenen Unternehmerinnen und Unternehmer stellt die COVID-19-Krise selbstredend primär in wirtschaftlicher Hinsicht eine Katastrophe dar. Wie im vorigen Kapitel dargelegt, zählt der Tourismus zu jenen Branchen, die mitunter die längsten Betriebsschließungen bzw. Betretungsverbote hinnehmen mussten und nach wie vor mit diversen COVID-19-Auflagen konfrontiert sind. Abgesehen von der für viele Betriebe daraus resultierenden prekären finanziellen Situation waren bzw. sind viele Unternehmerinnen und Unternehmer indes auch mit enormen emotional-psychischen Belastungen konfrontiert. Die Unternehmerschaft zeichnet sich im Allgemeinen sehr stark durch eine intrinsische Motivation, eine aktive Handlungskompetenz sowie eine selbstverantwortliche Vorgehensweise aus. Aufgrund der gesetzlichen Maßnahmen konnten sie ihrer für sie so wichtigen selbstbestimmten Tätigkeit plötzlich nicht mehr nachgehen. Erschwerend kam hinzu, dass die im dritten Lockdown (Dezember 2020/Jänner 2021) für das erste Quartal 2021 seitens der Bundesregierung angekündigten Öffnungsschritte immer wieder verschoben wurden. Den betroffenen Unternehmerinnen und Unternehmern fehlte sohin über Monate jegliche Planbarkeit in Hinblick auf Gästeanfragen, Investitionstätigkeiten oder Mitarbeiterbeschäftigung. In den zahlreichen Beratungsgesprächen mit betroffenen Betrieben stellte sich heraus, dass die oktroyierte Untätigkeit und die fehlende Planbarkeit teilweise – vor allem in emotional-psychischer Hinsicht – eine weitaus größere Belastung darstellte als regulierende Rahmenbedingungen, wie bspw. Maskenpflicht für Mitarbeiter und Gäste, Vorverlegung der Sperrstunde oder Kontrolle von Test- oder Impfnachweisen.

Wenngleich weite Teile der Tourismus- und Freizeitwirtschaft nach siebenmonatiger Schließung am 19. 5. 2021 endlich wieder die Möglichkeit erhielten, ihrer angestammten Tätigkeit nachzugehen, kämpft die Branche nach wie vor mit zahlreichen Herausforderungen als Folgewirkungen der Lockdowns. Im Folgenden werden die wichtigsten Problemstellungen im Tourismus überblicksmäßig dargestellt:

Mitarbeiter- und Fachkräftemangel

Die alles überschattende existenzielle Bedrohung für die Tourismusbranche ist zweifelsohne der Fachkräftemangel, der vielfach bereits als genereller Arbeitskräftemangel beschrieben wird. Zwar kämpfte der heimische Tourismus bereits vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie mit einem Mangel an Fachkräften bzw. Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, jedoch erhielt diese Problematik durch die COVID-19-Krise einen entscheidenden „Brandbeschleuniger". Viele Tourismusmitarbeiter, die sich seit Monaten

in Kurzarbeit befanden und mit dementsprechenden finanziellen Einbußen zu kämpfen hatten, wanderten in andere Branchen ab. Darüber hinaus stellte auch das Kurzarbeitsmodell für einige Betriebe in finanzieller Hinsicht keine tragbare Lösung dar, sodass Arbeitsverhältnisse aufgelöst werden mussten; die in weiterer Folge arbeitslos gemeldeten Tourismusmitarbeiter wechselten sodann oftmals ebenfalls den Sektor. Hinzu kommt, dass im Bereich der dualen Ausbildung der Lehrbeginn aufgrund der Lockdowns nahezu komplett zum Erliegen kam. Nach der Wiedereröffnung des Tourismus im Mai dieses Jahres musste zudem festgestellt werden, dass es nicht – wie eigentlich erwartet – zu einem Ansturm auf offene Stellen kam. Vielmehr wurde bzw. wird seitens der Betriebe zum Teil eine arbeitsmarktpolitische Lethargie wahrgenommen, die gravierende Auswirkungen nach sich zieht. So kam es in der diesjährigen Sommersaison teilweise bereits zu unfreiwilligen Ruhetagen sowie ungeplanten Angebotseinschränkungen aufgrund der Verknappung im Human Resources-Bereich.

Liquidität

Statistisch betrachtet weist die Tourismuswirtschaft im Vergleich zu anderen Branchen, wie z. B. dem Gewerbe oder der Industrie, eine relativ niedrige Eigenkapitalquote auf; dies trifft insbesondere auf Kleinstbetriebe mit einem durchschnittlichen Jahresumsatz bis max. € 400.000 zu.[30] Im Rahmen der COVID-19-Krise kam es in Folge der Betriebsschließungen, Betretungsverbote und sonstigen COVID-19-Auflagen bei einigen Tourismusbetrieben zu enormen Liquiditätsengpässen, zumal die Branche de facto „über Nacht" zum Stillstand gebracht wurde. Die Auszahlung der finanziellen Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen erfolgte dahingegen anfänglich – von der Auszahlung des Härtefall-Fonds abgesehen – nur schleppend, sodass seitens der Betriebe einige Monate überbrückt werden mussten, bis monetäre Hilfen überwiesen wurden.[31]

Auflagen im Zuge der Öffnungen

Sämtliche Öffnungsschritte waren bzw. sind stets von regulativen gesetzlichen Vorgaben begleitet, die auch beträchtliche betriebswirtschaftliche Folgen nach sich ziehen. Zum einen mussten Investitionen, wie bspw. Plexiglasabtrennungen, Desinfektionsmittel, Masken etc., getätigt werden, zum anderen kam bzw. kommt es durch die jeweiligen gesetzlichen Auflagen auch in der Betriebsführung per se zu immensen Veränderungen bzw. Einschränkungen, die Umsatzausfälle mit sich brachten bzw. bringen. So verringerten sich z. B. durch die Abstandsregelung die Besucherkapazitätsgrenzen, aufgrund der restriktiven Regeln für Veranstaltungen wurden für die Hotellerie- und Gastronomiebranche gerade in den Frühsommermonaten wichtige Hochzeitsfeiern gecancelt, die viel

zitierte Nachtgastronomie kämpfte anfänglich mit einer Vorverlegung der Sperrstunde und hat derzeit[32] – als einzige Branche – anstelle der üblichen „3G-Kontrolle" eine „2G-Kontrolle" durchzuführen.

„K1-Problematik" bei Mitarbeitern

COVID-19-Infektionen unter Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen stellten für Tourismusbetriebe gerade zu Beginn der Wiedereröffnung eine enorme Herausforderung dar. In diesem Zusammenhang muss vorausgeschickt werden, dass laut Empfehlung des Gesundheitsministeriums zur Kontaktpersonennachverfolgung jene Personen als Kategorie-I-Kontaktpersonen („K1-Kontaktperson") mit Hochrisiko-Exposition gelten, die kumulativ für 15 Minuten oder länger in einer Entfernung unter zwei Meter Kontakt mit einem bestätigten Fall hatten bzw. sich im selben Raum aufgehalten haben. K1-Kontaktpersonen werden grundsätzlich für 14 Tage unter Quarantäne gestellt, wobei die Gesundheitsbehörde im Einzelfall von einer K1-Einstufung absehen kann, wenn konkrete geeignete Schutzmaßnahmen (z. B. Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes) getroffen wurden oder die Kontaktperson geimpft ist.[33] Zum Zeitpunkt der Wiedereröffnung der Tourismusbranche Mitte bzw. Ende Mai 2021 war die Durchimpfungsrate bei Tourismusmitarbeitern indes noch gering. Weiters muss berücksichtigt werden, dass Schutzmaßnahmen, wie z. B. das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes oder das Aufstellen von Trennwänden, nicht in allen Bereichen möglich sind – als Paradebeispiel ist hier der Küchenbereich zu nennen. Dies hat zur Konsequenz, dass im Falle einer COVID-19-Infektion eines Mitarbeiters vielfach große Teile der Belegschaft als „K1" eingestuft und zwei Wochen abgesondert wurden. Für viele Tourismusbetriebe bedeutete dies eine „de facto-Schließung" des gesamten Betriebes, zumal eine Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes ohne bzw. mit nur wenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht möglich ist. Mittlerweile ist die Durchimpfungsrate bei Tourismusmitarbeitern grundsätzlich relativ hoch – davon ausgenommen sind allerdings teilweise jüngere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (in der Altersgruppe 15 bis 24 Jahren besitzen mit Stand 11. 8. 2021 erst rund 40 Prozent einen vollständigen Impfschutz[34]). Die zuvor geschilderte „K1-Problematik" ist auf Mitarbeiterebene damit zum Teil nach wie vor virulent.

Einreisebeschränkungen

Im Vorkrisenjahr 2019 belief sich der Anteil an ausländischen Gästen in Bezug auf Übernachtungen in Österreich auf 73,8 Prozent.[35] Selbstredend spielten bzw. spielen die jeweiligen Reisebestimmungen im Rahmen der COVID-19-Pandemie – sowohl hinsichtlich der Einreise nach Österreich als auch der Rückreise in das jeweilige Herkunftsland – eine signifikante Rolle für das Buchungsverhalten der Gäste; Reisebeschränkungen in

Bezug auf die Einreise und/oder Rückreise haben sohin zweifelsohne einschneidende Auswirkungen auf die Buchungslage in den Quellenmärkten. So brach bspw. im Juni 2021 die Anzahl der Gäste aus Deutschland (als wichtigster Herkunftsmarkt) in Kärnten gegenüber dem Vorkrisenjahr 2019 fast um die Hälfte ein;[36] dies ist nicht zuletzt auch auf den Umstand zurückzuführen, dass das Robert-Koch-Institut (RKI) Österreich Anfang Juni noch als Risikogebiet einstufte und die Bundesländer Vorarlberg und Tirol noch bis Mitte Juni als Risikogebiete galten; eine quarantänefreie Einreise war sohin nur mit entsprechendem 3G-Nachweis möglich – und dies zu einem Zeitpunkt, als die flächendeckende Durchimpfung der Bevölkerung erst anrollte.

Auch auf Mitarbeiterebene führten die Reisebeschränkungen für viele Betriebe zu Schwierigkeiten, zumal viele Stellen mit nicht-österreichischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus den EU-Mitgliedstaaten oder Drittstaaten besetzt sind und diese zur Wiedereröffnung nicht bzw. nicht rechtzeitig einreisen konnten.

2.2 Unterstützungsmaßnahmen

Mit der COVID-19-Pandemie ging für die österreichische Unternehmerschaft vielerorts auch eine enorme wirtschaftliche Krise einher, welche die österreichische Bundesregierung dazu veranlasste, einen umfassenden finanziellen Rettungsschirm zu spannen. In diesem Zusammenhang muss erwähnt werden, dass im internationalen Kontext kaum umfassendere monetäre und arbeitsmarktpolitische Hilfsmaßnahmen gesetzt wurden. Derartige Unterstützungsmaßnahmen waren bzw. sind für die Unternehmen ein bedeutendes Auffangnetz. In einer seitens der Sparte Tourismus und Freizeitwirtschaft der Wirtschaftskammer Kärnten innerhalb ihrer Mitgliedsbetriebe durchgeführten Umfrage im Frühjahr 2021[37] stellte sich im Übrigen heraus, dass 89,97 Prozent der Mitgliedsbetriebe finanzielle Hilfsmaßnahmen beantragt hatten.

Nachstehend wird ein Überblick zu den wichtigsten liquiditätssichernden Unterstützungsmaßnahmen für die Tourismuswirtschaft gegeben:[38]

Härtefall-Fonds

Während die übrigen Hilfsmaßnahmen im Wesentlichen darauf abzielen, das Unternehmen als solches zu unterstützen, stellt der Härtefall-Fonds primär eine Erste-Hilfe-Maßnahme für die persönliche Lebenserhaltung der Unternehmerin bzw. des Unternehmers dar. Der Härtefall-Fonds war im Übrigen eine der ersten Unterstützungsmaßnahmen – die Beantragung war bereits am 27. 3. 2020 möglich. Zwischenzeitlich befindet sich die Förderung schon in der Phase 3 und wurde (vorläufig) bis 31. 10. 2021 verlängert. Um den steuerfreien Förderzuschuss beantragen zu können, muss

eine „wirtschaftlich signifikante Bedrohung“ durch COVID-19, d. h. ein Umsatzeinbruch von 50 Prozent oder keine Möglichkeit zur Deckung der laufenden Kosten, vorliegen. Zur Abwicklung des Härtefall-Fonds ist als Besonderheit noch anzumerken, dass die Antragstellung über die jeweiligen Landes-Wirtschaftskammern erfolgt. Die Abwicklung der Anträge und die Auszahlung der Fördersumme an die Unternehmerinnen und Unternehmer erfolgte dabei rasch und unbürokratisch; in Kärnten wurden bspw. bis dato[39] um die 110.000 Anträge bearbeitet und ein Fördervolumen von mehr als 125 Mio. Euro ausbezahlt.

Lockdown-Umsatzersatz

Im November und Dezember 2020 wurde jenen Unternehmen, die direkt von behördlichen Betretungsverboten betroffen waren, als weitere Unterstützungsmaßnahme der sog. „Lockdown-Umsatzersatz“ zur Verfügung gestellt. Direkt betroffenen Unternehmen wurden im November 80 Prozent ihres Umsatzes im Vergleich zu November 2019 und im Dezember 50 Prozent ihres Umsatzes im Vergleich zum Dezember 2019 ersetzt. Eine Beantragung war über FinanzOnline möglich. Retrospektiv betrachtet war der Lockdown-Umsatzersatz eine sehr hilfreiche Hilfsmaßnahme, die den Unternehmen rasch zu einer unmittelbaren Sicherung der Liquidität verhalf.

Fixkostenzuschuss 1 und Fixkostenzuschuss 800.000

Um die enormen Umsatzverluste aufgrund der Betretungsverbote und sonstigen gesetzlichen Einschränkungen abzufedern, werden im Rahmen des sog. „Fixkostenzuschusses“ (FKZ) die Fixkosten der Unternehmen (z. B. Geschäftsraummieten und Pacht, Zinsaufwendungen für Kredite, Aufwendungen für Strom) anteilig – je nach Umsatzeinbruch – ersetzt. Der FKZ unterteilt sich in FKZ 1 für Betrachtungszeiträume Mitte März bis Mitte September 2020 (wovon bis zu drei Monate ausgewählt werden können) und FKZ 800.000 für die monatlichen Betrachtungszeiträume 16. 9. 2020 bis 30. 6. 2021. Voraussetzung für die Beantragung des FKZ 1 ist u. a. ein Umsatzausfall von zumindest 40 Prozent, wobei die Fixkosten zwischen 16. 3. 2020 und 15. 9. 2020 entstanden sein mussten; beim FKZ 800.000 müssen Umsatzausfälle von zumindest 30 Prozent vorliegen – in Bezug auf die Fixkosten ist der Zeitraum zwischen 16. 9. 2020 und 30. 6. 2021 relevant. Eine Beantragung des FKZ erfolgt über FinanzOnline (die Beantragung des FKZ 800.000 ist bis 31. 12. 2021 möglich).

Verlustersatz

Alternativ zum zuvor angeführten FKZ stellt der Verlustersatz eine weitere Unterstützungsmaßnahme dar. Voraussetzung für die Beantragung

sind – wie beim FKZ 800.000 – Umsatzausfälle von mindestens 30 Prozent und Verluste, die zwischen 16. 9. 2020 und 30. 6. 2021 entstanden sind. Gerade bei betrieblichen Totalausfällen bzw. signifikant hohen Schadenssummen optieren Betriebe vielfach zum Verlustersatz, zumal hier – im Gegensatz zum FKZ – ein Verlust für ungedeckte Fixkosten bis 10 Mio. Euro beantragt werden kann. Der Verlustersatz wurde um weitere sechs Monate verlängert, wobei nunmehr Umsatzausfälle von 50 Prozent vorliegen müssen.

Ausfallsbonus I und II

Ab Februar 2021 konnte der Ausfallsbonus I von Betrieben mit einem Umsatzausfall von mindestens 40 Prozent beantragt werden; gewährt wird hier ein Zuschuss von 30 Prozent des monatlichen Umsatzausfalls (max. 60.000 Euro), wobei die Hälfte (15 Prozent des Umsatzausfalls, max. 30.000 Euro) einen Vorschuss auf den FKZ II darstellt. Der Ausfallsbonus bezweckt, den Unternehmen eine rasche finanzielle Planbarkeit zu geben. Der Ausfallsbonus wurde nunmehr um weitere drei Monate verlängert (Ausfallsbonus II).

Kreditgarantien (Überbrückungsfinanzierungen)

Bei der Hotel- und Tourismusbank (ÖHT) können über die Hausbank des jeweiligen Betriebes Garantien für Überbrückungskredite (Haftung zu 80, 90 oder 100 Prozent des Kreditbetrages) beantragt werden, die den Zugang zu Betriebsmittelkrediten ermöglichen. Die Beantragung wurde bis 31. 12. 2021 verlängert.

5-Prozent-*Umsatzsteuersenkung*

Nach intensiven Verhandlungen zwischen der Wirtschaftskammer Österreich und der Bundesregierung wurde für besonders betroffene Branchen – darunter auch die Tourismusbranche – ab 1. 7. 2020 ein ermäßigter Umsatzsteuersatz von 5 Prozent eingeführt. Die Umsatzsteuersenkung stellt dabei eine rasche sowie unbürokratische Hilfsmaßnahme dar und wird seitens der Unternehmerschaft als spürbare Abfederung der Umsatzverluste wahrgenommen. Die 5-Prozent-Umsatzsteuersenkung wurde bis 31. 12. 2021 verlängert.

Stundung der Tourismusabgabe

Mit Ausbruch der COVID-19-Krise im Jahr 2020 hat die Kärntner Landesregierung als Unterstützungsmaßnahme – vor allem auch für die stark gebeutelte Tourismuswirtschaft – eine zinsfreie Stundung der Tourismusabgabe ermöglicht. Der Beschluss über die zinsfreie Stundung der Tourismusabgabe wurde bis 30. 9. 2021 verlängert.

2.3 Rolle der Wirtschaftskammern während der COVID-19-Krise

Der Errichtungszweck der Wirtschaftskammern (Bundes- und Landeskammern) lag primär in der Vertretung der gemeinsamen Interessen ihrer Mitglieder (Unternehmen).[40] Die gesetzliche Interessenvertretung ist neben Service (Information und Beratung) und Bildung (Wissensvermittlung) somit eine der wesentlichen Aufgaben der Wirtschaftskammerorganisation (WKO).

Mit Ausbruch der COVID-19-Pandemie im März 2020 waren die Wirtschaftskammern sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene in besonderem Maße gefordert. Um ihre Mitgliedsbetriebe während dieser Ausnahmesituation bestmöglich zu unterstützen, schalteten sowohl die Bundes- als auch die Landeskammern sofort in einen Krisenmodus und etablierten ein umfassendes Informations- und Serviceangebot zum Thema COVID-19. So wurde bspw. gleich zu Beginn des ersten Lockdowns der „Corona Infopoint“[41] ins Leben gerufen – eine Website, die Betriebe laufend aktualisiert mit den wichtigsten Informationen rund um die COVID-19-Pandemie versorgt (z. B. zu Unterstützungsmaßnahmen, Corona-Kurzarbeit, Einreisebestimmungen etc.). Die regionale COVID-19-Landing-Page der Sparte Tourismus und Freizeitwirtschaft der Wirtschaftskammer Kärnten (WKK) wurde im Zeitraum 1. 6. 2020 bis 30. 6. 2021 mehr als 114.000 Mal aufgerufen – mehr als 68.000 Zugriffe als Single-User. Über 52.000 Mal wurde z. B. das dort bereitgestellte COVID-19-Präventionskonzept, welches von der Sparte Tourismus und Freizeitwirtschaft der WKK als Mustervorlage entwickelt wurde, als Download heruntergeladen. Parallel dazu wurde in der Bundes- und in den Landeskammern eine Corona-Hotline eingerichtet, die ein telefonischer First-Level-Support für coronabezogene Anliegen der Mitgliedsbetriebe ist und bei entsprechenden Peaks (z. B. Verhängung des zweiten Lockdowns) auch am Wochenende besetzt wird. Darüber hinaus wurde die WKO zur Abwicklung des Härtefall-Fonds eingesetzt. Allein in der WKK wurden 26 Mitarbeiter aus den verschiedensten Bereichen in einem eigens eingerichteten „Härtefall-Fonds-Team“ dafür abgestellt.

Im Zuge der COVID-19-Krise passten vor allem auch die Sparten Tourismus und Freizeitwirtschaft der WKO – als gesetzliche Interessenvertretung der von der Pandemie am stärksten betroffenen Branche – schnell ihre Serviceleistungen entsprechend an. Die Sparte Tourismus und Freizeitwirtschaft der WKK richtete z. B. in Kooperation mit der Kärnten Werbung und dem Tourismusreferat des Landes Kärnten in regelmäßigen Abständen sog. „Zoom-Calls“ ein, im Rahmen derer betroffene Unternehmerinnen und Unternehmer aus erster Hand von Vertretern aus Politik und Wirtschaft Informationen zur Sach- und Rechtslage hinsichtlich der jeweiligen COVID-19-Verordnungen und den damit einhergehenden Auflagen sowie den finanziellen Unterstützungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt bekamen; zusätzlich wurde ihnen auch die Möglichkeit gegeben,

direkte Fragen an die Experten zu stellen. Zu Spitzenzeiten nahmen daran knapp 500 Unternehmerinnen und Unternehmer teil. Zusätzlich wurde in Zusammenarbeit mit dem Tourismusreferat des Landes Kärnten und der Kärnten Werbung der „Recovery Plan Kärnten“[42] entwickelt, der Betrieben mit Hilfe eines umfassenden Informationsangebotes den Einstieg nach den Lockdowns erleichtern sollte.

An dieser Stelle ist auch ein weiteres für die Unternehmerinnen und Unternehmer wichtiges Kooperationsmodell zwischen Land Kärnten und der WKK in Bezug auf die Auszahlung des nach dem EpG 1950 zustehenden Vergütungsanspruches (s. dazu auch die Ausführungen unter Punkt 1.) zu erwähnen: Für bestimmte nach dem EpG 1950 getroffene Maßnahmen (z. B. Betriebsschließungen, Verhängung einer behördlichen Quarantäne über Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bzw. die Unternehmerin/den Unternehmer selbst) stehen dem betroffenen Betrieb bzw. der betroffenen Unternehmerin/dem betroffenen Unternehmer ein Anspruch auf Vergütung des durch die Maßnahme entstandenen Vermögensnachteils (Verdienstentgang) zu.[43] Dieser gesetzliche Vergütungsanspruch ist gegenüber der örtlich zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde geltend zu machen. In Kärnten waren bzw. sind die Bezirksverwaltungsbehörden mit der Bearbeitung der Anträge in personeller und mitunter auch fachlicher Hinsicht überfordert, sodass die Unternehmerinnen und Unternehmer oftmals monatelang auf die Auszahlung des Vergütungsanspruches warten mussten – in einer Zeit, in der die finanzielle Lage großteils ohnehin angespannt war, eine untragbare Situation. Daher wurde auf Initiative der WKK ein Kooperationsmodell zwischen Land Kärnten und WKK ins Leben gerufen, im Rahmen dessen die WKK dem Land Bilanzbuchhalter zur Verfügung stellt, die die Bezirksverwaltungsbehörden bei der Abwicklung der Anträge unterstützen.

Im Zuge der COVID-19-Pandemie liegt der Fokus der WKO sohin auf der Zurverfügungstellung von umfangreichen Service- und Beratungsleistungen für ihre Mitgliedsbetriebe. Ferner ist die Vertretung der Interessen der Mitglieder auf politischer Ebene selbstredend auch eine enorm wichtige Aufgabe der WKO während der COVID-19-Pandemie. Die Interessenvertretung war vor allem auch im Zusammenhang mit den finanziellen Unterstützungsmaßnahmen essentiell: So konnten etwa nach intensiven Verhandlungen mit dem Finanzministerium die 5-Prozent-Umsatzsteuersenkung sowie eine Verlängerung des Lockdown-Umsatzersatzes im Dezember 2020 erwirkt werden. Auch in Bezug auf die jeweiligen COVID-19-Verordnungen und deren Auflagen war bzw. ist der interessenpolitische Einsatz der WKO von immenser Bedeutung: Für die Gastronomie konnte durch den Einsatz der WKO bspw. während der Betretungsverbote zumindest das Anbieten eines Abholservice oder für die Hotellerie die Möglichkeit zur Beherbergung von Berufsreisenden erreicht werden.

Mit Fortschreiten der COVID-19-Pandemie gestalten sich die mitunter auch neuen Rollen der WKO indes als schwierig. Einerseits umfassender Serviceanbieter, mittelbares Abwicklungsorgan der Bundesregierung für Förderungen und andererseits schlagkräftiger Interessenvertreter zu sein, erfordert von der WKO großes Handlungsgeschick. Allzu oft kollidieren medizinische Interessen des Gesundheitsministeriums mit betriebswirtschaftlichen Vorstellungen der Interessenvertretung. Es liegt in der Natur der Sache, dass die eine Seite maximale Sicherheit für die Bevölkerung will, wie z. B. gänzliche Betriebsschließungen, 3G-Nachweise, vorgezogene Sperrstunden etc., und die andere Seite maximale Freiheit mit möglichst wenig Einschränkungen für die Unternehmerschaft fordert. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass die Sparte Tourismus und Freizeitwirtschaft der WKK gerade in dieser herausfordernden Zeit enorm von der jahrelangen kollegialen Zusammenarbeit mit dem zuständigen Tourismusreferat des Landes Kärnten sowie den Landes- und Bezirksverwaltungsbehörden profitiert, zumal bei so manchen legistisch zum Teil praxisfremd ausgestalteten Regelungen (z. B. 2G-Regel-Kontrolle in der Nachtgastronomie) gemeinsam nachvollziehbare Auslegungen und praktisch umsetzbare Lösungen für die betroffenen Betriebe erarbeitet werden können.

3. Das Kärntner Tourismusjahr 2021 – eine erste Zwischenbilanz[44]

Da der Sommertourismus in Kärnten grundsätzlich immer noch einen höheren Stellenwert hat als der Wintertourismus, ist es von besonderem Interesse, wie sich die Vorsaison Mai bis Juni 2021 im Zuge der nunmehr seit eineinhalb Jahren andauernden COVD-19-Krise gegenüber der Vorsaison Mai/Juni im „ersten COVID-19-Jahr" 2020 bzw. dem Vorkrisenjahr 2019 entwickelt hat.

Anhand der jüngsten Ergebnisse der Landesstatistik Kärnten[45] lässt sich erfreulicherweise feststellen, dass die Kärntner Tourismusbranche im „zweiten COVID-19-Jahr" 2021 im Mai und Juni eine durchaus positive Vorsaison verbuchen konnte: Nicht nur bei den Übernachtungen (1.550.984; +41,9 Prozent), sondern auch bei den Ankünften (372.958; +34,1 Prozent) konnte gegenüber der Vorsaison 2020 ein deutliches Plus verzeichnet werden. Zusätzlich konnten bei allen größeren Herkunftsmärkten Nächtigungszuwächse festgestellt werden, wie bspw. Deutschland (+83,3 Prozent), Italien (+119,4 Prozent), Slowakei (+127,8 Prozent), Tschechien (+108,5 Prozent), Niederlande (+79,8 Prozent).

Von besonderem Interesse sind vor allem auch die Ergebnisse vom Juni 2021: So wurden in diesem Monat insgesamt 1.165.959 Übernachtungen

gemeldet. Dies entspricht einem Nächtigungszuwachs von 18,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr, wobei hier zu berücksichtigen ist, dass die Nächtigungszahlen im Juni 2020 aufgrund der damals strengeren COVID-19-Auflagen dementsprechend schwächer waren (und im Übrigen zu einem Minus von 38,6 Prozent gegenüber dem Vorkrisenjahr 2019 führten). Im Zusammenhang mit den Nächtigungen konnte im Juni 2021 zudem bei Gästen aus dem Ausland ein deutlicher Zuwachs von 49,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr festgestellt werden. Insgesamt beträgt der Anteil an ausländischen Gästen 37,9 Prozent der Gesamtnächtigungen – Kärnten ist damit auch bei ausländischen Gästen ein beliebtes Urlaubsziel und kann sich damit auch am internationalen Markt als attraktive Urlaubsdestination positionieren. Dabei stellt Deutschland mit einem Anteil von 77,9 Prozent an den Auslandsnächtigungen den größten Herkunftsmarkt dar; auch bei den deutschen Gästen wurde im Übrigen gegenüber dem Vorjahr ein Plus von 46,5 Prozent erreicht. Schließlich konnte auch bei den Ankünften (279.802) im Vergleich zum Vorjahr ein Zuwachs von 15,3 Prozent verzeichnet werden.

Auch lassen sich schon erste Entwicklungen in der Hauptsaison 2021 feststellen: Im Juli 2021 wurden 556.735 Ankünfte und 2.617.316 Übernachtungen gemeldet. Dies ergibt gegenüber dem Juli des Vorjahres bei den Ankünften zwar einen Zuwachs von 2,8 Prozent, bei den Übernachtungen allerdings einen Rückgang von 4,8 Prozent. Rückgänge sind zudem sowohl beim Inlandstourismus (–3,1 Prozent), als auch bei Gästen aus dem Ausland (–6,5 Prozent) zu verzeichnen.

Insgesamt fällt die bisherige Sommersaison (Mai bis Juli 2021) somit durchwegs positiv aus: Gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres kann bei den Übernachtungen ein Plus von 8,5 Prozent und bei den Ankünften ein Plus von 13,5 Prozent festgestellt werden.

Wenngleich sich anhand der zuvor angeführten Nächtigungs- und Ankunftszahlen laut Landesstatistik bis dato zweifelsohne eine solide (Vor-)Sommersaison 2021 feststellen lässt und auch die Hauptsaison weiterhin – laut Rückmeldungen der Mitgliedsbetriebe der Sparte Tourismus- und Freizeitwirtschaft der WKK – im Wesentlichen zufriedenstellend verläuft, zeigt sich vor allem im Vergleich zur Vorsaison Mai bis Juni 2019 ein durch die COVID-19-Krise bedingter deutlicher Einbruch der Kärntner Tourismusbranche: So wurden in der Vorsaison 2019 (Mai bis Juni) insgesamt 2.354.913 Nächtigungen und 669.501 Ankünfte gemeldet; dies ergibt für die Vorsaison 2021 gegenüber der Vorsaison im Vorkrisenjahr 2019 in Bezug auf die Nächtigungen ein Minus von 34,1 Prozent und in Bezug auf die Ankünfte ein Minus von 44,3 Prozent.[46]

Demgegenüber wirkt sich die COVID-19-Krise in Kärnten in der Hauptsaison – zumindest in Bezug auf den Monat Juli – nicht so gravierend

aus: Im Vorkrisenjahr 2019 wurden im Juli in Kärnten 578.218 Ankünfte und 2.731.677 Übernachtungen gemeldet. Für den Vergleichsmonat im „zweiten" COVID-19-Jahr 2021 ergibt sich dadurch lediglich ein Minus von 3,7 Prozent bei den Ankünften und ein Minus von 4,2 Prozent bei den Nächtigungen.

Zur Veranschaulichung der jeweiligen Statistiken darf auf nachstehende Grafik verwiesen werden:

4. Ausblick – Die COVID-19-Krise als Chance für den Tourismus?

So fatal die COVID-19-Pandemie und deren Auswirkungen für die Tourismus- und Freizeitwirtschaft in ihrer Gesamtheit waren bzw. sind, könnte die Krise für die Branche mitunter bis zu einem gewissen Grad auch als Chance gesehen werden. Denn durch die COVID-19-Krise wurden gewisse notwendige Veränderungs- bzw. Innovationsprozesse in der Tourismusbranche, die bis dato zum Teil nur „stiefmütterlich" behandelt wurden, gezwungenermaßen stärker in den Fokus der betroffenen Unternehmerinnen und Unternehmer gerückt. Nachstehend findet sich eine beispielhafte Auflistung jener Themen, die durch die COVID-19-Pandemie

wieder intensiver diskutiert werden und eventuell auch einen positiven Aufwind erfahren könnten:

Qualität als Erfolgsgarant

Die COVID-19-Krise hat deutlich gezeigt, dass der Gast an den Tourismusbetrieb als solchem einen gewissen Qualitätsanspruch stellt. So konnte im Zuge der Wiedereröffnung der Branche nach den Lockdowns gerade bei jenen Betrieben, welche über bloße Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen hinausgehend auch Investitionen in den Bereichen der „Hardware" (z. B. Wellnessbereich, Zimmerausstattung, Freizeitangebot, Onlineauftritt), der Mitarbeiterschulungen und der Prozessoptimierung getätigt haben, tendenziell eine stärkere Gästefrequenz beobachtet werden. Diese Entwicklung ist vor allem auch zukünftig für die Frage der generellen Ausrichtung von Kärnten als Qualitätsdestination versus Low-Cost-Destination relevant.

Bedeutung des innerösterreichischen Gastes

Durch die coronabedingten Einschränkungen im internationalen Reiseverkehr – vor allem auch bei Ferndestinationen – nahm der Inlandstourismus im Zuge der COVID-19-Krise in der Sommersaison stark zu. Die altbekannte „Sommerfrische" gewann wieder an Bedeutung – vor allem in Kärnten. So konnte z. B. im Juli 2020 gegenüber dem Vorkrisenjahr 2019 der starke Nächtigungsrückgang beim Auslandstourismus (−20,7 Prozent) durch den starken Zuwachs des Inlandstourismus (+36,5 Prozent) kompensiert werden.[47] Dies ist insbesondere auf die langjährige Positionierung von Kärnten als Sommerdestination und südlichstes Bundesland Österreichs mit enormer Seen-, Berg- und Kulinarikvielfalt[48] zurückzuführen. Diesen coronabedingten Trend, den Urlaub im eigenen Heimatland zu verbringen, gilt es nun zu perpetuieren.

„Take Away" und Liefergastronomie – neue Betätigungsfelder

Während der monatelangen Betretungsverbote in der Gastronomie war es den Betrieben lediglich gestattet, ihre gastronomischen Leistungen in Form von „Take Away" (Abholservice) oder Lieferservice anzubieten. Nach einem anfänglichen Lernprozess stellten sich die Betriebe schnell auf die neue Situation ein – ob mit digitaler Vertriebslogistik oder „traditionell" mit Telefonservice. Selbst mehrfach ausgezeichnete Haubenrestaurants erkannten das Bedürfnis der Gäste, auch während der Lockdowns mit gastronomischen Leistungen umsorgt zu werden, und boten „Galamenüs to go" mit dazugehörigen Manuals an. Für manche Gastronomiebetriebe stellte das Anbieten von Abhol- und/oder Lieferservice ein gänzlich neues Betätigungsfeld dar, welches

nunmehr allerdings aufgrund der starken Nachfrage seitens der Gäste auch nach Wiedereröffnung als Bestandteil des Regelbetriebes weitergeführt wird. Auch gaben Betriebe an, dass sie durch das Anbieten von Abhol- und/oder Lieferservice während der Lockdowns zusätzliche Gäste gewinnen konnten, die auch nach Wiedereröffnung der Branche geblieben sind.

Nachhaltigkeit als neues Buchungskriterium

Der Wunsch vieler Gäste nach einem nachhaltigen Urlaubserlebnis mit sinnstiftender Erfahrung hat bereits vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie zunehmend Einzug in der Tourismusbranche gehalten. Die Corona-Krise hat diesen „Nachhaltigkeitstrend" im Tourismus noch verstärkt. Auch wird nunmehr seitens der Betriebe vermehrt erkannt, dass das Nachhaltigkeitsbewusstsein der Gäste gerade beim Buchungsverhalten eine immer entscheidendere Rolle spielt. Das Thema Nachhaltigkeit sowie Klima- und Umweltschutz rückt daher auch immer stärker in den Fokus der Betriebe. Insofern passen auch immer mehr Betriebe ihren Geschäftsauftritt und ihr Angebot den neuen Anforderungen der Gäste entsprechend an und setzen bspw. auf ein regionales und saisonales Speiseangebot, Ressourcenschonung oder umweltfreundliche Zimmerausstattungen (z. B. Einsatz von naturbelassenem Holz). Kärnten hat sich dabei schon frühzeitig, etwa mit dem Gailtal und dem Lesachtal als erste Slow-Food-Travel-Region, positioniert und bietet damit Touristikern und Produzenten die Möglichkeit, verantwortungsbewusste Reisende anzusprechen.

Pkw-Erreichbarkeit

Wenngleich alternative Mobilitätsformen bzw. der öffentliche Personennahverkehr per se angesichts des zuvor erwähnten Nachhaltigkeitstrends immer wichtigere Aspekte für die Reisewirtschaft sind, profitiert Kärnten während der COVID-19-Pandemie von seiner guten, aber doch eher „konservativeren" Erreichbarkeit via Pkw. Während der COVID-19-Krise ist der Flugverkehr aufgrund der Landeverbote großteils weggebrochen. Da Kärnten historisch betrachtet jedoch immer schon eine niedrige Frequenz von Ankünften mittels Flugzeug hat, hatte der Wegfall des Flugverkehrs kaum Auswirkungen auf den heimischen Tourismus. Vielmehr konnte beobachtet werden, dass Kärnten bei Auslandstouristen als Urlaubsdestination gerade aufgrund seiner Lage als südlichstes Bundesland mit „italienischem" Flair und guter Erreichbarkeit mittels Pkw gewählt wurde.

Phänomen „Nachholeffekt"

Während der Lockdowns entwickelte sich in der Bevölkerung eine ausgeprägte Sehnsucht nach Erlebnis und Freiheit. Kurz vor den ersten

Öffnungsschritten wurde des Öfteren die Metapher verwendet, dass die Menschen bereits „in den Startlöchern scharren" bzw. „auf ihren Koffern sitzen" und dem Tag „entgegenfiebern", an dem sie endlich wieder ins Wirtshaus gehen oder Urlaub machen können. Insofern kann in Bezug auf die Tourismuswirtschaft, die monatelang zum Stillstand gezwungen war, ein gewisser Nachholeffekt geortet werden, der die Bevölkerung im vermehrten Maße dazu veranlasst, sich „endlich wieder etwas zu gönnen" – wie etwa ein gutes Essen oder ein Wochenende am Wörthersee.

Sicherheit als Marketinginstrument

Gerade im ersten Corona-Jahr punktete man im heimischen Tourismus bei in- und ausländischen Gästen mit dem von Tourismusministerium und WKO gemeinsam initiierten Werbeslogan „*Sichere Gastfreundschaft*". Dahinter steht ein Bündel an Präventions- und Sicherheitsmaßnahmen, wie z. B. das Angebot von regelmäßigen Mitarbeitertestungen, die den Gästen das Gefühl bzw. mitunter die „Garantie" eines sicheren und unbeschwerten Urlaubs geben sollten. Auch im zweiten Corona-Jahr 2021 wird seitens der Tourismusbranche verstärkt auf das Thema Sicherheit gesetzt – nicht zuletzt auch, weil dieser Punkt von den Gästen verständlicherweise verstärkt eingefordert wird. Der WKK gelang es zudem durch Verhandlungen auf interessenpolitischer Ebene bereits vor Eröffnung im Mai 2021 im Zuge der COVID-19-Schutzimpfungen 8.000 Mitarbeiter aus dem Bereich Tourismus und Freizeitwirtschaft prioritär zu impfen – dies wurde von den Betrieben dankend angenommen. Ein hohes Maß an Sicherheit im Betrieb – wie etwa eine hohe Durchimpfungsrate in der Belegschaft oder die Umsetzung von umfassenden Hygiene- und Präventionskonzepten – kann von den Betrieben künftig im Marketingauftritt als zusätzliches Asset mitbeworben werden.

Alternative Arbeitsmodelle

In der Vergangenheit waren die heimische Gastronomie und Hotellerie gezwungen, rund um die Uhr Dienstleistungen anzubieten, um am Markt erfolgreich bestehen zu können. Die Sechs-Tage-Woche war somit Usus. Alternative Arbeitsmodelle, wie sie in anderen Branchen bereits angedacht sind und auch umgesetzt werden, gab es kaum. Aus der Not des Mitarbeitermangels heraus, der durch die COVID-19-Krise enorm verstärkt wurde, beschäftigen sich nunmehr viele Betriebe in der Tourismusbranche mit alternativen Arbeitsmodellen, wie etwa der Einführung einer Vier-Tage-Woche. Dies insbesondere deshalb, da auch bei Arbeitnehmern im Tourismus der Ruf nach einer angemessenen „Work-Life-Balance" immer lauter wird. Hinzu kommt, dass Betriebe feststellen konnten, dass aufgrund des Mitarbeitermangels erzwungene Ruhetage oftmals betriebswirtschaftlich nicht negativ ins Gewicht fallen. Der Einsatz von

alternativen Arbeitsmodellen, fernab vom bisherigen „Business as usual", könnte mitunter eine etwaige Lösung für die Mitarbeiterproblematik in der Branche darstellen.

Die mittlerweile fast eineinhalb Jahre andauernde COVID-19-Pandemie überkam den heimischen Tourismus im März 2020 wie ein plötzliches Gewitter und brachte für die Branche ohne Zweifel enorme wirtschaftliche Schäden mit, deren Folgen uns noch lange beschäftigen werden. Gleichzeitig kann in der Bevölkerung allerdings der Einzug eines Bewusstseinswandels beobachtet werden. Vor allem Themen wie Nachhaltigkeit, Klima und Umweltschutz, Fairness, Entschleunigung und „Work-Life-Balance" scheinen an Bedeutung deutlich zuzunehmen – dies wirkt sich natürlich auch in der Tourismusbranche auf Ebene der Gäste sowie auf Mitarbeiterebene aus. Touristiker werden daher nicht umhinkommen sich zu fragen, ob die Krise unter Umständen auch als Chance begriffen werden kann, um gewisse Prozesse und Konzepte im eigenen Betrieb zu überdenken und eventuell anzupassen. In diesem Zusammenhang kann bereits jetzt festgestellt werden, dass sich viele Betriebe in der Branche die Krise zunutze machen und das Geschäftsmodell hinterfragen, die Vertriebskanäle optimieren und neue Angebotsprodukte entwickeln. Insofern wird der Eindruck erweckt, dass viele betroffene Unternehmerinnen und Unternehmer mit neuer Resilienz ausgestattet wurden und eine vergrößerte Handlungskompetenz aufweisen als vor Ausbruch der COVID-19-Krise.

Die aus unserer Sicht mitunter größte Herausforderung einerseits – und gleichzeitig auch Chance andererseits – stellt definitiv der heimische Arbeitsmarkt dar. Arbeitnehmer erwarten einen sicheren, sinnstiftenden Arbeitsplatz, der ihren individuellen Lebensbedürfnissen entspricht und eine angemessene Work-Life-Balance bietet. Gerade hier werden Tourismusbetriebe im zweisaisonalen bzw. ganzjährigen Bereich gegenüber jenen Betrieben, die lediglich eine Saison bespielen, Vorteile haben, zumal es Erstgenannten eher möglich sein wird, flexible Arbeitsmodelle (z. B. Vier- oder Fünftagewoche) anzubieten. Schließlich werden jene Betriebe, die alternative Arbeitszeitmodelle auch tatsächlich umsetzen und darüber hinaus eine gewisse Wertekultur, die sich auch im Umgang innerhalb der Belegschaft widerspiegelt, sowie eine bestimmte Unternehmensphilosophie haben, einen Wettbewerbsvorteil am Mitarbeitermarkt erzielen können. Es kann durchaus beobachtet werden, dass sich immer mehr Betriebe dieser neuen Anforderungen am Arbeitsmarkt, die seitens der Arbeitnehmerschaft gegenüber einem potentiellen Arbeitgeber gestellt werden, bewusst sind und ihre Betriebsstrukturen auch dahingehend anpassen.

Abschließend ist festzuhalten, dass die COVID-19-Pandemie – deren wirtschaftliche Folgen außen vorgelassen – dazu geführt hat, dass sowohl auf Seiten der Tourismusunternehmerinnen und -unternehmer als auch auf

Seiten der Gäste ein Nach- bzw. Umdenken stattgefunden hat. Neue Perspektiven und Zugänge in der Tourismusbranche ermöglichen alternative Herangehensweisen und erschließen neue Zielgruppen und Märkte. Es wird an sämtlichen Stakeholdern und nicht zuletzt vor allem auch an den Betrieben selbst liegen, sich dieses Momentum zu eigen zu machen und aus der Krise für die Zukunft „das Beste herauszuholen".

Anmerkungen

1 S. https://www.euro.who.int/de/health-topics/health-emergencies/coronavirus-covid-19/novel-coronavirus-2019-ncov.

2 Es wurde ein Landeverbot für Luftfahrzeuge aus bestimmten Risikogebieten (China, Korea, Iran, Norditalien) erlassen, s. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über das Landeverbot für Luftfahrzeuge aus SARS-CoV-2 Risikogebieten, BGBl. II Nr. 83/2020.

3 S. Amtsblatt des Landes Kärnten vom 14. 3. 2020 Nr. 11 Jahrgang 70.

4 BGBl. I Nr. 12/2020.

5 Vgl. Erläut. Bem. zu Art. 8 COVID-19-MG, IA 396/A 27. GP 11; *Keisler* in *Resch* (Hrsg.), Corona-HB[1.04] Kap. 1 Rz 49 (Stand 29. 1. 2021, rdb.at).

6 Vgl. § 13 Abs. 3 COVID-19-MG.

7 Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, BGBl. II Nr. 96/2020.

8 Verordnung, mit der zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 die Sperrstunde und Aufsperrstunde im Gastgewerbe festgelegt werden, BGBl. II Nr. 97/2020.

9 S. Amtsblatt des Landes Kärnten vom 30. 3. 2020 Nr. 16 Jahrgang 70.

10 Verordnung des Landeshauptmannes vom 29. März 2020, GZ. 07-AL-GVG-79/2-2020, betreffend das Betretungsverbot bestimmter Einrichtungen, LGBl. Nr. 26/2020.

11 Änderung der Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, BGBl. II. Nr. 130/2020.

12 Der Abholservice wurde aufgrund interessenpolitischer Intervention der Wirtschaftskammer erst mit Verordnung vom 2. 4. 2020 (BGBl. II Nr. 130/2020) für zulässig erklärt, zuvor durfte nur Lieferservice angeboten werden; s. dazu Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, BGBl. II Nr. 96/2020.

13 IdF BGBl. II Nr. 207/2020 für die Gastronomie und idF BGBl. II Nr. 231/2020 für die Beherbergung.

14 S. dazu Änderung der COVID-19-Lockerungsverordnung, BGBl. II Nr. 207/2020, und Änderung der COVID-19-Lockerungsverordnung – 2. COVID-19-LV-Novelle, BGBl. II Nr. 231/2020.

15 Vgl. 5. COVID-19-LV, BGBl. II Nr. 266/2020, und 6. COVID-19-LV, BGBl. II Nr. 287/2020.

16 S. dazu die einschlägigen VO der BH Klagenfurt Land, Villach Land, Völkermarkt und Wolfsberg lt. Amtsblatt des Landes Kärnten vom 9. 7. 2020 Nr. 36, vom 10. 7. 2021 Nr. 37 und vom 15. 7. 2020 Nr. 38, jeweils Jahrgang 70.

17 10. COVID-19-LV, BGBl. II Nr. 398/2020; 11. COVID-19-LV, BGBl. II Nr. 407/2020; COVID-19-Maßnahmenverordnung (COVID-19-MV), BGBl. II Nr. 412/2020.

18 Vgl. Verordnung der BH Hermagor vom 3. 10. 2020, GZ: HE21-SIV-1822/2020 (284/2020), über zusätzliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 sowie Verordnung der BH Völkermarkt vom 10. 10. 2020, Zahl VK8-GES-80/2020 (098/2020) über zusätzliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19.

19 Vgl. 3. und 4. Novelle der COVID-19-MV, BGBl. II Nr. 455/2020 und Nr. 456/2020.

20 BGBl. II Nr. 463/2020.

21 COVID-19-Notmaßnahmenverordnung (COVID-19-NotMV), BGBl. II Nr. 479/2020).

22 Für Handelsbetriebe und körpernahe Dienstleister galten demgegenüber keine Betretungsverbote („Lockdown light"); vgl. dazu 2. COVID-19-SchuMaV, BGBl. II Nr. 544/2020).

23 Verordnung des Landeshauptmannes vom 23. Dezember 2020, Zl. 05-G-COVID-18/15-2020, mit der zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 eine zusätzliche Maßnahme in Schigebieten in Kärnten festgelegt wird, LGBl. Nr. 115/2020.

24 BGBl. II Nr. 27/2021.

25 BGBl. II Nr. 214/2021.

26 Stand 17. 8. 2021.

27 Gemäß der 2. COVID-19-Öffnungsverordnung (COVID-19-ÖV), BGBl. II Nr. 278/2021, ist für den Eintritt in Betriebe des Gastgewerbes (Gastronomie/Beherbergung) und der Freizeitwirtschaft eine „geringe epidemiologische Gefahr" nachzuweisen. Unter der „3G-Regel" wird in diesem Zusammenhang der Nachweis über den Status „genesen, getestet, geimpft" verstanden. In der Nachtgastronomie wird als Zutrittsnachweis dahingegen nur ein Impfnachweis oder ein Nachweis über einen erfolgten PCR-Test („2G-Regel") akzeptiert (Stand 17. 8. 2021).

28 Broschüre der Bundessparte Tourismus- und Freizeitwirtschaft der WKÖ „Tourismus und Freizeitwirtschaft in Zahlen 2019", 55. Ausgabe, Juni 2019.

29 Kärntner Institut für Höhere Studien (KIHS), Wirtschaftsfaktor Tourismus in Kärnten: Gesamtwirtschaftliche Analyse der Tourismus- und Freizeitwirtschaft in Kärnten unter besonderer Berücksichtigung der Gäste- und Nachfragestruktur, 2016.

30 Ergebnis einer Erhebung durch die Sparte Tourismus und Freizeitwirtschaft der Wirtschaftskammer Kärnten vom 17. 12. 2019.

31 Ergebnis der am 2. 3. 2021 bei den Mitgliedsbetrieben der Sparte Tourismus und Freizeitwirtschaft der Wirtschaftskammer Kärnten durchgeführten Online-Umfrage.

32 Stand 17. 8. 2021.

33 Vgl. Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz: „Behördliche Vorgangsweise bei SARSCoV-2 Kontaktpersonen: Kontaktpersonennachverfolgung" (Stand 17. 8. 2021).

34 Information des Gesundheitsministeriums zur Corona-Schutzimpfung in Österreich, Stand 10. 8. 2021 https://info.gesundheitsministerium.at.

35 Statistik Austria https://www.statistik.at/web_de/statistiken/wirtschaft/tourismus/beherbergung/ankuenfte_naechtigungen/030126.html (Stand 17. 8. 2021).

36 Landesstelle für Statistik Kärnten: https://www.ktn.gv.at/Verwaltung/Amt-der-Kaerntner-Landesregierung/Abteilung-1/Organisation/Statistik/Themenbereiche/Tourismus (Stand 17. 8. 2021).

37 Ergebnis der am 2. 3. 2021 bei den Mitgliedsbetrieben der Sparte Tourismus und Freizeitwirtschaft der Wirtschaftskammer Kärnten durchgeführten Online-Umfrage.

38 Das Kurzarbeitsmodell wird hier nicht näher behandelt, da es sich hierbei nicht um ein Spezifikum der COVID-19-Krise per se handelt, wenngleich es arbeitsmarktpolitisch jedenfalls ein wichtiges Instrumentarium zur Abfederung der COVID-19-Folgen war.

39 Stand 10. 8. 2021.

40 Vgl. § 1 Abs. 1 Bundesgesetz über die Kammern der gewerblichen Wirtschaft (Wirtschaftskammergesetz 1998 – WKG).

41 https://www.wko.at/service/corona.html.

42 https://touris.kaernten.at/recovery-plan.html.

43 S. dazu im Detail § 32 EpG 1950.

44 Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses waren in der Landesstatistik lediglich die Zahlen bis inklusive Juli 2021 vorhanden, sodass sich die gegenständliche Zwischenbilanz auf die Monate Mai bis Juli bezieht.

45 Landesstelle für Statistik Kärnten: https://www.ktn.gv.at/Verwaltung/Amt-der-Kaerntner-Landesregierung/Abteilung-1/Organisation/Statistik/Themenbereiche/Tourismus (Stand 17. 8. 2021); https://touris.kaernten.at/news/statistik.html (Stand 17. 8. 2021).

46 https://touris.kaernten.at/news/statistik.html (Stand 17. 8. 2021).

47 Landesstelle für Statistik Kärnten: https://www.ktn.gv.at/Verwaltung/Amt-der-Kaerntner-Landesregierung/Abteilung-1/Organisation/Statistik/Themenbereiche/Tourismus (Stand 17. 8. 2021).

48 Vgl. im Detail Markenprozess der Kärnten Werbung Marketing und Innovationsmanagement GmbH: https://touris.kaernten.at/unternehmen-kaernten-werbung/marke-kaernten.html (Stand 17. 8. 2021).

SONDERTHEMEN

Ulrich Kropiunigg/Elisabeth Kasbauer/Edit Schlaffer

MotherSchools und FatherSchools in Villach

Kärntner Premiere für ein Erziehungs- und Präventionsprogramm

Abstrakt: „Frauen ohne Grenzen" führt seit 2012 weltweit MotherSchools: Parenting for Peace-Programme durch, ein anerkanntes Präventionsprojekt, das Mütter für ihre Rolle sensibilisiert, aktiv und selbstbewusst gegen Extremismus einzuschreiten und Mitgestalterinnen einer neuen Sicherheitsarchitektur zu werden: von Pakistan bis Jordanien, von Sansibar bis Tadschikistan, von Nordmazedonien bis in den Kosovo, von Indonesien über Indien nach Österreich, Deutschland und England.

Die Rolle der Väter wird in der Sicherheitsdebatte kaum wahrgenommen. Mit den FatherSchools möchte „Frauen ohne Grenzen" nun auch Väter aktiv in eine familienzentrierte Präventionsarbeit einbinden und Limitierungen aufgrund von Maskulinitätsvorstellungen direkt adressieren. FatherSchools wurden in Österreich 2018 erstmals durchgeführt und heuer nach Villach gebracht. Das Konzept der MotherSchools und FatherSchools: Parenting for Peace bemüht sich, Mütter und Väter mit Selbstbewusstsein und Erziehungsexpertise zu stärken, um sie gemeinsam als kompetente Wegbegleiter durch die schwierigen Phasen der Adoleszenz zu positionieren und als kompetente Interventionsinstanz in Krisensituationen wie Empfänglichkeit für radikale Ideologien auszubilden. Es wird das FatherSchools-Programm, das in Villach gemeinsam mit dem Verein PIVA umgesetzt wurde, in seinen Grundzügen und Ergebnissen vorgestellt.

1. Einleitung

Erziehung hat viele Facetten, die sie seit jeher diachron über die Zeiten und synchron über die Kulturen hinweg mit immer anderen Äußerlichkeiten zeigt. War es in der Antike das *Rossfieber* des Sohnes, das in Aristophanes' Komödie „Die Wolken" einen Vater in den finanziellen und psychischen Ruin zu stürzen droht, so könnte heute das unbedingte Bedürfnis eines Jugendlichen nach einem „schnellen Auto" Eltern in die Verzweiflung treiben. (Mit Rossfieber ist übrigens der zwingende Wunsch nach einem – teuren – Rassepferd gemeint.) Damals wie heute wäre es sehr einfach,

von einer misslungenen Erziehung zu sprechen. Offen bliebe dabei: Was ist eigentlich eine gute Erziehung?

Der Lebensabschnitt mit den meisten psychologischen und erzieherischen Unbekannten ist nach Seth Schwartz die Adoleszenz. Hier dominieren amateurhafte Vorstellungen und ein relativ geringes gesichertes Wissen. Den Hauptgrund sieht er im leichteren methodischen Zugriff auf Säuglinge, Kleinkinder und College-Studierende. Er spricht von der Notwendigkeit „to study younger adolescents" (Schwartz, 2005, S. 299).

Somit scheint das Feld meist anderen überlassen zu sein – wie etwa dem amerikanischen Lyriker Robert Frost, der einmal scharfsinnig meinte: „Alle Poesie, die jemals auf dieser Welt geschrieben wurde, ist im Alter zwischen 15 und 25 auf Basis eines unzulänglichen Wissens begonnen worden. Und dazu braucht man eine gewisse Portion an Mut!" (Frost, 1952, 02:33–02:46; unsere Übersetzung). Untersuchungen an politischen und religiösen Extremisten lassen den Schluss zu, dass sich Adoleszente offensichtlich nicht nur den schönen Künsten und „bürgerlichen" Berufen zuwenden. Auch wenn sie erst nach dem 20. Lebensjahr durch terroristische Akte manifest werden (Florez-Morris, 2007; Gill, Horgan, & Deckert, 2014), die Einstellungen dürften sich schon in der Adoleszenz entwickelt haben – nicht selten noch unter der Obhut ihrer ahnungslosen Eltern. Darauf deutet die häufig zitierte Verwunderung von Eltern oder Lehrern, die sich das alles nicht erklären können. Für sie kam alles „wie aus heiterem Himmel". Während danach alles nach Prävention ruft, gibt es gleichzeitig kaum ausgereifte Antworten sowohl auf die Entstehung als auch auf die Verhinderung weiterer Gewalt. Beginnend mit dem Terroranschlag auf die Olympischen Spiele 1972 in München, blicken wir auf eine Periode von über 40 Jahren zurück, in der umfangreiche Forschungsprogramme initiiert und noch einmal durch die 9/11-Anschläge intensiviert wurden. Man wollte die Ursachen und Ursprünge von Terrorismus in der individuellen Entwicklung herausfinden. Trotz der Erkenntnis, dass wir es im Kern mit einem entwicklungspsychologischen Phänomen zu tun haben (Böllinger, 2006; Kropiunigg, 2013; Schwartz, Dunkel, & Waterman, 2009), wurde Prävention notorisch als polizeiliche und militärische Maßnahme aufgefasst; zunächst mit der (letztlich gescheiterten) Methode des Profilings, durch die man Attentäter *vor* der Tatbegehung erkennen wollte. Nach kurzer Besinnung wurde das Forschungsparadigma auf *roots* (Wurzeln) und dann von roots auf *routs* (Wege in den Terror) umgestellt. Auch diese Forschung blieb unserer Ansicht nach aus zwei Gründen in empirisch erfassten Abstraktionen stecken: Den Forscherinnen und Forschern fehlten (a) psychoanalytische und psychotherapeutische Qualifikationen und sie übersahen geflissentlich (b) die Bedeutung der Mütter und Väter in der Prävention.

2. Das Vakuum in der Erziehung Adoleszenter

Erziehungsexpertise ist keine Selbstverständlichkeit. Die meisten Eltern kommen in Erziehungsfragen kaum über eine binäre Betrachtung hinaus. Man erkennt das an Begriffen wie *streng* und *nachsichtig* oder *liebevoll* und *strafend*. Wenn die Kinder das Elternhaus verlassen, dann waren sie entweder *erfolgreich* oder haben es leider *nicht richtig hingekriegt*. Diese Diagnose ist übrigens nicht neu. Ein „Sozialpädagoge" weist bereits 1902 in der *Arbeiterinnen-Zeitung* auf zwei wesentliche Hindernisse für eine gute Erziehung hin: Zeitmangel und der Irrglaube an „mütterliche Instinkte" als ausreichende Qualifikation für die Erziehung. Er verlangt daher, „Mann und Frau sollten vor ihrer Verehelichung den Nachweis pädagogischer Bildung in Form eines von einer Erziehungsanstalt ausgestellten Zeugnisses erbringen" (Sozialpädagoge, 1902, S. 5). Doch auch diese Positionen waren zu ihrer Zeit nicht mehr ganz neu. Zweifel an selbst ausgedachten Erziehungsvorstellungen gab es schon im Biedermeier. Um die Erziehung der Töchter auf ein höheres Niveau zu heben, warnt die *Hausfrauen-Bildungs-Anstalt zu Währing* nicht nur vor Müttern, die selber schon „nach falschen Grundsätzen" erzogen wurden, sondern auch vor Vätern, von denen kaum zu erwarten sei, „durch eigenes Nachdenken auf alle jene Bedürfnisse der weiblichen Erziehung [zu] gerathen, welche […] dieses Institut aufgefunden [hat]" (Gross-Hoffinger, 1839, S. 334).

Erziehung pendelte also immer schon zwischen tendenziell ratlosen Eltern und ExpertInnen vom Fach – ein sicheres Anzeichen dafür, dass sich viele von dieser Aufgabe überfordert fühlen. Diese Situation wurde auch für nationale, militärische und religiöse Zwecke missbraucht. Doch trotz einer beträchtlichen Tabuisierung von als „belastet" wahrgenommenen Begriffen wie „Erziehung", „Mutter" und „Familie", sämtlich durch die Naziherrschaft ideologisch pervertiert, wagten einige wieder an eine zweckfreie Erziehung zu denken. Missbrauch für einen militärischen oder ideologischen Zweck war nicht mehr denkbar, stattdessen zeigte sich eine interessante Wende: Erziehung sollte auf die Eltern und nicht (nur) auf die Kinder abzielen. Diesbezüglich sei ein Pionierprojekt erwähnt, das – wie so viele andere – in der Folge völlig vergessen wurde. Unter dem Titel „Eltern gehen in die Schule" berichtet die Grazer *Neue Zeit* 1950 über ein Projekt an Volkshochschulen. Es nannte sich schlicht „Elternschule", und die beiden Leiter Anton Tesarek und Alois Jalkotzy wurden folgend zitiert:

> *„Die Erziehung des Kindes – so ist der Leitgedanke der Elternschule – muss bei der Erziehung der Eltern beginnen. Die Mütter und Väter sollen wieder die Schulbank drücken, um zu erlernen, wie sie mit ihren Kindern besser zusammenleben können."* („Eltern gehen in die Schule", 22. Oktober 1950)

In einem Zyklus von acht Vorträgen kamen Themen wie „richtige Liebe", „Geduld und Vernunft", „Mut zum Leben" und das „rechte Maß" zur Sprache. Vielleicht liegt ein Grund in dem allmählichen Verschwinden derartiger Programme darin, dass sie – im Stil der Zeit eben – als Vorträge konzipiert waren. Dies funktioniert nach unserer Erfahrung nur bedingt. Belehrungen und Appelle wie „liebevoll mit Kindern umzugehen" oder „mehr auf sie zu hören" verhallen rasch, wenn die Eltern merken, Derartiges gar nicht umsetzen zu können. Es fehlt ihnen an Übung, Anschauung und Praxis. Erziehung ist eben eine komplexe Technik, die angeleitet und geübt werden sollte.

3. Die Geburt der *MotherSchools*

Erziehung ist die Basis für gelungene Kommunikation und Präsentation – nicht nur innerhalb der Familie, sondern auch darüber hinaus. Die primäre Erziehungsinstanz sind quer durch alle Kulturen die Mütter, die die erste Schule im Leben der Kinder sind. Durch ihre physische Nähe zu den Kindern erlangen sie einen einmaligen Zugang, Wissen und Einblicke. Oft ist Müttern aber nicht bewusst, welche Auswirkungen diese Ressourcen für die unmittelbare Lebensgestaltung und die Entscheidungen der heranwachsenden Kinder haben können. Uns ist oft die Macht der Mütter nicht bewusst, im Gegenteil, der Begriff Ohnmacht ist in dem Zusammenhang eine geläufigere Assoziation. Mütter können Macht und Einfluss haben, aber nur, wenn sie entschlossen sind, sie auch anzunehmen und umzusetzen. Auf den Reisen von „Frauen ohne Grenzen" durch die Krisengebiete von Pakistan über Indien, Indonesien und Tadschikistan bis Nigeria und Tansania zeigte sich dasselbe Szenario: Frauen in den Familien sind die ersten, die alarmiert sind, wenn ihre Kinder in die falsche Richtung tendieren. Vor allem wenn es um extremistische Ideologien und Radikalisierung geht. Mütter sind oft unschlüssig und nicht mit dem nötigen Wissen ausgestattet, um auf die Radikalisierungszeichen und -tendenzen ihrer heranwachsenden Kinder kompetent zu reagieren. Verdrängung und Verleugnung auf der persönlichen Ebene sind die unmittelbare Reaktion.

Eine selbstbewusste Frau am gemeinsamen Familientisch, die eine Stimme hat, um sich aktiv mit positiver Autorität für ihre Kinder einzusetzen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen, stärkt ihre Kinder vis à vis allen Herausforderungen und Verführungen, damit sie nicht die falschen Abzweigungen nehmen. Das ist die Grundlage für ein konstruktives und sicheres Zusammenleben in unserer Gesellschaft.

Und genau hier setzen die MotherSchools ein: Mütter sind die zentralen Verbündeten, um das Selbstbewusstsein und die Abwehrkräfte ihrer

Kinder aufzubauen. Dafür brauchen sie aber auch Selbstvertrauen und Knowhow. „Frauen ohne Grenzen" hat das Modell der MotherSchools entwickelt und damit einen Ort der Begegnung geschaffen, wo systematisch mit einem mittlerweile über Jahre erprobten Curriculum die Teilnehmerinnen durch einen Prozess der Selbstfindung und Selbststärkung gehen.

Das Modell der MotherSchools basiert auf einer Untersuchung, die „Frauen ohne Grenzen" mit mehr als 1000 Müttern von Adoleszenten in Nordirland, Palästina, Israel, Pakistan und Nigeria durchgeführt hat (Schlaffer & Kropiunigg, 2015). Die Ergebnisse lassen sich in Kurzform folgend darstellen:

- ❒ Mütter sind sich der „modernen" Gefahren (Social Media) für ihre Kinder bewusst, finden aber keine Antworten darauf.
- ❒ Mütter suchen Unterstützung bei staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen, werden aber oft enttäuscht und verlieren das Vertrauen in sie.
- ❒ Mütter sind sehr interessiert, Tabuthemen wie Extremismus oder Drogenkonsum offen anzusprechen. Es fehlt ihnen aber häufig an Mut, Selbstvertrauen und erzieherischem Wissen, sich diesen Themen direkt anzunähern.

Basierend auf den Resultaten der Studie entwickelte „Frauen ohne Grenzen" schließlich ein Handbuch in zehn Abschnitten, das sich an drei Prinzipien hält:

- ❒ **Vermittlung praktischen Wissens:** Was sind Warnsignale der Radikalisierung? Welche Erziehungskonzepte gelten als erfolgreich? Was sagt die Wissenschaft zum Phänomen Radikalisierung?
- ❒ **Einüben erzieherischer Fertigkeiten**: Techniken des Zuhörens, Kommunikationsformen, elterliches Verhalten in verschiedenen Perioden des Heranwachsens ihrer Kinder.
- ❒ **Vermittlung von praktischen Konzepten zur Rolle als Eltern:** Storytelling und Identität, Empathie, autoritatives Verhalten.

Die MotherSchools gehen über bloße Appelle (sich mehr um die Kinder zu kümmern) und Theorien ohne Praxisbezug hinaus. Sie sind bewusst nicht frei von Theorien, vermitteln aber neben theoretischen Ausführungen zu Konzepten (z. B. Vertrauensbildung als Prozess) vor allem auch praktische Einheiten (personzentriertes Zuhören) meist in Form von angeleiteten Übungen im Stil von Selbsterfahrung.

Mittlerweile finden MotherSchools in zwölf Ländern und auf drei Kontinenten statt. Dafür braucht es kein physisches Gebäude, sondern engagierte lokale Partnerinnen, die Mütter in kleinen Gruppen zusammenbringen. Was sie verbindet, ist die Freude, die unhinterfragte Familiendynamik

vorsichtig aufzulockern und sich auf das Abenteuer des freien und kritischen Denkens einzulassen.

3.1 Mit Müttern oder mit Vätern arbeiten?

In einem Interview, das Hans-Georg Gadamer 2000 in seinem 100. Lebensjahr gegeben hat, findet sich ein äußerst bemerkenswerter Satz. Es liegt eine gewisse Ironie darin, dass man offenbar so alt werden muss, um zu einer derartigen Einsicht zu kommen. Auf die Frage, von welchen Ideen und Paradigmen wir uns im kommenden 21. Jh. verabschieden sollten, antwortet Gadamer nach einer gewichtigen Bedenkzeit:

> *„Tja, ich muss Ihnen gestehen, es ist furchtbar schwer zu sagen. Was kann man von den Menschen erwarten …? Also meine persönliche Lage ist seit langem die, dass ich nur noch an die Mütter glaube. [….] Weil sie ihre Kinder lieben. Die Mütter glauben nicht an den Tod.“* (Gadamer, 1984/2000, 45:00–46:07)

Es war also durchaus plausibel, wenn wir uns in der Präventionsarbeit zunächst auf Mütter von Adoleszenten konzentrierten. Im Laufe der Arbeit erkannten wir die Rolle der Mütter als eine „erste Linie der Verteidigung“. Sie kennen ihre Kinder wie sonst niemand und sind meist auch die ersten, die Veränderungen bemerken. Das Problem besteht nur darin, dass sie mit ihren Wahrnehmungen meist nicht ernst genommen werden. Leider vergeht damit viel Zeit, bis in der Adoleszenz die Probleme zu offensichtlich sind, um noch weiter geleugnet zu werden. Um derartigen Entwicklungen entgegenzuwirken, fokussieren die MotherSchools auf die Bedürfnisse der Kinder und die Möglichkeiten der Mütter, darauf angemessen zu reagieren.

Während vieler Jahre unserer internationalen Arbeit mit Müttern in der Prävention wurden wir häufig gefragt: Warum nicht Österreich? Die noch dringendere zweite lautete: Warum nicht Väter? Dazu gibt es eigentlich keinerlei theoretische Überlegungen, lediglich pragmatische Antworten, vor allem in Hinblick darauf, dass Männer das Programm nicht so bereitwillig annehmen würden. Zweifelsohne sind FatherSchools eine ganz besondere Herausforderung. Eine als selbstverständlich empfundene Zuständigkeit für die Erziehung der Kinder ist bei Müttern eher gegeben. Sie kennen praktisch keine Abwehr gegen den Gedanken, ein Training in Erziehung zu machen. Das gilt im Grunde auch für Väter, doch interpretieren sie ihre Rolle meist formal. Wollte man es ironisch umschreiben, dann wäre folgende Formulierung passend: Väter haben die Verantwortung, Mütter tragen sie. Mit ihrem eher abstrakten Zugang verdrängen Väter Ängste, die in ihrer bedrohten Autorität wurzeln. Das Eingeständnis einer Schwäche fällt Vätern folglich schwer, und damit erschließt sich ihnen die Sinnhaftigkeit von FatherSchools nicht von alleine. Es ist sehr viel Überzeugungsarbeit notwendig, wenn es darum geht, genügend Väter für einen Kurs

zusammenzubringen. Trainer eines FatherSchools-Pilotprojektes in Tirol sprachen von „Schwerstarbeit", wenn sie an die Motivationsarbeit dachten. Doch alle bisherigen FatherSchools wurden, einmal begonnen, von der Mehrzahl der Väter durchgängig besucht. Der Wendepunkt, wie ihn die Trainer erleben, liegt meist in der zweiten oder dritten Sitzung, wenn durch die Kennenlernübungen und die erste Runde *Storytelling* (über die eigene Geschichte zu sprechen) ausreichend Vertrauen entstanden und zu mehr Offenheit und Neugierde geführt hat. Es gab bisher keinen einzigen Abbruch aus Gründen von Langeweile oder Bedeutungslosigkeit des Programms.

Vorurteile bezüglich einer mangelnden Bereitschaft von Vätern beunruhigten auch eine der MotherSchools-Trainerinnen in Bayern. Als sie allerdings die ersten FatherSchools leitete, verflogen ihre Befürchtungen schnell:

> *„Schon in den ersten zwei, drei Sitzungen wurde mir klar, dass die Väter vollkommen offen und ernst bei der Sache waren. Mir kam vor, sie waren bei Themen wie Radikalisierung und anderen Tabuthemen sehr informiert und interessiert und weniger zurückhaltend als die Mütter."*

3.2 Wie die FatherSchools nach Villach kamen

Nach Pilotphasen in Österreich (2018) und Deutschland (2019) starteten 2021 zwei FatherSchools in St. Pölten und Villach. Die Villacher Gruppe soll hier in ihren Ergebnissen kurz dargestellt werden.

Die Teilnehmer von FatherSchools werden mittels eines Sampling-Mix gewonnen. Die deduktive Auswahl wird von Leitern und Leiterinnen kooperierender Institutionen vorgenommen, indem potentiell in Frage kommende Väter angesprochen werden. Durch diesen gleichzeitigen Gatekeeper-Effekt kann bewusst auf Personen zugegangen werden, die die Inklusionsbedingung (Kinder in der Adoleszenz) erfüllen. Zuletzt setzen wir selbstverständlich auf Selbstaktivierung: Durch Informationsmaterial und informelle Gespräche wird es Vätern freigestellt, sich in die Gruppe einzuschreiben. Nicht zuletzt setzen wir dabei auch auf den Schneeballeffekt, der Rekrutierung weiterer Teilnehmer durch Väter, die sich bereits zur Teilnahme entschieden haben.

Im Falle von Villach kam es zu einer zusätzlichen Motivation durch Mütter, die ihrerseits mit einem Kurs begonnen hatten. Trägervereinen kommt daher eine entscheidende Rolle zu. Im Falle der *Projektgruppe Integration von Ausländerinnen und Ausländern* (PIVA), dem Villacher Partner, bestand die Zusammensetzung daher vorwiegend aus Flüchtlingen und Migranten.

Es nahmen 12 Väter mit vorwiegend afghanischer und syrischer Herkunft an den insgesamt zehn FatherSchools Sitzungen vom 18. Mai bis

17. Juli 2021 teil. Sämtliche Sitzungen fanden in den Räumen der PIVA statt. Es sei ergänzend erwähnt, dass unter vergleichbaren Rahmenbedingungen eine Gruppe von zehn Frauen im selben Zeitraum die MotherSchools besuchte.

3.3 Der Programmablauf der FatherSchools

In Vorbereitung auf die FatherSchools werden die Trainer und Protokollanten mit Didaktik und Inhalt des Handbuchs vertraut gemacht. Es handelt sich dabei grundsätzlich um pädagogisch und psychologisch geschulte Personen, die in diesem FatherSchools Train the Teacher Workshop mit den Theorien und Übungen, die sie später den Vätern nahebringen, vertraut gemacht werden. Die eigentlichen Sitzungen mit bis zu 20 Vätern können bei einer Dauer von bis zu drei Stunden natürlich weit intensiver gestaltet werden. Da das Handbuch eine Vielzahl von Beispielen und Übungen enthält, die den zeitlichen Rahmen bei weitem sprengen würden, treffen die Trainer von Stunde zu Stunde eigenständig und gemäß der aktuellen Dynamik der Gruppe eine Auswahl.

Der Ablauf der FatherSchools wird von einer *Entry*- und einer *Exit*-Phase begrenzt, in denen die Väter gebeten werden, einen Fragebogen auszufüllen. Die eigentlichen Sitzungen beginnen mit Kennenlernübungen auf unterschiedlichem Niveau von „niederschwellig" bis zu „tief" – „verborgene Strukturen" genannt. Als nächstes gibt es die Einheit „verschiedene Welten", in denen die Vorstellungen über ein „richtiges" Leben von Jugendlichen und ihren Eltern kontrastiert werden können. Dazu gibt es einen Film, der auf die Situation migrantischer Jugendlicher eingeht. Es folgt die zentrale Einheit über Entwicklungsstufen nach Erik Erikson (Erikson, 1968), in der die Väter lernen, das Verhalten ihrer Kinder in bestimmten Zeitabschnitten besser zu verstehen und gleichzeitig auch lernen, adäquat darauf zu reagieren – auch später noch, wenn Väter glauben, schon Wesentliches versäumt zu haben. Aus diesen Entwicklungsstufen lassen sich dann relativ plausibel Entwicklungsdefizite bis hin zu extremer Radikalisierung erklären. Die häufig genannten Push- und Pull-Faktoren werden dadurch als logischer Anteil der Identitätsentwicklung verstanden. Im Sinne von Fertigkeiten folgen danach einige Übungen zur „richtigen" Erziehung. Etwa: Welche Rolle können Eltern einnehmen? Begriffe wie Erziehung und Beziehung, autoritär und autoritativ werden vorgestellt und als Teil eines neuen Erziehungskonzeptes besprochen. Als wichtige Technik wird den Vätern das Modell des personzentrierten Zuhörens in Übungen vermittelt. Unterscheidungen von Dialog, Diskussion und Debatte erlauben den Vätern, ihren persönlichen „Redestil" zu erkennen. Die Sitzungen enden mit Themen zur Umsetzung des Gelernten im Alltag und Ideen über eine angemessene Nachhaltigkeit durch weitere Treffen und Arbeit in der Community.

4. Was Väter vor Beginn der FatherSchools dachten und befürchteten

Grundsätzlich kann man wenig an Vorstellungen und Konzepten vor Beginn der FatherSchools erwarten. Antworten auf Fragen nach der Motivation für die Teilnahme blieben in Villach in den allermeisten Fällen – wie auch schon bei den MotherSchools und früheren FatherSchools – eher allgemein.

Die meisten Väter sind aus ihren ursprünglichen Berufswelten herausgefallen. Das dürfte einen Teil ihrer Motivation für die Teilnahme an den FatherSchools erklären. Sie sehen ihre mangelnden Sprachkenntnisse als Haupthindernis für Integration und hoffen durch die Teilnahme an den FatherSchools an Sprachkompetenz zu gewinnen:

> *„[I]ch habe mein Studium in der Heimat gemacht – alles fertig … [und] schon gearbeitet als Physiotherapeut. [….] Ich will schnell Deutsch lernen, damit ich [bald] arbeite."*

Die FatherSchools bieten auch eine gute Gelegenheit, in die „neue" Kultur einzutauchen. Sie scheint eine „Unbekannte" zu sein, wie es aus der folgenden Äußerung hervorgeht:

> *„[I]ch bin so neugierig, weil ich manches Thema vielleicht nicht verstehe – und deswegen ist die Väterschule eine neue Lern[gelegenheit], wenn ich da teilnehmen darf."*

Die spezielle Familiendynamik, die aus einer relativen Armut als Folge einer existentiellen Neugründung stammt, ist ein weiterer Faktor für die Väter, in den FatherSchools Unterstützung zu suchen. Die Schwierigkeiten ergeben sich beispielsweise,

> *„wenn meine kleine Tochter […] von mir erwartet, dass ich für sie was kaufe. Sie sagt [zwar] nichts, aber ich merke das. Ich […] habe eine Depression bekommen. Das ist nicht gut gelaufen."*

Generell zeigt sich auch hier ein weitverbreitetes Muster, das aus dichotomen Betrachtungen über Erziehung, Jugendliche und ihre Eltern zu stammen scheint. Eine typische Äußerung zur Generationendifferenz:

> *„Als ich 14, 15, 16 Jahre jung war, da waren überhaupt diese Probleme nicht. [….] Es ist wirklich sehr traurig, dass eine 6-Jährige heute weiß, was Drogen sind [und] wie man sie einnimmt … und diese ganzen Geschichten weiß."*

Eine zentrale Aufgabe der FatherSchools ist die Sensibilisierung für die Themen Radikalisierung und Extremismus. Aufgrund des Generalverdachts, dem einige Migrantengruppen unterworfen sind, besteht hier ein extremer Aufklärungsdruck. Offen und unaufgeregt darüber sprechen zu können, gehört zu den wichtigsten Lernschritten in den FatherSchools.

Weder Hysterisierung noch Bagatellisierung – siehe die nachfolgende defensive Äußerung eines Vaters – führen zu einem konstruktiven Umgang mit der Thematik.

> *„Ich weiß, dass der Extremismus eine große Sache weltweit ist, aber ich denke, dass wir alle gleich sind."*

FatherSchools werden nicht angeboten, um Väter in irgendeiner Form „umzudrehen". Wir möchten daher vor einer Typifizierung von (muslimischen) Flüchtlingen warnen, denn Väter unterscheiden sich global kaum voneinander. Tatsächlich hört man auch aus ihrem Mund vertraute liberale Denkmuster:

> *„Meine Frau arbeitet in einer Kirche – freiwillig – und das, obwohl sie eine Sufi ist. Und für mich ist das komplett normal. Ich habe auch Freunde, die [sind] Christen. Das ist komplett normal, das ist eine freie Welt [in der wir leben] und das kann jeder entscheiden… jede Religion, sowas… aber ja …"*

Zuletzt bleibt auch die Einstellung gegenüber radikal extremistischen Jugendlichen wenig hinter den aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen zurück:

> *„[D]ie jungen Leute wissen am Anfang nicht, was sie [da] machen, dass das nur [ein] Träumen ist. […] Das ist nur wegen [gewisser] Werbung so. Sie gehen in diese Richtung und ich glaube, das ist so, dass sich die Jugendlichen entscheiden, in diese Richtung zu gehen."*

Die wenigen Äußerungen, die wir hier angeführt haben, weisen auf eines hin: Obwohl sie nicht genau wissen, was auf sie zukommen wird, stellen sich die Väter der Herausforderung. Am Ende der FatherSchools werden sie spontan das Bild vom Kampf gegen den Minotaurus bringen. Mit den FatherSchools hätten sie den Ariadnefaden erhalten, der sie aus zukünftigen (erzieherischen) Situationen herausführen wird.

5. Was die Väter lernten: „Alle Punkte waren positiv, alles war nützlich"

Im Allgemeinen bestätigten sich auch in Villach die Beobachtungen aus früheren FatherSchools: Die Sitzungen bieten in erster Linie eine hervorragende Plattform für den Gedankenaustausch bezüglich der Erziehung ihrer Kinder. Immer wieder hören wir von den Vätern, dass sie niemals von sich aus Erziehungsthemen ansprechen würden – jedenfalls nicht in der Form von Dialog und Diskussion; sie haben auch das Gefühl, zu wenig darüber zu wissen. Bei genauerer Betrachtung kann man aber sagen, dass Letzteres nicht gänzlich zutrifft. Es bedarf oft nur der Legitimierung durch die Gespräche, dass sie sich trauen, in der Erziehung aktiv zu werden. Eine häufige Erkenntnis bezieht sich auf die „uns allen gemeinsamen

Probleme“ – es gibt das einzig auf mich zutreffende Problem nicht. Wenn sich die Väter aus der Spirale der Selbstbezichtigung zu lösen vermögen, dann geht das wesentlich auf Übungen zurück, in denen das *Storytelling* konzeptuell erklärt und geübt wird. Storytelling erzeugt nicht nur Solidarität (gemeinsames Schicksal), sondern auch Selbstvertrauen, wenn die Väter das Narrativ über sich in die eigene Hand nehmen.

Von Beginn an zeigte sich bei den Vätern der Wille, die Gruppe aktiv mitzugestalten – ein sicheres Anzeichen für Vertrauen. Hier ein Beispiel: Zu Beginn geht es unter anderem um die Einführung von Gruppenregeln, darunter auch die der Pünktlichkeit. Ein Vater lehnte sie jedoch für sich ab. Daraufhin ging die Gruppe in den Modus Kreativität und formulierte eine verblüffende Antwort: „Ok, wir hören alle pünktlich zur Stunde auf, du aber bleibst noch fünf Minuten länger (Lachen).“

Je stärker das Vertrauen, desto ehrlicher ist die Auseinandersetzung in der Gruppe und desto offener können auch Themen angesprochen werden. Die Sitzung zu den psychosozialen Entwicklungsstufen nach Erik Erikson ist für viele Teilnehmer ein wahrer Augenöffner. Zum (leider) ersten Mal wird ihnen klar, wie sehr sich Kleinkinder von Adoleszenten unterscheiden und dass es in jeder Entwicklungsphase spezifischer Erziehungsmuster und Inhalte von Seiten der Eltern bedarf. Ein Teilnehmer:

> *„Das ist mir neu. Dass es zwischen einem Baby und einem 14-, 15-Jährigen noch so viel Zeit[abschnitte] gibt … wo ein Kind dauernd ganz anders wird.“*

Nun ist die Kenntnis von Entwicklungsstufen allein noch kein großer Fortschritt. Begriffe wie Autonomie, Initiative, Fleiß und Vertrauen müssen inhaltlich erfasst werden. Wie zum Beispiel verhält sich ein Kind, das in seinem Vertrauen verunsichert ist, und wie kann ein Vater darauf angemessen reagieren, wenn es schon einmal passiert ist? Gerade in der Pubertät tritt diese Frage sehr häufig auf und hinterlässt ratlose Eltern.

Zum Abschluss dieser Sitzung meinte beispielsweise ein Teilnehmer:

> *„Viele [Väter] machen es ganz anders als wir es hier besprechen. Erziehung mit echtem Druck gibt es vor allem in der alten Heimat. Da wurden solche Sachen wie Vertrauen erst gar nicht besprochen. So war es früher.“*

In den FatherSchools lernen die Väter auch paradoxe Situationen anzusprechen. Etwa wenn ein Polizist die Vorhaltung macht, warum der von ihm kontrollierte „Ausländer“ und „Muslim“ Alkohol trinkt. Mit solchen Erlebnissen umzugehen, sie sich gegenseitig mitzuteilen, hat einen großen Effekt auf die Selbstsicherheit der Teilnehmer. Allzuoft geraten sie in heikle Situationen, die sie in dieser Form meist noch nicht durchgemacht haben, gleichzeitig aber ihren Kindern ein Vorbild sein wollen. So berichtet ein Vater von einem Vorfall am Flohmarkt:

„Ich war auf dem Flohmarkt und bin von einem Mann und einer Frau aggressiv angeredet worden. Da sagte ich zu meinem Sohn, wir sollten weggehen. Er wollte dann wissen, warum die so aggressiv waren. Ich sagte, dass ich das nicht weiß, aber weggehen ist besser."

Sicher keine so ideale Lösung, doch allein die Möglichkeit, sich über eine schwierige Vater-Sohn-Situation zu unterhalten und Lösungsvorschläge zu machen, bringt die Väter in den Modus der Initiative. Es hilft ihnen dabei, den Selbstrespekt zu stärken – kein zu unterschätzender Faktor im Umgang mit den eigenen Kindern, die ihrerseits immer auf Suche nach Vorbildern sind. Wichtig ist also zunächst, dass heikle und peinliche Themen überhaupt angesprochen werden können. Wo gibt es sonst schon die Möglichkeit, „unmännliche" Sätze zu sprechen und zu diskutieren?

Die Väter mögen vieles schon längst so gedacht haben, aber ausgesprochen sind Sätze wie *„Männer kommen ohne Gewalt aus"* oder *„Ein echter Mann braucht keinen Hass"*, *„Du musst im Kopf alles kontrollieren"* und *„Ein echter Mann findet immer eine Lösung"* der Beginn einer möglichen Reflexion. Die Väter haben sich vor den FatherSchools natürlich auch schon Gedanken gemacht, wie sie mit verschiedenen Herausforderungen in ihren Familien umgehen. Die FatherSchools bieten ihnen aber die Möglichkeit, sich aktiv damit auseinanderzusetzen. Hier können sie „sozial produktiv" werden, indem sie voneinander lernen und das angebotene Wissen gemeinsam bearbeiten. Selbstverständlich bleibt den Vätern Raum für eigene Theorien und Ansichten, sie werden aber durch die FatherSchools in ein größeres Konzept des Miteinanders eingebettet. Das gilt zum Beispiel für den Vater, der auf Herzensbildung setzt:

„Ich rede mit vielen Menschen, auch mit Österreichern, die auf Ausländer schimpfen. Ich habe ein großes Herz ... ein bisschen Herzlichkeit ist mehr!"

Ein anderes Erklärungsmodell für ein friedliches Zusammenleben lautet:

„In Villach gibt es viele Touristen, deshalb gibt es hier keinen Hass."

In ihrem Schlussfeedback betonen die Väter vor allem Schlüsselmomente, die sich auf einen sicheren Umgang mit ihren Kindern beziehen:

„Ich kann den Kindern jetzt sagen, der oder der ist kein guter Freund für dich."

Einige Väter betonen ihren Fortschritt, sowohl in der Familie als auch in der Öffentlichkeit befreiter sprechen zu können. Darüber hinaus fällt ein Zugewinn an Kontextualität auf – sie wissen ihre Einstellung auch zu begründen.

„Hier [habe ich die] richtige Richtung gelernt, wie [ich] mit Kindern und Kollegen und allen in unserer Welt reden kann."

„[Im] Dialog mit [meinem] Sohn habe [ich] jetzt Balance bekommen. Wir kennen gute und schlechte Beispiele, wir können [trotzdem] in der Mitte sein."

„Jetzt kann ich gezielt mit den Kindern, mit der Familie reden. Ich rede nicht mehr einfach so [drauf los], ich rede mit [einem] Ziel. [Die] Kinder heute haben mehr Chancen als wir damals. Wir gehen den Weg mit den Kindern – das ist Beziehung. […] Wie muss ich als Vater sein – Freund, Autorität, Idol, General? – Reden war früher Anarchie, jetzt reden wir mit einem Ziel."

Ein wichtiger „Nebeneffekt" der FatherSchools hat mit der Herkunft der Väter zu tun. Die Frage der Integration stellt sich ihnen nicht nur persönlich, sie taucht auch in der Erziehung auf und begleitet sie in alle öffentlichen Räume. In den FatherSchools thematisieren wir das unter dem Begriff „Lebenswelten". Ein Vater drückt das so aus:

„Wir [Väter] leben in einer anderen Kultur – unsere Kinder leben in einer anderen Welt. Wir sind Brücken zwischen beiden Welten und Kulturen. Wir lernen voneinander."

Und mit Blick auf die Mehrheitsgesellschaft:

„Wir können hier jetzt Leuten helfen, ein anderes Bild von uns, von unserer Welt und unserer Kultur zu bekommen."

Wir wollen diesen Bericht mit einem indirekten Kompliment und einer abgeschmetterten Kritik beenden: Ein Teilnehmer, der eine Sitzung versäumt hatte, bittet, im nächsten Jahr noch einmal kommen zu dürfen. Hingegen warnte der Sohn eines Teilnehmers vor dem Besuch der FatherSchools. Sein Argument: „Es bringt kein Geld!" – worauf der Vater heftig widerspricht und auf einen immateriellen Gewinn hinweist. Er wusste nun, wovon er sprach.

Die FatherSchools in Villach haben den Teilnehmern gezeigt, dass es durchaus möglich ist, Erziehung, Tradition, Männlichkeit und die Prävention von Extremismus miteinander in Einklang zu bringen.

6. Danksagung

Wir danken:

Den teilnehmenden Müttern und Vätern.

Dem Verein PIVA – Projektgruppe Integration von Ausländerinnen und Ausländern unter der Leitung von Burgi Decker; dem Team für die Umsetzung der FatherSchools-Gruppe: Prof. Abdelylah Lahmar und Mag. Jürgen Öllinger als Lehrer; Jacqueline ten Haken, MA als Protokollantin (Mitarbeiterin Verein PIVA).

Dank ergeht an den Fördergeber der FatherSchools: Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz.

Für die Umsetzung der MotherSchools danken wir Tanja Brnjic und Marianne Böhler-Wohinz als Lehrerinnen und (auch hierfür) Jacqueline ten Haken, MA als Protokollantin (alle drei Mitarbeiterinnen Verein PIVA).

Wir danken dem Fördergeber der MotherSchools: Österreichisches Bundeskanzleramt.

Literatur

Böllinger, L. (2006). Die Entwicklung zu terroristischem Handeln als psychosozialer Prozess. In U. Kemmesies (Hg.), *Terrorismus und Extremismus* (S. 59–69). München: Luchterhand.

Eltern gehen in die Schule (1950, 22. Oktober). *Neue Zeit*, S. 6. URL: https://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=awi&datum=19501022&seite=1&zoom=33&query=%22Elternschule%2BUrania%22~40&ref=anno-search (abgerufen am 9. 9. 2021).

Erikson, E. H. (1968). *Identity, Youth and Crisis*. New York: Norton.

Florez-Morris, M. (2007). Joining guerrilla groups in Colombia: Individual motivations and processes for entering a violent organization. *Studies in Conflict & Terrorism, 30*(7), 615–634.

Frost, R. (1952). Interview and poetry reading with Bela Kornitzer. URL: https://www.youtube.com/watch?v=2qwCEnkb2_E (abgerufen am 9. 9. 2021).

Gadamer, H.-G. (1984/2000) *Man muss immer damit rechnen, dass der andere recht haben könnte. Im Gespräch mit Erwin Koller*. SRF Sternstunde, 27. 2. 2000, PhilosophieKanal. URL: https://www.youtube.com/watch?v=7v_S10WVZqg (abgerufen am 9. 9. 2021).

Gill, P., Horgan, J., & Deckert, P. (2014). Bombing alone: Tracing the motivations and antecedent behaviors of lone-actor terrorists. *Journal of Forensic Sciences, 59*(2), 425–435.

Gross-Hoffinger, A. B. (1839, 3. Mai). Österreichische National-Chronik: Die österreichische Hausfrauen-Bildungs-Anstalt zu Währing. *Der Adler,* S. 334–335. URL: https://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=adl&datum=18390503&zoom=33 (abgerufen am 18. 9. 2021).

Kropiunigg, U. (2013). Framing radicalization and deradicalization: A case study from Saudi Arabia. *Journal of Individual Psychology, 69*(2), 97–117.

Schlaffer, E., & Kropiunigg, U. (2015). Can mothers challenge extremism? *Women without Borders/SAVE*. URL: http://www.women-without-borders.org/files/downloads/CAN_MOTHERS_CHALLENGE_EXTREMISM.pdf (abgerufen am 9. 9. 2021).

Schwartz, S. J. (2005). A new identity for identity research: Recommendations for expanding and refocusing the identity literature. *Journal of Adolescent Research, 20*(3), 293–308. doi:10.1177/0743558405274890.

Schwartz, S. J., Dunkel, C. S., & Waterman, A. S. (2009). Terrorism: An identity theory perspective. *Studies in Conflict & Terrorism, 32*(6), 537–559.

Sozialpädagoge. (1902, 11. September). Die Frau als Erzieherin. *Arbeiterinnen-Zeitung,* S. 4–5.

Heinz-Dieter Pohl

Zum 30. Jahrestag der Unabhängigkeit Sloweniens

Mit historischem Rückblick

Der 10. Oktober 1920 und der 23. Dezember 1990 haben eines gemeinsam: An beiden Tagen fanden Volksabstimmungen statt, die für das weitere Schicksal der Slowenen von größter Bedeutung waren. Ging es am 10. Oktober 1920 nur darum, ob die Kärntner Slowenen in Hinkunft gemeinsam mit den Deutschsprachigen in einem ungeteilten Bundesland der jungen Republik Österreich leben oder sich mit den Krainer und steirischen Slowenen im SHS-Königreich vereinigen wollen, brachte das Plebiszit vom 23. Dezember 1990 eine weitaus schwerer wiegende Entscheidung: entweder staatliche und nationale Unabhängigkeit, Souveränität, zu erlangen oder weiterhin Teilrepublik der nun schon über 70 Jahre serbisch und seit 1945 (auch nach der „Wende" von 1989 noch immer) kommunistisch dominierten SFR Jugoslawien zu bleiben. Es war zum ersten Mal in der Geschichte der Slowenen und der slowenischen Teilrepublik, dass das ganze Volk über seine Zukunft selbst bestimmen konnte. Am 10. Oktober 1920 kam nur ein kleiner Teil in den Genuss dieses Rechtes, und der Ausgang der Volksabstimmung war für die national gesinnten Slowenen eine schmerzliche Niederlage, zumal sich im Abstimmungsgebiet rund 59 % der Bevölkerung für Österreich entschieden haben (bei 1910 68,6 % Slowenischsprachigen!). Mit überwältigender Mehrheit sprachen sich etwas mehr als 70 Jahre später die Einwohner Sloweniens für die Unabhängigkeit aus: 1,289.000 Stimmen pro, 57.800 contra (88,5 % gegenüber 4 % bei einer Beteiligung von 93,5 % und einem Anteil von 9,5 % Nichtslowenen in der Republik).[1]

Mit diesem deutlichen Abstimmungsergebnis hat Jugoslawien in der bis dahin gewohnten Form zu bestehen aufgehört. Die Belgrader Bundesregierung hat den slowenischen Volksentscheid zunächst überhaupt nicht zur Kenntnis genommen und im Wissen, dass spätestens am 26. Juni 1991 die Unabhängigkeit Sloweniens ausgerufen werde, das angebotene Gespräch nicht wahrgenommen. Dann überstürzten sich die Ereignisse: Die Unabhängigkeitserklärung erfolgte schon am 25. Juni 1991 gemeinsam mit Kroatien (dort ebenfalls auf Grund eines Plebiszits), und der seit der Wende von 1989 totgeglaubte „Panzerkommunismus" erlebte seine plötzliche Wiedergeburt: In der Nacht vom 26. zum 27. Juni 1991 ließ Belgrad die Armee in Slowenien eingreifen[2] – ziemlich erfolglos: Statt eines

schnellen militärischen Schlages war es nicht einmal ein Pyrrhussieg, aber der Gesamtstaat wurde nachhaltig bis in seine Grundfesten erschüttert und die *jugoslawische Tragödie*[3] begann. Die Krise war ausweglos geworden, und an eine Neuorganisation der SFR Jugoslawien als Konföderation souveräner Staaten oder als Staatenbund war nicht mehr zu denken.

Der eingangs herbeigeführte Vergleich des 10. Oktober 1920 mit dem 23. Dezember 1990 mag auf den ersten Blick unpassend sein. Aber wer dafür eintritt, ein Plebiszit als endgültigen Ausdruck des Willens der Bevölkerung einer Region zu betrachten, wird an diesem Vergleich nicht vorbeikommen. Aus historischer Konsequenz ist das Ergebnis vom 10. Oktober 1920 als etwas Endgültiges zu betrachten wie auch das Ergebnis vom 23. Dezember 1990. Sowohl der Kärntner Abwehrkampf 1918/19 als auch der Widerstand der slowenischen Territorialstreitkräfte im Juni 1991 brachten die internationale Diplomatie in Gang, und am Ende stand 1920 die Volksabstimmung in Kärnten – ein großer Teil der Kärntner Slowenen bevorzugte den Verbleib bei Österreich und versagte dem SHS-Königreich die Zustimmung. Die erfolgreiche Volksabstimmung hatte das Slowenien des Jahres 1991 bereits hinter sich, auch seine erste militärische Bewährungsprobe, somit war das Streben nach Unabhängigkeit nicht mehr aufzuhalten, im Gegenteil: Je mehr Druck seitens der Bundesarmee, desto stärker wurde der Wille zur Selbstbestimmung, und die Unabhängigkeit wurde endgültig erreicht.

Am Anfang der slowenischen Geschichte steht das karantanische Fürstentum, dessen Zentrum auf dem Kärntner Zollfeld lag. Es war zu kurzlebig, als dass es die Grundlage für einen slowenischen Staat hätte sein können, es war aber die Keimzelle des späteren Herzogtums Kärnten im Rahmen des aus dem Ostfränkischen Reich hervorgegangenen Römisch-Deutschen Reichs, in das auch Krain und die Steiermark (zunächst als Marken) einbezogen wurden. Der Westen des Siedlungsgebietes der Slowenen gehörte zunächst zur Markgrafschaft Verona (ebenfalls Teil des Römisch-Deutschen Reichs), später dann zur Grafschaft Görz, z. T. auch zu Venedig. Habsburgisch und somit österreichisch ist das slowenische Gebiet größtenteils im Jahre 1335 geworden; der Osten (jenseits der Mur) gehörte zu Ungarn. Und so blieb es bis zum Untergang der Österreichisch-Ungarischen Monarchie im Jahre 1918.

Am Anfang der slowenischen Nationswerdung standen bekanntlich Bauernkrieg und Reformation. Dies waren jedoch Ereignisse, die eine weit größere Dimension hatten, war doch die Reformation ein gesamteuropäisches Aufbegehren gegen die kirchliche Zentralmacht, und der Bauernkrieg erfasste weite Teile des Reiches und betraf darüber hinaus *alle* Bauern ohne Rücksicht auf die Muttersprache; es war in jener Zeit von untergeordneter Bedeutung, dass der Adel deutsch(sprachig) war. Jedoch bedeutete die Reformation die Begründung des slowenischen Schrifttums,

das auch durch die Gegenreformation nicht beseitigt wurde und am Ende des 18. Jhdts. den Neubeginn begünstigte. Wenn auch die Slowenen bis ins 19. Jhdt. keine „eigene" Geschichte hatten, da diese mit der Landesgeschichte ihrer jeweiligen Siedlungsgebiete im Rahmen des Deutschen bzw. Habsburgischen Reiches verknüpft ist, sind sie dennoch nicht geschichtslos, denn ihre Sprache ist seit den *Freisinger Denkmälern*[4] überliefert und durch einige kleinere schriftliche Zeugnisse aus dem Mittelalter (z. B. *Klagenfurter Handschrift*)[5] bezeugt. Geschrieben und gedruckt wird Slowenisch seit der Reformation – wenn auch nicht in dem Ausmaß wie andere zeitgenössische Sprachen. Das erste gedruckte slowenische Buch, der Katechismus von *Primus Truber* bzw. *Primož Trubar* (1550), hatte den deutschen Titel *Catechismus in der windischenn Sprach*.[6] Heute gehört das Slowenische zu den europäischen Kultursprachen mit einer beachtlichen Tradition und einer bemerkenswerten Literatur.

Das nationale Erwachen der Slowenen war bis 1848 mehr eine kulturelle Bewegung, die nach der Revolution immer mehr zu einer national-emanzipatorischen wurde, waren doch die gehobenen Schichten und das Bildungswesen deutsch(sprachig). Gebildete Slowenen befanden sich v. a. im katholischen Klerus, und aus der Kirche schöpfte das Slowenentum zahlreiche Impulse (1851 Gründung des St.-Hermagoras-Vereines in Klagenfurt). Von Kärntner Geistlichen ging zuerst die Forderung aus, alle slowenischen Länder zu einer administrativen Einheit zu verbinden, freilich im Rahmen der Österreichisch-Ungarischen Monarchie. Dieser Wunsch stieß allerdings bei den deutschen Politikern Kärntens und der Steiermark auf Ablehnung, auch bei manchen Kärntner slowenischen Politikern.[7] So blieben die Slowenen bis in den Ersten Weltkrieg ein Volk ohne eigenes Land. Nur das Herzogtum Krain war ein ganz überwiegend slowenisches Gebiet (mit 1910 491.000 Slowenen gegenüber 28.000 Deutschen; die Landeshauptstadt Laibach/Ljubljana hatte unter ihren 45.411 Einwohnern 37.818 Slowenen und 6.742 Deutsche). Österreich-Ungarn, insbesondere die österreichische Reichshälfte, war trotz einer Reihe von nationalitätenrechtlich liberalen und aufgeschlossenen Maßnahmen (z. B. im Schulwesen) nicht in der Lage, das Nationalitätenproblem zu lösen. Aus heutiger Sicht ist es leicht, den Deutschen die Hauptschuld zuzuweisen, ein gewisses Mitverschulden ist allerdings nicht zu leugnen. Es ergab sich in den letzten Jahren der Existenz der Monarchie eine eigenartige Mischung aus habsburgischem Konservativismus und deutschem Überlegenheitsgefühl, die jeder nationalen Regung der nichtdeutschen Völker mit großer Zurückhaltung (um nicht zu sagen, mit Ablehnung) begegnete. So entstand jener Nährboden, auf dem der Wunsch nach Veränderung besonders bei den slawischen Völkern gedeihen konnte. Die Schüsse von Sarajevo läuteten nicht nur den Ersten Weltkrieg ein, sondern auch den Untergang der alten Ordnung, was den Völkern allerdings nicht jenes Glück gebracht hat, das

sie sich erträumten. Dies gilt auch für die Slowenen, aber dennoch, der Untergang Österreich-Ungarns war gleichzeitig der Schlusspunkt des Strebens nach nationaler Emanzipation und trug wesentlich zur Festigung des Volkstums bei.

Die Versuche, alle Südslawen politisch und kulturell zu einigen, setzten in der ersten Hälfte des 19. Jhdts. ein. Zuerst war dies die sogenannte *Illyrische Bewegung*, angeführt von Ljudevit Gaj (1809–1872), die hauptsächlich in den Jahren 1830–1849 wirkte und deren bleibende Folge die neue kroatische und slowenische Rechtschreibung auf Grund der tschechischen Orthographie mit diakritischen Zeichen war, obwohl sonst der Einfluss des Illyrismus bei den Slowenen eher gering war. Zu sehr war bereits die slowenische Literatursprache (durch France Prešeren, 1800–1849) gefestigt, als dass man sie zugunsten einer gemeinsamen „illyrischen" hätte aufgeben wollen (die einzige Ausnahme war der slowenische Literat Stanko Vraz, 1810–1851, der štokavisch[8] schrieb).[9] Zudem hatte in jener Zeit die slowenische Nationalphilologie bereits Großes geleistet, z. B. Jernej Bartholomäus Kopitar, 1780–1844, sowie in Kärnten Urban Jarnik, 1784–1844; außerdem begründete ein Österreicher slowenischer Abstammung die wissenschaftliche Slawistik: *Franz von Miklosich* bzw. *Franc Miklošič*, 1813–1891. Die zweite Hälfte des 19. Jhdts. (und auch noch das erste Dezennium des 20. Jhdts.) sieht die Slowenen in ihrem Streben nach nationaler Selbstbehauptung im wesentlichen auf sich allein gestellt.

Dies sollte sich durch den Ausbruch des Ersten Weltkriegs ändern. Nicht, dass sich die Slowenen durch Illoyalität gegenüber dem Kaiser oder dem Gesamtstaat ausgezeichnet hätten – sie hatten in den Isonzoschlachten die Hauptlast zu tragen und leisteten zusammen mit den Kroaten gegen die Italiener erbitterten Widerstand: Es waren ja von Italien geforderte Gebiete, die hier verteidigt wurden![10] Dies, obwohl die serbische Nationalversammlung in Niš am 7. Dezember 1914 die Befreiung aller unter österreichischer Herrschaft lebenden Südslawen und ihre Vereinigung mit Serbien als Kriegsziel proklamiert hatte. In den südslawischen Gebieten der Monarchie bekamen sogar politische Richtungen neuen Auftrieb, die die südslawische Frage durch Einverleibung Serbiens in das Habsburgerreich lösen wollten. Außerdem galt Serbien zunächst keineswegs als Verbündeter, geschweige denn als Alternative, vielmehr wurde es vielfach „als stete Schmach am Leibe der Südslawen" betrachtet.[11] Doch nach dem Tode Kaiser Franz Josephs (21. November 1916) begannen sich die Dinge zu verändern; vor allem die Thronbesteigung Kaiser Karls erweckte Reformhoffnungen, und es kam am 30. Mai 1917 im Reichsrat zur Verlesung der sogenannten Mai-Deklaration, in der die Tschechen die Beseitigung des dualistischen Staatsaufbaus und die Umwandlung der Monarchie in einen Bundesstaat forderten.[12] Am Vorabend war der „Südslawische Klub", dem alle südslawischen Abgeordneten im Wiener Parlament angehörten,

zusammengetreten, in dem die Vereinigung aller österreichisch-ungarischen Länder, die von Slowenen, Kroaten und Serben bewohnt wurden, zu einem autonomen Staatsgebilde, aber unter habsburg-lothringischer Dynastie, gefordert wurde. Als Vater der Mai-Deklaration gilt der (im Oktober 1917 gestorbene) Führer des südslawisch orientierten Flügels der Slowenischen Volkspartei, Janez E. Krek.[13] Somit ist festzuhalten, dass die slowenischen Vertreter noch während des Bestehens der Österreichisch-Ungarischen Monarchie das politische Zusammengehen mit Kroaten und Serben herbeigeführt haben und dass das seinerzeitige Streben, die slowenischen Gebiete administrativ zusammenzuschließen, nun in einem größeren Rahmen erreicht werden sollte.

Im Jahre 1917 reifte bei den Entente-Mächten der Wunsch nach Zerschlagung Österreich-Ungarns.[14] Auch seitens des „Südslawischen Klubs" wurde der Zerfall der Monarchie ins Kalkül gezogen (spätestens mit der Bestellung des definitiven Kabinetts Seidler am 31. 8. 1917).[15] Nach der tschechischen „Dreikönigsdeklaration" vom 6. Jänner 1918, in der erstmals die Forderung nach voller staatlicher Selbstständigkeit gestellt wurde, folgten am 31. Jänner die südslawischen Abgeordneten, aber es sollte noch bis zum 6. Oktober 1918 dauern, bis in Agram (Zagreb) der Nationalrat der Slowenen, Kroaten und Serben gegründet wurde.

In diesem Nationalrat beanspruchten der Slowene Anton Korošec, der Kroate Ante Pavelič [16] und der Serbe Svetozar Pribićević für sich das alleinige Recht, die habsburgischen Südslawen zu vertreten; dies geschah u. a. deswegen, um gegenüber dem „Südslawischen Ausschuss" in London (unter dem Kroaten Ante Trumbić), dem südslawische Emigranten angehörten und der mit der serbischen Regierung (unter Ministerpräsident Nikola Pašić) auf Korfu zusammenarbeitete und nach der Gründung eines Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen (Kraljevina SHS) unter der Dynastie Karadjordjević[17] strebte, auftreten zu können. Das kaiserliche Manifest vom 16. Oktober 1918, das ohnehin nur für die österreichischen Länder Gültigkeit haben sollte, war a priori zum Scheitern verurteilt. Unter dem Eindruck des militärischen Zusammenbruchs der Mittelmächte auf dem Balkan und noch vor dem Waffenstillstand vom 3. November 1918 erklärte der Zagreber Nationalrat am 29. Oktober seine Loslösung vom österreichisch-ungarischen Staatsverband. Anfang November trafen einander Korošec, Trumbić und Pašić. Diese beschlossen in der „Genfer Deklaration" (am 9. 11. 1918) das in Korfu geplante SHS-Königreich in absehbarer Zukunft zu errichten – es sollte tatsächlich am 1. Dezember 1918 durch den Prinzregenten Alexander Karadjordjević in Belgrad ausgerufen werden. Schon am 24. November hat der Zagreber Nationalrat die Vereinigung der südslawischen Gebiete Österreich-Ungarns mit dem Königreich Serbien beschlossen; dieser Beschluss war allerdings nicht

einstimmig (z. B. Stjepan Radić, der Führer der Kroatischen Bauernpartei, warnte nachdrücklich vor einer voreiligen Vereinigung mit Serbien).[18]

Somit ist dieser neue südslawische Staat unter Mitwirkung slowenischer Politiker geschaffen worden, aber – auch dies muss festgehalten werden – der Eintritt der Slowenen in diesen neuen Staat wurde *nicht* durch eine Volksabstimmung herbeigeführt. Allerdings war der Zagreber Nationalrat mehr getrieben als handelnd: Wegen der italienischen Gebietsansprüche und der Besetzung weiter Teile des slowenischen und kroatischen Siedlungsgebiets war schließlich nur Serbien (wie Italien auf Seiten der Sieger) in der Lage, die südslawischen Interessen zu vertreten bzw. durchzusetzen.[19] Es war nichts anderes als der Versuch, sich von der Seite der Besiegten auf die Seite der Sieger zu schlagen – wurden doch Slowenen und Kroaten von den Ententemächten als besiegte Feinde betrachtet.[20]

In den Friedensverhandlungen wurde zwar der Großteil des slowenischen Siedlungsgebietes in den SHS-Staat eingebracht, aber der Westen (Nordistrien und Isonzotal) fiel an Italien (im Vertrag von Rapallo am 12. 11. 1920 festgelegt) und der Norden („Südkärnten") blieb auf Grund der in St.-Germain (am 10. 9. 1919) vereinbarten Volksabstimmung, die am 10. Oktober 1920 abgehalten wurde, bei Österreich. Der Vereinbarung der Volksabstimmung war der *Kärntner Abwehrkampf* vorangegangen, von den Slowenen meist „Kampf um die Nordgrenze" genannt. Neuerdings sprechen viele österreichische Zeitgeschichtler von „Grenzkämpfen" des Jahres 1919, wobei diese Bezeichnung den Verteidigungscharakter der Kärntner Selbsthilfe herabwürdigt.[21] Diese entspricht auch nicht den damaligen slowenisch-nationalen und südslawischen Intentionen. Günstiger für die Slowenen gestalteten sich die Grenzziehungen in der Steiermark (Drautal ab Lavamünd bzw. Unterdrauburg/Dravograd inklusive des Kärntner Mießtales und des überwiegend deutschen Marburg/Maribor, im Osten bis zur Mur, sowie alle Gebiete südlich davon) und gegenüber Ungarn, von dem das Übermurgebiet (Prekmurje) abgetreten werden musste.

Das *Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen* (serbokroatisch *Kraljevina Srba, Hrvata i Slovenaca*) war bald nach seiner Gründung alles andere als ein Hort innenpolitischer Harmonie. Die Konflikte zwischen Serben und Kroaten brachen bald nach der Staatsgründung aus. Statt der von den Kroaten unter Stjepan Radić geforderten föderalistischen Staatsform wird in der Vidovdan-Verfassung vom 28. Juni 1921 ein zentralistischer Einheitsstaat durchgesetzt. Die Umstände ihrer Annahme in der Nationalversammlung (*Skupština*) lassen die Stimmung jener Zeit erahnen: Von 419 Mitgliedern des Parlaments waren 161 der Abstimmung ferngeblieben (darunter die Kroatische Bauernpartei unter Radić), 35 hatten dagegen gestimmt, und mit nur 27 Stimmen Anwesenheitsmehrheit wurde die Vidovdan-Verfassung Gesetz. Sie sah u. a. die Gliederung des Staates in höchstens

35 Bezirke (*oblasti*) vor, denen keine Autonomie zustand, wobei die historischen Landschaften zerschlagen und nach Möglichkeit Bezirke mit serbischer Mehrheit geschaffen wurden[22] – ganz im Sinne des Programms des *Načertanije* wurde also ein hegemoniales Großserbien unter Einverleibung jener Gebiete geschaffen, in denen Serben gemischt mit anderen Nationalitäten leben. Darüber hinaus galt die national-unitaristische Auffassung, wonach Serben, Kroaten und Slowenen nicht eigenständige Völker, sondern Stämme eines jugoslawischen Volkes seien, womit über serbisch besiedeltes Gebiet hinausgehende territoriale Ansprüche legitimiert werden sollten.[23]

Der Verabschiedung der Verfassung war ein langes Tauziehen vorhergegangen. Im Verfassungsausschuss hatten die Zentralisten mit 22 von 42 Stimmen die Mehrheit. Zur Opposition, die autonomistische Forderungen vertrat, gehörten u. a. auch 4 Vertreter der Slowenischen Volkspartei, aber die Föderalisten fehlten vollständig, da die Kroatische Bauernpartei nicht mitwirkte, obwohl ihr 7 Vertreter im Ausschuss zugestanden wären, womit die Zentralisten hätten überstimmt werden können. So aber hat Radić von der Möglichkeit, bei der Gestaltung des Staates mitzuwirken, keinen Gebrauch gemacht. Damit waren für Jugoslawien die Weichen von Anfang an falsch gestellt.

Bedingt durch ihre geographische Lage, Geschichte und Wirtschaft hatten die Slowenen im ersten Jugoslawien eine bessere Ausgangssituation als die Kroaten. Zwar gab es kein autonomes slowenisches Territorium, aber zwei Bezirke (Laibach/Ljubljana und Marburg/Maribor) mit slowenischer Amtssprache. Die bedeutendste slowenische Partei war die *Slowenische Volkspartei* (*Slovenska Ljudska Stranka*), 1892 unter dem Namen „Katholische Nationalpartei" (*Katoliška narodna stranka*) gegründet, die durch ihre Verbände und Vereine (Genossenschaften, Darlehenskassen, Turnerbünde usw.) sehr starken Einfluss und Rückhalt bei der Bevölkerung hatte. Noch vor dem Ersten Weltkrieg bildeten sich zwei Flügel heraus, ein proösterreichischer unter Ivan Šušteršič[24] (1863–1925, Landeshauptmann von Krain) und ein südslawisch orientierter unter Janez Krek († 1917) bzw. Anton Korošec. Letzterer Flügel gewann ab Ende 1917 die Oberhand; in den 1920er Jahren kam es neuerlich zu zwei Richtungen, Konservative und christliche Sozialisten, doch die führende Stellung Korošec' blieb unangefochten. Dieser war Autonomist, betrieb aber Realpolitik und verhielt sich im kroatisch-serbischen Konflikt neutral, sodass er von König Alexander in der schweren Staatskrise von 1928 (Ermordung von Stjepan Radić und zweier weiterer kroatischer Abgeordneter durch einen montenegrinischen Abgeordneten mitten in einer Sitzung der Skupština) zum ersten nichtserbischen Regierungschef ernannt wurde. In den 5 Monaten seiner Regierung versuchte Korošec einen Ausgleich zwischen Serben und Kroaten zu erreichen, indem er die Föderalisierung des SHS-Königreichs vorschlug: Je

ein serbisches, kroatisches und slowenisches Banat mit eigenen Landtagen und innerer Autonomie sollten eingerichtet werden. Durchsetzen konnte er seine Vorschläge nicht. Am 6. Jänner 1929 übernahm der König die Macht im Staat, gestützt auf die Armee; dem Staatsstreich war ein separatistischer Landtag der Kroaten in Zagreb vorausgegangen (unter der Führung von Vladimir Maček). Gleichzeitig wurde eine Reform der Verwaltungseinteilung vorgenommen: Seit 3. Oktober 1929 bildeten 9 Banate das Königreich, das nun den offiziellen Namen *Jugoslavija* (*Jugoslawien*) führte; die Slowenen waren im Draubanat vereinigt, von den übrigen 8 Banaten hatten 6 eine serbische Mehrheit. Nach dem Ende der Königsdiktatur (1932) wurden wiederum Forderungen nach einer föderalistischen Umgestaltung des Staates laut (die sogenannten Punktationen von Agram/Zagreb, Laibach/Ljubljana und Sarajevo), was den Führern der alten Parteien 1933 vorübergegend die Verbannung einbrachte (auch Korošec). Eine 1931 gegründete, seit 1933 *Jugoslovenska Nacionalna Stranka* (*Jugoslawische Nationalpartei*) genannte Staatspartei hatte keinen durchschlagenden Erfolg; im Untergrund bestanden die alten Parteien weiter.[25]

Somit war die Staatskrise nach der offiziellen Beendigung der Königsdiktatur noch lange nicht überwunden; zu ihrer Verschärfung trug auch die Ermordung des Königs in Marseille bei seinem Staatsbesuch bei (8. Oktober 1934). Hinter diesem Attentat dürften Ustaša und IMRO,[26] terroristische Untergrundbewegungen der Kroaten bzw. Makedonier, gestanden sein. Nach den Wahlen vom 5. 5. 1935 wurde Milan Stojadinović, ein angesehener serbischer Finanzfachmann, Ministerpräsident; in seinem Kabinett war A. Korošec Innenminister. Zwar gelang es Stojadinović nicht, die spannungsgeladene Innenpolitik zu entschärfen, aber doch konnte er außenpolitische und wirtschaftliche Erfolge erzielen, v. a. durch die Annäherung ans Deutsche Reich und durch den Freundschaftsvertrag mit Bulgarien. Eine Lösung der kroatischen Frage blieb ihm versagt; auch nach seinem Rücktritt (am 4. 2. 1939) wird sie nicht gelöst. Man kam zwar in der Regierung Dragiša Cvetković durch die Zuziehung von 5 kroatischen Ministern (mit Maček als stellvertretendem Ministerpräsidenten) einer Lösung sehr nahe, doch wegen des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1939 wurde eine föderalistische Reform vertagt.

Wesentlich begünstigt hat der Eintritt der Slowenen in das SHS-Königreich deren kulturelle und wissenschaftliche Entwicklung. Wenn sie von politischer Autonomie weit entfernt waren, die sie ja auch in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie nicht hatten, gab es einen deutlichen Schub hin zur sprachlichen und geistigen Selbstbehauptung. In allen Grund- und Mittelschulen wurde Slowenisch als Unterrichtssprache eingeführt, und schon 1919 wurde die Laibacher Universität (in Ljubljana) gegründet, nach und nach folgten andere kulturelle Einrichtungen (Nationalgalerie, Museen usw.), 1938 wurde auch die Akademie der Wissenschaften

gegründet. Allerdings hatte der Ausbau des slowenischsprachigen Bildungswesens das Zurückdrängen des Deutschen als Bildungssprache zur Folge, und für die deutsche Minderheit bedeutete dies die Demontage des Schulwesens in deutscher Sprache.[27] Dies sollte man sich vor Augen halten, wenn man die Schulfrage in Kärnten 1925–1930 betrachtet; wäre es zu einer für die Kärntner Slowenen günstigen Lösung gekommen, hätte dies die jugoslawische Seite in eine gewisse Verlegenheit gebracht (auf Grund des Prinzips der Reziprozität bei Minderheitenfragen).[28] Manche für die deutsche Minderheit in Slowenien ungünstige Maßnahmen werden übrigens A. Korošec zugeschrieben.[29] Außerdem ist die Entwicklung des Schulwesens im Jugoslawien der 1920er und 1930er Jahre auch unter dem Aspekt der zentralistischen Vereinheitlichung in allen Landesteilen zu sehen, wonach regionale Sonderregelungen ohnehin nicht vorgesehen waren, was für Minderheiten a priori ungünstig war.

Es kann nicht Aufgabe dieses Beitrages sein, die Umstände zu beleuchten, die zum Übergreifen des Zweiten Weltkriegs auf Jugoslawien geführt haben. Schon am 1. Mai 1934 war ein Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Jugoslawien abgeschlossen worden. In der Folge wurde Deutschland der beste Kunde Jugoslawiens und ein bevorzugter Lieferant Jugoslawiens;[30] dies blieb zunächst ohne politische Folgen, obwohl sich der Handel zwischen beiden Ländern, die seit dem „Anschluss" Österreichs auch eine gemeinsame Grenze hatten, immer mehr ausweitete, bis der Krieg Ende Oktober 1940 auch die Balkanhalbinsel erreichte, als Italien von Albanien aus Griechenland angriff. Der für die Italiener ungünstige Verlauf dieses Krieges bewog Hitler, seinem Verbündeten Mussolini zu Hilfe zu kommen: Ein Entlastungsangriff sollte über Rumänien und Bulgarien erfolgen. Gleichzeitig wollte er Jugoslawien durch dessen Beitritt zum Dreimächtepakt an die Achsenmächte binden, den das Deutsche Reich, Italien und Japan am 27. 9. 1940 abgeschlossen hatten und dem bis zum 1. 3. 1941 Ungarn, Rumänien, die (seit 1939 unabhängige) Slowakei und Bulgarien beigetreten waren. Die so entstandene Konstellation bedeutete nun für Jugoslawien eine Einkreisung, der man seinerzeit durch die Kleine Entente[31] und den Freundschaftsvertrag mit Frankreich entkommen wollte. Inzwischen hatte sich aber die internationale politische „Großwetterlage" grundlegend geändert: Frankreich war von Deutschland geschlagen und besetzt, und der wichtigste Partner in der Kleinen Entente, die Tschechoslowakei, existierte nicht mehr. In dieser Situation hatte die jugoslawische Regierung nur die Wahl zwischen Beitritt zum Dreimächtepakt oder in kriegerische Auseinandersetzungen mit den Achsenmächten verwickelt zu werden. Am 25. März 1941 trat Jugoslawien in Wien dem Dreimächtepakt bei, allerdings unter der Zusicherung, weder militärische Leistungen erbringen noch den Durchmarsch von Truppen gewähren zu müssen; man hoffte also, vom Krieg verschont zu bleiben. Der Beitritt war aber in der

jugoslawischen Öffentlichkeit umstritten, schon zwei Tage später wurde die Regierung durch einen Militärputsch gestürzt. Der neuen Regierung Simović gehörte auch der Kroatenführer Maček an, der der einsetzenden Konspiration der Achsenmächte gegen Jugoslawien nicht zur Verfügung stand. Ein am 5. 4. 1941 mit der UdSSR abgeschlossener Freundschafts- und Nichtangriffspakt konnte nicht mehr verhindern, dass Hitler den seiner Meinung nach bestehenden Unsicherheitsfaktor Jugoslawien „militärisch und als Staatsgebilde zu zerschlagen" befahl.[32] Damit brach für das glücklose Land eine sehr schwere Zeit an (Kriegsbeginn 6. April 1941 ohne Kriegserklärung mit Luftangriff auf Belgrad).

Die Slowenen standen zu dieser Zeit nicht im Mittelpunkt des Geschehens. Das eigentliche drängende Problem Jugoslawiens waren ja die Kroaten, und dieses war ja kurz vor Kriegsausbruch zumindest entschärft worden, und ein erfolgreiches Heraushalten Jugoslawiens aus dem Krieg hätte dieses Problem wohl endgültig gelöst (soferne ein Heraushalten in seiner geopolitischen Lage überhaupt möglich gewesen wäre). Doch der deutsche Einmarsch bereitete allen hoffnungsvollen Perspektiven ein vorzeitiges Ende und setzte eine Spirale der Gewalt in Gang, die rund 10 % der Einwohner Jugoslawiens das Leben kosten und darüber hinaus das Ende des schon durch Jahrhunderte ansässigen Deutschtums bedeuten sollte. Der Krieg forderte in Jugoslawien 1,7 Mill. Menschenleben (davon 1,3 Mill. Zivilpersonen). Der Staat wurde nach seiner Kapitulation (17. April) aufgeteilt, das slowenische Gebiet überhaupt zerstückelt: der nördliche Teil von Krain und die ehemalige Südsteiermark (samt den ehemals Kärntner Gebieten Seeland und Mießtal) kamen zum Reich, ein Teil des Übermurgebietes zu Ungarn (der südliche Teil wurde vom neuerrichteten kroatischen Staat beansprucht) und der südliche Teil von Krain inkl. Laibach zu Italien.[33] Die Slowenen fanden sich damit statt in ihrer „Draubanschaft" aufgeteilt auf drei Staaten wieder, während sie im alten Österreich zwar auf mehrere Kronländer verteilt, aber doch in *einem* Staatswesen (Österreich-Ungarn) vereint waren; die Zerstückelung des slowenischen Siedlungsgebietes war auch eine vorbereitende Maßnahme zur Entnationalisierung der Slowenen.[34]

Schon am 10. April 1941 war der *Unabhängige Staat Kroatien* proklamiert worden, durch Slavko Kvaternik, Stellvertreter des in Italien weilenden Ustaša-Führers Ante Pavelić. Da der kroatische Politiker Maček als Stütze für die deutsche Jugoslawienpolitik nicht zur Verfügung stand, schlug für die bis dahin unbedeutende *Ustaša Hrvatska Revolucionarna Organizacija* („Aufständische Kroatische Revolutionäre Organisation", 1929 gegründet) die Stunde. Sie war mehr durch Terroranschläge als durch politische Erfolge hervorgetreten – ähnlich wie die makedonische IMRO, zu der sie sehr enge Beziehungen pflegte. Pavelić und seine Mitarbeiter hatten zunächst in Bologna ihr Hauptquartier und konnten sich

tatkräftiger Unterstützung durch den italienischen Staat erfreuen. Es war daher naheliegend, dass sich das Deutsche Reich aus Rücksicht auf den italienischen Bundesgenossen bei der Errichtung des kroatischen Staates der Ustaša bediente. Dieser umfasste im wesentlichen nur das Binnenland und Bosnien-Herzegowina, musste also seinem Hauptgönner Italien entgegenkommen. Traurige Berühmtheit erlangte die Ustaša-Regierung, die deutschen NS- und italienischen faschistischen Vorbildern folgte und ein totalitäres Regime errichtete, durch die Verfolgung der nicht-katholischen, sprich v. a. serbischen Bevölkerung. Es gab auch einige den deutschen KZ entsprechende Lager, das bekannteste war *Jasenovac.* Um- und Aussiedlungen, Inhaftierungen und Massenmorde waren an der Tagesordnung – etwa eine drei viertel Million Menschen dürften dem Ustaša-Terror zum Opfer gefallen sein. Dies und die Vergeltung der Četniks und der Tito-Partisanen während des Krieges bzw. der Tito-Partisanen nach Kriegsende ist im offiziellen Jugoslawien und in den Nachfolgestaaten lange Zeit weder politisch noch wissenschaftlich aufgearbeitet worden.[35]

Den Löwenanteil des jugoslawischen Kuchens erhielt Italien und das durch Personalunion mit ihm vereinte Albanien: fast alle dalmatinischen Inseln (ausgenommen Brač, Pag und Hvar), die Küste von Zadar bis Split sowie die Bucht von Kotor/Cattaro, beide samt Hinterland, sowie Ulcinj, Kosovo und Westmakedonien (also die albanisch besiedelten Gebiete); Montenegro geriet unter italienisches Protektorat. Zentral- und Ostmakedonien kamen zu Bulgarien; Ungarn erhielt die Bačka und Baranja.[36] Das jugoslawische Banat, von Rumänien beansprucht, blieb zusammen mit Rest-Serbien unter deutscher Militärverwaltung, das unter General Milan Nedić eine Zivilregierung mit nur geringen Machtbefugnissen erhielt; diese Regierung war weder eine Kollaborationsregierung im engeren Sinn noch konnte sie der deutschen Besatzung paroli bieten.[37]

Doch wollen wir zunächst beim Schicksal der Slowenen bleiben. Das slowenische Siedlungsgebiet war zerrissen und die Vorgangsweise der NS-Verwaltung in den Jahren 1941/42 war, wie es Kärntner Zeitzeugen damals bezeichnet haben, eine „Gewaltpolitik", die zu einem „unerträglichen Zustand" geführt habe, der es notwendig machte,

> „…, *daß nunmehr das slowenische Volkstum anerkannt wird und seine Pflege und Erhaltung im Rahmen des Deutschen Reiches gewährleistet würde*".[38]

Diese in seiner Denkschrift an den Gauleiter und Reichsstatthalter Friedrich Rainer vom Landeshistoriker Martin Wutte verwendeten Worte skizzieren die Lage, in der sich die Slowenen befanden. Wutte bezog sich hier auf Rainers Proklamation vom 27. 9. 1942, in der der Gauleiter in der typischen NS-Phraseologie indirekt zugibt, dass den slowenischen Bewohnern des Reichsgaus Kärnten, zu dem ja seit April 1941 auch Oberkrain gehörte, Unrecht geschehen ist, wenn er sagt:

„Nach Monaten schwerer Bedrängnis und bitteren Leides für viele von Euch tretet Ihr mit heutigem Tage in ein gesichertes Rechtsverhältnis im Rahmen des Großdeutschen Reiches. Die Zeit der Ungewissheit und Unsicherheit ist vorbei."[39]

Dies zeigt, dass auch NS-Größen trotz der menschenverachtenden Nazi-Ideologie ein letzter Rest von natürlichem Rechtsempfinden erhalten geblieben ist, wenn Rainer freilich auch zwischen Ursache und Wirkung nicht unterscheiden konnte. In der zitierten Proklamation spricht Rainer zwar in der Einleitung davon, dass das *„große über Krain hereingebrochene Unheil durch die Schuld verbrecherischer kommunistischer Elemente und Helfershelfer"* verursacht sei,[40] es war aber vielmehr so, dass der Widerstand durch die Aussiedlungen von Slowenen provoziert war. Die „Richtlinien und Anweisungen des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums zur Aussiedlung von Slowenen"[41] sowie mehrere „Denkschriften"[42] sprechen eine zu deutliche Sprache; dazu kommt, dass schon 1940 Überlegungen zu Grenzverschiebungen nach Süden seitens des Deutschen Reiches angestellt wurden.[43] Es ist als historisches Faktum zu betrachten, dass die *„Auslöschung der ethnischen Individualität der Slowenen beabsichtigt war"*,[44] auch in Kärnten, wo am 14. April 1942 überfallsartig die ersten Aussiedlungsaktionen durchgeführt wurden.[45] Die Eindeutschung, der verbleibenden Slowenen sollte durch die bevorzugte bzw. beschleunigte Aussiedlung der slowenischen Intelligenz unterstützt werden, um *„den einfachen Mann, der ohne volkseigene Führung beeinflussbar ist, zu gewinnen …"*[46] sowie durch die *„Ansiedlung bewährter deutscher Menschen"*[47] beschleunigt werden.

Gegen die Vorgangsweise der Nazi haben sich eine Reihe von Kärntner Persönlichkeiten zu Wort gemeldet, nicht nur der bereits genannte M. Wutte, sondern auch Josef Friedrich Perkonig, Univ.-Prof. Dr. Erwin Aichinger, Weihbischof Rohracher, um einige zu nennen.[48] Teils kriegsbedingt, teils um Unruhe zu vermeiden, kamen die Aussiedlungen nahezu zum Stillstand, vereinzelt gab es bis 1944 solche Maßnahmen.[49] Ferner sei darauf hingewiesen, dass mit Rücksicht sowohl auf den Bundesgenossen Italien als auch auf die Verträge mit der Sowjetunion das Deutschtum in Südtirol, im Kanaltal und im italienischen Teil Krains sowie in den Stalin zugesprochenen baltischen, ostpolnischen und rumänischen Gebieten von den Nazis buchstäblich verraten wurde, indem man auch diese Deutschen aussiedelte. Als Beispiel sei das Schicksal der Gottscheer erwähnt, die zunächst in der Südsteiermark auf abgesiedelten slowenischen Höfen angesiedelt wurden, um dann nach Kriegsende endgültig ihre Heimat zu verlieren.[50] Auch Deutsche waren im nationalsozialistischen Nationalitätenschach bloß Figuren, die man beliebig hin- und herschieben und abtauschen konnte. Um im Bilde zu bleiben: Am Ende der Partie gab es schachmatt für den größten Teil des Ost- und Südosteuropadeutschtums.

Jahrhundertealte Kulturarbeit und Symbiose wurden in wenigen Jahren gerade von jenen vernichtet, die vorgaben, die Interessen des deutschen Volkes zu vertreten.

Als Reaktion auf die gegen die Slowenen gerichteten NS-Maßnahmen musste sich zwangsläufig bald Widerstand erheben. Dieser war in Kärnten zunächst ein spontaner, der erst nach und nach in die kommunistisch geführte *Osvobodilna Fronta* (Befreiungsfront) eingegliedert wurde,[51] die auch für den Anschluss Südkärntens an Jugoslawien kämpfte. In den bis 1941 zu Jugoslawien gehörenden slowenischen Gebieten geriet der Widerstand schon früher unter kommunistische Führung. Die Befreiungsfront (*Osvobodilna Fronta*) ist am 27. April 1941 gegründet worden;[52] sie ist aus der einige Jahre zuvor hervorgetretenen Volksfront aus Kommunisten, christlichen Sozialisten und einigen anderen Gruppierungen entstanden[53] und war von Anfang an kommunistisch dominiert.

Für viele Menschen jener Zeit, v. a. für Intellektuelle, erschien der Kommunismus als einzige Alternative zum Faschismus bzw. Nationalsozialismus, auch bei anderen Völkern, selbst bei den Deutschen (und Österreichern). Dies hängt sicherlich damit zusammen, dass die Auswirkungen der braunen Diktatur mit ihrer Gewalttätigkeit und bornierten Ideologie selbst erlebt wurde, hingegen man sich über die Zustände in Stalins Sowjetunion keine rechte Vorstellung machte (bzw. machen konnte). Dazu kommt, dass dem Kommunismus ja durchaus humanistische und soziale Ideale zugrunde liegen, die man dem Nationalsozialismus entgegensetzen konnte, der sich ja ausgesprochen inhuman und menschenverachtend verhielt. Außerdem hätte der Kommunismus zu keiner bürokratischen Tyrannei führen *müssen*, wenn man den sozialistischen Staat nach demokratischen Grundsätzen aufgebaut hätte. So aber war der Aufbau des „Ersten sozialistischen Staatswesens" mit Massendeportationen, Sozialschichtenmord und Zwangsarbeit untrennbar verbunden; auch nach 1945 wurde diese Praxis fortgesetzt, und nach dem Zusammenbruch des Kommunismus kam nach und nach die Wahrheit an den Tag. Dafür sind die seinerzeitigen Kommunisten im antifaschistischen Widerstand sicher nicht verantwortlich zu machen, die meisten von ihnen waren Idealisten, die aber – auch dies muss einmal ausgesprochen werden – zusammen mit anderen Widerstandsgruppen von Stalin und seinen Mitstreitern für den sowjetischen Imperialismus in Ost- und Südosteuropa missbraucht worden sind. Allerdings gelang es den jugoslawischen Kommunisten, die Früchte ihres Sieges selbst zu genießen (1948: Bruch zwischen Stalin und Tito). Die jugoslawischen Kommunisten bejahten von Anfang an den Gesamtstaat und hatten ein föderalistisches Konzept (daher gab es eine eigene KP Sloweniens, Kroatiens usw.[54]); die KP bestand zwar seit 1921 (war aber in der Illegalität).[55]

Für Slowenien bedeutete dies, dass in diesem zutiefst katholischen Land Vertreter einer politischen Ideologie die Führung im „Volksbefreiungskampf" übernahmen, die beim Großteil der Bevölkerung keine große Zustimmung finden konnten, zumal ja die Kommunisten das Gesellschaftssystem und somit die Eigentumsverhältnisse grundlegend ändern wollten. Ihre Taktik, vordergründig für die Befreiung des Volkes zu kämpfen, hintergründig aber die Ziele der kommunistischen Revolution zu verfolgen, wurde von vielen durchschaut. Doch diese Entwicklung war für die Slowenen verhängnisvoll, weil sie zu einer Polarisierung beitrug. Viele Slowenen, die mit den von den Deutschen über sie gebrachten Verhältnissen alles andere als einverstanden waren, sahen den Kampf gegen den Kommunismus als die vordringliche Aufgabe; 1943 wurde die slowenische Heimwehr (*Domobranci*) gegründet, die gegen die kommunistischen Partisanen eingesetzt wurde. Damit nahm der Kampf um nationale Befreiung die Dimension eines Bürgerkriegs an,[56] und am Ende des Krieges wurde die Nazi-Fremdherrschaft durch die kommunistische Diktatur, die sich formal demokratisch präsentierte, abgelöst, die mit den Antikommunisten brutal abrechnete: Zehntausende Slowenen wurden in den Urwäldern der Gottschee erschossen (darunter 12.000 junge Menschen!).[57] Auch für die Vertreibung der Deutschen und die Verschleppungen von Kärntnern sind die Kommunisten verantwortlich gewesen; ebensowenig, wie man die Naziverbrechen den deutschen Behörden und Soldaten pauschal zuschreiben darf, ist in diesem Zusammenhang auch eine pauschale Verurteilung der Partisanen und des Widerstandes entschieden abzulehnen. Da wie dort trugen Einzelpersonen die Hauptverantwortung und machten andere Personen durch die Erteilung von entsprechenden Befehlen zu Mitschuldigen. Nicht nur in Kärnten, auf dem ganzen slowenischen Gebiet spielte sich der Kampf zwischen nationalsozialistischer und kommunistischer Ideologie mit seiner ganzen Grausamkeit ab – sich neutral, abseits zu halten, war unmöglich.[58] Und ein Dreivierteljahrhundert nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gelten für das Verhältnis zwischen Slowenen und Deutschen (bzw. Österreichern) Mirko Bogatajs Worte:

> *„Der Weg des Friedens ist der Weg der Wahrheit. Wahrhaftigkeit ist ebenso wichtig wie die Bereitschaft zum Frieden. Sollen für die eigene Sache günstige Wahrheiten geglaubt werden, so muß man auch den Mut haben, Tatsachen auszusprechen, die für die eigene Sache nicht günstig sind."*[59]

Gesamtjugoslawisch gesehen bildeten sich nach der Besetzung des Landes im Jahre 1941 zwei Widerstandsgruppen: die *Četnici* (*Tschetniks*) mit monarchistisch-zentralistischer, gegen die kroatische Selbstständigkeit gerichteter Gesinnung, geführt von Draža Mihajlović, und die kommunistische Widerstandsbewegung unter Generalsekretär Josip Broz „Tito". Gab es am Anfang noch Kontakte zwischen beiden Bewegungen, kam es bald zum offenen Gegensatz, und nach einigen zwar vorübergehenden,

aber spektakulären Erfolgen Titos (z. B. die Errichtung der *Republik Užice* im Herbst 1941) erlangte dieser ab 1943 die Unterstützung der Alliierten, was ihn schließlich zum Sieger über die Okkupanten werden ließ und der KP den Weg zur Herrschaft ebnete, die nach Kriegsende (nach dem Muster anderer Ostblockländer) über eine Volksfront ihre Stellung festigte, indem diese bei den Wahlen vom 11. 11. 1945 90 % der abgegebenen Stimmen erhielt.[60] Am 31. 1. 1946 wurde die neue Verfassung verkündet, die dem bundesstaatlichen Prinzip folgte und den offiziellen Staatsnamen *Federativna Narodna Republika Jugoslavija* (Föderative Volksrepublik Jugoslawien) führte; es gab 6 Volksrepubliken, eine davon war Slowenien, seit 1963 *Socialistična Republika Slovenija* (Sozialistische Republik Slowenien) im Rahmen der *Socialistička Federativna Republika Jugoslavija* (Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien) – kurz SFRJ. Die slowenische Teilrepublik wurde im neuen Jugoslawien bald zur wirtschaftlich am besten entwickelten. Auch im Bildungswesen und auf kulturellem Gebiet wurde ein hohes Niveau erreicht. Da nach dem Bruch zwischen Stalin und Tito in Jugoslawien ein anderer Weg zum Sozialismus beschritten wurde als in den unter Moskaus Kuratel stehenden Ländern, konnte das Land einen gewissen wirtschaftlichen Aufstieg erzielen, der sich am deutlichsten in den westlichen Teilrepubliken zeigte.

Von der Krise des („realen") Sozialismus, die 1989 zu seinem Zusammenbruch führte, blieb aber auch Jugoslawien nicht verschont. Der Prozess der Demokratisierung nahm von der höchst entwickelten Teilrepublik, nämlich Slowenien, seinen Ausgang, wobei die Unabhängigkeit Sloweniens noch unter dem alten System eingeleitet worden war. Schon am 16. Juni 1989 hat das slowenische Regionalparlament eine Verfassungsrevision verabschiedet, die das Recht zur Abspaltung Sloweniens von Jugoslawien vorsieht; am 27. September 1989 wurde der Weg zum Mehrparteiensystem beschritten, und am 8. und 22. April 1990 fanden die ersten demokratischen Wahlen seit 1945 statt, die das Sieben-Parteien-Bündnis DEMOS mit 47 von 80 Sitzen gewonnen hat. Am 23. Dezember 1990 wurde die Volksabstimmung zur staatlichen Unabhängigkeit abgehalten, auf der 88,5 % der Wähler für diese votierten. Sie wurde bekanntlich am 25. Juni 1991 ausgerufen – was weiter geschah, ist allgemein bekannt.

Die Ursachen für den Wunsch nach staatlicher Unabhängigkeit sind vielfältig. Sie bestehen sowohl aus emotionalen als auch ökonomisch-sozialen Komponenten. Zum einen gibt es den alten Konflikt aus nationaler Selbstbehauptung und Einbettung in den altösterreichischen (also mitteleuropäischen) Raum, der durch die Verflechtung deutscher und slawischer Kultur auf ursprünglich romanischem Boden geprägt worden ist. Das slowenische Siedlungsgebiet war auf mehrere österreichische Kronländer verteilt.

Der Eintritt der Slowenen in das neuerrichtete Jugoslawien bedeutete ihre abrupte Loslösung aus einer jahrhundertealten Schicksalsgemeinschaft. Dies trug zwar entscheidend zur Festigung des slowenischen Volkstums bei, was nicht zu bestreiten ist, brachte aber schon im ersten Jugoslawien nicht die erwünschte Autonomie, die erst, allerdings unter kommunistischem Vorzeichen, im zweiten Jugoslawien verwirklicht wurde. Nach dem Trauma der nationalsozialistischen Entnationalisierungspolitik mussten sich die Slowenen nolens volens ins neue volksrepublikanische, aber föderalistische Jugoslawien einfügen, welches selbst Antikommunisten in vieler Hinsicht als das kleinere Übel erscheinen musste.

Zum anderen empfand man mit der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung, die den Slowenen ja einen gewissen Wohlstand brachte, immer mehr den Gesamtstaat als unbequemes Korsett, in dem man sich in seiner Entfaltung behindert sah, besonders nach Titos Tod (1980), als die sich anbahnende ökonomisch-soziale Krise immer spürbarer wurde. Und man entdeckte wieder seinen Platz, der Mitteleuropa heißt, und es entstand der Wunsch nach staatlicher Unabhängigkeit – denn warum soll ein Land mit 1,9 Mill. Einwohnern nicht selbstständig sein? In Europa gibt es schon lang bevölkerungsmäßig mehrere noch kleinere Staaten (z. B. Island, Malta, Luxemburg). Auch relativ zum europäischen Einigungsprozess ist Eigenstaatlichkeit von Vorteil, denn als jugoslawische Teilrepublik hätte Slowenien a priori nur wenig Spielraum gehabt.

Auch Österreich ist klein, ist von der Geschichte belehrt worden, dass der Traum vom Anschluss ans Deutsche Reich, der 1918 von mehreren politischen Gruppierungen getragen wurde, nicht der richtige Weg war. Daher muss man als Österreicher für die slowenische Sehnsucht nach staatlicher Unabhängigkeit volles Verständnis aufbringen, wenn auch die Geschichte beider nicht unmittelbar vergleichbar ist. Wie eng verflochten österreichisches und damit kärntnerisches und slowenisches Schicksal ist, darauf hat der schon mehrmals erwähnte Josef Friedrich Perkonig hingewiesen:

> *„Nicht nur die Deutschen haben auf die Slowenen abgefärbt, auch diese haben zu dem seelischen Akkord Kärntens einen Klang beigesteuert, um den es ärmer wäre, verstummte er jemals.“*[61]

Anfangs konnten sich Österreich und die EU nicht entschließen, die Unabhängigkeit Sloweniens anzuerkennen. Die Sowjetunion war zunächst ein Protektor der jugoslawischen staatlichen Einheit, aber am 19. August 1991 leitete ein missglückter Putsch gegen Staatspräsident Michail S. Gorbatschow den Zerfall der Sowjetunion ein, die offizielle Auflösung erfolgte dann am 26. Dezember 1991; zuvor (1990) hatten bereits die drei baltischen Republiken ihre Unabhängigkeit erklärt. Slowenien und das Baltikum sind allerdings nur bedingt vergleichbar, denn (1) waren die baltischen Völker in der Zwischenkriegszeit selbstständige Staaten, (2) waren sie intensiver

gesteuerter (russischer) Unterwanderung (insbesondere Lettland und Estland) ausgesetzt und (3) ist Slowenien nicht durch einen Gewaltakt (weder 1918 noch 1945) dem Staat einverleibt worden. Aber gemeinsam ist ihnen die Größenordnung ihrer Völker und Einwohner[62] (von insg. 70 Sprachvölkern) und das Bewusstsein, in einen Staat gezwängt zu sein, der ihrer eigenen Entwicklung hinderlich ist bzw. durch den sie sich benachteiligt sehen. Besonders tragische Folgen zeitigte ein solches Bewusstsein in Kroatien sowohl bei der kroatischen Mehrheit als auch serbischen Minderheit. Daher ist vielfach die Befürchtung geäußert worden, eine neue Welle des Nationalismus bedrohe den Frieden in Europa. Nun, wer bedroht wirklich den Frieden? Nicht die Slowenen und die baltischen Völker, denn der Nationalismus der Slowenen und Balten hat sich in unserer heutigen Zeit äußerst moderat artikuliert, auch haben diese Völker keine Gewalttaten gesetzt, vielmehr ist ihnen von ihren Zentralregierungen Gewalt angetan worden. Heute können sie auf 30 Jahre Verwirklichung ihrer nationalen Träume zurückblicken und tragen mit ihrer Unabhängigkeit auch nationale Selbstverantwortung. Sie haben keinen Grund, alten Zeiten nachzutrauern, denn weder die vorgorbatschowsche Sowjetunion noch das titoistische Jugoslawien geben Anlass zu nostalgischen Reminiszenzen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg fiel der Großteil des ehemaligen österreichischen Küstenlandes von Italien an die jugoslawischen Teilrepubliken Slowenien und Kroatien. Da das Hinterland von Gorizia (Gorica/Görz) an Slowenien kam, der allergrößte Teil der Stadt aber an Italien, wurde die slowenische Stadt *Nova Gorica* gegründet. Für das stark durchmischte, umstrittene Gebiet um Triest wurde 1947 als Provisorium der Freistaat Triest errichtet, der unter internationale Kontrolle gestellt wurde. Bei dessen Auflösung nach dem Londoner Abkommen vom 5. Oktober 1954 fiel die Stadt Triest mit Umgebung (Zone A) an Italien, das Hinterland im Süden (Zone B) an Jugoslawien. Die endgültige Aufteilung des Gebietes wurde im Vertrag von Osimo geregelt und trat 1977 in Kraft.

Am 17. Jänner 1989 bekannte sich das Zentralkomitee der slowenischen Kommunisten zum politischen Pluralismus und öffnete damit in Slowenien den Weg zu einem Mehrparteiensystem. Am 27. September 1989 verabschiedete das slowenische Parlament eine Verfassungsänderung, die Slowenien eine Abspaltung von Jugoslawien ermöglichte. Zudem wurden die Rechte auf freie und geheime Wahlen sowie auf freie politische Vereinigung festgeschrieben, noch bei gleichzeitigem Verbleib im jugoslawischen Staatsverband. Am 7. Dezember 1989 schlossen sich die antikommunistischen bürgerlichen Parteien in Ljubljana zu dem Oppositionsblock DEMOS (*Demokratična opozicija Slovenije*, Demokratische Opposition Sloweniens) zusammen und erreichten in den ersten Mehrparteienwahlen nach Kriegsende die absolute Mehrheit im Parlament. Die

Präsidentschaftswahlen am 22. April 1990 gewann jedoch der Spitzenkandidat der Kommunisten Milan Kučan.

Am 25. Juni 1991 löste sich Slowenien bekanntlich aus dem Staatsverband Jugoslawien und erklärte seine politische Unabhängigkeit, was eine militärische Intervention der Jugoslawischen Volksarmee auslöste. Im sogenannten *10-Tage-Krieg* wurde eine Besetzung des Landes durch die serbisch dominierte Armee jedoch durch den gut organisierten Widerstand der slowenischen Territorialverteidigung verhindert.[63] Es kam zu mehreren eher kleinen Gefechten zwischen der Territorialverteidigung und der Jugoslawischen Volksarmee, vor allem an den Grenzübergängen, als slowenische Zöllner dort die Kontrolle übernahmen, die jugoslawische Armee diese Übergänge jedoch wieder zurückerobern wollte. Dabei wurden auch mehrere Luftangriffe durchgeführt, in deren Verlauf auch mehrmals österreichisches Territorium verletzt wurde. Der Konflikt forderte 39 Tote auf Seiten der Volksarmee, 13 auf slowenischer Seite und 10 getötete ausländische Staatsbürger.[64]

Es kam aber letztlich zu keinen größeren Zerstörungen, was die Entwicklung der slowenischen Wirtschaft, die schon vorher die höchstentwickelte gewesen war, nach der Unabhängigkeit begünstigte. Die Gefahr eines Bürgerkriegs bzw. bürgerkriegsähnliche Unruhen, wie sie in anderen Teilen Jugoslawiens stattfanden, bestand zu keinem Zeitpunkt, da die slowenische Bevölkerung, von kleineren Minderheiten abgesehen, überwiegend aus Slowenen besteht, während in den späteren Konflikten in den Nachfolgestaaten die Frage der serbischen Minderheiten und deren eventueller Wechsel in den Serbischen Staat im Zentrum der Auseinandersetzungen stand.

Unter Vermittlung der Vereinten Nationen und der österreichischen Regierung konnte schließlich ein Kompromiss erzielt werden: Slowenien sollte den Vollzug der Unabhängigkeit für die Dauer von drei Monaten aussetzen und in dieser Zeit konnte sich die Jugoslawische Volksarmee vollständig aus Slowenien zurückziehen, womit am 8. Oktober 1991 die Unabhängigkeit der Republik Slowenien endgültig in Kraft gesetzt wurde. Österreich erklärte die für den 15. Jänner 1992 vorgesehene Anerkennung des neuen Staates bereits am 19. Dezember. Am 19. Dezember 1991 erklärte die deutsche Regierung, sie werde die slowenische Unabhängigkeit am 23. Dezember anerkennen, was sie dann auch tat. Der Vatikan erkannte Slowenien am 13. Jänner 1992 an, am 15. Jänner schlossen sich die anderen elf EWG- (bzw. EU-)Staaten gemäß dem Beschluss vom 16. Dezember 1991 an, und bis Ende Jänner 1992 war Slowenien von der Mehrheit der internationalen Staatengemeinschaft als unabhängiger Staat anerkannt.

Seitdem hat sich das Land schnell stabilisiert und gilt als der am weitesten vorangeschrittene ehemals sozialistische Reformstaat. Verbleibende kleinere Grenzstreitigkeiten mit dem Nachbarn Kroatien um Seehoheitsgebiete

an der Adria konnten anlässlich deren EU-Beitritts 2013 weitgehend beigelegt werden.

Am 23. März 2003 sprachen sich in Slowenien 90 % (Beteiligung 60 %) der Abstimmenden in einer Volksabstimmung (Referendum) für den Beitritt zur EU aus, und Slowenien wurde nach der Entscheidung auf dem EU-Gipfeltreffen am 13. Dezember 2002 in Kopenhagen am 1. Mai 2004 zusammen mit neun weiteren Staaten in die Europäische Union aufgenommen. Durch seine gute wirtschaftliche Entwicklung gehört Slowenien seit Beitritt zu den Nettozahlern. Es nimmt seit 1. Jänner 2007 an der Europäischen Währungsunion teil, der Euro löste den slowenischen Tolar ab, der nach der Unabhängigkeit eingeführt worden war – als erster Staat unter den 2004 in die EU aufgenommenen 10 Staaten.

Wirtschaftlich gesehen befindet sich Slowenien auf einem guten Weg. Das Land hat eine ausgewogene Wirtschaft, in der Hauptsache Landwirtschaft, Industrie, Dienstleistungen und Fremdenverkehr. Auch außerhalb Sloweniens sind u. a. das Öl- und Energieunternehmen *Petrol* und der Haushaltswarenhersteller *Gorenje* gut bekannt. Im Jahre 2017 betrug das Bruttoinlandsprodukt 43,28 Mrd. Euro und lag damit noch vor Portugal und deutlich vor allen anderen mittelosteuropäischen EU-Ländern. Das Wirtschaftswachstum lag bei 5 %.[65] Die 30 Jahre Unabhängigkeit für Slowenien waren also sehr erfolgreich, und dies ist dem Land und seinen Einwohnern auch für die weitere Zukunft zu wünschen.

Anmerkungen

1 Nach der Tageszeitung *Delo* (Ljubljana) vom 27. 12. 1990.

2 Diese Tage erlebte ich zufällig mit, da ich in Laibach/Ljubljana vom 26. bis 28. Juni 1991 am wissenschaftlichen Symposium aus Anlass des 100. Todestages des Altösterreichers slowenischer Abstammung *Franz von Miklosich* bzw. *Franc Miklošič*, des Begründers der Slawistik in Österreich, teilnahm. Mein Bericht dazu: http://members.chello.at/heinz.pohl/SLO_Unabhaengigkeit_1991.htm.

3 Diesen Namen prägte m. W. das österreichische Nachrichtenmagazin *Profil* in seiner Ausgabe vom 1. 7. 1991 (Nr. 27/1991).

4 Dazu s. H.D. Pohl, Zur Sprache der Freisinger Denkmäler. Beziehungen zwischen der Sprache der Freisinger Denkmäler und den Ortsnamen Oberkärntens und Osttirol alpenslawischer bzw. slowenischer Herkunft. In: *Zbornik Brižinski spomeniki* (Ljubljana, SAZU 1996) 311 ff., und H.D. Pohl. *Kärnten/Koroška. 1000 Jahre gemeinsames slowenisches und deutsches Namengut.* Klagenfurt/Celovec, Mohorjeva/Hermagoras 2020, 33 ff.

5 Text und Kopie s. bei. H.D. Pohl, *Unsere slowenischen Ortsnamen/Naša slovenska krajevna imena* (Klagenfurt/Celovec, Mohorjeva/Hermagoras 2010) 116 ff.

6 Heute meist als *Katekizem v slovenskem jeziku* oder einfach *Katekizem* in modernem Slowenisch zitiert. – Die Eigenbezeichnung *slowenisch* (auch *slovenisch*) ist erst nach 1848 in der deutschen Gemeinsprache als Fachausdruck allgemein üblich geworden und wurde dann auch amtlich für die Sprache verwendet. – Zur Bezeichnung *windisch* s. zuletzt H.D. Pohl, Sprache und ethnisches Bewusstsein – gezeigt an den Begriffen Deutsch/Windisch/Slowenisch. In: *KulturLandMenschen*, *Zeitschrift der Kärntner Landsmannschaft* 09–10/2020, 64–71 (mit Lit.).

7 Dies wird slowenischerseits bzw. von proslowenisch eingestellten Autoren gerne verschwiegen; z. B. im Lehrbuch *Geschichte der Kärntner Slowenen* (Klagenfurt-Wien, Hermagoras-Verlag 1988) wird diese Tatsache umgangen mit der Feststellung, dass der Kärntner Landtag „ohne slowenische Vertreter" gewesen sei (S. 39, zur Kritik zu diesem Buch vgl. v. a. A. Ogris, *Carinthia I* 178 (1988) 353 ff., insbes. 360). Der slowenische Autor M. Bogataj hingegen weiß in seinem Buch *Die Kärntner Slowenen* (Klagenfurt-Wien, Hermagoras-Verlag 1989) davon zu berichten, dass der Kärntner Landtag einstimmig auch mit den Stimmen der zwei slowenischen Abgeordneten Dr. Rulitz und Karner sich gegen die Teilung des Landes ausgesprochen hat (S. 51 f.). Vgl. auch meine Rezension dieses m. E. besten Buches zur Geschichte der slowenischen Minderheit in Kärnten in: *Europa ethnica* 47 (1990) 208 ff.

8 Einer der drei Hauptdialekte des ehemaligen Serbokroatischen (heute BKS = Bosnisch-Kroatisch-Serbisch), auf dem die Schriftsprache beruht. Näheres dazu s. H.D. Pohl, Serbokroatisch – Rückblick und Ausblick. In: *Wechselbeziehungen zwischen slawischen Sprachen, Literaturen und Kulturen in Vergangenheit und Gegenwart (Akten der Tagung aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Instituts für Slawistik an der Universität Innsbruck, 25.–27. 5. 1995, hg.v. I. Ohnheiser*. Innsbruck 1996) 205–221.

9 Vgl. A. Barac, *Geschichte der jugoslavischen Literaturen* (Wiesbaden, Harrassowitz 1977) 118 u. 122 ff.

10 Vgl. P. Bartl, *Grundzüge der jugoslawischen Geschichte* (Darmstadt, Wiss. Buchgesellschaft 1985) 75.

11 So I. Šušteršič (zitiert nach Bartl 75).

12 Vgl. Bartl 76.

13 Vgl. Bartl 88 und Geschichte 51.

14 Bartl 77.

15 Geschichte 51.

16 (1869–1938), nicht identisch mit dem gleichnamigen späteren Ustaša-Führer Ante Pavelić (1889–1959), Näheres Bartl 78.

17 Korrekte Schreibung *Karađorđević*.

18 Vgl. Bartl 87 f. Außerdem ist festzuhalten, dass die in Kroatien entstandene Idee einer südslawischen Vereinigung und die serbische nationale Ideologie, deren Grundlage das *Načertanije*-Programm ist und auf ein „Großserbien" ausgerichtet war, zueinander in Widerspruch standen. Denn die serbische nationale Ideologie war seit Mitte des 19. Jahrhunderts auf Expansion ausgerichtet. Der Begründer dieses Konzepts ist Garašanin, der 1844 das geheime Dokument *Načertanije* (etwa „Programm") verfasste, wonach sich der Zerfall des Osmanischen Reiches weiter fortsetzen werde und Serbiens Politik darauf auszurichten sei, dass es eine dominierende und beherrschende Stellung auf dem Balkan erlange. Dieses Programm sah eine Ausdehnung Serbiens nach Süden, nach Bulgarien, in Teile Nordalbaniens, Bosnien-Herzegowinas und große Teile Kroatiens vor. Dadurch käme es zu einer Erneuerung des mittelalterlichen Serbischen Reiches (zitiert aus J. Furkes, Der unaufhaltsame Aufstieg des Slobodan Milošević. Der serbische Nationalismus und der Zerfall Jugoslawiens. In: J. Furkes/H. Schlarp (Hg.), *Jugoslawien: Ein Staat zerfällt* (Reinbek bei Hamburg, Rowohlt 1991 [rororo aktuell 13074]) 64 f.). – Zur Entstehung und Bedeutung des *Načertanije* vgl. auch Bartl 55 f. (die Grundidee des *Načertanije* stammt übrigens vom polnischen Fürsten Adam Czartoryski).

19 Bartl 80.

20 Vgl. Bartl 81.

21 Vgl. Ogris 360.

22 Vgl. Bartl 90 f.

23 Zum *Načertanije* vgl. J. Furkes (Anm. 18); vgl. ferner Geschichte 114 f., wo dieser Aspekt „serbischer Hegemonieansprüche" nur gestreift wird; zum *Načertanije* vgl. auch Bartl 55 f.

24 Auch Šusteršič geschrieben.

25 Bartl 105.

26 = *Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation*, eine revolutionäre nationale Befreiungsbewegung der Bulgaren in Makedonien. Eine Ethnie mit eigener Schriftsprache sind die Makedonier erst seit 1944/45, zuvor galten sie (ethnisch) als Bulgaren.

27 Vgl. E. Petschauer, Das Jahrhundertbuch der Gottscheer (Wien, Braumüller 1980) 107 ff.

28 Vgl. F. Petek in V. Einspieler, Verhandlungen über die der slowenischen Minderheit angebotenen Kulturautonomie 1925–1930 (Klagenfurt, Geschichtsverein für Kärnten 1980, 2. Aufl.) 32. Vgl. auch Ogris 361 (dieser Fragenkomplex wird in *Geschichte*, s. o. Anm. 7, übergangen).

29 Vgl. Petschauer 113.

30 Bartl 120.

31 Vgl. Bartl 114–116; die *Kleine Entente* war in erster Linie gegen Restaurationsversuche der im Ersten Weltkrieg besiegten Mächte gerichtet (vgl. Bartl 92 f.).

32 Bartl 126.

33 Vgl. Geschichte 127.

34 Vgl. auch T. Ferenc, *Quellen zur nationalsozialistischen Entnationalisierungspolitik in Slowenien 1941–1945* (Maribor, Založba Obzorja 1980) 5.

35 Dies lieferte in den 1990er Jahren dann den Vorwand für die Auseinandersetzungen zwischen Serben und Kroaten in der Krajina und in Slawonien: Die von Tito mit eiserner Faust verordnete *bratstvo i jedinstvo* („Brüderlichkeit und Einheit") hatte die alten Rechnungen nur zugedeckt, und diese sind in der Agonie des Gesamtstaates wie eine chronische Krankheit plötzlich akut geworden. Aktuell dazu u. a. W. Höpken, Die Unfähigkeit zusammenzuleben. Der nie bewältigte Nationalitätenkonflikt. In: J. Furkes/H. Schlarp (s. o. Anm. 18 Ende) 165 ff.

36 Genaueres zur Aufteilung Jugoslawiens vgl. Bartl 128 ff.

37 Vgl. Bartl 132 f.

38 M. Wutte zitiert nach *Martin Wutte (1876–1948) zum Gedächtnis (Festschrift)* (Klagenfurt, Geschichtsverein für Kärnten 1988) 30.

39 Ferenc, Quellen 507.

40 Ebda. 506 (Wortfolge geändert).

41 Vgl. ebda. 60 ff. (Steiermark) bzw. 114 ff. (Kärnten und Krain).

42 Ebda. 115 ff. (manche Denkschriften stammen noch aus der Zeit vor 1941, z. B. die Dokumente Nr. 1–3).

43 Ebda. 25 ff. (Dokument Nr. 6).

44 So T. Ferenc in der Einleitung zu den „Quellen" (S. 5, Wortfolge geändert).

45 Ebda. 414 ff., vgl. auch Bogataj 87.

46 Ferenc, Quellen 117.

47 Heinrich Himmler, zitiert nach K. Stuhlpfarrer, *Neues Forum*, Dez. 1972, 43.

48 Vgl. Bogataj 87 („Geschichte" 106 f. nennt nur Perkonig und Rohracher und verschweigt Wutte).

49 Geschichte 107.

50 Vgl. Petschauer 115 ff. (insbes. 124–126).

51 Vgl. Bogataj 88 f.

52 Geschichte 127.

53 Ebda. 123 f.

54 Bartl 137.

55 Bartl 91.

56 Vgl. u. a. Geschichte 130 f.

57 Bogataj 105; in der „Geschichte“ (S. 130 f.) wird dies nur angedeutet.

58 So Bogataj 55.

59 Bogataj 104.

60 Näheres u. a. Bartl 134–143.

61 Zitiert nach V. Inzko, *Kärntner Landsmannschaft* 8/1991, 13.

62 Estland hat 1,3 Mill. Einwohner (ca. 1,1 Mill. Estnisch-Sprecher), Lettland 1,9 Mill. Einwohner (ca. 1,3 Mill. Lettisch-Sprecher), Litauen 3 Mill. Einwohner (ca. 2,7 Mill. Litauisch-Sprecher), Slowenien 2,1 Mill. (ca. 1,85 Mill. Slowenisch-Sprecher).

63 Die *Territorialverteidigung* (*Teritorijalna obramba*) war von 1969 bis 1990 ein Teil der jugoslawischen Streitkräfte neben der *Jugoslawischen Volksarmee* und wurde im Gegensatz zu dieser von den Gebietskörperschaften (also von den jugoslawischen Teilrepubliken und anderen Institutionen) aufgestellt. Ihr Grundprinzip war die Organisation der Landesverteidigung auf Kommunalebene. Nach den ersten freien Wahlen im April 1990 mit dem Sieg der Reformer wurde die slowenische territoriale Verteidigung neu organisiert und war daher in der Lage, effektiven Widerstand zu leisten.

64 Petra Rehder: *Slowenien.* C.H. Beck, München 1999, ISBN 3-406-39879-0, S. 144.

65 Angaben nach Wikipedia https://de.wikipedia.org/wiki/Slowenien.

Werner Wintersteiner/Marjan Sturm

Visionen und Wege

Zivilgesellschaftliche Kooperationen im Alpen-Adria-Raum

Abstract: In diesem Beitrag geht es um eine spezifische Kooperation, die Kooperation von sich als politisch verstehenden NGOs (Nichtregierungsorganisationen) über die Grenzen hinweg, um gemeinsame Ziele anzustreben, letztlich, um die als Einheit empfundene Alpen-Adria-Region umzugestalten, neu zu gestalten im Sinne einer „Friedensregion". Wichtige Etappen, Akteure und Erfahrungen seit den 1980er-Jahren, vor allem aber aus der jüngsten Gegenwart und mit einem starken Fokus auf Kärnten, werden hier nachgezeichnet.

1. Alpen-Adria – zwischen Ideal und Pragmatismus

Grenzregionen sind immer Kontaktzonen. Es gibt eine Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg, weil die Nachbarschaft dazu die Gelegenheit bietet – die Nähe, vielleicht die gemeinsame Geschichte, bisweilen die gemeinsame Sprache, jedenfalls gemeinsame Interessen und eine Portion Neugier. Dies gilt wohl für alle Grenzregionen in der einen oder anderen Weise. Was die Zusammenarbeit im Alpen-Adria-Raum davon unterscheidet, ist die Kooperation nicht nur über eine Grenze hinweg, sondern auch über zwei oder drei Grenzen. Was weiter hinzukommt, ist das Gefühl und vielleicht auch das Bewusstsein einer regionalen Zusammengehörigkeit, die zumindest im Namen – Alpen-Adria-Region – postuliert wird. Schließlich bestehen die heutigen Staatsgrenzen der Region zwar seit 100 bzw. 75 Jahren, doch viel länger waren die Kerngebiete von Alpen-Adria in einem gemeinsamen Staatengebilde miteinander verbunden. Diese Zusammengehörigkeit kann sich somit auf sehr lange historische Traditionen berufen, aber dies hätte nicht viel Wert, würde nicht das Bedürfnis nach Zusammenleben als Erfordernis der Gegenwart bestehen.

Heute von Alpen-Adria als Region zu sprechen stellt einen Willensakt dar – es drückt letztlich die Bereitschaft aus, nicht nur friedlich nebeneinander zu leben, sondern grenzübergreifend zu kooperieren und miteinander die Region zum Vorteil aller zu gestalten und dabei auch die Geschichte als Ressource zu nutzen. Seit dem Ende des Ersten Weltkriegs sind bestehende Verbindungen abgeschnitten worden und der gesamte Raum ist in eine Randlage gekommen. Durch einen engeren regionalen Zusammenschluss,

so die Befürworter der Idee, besteht die Aussicht, diesen peripheren Status abzulegen. Dazu könnte man an die reichen gemeinsamen historischen Traditionen anknüpfen. Allerdings ist zu bedenken: Die Region war historisch vereint sowohl im Frieden wie im Krieg, durch gleichberechtigte Zusammenarbeit ebenso wie durch hierarchische Unterdrückung, und damit auch durch Kampf und Streit. Negativ formuliert: Die Einheit – das ist wohl eher der Umstand, dass hier Menschen getrennt, in verschiedenen Ländern leben, Menschen, die nach dem Zerfall der Habsburgermonarchie eine Menge (gemeinsamer) Probleme geerbt haben und sich dessen langsam bewusst werden. Positiv gewendet heißt das: Gerade die vielen Konflikte und Kriege in diesem Raum haben gezeigt, dass nur eine Verständigung über die Grenzen hinweg, ein Verständnis als vielfältige Region, als Einheit in der Verschiedenheit, ein nachhaltiges, friedliches und für alle gedeihliches Zusammenleben sichern kann. So oder so wird damit klar, dass jede ernsthafte Kooperation, sei sie auf der Ebene der Politik, der Kultur, der Wirtschaft oder der NGOs, im Hinblick auf ihre Nachhaltigkeit darauf angewiesen ist, dass sich die Bewohner*innen der Region über ihre gemeinsame und doch trennende Geschichte verständigen.

„Nirgendwo auf dem europäischen Kontinent", sagt der slowenische Historiker Jože Pirjevec, „hatten sich am Ende des Ersten Weltkriegs auf so engem Raum so viele Konfliktherde gebildet wie in der Alpen-Adria-Region. In der Auseinandersetzung zwischen den ethnischen, staatlichen und historischen Traditionen und Interessen von vier oder fünf – wenn man zu den Slovenen, Kroaten, Deutschösterreichern und Italienern auch noch die Friulaner zählt – zwischen Alpen und Adria ansässigen Völkern stand die Lösung eines tatsächlich unlösbaren Knotens einander widersprechender Erwartungen und ‚Rechte' an. [...] Das Unglück lag in der gegenseitigen Ausschließlichkeit. [...] Mit der Festlegung der jugoslawisch-italienisch-österreichischen Grenze stellte sich im Alpen-Adria-Raum eine Problematik, die es hier bis dahin nicht gegeben hatte: die *nationale Minderheit*. In der multinationalen Habsburgermonarchie gab es diesen Begriff nicht, da alle Völker, ungeachtet ihrer Größe, wenigstens formell als gleichberechtigte Subjekte anerkannt waren." (Pirjevec 2001, 432 und 437)

Ebenso einschneidend waren die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs. Spezifisch für die Region war der Überfall des NS-Regimes auf Jugoslawien und die Verfolgung auch der Kärntner Slowen*innen. Damit wurde die Alpen-Adria-Region zu einem vielfältigen und komplexen Kampfschauplatz, wo die Alliierten gegen Hitler-Deutschland und seine Verbündeten vorgingen und Partisan*innen mit unterschiedlichen Interessen und Zugehörigkeiten in Jugoslawien, in Friaul, aber auch in Kärnten Widerstand leisteten. Bekanntlich sind auch diese Ereignisse in allen beteiligten Ländern bis heute Gegenstand von Erinnerungskonflikten.

Das Zusammenleben hatte somit auch nach 1945 eher ungünstige Voraussetzungen: der Kalte Krieg, der in der öffentlichen Wahrnehmung auch das blockfreie, aber kommunistische Jugoslawien als Gegner des NATO-Landes Italien sah, noch dazu angesichts der ungelösten Grenzfragen im Triestiner Raum. Viele Jahre lang war die Grenze zwischen Österreich und Jugoslawien ziemlich geschlossen. Die Entspannung kam schrittweise, und wirklich freie Bahn für gute und enge Nachbarschaftsbeziehungen schuf erst die Helsinki-Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa 1975. Im selben Jahr konnte mit dem Vertrag von Osimo die Grenze zwischen Jugoslawien und Italien endgültig festgelegt werden. 1978 wurde in Venedig die ARGE Alpen-Adria aus der Taufe gehoben. Sie wurde als ein Schritt zur Überwindung des Kalten Kriegs und der gegenseitigen Abschottung in der Nachkriegszeit gefeiert, zugleich aber wurde dieser Zusammenschluss von den Zentralregierungen in Rom und Belgrad als problematische außenpolitische Alleingänge der italienischen Regionen und jugoslawischen Teilstaaten beäugt. So oder so, es begann eine neue Ära, die auch einen Aufschwung zivilgesellschaftlichen Engagements erlaubte.

2. Etappen der zivilgesellschaftlichen Kooperation

Es besteht kein Zweifel, dass die politischen Rahmenbedingungen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der NGOs eine entscheidende Rolle spielten und spielen. Die Situation lässt sich nur beschreiben als ein Zusammenspiel von Politik und Zivilgesellschaft, wobei oft die Impulse von der Zivilgesellschaft kommen, während die Politik günstige oder ungünstige Rahmenbedingungen schafft. Geschildert wird das Folgende aus einer subjektiven Akteursperspektive – haben wir beide Autoren doch an vielen beschriebenen Initiativen mitgewirkt. Zugleich fühlen wir uns dem Bemühen um Objektivität verpflichtet, aber erheben keinen Anspruch auf vollständige Repräsentation aller Aktivitäten.

Die späten 1970er- und die 1980er-Jahre

Schwerpunkte der grenzüberschreitenden Arbeit der NGOs waren, dem Zeitgeist entsprechend, Fragen des Friedens (NATO-Nachrüstung) und der Ökologie (z. B. AKW Krško), zugleich immer auch Fragen der Rechte der slowenischen Minderheit in Kärnten wie die der friulanischen Minderheit. Diese Kooperation war damals ein neues Phänomen und konnte zweifelsohne den Charme des Anfangens für sich verbuchen. Diese zivilgesellschaftliche Kooperation wurde in verschiedenen Publikationen dokumentiert (Radmann 2008, Rausch/Wratschko 2016, Wintersteiner 1990, 1993, 1994) und braucht hier nicht im Detail nachgezeichnet zu werden.

Nur so viel: Die wohl meisten Impulse für Kooperationen, vor allem der Friedens- und Umweltbewegungen, gingen von Kärntner bzw. österreichischen NGOs aus, wenngleich deren zivilgesellschaftliche Verankerung viel schwächer war als etwa in Italien bzw. in Slowenien (Jugoslawien). Die grenzüberschreitenden Aktivitäten hatten immer auch innenpolitische Ziele, in Friaul-Julisch Venetien etwa die Betonung der friulanischen Autonomie, in Slowenien die zunehmende Abgrenzung vom Gesamtstaat. In Österreich wiederum ging es darum, der Opposition gegen die als minderheitenfeindlich empfundene Politik und gegen eine erlahmte Neutralitätspolitik angesichts des Wettrüstens der Supermächte auf diese Weise mehr Gewicht zu verleihen. Ein aufrüttelnder Slogan lautete damals in Kärnten: *Atomraketen vor unserer Haustür!* (Wintersteiner 1993)

Nach 1990

Nach der Unabhängigkeit der jugoslawischen Teilrepubliken entstand eine neue und widersprüchliche Situation: Man erwartete sich strahlende Zeiten, vielleicht sogar ein „Slowenien ohne Armee", wie die damalige Losung des *Mirovno gibanje* lautete (vgl. alpe adria Nr. 19/1990), doch der lange und zermürbende Krieg zerstörte alle Hoffnungen. Zugleich war der Krieg Anlass für viele neue Kooperationen, Unterstützungsmaßnahmen und andere Aktivitäten. Den Bürger*innen der neu entstandenen Staaten standen zahlreiche Chancen offen, den Alpen-Adria-Raum gemeinsam zu gestalten, zugleich aber wurde Alpen-Adria von ihnen als zu enger Horizont empfunden. Durch den Beitritt zunächst Österreichs, dann Sloweniens und schließlich auch Kroatiens zur EU ergaben sich völlig neue Möglichkeiten der Kooperation (z. B. Euregio-Projekte). Doch mit dem Aufstieg rechtspopulistischer Parteien in Italien hielten die Regionen Veneto und Friuli Venezia Giulia eine Arbeit unter dem Dach der ARGE Alpen-Adria nicht mehr für opportun. Ihr Austritt bedeutete das Ende der ARGE. Die heutige Alpen-Adria-Allianz kommt in ihrer Bedeutung nicht mehr an die ihrer Vorgängerorganisation heran.

Dennoch gelangen in dieser Zeit viele Projekte, die der Verständigung dienen: Kultur- und Sportevents, Aufbau des Alpen-Adria-Trails und der Friedenswege (vgl. Koren 2018, Wohlmuther/Wintersteiner 2018), die (allerdings erfolglosen und umstrittenen) Olympia-Bewerbungen und schließlich die Entspannung der Kärntner Minderheitenfrage.

Trotz dieser Widersprüche kann man die 1990er-Jahre als eine Zeit besonders intensiver Alpen-Adria-Projekte der Zivilgesellschaft betrachten. Der schon 1986 gegründete *Club Tre Popoli* organisiert Sprachkurse und interkulturelle Begegnungen, der Verein *Alpen-Adria-Alternativ* legt Forschungsergebnisse zum Verkehr, zu den Minderheiten wie auch zum Bildungswesen in der Region vor und organisiert vor allem länderübergreifende

friedenspädagogische Seminare und Veranstaltungen (Wintersteiner 1994). Der Verein *Erinnern Villach* bezieht in seine antifaschistische Erinnerungsarbeit bald auch die Nachbarländer ein. Das *Sommerkolleg* der Universität Klagenfurt in Bovec, gegründet von Karl Stuhlpfarrer, sorgt für einen jährlichen Kontakt der Jugend. Bald beginnt auch der Verein *Unikum* an der Klagenfurter Universität mit seinen inzwischen legendären Wanderungen und historisch-kulturellen Erkundungen der Region. Das *Friedenszentrum*, ebenfalls Universität Klagenfurt, veranstaltet Symposien und 2009 auch eine Sommer-Universität (vgl. Gruber/Rippitsch 2011).

Zwei Projekte sollen wegen ihrer Bedeutung besonders hervorgehoben werden:

Die *Friedensschule in Gorski kotar* (Kroatien): Als der jugoslawische Staat zerfiel, nahmen die Spannungen vor allem in den Gebieten mit ethnisch gemischter Bevölkerung wie in Gorski kotar, einer gebirgigen Region im Nordwesten Kroatiens, zu. Die Polarisierung der Bevölkerung entlang ethnischer Linien wurde durch Austeilung von Waffen und den Bau von Barrikaden angeheizt. Allerdings widersetzten sich hier besonnene Kräfte erfolgreich dieser Entwicklung. Der 70-jährige Kroate Franjo Starčević, damals Gemeindevorsteher von Mrkopalj, überquerte die Barrikaden alleine und zu Fuß und erreichte es nach langen Verhandlungen mit den Führungskräften der serbischen Dörfer, dass die Barrikaden abgebaut wurden und der Frieden erhalten blieb. Um die Verständigung auf lokaler Ebene zu verstetigen, wurde eine „Friedensschule" gegründet – Freizeitkurse, die zunächst die Kinder der Region und schließlich aus ganz Ex-Jugoslawien sowie aus dem benachbarten Ausland zusammenführten. Auf Vermittlung der Friedensbewegungen des Alpen-Adria-Raums konnte eine Zeitlang der Europarat als Sponsor gewonnen werden. Das war wohl das erfolgreichste Friedensprojekt in der gesamten Alpen-Adria-Region. (Vgl. Otmačić 2021)

Richtungsweisend war auch das dreisprachige Schulprojekt *Drei Hände – Tri roke – Tre mani*, das in den Jahren 2006–2013 im Dreiländereck in den Gemeinden Nötsch im Gailtal, Kranjska Gora und Tarvis grenzüberschreitend durchgeführt wurde (Leitung: Georg Gombos, Universität Klagenfurt). Es sah vor, dass die Kinder schon im Kindergarten mit dem Erlernen der beiden jeweiligen Nachbarsprachen anfangen. Dieses Projekt verkörperte emblematisch nicht nur eine gut konzipierte Bildungsvision, die durch die Förderung frühkindlicher Mehrsprachigkeit mit Nachbarsprachen zu einer besseren Kohäsion der EU-Bürger*innen im Alpen-Adria-Raum beiträgt. Auch organisatorisch sah es durch den Austausch von muttersprachlichen Lehrenden und Erzieherinnen eine transnationale Bildungskooperation vor. Leider war es nicht möglich, dieses erfolgreiche Projekt auf Dauer zu stellen. (Vgl. Gombos 2013)

Marksteine der zivilgesellschaftlichen Kooperation im Alpen-Adria-Raum

1978 Gründung der ARGE Alpen-Adria in Venedig

1978 Gründung der Drei-Länder-Sportveranstaltung Tour 3

1983 Atomkraftwerk Krško geht in Betrieb; seither immer wieder auch internationale Proteste und Demonstrationen

1984 Erstes Alpen-Adria-Friedensseminar in Srednij Vrh (Slowenien/Jugoslawien)

1984 Gemeinsame Friedenskundgebung der Gewerkschaften Friauls, Kärntens und Sloweniens in Ljubljana

1986 Gründung der Zeitschrift alpe-adria des Villacher Friedenskomitees (später Alpen-Adria-Alternativ), bis 2000

1986 Gründung des Club Tre Popoli

1990 Gründung des Vereins Alpen-Adria-Alternativ mit Büros in Graz und Villach

1992 Internationale Konferenz „Kleine Nationen und ethnische Minderheiten im Umbruch Europas“, Maribor

1992 Friedenspädagogisches Alpen-Adria-Seminar in Koper/Capodistria

1994 Škola mira in Gorski kotar nimmt Betrieb auf

2004 Menschenkette Österreich-Slowenien am Mittagskogel zur Begrüßung der EU-Mitgliedschaft Sloweniens; hochrangige Feiern in Gorizia/Nova Gorica

2008 Internationale Tagung Mehrsprachigkeit an der Alpen-Adria-Universität

2012 Start des Projekts „Peace Region Alps-Adriatic” (PRAA)

2018 Drei-Länder-Veranstaltung in Klagenfurt (100 Jahre Ende des Ersten Weltkriegs), Verabschiedung des Alpen-Adria-Manifests

2019/2020 Second World Peace March erreicht die Alpen-Adria-Region – grenzüberschreitende Aktivitäten

3. Die slowenische Volksgruppe als Zankapfel und Verbindungsglied in Kärnten und Friaul

Es gibt zwei Themenkomplexe, die die Kärntner Gesellschaft in allen Bereichen – parteipolitisch, zivilgesellschaftlich, kulturell – im 20. Jahrhundert maßgeblich beeinflusst haben. Zum einen ist dies die Problematik des Abwehrkampfes und der Volksabstimmung 1920 und zum anderen der antifaschistische Partisanenwiderstand im Zweiten Weltkrieg. Beide Themen sind mit der Existenz zweier Sprachgruppen im Lande verknüpft.

Die slowenische Volksgruppe hat in den Beziehungen zwischen Slowenien/Jugoslawien und Kärnten/Österreich bewusst oder unbewusst eine wichtige Rolle gespielt. Der Zerfall der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, die Neugründung von Nationalstaaten hat das Nationalitätenproblem nicht gelöst. Über 10 Millionen Menschen in Europa waren nach 1918 „ohne Heimat", wurden ausgebürgert oder mussten fliehen und stellten ein Konfliktpotential dar (Traverso 2007, 140 f.).

Von der lang anhaltenden Konfrontation …

Aber selbst in Kärnten, wo eine demokratische Volksabstimmung über die Zugehörigkeit Südkärntens durchgeführt wurde, war die so genannte *Minderheitenfrage* weiterhin Spielball der Politik. In der Ersten Republik wurden die Versprechen, die der slowenischen Volksgruppe vor der Volksabstimmung gegeben wurden, nicht eingelöst. Im Gegenteil, die deutschnationalen Kräfte und schließlich die Nationalsozialisten deuteten die Volksabstimmung zum „Sieg in deutscher Nacht" um. Auf der anderen Seite setzten die Kommunisten in Slowenien das nationale Selbstbestimmungsrecht zur Überwindung der „Vierteilung" des slowenischen Volkes auf die Tagesordnung (Kardelj 1971). Diese Forderung wurde zum „nationalen Programm" aller politischen Kräfte des Landes. Durch den Überfall Hitlerdeutschlands auf Jugoslawien wurde die im Voraus geplante Germanisierung Sloweniens blutige Realität. Der antifaschistische Widerstand der Partisanenarmee Titos und speziell der slowenischen Partisan*innen erschöpfte sich nicht in der Zielsetzung, gemeinsam mit den Alliierten den Nationalsozialismus zu bekämpfen, sondern verfolgte auch das Ziel der „Vereinigung aller Slowenen". Dies war sehr plausibel für das Küstenland, das nach 1918 zu Italien gefallen war und wo eine brutale Unterdrückung der slowenischen und kroatischen Sprache stattfand. Allerdings führte diese Orientierung am ethnischen Paradigma nach dem Sieg über Hitler und Mussolini wiederum zu einer Vertreibung bzw. erzwungenen Flucht großer Teile der italienischen Bevölkerung aus dem Küstenland und aus Istrien. Und diese Politik ignorierte ebenfalls, dass die Menschen in Kärnten in einer Volksabstimmung

demokratisch über die Staatszugehörigkeit entschieden und die Alliierten in der *Moskauer Deklaration* von 1943 die Wiederherstellung Österreichs in den Grenzen von 1938 festgelegt hatten.

Die ersten 50 Jahre der Zweiten Republik waren geprägt von einer beschämend ablehnend bis feindseligen Haltung von Proponent*innen der Kärntner Mehrheitsgesellschaft gegenüber der slowenischen Volksgruppe, bei weitgehender Gleichgültigkeit der Bundesregierung. Jeder konkrete Schritt zur Umsetzung der im Artikel 7 des Staatsvertrags zugesicherten Rechte musste erkämpft werden. Darauf soll hier aber nicht weiter eingegangen werden. Eine neue Situation, sowohl geopolitisch wie regionalpolitisch, entstand nach dem Zerfall Jugoslawiens in den Balkankriegen. Die „Volksgruppenfrage" verlor an Brisanz und Bedeutung – eine ambivalente Entwicklung.

… zum späten Dialog

Einen neuen Akzent in die Diskussion brachte jedenfalls die 2005 gegründete Konsensgruppe/Konsenzna skupina, die versuchte, neue Wege bei der Aufarbeitung der ethnischen Konflikte zu gehen. Entscheidend war dabei, dass es zu einem Dialog zwischen dem Vertreter des Kärntner Heimatdienstes, Dr. Josef Feldner, und den Vertretern der Kärntner Slowenen, Dr. Marjan Sturm und Bernard Sadovnik, gekommen ist. Das hat auch zur – in vielem sicher unbefriedigenden – Lösung der leidigen Ortstafelfrage beigetragen und insgesamt das Klima im Lande verbessert. Damit wurde der Weg frei für weitere Schritte. Dieser Prozess wurde im Buch *Josef Feldner/Marjan Sturm, Kärnten neu denken, Zwei Kontrahenten im Gespräch* (2007) nachgezeichnet. In der Folge wurde der Dialog auf 20 Personen aus Minderheit und Mehrheit erweitert und im Buch *Kärnten liegt am Meer, Konfliktgeschichte/n über Trauma, Macht und Identität* (herausgegeben von Wolfgang Petritsch, Wilfried Graf und Gudrun Kramer 2012) festgehalten.

Schließlich wurde ein Dialog auch über die Grenze hinaus gestartet – mit gemeinsamen Diskussionsrunden, die letztlich zu einigen Publikationen führten, sowie mit gemeinsamen Gedenkfeiern. Zu nennen ist hier vor allem die Österreichisch-Slowenische Arbeitsgruppe der Zivilgesellschaft „PRAA" (Peace Region Alps-Adriatic), die seit 2012 tätig ist. Diese Gruppe hat zwei wichtige Erklärungen erarbeitet, die in der Publikation *Building The Peace Region Alps-Adriatic* (herausgegeben von Josef Feldner, Danijel Grafenauer, Wilfried Graf, Janez Stergar, Marjan Sturm, Werner Wintersteiner) veröffentlicht wurden. Die wissenschaftliche Aufarbeitung der Arbeit dieser Gruppe erfolgte mit dem Buch *Slovenija – Österreich: Befreiendes Erinnern, Osvobajajoče spominjanje* (herausgegeben von Jan Brousek, Danijel Grafenauer, Werner Wintersteiner, Daniel Wutti).

Ein wichtiger praktischer Schritt und ein sichtbares Symbol für einen neuen Umgang mit der Geschichte sind gemeinsame Gedenkfeiern für die Toten beider Seiten im so genannten *Abwehrkampf* bzw. *Kampf um die Nordgrenze*. Es begann mit einem zweisprachigen Totengedenken 2014 am Stadtfriedhof in Völkermarkt/Velikovec, wo 16 Soldaten begraben liegen – zwölf slowenische und vier Kärntner Kämpfer. Die inzwischen jährlichen Veranstaltungen stehen unter dem Motto: „Sie starben im Glauben an ihre Heimat, weil die Politik keine friedliche Lösung gefunden hat."

Dadurch, dass der übliche Satz „Sie starben für ihre Heimat" durch „im Glauben an ihre Heimat" ersetzt wurde, wird der traditionellen Heldenverklärung ein Riegel vorgeschoben, während beiden Seiten zugleich zugestanden wird, subjektiv im guten Glauben gehandelt zu haben. Der Hinweis, dass die Politik keine friedliche Lösung gefunden hat, ist eine klare Verurteilung von kriegerischer Gewalt. Die gemeinsame Feier, in beiden Sprachen und unter Anerkennung und gleichzeitiger Relativierung beider Seiten, bedeutet eine Vermenschlichung der ehemaligen Feinde und einen Schritt zur Entfeindung. Im Jahr 2021 wurde ein weiterer Schritt gesetzt. An der Friedhofsmauer in Völkermarkt/Velikovec wurde feierlich eine Tafel mit den Namen aller Gefallenen beider Seiten enthüllt – und zwar in alphabetischer Reihenfolge, unabhängig davon, auf welcher Seite sie gekämpft haben. An dieser Gedenkveranstaltung nahm neben Vertreter*innen der Kärntner Konsensgruppe und der Traditionsverbände aus Slowenien – den beiden Klubs der Kärntner Slowen*innen aus Maribor und Ljubljana (Nachfahren jener Kärntner Slowen*innen, die nach der Volksabstimmung 1920 Kärnten verlassen haben oder verlassen mussten) – erstmals auch die Vereinigung ehemaliger Kämpfer um die Nordgrenze, der sogenannten Maister-Kämpfer, teil.

Slowenien und Friaul

Slowenien vollzieht, so scheint es, einen ähnlichen Prozess wie Kärnten und Österreich nach 1920 bzw. 1945 – das heißt, es gibt eine starke Tendenz in Richtung Homogenisierung der Bevölkerung entlang ethnisch-völkischer Kriterien, gegen die es natürlich auch Widerstand gibt. Das macht die Erinnerungskultur so kompliziert, aber auch so notwendig. Erst vor wenigen Jahren hat die Republik Slowenien drei neue Feiertage eingeführt: zur Erinnerung an den Anschluss des Primorska/Küstengebietes an das slowenische „Muttervolk" nach 1945; zur Erinnerung an den Anschluss des Prekmurje/Übermurgebietes an das slowenische „Muttervolk" nach 1945 und in Erinnerung an General Maister, dem große Verdienste für den Anschluss der Untersteiermark nach 1918 an Slowenien zugeschrieben werden.

In Italien wiederum, wo der slowenischen Volksgruppe erst sehr spät einige Rechte zugestanden wurden (Ratzinger 2008), wurde 2004 der landesweite „Giorno del ricordo" (Tag des Gedenkens) eingeführt, der dem Erinnern an die „massacri delle foibe e l'esodo giuliano dalmata" (die Opfer der Foibe und die Vertriebenen aus Istrien, der Kvarner-Bucht und Dalmatien) gewidmet ist. Obwohl der Beschluss mit breiter Mehrheit gefasst wurde, gibt es eine anhaltende Kritik von Historiker*innen daran, die darin einen bewussten Akt gegen den italienischen antifaschistischen Feiertag des 24. April (Befreiungstag) sowie gegen den 2005 eingeführten europäischen Erinnerungstag an die Opfer der Shoah erblicken. (Focardi 2012) Und anlässlich der Gedenkfeiern am „Giorno del ricordo" ist es auch mehrmals zu Polemiken zwischen Politiker*innen Italiens mit jenen aus Slowenien und Kroatien gekommen, wie auch umgekehrt die neuen Feiertage Sloweniens zu Kritik aus Italien geführt haben.

Die Kämpfe um die Deutungshoheit der historischen Ereignisse des 20. Jahrhunderts gehen also auch in diesem Jahrhundert im Alpen-Adria-Raum weiter. Sie sind deshalb ein wichtiges Thema, mit dem sich die kritische Zivilgesellschaft verstärkt auseinandersetzen muss.

4. Ein Manifest und seine Folgen

Ein neuer Aufschwung der grenzüberschreitenden Kooperation ist seit dem Jahr 2018 zu verzeichnen. Aus Anlass von 100 Jahren Ende des Ersten Weltkriegs haben einige zivilgesellschaftliche Bewegungen in Österreich, Italien und Slowenien eine gemeinsame Veranstaltung organisiert, die nicht nur als Rückblick, sondern vor allem als Ausblick in eine gemeinsame Zukunft gedacht war. Über 50 Organisationen aus den drei Ländern haben mitgemacht. Im November 2018 sind rund 300 Personen in Klagenfurt zu einer Drei-Länder-Versammlung zusammengekommen, die unter dem Ehrenschutz der Präsidenten von Österreich und Slowenien sowie des Präsidenten des Regionalrats von Friaul-Julisch Venetien stand. Ziel war und ist es, die Lehre der Weltkriege, dass Rassismus und eine Kultur der Gewalt immer wieder zu Krieg, Verelendung und Feindschaft führen, auf die Gegenwart anzuwenden. Die Veranstaltung verstand sich als Plädoyer für ein demokratisches, ökologisches und friedliches Europa. Ausgangspunkt war die Idee von Alpen-Adria als einer Friedensregion, als Bestandteil der aktuellen Tendenz einer sozial-ökologischen Transformation für eine nachhaltige Zukunft. Der Titel der Veranstaltung „WAR IS OVER! (Se vuoi. Če hočeš. Wenn du es willst.)", inspiriert von dem berühmten Song von John Lennon, hob den Wunsch zu handeln hervor: Die Versammlung wollte kein isoliertes Ereignis sein, sondern als Ausgangspunkt für eine immer engere Zusammenarbeit in der Region dienen.

Dafür wurde mit dem „Alpen-Adria-Manifest“ auch ein solides Fundament vorgelegt.[1] Das Manifest ist eine Art Programm, das künftige Aktivitäten anleiten und inspirieren möchte. Auf das Manifest folgte ein Buch, in dem rund 30 Intellektuelle aus dem Dreiländereck – von Claudio Magris bis Drago Jančar, von Anna Bar bis Mira Miladinović Zalaznik und von Wolfgang Petritsch bis Fulvio Salimbeni – Kommentare zu den Ideen des Manifests äußern.

Das Manifest knüpft vor allem an die Vision der „Friedensregion Alpen-Adria“ an, wie sie bereits im PRAA-Projekt und in der Publikation *Kärnten liegt am Meer* dargestellt wurde. Im Manifest heißt es, dass es enger und weiter als gängige Europa-Manifeste formuliert wurde:

> „Enger in dem Sinne, als es sich auf den Alpen-Adria-Raum bezieht, der sich auf drei bzw. mit dem kroatischen Istrien auf vier Staaten erstreckt, nicht aber auf ganz Europa; zugleich aber auch weiter, denn es ist bewusst von einem kosmopolitischen Standpunkt aus verfasst: Es betrachtet das Ziel einer Friedensregion Alpen-Adria-Raum nicht nur als aktiven Beitrag zu einem geeinten Europa, sondern auch als einen Beitrag zum Weltfrieden – und will von diesem glokalen Standpunkt aus auch die EU für eine Weltfriedens-Politik öffnen. Und in einem weiteren Punkt, äußerlich wohl nicht gleich sichtbar, unterscheidet sich dieses Manifest: Es ist zwar auch aus einem konkreten Anlass entstanden – dem gemeinsamen Gedenken an 100 Jahre Erster Weltkrieg, der die Menschen gerade in dieser Region besonders getroffen hat –, doch es beruht auf einer langen Tradition der Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg und ist somit sowohl eine Zusammenfassung von Einsichten und Erfahrungen wie auch ein Arbeitsprogramm für künftige Kooperationen. Damit ist ein weiteres Charakteristikum genannt. Das Manifest ist bestrebt, die große Vision umzusetzen in kleinen Schritten, mit denen wir dieser Vision nach und nach näher kommen können. Eine Friedensregion Alpen-Adria innerhalb einer Friedensmacht Europa ist somit weniger ein fixierbarer Endpunkt als ein permanenter Prozess, im Sinne Gandhis: ‚Es gibt keinen Weg zum Frieden, denn Frieden ist der Weg.‘ Und das Manifest versteht sich als erste Selbstverständigung über den Kompass, der sicherstellen soll, dass wir uns auf diesem langen und windungsreichen Weg nicht verirren. Zugleich müssen wir immer bereit sein, diesen Weg jederzeit zu korrigieren, wenn und wo er sich als Irrtum erweist!“

Tatsächlich haben die Klagenfurter Veranstaltung, das Manifest und das nachfolgende Buch bestehende Alpen-Adria-Aktivitäten ermutigt und neu gestärkt, und sie waren auch Auslöser für neue Kooperationen. Von besonderer Wichtigkeit ist es auch, dass das Amt der Kärntner Landesregierung (Generalsekretariat der Alpen-Adria-Allianz) eine Informations- und

Koordinationsgruppe ins Leben gerufen hat, die einen regelmäßigen Austausch von NGO-Vertreter*innen, Wissenschaft und Beamtenschaft ermöglicht. Das Manifest sickert sozusagen langsam in die Zivilgesellschaft und teilweise auch in die Politik ein. Grob gesprochen, lassen sich fünf Anliegen formulieren, um die herum sich in den letzten Jahren in unterschiedlicher Weise Partnerschaften entwickeln.

Umwelt:

Hier hat sich vor allem, auf Basis des Vortrags des Regionalpräsidenten der italienischen Umweltorganisation Legambiente, Sandro Cargnelutti, auf der Klagenfurter Konferenz 2018 eine Zusammenarbeit der Nationalparks der drei Länder (erneut) konstituiert, die sich *Peace Parks* nennt. (Cargnelutti 2020) Damit kommt bereits die Absicht, Umweltfragen und grenzüberschreitende Verständigung zu verbinden, zum Ausdruck. Über die Intentionen dieser Gruppe, die sich aus Umweltaktivist*innen und zuständigen Funktionär*innen bzw. Landesbeamt*innen zusammensetzt und die sich seit 2018 regelmäßig trifft, gibt das Bulletin „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Parks" vom Mai 2020 Auskunft:

> „Die Verwaltung von Parks und die Zusammenarbeit mit anderen Schutzgebieten und Organisationen ist sehr wichtig, da sie den Austausch von Erfahrungen, Wissen und bewährten Praktiken ermöglicht, aber auch dazu beiträgt, Wege zu finden, um junge Menschen zu inspirieren und die Beteiligung der verschiedenen Steakholder zu fördern. Drei Schutzgebiete in den Nachbarländern: Der Triglav-Nationalpark aus Slowenien, der Naturpark Julische Voralpen aus Italien und der Naturpark Dobratsch aus Österreich, haben sich mit den Verbänden zusammengeschlossen: CIPRA Slowenien – Verein zum Schutz der Alpen Slowenien, Legambiente Friaul-Julisch Venetien und der Kärntner Kulturverein Club Tre Popoli, um gemeinsame Projektideen zu entwickeln, die Natur- und Kulturschutz mit dem Thema Frieden verbinden! Alle drei Gebiete und Menschen waren schon immer sehr miteinander verbunden, und jetzt ist es an der Zeit, neue Kooperationen auszubauen!"

Antimilitarismus und Frieden:

Hier geht die Initiative eindeutig von Italien aus, was wenig verwundert angesichts der Tatsache, dass Friaul-Julisch Venetien schon im Kalten Krieg ein „Pulverfass" war, ein Schwerpunktgebiet der italienischen und NATO-Rüstung. Vom Stützpunkt Aviano, der *Aviano Air Base* der US-Luftwaffe, wo auch Atomwaffen lagern sollen, gingen 1999 im Rahmen des Kosovo-Krieges Luftwaffeneinsätze gegen serbische Ziele aus. Darüber hinaus wurden von hier aus internationale Militäreinsätze in Afghanistan

und im Irak-Krieg unterstützt. Auch dem Hafen von Triest kommt eine militärische Rolle zu.

Federführend bei den pazifistischen Aktivitäten ist das Triestiner *Comitato pace convivenza e solidarietà Danilo Dolci*, eine sehr rührige Friedensbewegung, die auch wesentlich an der Organisation des Second International Peace March 2019–2020 Anteil hatte. Hauptanliegen dieser eng mit Slowenien, Österreich und Deutschland (Hafen Hamburg) kooperierenden Gruppe ist die Entmilitarisierung und Entnuklearisierung des Hafens von Triest wie auch der anderen Häfen der Region (Koper, Rijeka) (siehe Capuzzo 2019).

Antifaschismus und Erinnerungskultur:

Trilaterale Treffen von Partisanen-Traditionsvereinen und bilaterale Kooperationen haben eine lange Tradition. Neu sind wohl gemeinsame Gedenkveranstaltungen, die sich auf aktuelle Gefahren des Rechtsextremismus beziehen (vgl. ANPI 2018). Eine gemeinsame Aufarbeitung der eigenen Geschichte im Lichte der heutigen kritischen Debatten über die Befreiungskämpfe im Zweiten Weltkrieg steht allerdings in allen drei Ländern noch aus, wenn auch die oben erwähnten Kooperationen (PRAA) und die gemeinsamen Gedenkfeiern wichtige Schritte in dieser Richtung sind.

Kultur und Bildung:

Der internationale PEN Club, der seine jährlichen Tagungen in Bled/Slowenien abhält, hat auch einen eigenen Alpen-Adria-Schwerpunkt, bei dem Aktivitäten in der Region – in letzter Zeit eben auch das Alpen-Adria-Manifest – besprochen und vorbereitet werden. In ähnlicher Weise hält der KSV, der Verband der Kärntner Schriftsteller*innen, enge Kontakte zu den Nachbarländern und hält alle zwei Jahre eine Alpen-Adria-Tagung ab.

Mit dem Projekt „flussaufwärts"/„po reki navzgor"/„contro corrente" setzt die Kärntner Kulturstiftung (KKS) in Kooperation mit dem Kärntner SchriftstellerInnenverband, dem Kulturverein Welt & Co sowie weiteren Kunst- und Kulturvereinen in Slowenien und Italien neue Signale: grenzüberschreitend in drei Ländern, landauf, landab, flussabwärts und „flussaufwärts". Die Veranstaltungsreihe (2021 und 2022) besteht vor allem aus Lesungen und Diskussionen, wobei junge Autor*innen aus den drei Ländern auch eigens Texte zu diesem Thema verfassen.

Eine besonders wichtige Rolle spielt das UNIKUM, das Universitätskulturzentrum der Universität Klagenfurt. Seit Jahr und Tag finden kulturpolitische und historische, künstlerische Reisen zu den Nachbarn statt, meist verbunden mit Wanderungen, die tiefe und unerwartete Einblicke in das

Leben und die Geschichte von Alpen-Adria ermöglichen. In einer begleitenden Reihe von kulturpolitischen Wanderbüchern werden die Themen nochmals vertieft.

Die neu gegründete Organisation *"School of Peace" Fvg di Adriatic GreeNet-onlus* bietet pädagogische Seminare in mehreren Sprachen an. Im September 2021 hat sie erstmals ein mehrsprachiges friedenspädagogisches Alpen-Adria-Seminar durchgeführt (schoolofpeacefvg.org). Innerhalb des Seminars gab es auch einen Dialogworkshop im Rahmen des Carinthija2020-Projekts auf Basis des oben erwähnten Buches *Slovenija | Österreich. Befreiendes Erinnern | Osvobajajoče spominjanje* (Brousek et al. 2020). Wie die Stadträtin der Gemeinde Staranzano, die als Gastgeberin fungierte, ausführte, stützt sich der neue Entwicklungsplan der Kommune auf die *Sustainable Development Goals* der UNO, den *European Green Deal* und das *Alpen-Adria-Manifest* von 2018.

Wichtig sind auch längerfristige Bildungsprojekte mit wissenschaftlichem Anspruch. So organisieren etwa Nadja Danglmaier (Uni Klagenfurt) und Daniel Wutti (PH Kärnten) die pädagogische Zusammenarbeit von Schüler*innen aus Österreich und Slowenien und begleiten diese wissenschaftlich. (Danglmaier et al. 2017, Wutti/Danglmaier/Hartmann 2020) Desgleichen ist ein Projekt zur Ausarbeitung von gemeinsamen Alpen-Adria-Unterrichtsmaterialien für alle drei Länder zu nennen, welches nach einigen Vorarbeiten Anfang 2022 startet.

Ebenso hat der *Verein Tre popoli* im Herbst 2021 eine Initiative gestartet und ein Symposion unter dem Titel „Dialogplattform Kärnten nach 2020: Konfliktlösungsfähig – postnationalistisch – viersprachig" durchgeführt. In Workshops werden diese drei Themenkomplexe nunmehr bearbeitet und danach einer breiteren Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt.

5. Ausblick: Die Vision einer Friedensregion

Wo stehen wir heute bei der Arbeit für Frieden, Verständigung und Kooperation in der Alpen-Adria-Region? Hier seien thesenartig einige Aspekte hervorgehoben.

- ❒ Mit den regionalen politischen Veränderungen der letzten Jahrzehnte ebenso wie mit den Entwicklungen im Zusammenhang mit der Globalisierung haben sich bisherige Frontstellungen aufgeweicht, und eine Mentalität der Toleranz und Offenheit für die Nachbarn hat sich breitgemacht. Zugleich ist aber auch ein Geschichtsrevisionismus zu beobachten und die Vergangenheit wird noch immer als Waffe eingesetzt. Pessimistisch gesprochen: Während alte Feindbilder zögerlich und keineswegs überall abgebaut werden, sind neue Feindbilder

(etwa der so genannte politische Islam) im Entstehen. Dennoch sollten wir die Chancen eines Mentalitätswandels, der auch ein Bewusstsein für gemeinsame Bedrohungen (Klimakatastrophe) einschließt, nicht unterschätzen, sondern für die Vertiefung der grenzüberschreitenden Kooperationen nutzen.

- ❒ Wir konstatieren eine Vielzahl von länderübergreifenden Aktivitäten, die mit großem Enthusiasmus starten, aber nicht sehr lange anhalten. Die Kurzlebigkeit von zivilgesellschaftlichen Initiativen ist zweifelsohne ein Hindernis für eine Umsetzung der Alpen-Adria-Idee von unten. Kontinuität ist dort zu finden, wo Strukturen vorhanden sind: an Universitäten und in anderen Bildungsinstitutionen, bei gut etablierten Vereinen, aber auch auf kommunaler Ebene. Zudem sind zivilgesellschaftliche Akteur*innen oft nicht eindeutig einer Gruppe zuordenbar, z. B. ist manche Wissenschaftlerin zugleich Aktivistin, ein anderer ist Kommunalpolitiker und Künstler …

- ❒ Die Tatsache, dass unterschiedliche Bedingungen und unterschiedliche Prioritäten in den drei Ländern selbst bei ähnlicher Interessenslage vorherrschen, erlaubt eine zunächst eher nur punktuelle Zusammenarbeit. Eine Verständigung auf gemeinsame Events, bei denen alle Partner*innen ihre Ziele erreichen können, hat aber bislang funktioniert und könnte auch weiterhin praktiziert werden. Schwieriger sind der Aufbau und die Aufrechterhaltung einer gemeinsamen länderübergreifenden Koordination.

- ❒ Sprachbarrieren sind immer noch ein großes Hindernis für eine regelmäßige Kooperation. Von da her wäre es vermutlich eine der wichtigsten Initiativen, sich für einen – soweit wie möglich auch obligatorischen – Sprachunterricht der jeweiligen Nachbarsprachen in allen drei Ländern stark zu machen.

- ❒ Bislang hat es, abgesehen von punktuellen Kontakten, noch keine systematischen Bemühungen der Zivilgesellschaft gegeben, mit potentiell interessierten politischen Akteur*innen in einen permanenten Kommunikationszusammenhang zu treten. Dieser Weg sollte in nächster Zeit ebenfalls beschritten werden.

Welche Chancen hat demnach die Idee einer Friedensregion? Was könnten die nächsten Schritte zu ihrer Realisierung sein? Friedensregion ist ein großes Wort, die Verwirklichung kann wohl nur in kleinen Schritten und auf glokaler Ebene entstehen. Ein Hindernis besteht wohl darin, dass auch Menschen, die sich als progressiv verstehen, den Wert eines lokalen bzw. transnational-regionalen Handelns als Beitrag zu globalen Lösungen noch nicht so ganz einsehen. Für sie haftet der Alpen-Adria-Idee wohl etwas Provinzielles an, wunderbar im touristischen und kulinarischen Bereich,

vielleicht auch noch in der Kultur, aber doch nicht in der Politik. In Wirklichkeit ist Alpen-Adria aber gedacht als ein lokaler Weg, um globale Ziele wie Klimagerechtigkeit, Überwindung der Wachstumsideologie und aller Formen nationalistischen oder rassistischen Ressentiments zu erreichen. Die gemeinsame Reflexion über Strategien zur Realisierung einer Friedensregion, wie in der Publikation *Manifest | o Alpe-Adria*, ist bereits ein wichtiger erster Schritt.

Die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit im Alpen-Adria-Raum ist eine jahrzehntelange Tatsache. Die Arbeit an einer gemeinsamen Friedensregion im Sinne des *Alpen-Adria-Manifests* steht hingegen erst sehr am Anfang. Die gemeinsame Idee muss in der Zivilgesellschaft wachsen, um politisch eine Chance zu bekommen. Sie kann dies tun, sofern sie von den Menschen als eine Antwort auf die Fragen verstanden wird, die sich ihnen heute stellen. Umgekehrt gilt es auch daran zu arbeiten, dass sich die Menschen auch tatsächlich mit jenen Fragen beschäftigen, die ihr Leben langfristig bestimmen.

Literatur

ANPI San Canzian d'Isonzo (a cura di) (2018): 25 Aprile. Tra storia e memoria. Vivere gli ideali della resistenza per difendere la democrazia in Italia e in Europa. San Canzian d'Isonzo.

Brousek, Jan/Danijel Grafenauer/Werner Wintersteiner/Daniel Wutti (Hg.|Ur.) (2020): Slovenija|Österreich. Befreiendes Erinnern|Osvobajajoče spominjanje. Dialogische Aufarbeitung der Vergangenheit | Dialoško obravnavanje zgodovine. Klagenfurt/Celovec: Drava.

Capuzzo, Alessandro (2019): Trieste entmilitarisieren. In: Friedensforum 1/2019, 12–13.

Cargnelutti, Sandro (2020): Vorschlag für einen Friedenspark. In: Werner Wintersteiner/Cristina Beretta/Mira Miladinović Zalaznik (Hg.|a cura di|ur.): Manifest|o Alpe-Adria. Stimmen für eine Europa-Region des Friedens und Wohlstands. Wien: Löcker, S. 294–296.

Danglmaier, Nadja/Andreas Hudelist/Samo Wakounig/Daniel Wutti (Hg.) (2017): ErinnerungsgemeinschafteninKärnten|Koroška.Klagenfurt/Celovec:Mohorjeva|Hermagoras.

Focardi, Filippo (2012): Rielaborare il passato. Usi pubblici della storia e della memoria in Italia dopo la prima repubblica. In: Giorgio Resta/Vincenzo Zeno-Zencovich (a cura di): Riparare, risarcire, ricordare. Un dialogo tra storici e giuristi. Napoli: Editoriale Scientifica, S. 241–272.

Gombos, Georg (Hg.) (2013): Mehrsprachigkeit grenzüberschreitend. Modelle, Konzepte, Erfahrungen. Klagenfurt/Celovec und Merano/Meran: Drava und Alpha Beta.

Gruber, Bettina/Daniela Rippitsch (Hg.) (2011): Modell Friedensregion Alpen-Adria? Lernerfahrungen in einer europäischen Grenzregion. Schwalbach/Ts.: Wochenschau.

Gruber, Bettina/Werner Wintersteiner (eds.) (2014): Learning Peace – an Integrative Part of Peacebuilding. Experiences from the Alps-Adriatic Region. Klagenfurt/Celovec: Drava.

Kardelj, Edvard (1971): Die Vierteilung. Nationale Frage der Slowenen. Wien: Europa-Verlag.

Koren, Tadej (2018): Weg des Friedens von den Alpen bis zur Adria. Wander-Reise-Lesebuch an der Isonzofront. Klagenfurt/Celovec: Drava.

Otmačić, Valentina (2021): Friedensschule im Krieg. Franjo Starčević und die Friedenspädagogik in Gorski kotar (Kroatien). In: Friedensforum 4.

Petritsch, Wolfgang/Wilfried Graf/Gudrun Kramer (Hg.) (2012): Kärnten liegt am Meer. Konfliktgeschichte/n über Trauma, Macht und Identität. Klagenfurt/Celovec: Drava/Heyn.

Pirjevec, Jože (2001): Die Alpen-Adria-Region 1918 bis 1939. In: Moritsch, Andreas (Hg.): Alpen-Adria. Zur Geschichte einer Region. Klagenfurt/Celovec: Mohorjeva/Hermagoras, S. 431–452.

Radmann, Diana (2008): Die Geschichte der Friedensbewegungen im Alpen-Adria-Raum in den 1980er Jahren – Ein Projekt im Alpen-Adria-Raum. Ms., o. J., http://www.uni-klu.ac.at/frieden/downloads/Friedensbewegungen_Radmann.pdf [10.9.2021]

Ratzinger, Petra (2008): Sprach- und Schulpolitik in Italien am Beispiel der slowenischen Minderheit. Diplomarbeit an der Universität Wien.

Rausch, Mario/Walter Wratschko (Hg.) (2016): Wohin geht die Reise? Quale meta di viaggio? Kam gre pot? Vom Neben- und Miteinander im Alpen-Adria-Raum. Vivere accanto e insieme nella regione. Skupaj in skupno v alpsko-jadranskem prostoru. Klagenfurt.

Traverso, Enzo (2007): Im Bann der Gewalt. Der europäische Bürgerkrieg 1914–1945. München: Siedler.

Wintersteiner, Werner (1990): Friedensbewegungen und Außenpolitik von unten. Am Beispiel der Alpen-Adria-Friedensbewegung, in: Truger, Arno/Thomas, Macho (Hg.): Mitteleuropäische Perspektiven, Wien, S. 121–141.

Wintersteiner, Werner (1993): Die Alpen-Adria-Friedensbewegung. Baustein für ein Europa der Regionen, in: Hanne M. Birckenbach/Uli Jäger/Christian Wellmann (Hg.): Jahrbuch Frieden, München, S. 220–230.

Wintersteiner, Werner (1994): Das neue Europa wächst von unten. Mirovna Vzgoja | Educazione alla pace | Odgoj za mir | Friedenserziehung als Friedenskultur. Klagenfurt/Celovec: Drava.

Wintersteiner, Werner/Cristina Beretta/Mira Miladinović Zalaznik (Hg.|a cura di|ur.) (2020): Manifest|o Alpe-Adria. Stimmen für eine Europa-Region des Friedens und Wohlstands|Voci per una regione europea di pace e prosperità|Glasovi za evropsko regijo miru in blagostanja. Wien: Löcker.

Wohlmuther, Cordula/Werner Wintersteiner (2018): „Dort, wo unsere Großväter gegeneinander kämpften …“ Die „Friedenswege“ an der Frontlinie des Ersten Weltkriegs: Tourismus und Frieden im Alpen-Adria-Raum. Klagenfurt/Celovec: Drava.

Wutti, Daniel/Nadja Danglmaier/Eva Hartmann (Hg./izd.) (2020): Erinnerungskulturen im Grenzraum | Spominske kulture na obmejnem območju. Klagenfurt/Celovec: Mohorjeva/Hermagoras.

Anmerkung

1 Das Manifest findet sich in den drei Sprachen Deutsch, Italienisch, Slowenisch unter folgendem Link: https://colloquium.aau.at/index.php/Colloquium/article/view/141. Die englische Fassung findet sich unter: https://www.peace-ed-campaign.org/wp-content/uploads/2020/07/Alps-Adriatic-Manifesto.pdf.

Thomas Zametter

Die Kärntner Regionen im Aufbruch

Regionalpolitische Ansätze sowie Ziele und Maßnahmenvorschläge des Masterplans Ländlicher Raum Kärnten

Einleitung

Der nachfolgende Beitrag präsentiert zentrale Ergebnisse, Verknüpfungen zur regionalwissenschaftlichen Literatur sowie eigene Eindrücke des im Sommer 2021 fertiggestellten Masterplans Ländlicher Raum Kärnten – Nachhaltige Regionen – Nachhaltiges Kärnten.[1] Das Projekt wurde im Auftrag sowie in Kooperation mit dem Land Kärnten, Abteilung 10, Land- und Forstwirtschaft, Ländlicher Raum, durchgeführt. Ebenso maßgeblich an der Erstellung beteiligt waren die Kärntner LEADER- und Regionalmanagements sowie der neu gegründete Verein Zentralraum+. Die Aufgabe der Fachhochschule Kärnten, Studienbereich Wirtschaft und Management, Public Management, bestand in der fachlichen und inhaltlichen Begleitung des Vorhabens. Von Seiten der FH-Kärnten wurde das Projekt von FH-Prof.in Kathrin Stainer-Hämmerle (Projektleiterin) und mir durchgeführt.

Der Masterplan Ländlicher Raum Kärnten stellt ein gemeinsames mit sämtlichen Regionen Kärntens erstelltes Strategiepapier dar. In sechs polizivilen Regionalworkshops mit über 400 Teilnehmer*innen wurden Ziele und Maßnahmenvorschläge zur Stärkung ländlicher Gebiete in Kärnten entwickelt. Der Masterplan bildet damit die strategische Grundlage für eine koordinierte und kooperative Regionalentwicklung in Kärnten.

Ausgangslage und Problemstellung

Das Bundesland Kärnten ist von allen Bundesländern Österreichs am stärksten vom demographischen Wandel betroffen. Laut Einschätzung der Statistik Austria wird das Bundesland bis 2050 prognostiziert rund – 21.470 Personen verlieren (– 3,84 Prozent). Dieser Schrumpfungsprozess ist mit weitreichenden negativen Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft verbunden.

Blickt man von der Landes- auf die regionale Ebene, zeigen sich z. T. noch größere Entwicklungsunterschiede. Beispielsweise würde ceteris paribus keine einzige der sechs EU-Regionalentwicklungsregionen (LEADER-Regionen)[2] in Kärnten eine positive Bevölkerungsveränderung bis 2050

Tabelle 1: Bevölkerungsentwicklung in Personen und Prozent nach Bundesländern 2020–2050 (Prognose)

Bundesland	2020	2050	Differenz	Differenz %
Burgenland	294.967	320.778	25.811	8,75
Kärnten	**559.797**	**538.327**	**–21.470**	**–3,84**
Niederösterreich	1.687.715	1.864.402	176.687	10,47
Oberösterreich	1.491.052	1.614.548	123.496	8,28
Salzburg	557.521	584.542	27.021	4,85
Steiermark	1.245.989	1.279.926	33.937	2,72
Tirol	759.318	816.118	56.800	7,48
Vorarlberg	396.779	426.828	30.049	7,57
Wien	1.915.899	2.151.580	235.681	12,30
Österreich	**8.909.037**	**9.597.049**	**688.012**	**7,72**

Quelle: Statistik Austria. URL: https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/demographische_prognosen/bevoelkerungsprognosen/122070.html (13. 9. 2021)

verzeichnen. Über 40 Prozent der Gesamtverluste würden allein den Oberkärntner Raum betreffen.

Von den 132 Gemeinden Kärntens hätten lediglich 27 eine positive Bevölkerungsentwicklung, gerade einmal 20 Prozent. 105 Gemeinden würden mitunter erhebliche Verluste hinnehmen müssen. Die errechneten Werte zeigen bis zu –30 Prozent und mehr an möglichem Bevölkerungsschwund für einzelne Gemeinden. Von den 27 Wachstumsgemeinden befinden sich 22, d. h. über 80 Prozent, in der wirtschaftlich stärksten Teilregion Kärntens, dem Kärntner Zentralraum (Villach-Klagenfurt). Die Prognosen zeigen eine unausgewogene und damit wenig resiliente Landesentwicklung auf.

Diese enormen regionalen Entwicklungsunterschiede in Kärnten lösen wiederum weitere mögliche Abwanderungstendenzen von vermehrt ländlichen in wachstumsstarke Gebiete aus. Ein sich selbst verstärkender negativer Teufelskreis aus Abwanderung, Verlust an Betrieben, sinkender wirtschaftlicher Dynamik, sinkender kommunaler Finanzkraft, Verlust und Verfall von Infrastruktur, schwindenden Sozialstrukturen, einem zunehmenden Imageverlust der Gebiete oder einer weiteren Entkopplung von Innovationsprozessen könnte damit in Gang gesetzt werden. Auch ein sinkender Zukunftsoptimismus ist in vielen ländlichen Gebieten Kärntens bereits beobachtbar. Aussagen wie *„Bei uns gibt es nichts mehr!“*, *„Bei uns geht nichts mehr!“* oder *„Warum tut der sich das noch an!?“* sind Beispiele dafür.[3] Letztendlich mündet eine solche Entwicklung in ein Absinken der Lebensbedingungen und der Lebensqualität der Menschen vor Ort.

Umgekehrt finden sich im Kärntner Zentralraum zunehmend massive Probleme des Wachstums, welche eine nachhaltige Entwicklung immer schwieriger machen. Die Vorteile der Ballung, in der Fachsprache Agglomerationsvorteile, sinken kontinuierlich. Zunehmende Tendenzen zur wirtschaftlichen Monostrukturierung, steigender Bodenfraß, boomende Miet- und Grundstückspreise, wachsende Umwelt- und Lärmbelastungen, zunehmender Energiehunger, wachsende Müllproduktion oder eine verstärkte Anonymisierung der Gesellschaft sind Folgen, wenn sich eine Agglomeration den Grenzen des Wachstums annähert.

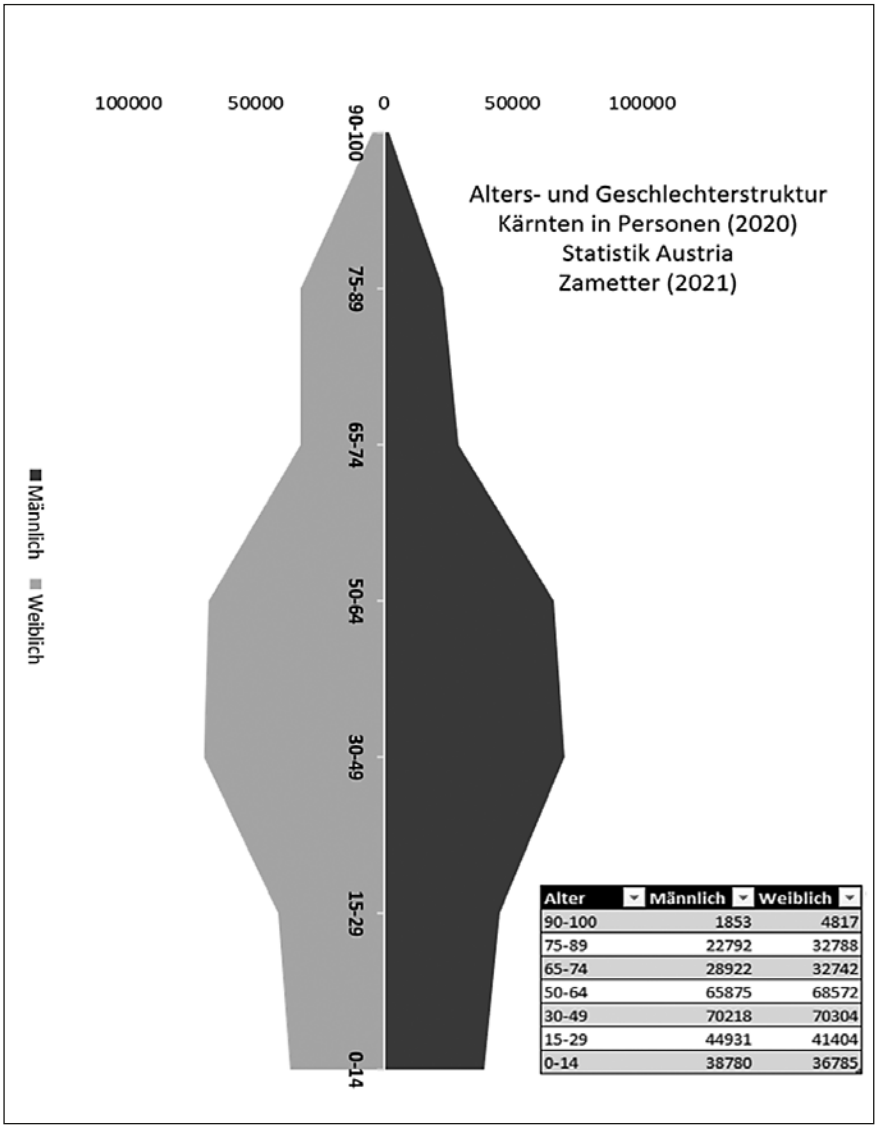
Neben den rein quantitativen Veränderungen der Bevölkerungsanzahl finden auch massive Veränderungen der Bevölkerungsstruktur in Kärnten statt. Dieser Umstand kann als noch problematischer eingestuft werden, birgt er doch eine noch höhere Anzahl an Problemlagen in sich.

Die Bevölkerungspyramide Kärntens verändert sich im Prognosemodell in Richtung einer Urnenform. Der Anteil an älteren Personengruppen wächst überproportional an bei gleichzeitiger Reduktion junger Bevölkerungskohorten (siehe Abb. 1).

Betrachtet man die Veränderungen im Prognosezeitraum 2020–2050 für das Land Kärnten etwas detaillierter, so kann festgestellt werden:

- Der Anteil an Kindern (0–14 Jahre) in Kärnten könnte sich um –7.157 Personen reduzieren (–9,47 Prozent). Dies wird massive Veränderungen im Hinblick auf die Schulstandorte oder die Kinderbetreuungseinrichtungen mit sich bringen. Die Schulklassen könnten in vielen Teilen Kärntens weiter schrumpfen.
- Der Anteil an jungen Menschen (15–29 Jahre) in Kärnten wird sich laut dem Modell um –10.440 Personen reduzieren (–12,09 Prozent). Das bereits heute problematische Phänomen Brain-Drain (Talenteschwund) und auch der damit verbundene Fachkräftemangel (junge Menschen sind die Fachkräfte der Zukunft) werden sich in vielen Teilgebieten Kärntens verstärken. Neben Handwerk, Industrie und Gewerbe werden auch Pflegeeinrichtungen, Universitäten und Bildungseinrichtungen zunehmend davon betroffen sein. Es kann unter gleichbleibenden Bedingungen beispielsweise von einer Reduktion der Nachfrage nach Studienplätzen von Kärntner Maturant*innen ausgegangen werden (siehe Abb. 2).
- Die Erwerbsbevölkerung (15–64 Jahre) Kärntens wird um – 57.443 Personen bzw. –15,90 Prozent laut dem Prognosemodell reduziert. Dies wird negative Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort und das Wirtschaftswachstum mit sich bringen. Bereits heute herrscht in vielen Bereichen akuter Fachkräftemangel. Die Erwerbspendler*innenströme aus ländlichen Gebieten verdichten sich in Richtung des Kärntner Zentralraumes. Zahlreiche KMU´s finden keine Nachfolger*innen. Die

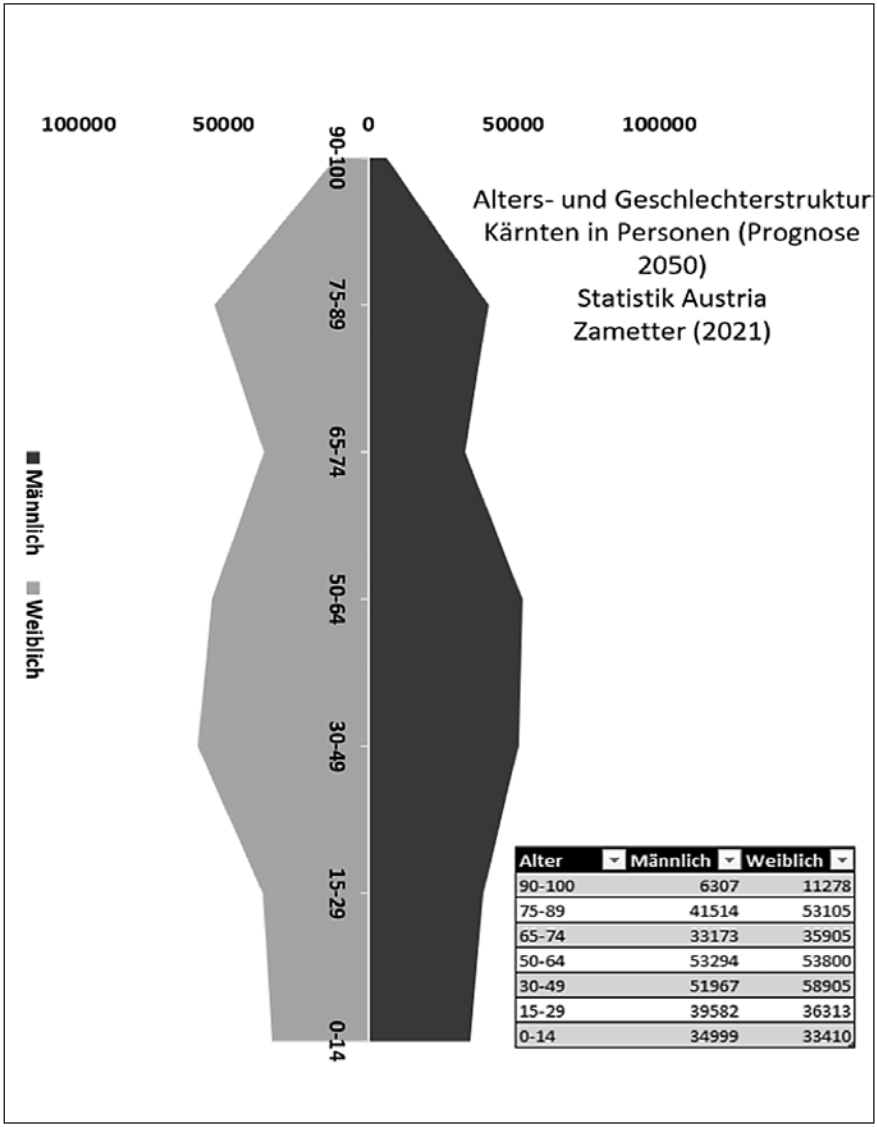
Abb. 1: Alters- und Geschlechterstruktur Land Kärnten im Jahr 2020 (Prognose)



Alter	Männlich	Weiblich
90-100	1853	4817
75-89	22792	32788
65-74	28922	32742
50-64	65875	68572
30-49	70218	70304
15-29	44931	41404
0-14	38780	36785

Quelle: Statistik Austria. Entnommen aus Demographie_Check:Kärnten 2020. Zametter (2021).

Abb. 2: Alters- und Geschlechterstruktur Land Kärnten im Jahr 2050 (Prognose)



Alter	Männlich	Weiblich
90-100	6307	11278
75-89	41514	53105
65-74	33173	35905
50-64	53294	53800
30-49	51967	58905
15-29	39582	36313
0-14	34999	33410

Quelle: Statistik Austria. Entnommen aus Demographie_Check:Kärnten 2020. Zametter (2021).

Wettbewerbsfähigkeit Kärntens als internationaler Standort ist dadurch ebenso negativ mitbetroffen. Internationale Konzerne in Kärnten rekrutieren mittlerweile europaweit bzw. sogar weltweit ihre Spitzenkräfte, da das regionale Angebot an Fachkräften bei weitem nicht ausreicht. Die Phänomene Brain-Drain und auch der Fachkräftemangel wirken in dieser Alterskohorte gleichzeitig belastend. Dies erhöht zusätzlich die negativen Effekte auf die lokale Arbeitsmarktentwicklung. Die voranschreitende Digitalisierung wird nicht sämtlichen Personalnotstand kompensieren können.

- Die Anzahl an jungen Frauen im gebärfähigen Alter (15–49 Jahre) in Kärnten wird sich um –16.490 Personen bzw. –14,76 Prozent reduzieren. *„Gehen die Frauen, stirbt das Land!"*, so ein bekannter Appell. Frauen die gehen, nehmen einerseits ihre noch ungeborenen Kinder mit; sie sind aber auch Partnerinnen, Mütter, Unternehmerinnen, Arbeiterinnen, Investorinnen, Konsumentinnen usw.[4] Frauen sind vielerorts der soziale Kitt im Gemeinschafts- und Vereinsleben. Ein erheblicher Teil der Pflegeleistungen wird von Frauen erbracht. Diese Entwicklungstendenzen werden die gesellschaftliche und wirtschaftliche Vitalität Kärntens und dessen Regionen weiter schwächen.

- Umgekehrt steigt die Anzahl an hochbetagten Menschen (75–100 Jahre) in Kärnten laut den Vorausberechnungen um +49.954 Personen bzw. +80,25 Prozent. Rund ein Fünftel aller Bewohner*innen Kärntens wird 2050 in diese Alterskategorie fallen. Dabei werden sich die Belastungen im Rahmen der häuslichen und familiären Pflege und Betreuung stark erhöhen. Laut den Prognosen wird sich der aktuelle häusliche Pflege- und Betreuungsbedarf bis 2050 für Familien und Angehörige mehr als verdoppeln. Verschärfend kommt hinzu, dass vor allem Frauen die häusliche Pflege der Angehörigen übernehmen. Deren Anzahl wird sich im Prognosemodell jedoch drastisch reduzieren. Aufgrund der höheren durchschnittlichen Lebenserwartung von Frauen werden es vor allem hochbetagte Frauen sein (+26.778 Personen) die in dieser Alterskohorte zu versorgen sind. Aufgrund der Schlechterstellung von Frauen bei den Einkommen (hohe Einkommensunterschiede zu den Männern) sind auch die Vorsorgechancen für Frauen geringer. Im Jahr 2019 besteht in Kärnten ein durchschnittlichen Gender-Pay-Gap in Bezug auf das Bruttomedianeinkommen von –985 Euro. Das mittlere Einkommen bei Männern beträgt 3.060 Euro, während jenes von Frauen lediglich bei 2.075 Euro liegt (–32 Prozent).[5] Neben dem beschriebenen Care-Gap wird sich deshalb das Thema der Armuts- und Armutsgefährdung in Kärnten weiter verschärfen.

Sind regionale Entwicklungsunterschiede zu stark ausgeprägt und wird nicht von Seiten der Regionalpolitik interveniert, können sich diese

verfestigen. In der Regionalentwicklung spricht man in diesem Zusammenhang von der Persistenz räumlicher Disparitäten. Diese sind tunlichst zu vermeiden. Sie lösen vielseitige soziale, wirtschaftliche, aber auch politische Spaltungen aus. Eine Verringerung regionaler Unterschiede bzw. ein Ausweiten dieser kann durch regionalpolitische Strategien erfolgen. Dabei gilt es, die sogenannte „Unsichtbare Hand", wie Adam Smith das freie Spiel der Marktkräfte in seinem Hauptwerk Wealth of Nations (1776:364) metaphorisch genannt hat, proaktiv zu gestalten. Denn nicht immer trifft der Marktmechanismus die beste Entscheidung. Es gibt durchaus unterschiedliche Begründungen politischer Intervention in die Raumentwicklung. Keine leichte Aufgabe, handelt es sich doch bei Regionen um komplexe sozio-ökonomische Systeme mit vielseitigen Verflechtungen, vgl. Maier (2012:146).

Der ländliche Raum in Kärnten am Scheideweg

Der ländliche Raum in Kärnten ist von den bisher diskutierten Konsequenzen des demographischen Wandels am stärksten betroffen. Höhere Lebenserwartung, höherer Wohlstand, weniger Geburten, eine alternde Gesellschaft, kleinere Haushalte, eine mobilere Gesellschaft, vermehrte Bildungswünsche und auch veränderte Lebensentwürfe sind einige der Treiber für den demographischen Wandel insgesamt und die damit verbundene Abwanderung aus ländlichen Gebieten.[6]

Beinahe das gesamte Bundesland Kärnten kann als ländlich kategorisiert werden. Mit Ausnahme der beiden Statutarstädte Klagenfurt und Villach sind aktuell sämtliche Gemeinden am LEADER-Programm der Europäischen Union (EU) teilnahmeberechtigt. Dabei bedeutet LEADER[7] *„Liaison entre Actions de Developpement de l'Economie Rurale"* und kann übersetzt werden als *„Zusammenhängende Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft"*. Würde man die Gesamtfläche von Klagenfurt (120 km²) und Villach (135 km²) von der Gesamtlandesfläche Kärntens (9536 km²) abziehen, blieben rund 97 Prozent der Landesfläche übrig, welche an den Entwicklungsprogrammen der EU zur Förderung des ländlichen Raumes teilnehmen könnten.

Es gibt in Kärnten ganz unterschiedliche Typen von ländlichen Regionen: beispielsweise die peripher gelegenen ländlichen Berggebiete Oberkärntens, ländliche Regionen im Grenzgebiet zu Italien oder Slowenien, die zentraler gelegenen ländlichen Gebiete nahe dem Kärntner Zentralraum oder auch die ländlichen Räume im Umland der beiden Statutarstädte oder anderer kleinregionaler Wirtschaftszentren wie Wolfsberg, Völkermarkt oder Spittal. Die Regionsabgrenzung im Masterplan Ländlicher Raum Kärnten folgt aber nicht der statistischen Stadt-Land-Typologie.

Die Regionalisierung wurde dahingehend gelöst, dass auf den bereits bestehenden EU-Regionalentwicklungsregionen (LEADER) aufgebaut wird.[8] Diese Gebiete verfügen über viele Jahre an Erfahrung in der Regionalentwicklung sowie über intakte Gremien und Umsetzungsstrukturen. Deshalb müssen auch für die Umsetzung des Masterplans grundsätzlich keine neuen Strukturen geschaffen werden. Dies spart Zeit und Kosten, da bestehende Synergien zum Einsatz kommen.

In der Regionalentwicklung beeinflussen sich die unterschiedlichen Raumkategorien wechselseitig. Aus diesem Grund sind auch die beiden Statutarstädte Kärntens in den Masterplan Ländlicher Raum eingebunden. Dabei handelt es sich nicht um einen planerischen Fehler, sondern um eine bewusste Handlung. Stadt bzw. Umland und Peripherie beeinflussen sich in ihrer Entwicklung gegenseitig. Deshalb muss ein durchdachter Masterplan für ländliche Gebiete auch die wirtschaftsstarken Zentren miteinbeziehen. Beispielsweise bildet die Stadt Villach mit ihrem Umland eine Stadt-Umland-Kooperation und einen gemeinsamen Funktionsraum. In Grenzgebieten reichen funktionsräumliche Gegebenheiten sogar manchmal über die Landesgrenzen hinaus (siehe Berufspendler*innenströme von Italien oder Slowenien nach Kärnten). Oberkärnten bildet mit Osttirol und dem Pustertal (Südtirol) einen gemeinsamen Wirtschafts- und Lebensraum, was beispielsweise im Projekt Süd-Alpen-Raum[9] zum Ausdruck kommt. Entwicklung hält sich nicht an Verwaltungsgrenzen oder an die Definition von Typologien. Dies dient lediglich statistischen Zwecken. Ziel des Masterplans Ländlicher Raum Kärnten ist es deshalb, sämtliche Teilgebiete Kärntens in eine resiliente und aufeinander abgestimmte Entwicklung zu bringen. Die sechs formulierten Regionalstrategien fußen demnach u. a. auf den regionalen Besonderheiten und Entwicklungsperspektiven. Diese „Smart Specialisation" ist in den einzelnen Teilgebieten Kärntens deshalb eine ganz Spezifische. Beispielsweise ist der Großglockner, seine glaziale Bergwelt und die damit verbundenen Entwicklungsmöglichkeiten, nicht beliebig in ein anderes Gebiet transferierbar. Das Beispiel soll deutlich machen, dass die Regionen unterschiedlich vielfältig in der Ausstattung mit naturräumlichen Ressourcen, wirtschaftlichen Zentren und Unternehmen, Vereinen, Infrastruktur, landwirtschaftlichen Anbauflächen und Betrieben, Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen oder Wirtschaftsbetrieben sind.

Die Bevölkerungsanzahl sowie die Bevölkerungsstruktur und deren Entwicklung unterscheiden sich ebenso. Es gilt diese je nach Region unterschiedlichen Möglichkeiten in Wert zu setzen und zu aktivieren. Dennoch gibt es auch regionsübergreifende und damit verbindende Themen, welche den ländlichen Raum bzw. das gesamte Bundesland Kärnten insgesamt stärken. Beispielsweise wird das Thema der Digitalisierung, der wirtschaftlichen Standortattraktivität, der regionalen Lebensmittelproduktion,

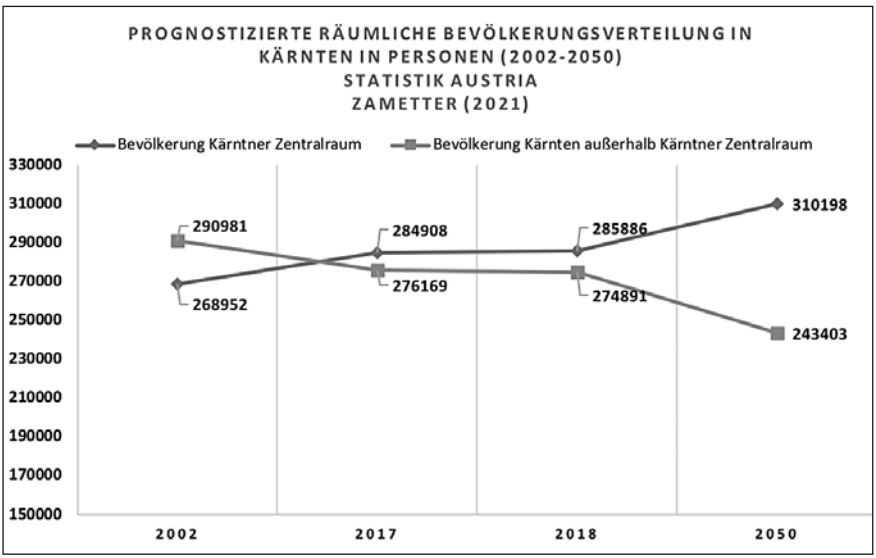
des Fachkräftemangels, des öffentlichen Verkehrs, der Bildung und Qualifizierung, der Umweltattraktivität und Nachhaltigkeit, der regionalen Energieproduktion, der Ausgestaltung des Tourismus, der Holzwirtschaft, der Kinderbetreuung, des Zuzugs und der Rückwanderung, der Wasserversorgung, der Gesundheitsversorgung oder des Pflegebedarfs in allen Kärntner Regionen von großer Bedeutung sein. Die Ausgestaltung und Aktivierung der jeweiligen Maßnahmenvorschläge sowie die Rahmenbedingungen zur Zielerreichung sind jedoch von Region zu Region unterschiedlich. Diese Herangehensweise betont einerseits das Regionsspezifische in Form des Bottom-Up-Ansatzes und andererseits erlaubt es die Verbindung zu einer Gesamtstrategie für die Raumkategorie Ländlicher Raum Kärnten. Dies ist deshalb zweckführend, da große gesellschaftliche Herausforderungen nur gemeinsam und in abgestimmter Weise gestaltbar werden.

Die Stadt wird zum bestimmenden Lebensmodell in Kärnten – Ein Hoch auf das Wachstumsdogma?

Fasst man den Kärntner Zentralraum ein wenig weiter als nur die beiden Statutarstädte Klagenfurt und Villach, beispielsweise als EU-Statistik-Region (NUTS 3) Villach-Klagenfurt mit 40 Gemeinden in Summe, so zeigt sich, dass aktuell rund 48 Prozent der Kärntner Bevölkerung in dieser Region leben. Im Prognosemodell bis 2050 werden es bereits rund 56 Prozent der Kärntner Bevölkerung sein. Die beiden Gebietstypen strukturstark und strukturschwach driften quasi mehr und mehr auseinander (siehe Abb. 3). Die Stadt wird in Kärnten zum bestimmenden Lebensmodell laut Prognose. Die höchsten quantitativen Zuwächse verzeichnen die Statutarstädte Klagenfurt (+17.808 Personen) und Villach (+6.332 Personen) bis 2050 lt. Prognose. Betrachtet man in diesem Raumausschnitt die Entwicklung des Dauersiedlungsraumes – d. h. den Raum für Landwirtschaft, Siedlung und Infrastruktur –, so lässt sich berechnen, dass lediglich 7,3 Prozent der Gesamtlandesfläche Kärntens im Zuwanderungsfokus stehen. Technologie, Innovation, höhere Einkommens- und Karrierechancen, wissensintensive Dienstleistungen sowie vermehrt Bildungschancen sind die bestimmenden Kräfte einer solchen Entwicklung.

Eine Analyse der unterschiedlichen Komponenten der Zuwanderung zeigt, dass das Gebiet des Kärntner Zentralraumes vor allem von internationaler Zuwanderung profitiert. Dennoch erklärt die Binnenwanderung bzw. die Zuwanderung aus anderen Kärntner Gemeinden von außerhalb des Kärntner Zentralraumes immer noch rund ein Viertel der gesamten Bevölkerungszuwächse in diesem Raumausschnitt. Dies bedeutet, dass aktuell und in Zukunft viele der Entwicklungspotentiale ländlicher

Abbildung 3: Bevölkerungsverteilung nach Regionen in Personen 2002–2050 (Prognose)



Quelle: Statistik Austria. Entnommen aus Demographie_Check:Kärnten 2020. Zametter (2021).

Gebiete (Wissen, Innovation, Kapital, Humankapital, Konsum etc.) vom Kärntner Zentralraum „abgesaugt" werden. Es entsteht nach und nach ein immer größerer negativer Nettoeffekt zu Lasten der Peripherie. Umgekehrt reichen die positiven Ausbreitungseffekte des Zentralraumes bisher noch nicht weit genug in das Hinterland.

An dieser Stelle wäre es jedoch fatal zu glauben, es würde für eine vitale Landesentwicklung ausreichend sein, sich nur noch auf die wachstumsstärkste Region Kärntens zu konzentrieren und dorthin den Großteil der verfügbaren Ressourcen zu transferieren. Die Peripherie agiert dann als eine Art verlängerte Werkbank, d. h. als Reserveraum auf Abruf für das Zentrum. In der Theorie würde dies der neoklassischen Wachstumsvorstellung entsprechen. In Anlehnung an Maier (2012:145) lenkt eine wachstumsorientierte Regionalpolitik die verfügbaren Ressourcen „nur" in jene Region, in der jeweils die höchste Rendite zu erwarten ist. Wer schon viel hat, dem wird noch mehr gegeben?[10] In einem solchen Modell würde auch die Begründung für Regionalpolitik fehlen, da dem Markt sämtliche Entscheidungen überlassen werden. Die Regionalpolitik schafft sich selbst ab bzw. agiert als Handlanger des Marktes, indem sie lediglich noch störende Marktunvollkommenheiten (z. B. senken der Umweltschutzstandards, Etablierung einer expansiven Bodenpolitik oder die Aufweichung des

Postulats gleichwertiger Lebenschancen aller Bürger*innen etc.) beseitigt. Der Markt verteilt die Ressourcen quasi optimal auf die Regionen. Ein problematischer Irrtum, wie uns heute viele Beispiele zeigen.

Eine rein wachstumsorientierte Regionalpolitik würde nicht zu einem Abbau der regionalen Entwicklungsunterschiede zwischen den einzelnen Regionen führen, sondern diese massiv vergrößern. Damit verbunden sind vielfältige wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Spaltungen. Einseitige Investitionen führen zu problematischen wirtschaftlichen und damit auch gesellschaftlichen Monostrukturierungen und damit zu Abhängigkeiten bzw. Lock-in-Effekten von Regionen von oftmals nur einem größeren Betrieb oder lediglich einer dominanten Branche. Aufgrund des zumindest kurz- bis mittelfristigen guten Wachstums werden kaum Alternativen aufgebaut. Die Politik setzt in einem solchen Szenario alles auf eine Karte.

Es gibt viele Beispiele, wo diese rein wachstumsorientierte Strategie nicht funktioniert hat und zum Niedergang ganzer Regionen führte. Beispielsweise galt das Ruhrgebiet in Deutschland lange Zeit als Gewinner unter den deutschen Regionen. Man baute die gesamte Entwicklung des Gebietes auf den riesigen Steinkohlevorräten auf. Diese vermeintlich „unerschöpfliche" Ressource brachte über viele Jahrzehnte Wohlstand und Einkommen. Alternative Sektoren wurden daher nicht entwickelt – mit folgenschweren Konsequenzen. In den 1970er-Jahren begann dann aus unterschiedlichen Gründen der Niedergang. Die starke Spezialisierung, die einst als Vorteil galt, wurde nun zum Nachteil, welcher sich in Form einer Pfadabhängigkeit äußerte. Viele hunderttausend Bewohner*innen verloren dabei ihre Beschäftigung und der Verfall der Region war besiegelt (vgl. Maier 2012: 6 ff.). Erst heute, 40 Jahre später, gelingt dem Gebiet der Relaunch. Als Metropole Ruhr[11], so das Markenlabel, tritt das ehemalige „Black Country" Deutschlands erneut als Good-Practice-Beispiel räumlicher Entwicklung in Erscheinung. 2018 wurde das letzte Kohlebergwerk geschlossen.[12] In den letzten Jahrzehnten mussten umfassende ökologische Umgestaltungen vorgenommen werden, um die Altlasten (Schadstoffe in Böden und Grundwasser) zu beseitigen. Klare Luft, sauberes Wasser und weniger Lärm sind das Ergebnis jahrzehntelanger Renaturierung und des Strukturwandels. Die Regionalpolitik hat erkannt, dass eine hohe Umwelt- und Lebensqualität die Grundvoraussetzung dafür ist, um ökonomische und soziale Veränderungen einzuleiten. Die einstige wirtschaftliche Monostrukturierung wurde hin zu einem breit diversifizierten Sektorenmix weiterentwickelt. Universitäten, Medien, Kunst und Kultur (RUHR.2020), saubere Industrie, Forschungseinrichtungen, Green Techs und die nachhaltige Energiewirtschaft prägen die heutige Wirtschaftsstruktur. Auch in der Raumentwicklung der Metropolregion werden Stadt und Land im Konzept zusammen gedacht. Neben den zentralen Orten (Bochum, Duisburg, Dortmund, Essen

oder Köln) werden auch die Satellitenstädte (Sekundärstädte oder kleinere Städte) unterstützt und im Sinne eines nachhaltigen polyzentrischen Siedlungssystems modernisiert. Dadurch gelingt es die positiven Ausbreitungseffekte (z. B. in Form von günstigeren Preisen, Mieten, Zugang zu Bildung, Investitionen oder Innovationen) möglichst gleichmäßig auf das gesamte Gebiet zu verteilen. Ein „Great Spurt" bzw. ein nachhaltiger Aufholprozess im Sinne des Wirtschaftswissenschafters Alexander Gerschenkrons (1962) wurde in Gang gesetzt.

Ein anderes Beispiel für eine rein auf Wachstum ausgerichtete Regionalpolitik findet sich geradewegs vor unserer Haustüre. In den angrenzenden italienischen Berggebieten hat sich der Staat nach dem EU-Beitritt Österreichs schlagartig zurückgezogen. Die Gebiete waren für den italienischen Staat uninteressant geworden; sie verursachen hohe Kosten und bringen kaum Einnahmen (Wegfall der Zölle). Man entledigte sich der sogenannten „Grenzöde"[13], indem nur noch minimale Investitionen in das Notwendigste getätigt wurden. Das folgenschwere Ergebnis kann heute in nur wenigen Autominuten von Villach aus besichtigt werden. Verfallene Infrastruktur, verfallene Kulturlandschaft, kaum noch landwirtschaftliche Betriebe, entleerte größere Orte (z. B. Tarvis oder Pontebba) und verlassene Bergdörfer. Der sozioökonomische Niedergang ganzer ländlicher Bergregionen ist in unserem Nachbarland bereits abgeschlossen. Nach und nach erkennt man heute immer mehr, dass auch in diesem wirtschaftlich „strukturschwachen" Gebiet vielfältige, für die Zukunft essentielle Ressourcen vorhanden sind. Ressourcen, die immer schon da waren, aber heute durch die veränderten Rahmenbedingungen wie Klimawandel, Verlust der ökologischen Vielfalt, Sättigungstendenzen und damit weitreichende Ballungsnachteile in den größeren norditalienischen Städten, Abhängigkeiten von internationalen Lieferketten und damit fehlende regionale Resilienz oder auch spezielle Förderprogramme und damit Weiterentwicklungs- und Innovationsmöglichkeiten wie der Green Deal der EU[14] einen immer bedeutenderen Wert darstellen: die hohe Umweltgüte für den naturnahen und qualitätsvollen Tourismus, intakte Almflächen und deren Multifunktionalität, die Möglichkeit auf Schutzgebiete zur CO_2-Reduktion oder zur Produktion von hochwertigen Lebensmitteln, der Schutz und die Wiederbelebung der für den Menschen überlebensnotwendigen Ökosysteme, dringend benötigte Wasservorräte als Grundnahrungsmittel für die Städte und zur Bewässerung der Ackerflächen Norditaliens in Zeiten des voranschreitenden Klimawandels, Wildbäche und Flüsse zur sauberen Energieproduktion, ein enormes kulturelles Erbe und Vermächtnis in Form der Friedenswahrung oder des grenzüberschreitenden Austausches beispielsweise entlang der Karnischen Kette oder die geologische Vielfalt der Karnischen Alpen und der Dolomiten. Sie zählen zu den geologisch wichtigsten Gebieten der Erde und können uns Antworten auf fundamentale Fragen

der Entwicklung des Planeten Erde liefern. Heute strebt unser Nachbarland eine erneute Wiederbelebung dieser Gebiete nach und nach an. Ein Relaunch in der Regionsentwicklung ist aber mit erheblichem Mehraufwand und ungewissem Ausgang verbunden.

Zusätzlich wurde in der Corona-Pandemie deutlich, dass der ländliche Raum für eine stabile Gesamtlandesentwicklung notwendig ist. Im „Lockdown" letzten Jahres (März–April 2020) war eine durchgehende und stabile Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln durch eigene regionale Produkte gegeben. Die Fragilität und damit die Abhängigkeit von globalen Lieferketten wird für viele Menschen sichtbar und spürbar. Es war für weite Teile der Bevölkerung beruhigend zu wissen, dass durch regionale Produktion eine Grundversorgung über einen gewissen Zeitraum möglich ist.

Das Phänomen der regionalen Resilienz ist bereits in der Wirtschafts- und Bankenkrise 2008/09 deutlich geworden. Auch damals wirkte der ländliche Raum systemstabilisierend, da die Abhängigkeit von internationalem Kapital in dieser Raumkategorie eine wesentlich geringere Rolle spielt. Ländliche Regionen agierten in der Wirtschaftskrise stabiler, da ergänzend dazu eine wesentlich niedrigere Integration der Arbeitsteilung in globale Prozesse vorzufinden ist. Der vorherrschende Globalisierungsgrad sowie eine selektive Entkoppelung davon führten zu einer erhöhten Widerstandsfähigkeit gegen „Impacts" von außen. Es finden sich in ländlichen Gebieten vielfältige KMU-Strukturen, zumeist nachhaltige Familienbetriebe. Der Absatz- und Beschaffungsmarkt von KMUs ist mehrheitlich der regionale Markt. Produziert und angeboten wird in erster Linie, was vor Ort bzw. im näheren Umfeld gebraucht wird. Der regionale Markt fußt mehrheitlich auf langfristigen, persönlichen Kontakten und Vertrauen (Stammkunden); daher ist er auch weniger volatil bzw. exogenen Systemkrisen ausgesetzt. Lösungen zur regionalen Lebensmittelproduktion und Versorgung durch eine vorhandene kritische Masse an bäuerlichen Betrieben sind noch gegeben. Sich im Eigentum befindende Maschinen und Produktionsanlagen, generationenübergreifendes Know-how über Anbaumethoden, fruchtbare, aber unbebaute Böden und Anbauflächen sind weitere resilienzfördernde Faktoren. Durch Möglichkeiten der Reduktion der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen durch die verstärkte Nutzung regionaler Wertschöpfungskreisläufe sinkt auch die Abhängigkeit von internationalen Rohstofflieferanten. Neue Nischen sind entstanden bzw. befinden sich gerade im Entstehen und damit neue Arbeitsplätze und Perspektiven. Der ländliche Raum ist gerade in Krisenzeiten zum Stabilisator und Innovator für Kärnten und auch darüber hinaus für ganz Österreich geworden. Die wichtigen Ergänzungsfunktionen für die wirtschaftlich stärkeren Städte wie Nahrungsmittelproduktion, Energieproduktion, Wasserversorgung, Erholungsfunktion, Umwelt- und

Klimaschutzfunktion sowie eine intakte Natur- und Kulturlandschaft sind deutlich geworden. Die Hypothese der selbstversorgenden Stadt konnte bisher nicht bestätigt werden.

Der ländliche Raum wird gerade in Krisenzeiten auch vermehrt als Lebensraum und Wirtschaftsstandort neu entdeckt. Ein immer größerer Teil der Arbeitnehmer*innen wünscht sich heute bereits mehr Arbeitszeitflexibilität und Ortsungebundenheit. Dies wird auch in Zukunft so bleiben, da für die Wirtschaft und Betriebe kaum Produktivitätseinbußen im Home-Office verzeichnet werden. Ein erheblicher Teil der Arbeitnehmer*innen möchte auch gar nicht mehr in die „alte" Vor-Corona-Arbeitswelt zurück. Eine Umfrage (1000 befragte Arbeitnehmer*innen im Alter von 20 bis 50 Jahren) von Ernst & Young (2021)[15] diesbezüglich zeigt weiter auf, dass fast jeder dritte Befragte (29 Prozent) zurück aufs Land möchte. Für 28 Prozent käme ein Pendeln nicht mehr in Frage. 25 Prozent würden sich die Arbeitszeit so einteilen, damit mehr Zeit für Familie und Hobbies bleibt. 84 Prozent erklären, Weiterbildung müsse flexibel bzw. zeit- und ortsunabhängig funktionieren. Rund 80 Prozent würden sich in Innovationsprojekte, Projekte zur Chancengleichheit oder Nachhaltigkeit einbringen. Unternehmen und Standorte, welche diese Möglichkeiten anbieten, werden auch bessere Arbeitskräfte bekommen. Ländliche Regionen bringen dazu viele Anknüpfungspunkte mit. Hier entstehen ganz neue Chancen!

Masterplan Ländlicher Raum Kärnten – Prinzipien und Handlungsfelder

Der Masterplan Ländlicher Raum Kärnten fußt auf einer auf Ausgleich gerichteten Regionalpolitik. Diese ist das Pendant zu einer trivialen, rein auf Wachstum ausgelegten Politik. Im Zentrum eines solchen Entwicklungsdenkens steht das demokratische Prinzip der „Gleichwertigen Lebensverhältnisse". Der Zugang zu Arbeit und Einkommen, Bildung, Gesundheitsversorgung und Pflege, hoher Umweltqualität oder Infrastruktur sollte demnach sämtlichen Bewohner*innen eines Gebietes in relativ gleich gutem Ausmaß zur Verfügung stehen. Dies ist dadurch (annähernd) erreichbar, indem zu große regionale Entwicklungsunterschiede reduziert bzw. ein weiteres Auseinanderklaffen zwischen strukturschwachen und wirtschaftlich starken Gebieten verhindert wird (Konvergenz). Die Notwendigkeit konvergenzorientierter Strategien wurde bereits in einigen Beispielen diskutiert. Eine auf Ausgleich gerichtete Regionalpolitik fußt ebenso auf einem umfassenden Entwicklungsverständnis. Regionalentwicklung wird dabei als qualitative Verbesserung der Wirtschaftsstruktur sowie der Lebensqualität (well-being) der Menschen vor Ort verstanden. Neben den harten Faktoren der Regionsentwicklung wie Breitbandausbau, interkommunale Gewerbeparks, Schaffung von Arbeitsplätzen,

Ausbau der erneuerbaren Energie oder beispielsweise auch die proaktive Einplanung in Infrastrukturprojekten wie der Koralmbahn finden sich im Masterplan Ländlicher Raum Kärnten deshalb auch vielseitige weiche Faktoren aus dem Zukunftsbereich Lebensraum. Diese nehmen in der heutigen Raumentwicklung einen immer gewichtigeren Stellenwert ein. Chancengleichheit und Teilhabe von benachteiligten Gruppen, moderne Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, Möglichkeiten zur Ausgestaltung und Verbesserung des öffentlichen Verkehrs, moderne Schulen, ganztägige Kinderbetreuungseinrichtungen (inkl. Krabbelstuben), vitale Vereine, eine hohe Umweltgüte, guter Zugang zu medizinischer Versorgung und Pflege, Konzepte zu Rückwanderung und Zuzug, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Sinne einer ausgewogenen Work-Life-Balance sowie Coworking oder New-Work-Konzepte, welche ein Arbeiten von zu Hause aus ermöglichen, haben in den Maßnahmen u. a. Priorität.

Die Verknüpfung mit dem Postulat einer nachhaltigen Regionsentwicklung ist ebenfalls mit einer auf Ausgleich gerichteten Regionalpolitik in sich vereinbar (Zametter 2017:180f). Ebenso ist darauf aufbauend die Verbindung zu den von der UN formulierten Sustainable Development Goals (SDGs) gegeben. Heute kommt es immer stärker darauf an, diese als Basis für wirtschaftliche, ökologische und gesellschaftliche Entwicklung zu nutzen. Der Masterplan Ländlicher Raum Kärnten ermöglicht vielzählige Konnektivitäten zur Agenda 2030[16] für eine nachhaltige Entwicklung. Aus diesem Grund werden ökologische und Umweltaspekte, Naturschutz, Chancengleichheit und Teilhabe, die regionale Produktion von hochwertigen Lebensmitteln, moderne Arbeits- und Qualifizierungschancen, die Wasserversorgung, neue Strategien im Bereich der Bioökonomie und Biodiversität oder auch des Qualitätstourismus im Masterplan stark berücksichtigt.

Durch den geplanten Umsetzungsmechanismus werden regionale Akteure in die Lage versetzt, Entwicklungsprozesse an den eigenen (natürlichen, wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen) Ressourcen und Zielen auszurichten. Die Regionalpolitik sowie die Leader- und Regionalmanagements agieren dabei als unterstützende Kraft. Damit bilden Kooperationen und Netzwerke, neben der Nachhaltigkeit, Schlüsselelemente des Masterplans. Umfassende Probleme und Herausforderungen unserer Zeit, wie der demographische Wandel, der Klimawandel, der Verlust von Ökosystemen oder auch die Corona-Pandemie lassen sich nur gemeinschaftlich lösen. Regionen, denen dies gelingt, werden sich auch besser entwickeln.

Schlussbemerkungen und Ausblick

Der Masterplan Ländlicher Raum Kärnten wurde von Seiten der FH-Kärnten (Studienzweig Public Management) wissenschaftlich sowie inhaltlich begleitet. Den Schwerpunkt der Erhebungen bilden die sechs

Regionalworkshops mit über 400 polizivilen Teilnehmer*innen aus sämtlichen Regionen Kärntens. Eine wichtige Grundlage für den Masterplan war der im Vorfeld erarbeitete Demographie_Check:Kärnten 2020. Der demographische Wandel und seine vielseitigen Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft sind deshalb als Schwerpunktthema im Masterplan eingearbeitet. Die Ziele und Maßnahmenvorschläge des Masterplans Ländlicher Raum kommen durch eigene Fördercalls des Landes, durch ergänzende Entwicklungsvorhaben der Fachabteilungen des Landes Kärnten – im Sinne einer integrierten Regionalentwicklung – sowie durch weitere EU-Förderprogramme wie z. B. im Rahmen der neuen LEADER-Periode (LES 2021[3]–2027) in die Umsetzung. Wenn unterschiedliche Förder- und Finanzierungsquellen gebündelt werden (Multi-Fonds-Ansatz), entsteht eine höhere Effektivität. Die Wirkungskraft des Masterplans Ländlicher Raum wird weiters davon abhängen, inwieweit es den unterschiedlichen Ebenen (Land, Region und Gemeinde) und beteiligten Akteuren tatsächlich gelingt, die entwickelten Maßnahmen in kooperativer Weise und wechselseitiger Abstimmung gemeinsam umzusetzen. Der Erfolg des Masterplans Ländlicher Raum wird aber auch davon abhängen, inwieweit es der Politik gelingt, die Zivilgesellschaft – über den Erstellungsprozess hinaus – für die Umsetzung mit ins Boot zu holen und ein Team Commitment zu erzeugen.

Literatur

Amt der Kärntner Landesregierung (2021): Masterplan Ländlicher Raum Kärnten – Nachhaltige Regionen – Nachhaltiges Kärnten. Abteilung 10 Land- und Forstwirtschaft, Ländlicher Raum. URL: https://www.ktn.gv.at/Verwaltung/Amt-der-Kaerntner-Landesregierung/Abteilung-10/Publikationen/Masterpl%C3%A4ne.

Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2020): Wer schon viel hat, dem wird noch mehr gegeben? Warum der Eigenanteil bei Förderprogrammen strukturschwache Kommunen benachteiligt. Discussion Paper. URL: Eigenanteil_online.pdf (berlin-institut.org).

Ernst & Young (2021): Arbeitswelt im Umbruch. Pressemitteilung und Kurzzusammenfassung. URL: https://www.ey.com/de_de/news/2021/05/ey-zukunft-der-arbeitswelt-2021.

Gerschenkron, Alexander (1962): Economic Backwardness in Historical Perspective. A Book of Essays. Belknap Press, Cambridge.

Lösch, August (1940): Die räumliche Ordnung der Wirtschaft. Fischer, Jena.

Maier, Gunther et al. (2012): Regional- und Stadtökonomik 2. Regionalentwicklung und Regionalpolitik. 4. Auflage. Springer Wien New York.

Smith, Adam (1776): An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations. An electronic classics series publication. 2005. The Pennsylvania State University.

Stainer-Hämmerle, Kathrin/Zametter, Thomas (2020): Demographie_Check:Kärnten 2020. Studie im Auftrag des Landes Kärnten, Abteilung 10 Land- und Forstwirtschaft, Ländlicher Raum. Fachhochschule Kärnten, Studienbereich Wirtschaft und Management – Public Management. URL: https://www.ktn.gv.at/Verwaltung/Amt-der-Kaerntner-Landesregierung/Abteilung-10/Publikationen.

Weber, Gerlind & Fischer, Tanja (2012): Gehen oder bleiben? Motive des Wanderungs- und Bleibeverhaltens im ländlichen Raum der Steiermark und die daraus resultierenden Handlungsoptionen. Fachzeitschrift Ländlicher Raum – Ausgabe 04/12. Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft. URL: Weber_Fischer_gehen oder bleiben.pdf (bmlrt.gv.at).

Zametter, Thomas (2017): Entwicklungspotentiale peripherer Regionen im Alpen-Adria-Raum: Diskutiert am Fallbeispiel Politischer Bezirk Hermagor. Dissertation. Geographie und Regionalforschung. Alpen-Adria-Universität Klagenfurt.

Internetlinks

Metropole Ruhr. URL: https://metropole.ruhr/ (11.9.2021)

Europäischer Gründer Deal. URL: https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal_de (11.9.2021)

EU-Kommission. URL: commission-report-impact-demographic-change-17june2020_de.pdf (europa.eu) (12.09.2021)

LEADER-Programm EU. URL: https://ec.europa.eu/info/food-farming-fisheries/key-policies/common-agricultural-policy/rural-development_de (14.9.2021)

Wirtschaftspolitisches Berichts- und Informationssystem (WIBIS) Kärnten. URL: https://wibis.kwf.at/fileadmin/user_upload/wibis_kaernten/regionsprofile/2021-05/AT21_PROFIL_2_Daten_13.09.2021.pdf (17.9.2021)

Agenda 2030. URL: https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/nachhaltige-entwicklung-agenda-2030.html (21.9.2021)

Projekt Süd Alpen Raum. URL: https://www.suedalpenraum.eu/gemeinsame-initativen/projekte/ (21.9.2021)

Anmerkungen

1 Masterplan Ländlicher Raum Kärnten. URL: https://www.ktn.gv.at/Verwaltung/Amt-der-Kaerntner-Landesregierung/Abteilung-10/Publikationen/Masterpl%C3%A4ne (14.9.2021)

2 Demographie_Check:Kärnten 2020.

3 Vgl. Zametter (2017:237).

4 Weber & Fischer (2012). URL: https://info.bmlrt.gv.at/dam/jcr:554bcdfa-38fd-4b01-bb1b-9ff8b6098e37/Weber_Fischer_gehen%20oder%20bleiben.pdf (13.9.2021).

5 WIBIS Kärnten. URL: https://wibis.kwf.at/fileadmin/user_upload/wibis_kaernten/regionsprofile/2021-05/AT21_PROFIL_2_Daten_13.09.2021.pdf (17.9.2021).

6 EU-Kommission. URL: commission-report-impact-demographic-change-17june2020_de.pdf (europa.eu) (12.09.2021).

7 LEADER-Programm EU. URL: https://ec.europa.eu/info/food-farming-fisheries/key-policies/common-agricultural-policy/rural-development_de (14.9.2021).

8 Für den Kärntner Zentralraum ist neben den LEADER-Regionen auch der neue Verein Zentralraum+ mit in den Masterplan Ländlicher Raum Kärnten involviert.

9 Projekt Süd Alpen Raum. URL: https://www.suedalpenraum.eu/gemeinsame-initativen/projekte/ (21.9.2021).

10 Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2020). URL: https://www.berlin-institut.org/studien-analysen/detail/wer-schon-viel-hat-dem-wird-noch-mehr-gegeben (12.9.2021).

11 Metropole Ruhr. URL: https://metropole.ruhr/ (11.9.2021).

12 Handelsblatt. URL: https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/zechenschliessung-ein-letztes-glueck-auf-mit-der-steinkohle-endet-fuer-deutschland-eine-aera/23777876.html?ticket=ST-10708545-lDdNKP3LwgBSeaXcC4hM-ap1 (11.10.2021)

13 August Lösch (1940) bezeichnete Grenzregionen als Grenzöde. Für ihn beschneiden Grenzen das Marktgebiet und damit den Gewinn. Sie sind als Wirtschaftsstandort vernachlässigbare Gebiete, da keine Gewinnmaximierung möglich ist.

14 Europäischer Gründer Deal. URL: https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal_de (11.9.2021).

15 Ernst & Young (2021). URL: https://www.ey.com/de_de/news/2021/05/ey-zukunft-der-arbeitswelt-2021 (14.9.2021).

16 Agenda 2030. URL: https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/nachhaltige-entwicklung-agenda-2030.html (21.9.2021).

Elisabeth Janeschitz

Dimensionen der Digitalisierung in Kärnten

1. Einleitung

Bereits seit mehreren Jahrzehnten ist weltweit eine alles umfassende und alles durchdringende, nicht aufzuhaltende digitale Evolution im Gange. Diese Entwicklung wird auch kurz als Digitalisierung bezeichnet. Grundsätzlich wird dabei das Leben und Arbeiten mit digitalen Daten und digitalen Technologien verstanden. Den Beginn der Digitalisierung markierte die Verarbeitung von Daten für die Automatisierung von Fertigungsprozessen, aber auch in vielen Dienstleistungsbereichen wurde das Potenzial der Umstellung von analogen auf digitale Prozesse frühzeitig erkannt und realisiert.

Seit der Diskussion um die Datenschutzgrundverordnung der EU im Jahr 2018 ist ein Bewusstsein für die Grundstoffe der Digitalisierung, die Daten, entstanden, und Daten sind heute im Fokus von Wirtschaft und Gesellschaft angelangt. Im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten dürfen jedoch auch kritische Betrachtungen über Vor- und Nachteile und über Gewinn und Gefahr der Digitalisierung nicht aus den Augen verloren werden. Vor allem auch deshalb, weil Daten sammelnde Geräte und Anwendungen[1] omnipräsent geworden sind.

Tatsache ist, dass die Digitalisierung bereits zu einer tief greifenden Veränderung für unser tägliches Leben, unsere Arbeitsweise, die Form, in der wir Geschäfte machen, und die Art und Weise, wie wir miteinander kommunizieren, reisen oder generell in Kontakt stehen, geführt hat. Vor allem in den letzten Monaten hat sich infolge der COVID-19-Pandemie die Rolle der Digitalisierung in Wirtschaft und Gesellschaft grundlegend verändert und ihr Tempo beschleunigt. Digitaltechnik ist zu einer unverzichtbaren Voraussetzung für Arbeit, Lernen und Unterhaltung, soziale Kontakte und Einkaufen und für den Zugang zu allen Bereichen des Lebens, von Gesundheitsdiensten bis hin zur Kultur, geworden.[2]

Das Bestreben, digitale Technologien in Kärnten zum Vorteil von Gesellschaft und Wirtschaft zu nutzen, wurde bereits vor der COVID-19-Pandemie im Regierungsprogramm Kärnten 2018–2023[3] verankert. Darin wurde adressiert, der sich durch die Digitalisierung rasch verändernden Lebenswelt durch eine Digitalisierungsoffensive zu begegnen. Dies spiegelt sich in einem eigenen Programmpunkt „Digitalisierung“ wider, in

dem Handlungsschwerpunkte im Bereich „Infrastruktur“ mit Breitband- und 5G-Ausbau und im Bereich „Positionierung“ beispielsweise mit Netzwerkbildungen, Veranstaltungen, Wettbewerben und Stipendien angeführt werden. Die Positionierung Kärntens als Wirtschafts-, Forschungs- und Technologiestandort im Zusammenhang mit der Digitalisierung steht im Fokus der Zukunftsentwicklung Kärnten. Die Digitalisierungsoffensive in Kärnten begann mit dem „Digitalen Jahr 2018“, das sich auf verschiedene Aktionsfelder von Infrastruktur, Bildung, Wirtschaft, Industrie 4.0, E-Government bis hin zu Tourismus, Gesundheit, Energie und Umwelt, Mobilität oder Landwirtschaft erstreckte.

Das Phänomen der Digitalisierung ist wegen seines Querschnittsansatzes in der großen Breite von Themen- und Aktionsfeldern schwer zu fassen und besteht aus einer Fülle von Dimensionen. Die in diesem Beitrag versuchte Strukturierung ist an die Dimensionen des Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft (Digital Economy and Society Index, abgekürzt DESI) angelehnt. Der DESI wird seit dem Jahr 2014 jährlich von der Europäischen Kommission erhoben und dokumentiert den Stand des Fortschrittes der Digitalisierung in den bzw. die digitale Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten. Im DESI sind derzeit rund 40 Indikatoren in fünf Dimensionen definiert. Für die Jahresberichte wird durch das statistische

DESI-Dimension	**DESI-Indikatoren …**	**DESI-Kontext**	**Beispiele für Projekte in Kärnten**
Konnektivität	… zur Versorgung mit und Nutzung von Festnetz-Breitband-Anschlüssen, Mobilfunk-Breitbandanbindung und zu Preisen	Die Konnektivität zum Transport von Daten im Internet über Breitband- oder Mobilfunkverbindungen bildet die Grundlage bzw. die Infrastruktur für die Digitalisierung insgesamt.	Breitbandinitiative Kärnten 5G-Playground Carinthia Lakesidepark
Humanressourcen	… zur digitalen Kompetenz der Internetnutzer und zu den fortgeschrittenen Fertigkeiten in den digitalen Arbeitswelten	Digitale Kompetenzen sind das Rückgrat der digitalen Gesellschaft. Sie ermöglichen es u. a. den Menschen, digitale Dienste zu nutzen und online aktiv zu werden.	Silicon Alps Cluster mit dem DIGITALDIALOG KÄRNTEN.digital
Integration der Digitaltechnik	… zur Digitalisierung von Unternehmen und zum elektronischen Handel; mit Erweiterung um aktuelle Themen, wie z. B. Künstliche Intelligenz (KI)	Schlüsselfaktoren für den Erfolg von Unternehmen in der globalen digitalen Welt liegen in der Nutzung von z. B. Cloud-Diensten, Big-Data, KI-Anwendungen oder im Online-Handel.	Silicon Austria Labs Fraunhofer „KI4life“

Amt der Europäischen Union (EUROStat) entsprechendes Zahlenmaterial aus den Mitgliedstaaten für die Indikatoren erhoben. Die fünf Dimensionen des DESI lauten Konnektivität, Humanressourcen, Internetnutzung, Integration der Digitaltechnik und Digitale öffentliche Dienste.[4] Die rund 40 Indikatoren werden laufend an aktuelle technologische Entwicklungen angepasst und um neue aktuelle Themen wie beispielsweise Künstliche Intelligenz, Quantencomputer, Blockchain oder Cyber Security erweitert.

Aus den fünf Dimensionen des DESI wurden für die spezifische Betrachtung der Digitalisierung in Kärnten sechs spannende Projekte in drei Dimensionen beispielhaft ausgewählt, aus verschiedenen Perspektiven (informationstechnologisch, strategisch, politisch, fördertechnisch) beleuchtet und mit Interviews lebendig dargestellt.

2. Konnektivität

Die Konnektivität ist der wichtigste Baustein und das Fundament des digitalen Wandels, das Fundament der Digitalisierung. Konnektivität bedeutet Festnetz- oder Mobilfunkverbindungen, die den Fluss von Daten ermöglichen und dadurch die Zusammenarbeit zwischen Menschen, wo auch immer sie sich befinden. Konnektivität erlaubt es auch, Objekte oder Maschinen, im Grunde elektronikbasierte Systeme (EBS), über das Internet zu verbinden, wie z. B. beim Internet der Dinge (IoT). Durch den Datenfluss und die damit verbundenen Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Menschen, Objekten und Systemen werden Produktions-, Mobilitäts- und Logistikketten, verändert. Ausschlaggebend ist die Menge der Daten, die innerhalb eines Zeitraumes zwischen zwei Endgeräten (z. B. EBS) ausgetauscht wird, die Datenübertragungsrate. Das Maß für die Datenübertragungsrate ist die Anzahl der transportierten Bits pro Sekunde (Bit/s). Die Datenübertragungsraten stehen auch im Fokus der Konnektivitätsziele der „Strategie Europa 2025".

Diese Ziele fordern für alle europäischen Haushalte in ländlichen oder städtischen Gebieten eine Internetanbindung mit Datenübertragungsraten von mindestens 100 Megabit (MBit/s), erweiterbar auf Gigabit-Geschwindigkeit (GBit/s).[5] Dies spiegelt die Erwartung der Kommission wider, dass die Haushalte im Laufe der Dekade 2020 bis 2030 zunehmend 1 GBit/s Datenübertragungsraten benötigen werden. Dies steht im Einklang mit der Beobachtung der Kommission, dass der Bedarf an Netzkapazitäten exponentiell wächst und nachhaltige Investitionen in Netze sichergestellt werden müssen, die symmetrische (d. h. bei Upload und Download gleiche) Gigabit-Geschwindigkeiten bieten können, um der europäischen Datenwirtschaft über 2025 hinaus gerecht zu werden. Alle Bereiche mit besonderer sozioökonomischer Bedeutung wie Schulen, Krankenhäuser

und Unternehmen sollten bereits spätestens 2025 mit einer Gigabit-Anbindung mit gleich schnellen Upload- und Download-Geschwindigkeiten ausgestattet sein.[6]

Auch in der Mitteilung der Kommission von März 2021 „Digitaler Kompass 2030: der europäische Weg in die digitale Dekade", in der die Zielvorstellungen für den digitalen Wandel Europas bis 2030 darlegt sind, wird eine nachhaltige und sichere digitale Infrastruktur für Konnektivität als Voraussetzung für weitere technologische Entwicklungen wie z. B. Cloud-Dienste oder die Verarbeitung riesiger Datenmengen (Big-Data) adressiert.[7]

Dramatisch wurde uns die hohe Bedeutung von Konnektivität, die Bedeutung von Breitbandnetzen, in Form von Festnetz- oder Mobilfunkverbindungen, für Menschen, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen im Zuge der COVID-19-Pandemie vor Augen geführt. Dementsprechend nimmt die Konnektivität in der Aufbau- und Resilienzfazilität im Rahmen des Programms „NextGenerationEU" einen hohen Stellenwert ein und wird unter dem Namen „CONNECT" als eines der sieben Flaggschiff-Bereiche dieses Post-Covid-Aufbaupakets der EU definiert.[8]

Der Ausbau von Breitbandnetzen im Mobilfunkbereich ist derzeit an die 5G-Technologie samt den entsprechenden 5G-Ausbaustrategien gekoppelt. 5G steht für „fünfte Generation" und ist eine Weiterentwicklung des Mobilfunkstandards LTE – Long Term Evolution. 5G erlaubt höhere Datenübertragungsraten und schnellere Reaktions- bzw. Antwortzeiten (Latenzzeiten) innerhalb jeder Mobilfunkzelle. Dadurch wird die Kommunikation zwischen den elektronikbasierten Systemen verbessert. Im 5G-Standard werden höhere Frequenzbereiche genutzt und dadurch höhere Datenübertragungsraten bis zu 10 GBbit/s und kürzere Latenzzeiten von unter einer Millisekunde bis wenige Millisekunden erreicht. Die Latenzzeit gibt den Zeitraum zwischen einer Aktion oder einem Ereignis und dem Eintreten einer Reaktion an. Auch soll die Echtzeitübertragung im Sinne einer Kommunikation von hunderten von Milliarden Mobilfunkeinheiten bzw. elektronikbasierten Systemen gleichzeitig möglich sein.

In Österreich wurde im Jahr 2018 nach Konsultation der Bundesländer und maßgeblicher Stakeholder im Telekommunikationssektor die 5G-Strategie[9] veröffentlicht. In den zwei zentralen Handlungsfeldern Infrastruktur und Anwendungen wurden konkrete Maßnahmen samt Darstellung der Umsetzungsverantwortlichen festgelegt. Im Handlungsfeld Infrastruktur geht es auch um die Erleichterung und um die Kostensenkung des Ausbaus der digitalen Infrastruktur, beispielsweise durch Anpassung bestimmter Baugesetze der Länder. Im Handlungsfeld Anwendungen geht es um die Potenziale und Nutzung von 5G für die Wirtschaft und Gesellschaft durch 5G-Dienste und -Anwendungen. Maßnahmen in

diesem Bereich sind Förderprogramme, Innovationskooperationen oder 5G-Testumgebungen. Jährliche Evaluierungen der Umsetzung der Maßnahmen sind erfolgt und wurden auch an das Land Kärnten adressiert. Die 5G-Strategie bietet einen Rahmen für die Entwicklung des 5G-Ausbaus in Österreich bis Ende 2025. Bis dahin soll die österreichweite Versorgung mit 5G realisiert sein. Im Handlungsfeld Anwendungen ist in Abschnitt 2.2 als hochrangiges Beispiel das Förderprojekt „5G Playground Carinthia" im Lakesidepark Klagenfurt dargestellt.

Der Ausbau von Breitbandnetzen im Festnetzbereich, im kabelgebundenen Bereich, steht weitgehend im Zusammenhang mit dem Ausbau von Glasfaserinfrastrukturen. Bei der Glasfasertechnologie werden Daten über Lichtwellenleiter (LWL) in Form von Licht bzw. Lichtsignalen über weite Strecken übertragen. Während elektrische Signale in Kupferleitungen als Elektronen von einem zum anderen Ende wandern, übernehmen bei LWL die Lichtteilchen diese Aufgabe. Lichtwellenleiter können Signale ohne Verstärker über große Entfernungen übertragen und sind in ihren Anwendungsmöglichkeiten nahezu unbegrenzt. Glasfaserkabel liefern Datenübertragungsraten bis in den hohen GBit/s-Bereich. Sie haben eine lange physikalische Lebensdauer, sind vergleichsweise wenig anfällig für Störungen und verbrauchen weniger Ressourcen. Der Ausbau mit Glasfasertechnologien ist allerdings kostenintensiv. Daher ist der Ausbau von Breitbandnetzen in Österreich an Breitbandstrategien des Bundes und der Länder und an Förderprogramme gekoppelt.

Mit der derzeit aktuellen Breitbandstrategie des Bundes „Breitbandstrategie 2030, Österreichs Weg in die Gigabit-Gesellschaft"[10] wurden die „Breitbandstrategie2020" grundlegend überarbeitet und entsprechend der Evaluierungsergebnisse angepasst und neue technologische Gegebenheiten berücksichtigt. Vor allem wurden die Entwicklungen im Bereich der 5G-Technologie für einen konvergenten Ausbau von Festnetz- und Mobilfunkverbindungen, aktuelle Analysen zu einem erhöhten Bedarf an Bandbreiten bzw. Datenübertragungsraten, Anforderungen an „Netze mit sehr hoher Kapazität" und die Mitteilungen der Europäischen Kommission mit Bezug zur digitalen Entwicklung in Europa berücksichtigt. Bereits im Zusammenhang mit der „Breitbandstrategie2020" des Bundes, die einen flächendeckenden Breitbandausbau aller Haushalte bis 2020 mit 100 MBit postulierte, gingen konkrete Förderprogramme einher, es wurde die sogenannte „Breitband-Milliarde" des Bundes für den Zeitraum von 2014 bis 2020 über die Förderschienen der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) umgesetzt. Die Ergebnisse der Umsetzung der Förderprogramme und der Status des Breitbandausbaues in Österreich sind im Breitbandatlas Österreich unter www.breitbandatlas.at, der zentralen Informationsplattform des Bundes über die Breitbandversorgung in Österreich, zu finden. Hier kann auf Basis von digitalen Landkarten die

Versorgung durch feste und mobile Breitbandnetze in Übersichten und zusätzlich für jede Adresse in Österreich eingesehen werden.

Die Breitband-Versorgung für Festnetz- und Mobilfunknetztechnologien ist für verschiedene Downloadraten bzw. Datenübertragungsraten im Download auf Basis der 100 × 100 Meter-Rasterzellen der Statistik Austria dargestellt.

Im Menüpunkt „Geförderter Ausbau" sind all jene Gebiete ersichtlich, in denen im Zuge der Initiative Breitband Austria 2020 (BBA2020) ein geförderter Ausbau stattfindet oder bereits stattgefunden hat.

In Kärnten wurde das Thema Breitbandausbau bereits im Regierungsprogramm „Kärntner Zukunftskoalition 2013–2018" adressiert. Im Handlungsfeld Arbeit und Wirtschaft wurde der Ausbau von Breitband-Internet auf Basis von Glasfasertechnologie auch außerhalb des Kärntner Zentralraumes als Voraussetzung für die zukünftige Positionierung Kärntens als Wirtschafts- und Industriestandort angesprochen. Die Finanzierung der Breitbandinitiative in Kärnten über EU-Förderprogramme wie z. B. den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) war niedergeschrieben. In der Förderperiode 2014–2020 waren in Zusammenhang mit ELER-Förderungen für den Breitbandausbau Gesamtmittel von rund € 3,09 Millionen vorgesehen, mit einer Aufteilung von 50 % EU-Mittel und je 25 % Bundes- und Landesmittel. Mit Juni 2020 wurde von der die Förderungen abwickelnden Forschungsförderungsgesellschaft FFG der Status der Auszahlungen bekannt gegeben; für Kärnten war ein Auszahlungsgrad in der Größenordnung von rund € 0,45 Millionen ersichtlich.

Um den Breitband-Ausbau in Kärnten rascher voranzutreiben, wurde im Juni 2016 vom eingerichteten Breitbandbüro Kärnten die Breitbandstrategie Kärnten mit den Schwerpunkten:

- ❒ Inanspruchnahme der Förderprogramme des Bundes aus der sogenannten „Breitband-Milliarde",
- ❒ Entwicklung und Umsetzung eines Breitband-Unterstützungsprogramms für Kärntner Gemeinden u. a. zur Erstellung von Breitband-Masterplänen für den Ausbau in den Gemeinden (die Abwicklung erfolgte über die Gemeindeabteilung im Rahmen der kommunalen Bauoffensive),
- ❒ Anschlussfinanzierung zum Leerrohrprogramm des Bundes

publiziert und der Regierung zum Beschluss vorgelegt. Um eine noch größere Durchschlagskraft im Breitbandausbau in Kärnten zu erreichen und zur operativen Umsetzung der Breitbandstrategie hat das Kollegium der Kärntner Landesregierung in der 106. Sitzung der Kärntner Landesregierung am 5. Dezember 2017 für die Umsetzung einer öffentlichen

Breitbandinfrastruktur die Gründung der BIK Breitbandinitiative Kärnten GmbH beschlossen.

2.1 Breitbandinitiative Kärnten

Die Breitbandinitiative Kärnten GmbH (BIK GmbH) wurde in der Regierungsperiode 2018–2023 mit einer vom Kollegium der Kärntner Landesregierung beschlossenen Beihilfe in der Höhe von EURO 60 Millionen ausgestattet. Diese Mittelausstattung wurde entsprechend den EU-Wettbewerbsregeln auf Basis der Vorschrift über staatliche Beihilfen in Zusammenhang mit dem schnellen Breitbandausbau (Verordnung 794/2004) und den entsprechenden Leitlinien der EU für die Anwendung derselben in einem Notifizierungsverfahren geprüft. Dieses Verfahren entspricht einer Beihilfenkontrolle im Breitbandbereich, mit welcher sichergestellt wird, dass die Beihilfenmaßnahmen zu einer besseren bzw. rascheren Breitbandabdeckung führen, als dies ohne Beihilfe der Fall wäre. Nach einem Markterkundungsverfahren zur Breitbandversorgung im Bundesland Kärnten, bei dem auch zukünftige Ausbaupläne durch Marktteilnehmer bzw. private Investoren in den nächsten drei Jahren abgefragt wurden und keine Eingaben hinsichtlich konkreter Ausbauabsichten erfolgten, wurde das Notifizierungsverfahren mit dem Schreiben der EU vom 20. 8. 2019 (State Aid SA. 52224 – Austria Broadband Project in Carinthia) positiv abgeschlossen. Damit war die BIK GmbH voll handlungsfähig geworden, speziell auch in den durch die Notifizierung definierten weißen Gebieten[11]. Die BIK GmbH konnte nun Anträge für Förderungen im Zusammenhang mit den Förderprogrammen des Bundes in der Förderperiode 2014–2020 stellen. Als Ergebnis des umfangreichen und komplexen Beantragungsprozesses konnten im Herbst 2020 Förderzusagen für Projekte mit einem Fördervolumen von rund € 34 Millionen entgegengenommen werden. Gemeinsam mit dem Landesanteil kann damit ein Gesamtinvestitionsvolumen von rund € 53 Millionen für den Breitbandausbau in den Projektgebieten umgesetzt werden.

Interview mit Frau Dipl.-Ing.in Dr.in Petra Rodiga-Lassnig,

seit August 2020 in der BIK GmbH aktiv, Prokuristin und Leitung der Stabsstelle Strategie und Digitalisierung, beleuchtet die aktuellen Aktivitäten und Herausforderungen im Zusammenhang mit der Projektumsetzung.

Welche Projektgebiete in Kärnten werden mit den gegenständlichen Fördermitteln mit Glasfaserinfrastruktur ausgebaut?

Aktuell wird in der Großregion Görtschitztal ein Projekt mit einem Investitionsvolumen von rund € 40 Millionen umgesetzt, wobei hier zusätzlich zu den Bundesfördermitteln im Rahmen einer Ausschreibung ein

privater Investor für die nicht förderfähigen Teilbereiche gewonnen werden konnte. In dem Projekt werden rund 13.000 Nutzungseinheiten an Glasfaser angeschlossen werden können. Durch den kooperativen Ansatz kann ein Versorgungsgrad von rund 88 % mit der zukunftssicheren Glasfasertechnologie erreicht werden.

Die BIK GmbH wird noch in diesem Jahr mit Investitionsprojekten im Gailtal und in Lavamünd beginnen. Auch dort wird in einem versorgungsorientierten Ansatz gemeinsam mit einem privaten Investor eine glasfaserbasierte Breitbandinfrastruktur errichtet werden. Für das Jahr 2022 ist ein Ausbauprojekt im Lieser- und Maltatal vorgesehen. Weiters wird das Jahr 2022 durch den Start der neuen Förderrichtlinie BBA2030 geprägt sein. Das Ziel ist, dass Kärnten bestmöglich Bundesmittel für den Breitbandausbau abholt.

Welche Vorteile bietet eine Glasfaserinfrastruktur gegenüber anderen Technologien?

Nach derzeitigem Stand der Technik bietet glasfaserbasiertes Breitband als einzige Technologie eine sichere, stabile und schnelle Internetverbindung. Für die zukünftigen, auch von der EU adressierten Hochleistungsnetze[12] ist Glasfaser als adäquate Basistechnologie angesprochen. Vor allem der Bedarf an symmetrischen – das bedeutet gleiche Datenübertragungsraten im Up- und Downloadbereich – und gigabitfähigen Internetanbindungen wird ausschließlich durch die Glasfasertechnik abgedeckt. Es ist vielen Endkunden leider noch immer nicht bewusst, dass sich hinter dem Begriff Breitband große Unterschiede verbergen.

Die Corona-Krise hat deutlich gezeigt, welch große Bedeutung leistungsfähige Internetverbindungen für Gesellschaft und Wirtschaft heute bereits haben, Beispiele dafür waren Home-Office, Home-Schooling, Distance-Learning oder Video-Konferenzen. Viele dieser digitalen Arbeitsweisen im Internet werden auch nach der Corona-Krise erhalten bleiben, weil auch einige Vorteile damit verbunden sind. Warum nicht in Hüttenberg leben und an der Technischen Universität in Graz studieren? Warum nicht in Brückl leben und bei einer Forschungseinrichtung in Wien beschäftigt sein? Warum nicht in Klein St. Paul leben und ein Start-Up gründen und mit einer digitalen Geschäftsidee den Weltmarkt erobern?

Mit unseren Projekten zur Errichtung von glasfaserbasierter digitaler Infrastruktur sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, dass die peripheren Räume auch für junge Menschen wieder an Attraktivität als Lebens- und Arbeitsräume gewinnen und dass Unternehmen nicht nur im Zentralraum wettbewerbsfähig sind.

Wie stehen die Gemeinden in den Ausbaugebieten zu den Projekten der BIK GmbH?

Von den Gemeinden im aktuellen Projektgebiet, in der Großregion Görtschitztal, wird das Projekt sehr positiv wahrgenommen; dies ist auch in der aktiven Kooperation der Gemeinden zu erkennen. Der Aufbau von sogenannten Ortszentralen (POP[13]) für die Verteilung der Glasfaserleitungen wird von den Gemeinden aktiv unterstützt. Es werden öffentliche Flächen kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Gemeinden erkennen durchaus, dass beste Technologie und Infrastruktur wesentliche Faktoren für die zukünftige Entwicklung als attraktiver Lebens- und Wirtschaftsraum sind. Mit dem Zugang zu einer hochwertigen und erschwinglichen Breitbandinfrastruktur wird das zukünftige Hochleistungsinternet für alle Bürger*Innen und die Wirtschaft auch in den ländlich geprägten Gemeinden zur Realität werden.

2.2 „5G Playground Carinthia" im Lakesidepark Klagenfurt

Der Betreiber des „5G Playground Carinthia" ist die Kärntner Betriebsansiedlungs- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H. (BABEG). Die BABEG hat ihre Schwerpunkte in der Ansiedlung von neuen internationalen Unternehmen in Kärnten und in der Beteiligung an außeruniversitären Institutionen, um Forschung und Innovation auch im Bereich der Digitalisierung in Kärnten zu stärken. Auf Basis eines Partnerschaftsvertrages zwischen der BABEG und der A1 Telekom Austria AG (A1) wurden die technischen Komponenten für den „5G Playground Carinthia" von der A1 im Lakeside Science & Technology Park (Lakesidepark) errichtet. Die Finanzierung dieses österreichweit Beachtung findenden Projektes wird im Rahmen einer Vereinbarung zwischen Bund und Land Kärnten bereitgestellt. Der dritte große Player im Projekt ist die Fachhochschule Kärnten (FH), Studienbereich Engineering & IT, die den technischen Betrieb und die Forschungsaspekte koordiniert.

Der „5G Playground Carinthia" ist ein Testlabor für den 5G-Standard, das die FH federführend und in Kooperation mit der Alpen-Adria-Universität, der A1, den Lakeside Labs[14] und dem Joanneum Research[15] umsetzt. Um künftige Anwendungen der 5G-Technologie wie autonomes vernetztes Arbeiten in Fertigungsprozessen oder die Steuerung von Drohnenschwärmen unter realen Bedingungen testen zu können, muss der „5G-Spielplatz" als Testgelände ein Funknetz mit einer beliebigen Anzahl, auch tausenden, von Teilnehmern simulieren. Performancetests, aber vor allem Tests zur Sicherheit bzw. Stabilität der 5G-Technologie sind im Vorfeld des Einsatzes dieses neuen Mobilfunkstandards unerlässlich. Damit das 5G-Netz auch bei sehr datenintensiven Anwendungen nicht an die Kapazitätsgrenzen stößt, müssen Sicherheitsmechanismen eingerichtet werden – welche das sind, wird ebenfalls am Testgelände erforscht. Das Testgelände steht auch

offen für Forschungseinrichtungen, Unternehmen und Start-Ups, um all jene Anwendungen zu erproben, die wir uns heute noch gar nicht vorstellen können.[16]

Interview mit Herrn FH-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Helmut Wöllik,

FH Kärnten, Studienbereich Engineering & IT-Abteilung und Forschungsgruppenleiter Roadmap-5G an der FH Kärnten, Use Case Verantwortlicher für Smart Cities

In welchem Zeithorizont wird der „5G Playground Carinthia" im Lakesidepark realisiert?

Der Start erfolgte im Herbst 2019 und die Finanzierung ist für drei Jahre gegeben, mit der Option einer Verlängerung um zwei Jahre. Damit könnten fünf Jahre mit wertvoller Anwendungsforschung und Entwicklung realisiert werden. Natürlich hat die Corona-Krise auch unser Projekt getroffen und es sind leider Verzögerungen im Ausbau des 5G-Netzes eingetreten. Seit Herbst 2020 ist durch unseren Kooperationspartner A1 echtes 5G im Lakesidepark umgesetzt, aber erst im Frühjahr 2021 konnte das 5G-Netz vollständig mit allen Komponenten und Einstellungen zum Laufen gebracht werden. Das Rechenzentrum für unser Projekt mit einem sehr leistungsstarken Server ist hier im Zentrum des Lakesideparks situiert. Die Software zur Steuerung des 5G-Netzes wird hier betrieben und weiterentwickelt.

Welche Anwendungsbeispiele (use cases) werden mit welchen Partnern in dem Projekt getestet?

Es sind vier use cases mit vier Partnern von verschiedenen universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Kärnten im Laufen.

Mit der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, Institut für Informationstechnologie, haben wir einen use case im Bereich der Virtual Reality (VR) im Laufen. Die sichere und rasche Datenübertragung z. B. an die VR-Brille, die das Gesichtsfeld völlig umschließen muss, ist hier im Fokus. VR-Anwendungen können in Zukunft in der Industrie bei halbautomatischen Fertigungsprozessen zum Einsatz kommen, und dabei ist die Sicherheit ein wesentlicher Faktor für die Mitarbeiter*innen. In diesem use case wird auch der sogenannte „Kärnten FOG"[17] getestet, das ist ein Datencenter in geringer Entfernung von den Benutzern und liegt in der Technologie zwischen Cloud- und Edge-Systemen. Dies ist für Unternehmen gedacht, die nicht auf die weit entfernte Cloud zugreifen, sich aber kein lokales Edge-System für ihre Daten aufbauen wollen.

Der zweite use case wird in Kooperation mit dem Joanneum Research im Bereich Robotics umgesetzt. Die Roboter haben viele Sensoren montiert,

die permanent große Datenmengen senden. Daher ist eine hohe Datenrate im Upload erforderlich. Hier wird vor allem im Indoor-Bereich in der modernen Roboterhalle getestet.

Die Lakeside Labs haben einen use case im Bereich Drohnen und Schwarmintelligenz, bei dem es vor allem um stabile und sichere Kommunikation zwischen den Drohnen geht. Die Kommunikation auf Basis von 5G mit den hohen Frequenzen der elektromagnetischen Wellen ist eine große Herausforderung, die intensiv getestet wird. Hier wird zusätzlich auch im Outdoor-Bereich getestet, wir haben im 5G-Playground auch Outdoor-Mobilfunkzellen zur Verfügung. Als Beispiel für den Einsatz von vielen Drohen zugleich und Schwarmintelligenz kann ein Forschungsprojekt mit der Feuerwehr Kärnten genannt werden, wo mit Hilfe von Drohnenschwärmen im Falle von Waldbränden rasch und auf großen Flächen Glutnester entdeckt werden können.

Der use case der FH Kärnten, Engineering & IT-Abteilung, bezieht sich auf 5G-Anwendungen im Zusammenhang mit dem „Smart City-Konzept". Der Fokus liegt auf der Mitgestaltung der Mobilität in Städten, wobei Fahrzeuge und der öffentliche Raum mit sehr vielen Sensoren ausgestattet werden, die permanent miteinander kommunizieren und auch automatische Leitsysteme mit Daten versorgen können. Leitsysteme sind für Parkraum-Management gedacht oder für die Steuerung von fließendem Verkehr z. B. bei Großevents.

Gibt es Interesse aus der Industrie, im Speziellen von Kärntner Unternehmen, den „5G Playground Carinthia" als Testgelände für ihre zukünftigen Anwendungen zu testen?

Vor allem unser Projektpartner, die A1, zieht wertvolle Erkenntnisse aus unseren Forschungen. Es wurde festgestellt, dass spezielle Konfigurationen der Programme für den Betrieb des 5G-Netzes erforderlich sind. Für Netzbetreiber und für Hersteller von 5G-Komponenten sind das wertvolle Informationen. Die A1 als Netzbereitsteller in diesem Projekt hat auf wesentliche Erkenntnisse Exklusivrechte ausbedungen, dafür wird uns das 5G-Netz hier kostenlos für die Forschungen bereitgestellt. Es müssen für verschiedene use cases bei den 24-Stunden-Tests mit hunderten simulierten Netzteilnehmern auf der zentralen Serversoftware tausende Parameter eingestellt werden, was ein sehr diffiziles Unterfangen ist. Dabei ergeben sich die wesentlichen Erkenntnisse für die Unternehmen.

In einem Gebäude hier im Lakeside Park wird gerade ein neues Labor errichtet, demnächst können dort interessierte Unternehmen ihre Anwendungen testen. Im Labor können z. B. Auswirkungen auf Videostreams getestet werden, wenn im 5G-Netz zugleich mit der Übermittlung des Streams weitere hunderte Benutzer aktiv sind. Die Simulation von solchen

Situationen und das Verhalten der Serversoftware ist ein spannendes Forschungsfeld, das von uns wissenschaftlich begleitet und das auch international renommierte Publikationen ergeben wird.

Kann bereits über einige hervorragende Ergebnisse berichtet werden?

Demnächst wird eine tolle Publikation bei einer Konferenz von European Telecommunication Standards Institute (ETSI) präsentiert werden. Dabei geht es um das automatisierte Testen von IT-Netzwerken, dazu zählen auch 5G-Kommunikationsnetzwerke. Die Besonderheit dieser Arbeit ist der modulartige Aufbau und strukturierte Ablauf aller Testfunktionalitäten. Zusätzlich lassen sich die Testfunktionen leicht von einer Netzwerkkomponente auf eine andere verschieben.

3. Humanressourcen

Sowohl die breite Verankerung von digitalen Kompetenzen in der Bevölkerung als auch ein immer größer werdender Anteil an digitalen Expert*innen und IKT-Fachkräften in der Arbeitswelt wird als wesentlicher Erfolgsfaktor für die Digitalisierung in Europa adressiert. Die Hoffnungen und Ziele in diesem Zusammenhang sind im Anhang der Mitteilung der Kommission „Digitaler Kompass 2030: der europäische Weg in die digitale Dekade“ durch Zahlen hinterlegt. Eine Zielsetzung in diesem Zusammenhang lautet, dass bis zum Jahr 2030 EU-weit rund 20 Millionen IKT-Fachkräfte und Expert*innen beschäftigt sein sollen, dem gegenüber ist ein Ausgangswert im Jahr 2019 von 7,8 Millionen IKT-Fachkräften angeführt. Als weitere Zielsetzung ist ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Frauen und Männern gefordert: derzeit beträgt der Frauenanteil bei den IKT-Fachkräften nur 18 %.[18]

Die Zielsetzungen sollen durch Innovationen im Bildungswesen erreicht werden. Bildung im digitalen Zeitalter ist ein absolut bedeutendes Thema. Im Zusammenhang mit dem Schulwesen in Kärnten ist auf der Plattform „KÄRNTEN.digital“ im Menüpunkt E-EUCATION eine sehr gute Übersicht über die digitale Schulbildungslandschaft in Kärnten zusammengestellt. Im Zusammenhang mit dem Thema „Lebenslanges Lernen“ ist in Abschnitt 3.1 ein konkretes Erfolgsbeispiel, der DIGITALDIALOG von Silicon Alps Cluster, beschrieben. Die Website „KÄRNTEN.digital“ wird in Abschnitt 3.2 auch in Zusammenhang mit digitalen Bildungsangeboten in Kärnten beleuchtet.

3.1 Silicon Alps Cluster mit dem Format DIGITALDIALOG

Der Silicon Alps Cluster ist im Jahr 2016 als erster bundesländerübergreifender Cluster im Technologiebereich gegründet worden. Der Silicon Alps

Cluster versteht sich als Netzwerk, als „Hightech-ÖKO-System“, das sich aus Unternehmen und Forschungseinrichtungen aus den Bereichen der Mikroelektronik und Elektronik basierten Systeme (EBS), entsprechenden Interessenvertretungen und den Bundesländern Kärnten und Steiermark zusammensetzt. Wesentliche Faktoren im Silicon Alps Cluster stellen umfassende Kooperationen dar. Dadurch wird der Hightech-Standort Südösterreich massiv gestärkt. Die Standortqualität wird durch Investitionen wie beispielsweise in das Forschungslabor Silicon Austria Labs oder in Zusammenhang mit dem internationalen Halbleiterunternehmen Infineon in Villach sichtbar gemacht. Die Sichtbarkeit des Standortes Südösterreich wird auch durch die Teilnahme von Silicon Alps Cluster im europaweiten Netzwerk „Silicon Europe“, einer Allianz aller Mikroelektronik-Cluster auf europäischer Ebene, und in der Initiative „Start Up Europe“, die von der Europäischen Kommission zur Stärkung des digitalen Binnenmarktes eingerichtet wurde, erreicht. Die Kooperationen und die Vernetzung der Mikroelektronikbranche werden durch Eventformate des Silicon Alps Clusters unterstützt, die auf seine Kernthemen wie beispielsweise Aus- und Weiterbildung und Humanressourcen oder Technologieentwicklung und Internationalisierung fokussieren. Der DIGITALDIALOG als spezielles Format ist auf den Wissenstransfer und Diskurs im Bereich von Technologiethemen mit Schwerpunkt auf Digitaltechnologien und ihre Anwendungsmöglichkeiten ausgerichtet.

Interview mit Herrn Dr. Manfred Hall,

bei Silicon Alps Cluster unter anderem mit der Koordination der Veranstaltungsreihe DIGITALDIALOG betraut, gibt einige Einblicke in dieses erfolgreiche Format.

Welcher Zielrichtung folgt der Silicon Alps Cluster und wie ist in diesem Zusammenhang der DIGITALDIALOG zu sehen?

Eine primäre Aufgabe des Silicon Alps Clusters ist es, Projekte und Kooperationen innerhalb des Netzwerks zu initiieren, die die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsleistung der Partner steigern. Um dies zu erreichen, werden im Rahmen von Kooperationsevents zielgerichtete Impulse gesetzt und mit dieser „Anschubfunktion“ die Vernetzung relevanter Partner unterschiedlichster Themenbereiche auf nationaler und internationaler Ebene vorangetrieben. Ein Beispiel dafür ist der DIGITALDIALOG.

Seit wann gibt es den DIGITALDIALOG?

Die Veranstaltungsreihe DIGITALDIALOG wurde 2011 von der Steirischen Wirtschaftsförderung SFG initiiert. Mit der Gründung des bundesländerübergreifenden Clusters wurde die Reihe 2016 an Silicon Alps übergeben;

seit damals ist also auch Kärnten mit „an Bord“. Die Veranstaltungsreihe kann durchaus als Life-Long-Learning-Initiative, also im Zusammenhang mit dem Thema „Lebenslanges Lernen“ im Themenfeld Digitalisierung, betrachtet werden.

Wie ist der DIGITALDIALOG organisiert?

Der DIGITALDIALOG wird in Kooperation mit folgenden Partnern durchgeführt: FH Campus 02 und FH Kärnten, also zwei Aus- und Weiterbildungseinrichtungen, Joanneum Research und IT Community Styria. Die Reihe gilt mittlerweile als nationale Pflichtveranstaltung im Bereich der digitalen Technologien und Medien. Bei der Veranstaltung geben renommierte Technologieexperten – aus Wirtschaft, Wissenschaft und Ausbildung – in Impulsreferaten Einblicke in ihre Themenbereiche. Der an diese Einführungen anschließende Dialog, der wichtigste Teil der Veranstaltung, bietet den Besucher*innen die Möglichkeit, Fragen zu stellen, Kommentare anzubringen, zu diskutieren, sich zu vernetzen und Chancen einer Zusammenarbeit zu besprechen.

Wer sind die Besucher*innen der Veranstaltungen des DIGITALDIALOGs?

Die Veranstaltungen werden öffentlich ausgeschrieben, daher setzen sich die Besucher*innen sowohl aus allgemein technologieinteressierten Personen, die sich über die Digitaltechnologien und ihre Anwendungsmöglichkeiten informieren möchten, als auch aus Student*innen und Mitarbeiter*innen aus dem Forschungsbereich sowie aus Expert*innen und Mitarbeiter*innen aus dem Silicon Alps Cluster-Netzwerk zusammen. Generell bringt das Format Expert*innen und technologieinteressierte Personen zusammen. Die Teilnahme ist kostenlos und entweder online oder als Präsenzveranstaltungen organisiert. Mittlerweile nutzen knapp 7.000 Teilnehmer*innen das Format.

Welche Aspekte der Digitalisierung werden thematisiert?

Die Technologie- und Digitalisierungsthemen, die beim DIGITALDIALOG behandelt werden, sind breit gefächert: Cyber Security, Internet of Things, RFID, Robotic, Data Sience, Smart Systems – um nur einige zu nennen. Beispielsweise fand ein DIGITALDIALOG an der FH Kärnten in Villach mit dem Titel „Digitalisierung in der Landwirtschaft“ statt. Von Experten wurde das Thema aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet, z. B. wurde der Einsatz von Unmanned Aerial Systems („Drohnen“) seitens FH Kärnten, Fachbereich IT-Geoinformation und Umwelt, dargestellt.

Der nächste und 85. DIGITALDIALOG findet am 21. 9. 2021 zum Thema „Cyber Security“ in Graz statt.

3.2 Die Website „KÄRNTEN.digital“

An dieser Stelle und in Zusammenhang mit der Thematik Fortbildung und Information im Bereich der Digitalisierung darf auf ein wertvolles Web-Service des Amtes der Kärntner Landesregierung, Abteilung 1 – Landesamtsdirektion, namens „KÄRNTEN.digital“ hingewiesen werden. Die Website ist unter kaernten-digital.at anzusprechen und wurde im Rahmen des Digitalen Jahres 2018 eingerichtet. „KÄRNTEN.digital“ hat sich als zentrale Plattform für alle Informationen zu Neuigkeiten und Veranstaltungen in Zusammenhang mit der Digitalisierung in Kärnten etabliert. Die breite Fülle von Informationen im Themenbereich Digitalisierung ist in die sechs Aktionsfelder Wirtschaft, Bildung und Arbeit, Industrie 4.0, Infrastruktur, Forschung und E-Government unterteilt. Es werden Informationen zu Förderungen, Forschungstätigkeiten, Informationen zu allen Aktivitäten und Möglichkeiten und zu Terminen betreffend Veranstaltungen im Zusammenhang mit der Digitalisierung in Kärnten geboten. So sind hier auch die Termine der Veranstaltungen des DIGITALDIALOGs zu finden. Sie können sich auf kaernten-digital.at auch zu einem Newsletter anmelden, damit Sie in vierteljährlichen Abständen per E-Mail verlässlich und persönlich über die neuesten Veranstaltungen, Entwicklungen, Informationen, Tendenzen und Aktivitäten zur Digitalisierung in Kärnten informiert werden. Zudem ist kaernten-digital.at in die Website carinthia.com integriert worden, die Teil des Standortmarketings des Landes Kärnten ist. Somit ist gewährleistet, dass „KÄRNTEN.digital“ auch für die internationale Community sichtbar wird.

Auf „KÄRNTEN.digital“ finden Sie klare Worte vom Bildungsreferenten, Herrn Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser, von der Finanz- und Zukunftsreferentin, Frau zweite Landeshauptmannstellvertreterin Dr.in Gaby Schaunig, vom Wirtschaftsreferenten, Herrn Landesrat Mag. Sebastian Schuschnig, und vom Landwirtschaftsreferenten, Herrn Landesrat Martin Gruber, zur hohen Bedeutung der Digitalisierung in ihren Referatsbereichen ebenso wie Meinungen zu diesem Thema von anderen namhaften Persönlichkeiten. Besuchen Sie die Website kaernten-digital.at und lesen Sie die Statements zu den Herausforderungen und Möglichkeiten der Digitalisierung für das Bundesland Kärnten sowie weitere News zu diesem für uns alle so zukunftsweisenden Thema.

4. Integration der Digitaltechnik

Die Mikroelektronik mit ihren elektronikbasierten Systemen (EBS) ist für die wesentlichen Schlüsseltechnologien in der Digitalisierung verantwortlich und kann als das technologische Rückgrat der Digitalisierung bezeichnet werden. Damit steht die Mikroelektronik auch im Zentrum der

Integration von Digitaltechnik in Unternehmen. Das Fundament für das Internet der Dinge (Internet of Things, IoT), in dem immer mehr „smarte" Geräte und Sensoren zu einem umfassenden System vernetzt werden und die Digitalisierung von Unternehmen maßgeblich beeinflusst werden wird, wird durch EBS gebildet. EBS sind Komponenten, Baugruppen und Geräte mit Mikro- und Nanoelektronik sowie darin eingebettete Software. Diese EBS sind Sensor-Systeme, Hochfrequenz-Systeme[19], Leistungselektronik-Systeme und Embedded Systeme und legen die Basis für intelligente Produkte und Prozesse, die das Fundament für Themen wie Industrie 4.0, wie bereits erwähnt IoT, Autonomes Fahren, Künstliche Intelligenz, Smart City, Smart Energy oder Smart Health sind. Die Sensoren, als „Sinnesorgane der Technik", nehmen Informationen auf, messen und analysieren. Die Leistungselektronik sorgt für eine energie- und leistungseffiziente Umsetzung, und die Hochfrequenztechnik ist für zukunftsweisende Kommunikationstechnologien zuständig. Die Integration aller dieser Module stellt auf allen Ebenen ein funktionales Gesamtsystem sicher, und Embedded Systeme ergänzen die Intelligenz durch eingebettete Software und künstliche Intelligenz.

Die hohe Bedeutung der Mikroelektronik für die Digitalisierung ist die Motivation, das Spitzenforschungszentrum Silicon Austria Labs (SAL) in dem Beitrag in Abschnitt 4.1 vorzustellen.

Massive Wachstumsimpulse wird die Integration einer speziellen Art von Digitaltechnik, nämlich die Integration von Künstlicher Intelligenz (KI), bei Unternehmen ergeben.

Obwohl die meisten Forschungslabors und die größten Investitionen für KI in den USA und in China liegen, wurden auch einige Grundlagen für den Einsatz von KI in Österreich entwickelt. Von einer Forschungsgruppe an der Johannes-Kepler-Universität (JKU) in Linz wurden mathematische Methoden[20] entwickelt, die heute weltweit in vielen neuronalen Netzen zum Einsatz kommen. Um die KI-Forschungsbereiche in Europa zu stärken, wurde im Jahr 2018 das European Lab for Learning and Intelligent Systems-Netzwerk (Ellis-Netzwerk) gegründet, in dem auch Österreich mit dem Labor für Artificial Intelligenz (JKU) in Linz und dem Institut of Science and Technology (IST) Austria in Wien mitarbeitet. Im Fokus stehen die Kooperation von Spitzenforschungsinstituten zur Stärkung der KI-Grundlagenforschung und die Schaffung eines europäischen PhD-Programmes für KI.[21]

Im Jahr 2018 wurde von der Europäischen Kommission zur Bündelung der Kräfte ein „Koordinierter Plan für KI" publiziert, der den Weg für nationale Strategien und politische Entwicklungen unterstützte und sich auf Investitionen in KI mit dem Rahmen für Umsetzungsmaßnahmen konzentrierte. Im Jahr 2021 wurde der „Koordinierte Plan für KI" in Europa

aktualisiert; im Mittelpunkt steht ein regulierter Rahmen, der die Risiken von KI-Anwendungen aus der Perspektive der Sicherheit, der Ethik, der öffentlichen Nutzung, der Innovation und des Klimas und der Umwelt genau untersucht. Die digitale und die grüne Priorität der Kommission werden ebenso wie die EU-Corona-Krisenreaktion berücksichtigt. Der Koordinierte Plan fördert KI-Exzellenz vom Labor bis hin zum Markt, da es für Europa von essentieller Bedeutung ist, dass KI-Forschungsergebnisse rasch in die Industrie kommen und dort integriert werden. Zudem wird der Schwerpunkt auch darauf gelegt, dass KI als vertrauenswürdige Technologie gewährleistet wird.[22]

Europa soll das globale Zentrum für vertrauenswürdige KI werden. Es soll sichergestellt werden, dass KI-Systeme, die in der EU verwendet werden, sicher, transparent, ethisch, unparteiisch und unter menschlicher Kontrolle sind. Dazu hat die Europäische Kommission im April 2021 den weltweit ersten Rechtsrahmen für KI vorgelegt.[23]

Bevor einige KI-Anwendungsgebiete angeführt werden, darf noch eine kurze Betrachtung zum immer wieder diskutierten Thema „Starke KI versus schwache KI" gegeben werden. Diese Betrachtungen wurden von den einleitenden Seiten aus dem Buch über Künstliche Intelligenz von Prof. Dr.-Ing. Ralf Otte übernommen, weil dies eine äußerst prägnante Beschreibung ist (siehe Literaturliste im Anhang):

Die „Starke KI" ist ein Konstrukt, welches eine KI beschreibt, die künstliches Bewusstsein, einen Willen oder sogar Emotionen ausprägen kann. Es ist mit heutigen technologischen Mitteln nicht möglich, Maschinen mit nachweislichem Bewusstsein zu entwickeln. Aktuell existieren zwar rudimentäre Theorien, wie Bewusstsein technisch erzeugbar wäre, aber selbst wenn diese Ansätze stimmen sollten, wird es noch sehr lange dauern, bis eine KI entsteht, die ein Bewusstsein, ähnlich dem des Menschen, ausprägen könnte. Starke KI ist und bleibt Science Fiction.

„Schwache KI" ist jedoch schon heute allgegenwärtig. Heutige KI-Systeme sind intelligent, man könnte sogar sagen, dass heutige KI-Systeme denken können, wenn man Denken als mechanisierbare Symbolmanipulation definiert. Dieses KI-Denken entspricht nicht dem Denken von Menschen, aber das „Maschinendenken" ist in Verbindung mit dem Lernen bereits so leistungsfähig, dass die heutige KI gegen unsere Weltmeister im Schach und Go gewinnt, Roboter steuert, teilautonom Auto fährt und intelligente Chatbots in natürlicher Sprache mit uns sprechen lässt. Der Schwerpunkt der heutigen KI-Anwendungen liegt aber nicht auf dem Denken, sondern auf dem Lernen. Beim „Machine Learning" geht es darum, Maschinen mit Algorithmen[24] zu schaffen, die aus vorhandenen Daten selbstständig und vollautonom lernen können. Dabei unterscheidet man in symbolische Lernverfahren, wie Entscheidungsbäume oder Assoziationsregeln und sub-symbolische Lernverfahren. Eine der wichtigsten Basistechnologien

für sub-symbolisches, maschinelles Lernen stellen Künstliche Neuronale Netze (KNN) dar, die den Informationsverarbeitungseinheiten und Speichermechanismen des biologischen Gehirns nachgebildet sind.

Für weitere Details in diesem faszinierenden Gebiet darf auf das Buch von Prof. Dr.-Ing. Ralf Otte verwiesen werden.

KI-Anwendungsgebiete sind sehr breit gestreut und hängen immer mit vorhandenen großen Datenmengen, Big Data genannt, zusammen. Diese Big-Data-Verfügbarkeit gibt es beispielswiese in der Klimaforschung durch Satellitenbilder, in der Krankheitserkennung mittels Röntgenbildern oder im Umweltbereich durch Umweltmessdaten. Mit den großen Datenmengen werden Neuronale Netze im Sinne von „Machine Learning" oder „Deep Learning" trainiert, um, beispielsweise wie in der Bilderkennung, mit hoher Wahrscheinlichkeit gewisse Muster zu erkennen. Erst mit mehreren Millionen von Trainingsbildern mit dem Zielobjekt oder dem Zielmuster kann ein Tumor als Zielmuster, ein spezieller Fisch als Zielmuster oder ein beliebiges gewünschtes Zielmuster auf einem neuen Bild von einer KI erkannt werden. Soll die KI z. B. einen Hund (Zielmuster = Hund) auf einem Foto erkennen können, muss sie zuerst mit vielen Millionen von Hundefotos (Trainingsbildern) darauf trainiert werden, wie ein Hund denn so aussehen kann. Wenn man dann der KI auf einem neuen Foto einen Hund zeigt, wird die Antwort lauten: „Das ist mit 80 % Wahrscheinlichkeit ein Hund." Wenn man der KI auf einem Foto ein Auto zeigt und nach einem Hund fragt, wird die Antwort z. B. lauten: „Das ist mit 0,5 % Wahrscheinlichkeit ein Hund."

Digitale automatisierte Technologien auf Basis von Künstlichen Neuronalen Netzen (KNN), die als Zentrum von KI adressiert sind, können z. B. für Diagnoseverfahren, für Vorhersagen von Wetterentwicklungen oder für Vorhersagen von Wartungsprozessen, für Kundensupportbereiche mit digitalen Sprachassistenten oder für Monitoring und Qualitätssicherung von verschiedensten Produkten und Prozessen herangezogen werden. In diesem Kontext wird das Innovationszentrum „KI4LIFE" von Fraunhofer Austria[25], das als zentraler Ansprechpartner zum Thema „Digitalisierung und Künstliche Intelligenz" in Kärnten eingerichtet wurde, in Abschnitt 4.2 beleuchtet.

4.1 Silicon Austria Labs (SAL)

Die Herausforderungen für die Mikroelektronik liegen in der immer weiter fortschreitenden Miniaturisierung, die elektronischen Bauteile sollen immer kleiner werden, und in den immer höher werdenden Ansprüchen an Sicherheit, Zuverlässigkeit und Energieeffizienz. Die Erwartungen an die hochkomplexen elektronischen Bauteile (EBS) müssen im Rahmen von Spitzenforschung analysiert und in der Entwicklung von neuen

integrierten und intelligenten Systemen realisiert werden. Dies ist der Anspruch der Silicon Austria Labs (SAL).

SAL ist ein österreichisches Forschungszentrum für elektronikbasierte Systeme (EBS) und wurde im Jahr 2018 vom damaligen Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT) gemeinsam mit den Bundesländern Steiermark, Kärnten und Oberösterreich und dem Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie (FEEI) gegründet. SAL forscht in den Bereichen Sensor Systems, Power Electronics, RF Systems, System Integration Technologies und Embedded Systems. In diesen Forschungsfeldern betreibt SAL sowohl Eigen- als auch Auftragsforschung und arbeitet an Förderprojekten und kooperativen Forschungsprojekten mit Industriepartnern.

Interview mit Frau Dr.in Christina Hirschl,

Leiterin der Forschungsabteilung Sensor Systems & System Integration Technologies der Silicon Austria Labs

Beim Eintritt hier ist sofort der Spirit der Begeisterung, des Forschungsdranges, des Entwickeln-Wollens und des Teamgedankens zu spüren. Wie ist das zu erklären?

Dafür gibt es mehrere Ursachen: Einerseits sind unsere Forschungs- und Tätigkeitsfelder enorm spannend, andererseits sind wir hier ein hochmotiviertes interdisziplinäres Team mit rund 130 Forscher*innen aus 30 Nationen. Wir arbeiten ja im Bereich der generischen Technologien der Digitalisierung, dadurch ist unser Beitrag als Schlüsseltechnologie im breiten und komplexen Feld der Digitalisierung zu sehen. Unsere Elektronikbauteile sind in allen Komponenten der Digitalisierung zu finden, beginnend bei Sensoren über elektrische Energiewandler, drahtlose Kommunikationssysteme bis hin zu Industrieanwendungen oder Cloud-Systemen. Außerdem sind wir auch stolz darauf, in der internationalen Spitzenforschung mitwirken zu können. Zusätzlich ist der Umweltgedanke tief in unseren Konzepten verankert, Nachhaltigkeit und Energieeffizienz sind uns wesentliche Anliegen. Das sind wirksame Motivatoren in unserem Team, daher der positiv zu spürende Spirit.

Wie kann Mikroelektronik in Zusammenhang mit Umweltschutz gesehen werden?

Die Mikroelektronik kann sogar als „Key Enabler" für eine nachhaltige Industrie gesehen werden, der Anspruch, tatsächlich energieeffiziente Elektronikbauteile und intelligente Systeme zu bauen, hat großes Potenzial in allen Bereichen der Digitalisierung, Energie zu sparen. Im Bereich der immer stärker geforderten Miniaturisierung der Elektronikbauteile kann

Energie gespart werden, im Bereich der Systemintegration und der intelligenten Systeme kann Energie gespart werden, aber auch im Bereich von konkreten Anwendungen, wie z. B. im Bereich der vorhersehenden Wartung (predictive maintenance) von Produktionsanlagen über intelligente Systeme, kann sehr viel Energie gespart werden. Was gibt es Sinnvolleres, als an einer nachhaltigeren Gestaltung unserer Welt mitzuwirken?

Was kann man sich unter dem Begriff „intelligente Systeme" vorstellen, können Sie uns Beispiele geben?

Wenn man Sensoren mit Elektronikbauteilen hat, die Umweltdaten wie z. B. über die Feinstaubkonzentration in der Luft erfassen, dann können intelligente Sensoren bereits vor dem Versenden der Daten zu zentralen Servern einen Filter vorschalten, dass nur relevante Daten übertragen werden. Die Intelligenz setzt also bereits vor dem Versenden der Daten an eine zentrale Stelle in den Elektronikbauteilen der Sensoren an und spart somit Datenvolumen und Energie. Diese zentralen Stellen waren bisher mit dem Cloud Computing-Konzept verbunden, wo riesige, weit entfernte und energieintensive Server mit der Datenverarbeitung befasst waren. Durch die Intelligenz in den datenerfassenden Sensoren kann auch mit kleineren, weniger leistungsfähigen und dadurch energieeffizienteren Edge Computing-Konzepten gearbeitet werden. Beim Edge Computing geht man von den riesengroßen Cloud Computing-Systemen weg zu eher regionalen, kleineren zentralen Serversystemen. Die Intelligenz ist also zwischen Sensor und Server aufgeteilt, in Summe wird nachweislich weniger Energie benötigt.

Auch durch die bereits angesprochene Miniaturisierung der Elektronikbauteile kann mit weniger Energiebedarf gearbeitet werden. Das ist jedoch ein komplexes Gebiet mit viel Bedarf an Balance, weil einfach nur zu glauben, dass kleinere Elektronikbauteile weniger Energie brauchen, wäre zu einfach gedacht. Bei allen unseren Aktivitäten geht es immer um Systemintegration, es geht darum, alle Parameter eines Lösungsansatzes im Auge zu behalten. Unsere Lösungen sind anwendungsorientiert und sollen optimalen Nutzen für die Industrie bringen. Daher sind ökonomische, ökologische, technische und eventuell auch soziale Perspektiven im Auge zu behalten. Oftmals sind die hervorragendsten technischen Forschungsergebnisse nicht immer die ökonomisch optimal einsetzbaren Ansätze. SAL versteht sich an der Schnittstelle zwischen Forschung und Industrie und verbindet diese beiden Welten mit umfassendem Knowhow.

Wie werden die Kontakte zur Industrie konkret gelebt?

SAL bietet industrieorientierte Forschung im Bereich der elektronikbasierten Systeme an. Nicht jedes Unternehmen hat eine eigene

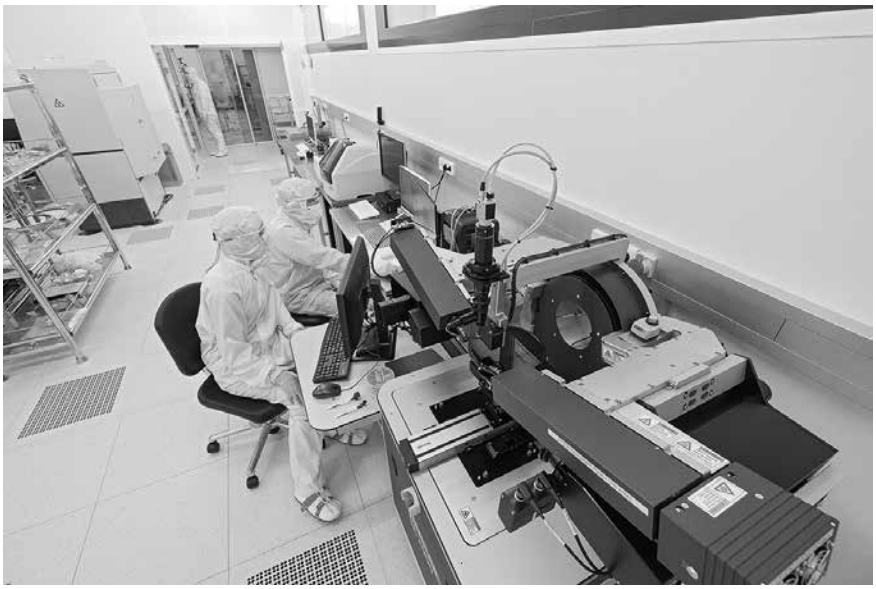


Abb. 1: Silicon Austria Labs, Reinraum Villach, Foto: Christian Irrasch

Forschungsabteilung. Unternehmen kommen mit einem Problem oder einer Fragestellung zu uns, und wir versuchen, gemeinsam eine Lösung zu finden. Wir decken hier die gesamte Wertschöpfungskette ab, von Design über Simulation bis hin zum Prototyping, sodass die Idee letztendlich im Produkt münden kann. Wir stellen auch Kleinserien[26] von Produkten für Industrieunternehmen her, die keine eigene Produktion von Elektronikbauteilen haben. Die Produktion von Elektronikbauteilen ist mit Reinraumfertigung verbunden, dafür haben wir hier am Standort in Villach einen Reinraum eingerichtet.

In dem Reinraum werden elektronische Mikrobauteile oder photoelektrische Beschichtungen auf Wafer[27] assembliert; die rohen Wafer werden angekauft und hier bestückt. In den Kooperationsmodellen mit den Unternehmen wird durch SAL von der Forschung über die Fertigung bis zur Implementierung im Unternehmen alles angeboten.

Gibt es weitere Kooperationspartner von SAL?

Kooperationen sind bei uns eine gelebte Kultur. Vor allem im Bereich der Förderung von Forschungsnachwuchs haben wir im Rahmen des Konzeptes der Kooperationspartnerschaften von SAL und Universitäten, des „Uni-SAL Labs"-Konzeptes, Kooperationen mit der Technischen

Universität Graz, mit der Johannes-Kepler-Universität in Linz und mit der Alpen-Adria-Universität in Klagenfurt geschlossen. Weiters arbeiten wir in sogenannten „Innovation Hubs“ mit der FH Joanneum in Kapfenberg im Bereich der Leistungselektronik und mit der FH Kärnten am Standort in Villach im gemeinsamen Radio Frequency Front-End (RFFE) Lab.

In Kärnten speziell darf die Kooperation mit Infineon genannt werden, die in vielen Bereichen bereits zu innovativen und wertvollen Ergebnissen geführt hat und auch zukünftig optimal aufgestellt sein wird.

Es gehört jetzt nicht direkt zur Frage nach Kooperationspartnern, aber an dieser Stelle soll ausdrücklich der engagierte Rückhalt in und das große Interesse an unseren Forschungen von der Politik unterstrichen werden; Land Kärnten und Stadt Villach sind höchst unterstützend wirksam.

Zuletzt eine Anmerkung: Engagierte und motivierte Mitarbeiter*innen sind der Schlüssel zum Erfolg für jede Unternehmung. In den nächsten ein bis zwei Jahren wollen wir weiterwachsen und noch mehr Nutzen für die Industrie stiften, indem wir bei unseren Entwicklungen immer mehr Innovationen in die Produkte bringen. Dafür werden mehr Mitarbeiter*innen erforderlich sein, und wir hoffen sehr, dass wir hier am wunderschönen SAL-Standort in Kärnten viele junge Forscher*innen und Umsetzer*innen in unserem Team aufnehmen werden können. Es gibt hier auch außerordentliche Möglichkeiten, z. B. haben wir hier am Standort in Villach ein hochinnovatives, weltweit einzigartiges Tool zum Drucken von feinsten Strukturen auf Wafer im Nanometerbereich[28]. Derzeit wird auch ein hochinnovatives Quantenlabor auf Basis von Lasertechnik eingerichtet. In diesem Rahmen wird es jungen Talenten möglich sein, Forschung auf Weltniveau zu betreiben und mit internationalen Publikationen zu reüssieren.

4.2 Innovationszentrum „KI4LIFE“ von Fraunhofer Austria

Das Innovationszentrum „KI4LIFE“ von Fraunhofer Austria wurde als zentraler Ansprechpartner in Kärnten zum Thema „Digitalisierung und Künstliche Intelligenz“ im Lakesidepark in Klagenfurt eingerichtet.

Ermöglicht wird das Innovationszentrum durch ein Bündnis starker Partner: Fraunhofer stellt Spitzen-Knowhow und ein aus weltweit 72 Instituten und über 26.000 Forscher*Innen bestehendes Netzwerk zur Verfügung. Bei den Partnern in der Wirtschaft ist allen voran die Wirtschaftskammer Kärnten zu nennen; die Wirtschaftskammer Österreich und die Industriellenvereinigung legen einen direkten Draht zu den Unternehmen, die Stadt Klagenfurt und das Land Kärnten stärken das Zentrum mit Unterstützungen. Ein Konsortium führender Kärntner Unternehmen bringt seine Kompetenzen, sein Netzwerk und seinen Bedarf ein. Zahlreiche Forschungsgruppen der Fakultät für Technische Wissenschaften der Universität

Klagenfurt betreiben Forschung in fachlicher Nähe zur Ausrichtung des Zentrums und werden durch Kooperationen Synergien erschließen. Über das bestehende Konsortium hinaus gibt es auch Kooperationen mit Joanneum Research und mit der Fachhochschule Kärnten. Mit anwendungsorientierter Forschung wird KI4LIFE die Brücke zwischen universitärer Forschung und Industrie schlagen.[29]

Große Unternehmen in Kärnten, aber ebenso auch Klein- und Mittelbetriebe (KMUs) sollen von der Bündelung von Knowhow im „KI4LIFE" Vorteile ziehen und sich dadurch bei dem Thema Künstliche Intelligenz etablieren, einem Thema mit zentraler Bedeutung in der sich rasch digitalisierenden Weltwirtschaft.

Interview mit Frau Dr.in Eva Eggeling,

seit 2019 Leiterin des Innovationszentrums in Klagenfurt über aktuelle Forschungstätigkeiten und Angebote in Zusammenhang mit den Kärntner Unternehmen

Was ist der inhaltliche Fokus des Innovationszentrums?

Das Innovationszentrum KI4LIFE hat im österreichischen Fraunhofer-Netzwerk den Schwerpunkt „Data Driven Design", der sich in die beiden Geschäftsbereiche Visual Computing sowie Digitalisierung und Künstliche Intelligenz gliedert. Die Hauptschwerpunkte in Klagenfurt, die auch in Kooperation mit mehreren Instituten der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt bearbeitet werden, liegen im Bereich der Entwicklung von KI-Anwendungen. Die bereits laufenden Startprojekte befassen sich mit Methoden für die Bereiche: Spracherkennung, Texterkennung (Natural language understanding), Maschinelles Sehen (Visual Computing), Big Data und Zeitreihen (Monitoring, Prediction, Quality).

Wird die ins Auge gefasste Unterstützung von KMUs tatsächlich in Anspruch genommen oder waren die Angebote bisher eher auf große Unternehmen ausgerichtet?

Neben der Forschungstätigkeit gibt es in Zusammenhang mit KI-Projekten auch konkrete Angebote an oder Kooperationen mit großen Kärntner Unternehmen, wie z. B. mit Infineon, aber natürlich sind auch die Kärntner KMUs im Fokus unserer Arbeit. Ein niederschwelliger Einstieg in das Thema KI wird den KMUs über den „Digitalisierungs-Scheck" geboten, indem das Unternehmen in einem kollaborativen Prozess ein Digitalisierungsvorhaben vorbereiten oder starten kann. Für Unternehmen wurde auch ein Schulungs-Curriculum entwickelt, es wird z. B. in einem speziellen Format der Einstieg in die „KI-Begriffswelt" geboten.

Welche bereits gut laufenden Forschungsprojekte können Sie nennen?

Ein spannendes Kärntner Projekt ist das Dachmonitoring mit der Firma Fleischmann und Petschnig. Hier lagen über Jahrzehnte gesammelte Daten aus der firmeneigenen Dachprüfstelle über verschiedene Materialien auf verschiedenen Dachflächen vor: eine ideale Situation für ein KI-Projekt mit einem Data Sience-Ansatz. Die Daten wurden gesichtet und analysiert. Eine Frage lautete zum Beispiel: Wie lange bleibt ein Dach mit einem speziellen Material und einer speziellen Oberfläche trocken und wann müssen Interventionen vorgenommen werden? Im ersten Projektschritt werden Diagnose-Ansätze beleuchtet und im zweiten Teil ein Prognose-Modell entwickelt. Wenn das Projekt erfolgreich abgeschlossen ist, bringt es mehr Sicherheit für Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer und schont auch die Umwelt durch die Vermeidung von unnötigem Bauschutt und verlängerter Lebensdauer der Dächer.[30]

Im Bereich Data Driven Design kann ein interessantes Forschungsprojekt erwähnt werden, die „negative und positive Klassifizierung von Meerforellen", das von KI4LIFE in Kooperation mit den Kollegen vom Fraunhofer-Institut für Graphische Datenverarbeitung (IGD) in Rostock durchgeführt wurde. Dabei wurde die Wirkung und Funktionsfähigkeit von Fischtreppen automatisch durch Auswertung von Videoaufnahmen überprüft. Die Meerforellen schwimmen jährlich vom Meerwasser zu ihren Laichstellen an Flussoberläufen ins Süßwasser, diese Wege werden oftmals durch Kraftwerkseinbauten blockiert. Dadurch wären die Meerforellen vom Aussterben bedroht. Um dies zu verhindern, müssen von Kraftwerksbetreibern in Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinien Fischtreppen errichtet werden. Die Wirkungen der Fischtreppen wurden bisher durch Zählen von durch die Fischtreppe schwimmenden Fischen auf Videoaufnahmen durch Student*innen überprüft. Dieser mühsame Prozess dauerte oft mehrere Wochen für eine einzige Fischtreppe und wurde nunmehr auf Basis von KI deutlich beschleunigt. Mit zahlreichen Videoaufnahmen wurde eine KI mit ihrem neuronalen Netz im Sinne von „Deep Learning" darauf trainiert, Meerforellen zu erkennen, z. B. diese von vorbeitreibenden Blättern im Wasser zu unterscheiden. Mit der KI konnte die Fischzählung auf einige Tage verkürzt werden und es können mit der KI-Methode viel mehr Fischtreppen an mehreren Flussläufen auf ihre Wirksamkeit untersucht und gegebenenfalls eine Nachjustierung in der Funktionalität einer Fischtreppe durchgeführt werden. Damit kann ein Beitrag zur Erhaltung von Fischarten geleistet werden.

Anmerkung: Die Ergebnisse des Projektes „Negative und positive Klassifizierung von Meerforellen" hätten auch im „Flusskraftwerkeland Österreich" ein hohes Potenzial, zur Anwendung zu kommen.

Ein Projekt im strategischen Themenbereich „Resilienz des Waldes“ darf kurz erwähnt werden. Dabei handelt es sich um den Aufbau von letztendlich „smart Services“ zur Beurteilung von Waldzuständen aus unterschiedlichen Bildmaterialien und Messwerten mit unterschiedlichen Auflösungen. Dabei werden im Vorfeld Bilder des Waldes aus unterschiedlichen Quellen und mit unterschiedlichen Auflösungen, beginnend bei Satellitenbildern mit geringer Bodenauflösung, über Luftbilder mit mittlerer Auflösung bis hin zu hochauflösenden Drohnenbildern zum Trainieren von Bilderkennungsalgorithmen im Bereich Visual Computing verwendet. Das Ziel ist es, durch das Training mit den Millionen von Bildern belastbare Daten für eine zuverlässige Bildinterpretation zu erhalten, um damit den Waldzustand erkennen zu können. Dieses Projekt wird von „KI4LIFE“ gemeinsam mit Fraunhofer Deutschland durchgeführt und wird gewiss auch in Kärnten Anwendungsbereiche finden.

„KI4LLIFE“ ist auch Gründungspartner bei der im Vorjahr gegründeten Plattform „AI Carinthia“[31], die als Kärntner Untergruppe von „AI Austria“ alle Stakeholder in Kärnten, die im Themenbereich KI aktiv sind, vernetzen will. Gemeinsam mit dem „see:PORT“ in Pörtschach werden spannende Vortragsreihen geboten und eine Kommunikationsplattform für KI-Themen wird aufgebaut.[32]

Wir sind kärntenweit noch in vielen weiteren Projekten im Kontext von KI aktiv. Beispielsweise darf die intensive Kooperation mit den Lakeside Labs im Bereich der Schwarmintelligenz erwähnt werden oder ein Projekt mit den Stadtwerken Klagenfurt, das vom Klimafonds gefördert wird und in dem es um die erhöhte Resilienz von städtischen Wasserleitungen mit Hilfe von KI geht. Zudem bringen wir unsere KI-Kompetenz in einem Projekt mit der Pädagogischen Hochschule ein: Wir helfen bei der Umsetzung eines Kinderbuches zum Klimaschutz in ein digitales interaktives Format.

5. Resümee

Für alle Lebens- und Wirtschaftsbereiche hat die Corona-Krise eindeutig gezeigt, dass die Digitalisierung in Krisenzeiten einen wesentlichen Beitrag zur Funktionsfähigkeit eines Gesamtstaatssystems beiträgt. Daher muss der derzeit erzwungene Innovationsschub im Bereich der Digitalisierung in Zukunft weiterhin massiv ausgebaut werden. Die Grundlage für die Digitalisierung von Prozessen, Wirtschaftstätigkeiten, Bildungsangeboten und weiterer Aktivitäten im Internet ist die Verfügbarkeit eines Hochleistungsinternets. Als Basis dafür sind der Ausbau eines hochperformanten Breitbandnetzes auf Glasfaserbasis und der Ausbau eines leistungsstarken Mobilfunknetzes erforderlich. Aufgrund seiner besonderen Bedeutung nimmt der Abschnitt über die KONNEKTIVITÄT in dem vorliegenden

Beitrag einen Platz epischer Breite ein. Es wird in Kärnten aber nicht nur der Ausbau des Breitbandnetzes mit höchster Priorität durchgeführt, sondern auch innovative Projekte in den Bereichen HUMANRESSOURCEN und INTEGRATION DER DIGITALTECHNIK werden erfolgreich gelebt.

In unserer fortschreitenden digitalen Welt ist Spitzenforschung im Bereich der Digitalisierung eine Grundlage für den Erfolg von Gesellschaft und Wirtschaft. Spitzenforschung kann am besten im Rahmen von Kooperationsnetzwerken von exzellenten Forschungseinrichtungen zustande kommen. Das „gelebte" Netz im Sinne von Kooperationsnetzwerken wird in Kärnten bereits lange als erfolgreiche Kultur gepflegt. So wurde von der Politik frühzeitig erkannt, dass eine Vernetzung von starken Mitspielern, wie in den Beispielen Silicon Alps Clusters, Silicon Austria Labs oder bei der Kooperation mit Fraunhofer Austria, für alle Beteiligten immense Vorteile bringt und Spitzenforschung ermöglicht. Dazu wurden von der Politik vorausblickend die entsprechenden Weichen gestellt und mit Investitionstätigkeiten unterlegt. In diesem Beitrag wurden erfolgreiche Beispiele dargestellt, durch welche Kärnten in der digitalen Welt sowohl bei den Kärntner Unternehmen reüssiert als auch international an Sichtbarkeit gewinnt.

Literatur

Drössler, C. 2020. *Wenn die Dinge mit uns reden*

Eder, M. 2017. *Digitale Evolution*

Ott, R. 2019. *Künstliche Intelligenz für dummies*

Digitaler Kompass 2030: der europäische Weg in die digitale Dekade
Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen; COM (2021) 118

Gestaltung der digitalen Zukunft Europa
Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen; COM (2020) 67

Anmerkungen

1 Anwendungen sind Applikationen, die kurz Apps genannt werden.

2 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen; Digitaler Kompass 2030: der europäische Weg in die digitale Dekade; Brüssel, den 9. 3. 2021 COM (2021) 118 final.

3 https://www.ktn.gv.at/Service/News?nid=28197 (aufgerufen am 25.08.2021)

4 https://www.bmdw.gv.at/Services/Zahlen-Daten-Fakten/DigitalesInZahlen/Digital-Economy-and-Society-Index.html (aufgerufen am 25.08.2021)

5 Ein Megabit umfasst 1.000 Bits, ein Gigabit umfasst 1.000 Megabits.

6 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen; Gestaltung der digitalen Zukunft Europa; Brüssel, den 19. 2. 2020 COM (2020) 67 final.

7 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen; Digitaler Kompass 2030: der europäische Weg in die digitale Dekade; Brüssel, den 9. 3. 2021 COM (2021) 118 final.

8 https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/recovery-coronavirus/recovery-and-resilience-facility_de (aufgerufen am 25.08.2021)

9 https://info.bmlrt.gv.at/service/publikationen/telekommunikation/5gstrategie---oesterreichs-weg-zum-5g-vorreiter-in-europa.html (aufgerufen am 25.08.2021)

10 https://www.ffg.at/presse/breitbandstrategie-2030-oesterreichs-weg-die-gigabit-gesellschaft (aufgerufen am 25.08.2021)

11 Weiße Gebiete nach den EU-Richtlinien sind Bereiche, in denen nur bis zu 30 MBit/s Datenraten möglich sind und die in den kommenden drei Jahren nicht eigenwirtschaftlich mit höheren Bandbreiten erschlossen werden.

12 Very High Capacity Network (VHCN), „Netzwerk mit sehr hoher Kapazität", ist ein neues und wichtiges Konzept, das in mehreren Initiativen der EU-Kommission in Zusammenhang mit der Gestaltung der digitalen Zukunft Europa adressiert wird.

13 POP ist die Abkürzung für Point of Presence und ist die Ortszentrale in einem Breitbandnetz.

14 Die Lakeside Labs GbmH ist ein international anerkanntes Forschungs- und Innovationszentrum im Lakesidepark.

15 Joanneum Research ist die zweitgrößte außeruniversitäre Forschungsgesellschaft Österreichs und ist im Eigentum der Länder Steiermark, Kärnten und Burgenland; der Hauptsitz ist in Graz.

16 https://5gplayground.at/use-cases/#robotics (aufgerufen am 29.08.2021)

17 FOG leitet sich vom Wort (englisch) Nebel ab und ist im Mittelfeld zwischen der Cloud und der Edge angesiedelt.

18 Anhang der Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen; Digitaler Kompass 2030: der europäische Weg in die digitale Dekade; Brüssel, den 9. 3. 2021 COM (2021) 118 final Annex.

19 radio frequency/RF-Systeme.

20 Methoden wie „Long Short-Term Memory" oder „Self-Normalizing Networks" wurden vom Mathematiker Sepp Hochreiter an der Johannes-Kepler-Universität in Linz entwickelt.

21 Die Presse, Samstag 1. Februar 2020.

22 https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/europe-fit-digital-age/excellence-trust-artificial-intelligence_de (aufgerufen am 30.08.2021).

23 https://ec.europa.eu/germany/news/20210421-kuenstliche-intelligenz-eu_de (aufgerufen am 30.08.2021).

24 Algorithmen auch auf Basis der unter Anmerkung 20 erwähnten mathematischen Methoden.

25 Die Fraunhofer-Gesellschaft ist die führende Organisation für angewandte Forschung in Europa; 2008 wurde die Fraunhofer Austria Research GmbH als selbstständige Auslandsgesellschaft der Fraunhofer-Gesellschaft gegründet; Fraunhofer Austria hat in Österreich vier Standorte: Wien, Graz, Klagenfurt und Wattens.

26 Darunter wird konkret eine Menge von 1.000 bis 100.000 Stück verstanden.

27 Ein Wafer ist eine sehr dünne Scheibe aus Silizium, auf der elektronische Bauelemente aufgebracht werden.

28 1 Millimeter besteht aus 1.000.000 Nanometer.

29 https://www.fraunhofer.at/de/zusammenarbeit/digitalisierung-und-kuenstliche-intelligenz.html (aufgerufen am 30.08.2021).

30 https://www.fp-dach.at/2021/03/31/mit-kuenstlicher-intelligenz-zu-langlebigen-daechern/ (aufgerufen am 1.9.2021).

31 AI steht für Artificial Intelligence (Künstliche Intelligenz, KI).

32 http://aicarinthia.com/ und https://www.seeport.at/

Herwig Scholz

100 Jahre Paul Watzlawick

Ein ganz Großer in der Tradition österreichischer Psychotherapieforscher

„Ich bin frei, denn ich bin nicht **einer** Wirklichkeit ausgeliefert, ich kann sie gestalten."

Damit eröffnet Paul Watzlawick. Im Gegensatz zu traditionellen Sichtweisen eine befreiende Perspektive in der Beurteilung von Wahrnehmungen und Beurteilungen.

Im Vergleich zur eher rückschauenden Schadenssuche der zeitgenössischen analytischen und psychiatrischen Therapiekonzepte hat er damit einen Paradigmenwechsel der individuellen Wirklichkeitssicht geschaffen.

Zu den vielen Gründen für die hohe Präsenz seiner Forschungen zählt die Vielfalt gewählter Forschungsbereiche. Sie liegt speziell in der neugierigen Eigenständigkeit seines Denkens begründet, das sich durchaus zutraute, bestehende Dogmen zu hinterfragen. Gerade die Bereitschaft zur Einbindung ganz unterschiedlicher Denkrichtungen ermöglichte den Zugang zu unkonventionellen Ergebnissen. Darüber hinaus verstand er es in besonderem Ausmaß, seine Überlegungen verständlich und auch für Laien nachvollziehbar zu kommunizieren.

Eine wesentliche Voraussetzung dieser Originalität lag in einer ganz ungewöhnlichen Wahl von Ausbildungsinstanzen und Arbeitsgruppen und damit auch einer durchaus eigenwilligen Biographie:

Kindheit und Jugend

Sein Kärnten-Bezug begann am 25 Juli 1921 mit der Geburt in Villach als zweites Kind des Bankprokuristen Paul Watzlawick senior und dessen Frau Emy, geborene Cesari. Wie in Österreich nicht unüblich, kombinierten sich elterliche Einflüsse aus Böhmen und Italien

1923 übersiedelte die Familie nach Wien, kehrte von dort 1928 aber wieder nach Villach zurück. Dem entsprechend hat er seine schulische Ausbildung überwiegend in Villach absolviert. Die Gymnasialzeit verbrachte er im Perau-Gymnasium Villach, hat dort auch mit Auszeichnung maturiert.

Seine Biographin Andrea Köhler-Ludescher beschreibt ihn als fleißigen, nach Außen distanzierten, aber humorvollen Individualisten, der sehr

gerne las. Er war zwar kein begeisterter Schüler, wurde aber von seinem Deutschprofessor sehr gefördert.

Eine besonders enge Beziehung verband ihn mit seiner poetisch begabten Mutter, die ihn auch in seiner Sprachkultur wesentlich beeinflusst hat.

Bereits in dieser Lebensphase entwickelte er damit erhebliches Interesse an der Literatur, aber auch die Bereitschaft, eigene Meinungen gegen zeitgenössische Tendenzen zu vertreten. Im Jahr seiner Matura erregte er zusammen mit Mitschülern Anstoß durch Überkleben nationalsozialistischer Plakate mit Scherzparolen.

Seine fehlende Bereitschaft zur Anpassung an das deutsche Regime hat ihm weitere sehr riskante Episoden eingebracht: Eingezogen zum Reichsarbeitsdienst und bei Kriegsbeginn zur Wehrmacht, kam er als Flakhelfer durch viele Länder und entdeckte dabei das Bedürfnis, sich mit den unterschiedlichen Sprachen und ihrer Bedeutung für die Kommunikation mit den Menschen auseinander zu setzen.

Eine ernste Bedrohung ergab sich, als er in Italien als Dolmetsch zur Befragung englisch sprechender Gefangener eingesetzt wurde. Da er die Verhörten durch unvollständige und damit „geschönte" Versionen zu schützen suchte, handelte er nach Ansicht seiner Vorgesetzten zum „Nachteil des deutschen Reiches".

Die zusätzliche Entdeckung eines regimekritischen Briefwechsels mit seiner Mutter durch die Gestapo führte dann unter dem Verdacht „staatsfeindlicher Betätigung" 1944 zu seiner Verhaftung. Lediglich das Kriegsende und die Hilfe eines Vorgesetzten haben eine Verurteilung verhindert. Damit war er erstmals mit selbst erlebter Todesangst konfrontiert.

Erste berufliche Orientierungen

Nach abgelegter Prüfung als Dolmetsch 1945 arbeitete er in der Nachkriegszeit bei den britischen Besatzungstruppen und beschäftigte sich in Triest mit den Auswirkungen des Weltkriegs. Gleichzeitig belegte er an der Universität Ca` Foscari in Venedig die Fächer Philosophie, moderne Sprachen mit Schwerpunkt russische Sprachen und Literatur. 1949 promovierte er mit einer Studie über den Philosophen Wladimir Sergejewitsch Solowjow.

Auf der Suche nach weiterer Orientierung kam er 1950 an das C. G. Jung-Institut in Zürich und absolvierte dort bis 1954 eine Ausbildung zum Analytiker und Psychotherapeuten. Im Zuge dieser Ausbildung lernte er bei Praktika in der Klinik Burghölzli auch die Problematik der damaligen psychiatrischen Therapiemethoden wie Schlafkuren, Insulinschock und Elektroschockbehandlung kennen.

Danach zog ihn das Interesse an östlicher Philosophie nach Indien. Dort lernte er speziell durch den Einfluss von Jiddhu Krishnamurti Varianten alternativer Sichtweisen des Begriffs „Wirklichkeit“ kennen.

Inzwischen unterrichtete er am Goethe-Institut in München, erlebte auch längere Aufenthalte in Rom und Wien und hörte dort Vorlesungen von Viktor Frankl.

1957 bewarb er sich erfolgreich an der Universität San Salvador für den Fachbereich Psychodynamik und beschäftigte sich weiter mit Zen. 1959 suchte er neue Perspektiven für seine Weiterentwicklung. Eigentlich zog es ihn nach Kalifornien, aber vorerst kam er nach Philadelphia, an das „Institute For Direct Analyses“.

Palo Alto und seine Arbeitsgruppen

Im Oktober 1960 traf er den Psychiater Don Jackson, der ihn nach Palo Alto in Kalifornien einlud. Dort kam er auch mit dem Anthropologen Gregory Bateson zusammen. Mit seiner Berufung an das Mental Research Institute (MRI) fand er offensichtlich in der 1959 von Don D. Jackson gegründeten Palo-Alto-Gruppe den für ihn optimalen Arbeitskreis: Psychiater, Psychologen und Sozialarbeiter entwickelten dort Theorien über menschliche Kommunikation, Systemtheorien, Strategien zur Problemlösung, Familientherapie, Interpunktion, Konstruktivismus u. a. m.

Weitere Mitglieder der Gruppe waren u. a. Virginia Satir, Richard Fisch, John Weakland, Jay Haley, William Fry und Jules Riskin (https://mri.org).

Ein Kernthema der Gruppe, das sich auch in Watzlawicks Arbeiten (z. B.: „Anleitung zum Unglücklichsein“) wiederfand, ist die Frage, warum vermeintlich nützliche Strategien zur Problemlösung erst recht zu Schwierigkeiten führen können. Das Resultat der Zusammenarbeit bestand in einer reichhaltigen publizistischen Tätigkeit mit sehr breit gestreuter Thematik.

Zusätzlich zu zahlreichen wissenschaftlichen Arbeiten veröffentlichte er 18 Bücher, die in zumindest 85 Sprachen übersetzt wurden. Im Internet finden sich zahlreiche Interviews, Vortragsmitschnitte und Lehrfilme. Mit Fritz B. Simon und Heinz von Förster veranstaltete er auch zahlreiche deutschsprachige Kurse am MRI.

Ein ganz besonderer Schwerpunkt seiner Arbeit lag in der Kommunikationsforschung:

Man kann nicht nicht kommunizieren

Ein Angelpunkt seiner Forschungsarbeit und Lehrtätigkeit liegt in seiner sehr praxisnahen Bearbeitung von Grundregeln zwischenmenschlicher Kommunikation: In erfrischender und verständlicher Weise schafft er es,

wesentliche Grundregeln in fünf Axiome aufzugliedern. Dazu zählen die nonverbalen Komponenten, die auch bei angestrebter Kommunikationsverweigerung gültig bleiben. „Man kann nicht nicht kommunizieren." (Axiom1)

Axiom 2: Weitere Gründe für oft schwerwiegende Fehlinterpretationen liegen in der fehlenden Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedeutung von Inhalts- und Beziehungsaspekten. Watzlawick macht das am Beispiel der Frage einer Frau an eine andere: „Sind diese Perlen echt?" deutlich, die sowohl inhaltliche als auch Beziehungsaspekte signalisieren kann. Dasselbe gilt für nur scheinbar sachlich betonte öffentliche Aussagen.

Übersieht man die sich gegenseitig beeinflussenden Konsequenzen von Kommunikationsabläufen, kann es zu schwerwiegenden Fehlern kommen. Ein Beispiel dafür wäre die „selbsterfüllende Prophezeiung" (Axiom 3). Damit kann man auch manche scheinbar rätselhafte Entscheidungen der Politik nachvollziehen.

In Axiom 4 beschreibt er die unterschiedliche Bedeutung digitaler und analoger Kommunikationsmodalitäten. Auch hier kann es bei Nichtbeachtung zu erheblichen Missverständnissen kommen, wenn etwa digitale Aussagen überwiegend analog interpretiert werden.

Axiom 5: Schließlich unterscheidet er zwischen symmetrischen und komplementären Interaktionen. Reagieren zwei Kommunikationspartner gleichartig, beispielsweise mit gegenseitiger Aggression, wird eine Eskalation unvermeidlich sein. Es wäre sinnvoll, auch in öffentlichen Auseinandersetzungen zu verstehen, dass symmetrisch eskalierende Aggressionen am besten durch komplementäre Haltungen abgemildert werden können.

„Die Lage ist hoffnungslos, aber nicht ernst"

Sein lebenslanges Interesse an Widersprüchlichkeiten und sein trockener Humor waren optimale Voraussetzungen für die Beforschung paradoxer Phänomene in der Kommunikation als Hintergrund für Konflikte und ihre therapeutische Auflösung. Das hat ihn auch zum Versuch einer wissenschaftlichen Differenzierung der einzelnen Kategorien paradoxer Phänomene veranlasst. Daraus entstanden pragmatische Konzepte für paradoxe Interventionen und speziell auch Kurztherapien, die den konventionellen Rahmen üblicher Therapieformen erweiterten. Ein weiterer Ausdruck seiner Faszination paradoxer Phänomene liegt in der allgemein verständlichen Darstellung der unterschiedlichen Varianten im Alltagsleben. Unnachahmlich sind die mit trockenem Humor dargestellten Fallbeispiele in Vorträgen und Diskussionen.

Die Thematik brachte eine langjährige Querverbindung zur Mailänder Gruppe um Maria Selvini Pallazoli und Giorgio Nardone, die sich intensiv mit paradoxen Interventionen befassten. Mit Nardone hat er 1978 in Arezzo das Zentrum für strategische Therapie gegründet. Ab 1976 betreute er eine Professur an der Stanford University.

Paul Watzlawick und der Konstruktivismus

Wie bereits einleitend hervorgehoben, relativierte er die absolute Verbindlichkeit erlebter Wahrnehmungen zugunsten subjektiver Bewertung durch den Einzelnen. Er differenzierte zwischen der Wirklichkeit erster Ordnung, die sich z. B. auf physikalische Eigenschaften eines Objekts bezieht, und der individuellen Bedeutung des Objekts im Sinne der Wirklichkeit zweiter Ordnung.

Ein besonders anschauliches Beispiel für eine individuell konstruierte Wirklichkeit ist das Placebo-Phänomen, das durch suggestiv erlebte Erwartungen zu erheblichen therapeutischen Effekten beitragen kann.

Ähnlich dazu beschreibt er das Phänomen der selbsterfüllenden Prophezeiung, wenn sich z. B. eine tendenziöse rhetorische Wirklichkeitskonstruktion nachhaltig auf das soziale Verhalten auswirkt. Es hat sich gezeigt, dass bei entsprechender Propaganda auch kollektive Effekte entstehen können. Beispielsweise können Voraussagen von Verknappungen zu Hamsterkäufen führen und dann selbst Mangelsituationen bewirken. Vermutungen feindseliger Haltungen von Nachbarstaaten können ein Wettrüsten veranlassen, das seinerseits die gegenseitigen Aggressionen steigern kann.

Der „Weltkärntner“ Paul Watzlawick und seine Bedeutung für Österreich

In einem Kommentar zu seinem Buch „Gebrauchsanweisung für Amerika“ meinte Paul Watzlawick zur Möglichkeit, sich entweder rasch mit amerikanischer Lebenssicht zu identifizieren oder nicht, er habe sich für Zweiteres entschieden: „Ich bin Villacher geblieben.“

Die starke Bindung an seine Heimat wirkte sich besonders in seiner intensiven Lehr- und Vortragstätigkeit in Österreich z. B. bei den Wiener Vorlesungen und im gesamten deutschen Sprachraum aus.

Aber nicht nur er selbst betonte seine österreichische Zugehörigkeit, es gibt zahlreiche Zeichen seiner öffentlichen Anerkennung.

Seit Jahren gibt es eine rege Aktivität der österreichischen Paul Watzlawick Gesellschaft.

- Die Stadt Villach verlieh ihm den Paracelsusring, die Ärztekammer Wien würdigt ihn u. A. durch die Vergabe eines Paul-Watzlawick-Ehrenrings. Neben einem Watzlawickweg in Wien gibt es in Villach einen Watzlawickplatz.
- Weitere Auszeichnungen sind das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien und der Ehrenpreis des Viktor Frankl-Fonds der Stadt Wien.

Auch aus heutiger Sicht ist festzustellen, dass seine Arbeiten als Wissenschaftler, Therapeut, Philosoph, Erzähler und optimistischer Pessimist nach wie vor lebhaft diskutiert und gelehrt werden. Abgesehen von der nach wie vor gegebenen Aktualität der Inhalte sind dafür seine Sprachkultur, sein distanzierter Humor und seine Begabung als Lehrer und Publizist verantwortlich. Besonders hervorzuheben ist die Möglichkeit, durch seine Forschungsergebnisse manche scheinbar rätselhafte wirtschaftliche bzw. politische Entscheidungen nachvollziehen zu können.

Der „Weltkärntner" Paul Watzlawick kann durch seine bahnbrechenden Leistungen in der Weiterentwicklung psychosozialer Forschungsergebnisse mit Recht als bedeutender Repräsentant der österreichischen Psychotherapieforschung angesehen werden.

Literatur

Köhler-Ludescher, Andrea: Paul Watzlawick. Die Biografie. Die Entdeckung des gegenwärtigen Augenblicks. Bern. Huber 2014.

May, Burkard: Die Formen der Paradoxie nach Watzlawick. Grundlagen und Kritik. Hausarbeit zur Vorlesung: Kommunikationsstörungen III. Hochschule Görlitz. Zittau 2004.

Vogler, Alexandra: Paul Watzlawick und der Konstruktivismus. München. GRIN Verlag 2000.

Watzlawick, Paul: „Wie wirklich ist die Wirklichkeit?" München. Piper 1976.

Watzlawick, Paul: Anleitung zum Unglücklichsein. München. Piper 1983.

Watzlawick, Paul: Lösungen. Zur Theorie und Praxis menschlichen Wandels. Bern. Huber 2001.

Watzlawick, P., J. Beavin, D. Jackson: Menschliche Kommunikation. Bern. Huber 2007.

CHRONOLOGIE

Karl Anderwald

Chronologie der Ereignisse in Kärnten November 2020 bis Oktober 2021

November 2020

1. Mit 244 Corona-Neuinfektionen an einem Tag wird in Kärnten ein neuer Höchststand erreicht, ebenso bei der Zahl der Hospitalisierungen mit 99 (davon neun intensiv).
2. Nach drei neuen Todesfällen erhöht sich die Zahl der in Kärnten am Corona-Virus verstorbenen Personen auf 25.
3. Wieder Steigerung bei den Corona-Infektionen. Innerhalb eines Tages werden 426 Neuinfektionen gemeldet.
4. Klagenfurts Ex-Bürgermeister und Stadtrat Christian Scheider tritt aus der FPÖ aus und will bei der Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl 2021 für das Team Kärnten kandidieren.
5. Die Gemeinderatsfraktion der FPÖ beruft Christian Scheider als Klagenfurter Stadtrat ab und nominiert für diese Funktion Sandra Wassermann.
6. Villachs Bürgermeister Günther Albel (SPÖ) informiert über eine Drittelbeteiligung des Bundes an den Kosten von 23 Millionen Euro zum Ausbau der Stadthalle zu einem Bundesleistungszentrum.
7. Digitale Konferenz der Kärntner SPÖ zu den bevorstehenden Kommunalwahlen. Via Livestream nehmen auch Parteichefin Pamela Rendi-Wagner und der Wiener Bürgermeister Michael Ludwig teil.
8. Für das Amt der Landesregierung und für die Bezirkshauptmannschaften werden Einschränkungen des Parteienverkehrs verordnet.
9. Videokonferenz von Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) mit Repräsentanten von Friaul-Julisch Venetien und dem Veneto.
10. Weiterhin besorgniserregende Entwicklung bei der Zahl der Corona-Infektionen. Aktuell sind in Kärnten 2493 Personen infiziert, 177 sind hospitalisiert, 14 davon in einer Intensivstation. 50 Personen sind verstorben.
11. Kärnten-Besuch des britischen Botschafters in Österreich, Leigh Turner.
12. Sitzung des Landtagsausschusses für Bürgerbeteiligung und Petitionen mit allen im Landtag nicht vertretenen Parteien.

13. Dramatische Entwicklung bei den Corona-Fällen in Kärnten. 868 Neuerkrankungen und sechs Todesfälle an einem Tag.
14. Nach 13 weiteren Todesfällen beträgt die Gesamtzahl der Kärntner Corona-Opfer 71.
15. Die bereits seit 1973 aktive Namensliste „Wernberger Wählergemeinschaft (WGW)“ tritt bei der Gemeinderatswahl 2021 nicht mehr an.
16. ÖVP-Clubobmann LAbg. Markus Malle wirft Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) bei dessen Kritik an den Corona-Maßnahmen des Bundes „oppositionspolitische Spielchen“ vor.
17. 25 der in Kärnten vorhandenen 40 Intensivbetten sind derzeit bereits belegt. Das Land plant eine Aufstockung auf 60 Betten.
18. Wegen der Corona-Pandemie ist eine Vorverlegung der Budgetdebatte im Landtag geplant.
19. Mit den Koalitionsstimmen von SPÖ und ÖVP beschließt der Finanzausschuss des Landtags den Voranschlag für das Jahr 2021. Die FPÖ will den Voranschlag mit externen Beratern prüfen.
20. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) fordert die Bundesregierung auf, bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie „transparenter und abgestimmt zu informieren und zu kommunizieren“.
21. FPÖ-Obmann LAbg. Gernot Darmann kritisiert die von der Bundesregierung geplante Erhöhung der NoVA für SUVs.
22. Die Entwicklung der Neuinfektionen in Kärnten ist höher als im Bundesdurchschnitt. Das Corona-Experten-Koordinationsgremium richtet daher einen dringenden Appell an die Bevölkerung, sich an die geltenden Corona-Verordnungen zu halten.
23. Trauer um den im Alter von 82 Jahren verstorbenen früheren Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium Albin Schober.
24. Der bisherige Vizebürgermeister Helmut Ogris (SPÖ) wird zum neuen Bürgermeister der Gemeinde St. Margareten im Rosental gewählt. Er ist Nachfolger des langjährigen Bürgermeisters Lukas Wolte (SPÖ).
25. Unter dem Vorsitz von Landesrat Daniel Fellner (SPÖ) bereitet der Landeskrisenstab die reibungslose Abwicklung von Massentests vor.
26. Die vorverlegte Budgetdebatte im Landtag endet noch am selben Tag mit dem Beschluss über den Landesvoranschlag 2021. Zustimmung zum Budget gibt es neben den Koalitionsparteien SPÖ und ÖVP auch von den Freiheitlichen.
27. Vergabe der Innovations- und Forschungspreise 2020 des Landes Kärnten. Gewinner in den verschiedenen Kategorien sind Messfeld GmbH, Augmensys GmbH und die Maschinenfabrik Springer.

28. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) kündigt ein Jahresbudget von 340.000 Euro für das Institut für Bildung und Beratung (IBB) an.
29. Mit 433 Neuinfektionen an einem Tag ist die Zahl der Corona-Fälle in Kärnten weiterhin überdurchschnittlich hoch.
30. Bürgermeisterwechsel in Glanegg. Arnold Pacher (SPÖ) ist Nachfolger des langjährigen Bürgermeisters Guntram Samitz (SPÖ).

Dezember 2020

1. Die Landesräte Martin Gruber und Sebastian Schuschnig (beide ÖVP) berichten im Anschluss an die Sitzung der Landesregierung über Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur im Rosental in der Höhe von fünf Millionen Euro.
2. Anlässlich der von der Bundesregierung verkündeten Lockerungen bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie fordert AK-Präsident Günther Goach einen verstärkten Arbeitnehmerschutz.
3. Im Spiegelsaal der Landesregierung wird das „Kärntner Jahrbuch für Politik 2020“ vorgestellt.
4. Der frühere Finanzminister und LH-Stellvertreter Karl-Heinz Grasser wird im BUWOG-Prozess zu acht Jahren Haft verurteilt. Grasser spricht von einem „politischen Urteil“ und will berufen.
5. Start der Corona-Massentests für den Bildungsbereich.
6. FPÖ-Obmann LAbg. Gernot Darmann und der Bürgermeister von Afritz, Maximilian Linder (FPÖ), fordern, dass die 20 Millionen Euro des zweiten Hilfspakets für Kärntner Gemeinden direkt in die Budgets fließen.
7. Trauer um den im Alter von 97 Jahren verstorbenen früheren Bürgermeister von Spittal und SPÖ-Landtagsabgeordneten Franz Jamnig.
8. Peter Granig wird für eine weitere Funktionsperiode als Rektor der FH Kärnten bestätigt.
9. Die NR-Abgeordneten Olga Voglauer (Grüne) und Peter Weidinger (ÖVP) appellieren an die Kärntner Bevölkerung, an den Corona-Massentests teilzunehmen.
10. Julia Petschnig erhält für ihren Verein „Together“ den Kärntner Menschenrechtspreis 2020.
11. Über 35.000 Kärntnerinnen und Kärntner beteiligen sich am ersten Tag am Corona-Massentest.

12. Von der Nockregion-Oberkärnten wird eine Zusammenarbeit mit Osttirol, Hermagor und dem Südtiroler Pustertal angestrebt.
13. Mit 105.263 Teilnehmern bleibt die Beteiligung am Corona-Massentest in Kärnten unter den Erwartungen. Bei 560 Tests gibt es ein positives Resultat.
14. Team Kärnten-Obmann LAbg. Gerhard Köfer fordert ein Einfrieren der Politikergehälter.
15. In einem gemeinsamen Antrag sprechen sich alle Landtagsfraktionen für den Entfall der Mehrwertsteuer beim Ankauf von Geräten für die Feuerwehren aus.
16. Landesrat Sebastian Schuschnig (ÖVP) plant eine Imagekampagne für die Ansiedlung von Betrieben aus dem Alpen-Adria-Raum.
17. Im Mittelpunkt der Sitzung des Landtags steht die finanzielle Situation der Kärntner Gemeinden.
18. Mit 432 am Corona-Virus verstorbenen Personen hat Kärnten den höchsten Anteil an Todesopfern aller Bundesländer.
19. Der im Vorjahr verstorbene Theaterfachmann Johann Kresnik wird posthum mit dem Kulturpreis des Landes Kärnten geehrt.
20. Unterschiedliche Reaktionen auf das „Gemeindepaket des Bundes“: Andreas Scherwitzl, stellvertretender Klubobmann im Landtag und Bürgermeister der Gemeinde Magdalensberg (SPÖ), spricht von einem „PR-Mogelpaket“. FPÖ-Obmann LAbg. Gernot Darmann verleiht ein „Nicht-Genügend mit Ausrufungszeichen für ÖVP-Finanzminister“. Laut Landesrat Martin Gruber (ÖVP) hat sich hingegen „der Einsatz für die Gemeinden gelohnt“.
21. Der Bezirk Völkermarkt ist mit einer 7-Tage-Inzidenz pro 100.000 Einwohnern von 527,9 Neuinfektionen österreichweit trauriges Schlusslicht.
22. Nach der Abwahl von Christian Scheider durch die FPÖ-Fraktion im Klagenfurter Gemeinderat wird Sandra Wassermann als neue Stadträtin der Freiheitlichen gewählt.
23. FPÖ-Landesobmann LAbg. Gernot Darmann präsentiert unter dem Titel „Bilanz des Fleißes“ den Jahresbericht seiner Landtagsfraktion.
24. Neuerliche Schmieraktion am Denkmal zur Erinnerung an die Volksabstimmung 1920 in Sittersdorf.
25. Der 3. Landtagspräsident Josef Lobnig (FPÖ) macht „radikale Slowenen“ für die Verunstaltung des Denkmals in Sittersdorf verantwortlich.

26. Laut Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) sind die ersten Corona-Schutzimpfungen in Kärnten erst Anfang Jänner 2021 vorgesehen.
27. In Villach nehmen 400 Personen an einer Demonstration gegen eine Corona-Impfpflicht teil.
28. Landtagspräsident Reinhart Rohr (SPÖ) resümiert über die Tätigkeit des Landtags im Jahr 2020.
29. NR-Abgeordneter Peter Weidinger (ÖVP) kritisiert, dass Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) nicht bereits im Dezember Impfungen möglich gemacht hat.
30. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) und Landesrat Martin Gruber (ÖVP) ziehen namens der Regierungskoalition Bilanz über das abgelaufene Jahr.
31. Tagung des Covid-Koordinationsgremiums des Landes, das sich „auf herausfordernde Monate vorbereitet".

Jänner 2021

1. Bernard Sadovnik, Bürgermeister von Globasnitz und Obmann der Gemeinschaft der Kärntner Slowenen, übernimmt turnusmäßig den Vorsitz im Volksgruppenausschuss beim Bundeskanzleramt.
2. FPÖ-Obmann LAbg. Gernot Darmann nennt den Entwurf für ein neues Corona-Gesetz einen „verfassungswidrigen Raubzug gegen Grund- und Freiheitsrechte".
3. Mit einem Wert von 220,6 liegt die 7-Tages-Inzidenz bei Corona-Erkrankungen in Kärnten weit über dem Schnitt in den anderen Bundesländern.
4. Ca. 300 Teilnehmer bei einer Demonstration der „Bewegung 2020" gegen die Corona-Regeln in Klagenfurt.
5. An 282 Bewohner und Pflegekräfte von Altenwohn- und Pflegeheimen in Klagenfurt, Villach, Wolfsberg und Gmünd werden die ersten Impfungen gegen Corona verabreicht.
6. LAbg. Christof Staudacher (FPÖ) kritisiert die mangelnde ärztliche Versorgung in weiten Teilen Oberkärntens.
7. Valentin Inzko will im Frühjahr seine Funktion als Hoher Repräsentant für Bosnien-Herzegowina zurücklegen.
8. Auf Grund der Corona-Pandemie entfällt heuer der traditionelle Neujahrsempfang des Renner-Instituts.
9. AK-Präsident Günther Goach nennt das Modell der Kurzarbeit einen „Schutzschild gegen ausufernde Arbeitslosigkeit".

10. Landesrat Daniel Fellner (SPÖ) kündigt Investitionen in den Hochwasserschutz in der Höhe von 3,2 Millionen Euro an.
11. Trotz der psychischen Belastung durch Corona gab es im Vorjahr mit fünf Drogentoten in Kärnten die niedrigste Opferzahl seit Jahren.
12. FPÖ-Bildungssprecherin LAbg. Elisabeth Dieringer-Granza kritisiert die Bundesregierung und sieht „zunehmende Frustration bei Schülern, Eltern und Lehrern".
13. Die Staatsanwaltschaft Klagenfurt hat laut Kleine Zeitung einen Strafantrag gegen die frühere BZÖ-Landtagsabgeordnete Johanna Trodt-Limpl eingebracht.
14. Videokonferenz von Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) mit dem für Beschäftigung und soziale Rechte zuständigen EU-Kommissar Nicolas Schmit.
15. Mit nur 49.395 Fluggästen im Jahr 2020 verzeichnete der Flughafen Klagenfurt gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang von 76,4 Prozent.
16. Land Kärnten, Wirtschaftskammer und Kärnten Werbung entwickeln eine einfache und sichere Web-App zur Erfassung von Eintrittstests.
17. Laut Bürgermeister Günther Albel (SPÖ) hat die Stadt Villach 20.000 FFP2-Masken zur Verteilung an Personen über 65 Jahren angekauft.
18. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) und Landesrat Martin Gruber (ÖVP) erklären, dass aus heutiger Sicht der 28. Februar Wahltag für die Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen bleiben soll.
19. NR-Abgeordneter Christian Ragger (FPÖ) fordert ein Dokument des Gesundheitsministeriums ein, in dem Rechte und Pflichten bei Testungen und Impfungen in Heimen geregelt sind.
20. Heftige Kritik am Umstand, dass der 2. Landtagspräsident und Bürgermeister von Sittersdorf, Jakob Strauß (SPÖ), vorzeitig an der Corona-Schutzimpfung teilgenommen hat.
21. Mit Ausnahme von Winklern, Malta, Mölbling und Micheldorf will die ÖVP bei den Gemeinderatswahlen am 28. Februar in allen Kärntner Gemeinden antreten.
22. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) fordert im Rahmen einer Diskussion im EU-Ausschuss der Regionen die EU und die Hersteller von Impfstoffen auf, sich an die Abmachungen zu halten.
23. Schmieraktionen von unbekannten Tätern gegen den slowenischen Schriftzug auf Ortstafeln in Eberndorf.
24. Laut Landesrat Daniel Fellner (SPÖ) wird das Gemeindereferat allen Kärntner Gemeinden Notstromaggregate für Katastrophen-Einsatzzentren zur Verfügung stellen.

25. Das Präsidium des Kärntner Gemeindebundes spricht sich einstimmig für die Beibehaltung des Termins der Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen aus.
26. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) fordert die Offenlegung der Verträge mit den Pharmakonzernen.
27. FPÖ und Team Kärnten protestieren gegen die von der Landesregierung beschlossene Erhöhung der Bezüge für Landespolitiker, Bürgermeister und Politikerpensionen.
28. Die Neos kandidieren bei den Gemeinderatswahlen am 28. Februar nur in Klagenfurt, Villach, Spittal, Völkermarkt und Seeboden.
29. VP-Nationalrat Peter Weidinger legt nach Überprüfung seiner Diplomarbeit den Magister-Titel zurück.
30. Die Grünen werden bei den Gemeinderatswahlen in 32 Gemeinden antreten und sich in 20 davon auch für das Bürgermeisteramt bewerben.
31. Der frühere Landtagsabgeordnete Martin Rutter wird in Wien bei einer verbotenen Corona-Demonstration wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt kurzfristig festgenommen.

Februar 2021

1. Die Staatsanwaltschaft Klagenfurt ermittelt in der Causa „Impf-Vordrängler“ wegen des Verdachts von Missbrauch der Amtsgewalt.
2. Gemeinsame Pressekonferenz von Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ), Landesrat Martin Gruber (ÖVP), WK-Präsident Jürgen Mandl und AK-Präsident Günther Goach zur Corona-Pandemie.
3. Das Team Kärnten tritt bei den Gemeinderatswahlen in Klagenfurt, Spittal, Friesach, St. Georgen im Lavanttal, Keutschach, Krems und Krumpendorf an.
4. Nach der Diskussion im Kontrollausschuss des Landtags zum Bericht des Landesrechnungshofes über Privilegien bei landeseigenen Gesellschaften spricht sich Landesrat Martin Gruber (ÖVP) für „arbeits- und strafrechtliche Schritte“ aus.
5. Landesrat Sebastian Schuschnig (ÖVP) kündigt ein Sonderbudget von einer halben Million Euro für den Kärntner Tourismus an.
6. Die Anzahl der in Kärnten an Corona verstorbenen Personen ist um drei weitere Opfer auf 647 angestiegen und liegt damit über dem österreichischen Durchschnitt.
7. NR-Abgeordnete Olga Voglauer (Grüne) sieht laut Interview in der Kleinen Zeitung deutliche Versäumnisse des Landes bei Corona-Maßnahmen.

8. Kärnten richtet in den Gemeinden Lesachtal, Winklern und Oberdrauburg drei zusätzliche Teststraßen für Pendler nach Tirol ein.
9. Der Betriebsratsobmann beim Amt der Kärntner Landesregierung, Gernot Nischelwitzer, fordert die Wiedereingliederung der landesnahen Gesellschaften.
10. Mit Deutsch-Griffen, Mallnitz, Mühldorf, Heiligenblut, Greifenburg, Flattach, Baldramsdorf, Dellach im Drautal, Hohenthurn und Rosegg erhöht sich die Zahl der Gemeinden, in denen es nur einen Bürgermeisterkandidaten gibt, gegenüber 2015 von sechs auf zehn.
11. Die Zahl der Bürgermeisterkandidatinnen erhöht sich gegenüber der Wahl 2015 geringfügig von 35 auf 39.
12. Mit Stichtag 1. Jänner 2020 zählte Kärnten 562.330 Einwohner und damit um 937 mehr als vor einem Jahr.
13. Weiterhin Diskussion um die Zukunft des Klagenfurter Flughafens. Mehrheitseigentümer Franz Peter Orasch verlangt eine Aufstockung seiner Anteile.
14. Verkehrsministerin Leonore Gewessler (Grüne) absolviert eine Besuchstour in Kärnten.
15. Durch eine Verordnung der Landesregierung werden für die Gemeinderatswahl spezielle Schutzmaßnahmen in den Wahllokalen festgelegt.
16. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) fordert Lockerungen für Sportaktivitäten bereits getesteter Schüler in Vereinen.
17. Weil im Bezirk Hermagor die 7-Tage-Inzidenz auf 526 und damit zur höchsten Zahl in Österreich gestiegen ist, wird über zusätzliche Maßnahmen beraten.
18. AK-Präsident Günther Goach berichtet, dass die Kärntner Arbeiterkammer im Jahr 2020 im Rahmen der Rechtsschutzberatung mehr als 100.000 Interventionen behandelt hat.
19. Laut OGM-Umfrage in der Kleinen Zeitung zur Bürgermeisterwahl in Villach liegt der amtierende Bürgermeister Günther Albel (SPÖ) mit einem Anteil von 58 Prozent klar voran.
20. Die Kleine Zeitung und die Kronenzeitung veröffentlichen Umfragen des OGM-Instituts bzw. des IFDD-Instituts zum Ausgang der Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl in Klagenfurt.
21. Die in der Kleinen Zeitung publizierte OGM-Umfrage zur „Sonntagsfrage“ für die Wahl zum Kärntner Landtag brachte folgendes Ergebnis: SPÖ 45 Prozent (– 2,94), ÖVP 19 Prozent (+ 3,55), FPÖ 14 Prozent

(– 8,96), Grüne 10 Prozent (+ 6,88), Neos 5 Prozent (+ 2,86), Team Kärnten 5 Prozent (– 0,67).

22. Nach dem Bekanntwerden einer Erkrankung an der Südafrika-Variante des Coronavirus im Bezirk Spittal erfolgt ein Corona-Screening in der Spittaler Türk-Kaserne.
23. Mediziner und Sportfunktionäre fordern im Rahmen der Initiative „Comeback des Sports“ eine geregelte Öffnung von Sportstätten.
24. Ein 20-jähriger und ein 21-jähriger Klagenfurter werden als Verursacher der Besprühung von zweisprachigen Ortstafeln ausgeforscht. Die FPÖ schließt beide mit sofortiger Wirkung aus der Partei aus.
25. Für die Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen wurden in Kärnten insgesamt 105.612 Wahlkarten beantragt.
26. Die FPÖ fordert einen unabhängigen und weisungsfreien Stadtrechnungshof in Klagenfurt.
27. Nachdem der bei einem Einbruch im Gemeindeamt Hohenthurn gestohlene Tresor gefunden wurde und die darin aufbewahrten Wahlkarten noch vorhanden waren, kann die Wahl in dieser Gemeinde wie geplant abgehalten werden.
28. Einige Überraschungen bei den Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen in Kärnten. Nach dem vorläufigen Endergebnis schnitten die Parteien wie folgt ab: SPÖ 40,2 Prozent (– 0,7), ÖVP 27,0 Prozent (+ 3,3), FPÖ 14,2 Prozent (– 3,0) und Grüne 2,4 Prozent (– 1,5). In 28 Gemeinden, darunter Klagenfurt, Spittal und Hermagor, kommt es zu einer Stichwahl des Bürgermeisters. Vor sechs Jahren war dies in 37 Gemeinden der Fall.

März 2021

1. Mit 67,28 Prozent war die Wahlbeteiligung bei der Gemeinderatswahl deutlich niedriger als vor sechs Jahren (71,23 Prozent). Die höchste Wahlbeteiligung wurde in der Gemeinde Zell/Sele mit 96,09 Prozent erreicht. In der Landeshauptstadt Klagenfurt betrug die Wahlbeteiligung nur 52,11 Prozent.
2. Nur rund die Hälfte der Mitglieder beim Roten Kreuz, Johanniter, der Berg- oder Wasserretter nahmen das Angebot der Corona-Schutzimpfung in Anspruch.
3. Konsequenzen nach den Wahlen in Klagenfurt und Villach: Wolfgang Germ (FPÖ) tritt als Parteiobmann zurück und verzichtet auf ein Mandat im Klagenfurter Stadtrat, ebenso der Klagenfurter

Bürgermeisterkandidat der ÖVP, Markus Geiger. In Villach nominiert die ÖVP als Stadtrat nicht Katharina Spanring, sondern Christian Pober.

4. Auf Grund einer Sieben-Tage-Inzidenz von 670,2, der höchsten in Österreich, wird über den Bezirk Hermagor ab 6. März eine Quarantäne verhängt.
5. Laut Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) habe man sich mit den Bundesländern bei der Corona-Schutzimpfung auf einen absoluten Vorrang für über 65-Jährige geeinigt.
6. Nachdem in der Gemeinde St. Jakob im Rosental nach der Auszählung mehrere Wahlkarten verschwunden sind und später verstreut im Ort wieder gefunden wurden, wollen FPÖ und Liste SGS die Wahl anfechten.
7. Laut Landeshauptmann Peter Kaiser und Landesrat Daniel Fellner (beide SPÖ) sind heuer insgesamt 16,8 Millionen Euro aus dem Kärntner Schulbaufonds für die Modernisierung der Pflichtschulen vorgesehen.
8. Antrittsbesuch der thailändischen Botschafterin Morakot Sriswasdi bei Landeshauptmann Peter Kaiser.
9. Die Corona-Schutzimpfung soll ab Ende März auch von 250 niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten angeboten werden.
10. Der freiheitliche Landtagsabgeordnete und Bürgermeister von Straßburg Franz Pirolt kritisiert laut Bericht in der Kleinen Zeitung das Auftreten von FPÖ-Clubobmann Herbert Kickl bei Corona-Demonstrationen in Wien.
11. Kärnten-Besuch des höchsten Repräsentanten des Bundesheers, Generalstabschef Robert Brieger.
12. Die Landesräte Martin Gruber und Sebastian Schuschnig (beide ÖVP) präsentieren ein Programm zur Radmobilität in Kärnten.
13. In der Causa eines Immobiliengeschäfts sind die Ermittlungen gegen den früheren Bischof Alois Schwarz abgeschlossen. Die Oberstaatsanwaltschaft Wien prüft dazu einen Vorhabensbericht der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft.
14. Überraschende Ergebnisse bei den Bürgermeister-Stichwahlen. Die SPÖ verliert Klagenfurt und Spittal an das Team Kärnten und Hermagor an die ÖVP.
15. Laut Aussage von Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) liegt Kärnten an der Spitze der bisher durchgeführten Covid-Impfungen.

16. Philip Kucher wird neuer Stadtparteiobmann der SPÖ in Klagenfurt, behält aber sein Nationalratsmandat.
17. Konsequenzen für bisherige SPÖ-Bürgermeister auch in Spittal und Hermagor: Gerhard Pirih verbleibt nur als Gemeinderat und Siegfried Ronacher verlässt überhaupt die Politik.
18. Der Kärntner Landtag beschließt ein neues Feuerwehrgesetz.
19. In der Plenarsitzung des Ausschusses der Regionen (AdR) wird eine von Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) ausgearbeitete Stellungnahme zum Entwurf der Europäischen Kommission über einen europäischen Rahmen für Mindestlöhne mit großer Mehrheit angenommen.
20. Wegen 19 positiven Corona-Fällen in der 400-Einwohner-Ortschaft Zlan, Gemeinde Stockenboi, wird dort für die Ausreise ein negativer Test vorgeschrieben.
21. Aus Anlass des internationalen „Tag des Waldes" weist Forstreferent Landesrat Martin Gruber (ÖVP) auf ein Rekordbudget im Jahr 2021 für forstliche Maßnahmen in Kärnten hin.
22. Landesrat Sebastian Schuschnig (ÖVP) spricht sich für eine Neugestaltung der Kärntner Bauordnung aus: „Da wurde und wird bereits zu oft herumgebastelt, wir werden sie völlig neu schreiben müssen."
23. Die Landesregierung beschließt einen Vorschlag für ein neues Raumordnungsgesetz. FPÖ und Team Kärnten signalisieren, dass es von ihnen dazu im Landtag keine Zustimmung geben wird.
24. Die Abgeordnete zum Nationalrat Olga Voglauer (Grüne) hält das neue Raumordnungsgesetz für eine „vertane Chance".
25. Der Aufsichtsrat der Kabeg verlängert einstimmig den Vorstandsvertrag mit Arnold Gabriel.
26. LH-Stellvertreterin Beate Prettner (SPÖ) informiert, dass in Kärnten im Rahmen der Corona-Schutzimpfung bereits 100.000 Dosen verabreicht wurden.
27. Christian Poglitsch (ÖVP), Bürgermeister von Finkenstein und Vizepräsident des Kärntner Gemeindebunds, strebt die Funktion des Präsidenten dieser Organisation an. Maximilian Linder (FPÖ), Bürgermeister von Afritz und ebenfalls Vizepräsident des Gemeindebunds, stellt dazu fest, dass die stimmenstärkste Partei nicht unbedingt auch den Präsidenten stellen muss.
28. Im Bezirk Hermagor sank die Sieben-Tage-Inzidenz von über 700 Anfang März auf aktuell 138,5. Hermagors Bürgermeister Leopold Astner (ÖVP) meint, dass es „eine Bewusstseinsänderung in der Bevölkerung gibt".

29. Im Spiegelsaal der Landesregierung werden die Urkunden über die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft an 27 Erwachsene und neun Kinder aus 16 verschiedenen Herkunftsstaaten überreicht.
30. Die frühere BZÖ-Landtagsabgeordnete Johanna Trodt-Limpl wird zu 12.000 Euro Geldstrafe und sechs Monaten bedingter Haft verurteilt. Das Urteil ist nicht rechtskräftig.
31. Landesrat Martin Gruber (ÖVP) startet eine Förderungsinitiative für bäuerliche Hofläden.

April 2021

1. Das Land Kärnten bietet für entlegene Regionen flexible Corona-Testmöglichkeiten in drei Bussen an.
2. LH-Stellvertreterin Beate Prettner (SPÖ) fordert die Bundesregierung auf, endlich die Zulassungsbestimmungen zum Medizinstudium zu lockern.
3. Team Kärnten-Obmann LAbg. Gerhard Köfer zeigt sich besorgt, dass am Wochenende erneut „große Lücken bei den ärztlichen Bereitschaftsdiensten klaffen".
4. In Bad St. Leonhard steigt die Corona-Inzidenz plötzlich auf 577. Als Ursache wird eine Palmweihfeier am Hauptplatz vermutet.
5. Für April wird dem Land Kärnten eine Verdreifachung der Impfstoffmengen in Aussicht gestellt.
6. FPÖ-Obmann LAbg. Gernot Darmann fordert, dass Kärnten den Corona-Wiederaufbaufonds der EU für die Umsetzung einer eigenen Güterverkehrstrasse im Kärntner Zentralraum nutzen soll.
7. Team Kärnten, SPÖ und ÖVP schließen ein Arbeitsübereinkommen über die Zusammenarbeit in der Landeshauptstadt Klagenfurt ab.
8. Landesrat Sebastian Schuschnig (ÖVP) stellt die Ausschreibung für den VCÖ-Mobilitätspreis Kärnten für 2021 vor.
9. Der Kontrollausschuss des Landtags beschließt einstimmig eine Liste prominenter Auskunftspersonen zur Affäre um die bereits aufgelöste LKBG.
10. Das Land Kärnten erhält eine Zusage für 12,7 Millionen Euro aus dem EU-Sofort-Aufbauhilfe-Programm REACT.
11. Die Sieben-Tage-Inzidenz ist in Kärnten auf 222, den zweithöchsten österreichischen Wert, angestiegen. 80 Erkrankte befinden sich in stationärer und 14 in intensivmedizinischer Behandlung.

12. Bundespräsident Alexander Van der Bellen diskutiert im Rahmen einer Videokonferenz mit den Bürgermeistern von Moosburg, Pörtschach, Frantschach-St. Gertraud und Deutsch-Griffen über die aktuelle Situation der Kärntner Gemeinden.
13. Bundesminister Heinz Faßmann (ÖVP) bestellt Bildungsdirektor Robert Klinglmair zum neuen Leiter des Instituts für Qualitätsmanagement im österreichischen Schulwesen (IQS).
14. SPÖ und ÖVP einigen sich mit der Personalvertretung auf einen Entwurf zur Besoldungsreform im Landesdienst.
15. ÖVP-Clubobmann LAbg. Markus Malle, der selbst an Corona erkrankt war, fordert die prioritäre Impfung von Bundes- und Landesspitzenpolitikern.
16. FPÖ-Obmann LAbg. Gernot Darmann lehnt eine vorzeitige Impfung von Politikern ab.
17. Team Kärnten-Obmann LAbg. Gerhard Köfer fordert Transparenz bei der Ausschreibung der Nachfolge in der Bildungsdirektion.
18. Der mit 15.000 Euro dotierte Gerd-Jonke-Preis geht heuer an die Lyrikerin Ann Cotten.
19. Zur Diskussion um den zukünftigen Präsidenten des Kärntner Gemeindebundes vertritt Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) die Ansicht, dass das Verhältniswahlrecht anzuwenden sei. Aus parteipolitischen Gründen davon abzugehen „wäre kühn".
20. Der zuständige Ausschuss im Kärntner Landtag beschließt einstimmig die Novelle zur Kärntner Bauordnung. Sonnenenergie auf Dächern ist künftig ohne Bauverfahren möglich.
21. Die Landesregierung gibt nach Abschluss des UVP-Verfahrens dem vorliegenden Antrag auf Genehmigung des Windparks auf der Koralpe ihre Zustimmung. Gegen den positiven Bescheid wird jedoch mit zahlreichen Beschwerden an das Bundesverwaltungsgericht gerechnet.
22. Die Abgeordneten zum Nationalrat Olga Voglauer (Grüne) und Gabriel Obernosterer (ÖVP) wollen die Ausstellung zum 100-Jahr-Jubiläum der Volksabstimmung in Wien präsentieren.
23. Günther Vallant, Bürgermeister von Frantschach und aktueller Präsident des Kärntner Gemeindebundes (SPÖ), schließt eine Spaltung des Gemeindebundes nicht mehr aus, „wenn die Gespräche nicht mehr amikal verlaufen".
24. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) besucht eine Aktion von Künstlern zur Umbenennung der Dr.-Franz-Palla-Gasse in Klagenfurt in „Gert-Jonke-Gasse".

25. SPÖ-Landesgeschäftsführer Andreas Sucher erinnert mit einer Aussendung an die vor zehn Jahren gelungene Lösung des Ortstafelkonflikts.
26. Wechsel in der Landtagsfraktion der FPÖ. Christian Leyroutz scheidet aus. An seiner Stelle zieht der Afritzer Bürgermeister Maximilian Linder in den Landtag ein.
27. Neue Ersatz-Landesrätin für Landesrat Sebastian Schuschnig (ÖVP) wird die Feldkirchner Gemeinderätin Brigitte Truppe.
28. Der Bürgermeister von Poggersdorf, Arnold Marbek (SPÖ), schlägt eine Direktwahl des Präsidenten des Gemeindebundes durch die Bürgermeister vor.
29. Diskussion im Landtag über die finanzielle Situation der Kärntner Gemeinden als Folge der Corona-Krise.
30. Demonstration einer Bürgerinitiative in Villach gegen die geplante Errichtung einer Wohnsiedlung in der Tiroler Straße.

Mai 2021

1. Mit 96,10 Prozent der Stimmen im Rahmen einer Mitgliederbefragung wird NR-Abgeordneter Philip Kucher zum neuen Vorsitzenden der SPÖ in Klagenfurt gewählt.
2. Landesrat Sebastian Schuschnig (ÖVP) kündigt die Aufstockung der Ausflugsziel-Förderung auf zwei Millionen Euro an.
3. Der von LH-Stellvertreterin Gaby Schaunig (SPÖ) vorgelegte Rechnungsabschluss für 2020 weist einen Nettosaldo von minus 145 Millionen Euro aus.
4. Einigung über die Präsidentschaft im Kärntner Gemeindebund. Analog zum Landtag wird es künftig drei Präsidenten geben.
5. Im Rahmen einer Pressekonferenz in Wien stellen Bundesministerin Margarete Schramböck (ÖVP) und LH-Stellvertreterin Gaby Schaunig (SPÖ) das Digitalisierungszentrum INNOVATE vor, das sich auf Landwirtschaft, Holzwirtschaft und Energiewirtschaft im Zusammenhang mit dem Klimawandel bezieht.
6. Die Bürgermeister von Frantschach, Günther Vallant (SPÖ), Finkenstein, Christian Poglitsch ÖVP), Fresach, und Gerhard Altziebler (FPÖ), werden die neuen drei Präsidenten des Kärntner Gemeindebundes sein.
7. Besuch des slowenischen Außenministers Anže Logar bei Landeshauptmann Peter Kaiser.

8. Die Zahl der Corona-Infizierten in Kärnten liegt bei 920 und damit erstmals seit längerer Zeit unter 1000.
9. Tourismusministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP) zeigt sich in der ORF-Pressestunde optimistisch, dass vor Beginn der Sommersaison der „Grüne Pass“ verwirklicht wird.
10. Der 61jährige Vorstand der Hirsch Servo AG, Harald Kogler, wird neuer Messepräsident.
11. Die Ratingagentur Moody´s bestätigt das Rating für Kärnten mit Aa3 und einem stabilen Ausblick.
12. Befürworter und Gegner von Windkraftwerken in Kärnten diskutieren über Einladung der Kleinen Zeitung.
13. Das umstrittene Gedenken an die kroatischen Opfer der Nachkriegsmorde am Loibacher Feld wird wegen der Corona-Epidemie auch heuer abgesagt.
14. Laut Tätigkeitsbericht verzeichneten Kärntens Feuerwehren im Jahr 2020 17.701 Einsätze.
15. Landeshauptmann Peter Kaiser, LH-Stellvertreterin Beate Prettner (beide SPÖ) sowie die Kinder- und Jugendanwältin Astrid Liebhauser präsentieren eine Studie über die Auswirkungen der Corona-Krise auf Kinder, Jugendliche und Familien.
16. Der Forschungsbericht des Landesmuseums zeigt auf, dass im Vorjahr 49 Projekte in den Bereichen Archäologie, Kultur und Natur realisiert wurden.
17. Die Kleine Zeitung veranstaltet eine Diskussion der Spitzenkandidaten zur Hochschülerschaftswahl an der Universität Klagenfurt.
18. Alle im Landtag vertretenen Parteien einigen sich auf einen Beschlusstext für eine Staatszielbestimmung zum Erhalt aller Seegrundstücke des Landes oder der landeseigener Gesellschaften.
19. Im Rahmen einer Pressekonferenz kündigt FPÖ-Obmann LAbg. Gernot Darmann eine energische Gegenwehr seiner Partei gegen den von der Bundesregierung geplanten „Grünen Pass“ an.
20. Negativer Rekord bei der Beteiligung zur ÖH-Wahl an der Universität Klagenfurt. Von 11.718 Wahlberechtigten gaben nur 955 oder 8,15 Prozent ihre Stimme ab. Das Ergebnis: VSSTÖ 360 Stimmen und sechs Mandate, PLUS 349 Stimmen und fünf Mandate, AG 168 Stimmen und zwei Mandate. Die Sozial-liberalen Studierenden kamen auf 57 Stimmen (kein Mandat).

21. Landesrat Sebastian Schuschnig (ÖVP) stellt den ersten Wasserstoff-Linienbus vor, der im Raum Villach getestet wird.
22. Kärnten hat mit 24 von österreichweit 619 Corona-Erkrankten in Spitalsbehandlung den geringsten Anteil. Nur mehr eine Person muss derzeit in einer Intensivstation behandelt werden
23. Die in Klagenfurt geborene frühere Außenministerin Ursula Plassnik beendet nach 41 Jahren ihre Berufslaufbahn im diplomatischen Dienst.
24. Team Kärnten-Obmann LAbg. Gerhard Köfer fordert eine Rückkehr zur Reisefreiheit in die Nachbarländer.
25. FPÖ-Obmann LAbg. Gernot Darmann kritisiert, dass Landeshauptmann Peter Kaiser beim Abschiedsbesuch der slowenischen Botschafterin Ksenija Škrilec nicht auf die Defizite der slowenischen Politik in den Fragen Krško und Altösterreicher aufmerksam gemacht habe.
26. AK-Präsident Günther Goach kündigt eine Lehrlingsausbildungsstätte mit Schwerpunkt Digitalisierung in St. Stefan im Lavanttal an.
27. Der Kärntner Landtag beschließt einstimmig eine Staatszielbestimmung zum Erhalt und zum freien Zugang bei Seegrundstücken des Landes.
28. Die Wirtschaftsprüfung der KABEG für den Rechnungsabschluss 2020 bestätigt eine „positive Gebarung".
29. FPÖ-Klubobmann-Stellvertreter LAbg. Harald Trettenbrein regt ein „Volksbegehren zum Schutz der Kärntner Almen" an.
30. Trauer um den im 100. Lebensjahr verstorbenen früheren Chefredakteur der Kleinen Zeitung, Heinz Stritzl.
31. LAbg. Gernot Darmann tritt als Landesparteiobmann der FPÖ zurück. Der Parteivorstand wählt den NR-Abgeordneten und Mühldorfer Bürgermeister, Erwin Angerer, zum geschäftsführenden Chef der Kärntner Freiheitlichen.

Juni 2021

1. Der statistische Endbericht über die Bevölkerungsbewegung zeigt mit Stand vom 1. Jänner 2021 auf, dass die Bevölkerung in Kärnten gegenüber dem Vorjahr um 796 auf 562.089 Personen gewachsen ist.
2. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) und Landesrat Martin Gruber (ÖVP) präsentieren das Projekt für die Umfahrung der Marktgemeinde Greifenburg. Der Baubeginn soll im Sommer 2022 erfolgen.
3. Team Kärnten-Obmann LAbg. Gerhard Köfer fordert die Öffnung der Forstwege für Mountainbiker.

4. Bernard Sadovnik, Bürgermeister von Globasnitz und Obmann der Gemeinschaft der Kärntner Slowenen, wird von der Konferenz der österreichischen Volksgruppenbeiräte in Oberwart zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.
5. Diskussion um das vom Klagenfurter Bürgermeister Christian Scheider (Team Kärnten) geplante Public Viewing zur Fußball-Europameisterschaft auf dem Neuen Platz.
6. FPÖ-Obmann NR Erwin Angerer kritisiert in einem Interview in der Kleinen Zeitung, dass seine Partei im Landtag dem Budget zugestimmt hat.
7. Abschiedsbesuch des ukrainischen Botschafters Olexander Scherba bei Landeshauptmann Peter Kaiser.
8. Der seit 2011 amtierende Präsident der Landwirtschaftskammer Johann Mößler gibt überraschend seinen Rücktritt bekannt. Als Nachfolger ist der 51-jährige Vizebürgermeister von Feldkirchen, Siegfried Huber (ÖVP), im Gespräch.
9. Der langjährigen Chefredakteurin der Kleinen Zeitung, Antonia Gössinger, wird vom Militärkommando Kärnten die Auszeichnung „Wehrpolitische Kärntnerin des Jahres 2020“ verliehen.
10. Fortsetzung der Koalition zwischen VSStÖ und AG an der Hochschülerschaft der Universität Klagenfurt.
11. Landesrat Martin Gruber (ÖVP) will laut Kleine Zeitung „einen Geisterflughafen verhindern“ und fordert Airport-Investor Peter Orasch auf, „Farbe zu bekennen“.
12. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) spricht sich für einen leichteren Zugang zur Erlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft aus.
13. NR-Abgeordnete Olga Voglauer (Grüne) verteidigt in einem Interview in der Kronenzeitung die Koalition auf Bundesebene. Diese leiste „gute Arbeit“.
14. Der Gemeinderat von Feistritz im Rosental spricht sich mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und der Wahlgemeinschaft Voline Skupnost für zweisprachige Ortstafeln in Suetschach/Sveče und Matschach/Mače aus. Die FPÖ, die zuvor eine von 205 Gemeindebürgern unterschriebene Protestliste vorgelegt hatte, stimmt dagegen.
15. Gemeinsame Sitzung der Landesregierung mit den Sozialpartnern.
16. Gemeindebund-Präsident Bürgermeister Günther Vallant (SPÖ) fordert die Aufrechterhaltung der Teststraßen, insbesondere in ländlichen Gebieten.

17. Ein Drittel der impfbaren Bevölkerung Kärntens ist bereits vollimmunisiert.
18. Antrittsbesuch der spanischen Botschafterin Cristina Fraile. Sie ist Ehrengast bei der Eröffnung der Picasso-Ausstellung in Gmünd.
19. Der aus Radenthein stammende NR-Abgeordnete Herbert Kickl wird zum neuen Bundesobmann der FPÖ gewählt.
20. Die in Teheran geborene und in Graz lebende Autorin Nava Ebrahimi gewinnt den Ingeborg-Bachmann-Preis.
21. Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer wählt den 51jährigen Feldkirchner Vizebürgermeister Siegfried Huber (ÖVP) zum neuen Kammerpräsidenten. Die Fraktion der FPÖ stimmt dagegen.
22. Kärnten-Besuch von Kunst- und Kulturstaatssekretärin Andrea Mayer (Grüne).
23. Im Beisein von Botschafterin Elisabeth Ellison-Kramer wird in Laibach das „Kärntner Jahrbuch für Politik 2020“ vorgestellt.
24. In der Sitzung des Landtags fordert die ÖVP die Ausweitung des „Kinder-Stipendiums“ auf Familien, die ihre Kinder selbst zuhause betreuen.
25. In Ossiach findet der Österreichische Rechtsanwaltskammertag statt.
26. Franz Liposchek wird mit 93,5 Prozent der Delegiertenstimmen als Vorsitzender der Gewerkschaft Younion wiedergewählt.
27. Bei der Landesmitgliederversammlung der Neos in Seeboden wird Markus Unterdorfer-Morgenstern mit 87,18 Prozent als Landessprecher wiedergewählt.
28. Landeshauptmann Peter Kaiser sieht nach dem SPÖ-Bundesparteitag für seine Partei „Handlungsbedarf“.
29. Verteidigungsministerin Claudia Tanner (ÖVP) nimmt in Grablach bei Bleiburg an der Gedenkfeier an die vor 30 Jahren stattgefundenen kriegerischen Auseinandersetzungen vor der Landesgrenze teil.
30. Gesundheitsreferentin LH-Stellvertreterin Beate Prettner (SPÖ) spricht sich für den Nachweis einer Corona-Schutzimpfung als Voraussetzung für Neuanstellungen bei den Landeskrankenanstalten aus.

Juli 2021

1. Kärnten wird von der Kommission in der Corona-Ampel auf „Grün – sehr geringes Risiko“ eingestuft.
2. Landesrat Sebastian Schuschnig (ÖVP) nimmt an der Konferenz der Wirtschafts-Landesräte in Bad Ischl teil.

3. Die Pörtschacher Bürgermeisterin und Landtagsabgeordnete Silvia Häusl-Benz wird zur neuen Landesleiterin der ÖVP-Frauenbewegung gewählt.
4. Der Geschäftsführer der Kärnten Werbung, Christian Kresse, verteidigt in einem Interview in der Kleinen Zeitung die vom Landesrechnungshof kritisierten stark gestiegenen Personalkosten.
5. In der Landesversammlung des Kärntner Gemeindebundes in Klagenfurt werden die Statuten geändert und wie im Landtag drei Präsidenten gewählt.
6. Der Ausschuss für Recht und Verfassung im Kärntner Landtag schlägt eigene Stadtrechnungshöfe für Klagenfurt und Villach vor.
7. Villachs Bürgermeister Günther Albel (SPÖ) übernimmt den Vorsitz in der Landesgruppe Kärnten des Österreichischen Städtebunds.
8. Bundespräsident Alexander Van der Bellen nimmt zu Beginn seines zweitägigen Kärnten-Besuchs in Klagenfurt an der Feier zum 10-Jahre-Jubiläum der Lösung der Ortstafelfrage teil.
9. Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP) spricht sich für einen Abschuss von Problem-Wölfen aus.
10. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) will zum Disput zwischen seiner Parteichefin Pamela Rendi-Wagner und dem burgenländischen Landeshauptmann Hans Peter Doskozil nicht Stellung nehmen.
11. Martin Hinteregger, Kapitän der österreichischen Fußballnationalelf, wird Ehrenbürger der Gemeinde Albeck.
12. Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer beschließt einstimmig ein Fairness-Abkommen für die Wahl am 7. November.
13. Bei der Corona-Durchimpfung liegt die Gemeinde Stall mit nur 29,3 Prozent unter Österreichs Gemeinden am vorletzten Platz der Skala.
14. Die Kärntner FPÖ startet die Kampagne „blaugemacht.at“ mit Hinweisen auf Initiativen des früheren Landeshauptmannes Jörg Haider.
15. WK-Präsident Jürgen Mandl präsentiert im Rahmen einer Pressekonferenz das Konjunktur- und Investitionsbarometer der Wirtschaftskammer Kärnten.
16. Der Vorsitzende des Budgetausschusses im Nationalrat, NR-Abgeordneter Gabriel Obernosterer (ÖVP), berichtet, dass in Kärnten 14.676 Anträge auf Investitionsprämien eingelangt sind.

17. Der Obmann der Landesgruppe Kärnten des Österreichischen Städtebunds, Villachs Bürgermeister Günther Albel (SPÖ), verlangt für seine Organisation mehr Mitspracherecht bei Gesetzeswerdungen.
18. Reger Zustrom beim offenen Impftag in St. Veit. Es wurden 900 Impfsonden verabreicht.
19. Interview mit FPÖ-Bundesobmann Herbert Kickl im Sommergespräch von Puls 4.
20. Über Vermittlung von Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) kommt es in Wolfsberg zu einer Aussprache zwischen der SPÖ-Bundesparteivorsitzenden Pamela Rendi-Wagner und ihrem parteiinternen Kritiker, dem burgenländischen Landeshauptmann Hans Peter Doskozil.
21. Antrittsbesuch des deutschen Botschafters Ralf Beste in Kärnten.
22. Über Vorschlag der FPÖ gibt es in der Aktuellen Stunde des Landtages eine Diskussion über mehr Geld für häusliche Pflege.
23. Landesrat Martin Gruber (ÖVP) diskutiert in Wien im Rahmen der Konferenz der Landwirtschaftsreferenten über die Wolf-Problematik für Almweiden.
24. Landwirtschaftskammerpräsident Siegfried Huber wird in Feldkirchen zum Landesobmann des Bauernbundes gewählt.
25. Im Spiegelsaal der Landesregierung wird im Rahmen eines Festakts die Vereinbarung zwischen Friaul-Julisch Venetien und dem Land Kärnten zur Absicherung der Beweidung im grenznahen Gebiet unterschrieben. Für Friaul unterfertigt Assessore Stefano Zannier, für Kärnten zeichnen Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) und Landesrat Martin Gruber (ÖVP).
26. Die SPÖ startet ihre Sommerkampagne „Sorgenfrei leben in Kärnten – Wir kümmern uns darum".
27. Die Landesregierung beschließt eine Gesetzesvorlage für ein neues Gehaltsschema im Landesdienst.
28. Eine Überprüfung der Magisterarbeit von NR Peter Weidinger (ÖVP) kommt zum Ergebnis, dass die erhobenen Plagiatsvorwürfe unberechtigt waren.
29. Verkehrsministerin Leonore Gewessler (Grüne) und der slowenische Infrastrukturminister Jernej Vrtovec nehmen an der Freigabe des modernisierten Karawanken-Eisenbahntunnels teil.
30. Kärnten-Besuch von Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP).
31. Valentin Inzko übergibt die Funktion des internationalen Bosnien-Beauftragten an den deutschen Bundestagsabgeordneten Christian Schmidt.

August 2021

1. Infineon-Vorsitzende Sabine Herlitschka wird als erste Frau mit dem Ehrenring der Stadt Villach ausgezeichnet.
2. Laut AMS gibt es in Kärnten mit 232.000 unselbstständigen Beschäftigten einen neuen Beschäftigungsrekord. Im Vergleich zur Vorkrisenzeit wird ein Plus von 3.500 Beschäftigten verzeichnet.
3. Julian Geier wird mit 90,3 Prozent der Delegiertenstimmen als Landesobmann der Jungen ÖVP bestätigt.
4. Wechselseitige Schuldzuweisungen zur befürchteten Sperre des Klagenfurter Hallenbads.
5. Gerald Edler, bisher freiheitlicher Vizebürgermeister in der Stadtgemeinde St. Andrä, kündigt laut Bericht in der Kronenzeitung seinen Wechsel zum Team Kärnten an.
6. Anlässlich eines Kärnten-Besuchs vereinbart der Südtiroler Landesrat Philipp Achammer (SVP) mit Landesrat Sebastian Schuschnig (ÖVP) eine stärkere Kooperation zwischen Südtirol und Kärnten.
7. In Moosburg findet erstmals seit März 2020 wieder eine Angelobung außerhalb einer Kaserne statt. Im Beisein von Landtagspräsident Reinhart Rohr (SPÖ) und Bürgermeister LAbg. Herbert Gaggl (ÖVP) legen eine Rekrutin und 399 Rekruten das Treuegelöbnis ab.
8. Das Fußballspiel von AC Mailand gegen Real Madrid im Klagenfurter Stadion wird im Fernsehen in 100 Länder übertragen.
9. Die Universität Klagenfurt weist die Darstellung, dass der zukünftige Premierminister von Bulgarien, Plamen Nikolov (Protestpartei ITN), ihr Absolvent sei, als unrichtig zurück.
10. Siggi Neuschitzer, Kärntens Vertreter im ORF-Stiftungsrat, stimmt bei der Wahl des ORF-Generaldirektors gemeinsam mit den fünf SPÖ-Stiftungsräten für den abgewählten Alexander Wrabetz.
11. Da dem Bürgermeister von Keutschach, Gerhard Oleschko (Team Kärnten), Alkoholisierung am Steuer nachgewiesen wurde, fordert die SPÖ-Fraktion in der Sitzung des Gemeinderats seinen Rücktritt.
12. Der 32jährige Absolvent der Donau-Universität Krems Michael Hallegger wird neuer Geschäftsführer der Katholischen Aktion Kärnten.
13. Gesundheitsreferentin LH-Stellvertreterin Beate Prettner (SPÖ) setzt sich die Covid-Durchimpfung von 70.000 Schülern noch vor Beginn des neuen Schuljahrs als Ziel.
14. In Kärnten wurden heuer bereits 70 Bär- und Wolfsrisse dokumentiert.

15. Tourismusministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP) startet eine Lehrlingsoffensive in der Gastronomie.
16. Klimaministerin Leonore Gewessler (Grüne) nimmt an der Eröffnung des 6000 Quadratmeter großen Solarparks in Friesach teil.
17. Der Mediziner Rudolf Likar, Intensivkoordinator des Landes, fordert eine generelle Covid-Impfpflicht für alle Erwachsenen ab 18 Jahren.
18. Landesrat Sebastian Schuschnig (ÖVP) hält die Forderung der NR-Abgeordneten Olga Voglauer (Grüne) nach einem Kärntner 1-€-Öffi-Ticket für unfinanzierbar. Voglauer „solle sich lieber in Wien um das Klimaticket der Ministerin Gewessler kümmern".
19. Neos-Landesobmann Markus Unterdorfer-Morgenstern urgiert die rasche Rückzahlung jener 590.000 Euro, die den Grünen vor ihrer Abwahl aus dem Landtag noch an Klubförderung blieben.
20. Der Dritte Landtagspräsident Josef Lobnig legt beim Bezirksparteitag der FPÖ in Völkermarkt nach 24 Jahren die Funktion des Bezirksobmanns zurück. Als sein Nachfolger wird der 47-jährige Eberndorfer Ortsparteiobmann Kajetan Glantschnig gewählt.
21. Statt dem gesperrten Klagenfurter Hallenbad sollen als Übergangslösung zwei Schwimmbecken in der Messehalle eingebaut werden.
22. Mobillandesrat Sebastian Schuschnig (ÖVP) kündigt an, dass im Rahmen der „Umsteigetage" vom 6. bis 12. September das gesamte Kärntner Bus- und Bahnnetz kostenlos genutzt werden kann.
23. Gerhard Köfer (Team Kärnten), LAbg. und Bürgermeister von Spittal, fordert die Veröffentlichung der Corona-Gemeindezahlen.
24. Landesrat Martin Gruber (ÖVP) kündigt im ORF-Sommergespräch die Freigabe des Abschusses für einen Problemwolf im Gailtal an.
25. Maximilian Linder, Bürgermeister von Afritz, wird mit 55 Prozent der Delegiertenstimmen als FPÖ-Bezirksobmann von Villach-Land bestätigt und setzt sich damit gegen seinen Gegenkandidaten Gerhard Altziebler, Bürgermeister von Fresach, durch.
26. Laut Tourismusreferent Sebastian Schuschnig (ÖVP) wurden in Kärnten in den Monaten Mai bis einschließlich Juli 2021 4,169.127 Nächtigungen und somit ein Plus von 8,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr registriert.
27. FPÖ-Landesobmann NR-Abgeordneter Erwin Angerer fordert eine Lehrabschlussprämie in der Höhe von 10.000 Euro.
28. Laut Landesrat Martin Gruber „steht die Neue Kärntner Volkspartei voll hinter dem wiedergewählten Bundesparteiobmann Sebastian Kurz".

29. Das Land Kärnten finanziert laut Technologiereferentin LH-Stellvertreterin Gaby Schaunig (SPÖ) Stipendien für Studenten zur Teilnahme am Europäischen Forum Alpbach.
30. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) und der digital zugeschaltene Bildungsminister Heinz Faßmann (ÖVP) präsentieren die 46jährige bisherige Abteilungsleiterin der AK Kärnten und SPÖ-Gemeinderätin von Steindorf, Isabella Penz, als neue Bildungsdirektorin des Landes.
31. Gemeindebund und Gewerkschaft Younion einigen sich auf höhere Gehälter für die 4700 Beschäftigten in 130 Gemeinden.

September 2021

1. LH-Stellvertreterin Beate Prettner (SPÖ) spricht sich in der Videokonferenz der Gesundheitsreferenten für die Beibehaltung der Gratistests aus.
2. Nach Protesten von FPÖ und Team Kärnten legt die neue Bildungsdirektorin Isabella Penz ihr Mandat im Gemeinderat von Steindorf zurück.
3. FPÖ-Klubobmann LAbg. Gernot Darmann spricht im Zusammenhang mit der Unterbringung von Asylwerbern in Kärnten von einem „falschen Spiel der Bundesregierung und speziell der ÖVP auf dem Rücken der Kärntner Bevölkerung".
4. Landesrätin Sara Schaar (SPÖ) vermutet, dass das Innenministerium bei der Aufteilung der Asylquartiere die ÖVP-geführten Bundesländer bevorzugt.
5. Team Kärnten-Obmann LAbg. Gerhard Köfer schlägt als Alternative zum mangelnden ärztlichen Bereitschaftsdienst ein Ärztebus-System, wie in einigen deutschen Regionen, vor.
6. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) und Bildungsdirektorin Isabella Penz berichten, dass Kärntens Gesamtschulen von 7784 Schülern besucht werden. Dies sei gegenüber dem Vorjahr ein Plus von 534 Schülern.
7. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) zeigt sich über Ankündigungen von Details des Corona-Plans durch Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP), noch vor dem Gespräch mit den Landeshauptleuten, verärgert: „Und täglich grüßt das türkise Murmeltier."
8. Kärnten-Besuch des Botschafters der Republik Bosnien-Herzegowina, Kemal Kozarič.
9. Landesrat Sebastian Schuschnig (ÖVP) verlangt bei der neuen Koralm-Bahn eine zusätzliche Haltestelle in Kühnsdorf.

10. Gesundheits- und Sozialminister Wolfgang Mückstein (Grüne) zeichnet das „Haus Abendruh“ der Diakonie de La Tour in Waiern mit dem „Nationalen Qualitätszertifikat (NQZ)“ aus.
11. Das Familienfest der Kärntner SPÖ am Friedelstrand in Klagenfurt lockt 850 Besucher an.
12. Jörg Haiders ehemaliger Finanzlandesrat Karl Pfeifenberger muss laut Zahlungsplan in seinem Privatkonkurs nur etwas mehr als zehn Prozent seiner Schulden zurückzahlen.
13. Ministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP) kündigt eine Verlängerung des Pachtvertrags über die Kärntner Seen zwischen den Österreichischen Bundesforsten und dem Land an.
14. Die Landesregierung beschließt bei den Förderungen im Rahmen des 2. Kärntner Gemeindehilfpakets eine Fristverlängerung bis Jahresende 2022.
15. Land Kärnten, Stadt Klagenfurt und Kärntner Privatstiftung einigen sich mit den Familienmitgliedern Ingeborg Bachmanns über den Ankauf des Hauses in der Klagenfurter Henselstraße 26, das als Bachmann-Museum ausgestaltet wird.
16. Der ORF-Stiftungsrat bestätigt Karin Bernhard in der Funktion als Kärntner Landesdirektorin.
17. Bundeskanzler Sebastian Kurz, Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck, Arbeitsminister Martin Kocher (alle ÖVP) und Umweltministerin Leonore Gewessler (Grüne) nehmen in Villach an der Eröffnungsfeier für die neue Chipfabrik von Infineon teil.
18. Der slowenische Finanzminister Andrej Šircelj besucht an der Spitze einer Wirtschaftsdelegation Kärnten.
19. „Guten-Morgen-Frühstücksaktion“ der Kärntner Linien im Rahmen der Europäischen Mobilitätswoche.
20. Trauer um den im 80. Lebensjahr verstorbenen ehemaligen sozialdemokratischen Abgeordneten zum Nationalrat Dieter Antoni.
21. NR-Abgeordneter Erwin Angerer und LAbg. Gernot Darmann (beide FPÖ) fordern Zuschüsse für Stromkosten.
22. Die frühere Vizebürgermeisterin und Finanzreferentin der Stadt Villach, Monika Kircher, wird mit der Primus-Trophäe der Kleinen Zeitung ausgezeichnet.
23. Der Kärntner Landtag beschließt das Landes-Gleichbehandlungsgesetz 2021, in dem auch Bestimmungen des bisherigen Antidiskriminierungsgesetzes aufgenommen werden.

24. Eröffnung der mobilen Ausstellung „CARINTHIja 2020“ in Spittal an der Drau.
25. Wirtschaftslandesrat Sebastian Schuschnig (ÖVP) trifft in Udine seinen friulanischen Kollegen Sergio Emidio Bin zu Gesprächen.
26. Der Katholische Akademikerverband feiert in Klagenfurt sein 60-Jahre-Jubiläum.
27. Beginn eines zweitägigen Kärnten-Besuchs von Bundesministerin Margarete Schramböck (ÖVP).
28. Der frühere SPÖ-Gesundheitslandesrat Wolfgang Schantl wird vom Kabeg-Aufsichtsrat zum Stellvertreter von Kabeg-Vorstand Arnold Gabriel gewählt. Von Team Kärnten-Parteichef LAbg. Gerhard Köfer kommt dazu heftige Kritik.
29. Tagung des gemeinsamen Komitees Kärnten-Slowenien im Lake Side Park in Klagenfurt. Die slowenische Delegation wird von Außenminister Anže Logar angeführt.
30. Ab Oktober fließen im Rahmen einer Bauoffensive des Landes 8,4 Millionen Euro in den Straßenbau.

Oktober 2021

1. Die 48jährige Juristin Susanne Kißlinger wird neue Direktorin der Kärntner Arbeiterkammer.
2. NR-Abgeordneter Erwin Angerer wird beim Landesparteitag der FPÖ auf Burg Taggenbrunn mit 95,75 Prozent der Delegiertenstimmen zum neuen Landesparteiobmann gewählt. Bundesparteiobmann Herbert Kickl spricht von einer „blutleeren Politik“ der Regierungsparteien in Kärnten.
3. Laut Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) gibt es mit dem neuen FPÖ-Landesparteiobmann ein „professionelles, gutes Gesprächsklima“.
4. Eine von der FPÖ beantragte Sondersitzung des Landtags befasst sich mit der Zuteilung von 80 minderjährigen Asylanten an den Lorenzihof in St. Egyden. Landesrätin Sara Schaar (SPÖ) verweist auf die Zuständigkeit des Bundes.
5. NR-Abgeordnete Olga Voglauer (Grüne) kritisiert, dass es in Kärnten kein Regionalticket gibt.
6. Einweihung einer von der Konsensgruppe initiierten gemeinsamen Gedenktafel an alle auf beiden Seiten im Kärntner Abwehrkampf Gefallenen in Völkermarkt.

7. Reaktion der Kärntner Parteichefs auf die Krise in der Bundesregierung. NR-Abgeordnete Olga Voglauer (Grüne) und NR-Abgeordneter Erwin Angerer (FPÖ) fordern den Rücktritt von Bundeskanzler Sebastian Kurz. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) sieht „die Justiz am Zug", Landesrat Martin Gruber (ÖVP) ist „überzeugt, dass sich die Vorwürfe als falsch herausstellen würden".
8. Der Verfassungsgerichtshof weist die Einsprüche der FPÖ und der Liste SGS gegen das Ergebnis der Gemeinderatswahl in St. Jakob im Rosental zurück.
9. Landesrat Martin Gruber (ÖVP) spricht dem scheidenden Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) „höchsten Respekt" zu. Kurz sei der Einzige, der „in dieser Situation das Wohl der Republik vor das Wohl der Partei stellt". Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) verlangt von Kurz eine Entschuldigung.
10. Mit der Kranzniederlegung am Soldatenfriedhof in Annabichl und der offiziellen Feier des Landes an der „Stätte der Kärntner Einheit" im Landhaushof finden die Gedenkveranstaltungen zum 10. Oktober 1920 ihren Abschluss.
11. Die Landesregierung beschließt eine Novelle des Wohnbauförderungsgesetzes. LH-Stellvertreterin Beate Prettner (SPÖ) spricht von einem „sozialpolitisch wichtigen und weitreichenden Schritt".
12. Der 50jährige Unternehmer Armin Strussnig aus Einöde, Marktgemeinde Treffen, kündigt die Kandidatur der neuen Partei MFG (Menschen, Freiheit, Grundrechte) bei der Landtagswahl im Jahr 2023 an.
13. Die Fachhochschule Kärnten, vertreten durch Rektor Peter Granig, und der Nationalpark Hohe Tauern, vertreten durch Landesrätin Sara Schaar (SPÖ) und Direktor Peter Rupitsch, vereinbaren eine Kooperation.
14. Der für den Katastrophenschutz zuständige Landesrat Daniel Fellner (SPÖ) begrüßt das im Nationalrat beschlossene neue Telekommunikationsgesetz.
15. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) und Landesrat Martin Gruber (ÖVP) signalisieren laut Kronenzeitung Zustimmung zur Forderung des Gemeindebundes, die Bürgermeistergehälter um 22 Prozent zu erhöhen.
16. Team Kärnten-Obmann LAbg. Gerhard Köfer spricht sich gegen eine Erhöhung der Bürgermeistergehälter aus.
17. Weiterhin Diskussion um eine eigene Eisenbahntrasse für den Güterverkehr im Kärntner Zentralraum.

18. Landesrat Daniel Fellner (SPÖ) nimmt in Bozen an der Abschlussveranstaltung des Interreg-Projekts Risikokommunikationsstrategien (RiKoST) teil.

19. Antrittsbesuch des australischen Botschafters Richard Sadleir in Kärnten.

20. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) empfängt den kirgisischen Botschafter Tolendy Markeyev zu dessen Antrittsbesuch in Kärnten und führt Gespräche mit der polnischen Botschafterin Yolanda Kozlowsky.

    FPÖ-Landesobmann NR-Abgeordneter Erwin Angerer legt sich gegen den Vorschlag der drei Gemeindebund-Präsidenten quer, die Bürgermeistergehälter zu erhöhen. Seine Partei werde im Landtag nicht zustimmen.

21. Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) und Landesrat Martin Gruber (ÖVP) stellen klar, dass es wegen der fehlenden Vier-Parteien-Einigung vorläufig keine Erhöhung der Bürgermeistergehälter geben wird. Gerhard Altziebler (FPÖ), Bürgermeister von Fresach und 3. Präsident des Gemeindebunds, übt scharfe Kritik an seiner Parteispitze: Er sei „kein Fall-um-Mandl, wie es jetzt Angerer und Darmann sind".

22. Bei der Wahl des Landesfeuerwehrkommandanten wird Robert Robin in dieser Funktion bestätigt; ebenso Dietmar Hirm als Stellvertreter.

23. Bundesländerübergreifender Festakt „50 Jahre Nationalpark Hohe Tauern" in Heiligenblut. Unter den Teilnehmern Bundesministerin Leonore Gewessler (Grüne) sowie die Landeshauptmänner von Salzburg, Tirol und Kärnten, Wilfried Haslauer (ÖVP), Günther Platter (ÖVP) und Peter Kaiser (SPÖ).

24. Landesrat Daniel Fellner (SPÖ) berichtet über eine positive Bilanz der „Bürger- und Bürgerinnenbeteiligungsplattform" zur Entwicklung der Kärntner Gemeinden.

25. FPÖ-Obmann NR-Abgeordneter Erwin Angerer fordert die Umsetzung des 365-Euro-Jahrestickets in Kärnten.

26. Traditionelle Gedenkfeier an die Opfer des Nationalsozialismus von Memorial Kärnten-Koroška am Friedhof Klagenfurt-Annabichl.

27. Die Landesregierung beschließt eine Resolution an die Bundesregierung, in der eine Erhöhung der Zulassung zum Medizinstudium gefordert wird.

28. Antrittsbesuch des türkischen Botschafters Ozean Ceyhun in Kärnten.

    NR-Abgeordnete Elisabeth Scheucher wird am Landestag des ÖVP-Seniorenbunds mit 99,4 Prozent der Delegiertenstimmen als Landesleiterin bestätigt.

29. In einer dringlichen Sitzung des Koordinationsgremiums werden neue Corona-Verschärfungen beschlossen.
30. Wegen der massiv ansteigenden Corona-Verdachtsfälle unterstützt nun das Bundesheer die Bezirkshauptmannschaften beim Contact Tracing.
31. Landwirtschaftskammerpräsident Siegfried Huber fordert ein Maßnahmenpaket gegen den drohenden Mangel an Nutztierärzten in Kärnten.

Die Autoren

Birgit AIGNER-WALDER, Dr., FH-Professor, geboren 1983 in Klagenfurt, Kärnten; von 2001 bis 2005 Diplomstudium des Public Managements an der Fachhochschule Kärnten und der Hochschule Harz; von 2010 bis 2012 Doktoratsstudium der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt; von 2005 bis 2011 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Studiengang Public Management der Fachhochschule Kärnten, darunter zweimaliger Forschungsaufenthalt an der University of Illinois at Urbana-Champaign, USA, sowie Bildungsaufenthalt an der London School of Economics and Political Science, GB; von 2011 bis 2014 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Höhere Studien (IHS) Kärnten, parallel dazu nebenberuflich Lehrende an der Fachhochschule Kärnten; seit 2014 Professorin für Volkswirtschaftslehre am Studienbereich Wirtschaft & Management der Fachhochschule Kärnten; seit 2016 Leitung des Departments Demographic Change and Regional Development am Institute for Applied Research on Ageing (IARA); die Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Bevölkerungsökonomie, Regionalökonomie und Public Finance.

Karl ANDERWALD, Dr. jur. et Dr. phil. (Politikwissenschaft/Publizistik und Kommunikationswissenschaft), Dr. h. c. (Universität Czernowitz), Hon.-Prof., geb. am 26. Juni 1940 in Spittal an der Drau. Von 1992 bis 2002 Landesamtsdirektor-Stellvertreter. Ab 1999 Lehraufträge an der Universität Salzburg und der Fachhochschule Kärnten. 1999 Gründung des Carinthian-Institute for ethnic minorities (CIFEM). 2002–2018 Vorsitzender des Kuratoriums und des wissenschaftlichen Beirats der FH Kärnten. Arbeitsschwerpukte: Ethnische Minderheiten, Kommunalpolitik und Wahlkampfbeobachtung.

Rudolf DÖRFLINGER, MMag. phil. et iur., Dr. iur., Hofrat, geboren 1953 in St. Veit an der Glan, war vom 1. Juli 1991 bis zum 31. Juli 2021 Kammeramtsdirektor der Landarbeiterkammer für Kärnten und von 1991 bis 2003 Erster Vizebürgermeister der Gemeinde Glödnitz.

Wolfgang FERCHER, Mag. (FH), geb. 1980 in Villach, aufgewachsen in Möllbrücke, Matura an der Kärntner Tourismusschule in Warmbad Villach. Von 2001 bis 2005 Tourismusmanagement-Studium an der Fachhochschule Krems, Aufenthalte auf einem Kreuzfahrtschiff, in Kapstadt, Moskau und Kiew, Unternehmensberatung im Tourismus. 2007 bis 2009 Studium Qualitätsjournalimus an der Donau-Universität Krems, 2007–2010 Redakteur/Reporter Antenne Kärnten, seit 2010 Redakteur Kleine Zeitung Kärnten (Lokal, Wirtschaft, Politik). Seit Jahren nebenberuflich Lehrender an der FH Krems (Sporttourismus) und der FH Kärnten (Marketing & Kommunikation). Ironman-Finisher 2017. 2013 Hemma-Preis im Zuge des Kärntner Lyrikpreises. 2019 Kärntner Journalist des Jahres. Mit 1. Jänner 2021 wurde er Chefredakteur der Kleinen Zeitung Kärnten.

Rudolf GRÜNANGER, Dipl.-Ing., 1962 in Klagenfurt geboren, wuchs er als ältestes von vier Kindern auf einem landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieb (sein früh verstorbener Vater war Gemeindebediensteter) am Techelsberg auf. Von 1972 bis 1980 besuchte er das humanistische Gymnasium in Tanzenberg, das er mit ausgezeichneter Matura abschloss. Im Studium an der BOKU Wien spezialisierte er sich auf die Agrarökonomie; seine Diplomarbeit handelt von Eigentumsbeschränkungen im Naturschutzrecht. Seit über 25 Jahren führt er mit seiner Frau Elisabeth und vier Kindern den Betrieb seiner Eltern ebenfalls im Nebenerwerb weiter. Sehr ganzheitlich, bewusst wenig spezialisiert, mit Milchwirtschaft, Noriker-Pferdezucht etwas Forst und bis vor wenigen Jahren als Buschenschank. Im Haupterwerb arbeitet er seit über 28 Jahren als Geschäftsführer der Landwirtschaftlichen Genossenschaft Klagenfurt–St.Veit–Rosental eGen. Sie ist die älteste noch operativ tätige Warengenossenschaft Kärntens (1920 gegründet) und ein Unternehmen, das sich durch genossenschaftliches Denken (als wesentlichem Unternehmenszweck) auszeichnet und sich als Stadt-Land-Brücke in der Landeshauptstadt versteht. Rudolf Grünanger betätigt sich seit Jahrzehnten in der heimatlichen Gemeindepolitik (dzt. Gemeindevorstand) und als aktives Vereinsmitglied (u. a. Blasmusikkapelle Techelsberg).

Karl HREN, Dr., geb. 1973 in Klagenfurt. Nach dem Besuch des Gymnasiums in Klagenfurt studierte er in Wien Politikwissenschaften, Geschichte und Rechtswissenschaften. Er war beschäftigt beim Kärntner Wirtschaftsförderungs Fonds (KWF) und dort zuständig für die Koordinierung des zentralen Kärntner EU-Programms „Regionale Wettbewerbsfähigkeit" sowie der grenzüberschreitenden Programme „Slowenien–Österreich" und „Italien–Österreich". Mehrere Jahre war er Mitglied des Aufsichtsrates und seit April 2014 ist er geschäftsführender Direktor der Hermagoras/Mohorjeva in Klagenfurt (tätig in den Bereichen: Verlagswesen, Druckerei, Buchhandel, Bildung und Erziehung). Er ist auch publizistisch tätig.

Elisabeth Christine JANESCHITZ, Dipl.-Ing.in Nach dem Studium des Vermessungswesens an der Technischen Universität in Graz von 1983 bis 1984 Universitätsassistentin und Forschungstätigkeiten am Institut für Digitale Bildverarbeitung bei der Forschungsgesellschaft Joanneum, danach Befugnis Anwärterin bei einem Ingenieurkonsulenten für Vermessungswesen in Klagenfurt mit anschließender Ablegung der Ziviltechnikerprüfung; Geschäftsführerin in einem Unternehmen für Grafische Informationssysteme und Fortbildung im Bereich Geographische Informationssysteme; 1991 Eintritt in den Kärntner Landesdienst, bis 2001 in der Abt. 20 – Landesplanung mit Koordinationstätigkeiten beim Aufbau des Kärntner Geographischen Informationssystems KAGIS befasst; von 2001 bis 2010 in der Abt. 3 – Gemeinden mit Koordinationstätigkeiten beim Aufbau des Corporate Network Carinthia, CNC-Gemeinden, betraut; 2010–2011 Praktikum bei der europäischen Kommission in Brüssel; von 2011 bis 2018 Lehrbeauftragte für Geographische Informationssysteme an der Universität für Bodenkultur in Wien und technische Leitung der Unterabteilung 9V – Vermessung beim Amt der Kärntner Landesregierung; 2018 bis Juli 2021 aktiv in der Abt. 11 – Zukunftsentwicklung, Arbeitsmarkt und Wohnbau, jetzt in Pension. Weiterhin tätig im Bereich Datenbank Consulting und aktiv in der Führung und Weiterentwicklung der Österreichischen Datenbank für historische Grenzsteine: www.grenzsteine.at – Dipl.-Ing. Elisabeth Janeschitz, db Consulting, Dr.-Franz-Palla-Gasse 24/1, 9020 Klagenfurt am Wörthersee. E-Mail: elisabeth.janeschitz@grenzsteine.at

Herbert JANIG, Dr., Univ.-Prof., geb. 1948. Studium Psychologie und Pädagogik an der Universität Wien, 1984 Habilitation an der Universität Klagenfurt für das Fach Psychologie. 1988–2002 Leiter der Abteilung für Psychologische Grundlagenforschung und 2000–2002 Vorstand am Institut für Psychologie der Universität Klagenfurt; Gastprofessuren an der Karl-Franzens-Universität Graz und der Universität Wien; seit 1992 Klinischer und Gesundheitspsychologe; 1994–2003 Leitung von Universitätslehrgängen für leitende Fachkräfte im Gesundheitswesen; 2002–2008 Aufbau und Leitung des Studienbereichs „Gesundheit und Pflege" an der Fachhochschule Kärnten. Arbeitsschwerpunkte sind Evaluierung von Gesundheitsprojekten und Versorgungsforschung im Gesundheitswesen.

Elisabeth KASBAUER, Mag. phil, geb. 1978 in Vöcklabruck; studierte Publizistik, Kommunikationswissenschaften und Romanistik an den Universitäten Wien und Sevilla; Absolventin des Lehrgangs für Höhere Lateinamerika-Studien (LAI) und des Universitätslehrgangs Neo-Salafistischer Islamismus an der Donau-Universität Krems. „Frauen ohne Grenzen"-Mitarbeiterin seit Gründung 2001 und als Senior Program Manager verantwortlich für die Erarbeitung, Durchführung und Dokumentation nationaler und internationaler Projekte mit Fokus auf Sicherheit, Prävention, Gendergerechtigkeit, Integration. E-Mail: lisi@wwb.org

Martin KLEMENJAK, FH-Prof. Mag. (FH) Mag. Dr., geb. 1977 in Klagenfurt; studierte Kommunales Management an der Fachhochschule Kärnten und Pädagogik im Studienzweig Erwachsenen- und Berufsbildung an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt; Professor für Soziale Arbeit mit dem Schwerpunkt Erwachsenenalter/Erwerbsleben, Leiter der Forschungsgruppe „Lernen im Prozess der Arbeit" (LiPA) und wissenschaftlicher Leiter des Zertifikatslehrganges „Soziale Handlungskompetenzen für die Betriebsratstätigkeit" an der Fachhochschule Kärnten; Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Berufliche Integration, Erwachsenenbildung, Politisches System Österreichs, Sozialpolitik und Politische Partizipation.

Thomas KÖPF, geb. 1971, ist Bestsellerautor und Geschäftsführer des Wiener Medienunternehmens Xpertmedia. Er hat mehr als 50 Bücher geschrieben, auch als Ghostwriter. Seit 32 Jahren ist er im Medien- und Verlagswesen tätig. Als Journalist arbeitete er in diversen Chefredaktionen (z. B. Seitenblicke-Magazin, Wiener, TV Media). Thomas Köpf hält seit 20 Jahren Schreibseminare für Anfänger und Profis ab und gründete die digitale Schreibakademie ichschreibe.at

Ulrich KROPIUNIGG, Dr. phil., a. o. Univ.-Prof. i. R., geb. 1947 in Ferlach; studierte Psychologie und Soziologie an der Universität Wien; 1991 Habilitation in Medizinischer Psychologie. Forschte, lehrte und publizierte an der Medizinischen Universität Wien über Psychosomatik, Psychoneuroimmunologie, Teamentwicklung, die Psychogenese von Alzheimer und die Emotionsbewältigung im Krankenhaus. Derzeit bei „Frauen ohne Grenzen" mit der Entwicklung, Dokumentation und weltweiten Durchführung von Mother- und FatherSchools zur Prävention von häuslicher und politischer Gewalt befasst. E-Mail: ulrich.kropiunigg@meduniwien.ac.at

Wolfgang KUTTNIG, MAS, geb. 1976 in Klagenfurt am Wörthersee, ist seit 2017 Geschäftsführer der Sparte Tourismus und Freizeitwirtschaft in der Wirtschaftskammer Kärnten. Die gesetzliche Interessenvertretung sämtlicher gewerblicher Touristiker nimmt seit Ausbruch der COVID-19-Pandemie eine Sonderstellung in der Servicierung ihrer Mitglieder ein. Zwischen 2010 und 2017 war er innerhalb der Wirtschaftskammer als Landesgeschäftsführer der Jungen Wirtschaft sowie als Bezirksstellenleiter für Klagenfurt/Klagenfurt Land tätig.

Rudolf LIKAR, Univ.-Prof. Dr., ist Facharzt für Anästhesiologie und allgemeine Intensivmedizin, außerdem Spezialisierung auf den Gebieten der Schmerztherapie und Palliativmedizin. Er ist der Vorstand der Abteilung für Anästhesiologie und Intensivmedizin am Klinikum Klagenfurt und Vorstand der Abteilung für Anästhesiologie und Intensivmedizin am LKH Wolfsberg. Lehrstuhl für Palliativmedizin an der SFU Wien. Gerichtssachverständiger für Anästhesiologie, allgemeine Intensivmedizin und Palliativmedizin. Erster Vize-Präsident der Österr. Palliativgesellschaft (OPG). Past Präsident ÖGARI, Generalsekretär der Österreichischen Schmerzgesellschaft (ÖSG).

Milan OBID, geboren 1981 in Klagenfurt. Studium der Kultur- und Sozialanthropologie an der Universität Wien. Arbeitet am Slowenischen wissenschaftlichen Institut in Klagenfurt (SZI) und schreibt an einer Dissertation über die soziale Relevanz der Zugehörigkeit zur slowenischen Minderheit in Kärnten.

Robert OFNER, MSc. BSc., geboren 1986 in St. Veit an der Glan, Kärnten; von 2008 bis 2012 Bachelorstudium Gesundheits- und Pflegewissenschaften an der Medizinischen Universität Graz, von 2012 bis 2014 Masterstudium Global Health an der Maastricht University, Niederlande, mit Studienaufenthalt an der School of Global Studies, Thammasat University, Bangkok, Thailand, Feldforschungsaufenthalt an der Manipal University, Indien, und Primärdatenerfassung für die Masterarbeit in Khartum, Sudan. 2015 bis 2017 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Paracelsus Medizinischen Privatuniversität Salzburg. Von 2018 bis 2021 Junior Researcher am Studienbereich Wirtschaft & Management an der Fachhochschule Kärnten bzw. im Department Demographic Change and Regional Development am Institute for Applied Research on Ageing (IARA). Seit 2021 Geschäftsführer der A&O Solar im Bereich erneuerbare Energien.

Georg PINTER, Dr., ist Vorstand des Zentrums für Altersmedizin am Klinikum Klagenfurt, Facharzt für Innere Medizin/Geriatrie, außerdem Sektionsleiter für Klinische Geriatrie der Österreichischen Gesellschaft für Geriatrie und Gerontologie (ÖGGG). Weiters ist er medizinisch-wissenschaftlicher Leiter der Schule für Gesundheits- und Krankenpflege des Landes Kärnten am Klinikum Klagenfurt und Co-Referent für Geriatrie der Österreichischen Ärztekammer.

Peter PLAIKNER, geb. 1960, Politikanalyst, Medienberater, Publizist, zertifizierter Trainer für Journalismus (plaiknerpublic medienberatung); Direktor von IMPact – Institut für Medien und Politik: Analyse, Consulting, Training; Innsbruck | Wien | Klagenfurt. 1981–2005 Tiroler Tageszeitung/Moser Holding, seitdem selbstständig u. a. auch als Lehrgangsmanager für politische Kommunikation an der Donau-Universität Krems (2007–2018), Politik- und Medienexperte für Radio- und Fernsehsender, Kolumnist für zahlreiche Zeitungen. Moderation, Vorträge und Lehrtätigkeit, u. a. für Österreichische Medienakademie/Kuratorium für Journalistenausbildung Wien/Salzburg, Management Center Innsbruck, Universität Graz, Fachhochschulen Vorarlberg, Salzburg, Kärnten, Burgenland; Autor und Herausgeber zahlreicher Fachbücher (z. B. „Edition Politische Kommunikation").

Heinz-Dieter POHL, geboren: 6. 9. 1942 (Wien), Studium an der Universität Wien, Allgemeine und Indogermanische Sprachwissenschaft im Hauptfach, Slawische Philologie im Nebenfach; Promotion zum Dr. phil. am 7. 7. 1970; 1970–1972 Universitätsassistent ebendort; seit 1972 an der damaligen Hochschule für Bildungswissenschaften, heute Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, Habilitation 1978, seit 1979 Univ.-Prof. für Allgemeine und Diachrone Sprachwissenschaft. Ruhestand seit 1. 10. 2007, doch weiter in Forschung und Lehre tätig. – Korrespondierendes Mitglied der Slowenischen Akademie der Wissenschaften (SAZU), Mitglied des Ständigen Ausschusses für geographische Namen (StAGN) und der Arbeitsgemeinschaft für kartographische Ortsnamenkunde (AKO) sowie der Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS, Zweig Wien). Forschungsschwerpunkte: Orts- und Flurnamenforschung, deutsch-slowenischer Sprachkontakt, Dialektologie, Soziolinguistik, Österreichisches Deutsch. Herausgeber der Zeitschriften „Österreichische Namenforschung" (1989–2011) und „Klagenfurter Beiträge zur Sprachwissenschaft" (seit Gründung 1975 bis 2013) sowie „tribüne" (2010–2013). Homepage: http://members.chello.at/heinz.pohl/index.htm (dort weitere Daten, Schriftenverzeichnis http://members.chello.at/heinz.pohl/SchriftenVerzeichnis.htm).

Julia PRIMUS, Bakk. MA; geboren 1996 in St. Veit an der Glan; aufgewachsen in Karnburg bei Maria Saal. Bachelor und Masterstudium der Germanistik an der Universität Klagenfurt. Nach mehreren Praktika in der Medienbranche seit 2018 Freie Mitarbeiterin bei der Kleinen Zeitung, seit Ende 2019 Redakteurin im Regionalbüro St. Veit/Feldkirchen und seit April 2021 fest angestellt.

Stephanie PUTZ, BAMA, geboren 1996 in Friesach, Kärnten; von 2016 bis 2019 Bachelorstudium Gesundheits- und Pflegemanagement sowie von 2019 bis 2021 Masterstudium Public Management an der Fachhochschule Kärnten; von 2019 bis 2021 Assistentin der Geschäftsführung beim Landesverband Altenpflege Steiermark; seit 2021 Junior Researcher am Studienbereich Wirtschaft & Management an der Fachhochschule Kärnten bzw. im Department Demographic Change and Regional Development am Institute for Applied Research on Ageing (IARA).

Katja SAMMER, Mag. jur., geb. 1989 in Klagenfurt am Wörthersee, ist seit 2019 spezialisierte Fachjuristin der Sparte Tourismus und Freizeitwirtschaft in der Wirtschaftskammer Kärnten. Zuvor war sie als stellvertretende Leiterin der Rechtsabteilung des Österreichischen Integrationsfonds tätig.

Edit SCHLAFFER, Dr. phil., geb. 1950 in Stegersbach; Sozialwissenschaftlerin und Autorin; 1980–2005 Aufbau und Leitung der Ludwig-Boltzmann-Forschungsstelle für Politik und zwischenmenschliche Beziehungen; Etablierung innovativer Forschungsschwerpunkte zu struktureller Gewalt im internationalen Kontext; 2001 Gründung von „Frauen ohne Grenzen – Women without Borders", eine Internationale Organisation mit dem Ziel, eine globale Plattform für Frauen in Politik und Zivilgesellschaft zu etablieren; Entwicklung des international anerkannten Präventionsprojektes „MotherSchools: Parenting for Peace". International gefragte Sprecherin zu den Themen Radikalisierungsprävention, Gender, Integration. Zahlreiche Auszeichnungen wie z. B. Käthe Leichter Staatspreis; Newsweeks „150 Movers and Shakers", Women´s eNews, „21st Leaders for the 21st Century". E-Mail: edit@wwb.org

Herwig SCHOLZ, Dr., Primarius, a. o. Univ.-Professor, geb. 1940. Studium an der Karl-Franzens-Universität in Graz, 1965–1972 Facharztausbildung an der Uni-Nervenklinik Graz. 1972–1976 Oberarzt an der Abteilung für Neurologie am Krankenhaus Valduna in Rankweil; 1976–1982 Aufbau und Leitung des Krankenhauses Maria Ebene in Frastanz, Sonderkrankenanstalt zur Behandlung von Suchtkrankheiten; 1983–2010 Gründung und ärztliche Leitung des Krankenhauses de La Tour in Treffen, einer psychiatrischen Sonderkrankenanstalt zur Behandlung von Suchtkranken; 18. 7.1985 Habilitation in den Fachgebieten Psychiatrie (Habilitationsarbeit: Rückbildung des chron. Alkoholismus); 1985–2005 Gründung und ärztliche Leitung der Abteilung für Neurologie und Psychosomatik im LKH Villach; 17. 7.1997 Ernennung zum a. o. Univ.-Professor an der Karl-Franzens-Universität Graz; 1997–2010 Gründung und Leitung der Ambulanz de La Tour im LKH Villach; 2006–2009 Ärztliche Leitung des Krankenhauses Waiern/Feldkirchen sowie Departement für Psychosomatik am Krankenhaus Waiern/Feldkirchen; 2010–2013 Ärztliche Leitung Spielsuchtambulanz de La Tour in Villach; 2012–dato Ärztliche Leitung Alkoholambulanz de La Tour im Auftrag der Felix Orasch gemeinnützigen Privatstiftung. 2016 Verleihung des Paracelsusrings der Stadt Villach. – Wissenschaftliche Schwerpunkte: Alkoholismus, Medikamentenabhängigkeit, Spielsucht; Depression; Selbstwert; Kommunikation etc. – Verheiratet, 4 Kinder.

Uwe SOMMERSGUTER, Bakk. Mag.; geboren 1970. Leitender Deskchef bei der Kleinen Zeitung; studierte Angewandte Betriebswirtschaft an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt; Mitverfasser mehrerer politischer Bücher; war langjähriger Chefredakteur des Kärntner Monat, Steirer Monat und der Kärntner Woche. Lebt mit seiner Familie in Feistritz im Rosental.

Kathrin STAINER-HÄMMERLE, MMag. Dr., war Politik- und Rechtswissenschaftlerin an den Universitäten Innsbruck und Klagenfurt (IFF) und ist seit 2009 Professorin für Politikwissenschaft an der Fachhochschule Kärnten, wo sie seit 2019 die Bachelor- und Masterprogramme für Public Management leitet. Lehraufträge u. a. an den Universitäten Klagenfurt und Graz, der Sigmund-Freud-Universität Wien sowie an der Donau-Universität Krems; zuvor Steuerung des Master-Lehrgangs Politische Bildung in Kooperation mit der Donau-Universität Krems, Mitglied des Leitungsteams des ULG Politische Bildung/MSc-Programmes. Studien und Publikationen in den Bereichen Politische Bildung, Wahlrecht, Partizipations- und Demokratieforschung.

Borut Marjan STURM, geb. 13. 12. 1951 in Klagenfurt/Celovec. Studium der Geschichte und Slawistik an der Universität Wien (Dr.phil.), Europäisches Aufbaustudium an der Universität Krems (MAS/MES) und Studienlehrgang (Konflikttransformation) an der Alpen-Adria-Universität in Klagenfurt. 1980–1983 Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Slowenischen wissenschaftlichen Institutes in Klagenfurt/Celovec. Gestaltung des Peršmanmuseums in Eisenkappel/Železna Kapla. 1983–1992 Sekretär des Zentralverbandes slowenischer Organisationen/Zveza slovenskih organizacij. 1992–2019 Obmann des Zentralverbandes slowenischer Organisationen/Zveza slovenskih organizacij. 1992–2014 Vorsitzender des Beirates für die slowenische Volksgruppe im Bundeskanzleramt. Zwischendurch Geschäftsführer der Drava Verlags- und Druck Ges.m.b.H. und Cogeschäftsführer der Slomedia Ges.m.b.H. Autor von zahlreichen wissenschaftlichen und populärwissenschaftlichen Abhandlungen.

Andreas WAKOUNIG, MBA, RR, geb. 18. 10. 1954, war ca. 45 Jahre Beamter der österreichischen Finanzverwaltung, davon fast durchgehend in der Außenprüfung, zunächst als Betriebsprüfer, später als langjähriger Leiter eines Prüfungs- und Betriebsveranlagungsteams. Von 1985 bis 1991 EL-Gemeinderat der Stadtgemeinde Bleiburg-Pliberk (Obmann des Kontrollausschusses), nach der Ausgemeindung von 1991 bis 2003 Gemeindevorstand bzw. Vizebürgermeister in der Marktgemeinde Feistritz ob Bleiburg/Bistrica pri Pliberku. Von 1991 bis 2003 Obmann der Enotna lista/Einheitsliste. War über lange Zeiträume auf ehrenamtlicher Ebene in diversen Organisationen der slowenischen Volksgruppe tätig.

Heinz P. WASSERMANN, geb. 1964, Mag. Dr., Studium der Betriebswirtschaftslehre, Geschichte und Sozialkunde sowie Philosophie, Psychologie und Pädagogik an der Universität Graz; Diplom 1991, Promotion 1999; Assoz.-Prof. am Institut Journalismus und Public Relations (PR) an der FH Joanneum in Graz. Forschungsschwerpunkte: Österreichische Medien- und Zeitgeschichte, politische Kommunikationsforschung und Wahlforschung. Kontakt: heinz.wassermann@fh-joanneum.at; @heinzwassermann.

Werner WINTERSTEINER, Dr., Univ.-Prof. i. R., Friedenspädagoge und Deutschdidaktiker, ist Gründer und ehemaliger Leiter des „Zentrums für Friedensforschung und Friedensbildung" an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt (AAU) sowie Mitglied des wissenschaftlichen Leitungsteams des Master-Lehrgangs Global Citizenship Education an der AAU. Seine Arbeitsschwerpunkte sind: Literatur, Politik und Frieden; Kulturwissenschaftliche Friedensforschung; Schwerpunkt Alpen-Adria-Raum; Geschichte der österreichischen Friedensbewegungen; Friedenspädagogik und Global Citizenship Education sowie (transkulturelle) literarische Bildung. Neueste Publikation: Die Welt neu denken lernen – Plädoyer für eine planetare Politik. Lehren aus Corona und anderen existentiellen Krisen. Bielefeld: transcript 2021 (open access).

Thomas Friedrich ZAMETTER, Mag. Dr., geboren am 14. 12. 1978 in Villach, aufgewachsen in Reisach im Gailtal. Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Mag. rer. soc. oec.) an der Wirtschaftsuniversität Wien (2000–2005) mit dem Schwerpunkt Stadt- und Regionalentwicklung. Im Anschluss daran Wertpapierhändler am Wiener Finanzmarkt (2005–2011). Doktorat der Geographie- und Regionalforschung (Dr. rer. nat.) an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften, Alpen-Adria-Universität Klagenfurt (2012–2017). 2014–2017 Projektmitarbeiter (OeAD) unter der Leitung der Österr. Akademie der Wissenschaften in Wien, Institut für Stadt- und Regionalforschung. Preisträger des Landes Kärnten „Wissen schaft(f)t Europa in Kärnten" (2014). Mitglied der Österreichischen Geographischen Gesellschaft (ÖGG), Regional- und Wirtschaftsforscher, Autor und Vortragender. Nach insgesamt 14 Jahren in Wien seit März 2020 an der Fachhochschule Kärnten im Studienbereich Wirtschaft und Management, Studiengang Public Management als Senior Researcher & Lecturer für Themen der Stadt- und Regionalentwicklung. Web.: https://forschung.fh-kaernten.at/transspace/ I www.regionalforschung-hermagor.at. Mail: T.Zametter@fh-kaernten.at I zametter@regionalforschung-hermagor.at.

ISBN: 978-3-7086-1182-2

9 783708 611822

www.hermagoras.com

Mohorjeva
Hermagoras